Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Princeton University Library
32101 064468810

Deutsche Revue

0902
2957

ANNEX LIB.

ANNEX
III

Library of

Princeton University.

Digitized by Google

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Achtunddreißigster Jahrgang. Erster Band

Januar bis März 1913

Stuttgart und Leipzig 1913 Deutsche Verlags-Anstalt

Digitized by Google

(RECAP)

0902
.2957
v.38, pt.1

1913

Digitized by Google

Inhalt

des

Ersten Quartal-Bandes des Jahrgangs XXXVIII

(Januar bis März 1913)

Seite

Zur Verhütung eines neuen Balkankrieges. Von einem ehemaligen Diplomaten 1

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1850 bis 1852 . . . . . 9. 172. 297

Hussein Dschahid, Chefredakteur des „Tanin", ehemaligem Abgeordneten von Konstantinopel: Die junge und die alte Türkei 26

Oesterreich-Ungarn und die friedliche Lösung der Balkanfragen. Von einem österreichischen Staatsmann a. D. 31

Dr. **Jul. Heyderhoff**: Unterredungen Bismarcks und des Kronprinzen Friedrich Wilhelm mit Karl Twesten. 1. Oktober und 23. November 1862. Aus Twestens Nachlaß veröffentlicht 36

Max Freiherr v. Lübeck, Mitglied des Oesterreichischen Herrenhauses: Ein Zoll- und Handelsbündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn 40

Dr. **Herman Granier** (Berlin): Prinz Heinrich von Preußen beim Beginne der Freiheitskriege 46

Johann Palisa: Ein astronomischer Roman 54

Prof. Dr. **v. Vambéry**: Rußland und England in Persien 70

Hans F. Helmolt: Gustav Freytags Briefe an Albrecht v. Stosch. In Auswahl herausgegeben 78. 201. 354

Die europäische Diplomatie und die Erhaltung des Friedens 90

Germain Bapst (Paris): Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat 96. 235. 336

Senator **O. Tommasini** (Rom): Machiavellistisches in der modernen Diplomatie und den letzten politischen Ereignissen 112

Prof. Dr. **Martin Spahn**: Der Friedensgedanke in der Entwicklung des deutschen Volkes zur Nation 129

Eduard v. Wertheimer: Andrássy und Bismarcks Kulturkampf . . . 142

T. Galimberti, Abgeordneter im italienischen Parlament: Eine Lösung des orientalischen Problems 166

575035

Digitized by Google

Seite

F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.: Zur Kriegsluftflottenfrage 194
Mehmed Djavid Bey, vormaliger türkischer Finanzminister: Die Zukunft der türkischen Staatsschulden 217
Oberst a. D. v. **Kurnatowski**: England und Frankreich heute und vor hundert Jahren 226
Dr. **Herman Granier** (Berlin): Der Berliner Schauspieldirektor Iffland während der Franzosenzeit 1807 bis 1809 243
Dr. **Alfred Freiherr v. Overbeck**, ord. Professor der Rechte an der Universität Freiburg (Schweiz): Humanität und Vergeltung im Strafrecht 251
Fr. W. Freiherr v. Bissing: Soll und kann der Kunstbesitz im Erbgang versteuert werden? 254
Das Einvernehmen der Mächte und die Erhaltung des europäischen Friedens. Ein Brief an den Herausgeber der „Deutschen Revue" von einem ausländischen ehemaligen Diplomaten 261
Dr. **Benedetto Cirmeni**, Abgeordneter im italienischen Parlament: Die Großmächte und der Orientkrieg 268
Graf Alois Karolyi. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie 274
Prof. Dr. **Erich v. Drygalski** (München): San Franzisko und Panama. Deutschlands Interesse an der Weltausstellung und dem Kanal 293
Generalleutnant z. D. **H. Rohne**: Die Wahrheit über die deutschen und die französischen Geschütze im Balkankrieg 309
Geh. Rat Prof. Dr. **v. Ullmann** (München): Bekämpfung von Kriegsepidemien und Völkerrecht 320
Prof. Dr. **A. Hoche** (Freiburg i. B.): Schülerselbstmorde 328
Professor **Karl B. Hofmann** (Graz): Die Schmucksteine im Altertum . 346
Mehmed Djavid Bey, vormaliger türkischer Finanzminister: Die Zukunft der türkischen Finanzen 376

Berichte aus allen Wissenschaften

Musikgeschichte. Privatdozent Dr. **Ludwig Schiedermair**: Vom Bonner Beethovenhaus 121

Kleine Revuen

Literarische Berichte 123. 258. 384
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 127. 260. 386

Digitized by Google

Zur Verhütung eines neuen Balkankrieges

Von einem ehemaligen Diplomaten

Wird der Janustempel endlich geschlossen werden?

Einem Krieg ist schon ein andrer gefolgt. Sind wir am Ende der blutigen Reihe?

Nach dem Türkisch-Italienischen Kriege, der sich mühselig dreizehn Monate lang hingezogen hatte und der noch fortdauern würde, wenn ihm nicht anderweitige Umstände ein Ende gemacht hätten, hat der Krieg der vier gegen die Türkei verbündeten Balkanmächte im Zeitraum weniger Wochen die griechische Armee nach Saloniki hinein, die bulgarische bis zu den letzten türkischen Verschanzungen vor den Mauern Konstantinopels geführt ... Jetzt wird über die Bedingungen eines Waffenstillstandes und, wenn möglich, eines dauernden Friedens beraten. Wird es zu diesem Frieden kommen?

Man hofft es, aber man hat auch Gründe, daran zu zweifeln.

Zwei Gefahren bedrohen Europa noch. Die erste, ernstere, die, welche die größte Besorgnis erregt, ist die Gefahr eines Weltbrandes, der durch die Rivalität zweier Großmächte auf der Balkanhalbinsel entstehen könnte und auf Grund der bestehenden internationalen Verträge und Abkommen einen Krieg der Gruppe des Dreibundes gegen die Gruppe der Tripelentente zur Folge haben würde. Das Unheil, das ein derartiger Kampf nach sich ziehen würde, müßte, wie es scheint, so beträchtlich sein, die Ungewißheit des Ausgangs ist so beängstigend, daß man sich allerseits bemüht, dieses drohende Unglück abzuwenden, indem man jede Beeinträchtigung fremder Interessen, jede Verletzung und jede Kränkung eines nationalen Stolzes, die den Krieg notwendig und unvermeidlich machen könnte, vermeidet.

Die zweite und vielleicht am unmittelbarsten drohende Gefahr ist die eines Krieges zwischen den heute gegen die Türkei verbündeten Mächten der Balkanhalbinsel, die vielleicht in kürzester Zeit durch den Widerstreit unversöhnlicher Forderungen miteinander uneins werden.

Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß die vier Mächte des Balkanbundes ihren militärischen Aktionsplan in Uebereinstimmung miteinander vorbereitet, es aber unterlassen haben, auch die Territorialfragen, die daraus entstehen könnten, im voraus zu regeln, und es der Zukunft überließen, die schwierige Frage der Teilung der Beute zu lösen. Diese Unterlassung scheint

Digitized by Google

auf einem stillschweigenden Einverständnis zu beruhen. Die Verbündeten hatten eingesehen, daß sie zu keiner Einigung gelangen würden, und wollten dieses unangenehme Moment beiseite schieben. In der Tat hatten in den letzten Jahren ernste, nur wenig und erst seit kurzem gemilderte Verstimmungen auf rivalisierende und unverträgliche Bestrebungen unter ihnen hingedeutet. Für was sollte man sie in einem für ein gemeinsames Vorgehen gegen den Erbfeind günstigen Augenblick wieder aufleben lassen? Dazu war es später immer noch Zeit. Anderseits waren die Verbündeten durchaus nicht sicher, solche Siege davonzutragen, daß es zu einer Teilung von Gebieten kommen mußte; und man erinnert sich in der Tat, daß ihr Ultimatum von der Türkei verlangte, daß sie alte Reformversprechungen zugunsten der Christen in ihren europäischen Provinzen erfülle, Gelüste nach Gebietserweiterungen aber auszuschließen schien. Das Prestige der türkischen Armee war noch ungeschmälert. Erst vor drei Jahren hatten Zar Ferdinand von Bulgarien und König Peter von Serbien nacheinander in Konstantinopel auf dem Freiheitshügel einem prachtvollen Aufmarsch vorzüglich ausgebildeter und ausgerüsteter Truppen beigewohnt. Die Türkei war auf ihre Armee stolz, und sie hatte ein Recht dazu; denn die wahren Ursachen ihrer Niederlagen sind nicht in den Soldaten, die noch immer die fanatischen und fatalistischen Helden von ehedem sind, oder bei den Offizieren zu suchen, unter denen es viele hervorragende in allen Graden und bei allen Waffengattungen gibt; man hat sie in der Nachlässigkeit der Intendantur, in der schlecht organisierten Verproviantierung, in den unordentlichen Zuständen bei der Verwaltung zu suchen. Der Türke ist der Krieger geblieben, der er immer war, aber es liegt nicht in seiner Natur, ein Organisator zu sein oder zu werden. Es genügt indessen nicht, daß der Soldat, wenn er in den Kampf zieht, gut ausgebildet und bewaffnet ist und gut geführt wird, er muß im Vollbesitz seiner Kräfte, muß gesund und gut genährt sein. Eine Armee, die der Hunger peinigt oder Krankheit schwächt, ist eine geschlagene Armee.

Nun haben sich aber, seitdem unverhoffte Erfolge die übrigens sehr ruhmvollen Anstrengungen und den patriotischen und kriegerischen Eifer der verbündeten Armeen gekrönt haben, Reibungen eingestellt, Meinungsverschiedenheiten gezeigt, so sehr man auch bemüht war, sie abzuschwächen und zu verbergen. Hat die türkische Armee, die Saloniki zu verteidigen hatte, sich infolge der griechischen Einschließung oder des bulgarischen Anmarsches ergeben? Wem soll die zweite Stadt der Türkei gehören? Den Bulgaren oder den Griechen? Oder soll man sich für eine dritte Lösung des Problems entscheiden? Wird nicht mancher Ort in Mazedonien, den die Serben erobert haben, von den Bulgaren als ethnisch zu ihnen gehörig betrachtet? Sollte der eine oder andre Hafen des Adriatischen Meeres, wenn die Großmächte nicht ein wachsames Auge darauf hätten, serbisch oder montenegrinisch werden? Soll, wenn ein autonomes Albanien begründet wird, Skutari bleiben, was es ist, d. h. albanisch, oder soll es Montenegro zufallen, das danach begehrt, ohne imstande zu sein, es zu nehmen? Wird Rumänien die Vergrößerungen Bulgariens zulassen, ohne ent-

Digitized by Google

sprechende Kompensationen zu fordern und zu erlangen? Wird Griechenland die Friedensbedingungen unterschreiben, mit denen Bulgarien, das durch einen mit größter Wucht geführten Feldzug gegen das Gros der türkischen Streitkräfte stärker mitgenommen ist, sich zu begnügen bereit wäre?

Doch das ist nur ein kleiner Teil der Fragen, die sich erheben, und der Probleme, die sich aufdrängen. Es ist denn auch vorauszusehen, daß die Verhandlungen langwierig und mühevoll sein werden; d. h. man wird lange um den Ausgang der gegenwärtigen Krise in Sorge sein, und das Ergebnis wird schwerlich ein dauerhafter, sondern voraussichtlich nur ein unsicherer Friede und leider wohl nach kurzer Zeit ein neuer Krieg sein.

Jede Idee, die dazu dienen kann, die Gefahr dieses dritten Krieges zu beschwören, verdient ausgesprochen und geprüft zu werden. Der Zweck der vorliegenden kurzen Ausführungen ist, für zwei der fraglichen Probleme, und zwar nicht die unbedeutendsten, eine Lösung in Anregung zu bringen.

In dem wahrscheinlichen Falle, daß die Türkei sich auf das Gebiet beschränken müßte, das dem Ottomanischen Reich zum Schutz und zur Verteidigung der Meerengen (Dardanellen und Bosporus) und des Marmarameeres nötig ist, d. h. ein Gebiet, dessen Grenzlinie von Midia am Schwarzen Meer sich zum Ergene hinziehen und dessen Lauf bis zu seiner Mündung folgen würde, so wird die große Schwierigkeit die sein, was aus Mazedonien werden soll. Albanien kann ein Staat werden, weil das albanische Volk eine Nationalität darstellt, die allerdings keineswegs ganz homogen ist, weder in religiöser noch in politischer und nicht einmal in ethnischer Hinsicht, da die Bevölkerung ein Gemisch von Muselmanen, Katholiken und Orthodoxen, ein Nebeneinander von Ghegen, Tosken, Mirditen, Malissoren, Zinzaren usw. ist, aus der sich aber doch, da eine nationale Idee diese verschiedenen Elemente zusammenhält, ein autonomes Ganzes machen läßt. Von Mazedonien läßt sich nicht dasselbe sagen; hier findet man ein unentwirrbares Gemisch von Religionen: Orthodoxe, die von dem Patriarchen abhängen, Orthodoxe, die vom Exarchen abhängen, Orthodoxe der serbischen Kirche, Orthodoxe der rumänischen Kirche, Muselmanen, Juden und Katholiken; ein kompliziertes Gemengsel von Rassen: Serben, Bulgaren, Slawen unbestimmten Charakters, helleniſtische Kutzowalachen, rumänische Kutzowalachen, Türken, Franken, Juden usw.; und in der großen Allgemeinheit fehlt das Gefühl eines mazedonischen Vaterlandes. Wenn es in Mazedonien in gleicher Weise eine Nationalidee gäbe, wie sie in Albanien vorhanden ist, wenn sie aus den Ereignissen heraus zutage treten und sich entwickeln würde, so würde dieselbe Lösung, die allem Anschein nach die albanische Frage finden wird, auch für die mazedonische Frage passen. Wie Albanien, würde dann auch Mazedonien ein autonomer Staat werden. Es müßten nur rationelle Grenzen gezogen werden — eine Schwierigkeit, die ebenfalls groß, aber, wenn man über das Prinzip sich geeinigt hat, im ganzen sekundärer Art ist. Wenn Serbien, Montenegro, Griechenland, Bulgarien nach den Richtungslinien, die die Geschichte, die Verteilung der Volksstämme, die geographische Gestaltung auf der Karte ein-

Digitized by Google

getragen haben, um benachbarte Gebiete vergrößert wären, Serbien auf einen territorialen Ausgang zum Meer verzichtet, Bulgarien die thrazische Küste des Aegäischen Meeres erhalten hätte, Rumänien für die Vergrößerung seiner Nachbarn durch eine Grenzberichtigung entschädigt wäre, die ihm ermöglichte, künftig die Dobrudscha und die Donaumündungen zu verteidigen; wenn ein neuer albanischer Staat und ein neuer mazedonischer Staat geschaffen wären — dann würde die Balkanhalbinsel sich aus Bestandteilen zusammensetzen, die ohne irgendein für die Folgezeit allzu bedrohliches Uebergewicht in so befriedigender Weise, wie es möglich ist, einander die Wage halten würden. Jeder würde dabei etwas gewinnen, aber jeder müßte auch dabei irgendeinen seiner Wünsche zum Opfer bringen.

Werden die Verbündeten in ihrer Siegstrunkenheit sich zu diesem Opfer verstehen? Es ist wenig wahrscheinlich, daß sie für diese Lösung zu haben sein werden. Die Teilung Mazedoniens, nach dessen Gebiet mindestens drei Staaten lüstern waren, ist ein Preis ihrer Erfolge, auf den zu verzichten sie sich schwerlich entschließen werden; das ist vielleicht der letzte Punkt, über den sie sich einigen werden. Und übrigens ist das erste und größte Hindernis für diese Lösung der Umstand, daß es eine nationale Idee und ein nationales Gefühl in Mazedonien nicht gibt, das nur — wie Fürst Clemens Metternich von dem ehemaligen Italien sagte — „ein geographischer Begriff" ist.

Es ist also anzunehmen, daß es zur Teilung kommen wird. In diesem Falle können zwei oben aufgestellte Probleme eine gemeinschaftliche Lösung finden, die geeignet erscheint, die Gefahr eines neuen Balkankrieges in die Ferne zu rücken, vielleicht zu beseitigen.

Wenn Serbien danach strebt, einen Ausgang zum Meer zu bekommen, so muß man anerkennen, daß es gute Gründe dafür hat. Es erstickt in den wenn auch erweiterten Grenzen, die ihm die Schlußakte des Berliner Kongresses zugewiesen hat. Es hängt von der Gnade andrer ab. Es braucht eine Tür, die in die weite Welt hinaus führt; sie zu besitzen ist für das Land eine Lebensfrage. Und auf seine Siege hin begnügt es sich nicht mehr mit der seit zwölf oder fünfzehn Jahren projektierten Eisenbahn, die vom Ufer der Donau aus, gegenüber der rumänischen Grenze, das serbische Gebiet von Osten nach Westen durchziehen und von Nisch über Merdar auf albanischem Boden nach San Giovanni di Medua führen sollte, so daß Serbien seine Produkte dorthin zu Tarifsätzen bringen könnte, über die es als Kommanditär des Unternehmens mit gleichen Rechten, wie sie den andern beteiligten Mächten, Rußland, Frankreich und Italien, zuständen, ein Wort mitzureden hätte. Serbien will jetzt ein Gebiet, einen territorialen Ausgang, wäre es auch nur ein zur Adria führender „Korridor". Nun konnten wohl, solange Oesterreich-Ungarn noch nicht durch die Besetzung Bosniens und der Herzegowina eine slawische und Balkangroßmacht geworden war und solange man in Belgrad sich mit der Hoffnung trug, daß die Besetzung dieser beiden Provinzen keine endgültige sein würde, die serbischen Wünsche sich beliebig nach dem Adriatischen oder dem Aegäischen Meere richten.

Digitized by Google

Dadurch aber, daß die Okkupation länger gedauert hat und vor allem die Annexion darauf folgte, sind die auf das Adriatische Meer gerichteten Absichten Serbiens unausführbar geworden. Im Norden, wo Serbien Bevölkerungen von seiner Rasse finden würde, stößt es auf die österreichisch-ungarische Monarchie; im Süden müßte es in Gebiete greifen, deren Bevölkerungen sich ihm aus Rassen- und Charakterantipathie, aus historischer und traditioneller Feindschaft nicht unterwerfen wollen.

Die Albaner sind ein Volk für sich, ein wildes, stolzes und kriegerisches Volk, das vier Jahrhunderte lang gegen die Türken gekämpft und bisweilen Vorteile über sie zu erringen und Privilegien von ihnen zu erlangen verstanden, aber niemals sich ihnen assimiliert hat, niemals von ihnen unterworfen oder wirklich besiegt worden ist, denn die Sieger mußten immer, selbst bis in die jüngsten Zeiten, mit den Besiegten paktieren. Wenn Europa Serbien einen Ausgang zum Adriatischen Meer mitten durch das albanische Land zusprechen wollte, so würde es damit eine neue Aera von Kämpfen einleiten. Albanien würde sich niemals diese Zerstückelung noch diese partielle Unterwerfung gefallen lassen. Es muß daher im Interesse der Balkanvölker, Serbiens selbst, des europäischen Friedens vor allem, eine scheinbare Lösung vermieden und im Notfalle verhindert werden, die eine Verletzung der nationalen Rechte Albaniens, eine Zerstückelung dieses unglücklichen Landes mit sich bringen und den Grund zu neuen Mißhelligkeiten legen würde. Wenn die Diplomatie auch allzu oft darauf verzichten muß, etwas Definitives zu schaffen, so muß sie sich doch bemühen, in allen Lagen etwas wenigstens einigermaßen Dauerndes ins Werk zu setzen und, so weit die menschliche Voraussicht reicht, dafür zu sorgen, daß Friedens- und nicht Kriegszustände, Ordnung und nicht Verwirrung herbeigeführt werden.

Doch es gäbe, wie es scheint, ein Mittel, das Verlangen Serbiens nach dem Besitze eines Ausganges zum Meer zu befriedigen, und zwar ohne auch nur im entferntesten dieselbe Gefahr zu laufen — ein Mittel, mit dem man im Gegenteil einen auf territorialem Gleichgewicht beruhenden Zustand schaffen würde, ohne irgendein berechtigtes nationales Gefühl zu verletzen. Es würde sich darum handeln, einen Plan wieder aufzunehmen, mit dem sich die Dynastie Obrenowitsch seit dem Berliner Vertrag trug, den Plan, das Königreich Serbien nach Süden hin zu vergrößern und ihm den Lauf des Wardar entlang bis zum Aegäischen Meere den „Korridor" zu eröffnen, den die gegenwärtigen serbischen Staatsmänner aus eigner Initiative oder auf Anregung von außerhalb zum Adriatischen Meere hin bekommen möchten. König Milan, der trotz seiner Leichtlebigkeit und seiner Fehler ein schlauer Politiker war, glaubte, daß es seinem Lande möglich sein würde, dort ans Meer zu gelangen. Die Protokolle des Berliner Kongresses, die Bestimmungen der Schlußakte über die Okkupation Bosniens und der Herzegowina und über die Rechte Oesterreich-Ungarns auf den Sandschak Novibazar hatten ihn zu der Erkenntnis gebracht, daß man auf die Bildung eines slawischen Blocks, der den Weg nach dem Aegäischen Meere

Digitized by Google

versperren würde oder in einem gegebenen Augenblick versperren könnte, verzichten mußte, und zwar weil Mitteleuropa freie Ausgänge nach allen Meeren, die unsern Kontinent bespülen, haben will und um jeden Preis haben muß. Er hatte sich daher mit den vollendeten und unabänderlichen Tatsachen abgefunden, und der Gedanke an eine Vergrößerung Serbiens nach Westen hin war aufgegeben worden. Die Karageorgiewitsch kommen darauf zurück. Sie richten sich damit vielleicht nach einem gebieterischen Wunsch, der ihnen von andrer Seite kundgegeben worden ist; sie gewinnen damit wahrscheinlich eine neue Popularität in ihrem Königreich und bei einem Teile der südslawischen Völker; aber sie arbeiten damit festgegründeten Interessen entgegen; sie bedrohen das von Oesterreich-Ungarn in fünfunddreißigjähriger mühevoller Arbeit geschaffene Werk; sie rufen eine neue Ursache zur Verstimmung und zu Besorgnissen hervor, denn ihr Verhalten kann den Ausbruch des großen, so sehr gefürchteten Krieges herbeiführen. Es wäre klüger von ihnen, sich nicht als Werkzeuge einer diplomatischen Revanchepolitik gebrauchen zu lassen, die zu den schlimmsten Verwicklungen führen kann. Doch dabei müßte die europäische Diplomatie ihnen zu Hilfe kommen, ihnen den Verzicht auf das Adriatische Meer erleichtern und sie dazu zwingen, daß sie in Ermangelung eines Ausgangs nach Westen sich damit begnügen, einen Ausgang nach Süden zu bekommen. Der „Korridor" zum Aegäischen Meer würde mehrere Vorteile haben, außer dem, daß er die Gefahren, auf die wir hingewiesen haben, beseitigen würde. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus würde er den Interessen Serbiens ebensogut dienen; vom ethnischen wäre er logischer als der „Korridor" durch Albanien; was die Lage auf der Balkanhalbinsel betrifft, so würde er dort das Gleichgewicht sichern; vom Standpunkte Europos aus wäre er eine Friedensgarantie.

Ich will jeden dieser verschiedenen Punkte nochmals durchgehen.

Ein serbischer Ausgang zum Aegäischen Meer durch einen Landstreifen längs des Wardar würde den wirtschaftlichen Interessen Serbiens ebensogut dienen. Es kommt in der Tat wenig darauf an, ob die Erzeugnisse der Täler der Morawa nach dem Süden oder nach dem Westen gehen. Sobald die Ware aufs Schiff geladen ist, ist die Entfernung, die es noch zur See zu durchlaufen hat, von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß die Verladung so vor sich gehen kann, daß niemand die Ware hindert, ans Meer zu gelangen, oder sie zwingt, sich für die Durchfahrt lästigen oder willkürlichen Bedingungen zu unterwerfen.

Vom ethnischen Standpunkt aus ist der Weg zum Aegäischen Meer der logischste. Wie wir schon erwähnt haben, würde der Weg zum Adriatischen Meer durch Völkerschaften gehen, die den Serben feindlich, unausrottbar feindlich sind. Der Weg zum Aegäischeu Meer hingegen ginge zum Teil durch Gebiete der serbischen Rasse, d. h. solche, deren Bevölkerungen ebensogut Serben wie Bulgaren werden können. Alle, die Mazedonien aus eigner Anschauung oder durch eingehende Studien kennen, wissen, daß diese Völkerschaften zahlreich sind. Die Gruppen von Griechen und Kutzowalachen, auf die der Weg nach dem

Digitized by Google

Süden stoßen würde, bilden nur eine Minorität, die nicht imstande ist, den vorherrschenden Charakter des Landes zu ändern.

Vom Balkanstandpunkt aus würde der den Wardar abwärts ziehende Streifen serbischen Landes mehr noch einem Bedürfnis entsprechen, als einen Vorteil bieten. Es kommt darauf an, soviel wie möglich zu vermeiden, daß die Bulgaren und Griechen, die beide ehrgeizig sind und nach einem politischen Uebergewicht auf der Balkanhalbinsel streben, sich in direktem und unmittelbarem Kontakt befinden. Die Anlässe zu Streitigkeiten würden zu häufig sein und zu leicht ernst werden. Die Bulgaren müssen den Preis ihrer Erfolge im östlichen Mazedonien und in Thrazien, die Griechen im südlichen Mazedonien und in Epirus finden. Der einen oder der andern dieser beiden Mächte mehr als das gewähren, hieße von vornherein das Gleichgewicht, das es gilt herzustellen, gefährden. Der serbische Landstreifen zwischen den beiden würde den „Puffer" bilden, der die Zusammenstöße abschwächt und die Reibungen einer Grenzgemeinschaft verhindert.

Vom europäischen Standpunkt aus endlich muß alles, was dazu beitragen kann, auf der Balkanhalbinsel eine Stabilität, die man seit so langer Zeit vergeblich zu erreichen strebt, zu schaffen und zu erhalten, mit Beifall aufgenommen werden. Es sind fünf Parteien vorhanden. Eine Kombination, die die eine von ihnen befriedigt, den Streitigkeiten zwischen zwei andern vorbeugt und die vierte und fünfte gleichgültig läßt, ist eine sehr annehmbare.

Bleibt noch die Frage, was aus Saloniki werden soll. Diese Stadt der einen oder der andern der Parteien, die darauf Anspruch erheben, zusprechen, hieße einen unübersteigbaren Stein des Anstoßes auf den Weg der Verständigung setzen. Die Bedeutung und die Lage der Stadt sind derart, daß sie allen dienen muß und niemand gehören darf. Für Saloniki werden durch die Zusammensetzung seiner Bevölkerung und durch seine geographische Lage besondere politische Verhältnisse eine Notwendigkeit. Ohne am Wardar zu liegen, ist es der Hafen des Wardartales und der anstoßenden Gebiete, wie Marseille, ohne am Rhone zu liegen, der Hafen des Rhonetales und seiner Nachbargebiete ist. Es ist weder bulgarisch, noch hellenisch, noch serbisch, und keines dieser drei Elemente hat irgendein Uebergewicht in der Gesamtzusammensetzung seiner Bevölkerung, deren große Mehrheit judäisch-spanisch (Sephardimjuden) ist. Nach den letzten Zählungen waren von 150000 Einwohnern 75000 Juden, 30000 Türken, 3500 Franken; die andern vereinigten Nationalitäten, Griechen, Bulgaren, Serben, Rumänen usw., bildeten den Rest der Bevölkerung. Da die Türken nicht nur infolge des Abzugs der Garnison und der Beamten der verschiedenen türkischen Verwaltungen zurückzugehen, sondern auch als Bevölkerungselement zu verschwinden bestimmt sind, weil der Türke sich aus einem Lande, das aufhört, islamitischer Boden zu sein, zurückzieht, so wird der israelitische Block bei weitem das Uebergewicht über alle andern bekommen. In ihm sind übrigens die großen Kapitalien, die industriellen Fähigkeiten, die kommerzielle Betriebsamkeit zu finden. Durch den kosmopolitischen Charakter der dominierenden jüdischen Rasse ist

Digitized by Google

Saloniki um so besser geeignet, eine freie Stadt und der gemeinsame Haupthafen der Staaten des Balkanbundes am Aegäischen Meer zu werden. Seine Verwaltung kann autonom sein, die Polizei von einer einheimischen Truppe ausgeübt werden, die von Offizieren kleiner Staaten (Belgiern, Schweizern usw.) befehligt würden, und zum guten Schluß müßte die Neutralität von den Großmächten garantiert werden.

Diese gemeinschaftliche Lösung von zweien der schwebenden Hauptfragen könnte natürlich nicht auf den Plan treten, ohne auf Hindernisse zu stoßen, sowohl in widerstreitenden politischen Bestrebungen wie in verletzten oder bedrohten materiellen Interessen. So werden Bulgarien und Griechenland, die beide Saloniki haben möchten und die das Herabsteigen Serbiens zum Aegäischen Meer keineswegs wünschen, in diese Lösung nicht gerne einwilligen. So wird die Orientalische Eisenbahngesellschaft, die von der Türkei die Konzession für die den Verkehr mit dem Wardartal vermittelnde Eisenbahnlinie erhalten hat, nicht verfehlen, Widerspruch zu erheben gegen den Bau einer Konkurrenzlinie auf dem serbischen Landstreifen, obwohl anderwärts, z. B. in dem oben erwähnten Rhonetal, für beide Ufer des Flusses eine Linie vorhanden ist. Aber Bulgarien und Griechenland werden sich trösten, Saloniki nicht zu besitzen, jedes in dem Gedanken, daß es dem andern auch nicht gehört. Und bei materiellen Interessen gibt es immer ein Mittel, sich einzurichten; abgesehen davon ist es, um die Orientalische Eisenbahngesellschaft zum Nachgeben zu bringen, durchaus nicht nötig, daß eine neue Linie gebaut werde: es genügt, daß sie möglich ist.

Und dann, wo gibt es eine Lösung, die keine Gegner haben wird? Wo ist die, die alle befriedigt, die alle Interessen und alle Wünsche in Einklang bringt? Solche Lösungen gibt es nicht. Und wenn man nicht Anspruch darauf machen kann, die in absolutem Sinn gute gefunden zu haben, so wird man sich mit der wenigst schlechten begnügen müssen. Auf jeden Fall muß man sich angesichts der unzähligen verschiedenen Bestrebungen und Interessen, die im Orient alle Fragen so verwickelt machen, strenger als anderswo an das halten, was am besten geeignet ist, einen dauernden Frieden und eine dauernde Ordnung zu sichern; und die besten Lösungen sind diejenigen, die dem Ideal der Gerechtigkeit, der Achtung vor den Nationalitäten und Rassen und dem ewig richtigen Prinzip des politischen Gleichgewichts am meisten Rechnung tragen oder sich am wenigsten davon entfernen.

Digitized by Google

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1850 und 1851

Die in nachfolgendem veröffentlichten politischen Briefe entstammen der Feder des Grafen Hugo zu Münster, der im Jahre 1880 als General der Kavallerie z. D. in Hannover gestorben ist. Sie sind gerichtet an seinen Freund, den späteren Generalfeldmarschall Freiherrn Edwin v. Manteuffel. In der Zeit, als sie geschrieben wurden (1850/51), bekleidete Graf Münster als Major und Flügeladjutant des Königs Friedrich Wilhelm IV. die Stellung eines preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg und befand sich als solcher nicht nur ständig in der näheren Umgebung des Kaisers Nikolaus I. von Rußland, sondern genoß auch, gleichwie der preußische Gesandte v. Rochow, sein besonderes Vertrauen in politischen Fragen. Der Empfänger der Briefe, Edwin v. Manteuffel, gehörte seit 1848 als diensttuender Flügeladjutant zum unmittelbaren Gefolge Friedrich Wilhelms IV. und war dank seiner energischen und unabhängigen Persönlichkeit wie seinen nahen Beziehungen zum Minister Otto v. Manteuffel, seinem Vetter, und zum General v. Gerlach bereits damals ein Mann von politischer Bedeutung. Die Privatkorrespondenz bietet daher einen nicht unwichtigen Beitrag zur politischen Geschichte jener für Preußen wenig ruhmvollen Zeit, in der des Königs Friedrich Wilhelm IV. Bestrebungen, Deutschland an Stelle des hinfällig gewordenen Bundestages eine neue kräftige Staatsform zu geben, namentlich an dem Widerstande der vom Fürsten Schwarzenberg geleiteten österreichischen Politik scheiterten. Für eine richtige Beurteilung der Persönlichkeit des damals auf dem Gipfel seiner Macht stehenden russischen Zaren und seine Stellungnahme zur deutschen Frage finden sich manche neue und bedeutsame Aufschlüsse.

*

Ohne Datum, jedenfalls erste Hälfte September 1850.

Meine Aufnahme ist über alle Erwartung gut gewesen und habe ich bereits zwei politische Stürme aushalten müssen und bei dem einen lebhaft die Partie für den König und dessen Individualität genommen — ich hoffe, Du wirst zufrieden sein; es ward mir schwer genug.

Den 19. gehe ich mit dem Kaiser fort, muß aber leider in einem Wagen mit Orloff junior[1]) fahren. Am 14. Oktober sind wir in Warschau bis 1. November. Der Kaiser will den König nicht sehen, wohl aber wünscht er, daß dieser die Kaiserin besuche, wenn er abwesend. Das aber geht nicht, weil man bei uns glauben würde, der König fürchte eine Zusammenkunft. Da ist es besser, es geschieht gar nicht! Vielleicht gelingt es noch, den Kaiser zu einer

[1]) Sohn des Grafen, späteren Fürsten Orloff, eines Generals und Ministers des Kaisers Nikolaus.

Digitized by Google

Einladung zu vermögen, was das Beste wäre. Dann aber muß die Königin mit. Brandenburg oder Stockhausen[1]) müssen unter allen Umständen nach Warschau kommen, es war schon dumm genug, daß man niemand zu Nesselrode[2]) sendete, ich sprach damals an Gerlach und Stockhausen davon, beide zuckten die Achseln und sagten: „Unbegreiflich."

... Laß Dir meinen Brief ꝛc. an Gerlach zeigen, wenn Du willst, doch steht eben nicht viel darin, weil ich eine lange Audienz mit Rochow zusammen gehabt habe nnd er selbst darüber berichtet, es also unnötig ist, zweimal dieselbe und obenein mehr oder weniger bekannte Sache zu schreiben.

Später: Orloff sagte mir, daß der Kaiser bis jetzt noch keine Neigung zu einer Zusammenkunft habe, sich auch wenig aus einem Besuche der Oesterreicher mache. Die Kaiserin will, wenn irgend möglich, Schwarzenberg nicht sehen. Genug, es ist noch mehr als zweifelhaft, ob es möglich sein wird, eine Zusammenkunft zustande zu bringen, die für Europa wohl wichtiger als für die Personen ist. Der Kaiser müßte auffordern! A Dio!

*

St. Petersburg, 18. September 1850.

Man gibt hier sehr viel auf die „Kreuzzeitung", so daß sie jetzt mit ihren Leitartikeln vielen Schaden tut. Man ist der Idee, daß der beste Ausgangspunkt für die Wiedererbauung des eingestürzten Deutschlands die Rückkehr zum alten Bundestage sei, um in ihm einen Anhalts- und Ausgangspunkt zu haben. In Berlin ist man gegen den Bundestag, den Bund selbst festhaltend — wir töten uns hier, das begreiflich zu machen und Gründe dafür aufzustellen, die teils darin liegen, daß die Konstruktion des alten Bundestages eine unhaltbare gewesen, daß man also darauf nicht zurückkommen könne, um nicht die Konsequenzen einer Anerkennung des weislich aufgehobenen Bundestages zu riskieren und dann auch tragen zu müssen. Dann bringt die „Kreuzzeitung" wieder einen Artikel, der die kaum wurzelfassende Saat wieder verschüttet und auszieht.

Hält man in Berlin, d. h. im Ministerium, wohl die Idee fest, daß, wenn die fremden Mächte allerdings ein Zentralorgan verlangen können, sie doch die Art, dazu zu gelangen, gar nichts angeht? Und daß ein deutsches Zentralorgan ohne Preußen für sie nie eines sein könnte? Nach der Idee des Kaisers habe Frankreich sehr große Lust, sich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen und mit England ein Zentralorgan zu verlangen. Ist das wahr, was mir sehr wahrscheinlich ist und von Oesterreich natürlich befördert werden wird, so riskiert Deutschland, daß ihm von Frankreich, England, Rußland eine Präklusivfrist zur Herstellung des Zentralorgans gestellt wird, und Oesterreich lacht sich dazu ins Fäustchen, und wir? Daß diese Mächte ein Organ für Deutschland verlangen können, ist mir ohne Zweifel. Ebenso dürfte es nicht zu verhindern

---

[1]) Preußischer Kriegsminister.

[2]) Graf Nesselrode, russischer Reichskanzler (1844 bis 1856).

Digitized by Google

sein, daß, wenn Deutschland es nicht schafft, jene Mächte es ihm mehr oder weniger oktroyieren, und zwar zum alten Bundestage zurückgreifen werden, weil er schwach und ihnen darum bequem war. Die Einigung mit Oesterreich muß deshalb betrieben werden, und fängt man hier auch bereits an, Oesterreich weniger zu protegieren und in Schwarzenberg nicht mehr den rein konservativen Mann zu sehen — Tengobarski und Butenief, die eben aus Wien kommen, werden dem Kaiser gegen Schwarzenberg sprechen. Dies Dir und dem General Gerlach zur Nachricht, dem ich mich zu empfehlen bitte. Ihm selbst schrieb ich nicht, da Rochow wohl ein voluminöses Skriptum abfeuert ...

Morgen früh gehe ich ab. Mitte Oktober bin ich in Warschau. Der Kaiser will zu keiner Einladung des Königs die Hand bieten, vergebens verschwendete ich meine Worte am alten Orloff, der ihn hierin als inébranlable bezeichnet. Die Kaiserin läßt durch Prinzessin Luise[1]) dem König darüber schreiben, doch so, daß er meiner Ansicht nach nicht kommen kann, so sehr sie ihm auch zureden wird, in Abwesenheit des Kaisers zu kommen. Grüße Deine Frau. Wie immer.

*

Biala-Cerkiew, 10. Oktober 1850.

Gestern habe ich Deinen Brief hier, in der Heimat Mazeppas, richtig erhalten und schreite zu seiner Beantwortung, da ich gerade einen freien Moment habe, während die übrige Gesellschaft auf einem Ball bei der Besitzerin dieser Gegend tanzt.

Im wesentlichen stimmt das, was Du mir geschrieben, mit meinen Ansichten und Aeußerungen überein, die ich hier bisher getan habe. Bei allen vorkommenden Gelegenheiten habe ich König, Regierung und Maßregeln nach besten Kräften vertreten — bei der Ernennung Radowitz'[2]) aber konnte ich es um so weniger, da der König ihn in einem drei Bogen langen eigenhändigen Schreiben an den Kaiser „Mon ami le plus intime, auquel je suis attaché de cœur et d'âme" usw. nannte, und hinzufügte, daß er mit ihm ganz einig sei, und sie beide nur eine Politik hätten und derart mehr. Da konnte ich denn nur antworten, daß R. schon mehr als einmal gewechselt habe, daß er also jetzt vielleicht einen andern als den früheren Weg betreten haben könne, und daß, wenn dies nicht der Fall sei, gerade diese Ernennung der Anfang seines politischen Todes sein werde. Was die Zusammenkunft in Warschau anbelangt, so habe ich darüber mit dem Kaiser mehrfach Unterredungen gehabt und ihm das Wünschenswerte derselben vorgestellt, habe aber stets auf einer Einladung bestanden, zu der sich der Kaiser nicht verstehen will, weil er der Ueberzeugung lebt, daß das gegenseitige Verhältnis dadurch nicht gebessert, der König auf keinen andern Weg geführt werden würde. Als nun die kurhessische An-

[1]) Prinzessin Luise von Preußen, Gemahlin des Prinzen Friedrich der Niederlande, die jüngste Schwester des Königs Friedrich Wilhelm IV. und der Kaiserin Charlotte.

[2]) General v. Radowitz war Ende September 1850 zum preußischen Minister des Aeußern ernannt worden.

Digitized by Google

gelegenheit und R.s Ernennung kam, habe ich sehr, sehr schwere Stunden durchzumachen gehabt; beide haben die Hoffnungen für eine Zusammenkunft eigentlich begraben. Die kurhessische Sache habe ich fest vertreten, sie weniger politisch aufgefaßt als militärisch, unsre geographische Lage, die Etappenstraßen und dabei die politischen Verhältnisse ins Gefecht gebracht. Dies hat dann auch gezogen, nur ist der Kaiser über das Provozierende unsers Auftretens und darüber empört, daß man dem Kurfürsten das Recht, sich hier oder da Hilfe zu erbitten, absprechen will, daß wir nur eine Mitbeteiligung bei einer etwaigen militärischen Intervention beanspruchen könnten, daß aber dies nicht der Weg dazu sei — und darin hat er au fond auch recht. Hierüber habe ich zweimal an den König schreiben müssen und hinzugefügt, daß die Ernennung von R. ein neues Hindernis zur Verständigung mit Rußland und Oesterreich sei und die Aufhebung der Unionsverfassung neutralisiere. Gestern noch habe ich mit dem Kaiser wieder eine Unterredung gehabt, wobei er von selbst wieder von der Zusammenkunft anfing, wobei ich ihm sagte, daß ich ihm meine Gründe nicht wiederholen wollte und ihm nur noch die Frage stellen könne: ob er es mit seinem Gewissen verantworten könne, gewissermaßen die Hand zurückzustoßen, die ihm entgegengestreckt werde? Er legte die Hand aufs Herz und sagte: „Ja, nach alledem, was ich seit 1840 erlebt habe, kann ich das," worauf ich ihm kurz erwiderte: „Nun, dann habe ich das letzte Wort über diese Angelegenheit gesprochen." Der Kaiser konnte aber noch nicht aufhören und fügte hinzu: der König könne sich ja ansagen und kommen, wenn er es durchaus wolle, er würde gut empfangen werden, aber, aber usw. Da antwortete ich ihm kurz: „Eure Majestät, der König von Preußen kann und darf unter den obwaltenden Umständen nicht ohne Einladung nach Warschau kommen." Der Kaiser reichte mir die Hand und sagte: „Ich denke wie Sie." — Dann war die Rede davon, daß er wohl die Vermittlung einer Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser von Oesterreich in Warschau oder anderswo übernehmen würde, wenn er hoffen könnte, daß eins dergleichen zu irgend etwas Gedeihlichem führen könnte, doch ging ich darauf weiter nicht ein, weil ich der Ansicht bin, daß man eine solche Zusammenkunft lieber noch aufschieben muß, bis Radowitz und Schwarzenberg über Bord sind — jetzt effektuiert sie doch nichts, da wir Rußland dabei in der deutschen Sache nicht für uns haben, indem es fortwährend sich zugunsten Frankfurts ausspricht. Schließlich kam der Kaiser abermals auf die Zusammenkunft mit dem König zurück (so daß ich sah, daß ihn meine Frage doch frappiert hatte) — ich schwieg; worauf er sich dafür erklärte, daß er diese Angelegenheit noch ruhen lasse, in W. mit Rochow, Nesselrode und Meyendorf[1]) darüber reden und dann einen Beschluß fassen wolle!!! Davon schrieb ich aber nichts an den König. Wenn der Kaiser über die Lage der deutschen Verhältnisse meiner Ansicht nach auch nicht klar sieht und sich von den Frankfurtern mehr verspricht als sie je leisten werden, sie als den einzigen richtigen point de départ ansieht — so meint er es doch

[1]) Baron Meyendorf, 1839 bis 1850 russischer Gesandter in Berlin, dann in Wien.

Digitized by Google

sehr, sehr gut mit uns, und ist nichts weniger als eingenommen von der Politik Schwarzenbergs, die er eine kluge, aber illoyale nennt. Ich glaube unsern Verhältnissen hier nichts vergeben zu haben, glaube sogar, daß es gut gewesen ist, daß ich hier war, daß der Ausbruch des kaiserlichen Unmuts stets einen Gegenstand hatte, wo er sich entladen konnte. — Das Aussprechen des Aergers ist schon viel wert. Gegen mich ist der Kaiser über alle Begriffe gut, freundlich und offen, so daß ich das gar nicht dankbar genug anerkennen kann und daher auch die schweren und traurigen Momente gern verwinden will, möge mir nur der Himmel stets den für unser Heil richtigen Weg zeigen.

Da hast Du eine von zwanzig Menschen unterbrochene Relation — es hatten sich viele vom Ball gedrückt. Dem General Gerlach kannst Du davon natürlich Mitteilung machen.[1]) Ich schrieb ihm selbst nicht, weil ich nicht wußte, was aus ihm geworden war. Empfiehl mich dem General Stockhausen, grüße Deine Frau und Kinder. — Wie immer!

Gott befohlen.

Die Art und Weise, wie man mit Dir umgegangen ist, spricht nur von neuem für die Geschichte der ausgequetschten Zitrone — wenn erst wieder Not an Mann ist, wird man versuchen, ob nicht noch ein Rest Saft da ist. Aeußerst schmeichelhaft!

Ich reiße den Brief noch einmal auf, um hinzuzufügen, daß der eigentliche Russe am liebsten gar nichts von Deutschland hören will; sondern nach der französischen Allianz drängt — die eigne Schwäche gegen England fühlend und um zugleich Deutschland, so umfaßt, unschädlich zu machen.

*

Warschau, den 29. Oktober 1850.

Herzlichen Dank für Deinen soeben empfangenen Brief vom 20. d. M., den ich hiermit beantworte, da Du es wünschst; sonst hätte mich kein Mensch dazu gebracht, noch Politik zu schreiben. Sie ist mir bis an den Hals, namentlich seitdem ich hier in Warschau bin, selbst nicht mehr darauf angeredet werde, wenigstens nur oberflächlich, dagegen aber fortwährend davon reden höre, reden muß und all den vielen Unsinn verdauen soll, der von fast allen Seiten zutage gefördert wird. Laß Dir von Gerlach meine letzten beiden oder vielmehr zweieinhalb Briefe zeigen und vernimm außerdem, daß es hieße ganz tauben Ohren predigen, wenn man den Kaiser von der Liebhaberei für F. a. M. abbringen wollte, und um so weniger ist daran zu denken, da Meyendorf, der in den deutschen Sachen das größte Wort spricht, ebenso dahin neigt, wie auch Gr. Nesselrode. Rechnet man dazu auch die drohende Sprache, die wir in bezug auf Holstein neuerdings hier führen lassen, daß wir nämlich auch dort keine militärische Intervention seitens der Frankfurter dulden würden, so kann man sich nicht wundern, wenn hier sofort geantwortet wurde: „Sobald die Frankfurter zur

[1]) Gerlach erwähnt den Brief in seinen Denkwürdigkeiten, Bd. I S. 540 ff.

Digitized by Google

Pazifizierung Holsteins ernstlich schreiten, so erkennen wir sie als deutschen Bund an und werden es als einen Casus belli betrachten müssen, wenn Preußen sich den nötigen Maßregeln zur Pazifizierung widersetzen sollte." Ich kann weder politisch noch militärisch einen haltbaren Grund finden, warum wir den andern Regierungen nicht das Odium überlassen wollen, die Holsteiner mit Gewalt zu entwaffnen, wenn sie es soweit kommen lassen sollten; nein, man will lieber selbst die Waffengefährten entwaffnen, damit nur kein andrer sich die Hände noch an dieser Geschichte beschmutzt, die uns obenein ein gutes Stück Ehre kostet.

Dies ewige Harangieren und Drohen ist so parvenüartig wie nur möglich, und Gr. Nesselrode hat ganz recht, wenn er sagt: „Wer kann und mag mit einer Regierung unterhandeln, die ewig droht?" Warum fallen wir bei dieser Frage wie in Kurhessen gleich mit der Tür ins Haus? Erst sucht man sich zu verständigen, dann sagt man, daß man unter diesen Umständen zu unangenehmen Maßregeln gezwungen werden würde, und dann droht und schlägt man. — Das ist anständig und gentlemanlike.

Der Hauptübelstand ist hier, daß man an der Aufrichtigkeit der Regierung zweifelt, daß man nicht glaubt, sich auf Budbergs[1]) Propositionen oder Zugeständnisse verlassen zu können, weil man der Ueberzeugung lebt, daß sich Radowitz doch das letzte Wort vorbehalten und abgeben werde, es deshalb nicht der Mühe verlohne, mit ihm zu unterhandeln. Oesterreich zweifelt, Dank sei es Prokeschs[2]) Insinuationen 1. an der Aufrichtigkeit der Aufhebung der Unionsverfassung, verlangt diese bestimmter formuliert — verlangt ferner 2. von uns Anerkennung des Bundes unter der Reserve des Rücktritts in unsre jetzige Stellung, sofern dort nichts Gedeihliches und uns Annehmbares festgestellt werde. Ist beides geschehen, so will es 3. Konferenzen in Wien auf Basis der von 1819.

ad 1 kann zugegeben werden,

ad 2 ist ein Unsinn oder eine Falle;

trotzdem aber findet man das hier Allerhöchstenortes ganz charmant und tunlich; doch selbst Nesselrode findet es zuviel. Meiner Ansicht nach handelt es sich da gar nicht um zuviel, sondern darum, daß man uns das Netz, mit der Aussicht auf eine Oeffnung zum Rückzug, über den Kopf werfen will in der Idee, daß sich seine Oeffnung dann von selbst zuziehen oder verschwimmen wird. Läge diesem Passus keine arrière pensée zugrunde, so wäre es weit einfacher, zu sagen: „Halt ein mit deiner Union, wir brauen einstweilen in F. a. M. weiter, und ist das Getränk fertig, so sieh, ob es dir schmeckt."

ad 3 enthalte ich mich des Urteils, indem ich über die Konsequenzen nicht klar bin, die aus der Annahme dieser Basis von 1819 hervorgehen könnten, mir auch der Modus derselben fremd ist.

So viel ist gewiß, daß selbst Meyendorf sehr unzufrieden über Schwarzen-

---

[1]) Baron v. Budberg, russischer Gesandter in Berlin, Nachfolger Meyendorfs.

[2]) Graf v. Prokesch-Osten, österreichischer Gesandter in Berlin.

Digitized by Google

berg geschrieben und diesem gesagt hat (als er sich dahin aussprach, daß wohl nur ein Krieg die deutsche Frage erledigen könne), wie die Hilfe Rußlands, bei dieser Art zu denken, für ihn keinesfalls bereit sein werde.

Graf Brandenberg ist einsilbig, er aber wie sein Famulus Flemming äußerst kriegslustig; letzterer glaubt durch einen Krieg das in Deutschland gesunkene Ansehen Preußens wieder aufzurichten. Bei einem Kriege unter den obwaltenden Verhältnissen kommt es aber gar sehr darauf an, wofür man ihn führt, ganz abgesehen davon, daß der Ausgang auch noch zweifelhaft ist. Ein Krieg mit Oesterreich, seinen Anhängern und Rußland wegen Holstein macht mir zum Beispiel den Eindruck einer Tollhäusleridee und doch will v. Flemming die Oesterreicher mit den Waffen in der Hand verhindern, dort zu pazifizieren! Oesterreich wird keine Truppen dorthin schicken und Württemberg und Bayern erst recht nicht; — gingen sie aber alle hin — in Gottes Namen! Man macht ihnen schließlich das Loch, im Falle eines Konfliktes, ruhig zu und kommt da in denselben Vorteil, den man in Kurhessen den Bundesmännern nicht einräumen kann. Außerdem brächte uns ein Krieg für Holstein in Kontakt und Allianz mit allem Gesindel Deutschlands. Je mehr ich aber dem ganzen politischen Getriebe in die Karten sehe, desto weniger Achtung habe ich vor der Weisheit der die Geschäfte Leitenden. Auch bestätigt sich mein früheres Urteil über Rochow mehr und mehr — es fehlt ihm zu sehr an eignem Urteil, an Auffassung und Ideen; er ist nur geschickt im Zusammenstellen, tätig, fügsam und vertrauenerweckend —, das ist viel, aber hier nicht genug. Bei seiner hiesigen Stellung hätte er wohl (?) mehr leisten können. Freitag kommt Franz Joseph und sein Felix[1]) und Grünne,[2]) und am 30. gehe ich nach Petersburg ab. Grüße die Deinigen und behalte mich lieb.

Deinen Brief habe ich gegen Rochow ausgebeutet, — doch wohl vergebens.

*

Den 13. November 1850.

Deinen Brief habe ich erst heute erhalten und zugleich durch die „Kreuzzeitung" und Bertha die Nachricht von Brandenburgs Tod.[3]) Ein eminenter Verlust in diesem Augenblick, der hier sehr beklagt wird! Ich benutzte die Position, die ich mir hier gemacht, und ging sofort zum Kaiser, las ihm Deinen Brief vor und führte alle Völker ins Gefecht. Leider aber richtete ich wenig aus, wenigstens momentan; doch muß man ihn dann in Ruhe lassen, da sein Herz und vernünftige Argumente den Kaiser zum Nachdenken veranlassen. Uebrigens hatte er bereits ermahnend nach Wien geschrieben — Budberg benimmt sich gut —, ich habe die Beweise. Die Mobilmachung beklage ich mit dem Kaiser, weil sie nur Veranlassung zu neuen Verwicklungen sein wird und moutarde après diner ist; — dabei zu teuer, um der allgemeinen Stimmung als Bissen

[1]) Fürst Felix Schwarzenberg.
[2]) Graf Grünne, österreichischer Generaladjutant.
[3]) Graf Brandenburg war am 6. November gestorben.

Digitized by Google

hingeworfen zu werden. Deine Ansichten teile ich vollkommen, und deshalb habe ich Deinen Brief auch noch an Nesselrode gesendet, da ich ihn nicht sprechen konnte. Ich war übrigens mit dem Kaiser hart aneinander, ging so weit, ihm zu sagen, er spräche wie ein Staatsminister, den Soldaten und General vermisse ich diesmal zuerst bei ihm usw. Dafür bekam ich eine Pille; doch ließ ich nicht nach und ging bis zum Bitten. Er versprach nichts, aber er hörte, — Frau und Herz müssen den Rest tun. Er wird uns in der hessischen Sache immer Unrecht geben, und da hat er auch eigentlich ganz recht, denn wir haben nicht allein Unrecht, sondern uns albern und provozierend betragen, — marschieren wird er aber deshalb vorerst noch nicht gegen uns, es sei denn, daß ihn die Oesterreicher zur Hilfe rufen, was diese auch nicht gern wieder tun werden. Es tut mir leid, daß ich nicht in Berlin bin, um den Offizieren die Köpfe zurechtzusetzen, — bei solchen Gelegenheiten habe ich einige Autorität, ich weiß das vom März 1848 her.

Laßt mich nur nicht hier sitzen, wenn es ordentlich losgehen sollte, was ich immer noch nicht glauben kann und mag, weil es weder der Moment ist noch der genügende Grund vorhanden. Aber in Sanssouci oder in Charlottenburg kann ich auch nicht bleiben, wenn man mich zurückrufen sollte. Wenn ich hier auch nicht unnötig bin, selbst wenn Rochow hier ist, so bin ich doch vielleicht anderswo besser zu brauchen. Die Garden kennen mich, auch Gröben. Doch wie Gott will, — vergiß mich nicht und sei überzeugt, daß ich hier nicht schlafe! Wie immer!

Zugleich mit diesem Brief kommt ein politischer Bericht an, laß ihn Dir von Gerlach zeigen. Will man Rochow etwa nach Wien senden, so laßt mich hier; denn ich bin jetzt immer noch besser als alles andre, was man senden könnte.

Nachschrift

Den 14.

Heute kam in der Person des Majors Schlegell ein äußerst konfuser Schwätzer hier an, den ich sofort nach Zarskoe expedierte, wo er eine lange Unterredung mit dem Kaiser gehabt, und von dort bedeutend zahmer zurückkehrte, zugebend, daß es schwer sei, gegen denselben aufzutreten, wenn er den gewissen logischen Faden zu spinnen anfange. — Wie er sagt, will der Minister Manteuffel den Oesterreichern den eventuellen Durchmarsch durch unser Land nach Holstein nicht gestatten. Man überlege in Zeiten diesen Punkt. Gibt man die Ausführung des Waffenstillstandes durch Frankfurter Intervention zu — was geschehen —, so wird man auch die Konsequenzen tragen müssen, da die Unmöglichkeit, nach Holstein zu gelangen, mit dem Widersetzen gegen die ganze Ausführung des Artikels IV ziemlich auf eins herauskommt. Natürlicher wäre es allerdings, wenn sich jene Truppen vorzugsweise durch Sachsen und Hannover dirigierten, ihnen unser Terrain ganz abzuschneiden, halte ich für nicht statthaft.

Das Aufbieten des zweiten Aufgebots und der ganzen Landwehrkavallerie ist bestimmt zuviel.

Digitized by Google

Aus den Konferenzen wird auch nichts herauskommen, weil wir werden Forderungen stellen müssen, die man uns nicht einräumen wird. Dann bleibt nichts übrig, als aus dem Bunde ganz auszutreten und uns auf die altpreußische Basis, unser gutes Schwert, zu stellen und zu erwarten, was man gegen uns etwa unternehmen wird.

*

St. Petersburg, den 28. November 1850.

Gestern abend erhielt ich Deinen Brief nebst Thronrede, vor der ich mich mehr geängstigt habe, als nötig war; bis auf den Punkt von dem „in den Waffen bleiben zur Wahrung des guten Rechtes" (oder dergleichen Worte auf der letzten Seite) findet man sie hier unverfänglich. Ich sprach den Kanzler bei Rochow darüber und suchte seine Ansicht, daß sich die Regierung dadurch mehr oder weniger die Hände gebunden habe, dadurch zu modifizieren, daß man dem Lande für die Bereitwilligkeiten doch auch eine derartige Anerkennung habe geben müssen. — Die gestern eingegangenen Depeschen des Barons Budberg habe ich eben gelesen, sie lauten wenig tröstlich, indem Minister Manteuffel selbst wenig Hoffnung zu haben scheint, sich halten zu können — in demselben Sinne äußerte sich dessen Bruder gegen Frau v. Rochow. Das ist zu traurig!

Schon früher habe ich Dir die Besorgnis ausgesprochen, daß der Durchmarsch der Frankfurter nach Holstein durch Unionsgebiet Unannehmlichkeiten herbeiführen könne, und daß man sich in Zeiten überlegen möge, was dabei zu tun. In gleichem Sinne schrieb ich an General Gerlach. Ich bleibe bei meiner Ansicht stehen, daß, wenn man den Frankfurtern die Intervention in Holstein gestattet, was ja Herr v. Radowitz noch eingeräumt, man nicht zugleich verlangen kann, daß sich dieselben in Triest einschiffen oder mit Luftballons nach Kiel marschieren sollen. Der Streifen Braunschweiger Landes scheint mir überdem so gering, daß er vielleicht zu passieren sein dürfte, ohne daselbst Quartier zu nehmen und andre Reklamationen von Vorspann, Verpflegung für Mann und Roß zu beanspruchen!? — Was die österreichischen Garantien anbelangt, so hat man dieselben unserseits gefordert — und mit Recht —, jetzt sind sie gegeben. Entweder genügen sie nicht, dann fordere man mehr, genügen sie aber, wie ich das glaube annehmen zu können, so liegt auch kein vernünftiger Grund mehr vor, überhaupt noch Truppen in Hessen zu behalten, ich würde sie in diesem Falle ganz zurückziehen mit obligater Erklärung an die Kammern, auf die Garantien fußend, und nun ab und zu ein Regiment quer durchmarschieren lassen, um mein Recht stets in Evidenz zu erhalten und meine Quartiere an den Straßen von niemand anderm belegt zu sehen. Daß Oesterreich auf die Räumung von Kassel dringen wird, finde ich begreiflich, weil es die Residenz und der Sitz der herzustellenden Regierung ist, ein Belassen unsrer Truppen daselbst würde nur zu Schlägereien führen, überdem haben wir die Frankfurter im Kurfürstentum vollständig umspannt, selbst wenn wir es räumten. Meinerseits würde ich nicht so weit gegangen sein als Minister Manteuffel in seiner Depesche vom 9. d. M. an den v. Rosenberg (der übrigens sehr links sein soll),

Digitized by Google

wonach Preußen sich nicht um die Entwirrung der wirren hessischen Angelegenheit kümmern will. Das ist aber einmal geschrieben worden, man muß also die Konsequenz tragen, die darin liegt, dem andern Teile den Sitz der Regierung zu freier Disposition zu stellen. Von dem militärischen Standpunkte aus sehe ich auch gar kein Hindernis, Hessen nach den gegebenen Garantien zu räumen, würde diese vielmehr mit Freuden ergreifen, um dadurch aus der halb friedlichen Stellung herauszukommen, und den Kammern durch den Kriegsminister die Angelegenheit, aber vom militärischen Standpunkt aus, darstellen. Bleibt es aber bei der Weigerung des Durchmarsches, so schlägt man damit dem hiesigen Kabinett wieder mittelbar ins Gesicht, weil man die Direktion nach Holstein, dem für Rußland allein wahrhaft empfindlichen Punkt, unterbindet, das geht nun und nimmermehr. Die Hoffnung des Ministers Manteuffel, diese Frage bis zu den Konferenzen hinauszuschieben und dort zu erledigen, ist auf Sand gebaut, weil Oesterreich darüber selbstredend vorher eine Erklärung verlangen muß und sich bei den Konferenzen (auf die ich wenig Hoffnung habe) erst andre Kardinalfragen erledigen müssen, und Oesterreich, um sich Rußland warm zu halten, stets nach der holsteinischen Richtung hindrängen wird.

Darüber mache man sich indes in Berlin keine Illusion, daß der Sturz von Manteuffel und Stockhausen hier und in Wien den Charakter einer halben Kriegserklärung oder mehr haben würde, ein Wiedereintritt von Radowitz aber alle Unterhandlungen in den Brunnen fallen ließe.

In bezug auf die Stellung des hiesigen Kabinetts, so muß ich leider gestehen, daß es nicht möglich geworden ist, dasselbe zu entschiedenerem Auftreten zu unsern Gunsten zu vermögen als zu anerkennender Sprache nach Berlin, sowohl im Handschreiben des Kaisers als auf diplomatischem Wege, und zu versöhnlicher (das ist wenig) Sprache nach Wien. Der Grund davon liegt darin, daß das Vertrauen zu Manteuffel und Stockhausen zwar sehr groß ist als Individualitäten, aber nicht als Träger der Politik, weil man nur zu gut unterrichtet ist, daß sie weder das Vertrauen des Königs noch ein entschiedenes Uebergewicht im Konseil haben. Deshalb nimmt man hier wohl Anstand, sich zugunsten eines unsicheren Fahrzeuges und mit demselben zu avanturieren. Ich beklage diese Auffassung um so mehr, da ein hiesiges entschiedenes Auftreten zugunsten Preußens, nachdem dieses Opfer gebracht und Demütigungen ertragen, teils zu verlangen, teils von unberechenbarem Erfolge für das große Allgemeine sein würde. Man glaube deshalb nicht, daß im hiesigen Kabinett wesentliche Sympathien für das in Wien herrschen, man glaubt es *jetzt* nur in seinem Recht und auf dem Wege, wenn auch nicht gerade zur Rückkehr zum Alten, so doch zu einem annähernden Zustande. Auf der andern Seite finde ich aber, daß man hier das eigne Interesse, was in der Stärkung Preußens als Nachbar und Alliierter, mit dem man keine wesentlich kollidierenden Interessen hat, nicht genug erkennt, d. h. im Kabinett. Wesentlich anders ist es in der Armee, wo kein vernünftiger Mensch zugunsten Oesterreichs gegen uns auftreten möchte, denn die Sympathien für die preußische Armee sind fast noch ebenso mächtig als der sich

Digitized by Google

überall aussprechende Haß gegen Oesterreich. Das weiß der Kaiser auch recht gut und wird es berücksichtigen. — Ich bin zuweilen in einer ganz verzweifelten Lage; wenn ich mich überzeugen muß, daß mein Reden, Bitten und Vorstellungen bei Kaiser wie bei Kanzler an einer eisernen Brust abprallen — das, was man vielleicht erlangen kann, ist ein negatives Resultat, ich meine Aufschub — ein positives nie oder nur ein halbes. Die hiesige Vorsicht in der Politik ist ebenso konsequent, als unsre Unvorsicht seit dem November 1848 inkonsequent blieb. — Zu weit vom Schauplatz in Berlin entfernt, habe ich natürlich zwar kein Urteil oder bestimmte Ansicht über die nächste Zukunft, vielleicht über das, was dort bereits geschehen, während ich hier schreibe. Bricht der Krieg aber aus, was Gott verhüten möge, so wird es Schwarzenberg bestimmt so zu drehen wissen, als ob wir ihn provoziert hätten. Dann bleibt uns nichts übrig, als positiv hierher zu erklären, daß nur Rußlands Neutralität uns vor französischer Allianz bewahren werde. Avis au lecteur! Gott befohlen und wie immer!

*

Zarskoje-Selo, den 4. Dezember 1850.

... Die Sachen stehen hier sehr schlecht und sind Kaiser wie Kanzler so gereizt, daß eigentlich gar nicht mehr mit ihnen zu reden ist. Dabei bekommen wir kein Wort von der Regierung, das uns au courant erhielte, nur russische Depeschen aus Berlin und Wien sind es, aus denen wir die Lage der Dinge erfahren, so daß ich dem Kaiser bereits vorgestern abend antwortete, er möge es mir nicht verdenken, wenn ich mein Urteil nicht einseitig nach seinen Nachrichten formiere, und ihm gestern abend sagte, ich könne den Berichten des Generals Mansurof, die aus Aeußerungen von Ernst Augusts Kopf und Munde geschöpft, keinen unbedingten Glauben beimessen. — Es ist das eine äußerst peinliche Lage, weil man, die Wahrheit fürchtend, doch nicht einmal in den Stand gesetzt ist, die Auffassung der Regierung in irgendeiner Frage bei dem ewigen Wechsel bestimmt zu kennen, und sich also nur in allgemeinen vagen Phrasen ergehen kann.

Doch jetzt zur hiesigen Auffassung.

1. Man betrachtet es hier als einen Bruch der Versprechungen, abgegebenen Erklärungen und der Handschreiben des Königs, wenn man nach den gegebenen Garantien (die man hier hinreichend findet) nicht Kassel und womöglich ganz Hessen räumt. (Ich trete dieser Ansicht zwar nicht ganz bei, finde es aber politisch wie militärisch töricht, daß man nicht jede Garantie ergreift, nur aus Hessen tant bien que mal herauszukommen und lieber das Land mit Truppen zu umfassen.)

2. Man behauptet hier, daß unsre Regierung nun wieder verlange, sich bei der Regelung der inneren Verhältnisse Hessens zu beteiligen, nachdem Manteuffel in seiner Depesche vom 9. (?) November sagte, es sei dies eine Aufgabe, die sich die Regierung nicht gestellt habe. Daraufhin argumentiert man hier, daß man die Sache nur habe hinhalten wollen, um mit den Rüstungen vorzu-

Digitized by Google

schreiten, daß man also eine früher gegebene Erklärung nun zurücknehme — ein neuer Beweis für die Unzuverlässigkeit unsrer Regierung. (Ich weiß nicht, ob diese Prätension wahr ist, wohl aber habe ich jene Erklärung des Ministers Manteuffel an den v. Rosenberg selbst gelesen.)

3. Man behauptet hier ferner mit Gewißheit, daß unsre Regierung die braunschweigische Weigerung veranlaßt habe und dadurch ihr gegebenes Versprechen, der Intervention in Holstein „nichts in den Weg zu legen", breche, daß wir vielmehr die moralische Verpflichtung hätten, den Herzog zur Erlaubnis des Durchmarsches zu veranlassen, eventualiter ihn fallen zu lassen, aber weder aufzureizen noch zu unterstützen. (Schon neulich schrieb ich General Gerlach und Dir über diesen Punkt des Durchmarsches und sprach meine Besorgnis aus — ich brauche es also hier nicht zu wiederholen, daß der Herzog, wenn auch töricht, so doch in seinem Rechte ist, steht außer Zweifel. Daß wir ihn aber dazu anregen (?) oder unterstützen wollen, ist unverantwortlich, indem wir dadurch unsre eingegangenen Verpflichtungen wenn auch nicht formell, so doch faktisch umgehen. Denn geben wir die Intervention zu, so müssen wir nun auch die Möglichkeit derselben zugeben.)

Genug, aus den vorstehend aufgeführten drei Punkten zieht man hier das Resultat, daß unsrer Regierung niemals zu trauen sei, daß sie nur habe Zeit gewinnen wollen und au fond den Krieg wolle, daß man endlich diesseits das alles unter Hinwirkung auf die holsteinische Frage als Casus belli nehmen und vorläufig wenigstens den Gesandten abberufen müsse.

Die heute oder doch zunächst ankommenden Nachrichten werden wohl den Ausschlag geben und daher auch unser Bleiben oder Gehen bedingen. Daß wir zum Guten und zur Mäßigung geredet haben nach besten Kräften, versteht sich von selbst, ebenso daß die hiesige Auffassung und deren Resultat meiner Ansicht nach etwas vom Zaun gebrochen, was auch wir nicht verhehlt haben. Zuletzt hat indes alles seine Grenzen, und mit unsrer Armee unter den Waffen muß man bei aller Intimität die Sachen, wenn sie einen gewissen Punkt erreicht haben, gehen lassen. Denn bittende Vorstellungen sind dann selbst hier nicht mehr am Platz.

Fast glaube ich auch, daß jetzt ein gründlicher Zusammenstoß mit Oesterreich usw. uns gegenseitig weiterführen wird als alle Unterhandlungen, Erklärungen usw. Kommt es dazu, so gehe man unserseits nur möglichst rasch zu Werke und suche ein Resultat zu erzielen, bevor man in Frankreich oder hier noch recht zur Besinnung kommt. Ein Fait accompli ist viel wert, namentlich wenn Bayern erst mit blutigem Kopf in sein Verhältnis zurückgeführt ist. Nur dann kein Zaudern, nur von uns aus die Initiative ergreifen, sobald der Degen einmal gezogen ist. Eine Klippe aber müssen wir bestimmt vermeiden, das ist abermaliges Fraternisieren mit gegen ihre Regierung aufgeregten Völkerschaften, wie das sehr leicht in Sachsen und Hessen kommen kann. Uebergehende Truppen nehme man an, sende sie aber sofort weit zurück. Ebenso dienlich wie den Bayern wäre auch den Sachsen eine derbe Lektion. Schließlich noch die Be-

Digitized by Google

merkung, daß weder der Kaiser noch seine Generale irgend Lust haben, uns den Krieg zu machen, und daß er wohl der Hoffnung lebt, uns mit Drohungen und Anhäufung von Truppenmassen an unsrer Grenze zu schrecken und so zum Nachgeben zu zwingen. Indes das Maß seiner Gereiztheit ist zum Ueberlaufen voll, und bei der ihm eignen Leidenschaftlichkeit und bei an der Grenze stehenden Armeen bedarf es nur noch eines Stoßes, um das Ueberlaufen des Gefäßes herbeizuführen und sein für Preußen schlagendes Herz wenigstens momentan zu beschwichtigen.

Wo komme ich hin, wenn der Krieg ausgebrochen und ich noch zur rechten Zeit eintreffe? Stecke mich in ein Dragoner- oder Husarenregiment. Im Hauptquartier des Königs bekomme ich Händel mit Radowitz oder Boddien. Die Schnelligkeit der Mobilmachung imponiert hier doch sehr, ich nehme das äußerlich gleichgültig hin und sage nur, daß ich nicht begreifen kann, daß man hier noch habe über unsre Militäreinrichtungen, deren Präzision und den musterhaften Geist des Soldaten Zweifel hegen können. Es ist die einzige Befriedigung, die ich seit langem gehabt.

*

St. Petersburg, den 8. Dezember 1850.

Der Brief geht erst am 10. mit Kurier ab.

Gestern habe ich Deine beiden vor und nach Olmütz geschriebenen Briefe erhalten, während Du mittlerweile denjenigen von mir bekommen haben wirst, der hier in der Aufregung der schlechtesten Nachrichten und bei der größten Gereiztheit des Kaisers geschrieben war, die ihn trieb, noch 20—25000 Mann in Kriegsbereitschaft zu setzen oder doch zu halten. Ueber die süddeutsche Politik brauchst Du Dich nicht zu rechtfertigen,[1]) ich hatte Dich vollkommen verstanden und die Sache auch hier gerade so hingestellt, wie sie von Dir gemeint war.

Was nun aber jetzt? Ich habe zu den Konferenzen wenig Vertrauen und Hoffnung auf gedeihliche Resultate; dennoch aber sehe ich die Notwendigkeit ein, in Deutschland vor allem erst wieder eine allgemeine Basis herzustellen sowohl gegen die Revolution wie zur Erreichung innerer vernünftiger Maßregeln. Sehr viel hängt nur davon ab, welche Prätensionen unserseits gemacht werden sowie welche Richtung Oesterreich dabei einschlagen wird. Bleibt es bei seinem Verband mit den Süddeutschen, so kommt gar nichts zustande. Erreichbar ist wohl nur etwas, wenn es mit uns d'accord ist. In zwei Hauptfragen, Präsidium und Exekutive, hat es die Erledigung bereits in Warschau en suspend gelassen; und es ist bekannt, daß es die Präsidialfrage als Ehrenpunkt betrachtet. Dann aber ist sie es auch für uns, obgleich ich sie im Grunde genommen als ganz gleichgültig betrachte und jedesmalige Wahl oder allgemeine Alternierung ganz genügend finden würde, wenn ich auch dem ersteren Modus den Vorzug geben möchte. Was aber die Exekutive anbelangt, so wird der

[1]) Randbemerkung Manteuffels: „Ist auch nicht geschehen."

Digitized by Google

Dualismus für dieselbe nicht durchzuführen sein; denn die Königreiche werden darin natürlich ihre gänzliche Zurücksetzung sehen und finden, sich also mit Händen und Füßen dagegen sträuben, und Oesterreich kaum die Macht, wenn auch den Wunsch haben, eingegangenen Verpflichtungen bestimmt und offen entgegenzutreten. Zudem ist ein Dualismus als solcher an und für sich ein Unding! Tres faciunt collegium! So glaube ich, daß wir gut täten, von Hause aus nicht auf den Dualismus, sondern lieber gleich auf die Trias loszugehen. Welche Macht dann der dritten Stimme einzuräumen, würde zu beraten sein: ob nur die Entscheidung bei entgegengesetzten Meinungen Oesterreichs und Preußens oder stetes Mitreden. Ich glaube, daß nur das letztere wird durchgesetzt werden können.

Sehr wesentlich erscheint mir aber ein andrer Punkt, und bitte ich Dich, mir über das Vorstehende wie diesen zu schreiben. Daß das freie Unierungsrecht, selbst zu einem legislativen Bande, festgehalten wird, versteht sich von selbst. Da dies aber der Weg ist, auf dem wir am leichtesten wieder über unser Ziel hinausschießen, wo wir wieder zu jetzt nicht zu realisierenden Verstandesgelüsten und ihrer Propaganda getrieben werden würden, so möchte ich fragen, ob es nicht am besten wäre, wenn gleich vom Bunde aus feststehende Grundsätze über Presse, Assoziation und Wahlrecht gegeben werden könnten und man lieber Ausschüsse aus den allseitigen Kammern später zum Bunde delegieren will, als sich in die Lage zu bringen, einen Bund, eine Union und die eignen Kammern zu haben (die ersteren mit oder ohne Präsentation) und in ewigem Streite über die respektiven Autoritäten zu liegen? Die Sache ist zu kompliziert, deshalb bin ich der Idee, lieber dem Bunde eine wenn auch unbedeutende Repräsentation zu geben, als wieder in die legislative Partikularunion zu verfallen, die nur wieder die Armee für die Gothaer werden würde. Kann man wegen Lokalverhältnissen etwa keine solche gemeinsamen Grundsätze für den ganzen Komplex des Deutschen Bundes herbeiführen, so doch dann vielleicht für Norddeutschland, aber von Bundes wegen, dann bleibt uns auch Hannover und Sachsen. Kommen wir aber wieder zur Union mit Legislative, so treten diese beiden Königreiche und Hessen auch wieder zurück, und wir kommen abermals in die zerstückelte, unhaltbare Lage wie jetzt, mit zwei Parlamenten und einem Bunde, der womöglich das dritte bei sich hat.

Aus Gesprächen mit Graf Buol[1]) habe ich ersehen, daß man in Wien wohl die Idee hat, diese Grundgesetze möglichst im Bunde zu zentralisieren, eine Ansicht, der ich, so wie ich die Sache von hier aus übersehen kann, um so eher beitrete, wenn man uns dann auch von Bundes wegen die Exekutive in Norddeutschland en cas de besoin einräumt und wir so autorisiert sind, wenn auch mittels jedesmaliger Genehmigung vom Bunde, Ordnung zu erhalten und einzuschreiten bei den Nachbarn.

Ich glaube ferner, daß wir uns den Revolutionsschmutz besser abschütteln,

---

[1]) Graf Buol, damals österreichischer Gesandter in Petersburg, später Minister des Aeußern.

Digitized by Google

wenn wir uns im Bunde zentralisieren, als wenn wir noch ein Unionsparlament als Zwischenstadium haben. In den Parlamenten und auf den Tribünen liegt jetzt noch kein sicheres konservatives Element, sondern vielmehr bewußt oder unbewußt das Element der Opposition gegen die Regierungen, der Drang nach Neuerungen, die in eine Zeit der Revolution, in der wir noch leben, keinesfalls passen und nicht an der Zeit sind. Es handelt sich also wesentlich darum, das parlamentarische Wesen möglichst zu beschränken oder doch in die Grenzen zu treiben, die die staatliche Existenz nicht gefährden können.

Wenn Du mir in Deinem letzten Briefe sagst, daß Deine ganze Politik in dem engen Bunde mit Rußland liege,[1]) so habe ich nichts dagegen. Dem Könige aber sage das nicht. Denn eine seiner Lieblingsideen ist: Preußen hat seinen Halt und seine Wurzeln in Deutschland, mit Deutschland und durch Deutschland — im Gegensatz zur Anlehnung an Rußland, die ihm der Kaiser früher stets als seine Richtung anempfohlen; der Kaiser aber ist, ich kann es nicht leugnen, in bezug auf Preußen einseitig. Bei Härte und Unbilligkeit im Urteil und Uebersehen der Verhältnisse, Sichnichtlosmachenkönnen vom autokratischen Standpunkt, übersieht er Land, Volk, Nachbar und eignes Interesse selbst. Da helfen keine Reden, keine Vorstellungen, man bekommt immer wieder dieselbe Antwort.

Noch vor wenig Tagen war ich hart mit ihm zusammen, weil der König ihm in einem Briefe d. d. 4. November schreibt, er würde seinen Minister entlassen haben, wenn er nicht die innerste Ueberzeugung hätte usw. — und in einem andern d. d. 6. November: Ich habe soeben meinen prächtigen Brandenburg verloren, meinen treuesten und bravsten Diener. Der Kaiser, der Brandenburg liebte, war erregt über den Widerspruch dieser beiden Zitate. Ich sagte ihm, daß er selbst einen sehr treuen und braven Diener haben könne, dessen politische Ansicht von der seinigen himmelweit verschieden sein könne, und der nichtsdestoweniger ihm gehorchen und gut dienen werde. Der Kaiser war darüber höchst ärgerlich und antwortete: „Dann werde ich ihn nicht auf solche Stelle berufen." Ich: „Wenn die Meinungsverschiedenheit aber erst nach der Berufung in die Stelle eintritt, so können Sie ihn von derselben entbinden und füglich gleichzeitig von ihm sagen, daß er ein braver und treuer Diener sei." Ich schreibe Dir diese Szene nur, um Dich einen Blick in den Ideengang des Kaisers tun zu lassen und Dir zu zeigen, wie der König tun mag, was er will, er wird hier stets Tadel finden. Geschieht etwas, was konveniert, so heißt es gleich: In 24 Stunden wird es anders sein, man kann ja auf nichts bauen, was aus Berlin kommt. Geschieht etwas, was nicht konveniert, so heißt es: Da haben wir es, das war ja zu erwarten, man wird ewig gerüstet bleiben müssen. Genug, der Kaiser ist in dieser Beziehung ungerecht, und da wir ihn nicht vom Gegenteil überzeugen oder eine andre Auffassung beibringen können, so sind wir nur als Blitzableiter da, auf die sich das kaiserliche Gewitter niederläßt und dann momentan etwas beruhigt.

---

[1]) Randbemerkung Manteuffels: „Hat den Nachsatz ausgelassen."

Digitized by Google

Es liegt in der Natur des Kaisers, stets schwarz zu sehen; teils kennt und würdigt er die deutschen Verhältnisse nicht, teils bringt er alles unter die Kategorie der Erbärmlichkeit, Schwäche oder bösen Willen (lieber Mangel an gutem Willen), was der Kraft entbehrt oder dem Bedürfnis nicht so nachkommt, wie er es von seinem autokratischen Standpunkte für nötig und möglich hält. Rechne dazu den Mangel an Vertrauen zum König, die Idee, daß Oesterreich beabsichtigt, die konstitutionellen Formen wieder über Bord zu werfen, die Schlauheit Schwarzenbergs, die ihn durch die holsteinische Intervention zu ködern gewußt hat, ohne daß er ihn persönlich achtet, so wirst Du begreifen, daß das alles zusammengenommen ihn mehr und mehr in das österreichische Lager treibt. Vor allem aber will er Frieden zwischen Oesterreich und Preußen haben, um nicht in die für ihn herzzerreißende Lage zu kommen, gegen die preußische Armee marschieren zu müssen, was er à la fin des fins doch tun würde, nicht sowohl weil er Oesterreich durchaus im Recht, wohl aber auf dem richtigen Wege glaubt. Es ist außerdem nicht allein das Gefühl, was ihm einen Krieg mit Preußen mehr als schmerzlich macht, sondern auch die Furcht, seine Truppen von der Revolution infizieren zu lassen, sowie die Abneigung aller höheren vernünftigen Offiziere gegen einen Krieg mit uns und die anderseits sehr deutlich ausgesprochene Neigung der ganzen Armee für einen Krieg gegen Oesterreich. Die Generale hassen bei ungarischer Sympathie (ich nehme Berg aus, der sehr österreichisch ist) die Oesterreicher seit der ungarischen Kampagne, schlagen die Bravour der österreichischen Truppen sehr gering an, haben aber weit mehr Sympathie für Preußens konstitutionelles Wesen, als man in Berlin vielleicht glaubt, und schaudern vor allem vor der Idee, von uns einen échec zu erleiden, weil das den Nimbus der russischen Macht wesentlich lichten würde. Sie fühlen, daß sie in uns einen nicht zu verachtenden Gegner finden würden. Diejenigen denkenden Russen oder russifizierten Deutschen aber, die eine eigentlich russische Politik verfolgen, sind überhaupt gegen des Kaisers Einmischung in die deutschen Händel — ihre Augen richten sich auf den Orient einerseits und auf die französische Allianz anderseits, in welcher letzteren sie die Mittel zur etwa notwendig werdenden Erdrückung Deutschlands sowie einen Anhalt gegen Englands gefürchtete Flotte zu finden glauben.

So habe ich unter vielen Unterbrechungen versucht, Dir eine Schilderung der hiesigen Verhältnisse zu geben, aus der Du und die Deinigen vielleicht einen Anhalt für das hiesige Auftreten, einen Fingerzeig für des Ministeriums Handeln nehmen kannst. Schließlich nur noch so viel, daß es ein vergebliches Beginnen ist, den Kaiser oder Nesselrode von der einmal gefaßten Ansicht abzubringen, und zwar um so weniger, wenn wir von Berlin aus so schlecht unterstützt werden, als es der Fall ist. (Hier bitte ich Dich, meinen an Gerlach gerichteten Brief, der mit diesem zugleich ankommen wird, zu lesen.)[1] So hat

[1] Gerlach notiert am 15. Dezember: „Wenn ich Münsters und Rochows Briefe lese, so freut es mich, daß der Kaiser und Nesselrode jetzt überall post festum kommen, schon

Digitized by Google

Rochow seit seiner Ankunft hierselbst auch noch nicht einen Buchstaben vom Ministerium bekommen — und hättest Du mir nicht geschrieben und General Gerlach zwei Briefe, so wären wir rein darauf angewiesen gewesen, aus russischen Berichten zu schöpfen. Man hat Rochow, als er hierherging, eine Instruktion mitgegeben, in der in bezug auf Holstein es heißt: La question de Schleswig-Holstein n'existe plus pour nous (das war jedenfalls zuviel gesagt). Ferner: Aucun obstacle n'arrêtera de notre côté l'action que d'autres puissances pourront et voudront exercer en Holstein. En retirant politiquement l'intérêt, que nous avions accordé aux Duchés, nous laissons aussi le champ libre aux puissances représentées à Fr. a. M., et c'est à elles maintenant d'aviser aux moyens de pacifier etc. etc.

Bald darauf kommt die Nachricht von der Weigerung Braunschweigs hier an sowie von der dabei unserseits verheißenen Unterstützung; ja noch mehr: Von Hannover und Wien wird gemeldet, daß eine Note (unterzeichnet Manteuffel) die braunschweigische Regierung zu dieser Weigerung aufgefordert habe. Rochow sowohl wie ich haben letzteres allerdings bestimmt in Abrede gestellt und bemerkt, daß der Herzog in seinem Recht sei. Unsre Unterstützung, die ihm verheißen, konnten wir aber bei den vorstehend angezogenen Stellen der Rochowschen Instruktion nur schlecht verteidigen; denn entweder mußte es Oesterreich überlassen bleiben, mit dem Herzog sich wohl oder übel zu arrangieren, oder wir mußten ihn als Unionsmitglied anhalten, der Ratifikation des Waffenstillstandes nicht bloß formell, sondern auch faktisch nachzukommen. Beistehen aber dürfen wir ihm nicht, ihn aufhetzen noch weit weniger. Der Kaiser hat großes Vertrauen zu Manteuffel und Stockhausen, diese braunschweigische Geschichte hat ihn aber sichtlich gegen ersteren eingenommen. Möchte er sich daher nur recht bald genügend rechtfertigen können, da von des Kaisers Ansichten über diese beiden Ehrenmänner doch unendlich viel abhängen kann. Budberg meldete hierüber noch nichts, nur Meyendorf ...

Ist irgend jemand da, von dem man glauben kann, daß er hier etwas leisten oder erlangen könne, so schickt ihn in meine Stelle. Ich trete gern zurück, denn meine Lage ist weder einflußreich noch angenehm oder befriedigend, trotz aller Gnade, Intimität und Vertrauen. Gott befohlen und wie immer.

---

darum, weil Petersburg weit ohne Eisenbahn- und Telegraphenverbindung ist ... Das Benehmen des Kaisers war doch zu wenig freundlich, darum ist es gut, daß sein Anteil an den Olmützer Punktationen nur ein geringer gewesen." Gerlach, Denkwürdigkeiten Bd. I Seite 572.

Digitized by Google

Die junge und die alte Türkei

Von

Hussein Dschahid,

Chefredakteur des „Tanin", ehemaligem Abgeordneten von Konstantinopel

Wenn man in Europa glaubt, daß es zwei Türkeien gibt, die einander bekämpfen, so irrt man sich. Die Zwistigkeiten, die seit vier Jahren die Türkei zerklüften und schuld sind, daß Europa fortwährend von Kriegsgerichten, vom Belagerungszustand, von Verschwörungen usw. hört, sind nicht das Resultat eines Kampfes zwischen zwei Ideen.

Europa hat sich, um die Türkei zu verstehen, nach dem Gesetz vom geringsten Kraftaufwand damit begnügt, sie in zwei Kategorien einzuteilen, und jeder von ihnen eine Aufschrift gegeben: „Junge Türkei" und „Alte Türkei". In dieser summarischen Weise hat man mit dem Zusammenstoß der beiden genannten Bestandteile die Ereignisse, die sich in der Türkei zugetragen haben, zu erklären gesucht. Das war vielleicht bequem, aber es entsprach der Wirklichkeit nicht, die vielmehr sehr kompliziert ist.

Wenn wir unter der „jungen Türkei" eine liberale Richtung verstehen, die, indem sie die mohammedanische Welt den Wissenschaften, der Zivilisation und den Künsten des Abendlandes erschließt, die bis heute von der modernen Gesellschaft in Acht und Bann getane Türkei europäisieren möchte, und wenn wir unter der alten Türkei eine konservative Opposition gegen jeden Gedanken einer Erneuerung und Regeneration nach europäischem Vorbild verstehen, dann gibt es vielleicht in der Türkei zwei derartige Mächte. Ohne Zweifel wäre das Studium des Kampfes dieser beiden Strömungen sehr interessant für die Geschichte und die Soziologie gewesen. Aber leider haben bis zum gegenwärtigen Augenblick diese beiden entgegengesetzten Richtungen sich nicht gegeneinander gewendet.

Im gegebenen Augenblick wohnte Europa einem ihm unerwarteten Schauspiel bei: eine junge Türkei stieg am Horizont des Orients auf und erklärte die Verfassung. Europa hat das Wort in falschem Sinne genommen und die junge Türkei im Sinne einer liberalen und fortschrittlichen Partei aufgefaßt, die sofort die europäische Methode und Zivilisation im Orient einführen wollte. Diese Auffassung der „Jungen Türkei" ist nicht richtig. Die jungtürkische Partei umschloß sowohl die liberalen wie die konservativen Elemente. Diese heterogene Macht war nur in einem Punkte einig: in dem Bestreben, das despotische und absolutistische Regime zu stürzen, das mit seinen Spionen (Djournaldjis und Hafies), seinen käuflichen Beamten und seiner Palastkamarilla das Land zugrunde richtete und seinem Untergang entgegenführte. Alle ehrlichen Türken konnten sich darin zusammenfinden, daß sie das Fortbestehen des Hamidschen Regimes nicht wünschten.

Digitized by Google

Das Komitee „Einheit und Fortschritt", dem es endlich geglückt ist, das von so vielen andern Geheimgesellschaften vergeblich erstrebte Ziel zu erreichen und die absolutistische Regierung zu stürzen, bestand ganz und gar aus Mitgliedern, die verpflichtet waren, im Land zu bleiben und nicht ins Ausland zu gehen, um unter dem Vorwand liberaler Propaganda sich aufzuspielen. Erst später haben sich alle jene, die in Westeuropa ernst gearbeitet, oder diejenigen, die sich mit dem Schein einer solchen Tätigkeit begnügt hatten, dem Komitee „Einheit und Fortschritt" angeschlossen. Auch das hat dazu beigetragen, in Europa eine irrige Meinung über das Komitee aufkommen zu lassen; man verwechselte es immer mit denen, die man in einigen abendländischen Städten hatte arbeiten sehen. Das Komitee „Einheit und Fortschritt" setzte sich aus allen ehrlichen Leuten der Türkei zusammen, die sich vereinigten, um eine ehrenhafte und gerechte Regierung zu bekommen, um wieder eine nationale Kontrolle in den öffentlichen Angelegenheiten zu schaffen und um dem schamlosen, verderblichen Treiben der Palastkreaturen ein Ende zu machen.

Wenn es dem Komitee „Einheit und Fortschritt" gelungen wäre, das Uebel auszurotten, so würden wir sicherlich eine Spaltung des Komitees in zwei Teile erlebt haben, und es hätte dann ein ernsthafter Kampf zweier Meinungen begonnen. Für die Türkei wäre ein derartiger Umschwung in ihrem politischen Leben eine Wohltat gewesen. Aber „Einheit und Fortschritt" wurde von den Ereignissen überholt und war unvorbereitet, als der Despotismus ihm erlag. Es war keine Revolution, was in der Türkei vor sich ging. Es wurde lediglich ein Kompromiß geschlossen. Das alte Regime, seine Männer und seine Methoden erklärten sich besiegt, das Komitee triumphierte und glaubte Herr der Situation zu sein. Das war aber nicht der Fall. Der für einige Zeit niedergeworfene Feind paßte sich rasch dem neuen Milieu an und kehrte die Waffen, die ihm das konstitutionelle Regime verschafft hatte, wie zum Beispiel die Freiheit der Presse, die Redefreiheit und das Versammlungsrecht, gegen die Männer, die dem Land eine Verfassung geschenkt hatten. Dieser Antagonismus nahm die Form eines Parteikampfes an; aber in Wirklichkeit war er das ganz und gar nicht. Es war der erbarmungslose Kampf zwischen dem Guten und Bösen, zwischen der Korruption und der Integrität, zwischen den Elementen, in deren Interesse es lag, die Türkei aus den Fugen gehen zu sehen, und jenen, die ihr Vaterland retten wollten. „Einheit und Fortschritt", die ehrliche Türkei, ist diesem Kampfe unterlegen. Warum?

*

Das liegt an zwei verschiedenen Arten von Ursachen. In erster Linie an den Jungtürken selbst. Die Männer, die an der Spitze der Bewegung standen, waren von dem glühenden Wunsch nach einer Erneuerung beseelt; aber als die Stunde der positiven Arbeit geschlagen hatte, merkten sie, daß sie nicht Herren der Situation waren. Das wahre liberale und fortschrittliche Element war selbst im Schoße ihrer Organisation in der Minderzahl. Um die Empfindlichkeiten der Majorität nicht zu erregen, mußten sie der konservativen Idee Konzessionen

Digitized by Google

machen. Das entfremdete dem Komitee einen Teil der Sympathien einiger hervorragender unabhängiger Liberalen und die der oberflächlichen Beobachter in Westeuropa. Anderseits konnte das fanatisch-konservative Element selbst um den Preis dieser Opfer nicht für die jungtürkische Sache gewonnen werden. Die Leiter des Komitees machten, von fern gesehen, den Eindruck eines Kolosses, aber ihre Füße waren von Ton. Deshalb ist in der sog. jungtürkischen Politik keine bestimmte Richtung, kein fester Wille und kein folgerichtiger Geist zu erblicken. Es ist vielmehr eine opportunistische Politik, während das Land eine ganz andre Leitung gebraucht hätte.

Dann waren die jungtürkischen Führer auch Leute ohne Erfahrung. Sie waren alle gute Patrioten, die den Fortschritt und die Wohlfahrt ihres Landes wünschten und alle die besten Absichten hegten. Aber wie das Sprichwort sagt: Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Das war nicht genug.

Der schlimmste Schaden, den das Regime des Sultans Hamid der Türkei zugefügt hat, ist der, daß es die Entwicklung jeder Art von Fähigkeit verhinderte und alle, die sich ein wenig hervortaten, zermalmte.

Es war ein zerstörendes und demoralisierendes Regime. Die Männer von „Einheit und Fortschritt" waren dem öffentlichen Leben ferngebliebene junge Leute, die im geheimen ihnen in die Hände fallende französische Bücher lasen und sich selbst bildeten. Um ihren Stolz, ihre Moral, ihre Ehre nicht zu opfern, mußten sie fast ganz zurückgezogen von der Welt leben. Unter dem alten Regime war es in der Verwaltung, in der Justiz und in der Armee von einer gewissen Stufe an mit einigen sehr seltenen Ausnahmen unmöglich, jemand zu finden, der Charakter besaß, der seine geistige Unabhängigkeit oder geschäftliche Initiative behalten hätte. Das Komitee „Einheit und Fortschritt" stand vor der furchtbaren Aufgabe, auf einem sehr wenig festen Boden mit verfaultem Material zu bauen, und obendrein fehlte es denjenigen, die dieses kolossale Werk unternehmen sollten, an Erfahrung und Zusammenhalt.

Zuerst versuchte das Komitee, das Land durch die hohen Würdenträger des alten Regimes regieren zu lassen, die bis zu einem gewissen Grade den Anschein von Staatsmännern zu wahren verstanden hatten, während es selbst sich damit begnügte, bis zur Wahl der Kammer die Rolle des Hüters der Verfassung zu spielen. Doch das gab sofort Anlaß zu Angriffen auf das „geheime Komitee" und die „geheime Gewalt", die, ohne die offizielle Verantwortung zu übernehmen, sich in die Angelegenheiten der Regierung einmischten. Uebrigens nützte diese Zurückhaltung des Komitees nichts. Der Geist der Männer, die ihr ganzes Leben lang sich unter dem geringsten Wunsche eines despotischen Monarchen gebeugt hatten und in ihrem ganzen Wesen ein für allemal auf das absolutistische System zugeschnitten waren, vermochte nicht mehr zu begreifen, daß sich in der Türkei etwas geändert hatte. Und so wurde das Land nicht besser regiert als früher; alle Verantwortung fiel in den Augen der Oeffentlichkeit auf das Komitee.

Jetzt erst machte dieses einige schüchterne Versuche, nicht, die Regierung

Digitized by Google

ganz in die Hand zu nehmen, sondern einige seiner einflußreichen Mitglieder in das Ministerium hineinzubringen. Das erregte die höchste Eifersucht. Man konnte eine Null akzeptieren, die einen weißen Bart, Auszeichnungen und einen Paschatitel hatte, aber den Eintritt eines jungen Herrn ins Ministerium, der gestern noch keinen Titel besessen hatte, konnte man sich nicht gut gefallen lassen. Das war für die große Mehrheit etwas Unfaßbares. Das einzige, was vielleicht dieses rasche Steigen verzeihlich machen konnte, war eine gute, über jede Kritik erhabene Verwaltungstätigkeit. Aber das hieß das Unmögliche verlangen von Männern, die bis dahin abseits, entfernt von den öffentlichen Angelegenheiten gelebt hatten. Die ins Ministerium eingetretenen Jungtürken machten also notwendigerweise Fehler. Es wäre nicht unmöglich gewesen, diese Fehler wieder gutzumachen. Aber dazu hätte das Land geduldig warten, den Männern des neuen Regimes einen unbeschränkten Kredit gewähren und dann um das Land herum eine Art von chinesischer Mauer bauen müssen, um die Intrigen von auswärts nicht hereindringen zu lassen. Vielleicht hätte das Land der neuen Regierung seine Nachsicht gewährt, wenn nicht feindliche Kräfte, die wir schon oben angedeutet haben, darauf hingearbeitet hätten, die öffentliche Meinung aufzureizen und die Auflösung des Reiches herbeizuführen.

*

Wir wollen nun die letzte Art von Ursachen untersuchen, die den momentanen Sturz des Komitees „Einheit und Fortschritt" herbeigeführt haben.

Mit der Einführung eines liberalen Regimes verletzte das Komitee viele Interessen. Wir können die einzelnen Gruppen der Unzufriedenen folgendermaßen zusammenfassen:

Die Kamarilla des Jildispalastes, die früheren Minister und „großen Tiere", zahllose Spitzel, die das Land unsicher machten;

die Söhne und Verwandten der hohen Würdenträger, die als Staatsräte oder Mitglieder irgendeines Kollegiums Sinekuren innehatten;

die hohen Militärs, die in den Ruhestand versetzt worden waren;

die unnötigen Beamten, die man vor die Türe gesetzt oder pensioniert hatte;

diejenigen, die wegen ihrer schlechten Amtsführung oder ihrer Bestechlichkeit abgesetzt worden waren;

diejenigen, die in ihrer Hoffnung, einträgliche Stellungen zu erlangen, enttäuscht worden waren;

die halbfeudalen großen Herren in den Provinzen, die nicht mehr so ungehindert die Bauern auspressen konnten;

die „Arriviſten" und die Eifersüchtigen, die ungeduldig wurden;

ein Teil der nichtmohammedanischen Elemente.

Wenn man in Erwägung zieht, daß in der Türkei die große Mehrheit gegen die öffentlichen Angelegenheiten gleichgültig bleibt, dann wird man die Bedeutung dieser unzufriedenen Elemente verstehen, die mitsamt den Mitgliedern

Digitized by Google

ihrer Familien sich nur damit beschäftigten, die ottomanische öffentliche Meinung irrezuführen, die natürlich leichtgläubig war, weil sie eben erst entstanden war.

Durch was zeichneten sich die Männer des neuen Regimes aus? Durch ihre Ehrenhaftigkeit, durch ihre Rechtschaffenheit, nicht wahr?

Nun — trotzdem griff man ihre Ehre an. Tausende von unsichtbaren Zungen begannen sie bei dem naiven Publikum, das alles ohne weiteres glaubte, zu verleumden. Es gab keine Grenzen mehr für die Verleumdung. Es war eine große Moraſtflut, die stieg und stieg, um alles zu verschlingen.

Wessen rühmten sich die Männer des neuen Regimes? Ihres Liberalismus, nicht wahr? Nun — alle jene ehemaligen Spione, alle jene ehemaligen Stützen des despotischen Regimes wurden liberaler und konstitutioneller als die eigentlichen Schöpfer des liberalen Regimes. Sie wurden es für Europa, das von dem furchtbaren Drama, bei dem es zusah, nichts verstand, und für die Jugend, die sich täuschen ließ. Aber diese falschen Liberalen ließen auch das große Publikum nicht außer acht. Um es für ihre Sache zu gewinnen, beschuldigten sie die Jungtürken des Atheismus, der Freimaurerei, des Zionismus usw. Das verfing auch in Europa. Für einen Teil der europäischen öffentlichen Meinung war es schon eine Art Verbrechen, eine Revolution gemacht zu haben. Verbanden sich nun mit dem Namen eines wilden Revolutionärs noch die Epitheta Jakobiner, Freimaurer, Zionist, so mußte das die Jungtürken vollends unsympathisch machen.

Es erscheint auf den ersten Blick ein wenig befremdend, unter den Unzufriedenen des neuen Regimes einen Teil der nichtmohammedanischen Elemente zu finden, weil man das Gegenteil erwarten müßte. Aber wenn man der Frage etwas näher tritt, so sieht man, daß die Griechen unter dem alten Regime nicht zu leiden hatten. Sie hatten sich ihm angepaßt und fanden ihr Interesse dabei. Unter den Christen waren es die Armenier, auf denen das Hamidsche Regime am schwersten lastete, und so hatten die Jungtürken die Armenier am leichtesten für sich gewonnen. Trotz aller Fehler der Jungtürken haben die aufgeklärten Armenier ihre Sympathien für ihre Sache behalten, denn sie sahen, daß das die einzige Hoffnung der Türkei war.

Für die ottomanischen Christen, diejenigen, die die Augen auf ihre unabhängigen Landsleute gerichtet hielten, bedeutete der Erfolg der unionistischen Politik das Ende ihrer nationalen Bestrebungen und den endgültigen Verzicht darauf. Das Komitee „Einheit und Fortschritt" wurde in ihren Augen der abscheulichste Feind, den man um jeden Preis vernichten mußte. Sie schworen ihm einen unauslöschlichen Haß. Und während die Bulgaren, um dem reformatorischen Werk der jungen Türkei Einhalt zu tun, in Mazedonien Bomben warfen und Unruhen anstifteten, wurden die Griechen in ihrem Salon in Pera nicht müde, in schmählichen Verleumdungen einander zu überbieten. Die Fremden, die Konstantinopel besuchten, kannten die Türken nach den Schilderungen dieser Kreise in Pera, Europa nach den lügenhaften Veröffentlichungen der interessierten Parteien. Es gab sogar ausländische Journalisten, die sich an den

Digitized by Google

Jungtürken durch Verleumdungen rächten, weil sie Konzessionen verlangt hatten und sie nicht hatten bekommen können.

Diesen Feinden der jungen Türkei ist es schließlich gelungen, in ihre Zitadelle einzudringen. Ihr beständiges Bemühen, einen Teil der Armee an sich zu ziehen, trug dank einem Mißverständnis, dessen Erklärung hier zu umständlich wäre, seine Früchte. Man hatte vergessen, daß an das Komitee „Einheit und Fortschritt" zu rühren gleichbedeutend war mit der Untergrabung der Grundlage des Vaterlandes selbst. Durch das Militärkomplott vom Juli 1912 ist das Komitee „Einheit und Fortschritt" besiegt worden, und man weiß, was darauf gefolgt ist. Entweder „Einheit und Fortschritt" oder die Anarchie — in einem Augenblick der Verirrung hat man die Augen vor dieser Wahrheit verschlossen. Leider ist die Buße für mein armes Vaterland hart gewesen!

Oesterreich-Ungarn und die friedliche Lösung der Balkanfragen

Von einem österreichischen Staatsmann a. D.

Auf Grund der in Tschataldscha letzter Tage erfolgten Unterzeichnung des Waffenstillstandes ist zu hoffen, daß der ebenso kurze als blutige Krieg auf dem Balkan durch einen formellen Friedensschluß bald zu Ende komme.

Leider dauert aber die beklemmende Ungewißheit darüber fort, ob nicht das nächste Ergebnis dieses Krieges, der zweifellos zu gewärtigende, wenn auch in seinem Umfang noch nicht feststehende abermalige Rückgang der türkischen Macht in Europa, weitere Konflikte von ungleich größerer Ausdehnung zur Folge haben werde.

„Cela a été la fatale destinée de l'Empire ottoman de faire toujours trembler les états civilisés dans sa bonne comme dans sa mauvaise fortune et l'on peut dire qu'il est devenu aussi menaçant pour leur repos par sa faiblesse et par sa décadence qu'il l'a été autrefois par sa force et son ascendant."

Diese vor einem Menschenalter unter dem Eindruck des Vordringens der russischen Heeresmacht bis unter die Mauern Konstantinopels geschriebenen Worte des bekannten Literaten Julian Klaczko charakterisieren die heutige Situation vielleicht noch besser als die damalige. Die orientalische Frage, dieses Schmerzenskind der europäischen Politik, das von ihrer Entstehung im letzten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts ab die Kabinette fast unausgesetzt in Atem hielt, steht nun wieder einmal beunruhigend und drohend auf der Tagesordnung. Von dem Ergebnis der unter den Kriegführenden eingeleiteten Friedensverhandlungen wird es abhängen, ob es sich abermals, wie zur Zeit des letzten Russisch-Türki-

Digitized by Google

schen Kriegs, um einen weiteren Akt des Zerbröckelungsprozesses des Osmanischen Reiches, um einen Schritt mehr auf dem Wege historischer Entwicklung handelt, welche die türkische Nordgrenze sukzessive von der Mitte Europas bis über den Balkan zurückgedrängt hat, oder ob die Großmächte mit dem ominösen Kern der orientalischen Frage, d. i. mit der im Falle des fast völligen Verschwindens des türkischen Territorialbesitzes in Europa erforderlichen gänzlichen Neugestaltung der politischen Verhältnisse im Südosten des Weltteiles sich zu beschäftigen haben werden.

Nicht weniger als der bisherige Verlauf der Kriegsereignisse hat das Entstehen der gegenwärtigen Balkankrise überhaupt und vor allem die Plötzlichkeit derselben allgemein überrascht. Die öffentliche Meinung Europas betrachtete es als ein Axiom, daß die christlichen Balkanländer ihre Stellung zu dem Orientproblem nicht anders als nach dem bösen Beispiel der Großmächte einrichten, und ist erstaunt, wahrzunehmen, daß Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro, anstatt wie ehedem ihre Volkskraft in gegenseitigem Mißtrauen lahmzulegen, es verstanden, die unleugbar vorhandenen Interessengegensätze zu überbrücken und sich zu kühnem Handeln zu vereinigen. So brachten sie innerhalb weniger Wochen der ungenügend vorbereiteten Türkei gegenüber ihre Sache zum vollständigen Sieg; von den wenigen, tapfer verteidigten festen Plätzen abgesehen, weht die Fahne des Halbmonds heute nur mehr über Konstantinopel und seinem Weichbild. Zugegeben, daß das Ergebnis der Londoner Friedensverhandlungen diese Sachlage noch wesentlich korrigieren kann, auch daß die Alliierten bei einer eventuellen Fortsetzung des Kampfes Gefahr laufen, eines guten Teils ihrer Siegesbeute verlustig zu werden, so kann es doch geschehen, daß die Pforte sich gezwungen sieht, auf ihre durch ein halbes Jahrtausend behauptete europäische Machtstellung, praktisch genommen, Verzicht zu leisten. Gewiß ist, daß die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen einer so radikalen Umwälzung im Augenblick kaum abschätzbar erscheinen, und daß es sich dabei um Machtverschiebungen handeln würde, die hinsichtlich ihres dauernden Einflusses ungleich bedeutender wären, als es beispielsweise jene der napoleonischen Zeit gewesen sind.

Vermöge ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, ihrer nationalen Zusammensetzung und ihrer altererbten Handelsbeziehungen zu den Balkanländern ist die österreichisch-ungarische Monarchie dort zweifellos stärker interessiert als die übrigen Großmächte. Aus dieser Tatsache ergab sich für Oesterreich-Ungarn die unabweisbare Pflicht, den auf der Balkanhalbinsel sich vorbereitenden neuen Verhältnissen gegenüber rechtzeitig Stellung zu nehmen.

Hierbei wäre das Nächstliegende wohl gewesen, daß die Monarchie auf das durch den Berliner Vertrag ihr übertragene Besetzungsrecht im Sandschak von Novibazar zurückgegriffen hätte. Allerdings hatte sie dieses Recht vor vier Jahren anläßlich der bosnischen Annexion ausdrücklich aufgegeben, es war dies, wie in der betreffenden Note an die Pforte gesagt ist, geschehen, weil das Wiener Kabinett annahm, das türkische Gouvernement „réussira à lui seul à

Digitized by Google

maintenir l'ordre dans le Sandjak et à remplir ainsi dans ces contrées la tâche qui y incombait jusqu'à présent à la coopération des deux Gouvernements". Der Wortlaut dieser Erklärung auf der einen Seite, auf der andern die Tatsache, daß die Aggression der Balkankönigreiche die Fortdauer der türkischen Herrschaft im Sandschak fraglich machte, hätten die zeitweilige Besetzung jenes Landstrichs „jusqu'au delà de Mitrovitza" durch österreichisch-ungarische Truppen in vollkommen einwandfreier Weise zu begründen vermocht. Die Legalität dieser Maßregel wäre vollends in dem Fall jedem Zweifel entrückt worden, wenn die Pforte selbst das österreichisch-ungarische Kabinett gebeten hätte, diese Sicherungsmaßregel zu treffen, welche für sie politisch wie militärisch von größtem Wert gewesen wäre.

Die österreichisch-ungarische Regierung machte nicht den leisesten Versuch, den angedeuteten Weg einzuschlagen. Gleichviel aus welchem Grunde dies unterblieb, so bekundete ihre Haltung jedenfalls die größte Rücksicht für die nationalen Gefühle der Serben und Montenegriner; Oesterreich-Ungarn sah mit Gleichmut zu, wie serbische und montenegrinische Truppen in den Sandschak einrückten, wie in Plevlje, Priepolje und Priboj, wo durch 30 Jahre die kaiserliche und königliche Fahne neben jener des Halbmonds entfaltet war, die Serben sich häuslich niederließen. Früher als die andern Großmächte erklärte die Monarchie, daß die Ereignisse des Kriegs das vor dessen Ausbruch proklamierte Prinzip der Aufrechterhaltung des territorialen Statusquo unhaltbar machten, und fügte bei, daß sie für sich selbst keinerlei Besitzerweiterung beanspruche. Die Politik des Wiener Kabinetts hatte seit dem Berliner Kongreß die Förderung der Selbständigkeit und der Balkanstaaten sich zur Aufgabe gemacht, eine Politik, deren wohltätigen Effekt in der seitherigen Geschichte sowohl Serbien wie Bulgarien bei entscheidenden Anlässen zu würdigen Gelegenheit hatten; dieser Politik auch diesmal treubleibend, wird die Monarchie den Balkanstaaten neidlos die Angliederung der von ihren Konnationalen bevölkerten Gebiete gönnen, welche das Glück der Waffen dem türkischen Krieg entrissen hat.

Der Verlauf der Operationen auf dem westlichen Kriegsschauplatz und speziell die Ziele, welche die serbische Regierung ins Auge faßte, nötigten das österreichisch-ungarische Kabinett, die politische Grenzlinie zu bezeichnen, deren Überschreitung es ohne Preisgebung der ihm anvertrauten legitimen Interessen nicht hinzunehmen vermöchte. Die hieraus abgeleiteten und der Belgrader Regierung bekanntgegebenen Forderungen sind im Wesen negativer Natur: Oesterreich-Ungarn verwahrt sich gegen eine Vergewaltigung der nationalen Rechte der Albanesen, daher auch gegen die politische Expansion Serbiens bis an die Adria, und perhorresziert eine Einschränkung der kommerziellen Verkehrsmöglichkeiten nach dem Süden der Balkanhalbinsel. Ansprüche, die so selbstverständlich, so frei von eigennützigen Nebenabsichten sind, daß sie keiner weiteren Begründung bedürfen.

Mag dies immerhin überflüssig erscheinen, so sei doch bemerkt, daß die Albanesen als autochthone Einwohner des westlichen Balkans eine besondere

Digitized by Google

Stellung im Völkergemisch der Halbinsel einnehmen, daß sie ungeachtet ihrer konfessionellen Spaltung in Mohammedaner, Orthodoxe und Katholiken das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit in weit stärkerem Maß bewahrten als die zum Islam übergetretenen Slawen in Bosnien, Altserbien und Bulgarien, und daher gewiß nicht geringeren Anspruch auf Berücksichtigung ihrer nationalen Eigenart besitzen als die bisher der türkischen Herrschaft unterworfenen slawischen Stämme. Zur Unterstützung der auf Erlangung ihrer nationalen Autonomie gerichteten Wünsche der Albanesen ist aber Oesterreich-Ungarn vorzugsweise berufen, nicht nur weil die Monarchie von alters her vertragsrechtlich den Schutz der katholischen Kirche in Albanien ausübt, sondern auch in Anbetracht der Rücksichten, welche sie auf die Stimmung der bosnischen Muselmanen nehmen muß. Da deren Religionsgenossen durch die Unduldsamkeit der serbischen Behörden aus Nisch, Pirot usw. vertrieben wurden, würden die im Verband der Monarchie befindlichen Anhänger des Islams mit Recht der Regierung einen Vorwurf machen, wenn sie die Hand dazu böte, daß Albanien unter serbische Botmäßigkeit käme und die dortigen Mohammedaner ähnlichen Vexationen preisgegeben werden sollten.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die serbischerseits geplante Besitznahme von Durazzo und des zur territorialen Verbindung mit diesem Hafen beanspruchten „Korridors", der in Wirklichkeit auf die Annexion von ganz Nordalbanien hinausliefe, mit der Existenz der politischen Autonomie von Albanien unvereinbar wäre, eine Auffassung, die nicht bloß von den Dreibundmächten, sondern auch von England als zutreffend erkannt wird.

Freilich bemühen sich die Belgrader Regierungskreise, glauben zu machen, es seien wirtschaftliche Beweggründe, welche Serbien nötigen, sich ein Fenster an der Adria sicherzustellen. Wie wenig stichhaltig dieses Argument aber ist und welchen Grad von Unaufrichtigkeit es birgt, ist leicht zu erweisen. Besitzt etwa die Schweiz, deren Außenhandel im Betrage von über $2^1/_2$ Milliarden Franken den Wert des serbischen von 153 Millionen mehr als sechzehnmal übertrifft, einen nationalen Seehafen, und sieht sie sich durch den Mangel eines solchen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt? Ueberdies ist Serbien auch heute schon kein Binnenstaat im strengsten Sinn des Wortes, da ja das Königreich über den auf Grund internationaler Verträge für die Handelsschiffahrt bis zum Meere freien Donauweg verfügt. Unter solchen Umständen klingt die serbischerseits so stark betonte Versicherung, der freie Zutritt zur Adria bilde geradezu ein Lebensinteresse für das Königreich, wenig plausibel. Aber angenommen selbst, daß die Eröffnung eines Handelswegs nach dem Westen dem bereits gegenwärtig auch über Saloniki instradierten serbischen Export einen weiteren Vorteil zu bieten vermöchte, kann nicht übersehen werden, daß dieser Vorteil in gar keiner Weise davon abhängt, daß irgendein Adriahafen, geschweige gerade jener von Durazzo, der serbischen Herrschaft unterworfen werde.

Von den Schwierigkeiten und Kosten, die von der Natur wenig begünstigte Reede von Durazzo zu einem leistungsfähigen Umschlagplatz auszugestalten, möge ebenso-

Digitized by Google

wenig gesprochen werden wie von jenen der Herstellung einer dahin führenden Eisenbahnverbindung durch das albanische Hochgebirge, wohl aber sei hervorgehoben, daß, wie ein Blick auf die Karte zeigt, das projektierte Handelsemporium selbst dem nunmehr vergrößerten serbischen Territorialbesitz gegenüber ganz exzentrisch situiert wäre. Mit Rücksicht auf die größere Nähe der Küste sowie auf die derzeit bereits bestehenden und unschwer zu vervollständigenden Eisenbahnverbindungen wäre dem serbischen Handel weit besser gedient, wenn er, sei es über Antivari, sei es über einen dalmatinischen Hafen, geleitet würde. Hierbei ist die Staatshoheit, welcher der betreffende Platz untersteht, ohne wirtschaftliche Bedeutung, zumal wenn die freie Entwicklung der Transitoperationen durch Schaffung von Entrepots, durch Péagierung der in Betracht kommenden Bahnlinien u. dgl. mehr im Wege von Abmachungen sichergestellt wird, wofür es in der modernen internationalen Vertragstechnik an Beispielen nicht fehlt.

Anstatt auf solche Weise ihre wirklichen oder vermeintlichen Interessen wahrzunehmen, hat die serbische Regierung es bisher vorgezogen, sich auf einen intransigenten Standpunkt zu stellen, und scheint gewillt, alles zu riskieren, um im Besitz einer Strecke adriatischen Küstengebietes zu bleiben. Diese Insistenz führt notgedrungen zu der Annahme, daß nicht wirtschaftliche, sondern ausschließlich politische Gründe die Haltung Serbiens bestimmen, daß nämlich dem Königreich der Plan vorschwebt, an der Adria eine Basis zu gewinnen, die geeignet wäre, als Ausgangspunkt zu dienen, um dereinst weitgehendere serbische Zukunftsträume mit auswärtiger Unterstützung zu verwirklichen.

In Erkenntnis dieser Sachlage kann es für Oesterreich-Ungarn nur heißen: Principiis obsta! Auf friedlichem Weg, solang dies irgend möglich ist, wenn es aber sein muß, auch mit der Schärfe des Schwertes.

Das Verhältnis der Monarchie zu Serbien als das einer Großmacht zu einem Kleinstaat legt ihr Rücksichten auf, die sie, wie von alters her, so auch während des jetzigen Kriegs und angesichts der provozierenden Behandlung österreichisch-ungarischer Konsuln in den eroberten Gebieten durch die serbischen Militärbehörden, genügend betätigt hat. Aber auch die „Lammsgeduld" des Wiener Kabinetts ist nicht unerschöpflich, sie wird nicht bis zur Schwäche und Selbstpreisgebung gehen. Dies mögen Herr Pašić und seine Hintermänner innerhalb und außerhalb Serbiens bedenken, ehe es zu spät wird. Im Vertrauen auf die Gerechtigkeit ihrer Sache und der Machtmittel bewußt, welche der Monarchie zur Verfügung stehen, konnte sie bisher eine zuwartende Haltung einnehmen. Serbien wird es vor der Mit- und Nachwelt zu verantworten haben, wenn es, anstatt freundschaftliche Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn wiederherzustellen, wozu unsrerseits vollste Bereitwilligkeit herrscht, in verblendetem Eigensinn und Größenwahn die Dinge zum äußersten treibt.

Anfang Dezember 1912.

Digitized by Google

Unterredungen Bismarcks und des Kronprinzen Friedrich Wilhelm mit Karl Twesten

1. Oktober und 23. November 1862

Aus Twestens Nachlaß veröffentlicht

von

Dr. Jul. Heyderhoff

Zu den ersten Handlungen Bismarcks nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten gehört eine Besprechung über die politische Lage, die er am 1. Oktober 1862 mit Karl Twesten abhielt. Von ihrem Inhalt war bisher nichts bekannt. Als Wiedergabe alles Wesentlichen wird man die folgenden Aufzeichnungen betrachten dürfen, die Twesten sich über den Verlauf der Unterredung gemacht hat.

Die Anregung zu ihr scheint der Legationsrat K. v. Schlözer gegeben zu haben. Er hatte schon am 21. September Bismarck, der ihm den Wunsch aussprach, mit Abgeordneten in Verbindung zu treten, auf Twesten aufmerksam gemacht;[1]) er war es auch jetzt, der diesem den Vorschlag zur Besprechung überbrachte. Der Natur der Sache nach mußten in ihr die großen parlamentarischen Streitfragen zur Sprache kommen, die Militär- und die Budgetfrage.

In der Militärfrage hatte Twesten den Kommissionsvorschlag, alle bisher provisorisch und im Extraordinarium bewilligten Ausgaben für die Reorganisation der Armee zu streichen, in einer glänzenden, seiner politischen Einsicht die größte Ehre machenden Rede energisch bekämpft „als eine Politik der Agitation und der Demonstration, die eine gedeihliche Entwicklung unsrer parlamentarischen Zustände unmöglich macht", und erst bei der Schlußabstimmung am 23. September seinem Widerspruch entsagt, nachdem jede Aussicht auf Annahme eines von ihm, Sybel und Stavenhagen gestellten Vermittlungsantrages auf Erhaltung der Reorganisation bei zweijähriger Dienstzeit verschwunden war. Die letztere glaubte er auch weiter fordern zu müssen; ein Nachgeben der Regierung in diesem Punkte war ihm die Bedingung jedes Ausgleichs.

Die budgetrechtliche Streitfrage war erst am Tage vor der Besprechung zu voller Klarheit gekommen durch Bismarcks bekannte Erklärungen in der Budgetkommission, in denen er aus dem Nichtzustandekommen des Etatsgesetzes ein Notrecht für die Regierung gefolgert hatte, die Verwaltung auch ohne ein solches weiterzuführen. Denselben Standpunkt vertrat er in der Unterredung mit Twesten. Ueber ihren Verlauf hat dieser folgendes vermerkt.

---

[1]) Paul Curtius, K. v. Schlözer (Berlin 1912), S. 46.

Digitized by Google

1. Oktober 1862 Konferenz mit Bismarck-Schönhausen

Er erzählte, daß er im Mai 1861 berufen, das Ministerium des Innern zu übernehmen, bei seiner Ankunft den Konflikt ausgeglichen gefunden; seit diesem Frühjahr sei wieder mit ihm unterhandelt, er nach Paris ernannt mit der Aussicht, das Auswärtige zu übernehmen. Bedauerte den Gang der Dinge in diesem Sommer, wünschte Konflikt zu vermeiden, hielt seine Theorie aufrecht, daß Krone oder Herrenhaus ein amendiertes Budget verwerfen und dann verfassungsmäßig abgelehnte Ausgaben vorgenommen werden könnten, gab indessen auf Vorhalt zu, dies Prinzip nicht zum Austrage bringen zu wollen, erklärte, daß er materiell in der Militärsache gerne nachgeben würde, auch Roon die zweijährige Dienstzeit mit Kompensationen — aber der König. Er sei wie ein Pferd, das vor einem neuen Gegenstande scheue, bei Gewaltanwendung störrisch werde, sich aber allmählich gewöhnen lasse. Jetzt sei es unmöglich — von der Heydt habe ihn durch Entlassungsgesuch zu nötigen gesucht, nachher nicht wieder eintreten wollen, obwohl er (Bismarck) ihm eine Brücke zu bauen gesucht habe, bis zum Winter hoffe er den König allmählich durch Zureden und Einwirkung von Leuten, zu denen er Vertrauen habe, auch durch Gutachten und Konferenzen von Generalen umzustimmen. Die Königin könne leider nichts ausrichten, sei zu heftig vorgegangen, dann fühle er sich als Hausherr und Soldat. Der König habe mit Tränen gesprochen; wenn er mit der Armee nicht nach seiner reifen Ueberzeugung handeln solle, sei er zu nichts nütze, denke nicht ungerne an ein zurückgezogenes Leben wie ein pensionierter Offizier. Er (Bismarck) habe dem König gesagt, daß er sich ihm gegenüber nicht wie ein konstitutioneller Minister betrachte, ihm offen raten, Torheit als Torheit bezeichnen, aber seine Befehle vollziehen werde. Ein wenig Aufregung sei vielleicht gut, um den König zum Nachgeben zu stimmen, doch komme es darauf an, den Konflikt nicht zu stark anschwellen zu lassen.

Ich sagte ihm, ohne materielle Nachgiebigkeit könne von einem Kredit nicht die Rede sein, auf eine Fortsetzung der Ausgaben sei alles gefaßt, die Regierung müsse nur nicht ein Recht dazu in Anspruch nehmen, später Indemnität nachsuchen, das Budget akzeptieren, nicht durch das Herrenhaus verwerfen lassen, dadurch könnte der Konflikt unheilbar verschärft, jede fernere Geldbewilligung an das jetzige Ministerium verweigert werden. Künftig sei die gesetzliche Feststellung der zweijährigen Dienstzeit unumgänglich.

Er tat, als wollte er darauf eingehen, erkannte an, daß eine Auflösung nur verschlimmern würde, meinte, der König, vielleicht auch einige seiner Kollegen, würden Ablehnung des Budgets und scharfes Auftreten verlangen. Er behauptete, daß der König seit langer Zeit großes Vertrauen zu ihm habe (was von andrer Seite bestritten wird) und daß derselbe sich an die äußerste Fraktion des Herrenhauses gewendet haben würde, wenn er abgelehnt hätte.

Soweit die Aufzeichnung Twestens. Daß die von ihm mitgeteilten Aeußerungen während der Unterredung gefallen sind, ist nicht zu bezweifeln. Bismarck

Digitized by Google

zeigt sich sehr entgegenkommend: das entspricht seiner in diesen Tagen noch vorherrschenden Absicht, einen Ausgleich zu finden. Er wünscht, den Konflikt (der doch schon vorlag), zu vermeiden, er hofft, den König in der Militärfrage im Laufe des Winters zum Nachgeben zu stimmen, ein wenig Aufregung werde dazu gut sein. Freilich, waren das mehr als Worte? Wir wissen, daß er drei Tage später genau das Gegenteil tat. Da war der König „matt, niedergeschlagen und entmutigt"; die Beredsamkeit seiner Gemahlin, von der es hier heißt, daß sie „leider nichts ausrichten könne", hatte gewirkt, und Bismarck? „Euer Majestät sind in der Notwendigkeit, zu fechten, Sie können nicht kapitulieren, Sie müssen, und wenn es mit körperlicher Gefahr wäre, der Vergewaltigung entgegentreten" (am 4. Oktober, während der Fahrt von Jüterbogk nach Berlin). Muß man nun schließen, daß, was er Twesten sagte, nicht ernst gemeint war? Vielleicht doch nicht so unbedingt, wie es scheint, und wohl kaum für jede Aeußerung. Er hat die Militärfrage nie so prinzipiell aufgefaßt wie der König, und später zu Konzessionen in ihr geraten, die dieser abschlug. Vielleicht hat die Unterredung mit Twesten, seine Erklärung, „ohne materielle Nachgiebigkeit kein Kredit" dazu beigetragen, Bismarck von der Unvermeidlichkeit des Kampfes zu überzeugen. Daß eine Konzession für den Augenblick ausgeschlossen sei, betonte er ja ausdrücklich. Er wollte den andern ausholen, ohne sich selbst beeinflussen zu lassen. Twestens Urteil, „er tat, als wolle er darauf eingehen", wird als zutreffend gelten dürfen. Schlözer gegenüber, der nach der Besprechung zu ihm kam, hielt er mit diesem Eindruck nicht zurück: er lasse es dahingestellt sein, sagte er ihm, ob die von Bismarck angedeuteten Wege und das anscheinende Eingehen auf seine Vorschläge ernstlich gemeint seien. Ein wirkliches und volles Eingehen auf sie würde einem Rückzug der Krone gleichgekommen sein, den Bismarck um jeden Preis verhindern wollte.

Sieben Wochen später hatte Twesten, der nach Schluß des Landtags nach Italien gereist war und seit Anfang November in Rom sich aufhielt, Gelegenheit, dem um diese Zeit gleichfalls dort weilenden preußischen Thronfolger, Kronprinz Friedrich Wilhelm, seine Auffassung der politischen Lage darzulegen. In einem Briefe an seine Eltern vom 24. November findet sich über die Audienz folgender ausführlicher Bericht:

„Gestern hatte ich eine Audienz von reichlich anderthalb Stunden beim Kronprinzen. Ich hatte mich vor etwa acht Tagen in das Besuchsbuch eingeschrieben, da mir gesagt war, daß alle Preußen es zu tun pflegten. Vorgestern fand ich eine Karte des Oberstleutnants v. Obernitz mit der Bitte, ihn den Nachmittag zu besuchen; es war aber zu spät geworden, als ich zu Hause kam. Sonntag früh ging ich hin, da war er schon wieder zu mir gefahren, und zu Hause fand ich die erneute Bitte, ihn um 5 Uhr zu besuchen. Ich glaubte, es sei nur auf eine Verabredung abgesehen, ging vom Spaziergang aus im Ueberrock hin, ward aber gleich zum Kronprinzen geführt. Er wünschte über Personen, Sachen, Aussichten von mir zu hören; ich sagte ihm meine aufrichtigste Meinung, hielt einen umschweifloſen Vortrag über konstitutionelles

Digitized by Google

Staatsrecht und die Erfordernisse der inneren Politik. Er sprach sehr zustimmend, die Notwendigkeit konstitutionellen, liberalen Regimes und ernster Reformen anerkennend, die jetzige Lage und ihre Gefahren beklagend, entschuldigte den König mit seiner Erziehung, militärischen Beschäftigung und Vorliebe, seiner Umgebung usw. Das erkannte ich natürlich vollkommen an, erinnerte aber, daß solche Rücksichten dem jetzigen Vorgehen gegenüber auf Land und Abgeordnete nicht viel mehr wirken würden. Das Nichtige der Deputationen[1]) und die Erfolglosigkeit einer Auflösung sowie die Möglichkeit, daß der König sich darüber täusche, gab er zu. Erhebliche Bemerkungen machte er nicht, fragte aber sehr eingehend. Da er mich bat, ihm zu sagen, welche Fehler in der Militärsache nach meiner Ansicht von Anfang an begangen sein möchten, sagte ich ihm, die liberalen Minister[2]) hätten dadurch, daß sie die Militärvorlage als ein Fertiges übernommen, sie trotz aller Schwierigkeit auf zweideutige[3]) Weise durchzuführen gesucht und dabei nicht die von ihnen selbst als notwendig erkannten Reformen sichergestellt, den König darin bestärkt, seine Minister als bloße Kommis seines Willens zu betrachten, was nicht mehr gehe, das Land irre gemacht, eine radikale Strömung hervorgerufen, die auch über meine Erwartung weit hinausgegangen und mit der jetzt schwer Friede zu schließen sei, wenn nicht der liberale Weg entschieden betreten, dadurch das Vertrauen wieder hergestellt werde. Daneben wurde über die Personen der jetzigen und früheren Minister, namentlich Schwerin, Patow, Bismarck-Schönhausen, ausführlich gesprochen, wobei er sich über die Aeußerungen des letzteren, daß er ein Nachgeben in der Militärsache herbeizuführen hoffe, einigermaßen wunderte. Frau Kronprinzessin war neugierig, kam ein Viertelstündchen herein, machte freundliche Konversation über Rom, Papsttum, meinen Arm[4]) usw. Dann wurde Politik fortgesetzt, bis der Prinz erinnert ward, daß es Zeit zum Diner sei. Nun entschuldigte er die Art, wie er mich zu sich gebeten und daß er mich nicht öffentlich einlade, da er gewünscht, mich zu sprechen, aber jeden Anschein vermeiden müsse, als ob er mit politischen Parteiführern in Verbindung trete. Ich machte eine stumme Verbeugung, fürchte aber, etwas zweifelhaft dazu ausgesehen zu haben, denn die Auseinandersetzung wurde sehr ausführlich fortgesetzt. Seiner Bitte gemäß sage ich natürlich niemand von der Unterhaltung, und bitte Euch, dasselbe zu tun, auch nicht Johannes

---

[1]) Gemeint sind die vom konservativen preußischen Volksverein organisierten Loyalitätsdeputationen, die sich für die Armeereorganisation und gegen das Abgeordnetenhaus aussprachen.

[2]) Die Minister der sog. Neuen Aera: v. Auerswald, v. Patow, Graf Schwerin, v. Bernuth.

[3]) Der Finanzminister v. Patow hatte den Begriff „Provisorium" zweimal in verschiedener Weise erläutert, so daß im Lande die Meinung entstanden war, die Reorganisation könne nach einem Jahr wieder rückgängig gemacht werden.

[4]) Twesten war der rechte Arm zerschossen worden in einem Duell, das am 27. Mai 1861 zwischen ihm und Edwin v. Manteuffel, dem Chef des Militärkabinetts, stattgefunden hatte. Veranlassung war, daß Twesten in seiner Broschüre „Was uns noch retten kann" den General „als unheilvollen Mann in unheilvoller Stellung" bezeichnet hatte.

Digitized by Google

Brandis,[1]) der jetzt wohl in Berlin ist, und den ich sehr zu grüßen bitte. Ich glaubte, sie wollten den ganzen Winter fortbleiben, der Kronprinz sagte aber, etwa um Weihnachten wollten sie nach Berlin zurückkehren. Er war sehr verbindlich und freundlich, und im übrigen spricht es sich ja leicht weg, wenn von vornherein von bestimmten Gegenständen die Rede ist, in denen man zu Hause ist. Nach einem sehr weiten Spaziergange war es mir etwas unbequem, daß die ganze Konversation stehend gemacht wurde. Seitdem die Herrschaften sich selbst nicht mehr setzen und nur die andern stehen lassen, könnten sie auch den zweiten Schritt tun und sich mit den andern hinsetzen. —

Der Bericht ist ein neues und kräftiges Zeugnis für die liberalen Anschauungen des Kronprinzen, zu denen er sich im folgenden Jahre öffentlich bekannte in seinem Protest gegen die Bismarcksche Preßordonnanz.

Ein Zoll- und Handelsbündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn

Von

Max Freiherrn v. Kübeck,

Mitglied des Oesterreichischen Herrenhauses

Eine gedeihliche Lösung des großen, in diesen Blättern öfters schon und mit Konsequenz verfochtenen Problems eines europäischen Wirtschaftsbundes, welches erst im Novemberhefte an dem weltbekannten Verfechter desselben, Sir Max Wächter, einen ebenso geistvollen wie warmherzigen Anwalt fand, ist nach den in der Menschennatur tief eingewurzelten sowie in den vielfach auseinanderlaufenden Anschauungen der Völker und ihrer Regierungen begründeten Verhältnissen wohl erst von späteren Generationen zu erhoffen. Doch will ich es versuchen, der mit Ende 1917 ablaufenden Vertragsperiode des Deutschen Reiches mit Oesterreich-Ungarn meine wiederholt zum Ausdrucke gebrachte, in meiner innigsten Ueberzeugung und langjährigen Tätigkeit auf volkswirtschaftlichem Gebiete begründete Meinung als Anregung für die noch fünfjährige Frist und deren Vorbereitung auf den Weg zu geben.

Es ist leider richtig, daß die Friedensidee, der sich so ausgezeichnete Männer, angeregt durch eine edelgesinnte Dame, widmen und welcher der aus internationalen Kongressen hervorgegangene Haager Schiedsgerichtshof zu verdanken ist, noch immer an der auf Gebietserweiterung einzelner Staaten oder auf dem eifersüchtigen Mißtrauen unter sich zurückzuführenden Kampflust der Völker gescheitert ist und auf unabsehbare Zeiten scheitern dürfte. Bis diese

[1]) Johannes Brandis (1830 bis 1873), Archäologe, seit 1857 Kabinettsrat und Sekretär der Königin Augusta, eng befreundet mit Twesten.

Digitized by Google

menschenwürdige Tendenz sich durchringen wird, werden, wie aus den unbegrenzten Rüstungen der europäischen Staaten zu schließen ist, Aeonen vergehen. Darüber ist es angesichts des am Balkan tobenden schauderhaften Krieges, dessen Folgen vorläufig nicht abzusehen sind, müßig, weitere Worte zu verlieren. Es kann sich heute daher nur darum handeln, die große Frage einer zollpolitischen Einigung Oesterreich-Ungarns mit dem verbündeten Deutschen Reiche an der Hand der beiderseitigen Interessen und der tatsächlichen Verhältnisse zu besprechen.

Wie nicht nur das sich dem Volkswirte aufdrängende natürliche Gefühl sondern auch die Logik der Tatsachen es erheischen, ist ein politisch-militärisches, zur Verteidigung und zum Schutze des Weltfriedens geschaffenes Bündnis, wie es jenes zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn darstellt, ohne handels- und zollpolitische Gemeinschaft auf die Länge der Zeit unvollständig. So wie in der Gegenwart fast alle inneren Streitigkeiten zwischen Nachbarstaaten, die aufeinander angewiesen sind und verwandte Bedingungen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und Prosperität aufweisen, fast ausschließend aus wirtschaftlichen Verkehrserschwerungen und gegenseitiger Eifersucht sowie unvermeidlichen Schikanen hervorgehen, so tritt dies auch bei dem deutsch-österreichisch-ungarischen, sonst glücklicherweise fest begründeten Bündnisse zutage. Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß der aus der hochentwickelten Industrie und dem Kolonialbesitze des einheitlichen Deutschland hervorgehende und sich stets steigernde Reichtum desselben denjenigen von Oesterreich-Ungarn heute noch übersteigt, so sind es auch gesetzliche und administrative Hemmungen, welche dem wirtschaftlichen Ausgleiche zwischen beiden Reichen und insbesondere der freien Entwicklung unserer Doppelmonarchie im Wege stehen.

Daß vor allem die Getreidezölle und Vieheinfuhrverbote die größten Kalamitäten durch die steigende Teuerung aller Lebensmittel und insbesondere des Fleisches im Gefolge haben, ohne der Landwirtschaft und dem von dieser unzertrennlichen Viehzucht zu nützen, ist in allen Tonarten, sowohl in den Parlamenten wie auch in der Presse, hervorgehoben worden.

Einem vermeintlichen Klasseninteresse wird hierdurch das eminente Wohl der Gesamtbevölkerung geopfert, was allerorten eine konvulsivische Gegenbewegung in den Kreisen der letzteren ausgelöst hat.

Die stete Steigerung der Arbeitslöhne, welche bei der Landwirtschaft als Folge des zunehmenden Mangels an Arbeitern eine fast unerschwingliche Höhe erreicht haben, ist Ursache und Folge zugleich der durch Zölle und Verbote erschwerten Versorgung des Lebensmittelmarktes mit den notwendigsten Produkten und deren Zugänglichmachung an die breiten Schichten der Bevölkerung.

Deutlicher als je gelangt diese Tatsache hinsichtlich des Balkankrieges und seiner unmittelbaren Folgen zur Geltung. Die Spannung, welche gegenwärtig zwischen den Regierungen Oesterreich-Ungarns und Serbiens besteht und sogar Kriegsgelüste ausgelöst hat, beruht wesentlich auf dem wirklichen oder vermeintlichen Widerstreite der wirtschaftlichen Interessen beider Staaten. Hierbei muß

Digitized by Google

die Tatsache doppelt unterstrichen werden, daß die Agrarier die eigentliche Ursache obiger Spannung sind, wodurch sie sowohl die Interessen Serbiens wegen seines Viehexportes als auch jene unserer Exportindustrien und hierdurch unsere Handelsbilanz geschädigt haben. Gerade dieser noch im Schoße der Diplomatie ruhende Fall beweist deutlich, wie sehr der Bund zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch ein Zoll- und Handelsbündnis derselben die Stütze, die er beiden Reichen gewährt, nur verstärkt und perenniert werden würde.

Der völlig freie Verkehr aller sowohl landwirtschaftlichen wie industriellen Produkte zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn erfährt naturgemäß eine gewisse Einschränkung durch die Verschiedenheit der Steuerverhältnisse in den beiden Reichen und für den Anfang auch durch die Bedürfnisse einzelner österreichischer Kronländer nach einer partiellen Förderung ihrer speziellen wirtschaftlichen Interessen. Ein zufriedenstellender Ausgleich im Sinne des durch stetige Herabsetzung der Zolltarifsätze für die Erzeugnisse einzelner Kronländer systematisch zu erzielenden Uebergangs in den freien Verkehr würde in einem von beiden Reichen zu bestellenden, von Fachleuten derselben zu beschickenden Zollparlament zu finden sein. Vor allem müßte bei den Industrieprodukten das System der sogenannten spezifischen oder Gewichtszölle aufgegeben werden und an ihre Stelle jenes der Wertzölle treten. Selbstverständlich handelt es sich hierbei nur um die das Nationalvermögen belastenden Schutzzölle, während die dem Staatsschatze eines jeden der beiden Reiche zugute kommenden Finanzzölle sowie die Monopole selbständig und unabhängig des einen von dem andern der inneren Gesetzgebung vorbehalten bleiben müßten.

Es sind daher die seit zehn Jahren stetig erhöhten Getreidezölle für die Bevölkerung beider Reiche eine gleich hohe Belastung und, wie schon gesagt, für die Landwirtschaft beider keineswegs von Nutzen.

Bekanntlich haben sich, wie der Präsident der ungarischen Industriegesellschaft, Geheimrat Alexander v. Matlekovits, nachweist, Ungarn mit der schwindelnden Erhöhung der Agrarzölle und Oesterreich mit jener seiner Industriezölle die Hände gereicht und dadurch eine Phalanx gebildet, welche einen geradezu erschreckenden Druck auf die wehrlose Bevölkerung der Konsumenten ausübt.

Darin liegt ja hauptsächlich die Verkehrtheit der stets so lebhaft betriebenen Schutzzollagitation, daß dieselbe die ohnedies durch Streiks und Teuerungsverhältnisse stetig verbesserten Löhne der Fabrikarbeiter auf Kosten der Allgemeinheit, d. h. der konsumierenden Masse der Bevölkerung und ihres ärmsten Teiles, allein begünstigen zu wollen vorgibt.

Nun ist die seit Dezennien (1878) in Oesterreich-Ungarn herrschende Tendenz der Protektion die Folge der Bismarckschen Wirtschaftspolitik in Deutschland, und es ist der einzige, aber sehr wichtige Punkt, in welchem die Allianz Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn zum Nachteile beider Reiche nicht verwirklicht erscheint. Hätte Bismarck nicht als der größte Staatsmann des neunzehnten Jahrhunderts und als Schöpfer des Deutschen Reiches einen unvergänglichen Ruhm geerntet, er würde kaum die mehr als fünfzigjährigen Grund-

Digitized by Google

sätze R. Peels widerstandslos verleugnet und in das Gegenteil mittelalterlicher Verkehrserschwerung der wichtigsten Konsumartikel des täglichen Lebens verwandelt haben. Die Preise und deren Bildung auf den großen Getreidemärkten, z. B. in Liverpool, vorher zu bestimmen, ist ein absolutes Ding der Unmöglichkeit; dieselben werden stets von den Ernteergebnissen in den verschiedenen Ländern und den daraus entstehenden stets schwankenden Verhältnissen zwischen Angebot und Nachfrage abhängen. Hieraus ergibt sich die große Unsicherheit der auf willkürlich nach den Ernteverhältnissen eines bestimmten Jahres aufgebauten Zollsätze in ihrer Wirkung auf die einer mehrjährigen Stabilität bedürftigen Volkskreise.

Ein charakteristisches, jedenfalls sehr bedauernswertes Zeichen der Zeit ist es, daß das Gros der konsumierenden Bevölkerung, bei dem die Einreihung in Produktionsklassen naturgemäß entfällt, sich alles ruhig gefallen läßt und gefallen lassen muß, weil ein auf die Straße übertragener Widerstand gegen wenn auch mit Recht mißliebige Maßregeln mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln der Gewalt unterdrückt werden muß. Da gilt der Ovidsche Satz: „Principiis obsta sero medicina paratur."

Die Prinzipien sind es eben, welche die Regierungen in der Hand haben und durch deren gerechte und zeitgemäße Handhabung sie die Bevölkerung in ihrem wahren eigentlichen Interesse zu befriedigen vermögen.

Nun steht der Tendenz Deutschlands nach hohen Getreidezöllen jene Oesterreich-Ungarns nach demselben Ziele gegenüber. Hierbei vergißt man ganz, daß Oesterreich-Ungarn nicht mehr wie einst ein Getreideexport-, sondern auch ein Getreideimportland infolge der wachsenden Bevölkerung geworden ist.

Deutschland deckt seinen Bedarf, wenn ich von der Braugerste absehe, an Brotfrüchten aus Rußland (Bessarabien) und teilweise aus den Vereinigten Staaten von Nord- und Südamerika.

Groß sind aber auch die Mißstände, welche sich aus den Industriezöllen besonders bei der Eisenbranche ergeben.

Nun kann man allerdings bei einer genauen Berechnung der Wirksamkeit des Tarifs dieselbe nur sehr schwer positiv und arithmetisch feststellen, denn die Erfolge des Tarifs darf man nicht bloß in dem Betrage des Tarifvertrages, sondern auch und ganz besonders in den erhöhten Preisen der im Inlande erzeugten Waren suchen.

Wenn also die Förderung der heimischen Industrie durch Schutzzölle angestrebt wird in der Absicht, deren Erzeugnisse zu vermehren und für den Eigenkonsum zu verbilligen, so wird diese Absicht durch die Kartelle illusorisch gemacht und in das Gegenteil verkehrt.

Die Kartelle, gegen welche sich so viele Stimmen im Publikum der Konsumenten erheben, sind eine natürliche Konsequenz der Schutzzölle, denn die durch letztere gesteigerte inländische Konkurrenz der wie Pilze aus dem Boden wachsenden Fabrikunternehmungen haben das Angebot ihrer Erzeugnisse derart vermehrt und hierdurch verwohlfeilt, daß erstere, um bestehen zu können, durch Kontingentierung

Digitized by Google

derselben unter sich das Maß ihrer Erzeugung und hierdurch das Angebot einschränken und die Ware verteuern. Dies macht sich besonders bei der Eisenindustrie sehr empfindlich geltend.

Unter der Einschränkung und Verteuerung der Eisenwaren leiden besonders die österreichisch-ungarische Eisenindustrie sowie die mit ihr verwandten Zweige derselben außerordentlich. So mußten infolge der durch die Kartelle hervorgerufenen Preistreibereien für unsere jungen Dreadnoughts große Partien Stahlbleche aus Deutschland bezogen werden; und es haben die in Oesterreich-Ungarn so exorbitant hohen Eisenzölle, besonders auf Roheisen und Halbfabrikate infolge des Eisenkartells, es geradezu verhindert, daß die Maschinen-, Werkzeug-, die Schiffbauindustrie, die Schiffahrt selbst sowie die Eisenbahnbestandteile usw. einen sich verbilligenden Aufschwung nehme, wodurch insbesondere auch die Landwirtschaft zu leiden hat, was heute schon jeder Volksschüler begreifen kann.

Die Statistik weist nach, daß der Preis der Eisenwaren durch den österreichisch-ungarischen Tarif durchschnittlich um 10 bis 20 Prozent gestiegen ist und daß die Schiffbaukosten in Oesterreich um 15 Prozent höher kommen als im Auslande.

Aehnliche Mißverhältnisse zeigen sich auch bei der ungarischen Mühlenindustrie, welche durch die hohen Getreidezölle sehr empfindlich getroffen wird.

Die Zollvereinigung der großen geographisch zusammenhängenden Wirtschaftsgebiete Mitteleuropas ist die Basis der auf selbständigen Wettbewerb begründeten Wohlfahrt ihrer Bevölkerung, deren Zahl sich auf mehr als 100 Millionen Menschen beläuft, während ihre gegenseitige Absperrung alle die schweren Nachteile zeitigt, welche erwiesenermaßen über die Bevölkerung beider Reiche hereingebrochen sind.

Die Teuerung aller Lebensmittel ist in erster Linie zu diesem Nachteile zu zählen; dieselbe greift, wie wir sehen, auf alle protektionistischen Staaten über, und man kann mit Recht sagen, daß der Schutzzoll ein Felsblock ist, der, ins Wasser geworfen, immer weitere Ringe zieht, welche die Landesgrenzen überschreiten, auch ferner gelegene Staaten des Kontinents zwingt, Schutzzölle zu errichten und hiermit den Krieg aller gegen alle eröffnen, oder wie ein Zyklon, dessen Zentrum sich unaufhaltsam fortbewegt zum Verderben aller. Wesentlich deshalb sehen wir uns von Deutschland überflügelt, weil wir durch die konsequente Einschränkung des wirtschaftlichen Wechselverkehrs mit demselben der eigenen Industrie Fesseln anlegen, welche selbst die zu einer Organisation vereinigten Konsumenten, wie es z. B. der Staat in seinen wirtschaftlichen Betrieben ist, nicht zu sprengen vermögen.

Einige wenige Beispiele werden diesfalls zur Erläuterung dienen. Ein packendes Argument für die segensreiche Folge großer zusammenhängender Zollgebiete gibt uns nächst den Vereinigten Staaten von Nordamerika die vor einem Dezennium erfolgte Vereinigung der sechs, früher durch Zollschranken unter sich abgeschlossenen Staaten Australiens in ein gemeinsames, durch Aufhebung der

Digitized by Google

Zwischenzölle einheitliches großes Wirtschaftsgebiet, welches, beinahe so groß wie Europa, ernstlich dahin strebt, auch nach außen hin die heute noch aufrecht bestehenden Zollschranken aufzuheben und gleich dem Mutterlande die Handelsfreiheit herzustellen.

Belgien, welches im Laufe eines Vierteljahrhunderts in seiner Zollpolitik und in der Verteilung der Zölle auf Industrieerzeugnisse und Hilfsstoffe derselben schwankte, fortan jedoch, von Frankreich abhängig, dessen protektionistische Tendenz verfolgte, hat durch die internationale Zuckerkonvention von Brüssel im Jahre 1902 und Aufhebung der Zuckerprämien mittels Dekrets vom 25. August jenes Jahres dem Staatsschatze trotz der Reduktion der Abgaben um 30 Franken per Kilo eine Vermehrung seiner Einnahmen aus diesem Titel von kaum 6 auf heute 20 Millionen Franken bewirkt und den Konsum von 60000 auf 200000 Tonnen gesteigert.

In Deutschland hat der sogenannte Bülowtarif für Getreide (Weizen, Roggen, Heu) im Jahre 1907 die Reichseinnahmen allerdings auf 257928 Mark Brutto gesteigert. Von diesen mußte jedoch der Staat an Exportprämien 62195164 Mark den Produzenten zurückzahlen, so daß sich in den Jahren 1908/10 die obigen Einnahmen auf 123301397 Mark reduzierten. Hiermit mußten 81 Prozent der nicht ackerbautreibenden Bevölkerung Deutschlands während dieser elf Monate 556 Millionen Mark zahlen.

Es würde uns zu weit führen, wenn wir von vielen europäischen und auch überseeischen Staaten die nachteiligen Folgen des in vielen derselben bestehenden Schutzzollsystems an der Hand der uns zur Verfügung stehenden authentischen Daten nachweisen wollten.

Die hier besprochene Frage ist schon so oft und so gründlich durch die Presse und durch Schriften von ausgezeichneten Männern der Volkswirtschaft und fachlicher Erfahrung bisher leider vergeblich verfochten worden, daß wir uns von einer weiteren prinzipiellen Erörterung dieser Frage angesichts der von einzelnen Produktionsklassen und ihren Führern betriebenen Schutzzollagitation nicht viel versprechen können; hier kann nur die Erfahrung, gestützt auf die unbefangenen ziffermäßig nachweisbaren Tatsachen, als Wegweiser dienen.

Wenn man das Zoll- und Handelsbündnis zwischen den beiden allerdings zur selben Monarchie gehörigen Staaten Oesterreich und Ungarn in Betracht zieht und Bosnien und die Herzegowina mit einbegreift, so ergibt sich zwischen den beiden Staatsgebieten einerseits und den genannten ihnen angegliederten Provinzen anderseits ein weit größerer wirtschaftlicher Unterschied als z. B. zwischen Deutschland und der westlichen Reichshälfte Oesterreich-Ungarns, und dennoch arbeitet dieses gesetzlich vereinigte Wirtschaftsgebiet weit erfolgreicher, als wenn, wie die ungarischen Oppositionsparteien es anstreben, eine zollpolitische Trennung die beiden Staatsgebiete wirtschaftlich auseinanderhalten würde. Ganz anders lägen die Verhältnisse, wenn die alte Idee einer Zolleinigung zwischen dem Zollverein und der österreichisch-ungarischen Monarchie verwirklicht würde.

Digitized by Google

Freilich muß zugegeben werden, daß diese Idee nicht neu ist, sondern schon anfangs der fünfziger Jahre von Fürst Schwarzenberg ernstlich angestrebt wurde. Hierbei darf jedoch nicht vergessen werden, daß damals es vorwiegend politische Gründe waren, welche die Hegemonie Oesterreichs über das damals in zweiter Linie des Deutschen Bundes gestandene Königreich Preußen zur vollen Geltung bringen wollten.

Als nun dreißig Jahre später, nach Errichtung des deutschen Kaiserreiches und des mit diesem geschaffenen deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses, die Frage der Zolleinigung bei dem Kongresse Deutscher Volkswirte in Berlin wieder ernstlich zur Sprache kam, so geschah dies von österreichischer Seite einzig und allein aus wirtschaftlichen Gründen, und entsprang der dagegen im Schoße des Kongresses von mehreren Seiten erhobene Widerspruch lediglich der unberechtigten, ja widersinnigen Besorgnis, Oesterreich wolle die längst verlorene Hegemonie in Deutschland, zu dem es tatsächlich nicht mehr gehörte, auf Umwegen wiedererlangen. Jeder einsichtige Politiker muß begreifen, daß derlei Hintergedanken absolut ausgeschlossen sind und ebensowenig verwirklicht werden könnten, wie etwa eine Zurückgabe der bosnisch-herzegowinischen Provinzen an die Türkei oder eine Wiedergewinnung der Provinzen der Alta Italia für Oesterreich-Ungarn.

Mögen diese hier niedergelegten Anschauungen bei den in Oesterreich-Ungarn sowie im Deutschen Reiche maßgebenden Kreisen jenen Anklang finden, der ihnen im Angesichte der wirtschaftlichen Not als Folge der Unterbindung des freien Verkehrs unter den Bevölkerungen beider Reiche gebührt. Mögen die Regierungen derselben die Erneuerung des Handelsvertrages im Jahre 1917 als Einleitung zur Schaffung eines Zoll- und Handelsbündnisses zwischen ihnen in die Hand nehmen und, diesem Ziele unentwegt zustrebend, nicht einzelnen, wenn auch sehr rührig vertretenen Interessen gewisser Produktions-, besonders aber agrarischer Kreise den Wohlstand der Gesamtbevölkerungen opfern.

Caveant Consules!

Prinz Heinrich von Preußen beim Beginne der Freiheitskriege

Von

Dr. Herman Granier (Berlin)

Am 22. Januar 1813 verließ König Friedrich Wilhelm III. seine von den Franzosen besetzte Hauptstadt Berlin, „durch die gegenwärtigen Zeitumstände veranlaßt, mein Hoflager auf einige Zeit nach Breslau zu verlegen", um hier die Entschlußfreiheit zu gewinnen, welche ihm inmitten der Franzosen unterbunden war. Seinem um elf Jahre jüngeren Bruder Heinrich, Generalmajor und Chef eines Infanterieregiments (Nr. 11, vormals v. Schoening) zu Königsberg in

Digitized by Google

Preußen, setzte er hiervon in Kenntnis mit dem Anheimstellen, „ob Sie es Ihrer Convenienz angemessen finden, dorthin zu folgen oder in Berlin zu verbleiben". Der einunddreißigjährige Prinz, seit dem Feldzuge von 1806/07, wo er rühmlich mitgefochten — bei Auerstädt war ihm das Pferd unter dem Leibe erschossen worden —, an gichtischen Anfällen leidend, antwortete zunächst kurz, „wie ich in Berlin zu bleiben gedenke"; drei Wochen später aber legte er seine Beweggründe hierfür dem König ausführlich dar in einem Briefe vom 10. Februar 1813:

Lieber Bruder!

Es ist sehr möglich, daß Du Dich gewundert hast, zu erfahren, ich zöge es vor, in Berlin zu bleiben, während die übrigen Prinzen Dir nach Breslau gefolgt sind. Du wirst es mir nicht Uebel nehmen, daß ich Dir ganz aufrichtig die Ursachen sage, die mich dazu bewogen haben.

Ich halte es gegen mein Gewissen und gegen meiner Ueberzeugung, sei es auch im allergeringsten Grade etwas für den Tyrannen zu thun, der seit länger als zehn Jahr halb Europa in Unglück und Verwirrung gebracht hat. Ich halte mich aber dagegen verpflichtet, alles, was in meinen physischen und moralischen Kräften steht, für den oder diejenigen aufzubieten, die uns von dem Joch des Scheusals befreien wollen.

Dies ist eine der Ursachen, die mich bewogen haben in Berlin zu bleiben, weil ich nicht gewiß war zu welcher Parthei Du Dich schlagen würdest. Deine schnelle Abreise nach Breslau hatte hier eine äußerst unangenehme sensation erregt, man wähnte sich verlassen, und wußte nicht an wen man sich im Augenblick der plötzlich eintretenden Noth und Verwirrung halten und anschließen solle, im Fall die Franzosen durch die Russen zum schleunigen plötzlichen Rückzuge aus Berlin gezwungen wurden, dies ist die zweite Ursache, die mich vermogte hier zu bleiben.

Jezt da ich bestimmt Deine Allianz mit Rusland weiß, würde ich nicht säumen, nach Schlesien zu eilen und mich unter Deine Fahnen zu stellen, wenn mich nicht der Gedanke abhielte, daß ich Dir weit nützlicher werden könnte, wenn ich mit denen nach Berlin marschirenden Russen über der Elbe nach Magdeburg und der Altmarck ginge. Ich bin es überzeugt, ist einer von uns dort, so gehet die Insurrektion weit rascher und besser von statten. Ich stehe Dir dafür, daß es an meinem Eifer, die Sache rasch in Gang zu bringen, nicht fehlen soll, und sind die ersten Stöße vorüber, so haben wir ein leichtes Spiel. Mein kränklicher Zustand kömmt hierbei in gar keiner Betrachtung, es giebt Fälle im Leben, wo der Mensch nicht krank sein darf, und so ein Fall ist der gegenwärtige. Sollte ich auch endlich unterliegen, so wirst Du den guten Willen für die That nehmen. Dein treuer Bruder

Berlin, den 10. Februar 1813. Heinrich.

Diesen Brief erhielt der König in einem besonders entscheidenden Augenblicke, zugleich mit der Nachricht, der in Berlin kommandierende Marschall

Digitized by Google

Augereau, Herzog von Castiglione, habe den Abmarsch der preußischen Garde-Garnison-Kompagnie aus Berlin nach Breslau untersagt, worin der König mit vollem Rechte einen „Gewaltschritt" erkannte, der „mit allem Ernste behandelt" werden müsse: so schrieb der König am 15. Februar 1813 in Breslau dem Staatskanzler Freiherrn v. Hardenberg, indem er ihm zugleich jenen Brief des Prinzen Heinrich übersendete, mit dem Bemerken:

„... Beikommender Brief meines Bruders Heinrich ist seiner energischen Sprache wegen bemerkenswerth, ich wünsche ihn zurück, wenn Sie ihn nicht weiter gebrauchen." [1])

Seinen hier ausgesprochenen Vorsätzen gemäß trat Prinz Heinrich in Berlin handelnd hervor, als nach dem ersten Anpralle der russischen Vorhut auf Berlin, am 20. Februar 1813, der Landeshauptstadt das Schicksal zu drohen schien, zum Schauplatze eines Straßenkampfes zu werden.

Hierüber berichtet er dem Könige am 21. Februar 1813:

Lieber Bruder!

Ich halte es für meine Pflicht, Dir von den Begebenheiten, welche sich gestern und heute hier zugetragen haben, Nachricht zu ertheilen.

Gestern gegen 1 Uhr sprengten in das Bernauer, Frankfurter, Potzdammer und Brandenburger Thor etwa 200 Cosacken. Die Franzosen waren bestürzt, und die an den beiden ersten Thoren sich befindenden, retirirten in größter Eil über der Langen Brücke. Unter den Linden und in der Leipziger Straße schossen die Cosacken und Franzosen aufeinander, wobei von beiden Seiten einige verwundet und zwei Bürger erschossen wurden. Nicht lange hernach fuhren die Franzosen an der Langen Brücke, Hunde- und Oper-Brücke Kanonen auf, eben so einige im Lustgarten gegen das Schloß gerichtet. Die Einwohner waren in Gährung; an der Langen Brücke ward von mehreren Bürgern ein Kanon vernagelt, und an der Schleusenbrücke der Inhalt eines Pulverwagens in das Wasser geworfen.

Die Russen schickten zweimahl Parlementairs an den Maréchal Augereau, die ihn im Namen des Grafen Steinheil [2]) aufforderten, die Stadt zu übergeben; aber er erklärte, er würde sich in derselben bis auf den lezten Mann wehren. Man plänkerte vor den Thoren und bei der Charité, bei welcher mehrere Menschen blieben.

Die Ober-Regierungs-Kommission [3]) hatte, wie ich hörte, sich mit dem

---

[1]) Mitgeteilt von P. Hassel in seinem inhaltreichen, leider unvollendet gebliebenen Aufsatze: „Der Abzug der Franzosen aus der Mark", „Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde", 12. Bd. S. 231. Berlin 1875, nach den Akten des Geheimen Staatsarchives; hier vermißt Hassel obigen Brief des Prinzen an den König, der im Königlichen Hausarchive beruht.

[2]) Russischer Generalleutant, der aber vor Danzig stand; die russische Vorhut führte General Tschernitschew, unter ihm Oberst Tettenborn.

[3]) Die vom Könige bei seiner Abreise nach Breslau eingesetzte oberste Behörde in Berlin, unter dem Staatsminister Grafen August Friedrich Ferdinand von der Goltz.

Digitized by Google

Maréchal in Unterhandlungen eingelaſſen, da aber die Einwohner, weil die Franzoſen immer neue Anſtalten zur Vertheidigung der Stadt trafen, noch unruhiger wurden, ſo ſchrieb ich gegen Abend an den Grafen Goltz, ihn bittend, ja nichts unverſucht zu laſſen, um den Maréchal zu bewegen, ſich nicht in der Stadt zu vertheidigen, und daß ich gern zu dieſem Behuf mitwirken wolle. Er antworthete mir, die Kommiſſion habe ſchon alles mögliche verſucht, aber ohne Erfolg; es würde aber allerdings von größerem Gewicht ſein, wenn ich mich deshalb an den Maréchal wenden wollte. Dies bewog mich, heute einen Brief an lezteren zu ſchreiben, welchen ich nebſt der Antwort abſchriftlich beilege.

Der Magiſtrat hat eine Deputation an Steinheil geſandt, ihn zu bitten, vom Angriff der Stadt abzuſtehn; noch habe ich keine Nachricht von ihrem Erfolg. Graf Goltz hat mir geſagt, daß der Vice-König von Italien[1]) nebſt den Reſt des Corps von St. Cyr heute noch hier einrücken würden, und daß der Vice-König ſein Hauptquartier in Köpenick nehmen wolle. Bis jetzt ſind aber noch keine andern Truppen eingerückt, ſondern blos dijenigen zurückgekommen, welche zur Vertheidigung der Stadt nach Werneuchen geſandt waren.

Morgen will ich den Verſuch machen, ob man nicht beide Theile dahin vermögen kann, Berlin ſolange unbeſetzt zu laſſen, bis die Franzoſen über die Havel gegangen ſind. Meine heutige Bemühung hat doch wenigſtens ſo viel gewirkt, daß die Kanonen, welche man an die Ecken der Straßen zur Vertheidigung aufgeſtellt hat, jetzt weggenommen ſind und blos die Thore dadurch geſchützt werden ſollen.

Du ſiehſt wenigſtens, daß ich alles gethan habe, was in meinen Kräften ſteht, um Unglück von einer Stadt abzuhalten, die ſtets ſo treue Anhänglichkeit an Dich bewieſen hat. Dein treuer Bruder

Berlin, den 21. Februar 1813. Heinrich.

Das Schreiben des Prinzen an den Marſchall Augereau lautete:

Monsieur le Duc,

La Capitale se trouve dans le plus grand danger. Les mesures que Votre Excellence prend, tendent à la défense de la Ville qui n'est point une forteresse. Le combat se livrerait dans les rues et sur les places, devant nos palais et aux yeux d'une partie de la famille Royale dans les plus vives allarmes. Le peuple consterné se trouve encore dans l'indécision, mais ses dispositions sont telles qu'il y a tout à craindre d'une explosion de son désespoir. J'en appelle à un militaire éclairé et couvert de gloire, si une Ville comme Berlin est susceptible de défense, si ce n'est pas exposer à la fois une Ville populeuse et florissante et les braves troupes que Vous commandez que d'engager le combat dans les rues. J'en appelle, Monsieur le Maréchal, à Vos lumières militaires, s'il n'est pas plus avantageux

[1]) Eugen Beauharnais, Napoleons Stiefſohn.

Digitized by Google

d'aller à la rencontre de l'ennemi et d'engager le combat hors de la Ville où V. E. est maître de ses mouvements et rassuré sur ses flancs.

En qualité de premier Prince du sang et témoin des vives allarmes de ma famille et des dispositions du peuple, j'ai cru d'avoir Vous exprimer et mes craintes et mes instances.

Agréez, Monsieur le Maréchal etc.

Hierauf antwortete der Marſchall noch am 21. Februar:

Mon Prince,

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre que Votre Altesse Royale vient de m'écrire aujourdhui. Je puis lui assurer que l'on a supris sa religion, j'en suis même convaincu, car je respecte trop le Roi et son auguste Famille, pour faire quelque chose contraire à sa dignité. Comme V. A. l'observe très bien, ce n'est point dans une capitale qu'on livre bataille, mais bien au dehors. Hier je fus attaqué dans la ville; un Parlementaire Russe vient m'y sommer de me rendre. Le peuple manifesta le désir le plus ardent de voir les Russes, quelques-uns y entrèrent même. V. A. R. verra elle-même comme militaire qu'il a bien fallu que je m'y deffendisse. Je pris donc les dispositions le plus prompte [sic!] pour répousser la force par la force. Les propos exaltés du peuple, et sa manière extraordinaire d'agir me fit pour un moment craindre une insurrection générale, tant contre les troupes de S. M. l'Empereur que contre le Roi de Prusse et sa famille. Ce n'est point l'armée Russe que je redoute, mais bien les mouvements d'une populace effrenée.

Les appareils militaires que je démontre dans cette Capitale ne tendent qu'à arrêter une insurrection bien démontrée. Je pris V. A. R. de croire que sans le zèle infatigable de la garde nationale de Berlin, qui mérite les plus grands éloges, et la discipline des troupes de S. M. l'Empereur que j'ai l'honneur de commander, il serait arrivé de grands malheurs.

A mesure que l'esprit de fermentation de cette populace se calmera, je diminuerai mes mesures de défense. La conduite que je tiens depuis hier dans la ville, est un sur garant de l'intérêt que je prouve tant au Roi [et] à sa famille, qu'aux bons habitans de cette ville.

Mon Prince

j'ai l'honneur de prier V. A. R. d'agréer les hommages de mon respect, et de mon plus grand dévouement.

Le maréchal de l'Empire
Augereau,
Duc de Castiglione.

Das Verhalten des Prinzen fand den Beifall des Königs, der ihm am 26. Februar eigenhändig ſchrieb:

Vielen Dank, lieber Bruder, daß Du mir von den in Berlin ſtatt gefundenen

Digitized by Google

kriegerischen Ereignissen durch einen besonderen Kurier schleunigst Nachricht hast geben wollen. Es war die Erste, über jene Vorfälle, die ich erhielt.

Diese unüberlegte Expedition haben wir wahrscheinlich unsern eigenen Landsleuten zu verdanken, das heißt Solchen, die durch ihr angebranntes Gehirn schon manche Mißgriffe veranlaßten, und deren vielleicht noch mehrere veranlassen werden.

Da Du vorgezogen hast, Berlin nicht zu verlassen, so wird es mir lieb seyn, wenn Du fortfährst, in Gemeinschaft der Regierungskommission, da wo es nützlich seyn kann, für das Beste der Stadt und das Interesse des Staats zu würken.

Ich habe keinen Augenblick Zeit mehr, und muß schließen.

Lebe wohl bis auf Wiedersehen. F. W.

Breslau, den 26. Februar 1813.

Grüße unsere Schwestern. Meine Kinder legen sich zu Füßen. Mein Sohn Fritz muß jetzt fleißig unter Kessels[1]) Leitung exerzieren. Er und mein Neveu[2]) werden Mobilisirt.

Wie nun Berlin endlich von der fremden Okkupation befreit war, da legte der Prinz, mit der Meldung hiervon, seine eignen Absichten dem Könige am 4. März 1813 in bemerkenswerter Weise dar:

Lieber Bruder!

Heute endlich ist der Ausmarsch der Franzosen (Italiener) erfolgt. Gegen 7 Uhr rückten die Russen hier ein, und wurden mit unaussprechlichem Jubel empfangen. Fürst Repnin, unter dessen Commando das eingerückte Corps steht, wie auch die Generale Diebitsch und Czerniezew machten mir ihre Visiten. Ich habe sie zu Mittag bei mir gehabt, und Du kannst wohl denken, daß wir sämmtlich recht vergnügt gewesen sind. Ein großer Theil der Cosaken hatte die preußische Cocarde aufgesteckt, dies hat die Bürger zum höchsten Grade begeistert.

Jetzt wiederhole ich meine an Dich gethane frühere Bitte, daß Du nichts dagegen hättest, wenn ich mit die Russen über die Elbe ginge. Ich gestehe Dir aufrichtig, es mag Dir vielleicht lächerlich vorkommen, ich kann mich nicht länger halten, und ich wüßte nicht, was ich thäte, wenn Du es mir abschlügest. Es macht mich glücklich, daß ich dieses Gefühl habe, und daß ich kein unwürdiger Nachkomme des Kurfürsten Friedrich Wilhelm bin, den wir gewiß alle für den größesten und würdigsten unseres Hauses halten.

Dein treuer Bruder

Berlin, den 4. Märtz 1813.[3]) Heinrich.

---

[1]) Gustav Adolf v. Kessel, im Februar 1813 Generalmajor und Inspekteur der schlesischen Reserve- und Ersatzbataillone, vordem Kommandeur des Regiments Garde zu Fuß; gest. 1827 als Generalleutnant.

[2]) Prinz Friedrich von Preußen.

[3]) Beiliegt ein sehr sorgfältig mit der Feder gezeichneter Situationsplan des Stadttheiles Unter den Linden—Brandenburger Thor—Wilhelmsplatz—Universität—Zeughaus—

Digitized by Google

Bereits am 7. März antwortete der König dem Prinzen eigenhändig

Gottlob daß sie weg sind! —

Gott verhüte ihre Wiederkunft!

Amen! —

Das Gefühl der Berliner am 4. begreife ich vollkommen.

Möchte sich an dieß frohe Ereignis doch eine Menge darauf folgender anreihen. — Allein die Sache ist nicht leicht, keineswegs leicht, und es wird noch manchen harten Kampf kosten, ja es wird und muß gekämpft werden, wie noch nie gekämpft wurde, wenn ein günstig Resultat für uns und unsere befreundete erkämpft werden soll. Allein unsere Nachbarn, nahe und fern, müssen mit uns den großen Kampf kämpfen — ob sie es thun werden?!

Du willst mit ziehn — in Gottes Namen, aber, nicht eher bis wir uns erklärt haben. — In wenig Tagen ist es so weit. Graf Goltz wird Dir Auskunft geben können, wenn es Zeit seyn wird, aber nicht eher. Am Besten, wenn Du abwarteſt bis die Elbe überschritten ist, dann kannst Du, wenn Du willst, folgen, um unsere ehemaligen Provinzen durch Deine Gegenwart zur Theilnahme zu bewegen. Vielleicht bestelle ich Dich in dem Fall zum Gouverneur jener Provinzen. Aber Geduld, und keine Uebereilungen. Berathe Dich mit dem General Yorck.

Leb wohl, auf Wiedersehen!

Breslau, den 7. März 1813. J. W.

Kouvert: An Sr. Königl. Hoheit
den Prinzen Heinrich von Preußen
zu Berlin.

Der Prinz trat diesen Weisungen des Königs völlig bei in seiner Antwort vom 14. März:

Lieber Bruder!

Tausend Dank für das Vertrauen, das Du in mich gesetzt hast; Du kannst überzeugt sein, daß ich alle meine Kräfte aufbieten werde, um Deinen Beifall zu erhalten und der gerechten guten Sache nützlich zu sein. Fürchte keine Uebereilung, die Sache ist zu wichtig, als daß ich nicht jeden Schritt reiflich überlegen sollte. Mit dem General Yorck werde ich mich berathen, und ich bin vollkommen Deiner Meinung, daß ich nur dann erst folgen kann, wann Deine Erklärung erfolgt, und die Elbe passirt ist.

Du bist wohl sogut mir auf eine Deiner Kassen die nöthigen Gelder zu meiner Mobilmachung anzuweisen; ich brauche wohl nicht hinzuzufügen, daß ich mich so sehr als möglich einschränken werde. Ich habe das höchste Vertrauen, alles wird gut gehen, da das Volk den besten Willen zeigt, und so freue ich mich schon zum Voraus herzlich, Dich als den Beherrscher aller Deiner ererbten Staaten wiederzusehen. Dein treuer Bruder

Berlin, den 14. März 1813. Heinrich, P. von Preußen.

Hunde-(Schloß-)Brücke, mit Eintragung der Geschützpositionen am 21. Februar und den folgenden Tagen.

Digitized by Google

Die Aussicht, Gouverneur der linkselbischen Provinzen zu werden, verwirklichte sich für den Prinzen nicht; er machte, am 14. März 1813 zum Generalleutnant befördert, den Frühjahrsfeldzug im Stabe des russischen Generals Grafen Peter Wittgenstein mit; am 28. Mai verlieh ihm der König das Eiserne Kreuz, „da E. K. H. an der guten Sache des jetzigen Krieges so thätigen Antheil nehmen".

Des Prinzen Wunsch, nach dem Waffenstillstande zum Korps des Generals v. Bülow zu gehen, konnte der König nicht willfahren, da diese preußischen Truppen unter dem Oberbefehle Bernadotte's, des Kronprinzen von Schweden, standen, der Prinz „also dort in kein angemessenes Verhältnis treten würde", wie ihm der König darlegte.

Nach dem Siege von Kulm schrieb der König aus Teplitz am 1. September 1813 an den Prinzen eigenhändig:

Gott sey gelobet, heute haben wir über einen dreyfachen Sieg[1]) das Te Deum gehabt.

Ueber die vollständige Niederlage des Elenden Vandamme wirst Du bereits unterrichtet seyn, ich schreibe Dir also nichts weiter darüber.

Nichts steht Deinem Wunsche entgegen, Dich zu dem Grafen Wittgenstein zu begeben, um bey ihm den erneuerten Feldzug auch ferner mit zu machen: ich hoffe daher, Dich in kurzem hier, das heißt bey der Armee, zu sehen.

Teplitz, den 1. September 1813. Friedrich Wilhelm.

Kouvert: An Sr. Königl. Hoheit
den Prinzen Heinrich von Preußen
zu Glatz.

So ging Prinz Heinrich wieder zu dem General der Kavallerie Grafen Wittgenstein, der das russische Korps bei der Hauptarmee kommandierte; der begrüßte den Prinzen in einem Schreiben aus Nollendorf vom 16. September 1813, sehr erfreut, daß der Prinz „mich so glücklich machen, wieder von neuem Zeuge meiner militairischen Handlungen seyn zu wollen" ... „und werde ich es für mich als einen der frohesten Tage rechnen, E. K. H. meine Unterthänigkeit mündlich versichern zu können" ...

Am 30. Mai 1814 wurde Prinz Heinrich in Paris zum General der Infanterie befördert, im September 1814 erhielt im ehemaligen „Fort Napoleon", jetzt „Fort Kronprinz", der Festung Danzig ein Festungswerk den Namen „Bastion Prinz Heinrich", äußere Zeichen der Anerkennung für sein Verhalten in dem Freiheitskampfe, in welchem er sich, seinem Vorsatze getreu, als würdigen Hohenzollernsprossen bewährt hatte.

---

[1]) Außer für Kulm noch für die Schlachten an der Katzbach und bei Großbeeren.

Digitized by Google

Ein astronomischer Roman

Von

Johann Palisa

Mit obigen Worten bezeichnet der englische Astronom Crommelin die Entdeckung eines kleinen Planeten, die mir in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1911 gegen $2^1/_2$ Uhr morgens geglückt ist. Crommelin hat da einen sehr treffenden Ausdruck gebraucht, denn in der Tat ist das Schicksal dieses Planeten, der die provisorische Bezeichnung 1911 MT erhalten hat, oder richtiger die Verfolgung desselben am Himmel ein förmlicher Detektivroman.

Man zählt gegenwärtig über 700 kleine Planeten, deren Bahn bestimmt werden konnte und deren Wiederauffindung mit Hilfe der Vorausrechnung gelungen ist oder sicher gelingen wird. Außer diesen 700 sind noch andre — einige hundert — entdeckt worden, bei denen es aber nicht erreicht wurde, so viele und in Zeit so weit auseinander liegende Beobachtungen anzustellen, daß die Berechnung von Bahnelementen möglich gewesen war. Diese Planeten gelten zunächst als verloren, und deren Wiederauffindung muß dem Zufalle überlassen werden. Aber den Verlust keines einzigen der letzteren hätte man so bedauert wie den des obengenannten MT; denn von den gesicherten 700 beanspruchen nur sehr wenige ein besonderes Interesse, und diese sind: der Planet Eros, dessen Bahn teilweise innerhalb der Marsbahn liegt und der, vom Monde und von einem oder dem andern Kometen abgesehen, dasjenige Gestirn ist, welches zu gewissen Zeiten der Erde näher als jedes andre Gestirn kommen kann, und zweitens die vier in der Entfernung des Jupiter um die Sonne kreisenden Planeten der sog. Achillesgruppe. Zu diesen gesellt sich nun der genannte MT. Wenn ich, der Entdecker selbst, seine Biographie oder seinen Roman schreibe, so geschieht es, weil vielleicht ich allein alle Phasen, die dessen Verfolgung durchgemacht hat, kenne. Man möge mir daher dieses Unternehmen nicht als Unbescheidenheit auslegen.

Das, was den Planeten sofort bei seiner Entdeckung als ein ganz besonders interessantes Gestirn kennzeichnete, war, daß seine scheinbare Bewegung zur Zeit der Opposition, die gleichfalls am 3. Oktober stattfand, nicht, wie die aller andern Planeten von Osten nach Westen, sondern von Westen nach Osten gerichtet war und daß diese Bewegung außerdem eine ganz ungewöhnlich große war. Um nun aber jenen Lesern, welche nicht über die hierzu nötigen Fachkenntnisse verfügen, die Sachlage klarzumachen, muß ich einigermaßen weit ausholen.

Wohl die meisten Atlanten bringen in ihren ersten Blättern Abbildungen des gestirnten Himmels mit seinen Sternbildern und eine Darstellung des Sonnensystems. Auf dem zuletzt genannten Blatte finden wir in der Mitte einen kräftigen Punkt, welcher die Sonne vorstellt und der das Zentrum ver-

Digitized by Google

schiedener Kreise ist, die den Bahnen der Planeten entsprechen: zunächst die Bahn des Merkur, dann kommen Venus, Erde, Mars, einige Asteroidenbahnen, Jupiter und Saturn, während Uranus und Neptun gewöhnlich keinen Platz mehr finden. Die meisten dieser Bahnen sind als Kreise dargestellt, weil sie in der Tat nur wenig von der Kreisform abweichen, und die Halbmesser der Kreise halten das Verhältnis der mittleren Entfernungen der Planeten von der Sonne ein. Weil ferner die Bahnen der großen Planeten nur wenig gegen die Erdbahn geneigt sind, so ist es, wenn auch unrichtig, doch von keiner wesentlichen Bedeutung, daß alle diese Bahnen als in einer einzigen Ebene, nämlich in der Ebene der Erdbahn, der sog. Ekliptik, dargestellt werden. Hierzu kommen noch die langgestreckten Ellipsen einiger Kometen, die wir aber nicht weiter berücksichtigen wollen. Es entsteht nun die Frage: In welcher Richtung bewegen sich die Planeten um die Sonne, im Sinne des Zeigers einer Uhr oder umgekehrt? So wie wir das System im Atlas dargestellt sehen, würde es erscheinen, wenn wir uns auf einen Standpunkt weit außerhalb des Sonnensystems begeben könnten. Wählen wir denselben auf jener Seite der Ekliptik, auf welcher der Nordpol des Himmels oder der Polarstern sich befindet, so werden wir finden, daß sich alle Planeten verkehrt wie der Zeiger einer Uhr bewegen; begeben wir uns jedoch auf die andre Seite, dann bewegen sich alle Planeten im Sinne des Zeigers einer Uhr. Für die weiteren Betrachtungen sei der erste Standpunkt ein für allemal gewählt.

Ganz anders aber geht die Bewegung der Planeten vor sich, wenn wir dieselbe von unsrer sich bewegenden Erde aus betrachten. Da gewahren wir, daß die Planeten sich bald im Sinne des Uhrzeigers, bald in umgekehrter Richtung unter den Fixsternen weiterbewegen, sowie daß die Bewegung im Sinne des Uhrzeigers in die Zeit der Opposition der Planeten fällt, das ist jene Zeit, wo die Erde zwischen Sonne und Planet steht und der Planet der Erde am nächsten kommt. Aus diesen bald nach Osten, bald nach Westen gerichteten, den sog. scheinbaren Bewegungen, die wahre Bewegung herausgeschält zu haben, ist das unsterbliche Verdienst des Kopernikus. Kopernikus hat sich, indem er annahm, daß die Erde sich um die Sonne bewege, auf einen außerhalb des Sonnensystems befindlichen Beobachtungsstandpunkt gestellt und so gefunden, daß die unerklärlichen Vor- und Rückwärtsbewegungen sich in eine Bewegung auflösen, die immer in demselben Sinne vor sich geht. Man nennt diese Bewegungsrichtung direkte Bewegung, die entgegengesetzte retrograde Bewegung. Ich kann wohl annehmen, daß die geehrten Leser wissen, wie die scheinbare hin und her gehende Bewegung der Planeten aus der Kombination der Bewegung der Erde und der Bewegung der Planeten entsteht, aber ich will doch diese Darstellung wiederholen, weil ich einige Bemerkungen daran zu knüpfen habe, die sonst nicht leicht verständlich wären.

Auf der Platte eines viereckigen Tisches ziehen wir durch den Mittelpunkt desselben zwei den Tischkanten parallele Linien und nehmen an, daß die eine Linie die Nordsüdrichtung, die andre die Ostwestrichtung vorstelle. Auf der

Digitized by Google

Platte ziehen wir, die Mitte der Platte als Mittelpunkt benutzend, einen Kreis so groß als möglich, oder wir schneiden uns einen solchen Kreis aus Papier aus, den wir sodann entsprechend auf der Tischplatte befestigen. Den Rand des Kreises versehen wir sodann mit einer Gradteilung von 360 Grad und orientieren ihn so, daß der Nullpunkt genau im Süden steht. Dann nehmen wir zwei Kreisscheiben aus Pappdeckel, von denen die eine den doppelten Durchmesser der andern hat, vielleicht ein und zwei Dezimeter, versehen auch diese Scheiben mit einer Kreisteilung und befestigen diese Scheiben mittels eines Nagels so auf der Tischplatte, daß der Nagel durch die Mittelpunkte der drei Kreise geht und die zwei Scheiben beweglich bleiben. Endlich ziehen, spannen und befestigen wir über die eingezeichnete Nordsüdrichtung einen Faden und drehen die Scheiben so, daß die Nullpunkte der Scheiben im Süden stehen und genau von dem Faden bedeckt werden. Und nun denken wir uns, daß der Nagel die Sonne, der Nullpunkt der kleinen Scheibe die Erde, der Nullpunkt der großen Scheibe einen Planeten vorstelle. Bevor wir nun die Scheiben verkehrt dem Sinne eines Uhrzeigers in Bewegung setzen, müssen wir uns über die Geschwindigkeiten oder die Wege orientieren, welche wir den Scheiben zu geben haben, damit uns dieses Modell einen wahrheitsgetreuen Einblick über den wirklichen Vorgang gebe. Mit andern Worten, wir müssen das Verhältnis der Geschwindigkeiten kennen, und um dieses zu erfahren, müssen wir das dritte Keplersche Gesetz heranziehen. Dasselbe sagt nun in unserm Falle, daß die große Achse der Erdbahn (Durchmesser der kleinen Scheibe), zweimal mit sich selbst multipliziert, sich zur großen Achse der Planetenbahn (Durchmesser der großen Scheibe), zweimal mit sich selbst multipliziert, verhält wie die Umlaufszeit der Erde (1 Jahr), einmal mit sich selbst multipliziert, zur Umlaufszeit des Planeten (vorläufig unbekannt), einmal mit sich selbst multipliziert. In dieser Proportion sind in unserm speziellen Beispiele die ersten drei Glieder bekannt, so daß sich das letzte Glied leicht bestimmen läßt. Es ist nämlich das erste Glied $1 \times 1 \times 1 = 1$, das zweite Glied $2 \times 2 \times 2 = 8$ und das dritte Glied wieder $1 \times 1 \times 1 = 1$; das vierte Glied ist also wiederum 8. Die Umlaufszeit des Planeten, mit sich selbst einmal multipliziert, soll also 8 sein, also ist die Umlaufszeit selbst 2,8242. Demnach benötigt ein Planet, der in einer Kreisbahn um die Sonne und in der doppelten Entfernung als die Erde läuft, 2,8242 Jahre zu einem Umlaufe um die Sonne. Wenn nun dieser Planet in 2,8242 Jahren 360 Grad zurücklegt, so legt er in einem Jahre 127,28 Grad zurück. Weil aber der Durchmesser der Bahn unsers Planeten doppelt so groß als jener der Erdbahn ist, so hat ein Grad der Planetenbahn die doppelte Länge eines Grades der Erdbahn, und der Weg, den unser Planet in einem Jahre zurücklegt, ist also an Länge gleich 2 mal 127,28 Erdbahngrad, das ist 254,56 Erdbahngrad. Daraus folgt nun, daß die Erde sich rascher als der Planet, und zwar in dem Verhältnisse 360 : 254,56, bewegt. An diesem speziellen Beispiele, das die Kenntnis des hier nicht näher erläuterten dritten Keplerschen Gesetzes voraussetzt, wollte ich etwas zeigen, was allgemein gültig ist, nämlich, daß alle

Digitized by Google

Planeten, welche sich in größeren Kreisbahnen als die Erdbahn um die Sonne bewegen, eine geringere Geschwindigkeit besitzen, und zwar eine um so geringere, je weiter sie von der Sonne entfernt sind.

Und nun setzen wir unsre Scheiben, auf denen die Nullpunkte genau im Süden stehen, verkehrt wie einen Uhrzeiger in Bewegung und in dem Verhältnisse, daß die Erde einen Winkel von 360, der Planet einen Winkel von 127,28 Grad in derselben Zeit zurücklegen. Wir drehen also die Erdscheibe um 10 Grad und demgemäß die Planetenscheibe um 3,4 Grad. Wenn wir jetzt untersuchen, in welcher Richtung der Planet von der Erde gesehen wird, so finden wir, daß die Richtung von Süden gegen Westen zu etwas abweicht, und wir erhalten den genauen Wert von 3,2 Grad, wenn wir uns zur Verbindungslinie Erde—Planet durch das Zentrum der Konstruktion eine parallele Linie bis an die Peripherie des großen Kreises ziehen. An dieser Kreisteilung können wir genau die Richtung ablesen. Während also vor Beginn der Bewegung der Planet genau im Süden stand, erscheint er jetzt westlicher, das heißt: er hat sich scheinbar von Süden gegen Westen bewegt, während er doch in Wirklichkeit sich von Süden gegen Osten bewegt hat. Seine scheinbare Bewegung ist retrograd. An der Hand der folgenden Tabelle können wir leicht die weiteren Phasen der scheinbaren Bewegung übersehen.

Bewegung der Erde um die Sonne in Graden	Bewegung des Planeten um die Sonne in Graden	Planet, gesehen von der Erde in der Richtung	Größe und Richtung der scheinbaren Bewegung zwischen zwei Stellungen
Grad	Grad	Grad	Grad
Süd 0 Ost	Süd 0 Ost	Süd 0 West	
10	3,4	3,2	3,2 nach West
20	6,7	5,9	2,7
30	10,1	7,8	1,9
40	13,4	8,6	0,8
50	16,8	8,4	0,2 nach Ost
60	20,1	7,3	1,1
70	23,5	5,5	1,8
80	26,9	2,9	2,6
90	30,2	Süd 0,2 Ost	3,1
100	33,6	3,8	3,6
110	36,9	7,7	3,9

Kolonne 1 enthält von 10 zu 10 Grad fortschreitende Stellungen der Erde und Kolonne 2 die diesen Stellungen entsprechenden Stellungen des Planeten. Kolonne 3 die Richtungen des Planeten, von der Erde aus gesehen, und Kolonne 4 die Unterschiede der Angaben der Kolonne 3 oder die Größe und Richtung der scheinbaren Bewegung zwischen je zwei Stellungen. Man kann den Kolonnen 3 und 4 entnehmen, daß die scheinbare Bewegung des Planeten bis zur Stellung der Erde 43 Grad eine westliche oder retrograde ist,

Digitized by Google

von da an aber östlich oder direkt wird, sowie daß die Geschwindigkeit bis zum westlichsten Punkte immer kleiner wird und nach der Umkehr wieder zunimmt.

Was nun für die Kreisbahn gilt, gilt auch in etwas beschränktem Umfange für die elliptischen Bahnen der außerhalb der Erdbahn kreisenden Planeten. Auch ihre Geschwindigkeit wurde bisher immer kleiner als die der Erde gefunden, und ihre scheinbare Bewegung zur Zeit der Opposition war immer retrograd. Die kleinen Planeten sind durchwegs schwache Gestirne. Der Grad ihrer Helligkeit wird bestimmt durch ihre unveränderliche und wirkliche Größe, sowie durch die veränderlichen Entfernungen von der Sonne und der Erde. Aus dem Grunde, weil die Stellung der Opposition diejenige ist, in welcher die Planeten der Erde am nächsten kommen, erreicht nun der eine veränderliche Faktor zur Zeit der Opposition seinen günstigsten Wert und die Planeten ihre relativ größte Helligkeit. Es werden daher dieselben fast durchgehends nur um diese Zeit beobachtet, und aus dem gleichen Grunde wird nur in den Gegenden, die in Opposition sind, nach neuen Planeten gesucht.

Am 29. September hatte ich eine photographische Sternkarte mit dem Himmel verglichen und einige Sternchen gefunden, welche die Karte nicht enthielt. Eines davon war ein kleiner Planet, da er sich von Ost nach West bewegte. Aber ich kam in dieser Nacht nicht mehr dazu, auch die andern gefundenen Sternchen nach dieser Richtung hin zu untersuchen. Erst am 3. Oktober erlaubte mir dies der Himmel. Und da vermißte ich eines dieser schwachen Sternchen. Trotzdem nur 4 Tage vergangen waren, konnte ich dieses Sternchen nicht auffinden und dehnte daher die Nachforschung immer weiter aus, bis ich um $2^1/_2$ Uhr morgens zu einer Stelle des Himmels kam, wo die Photographie drei helle in einer geraden, etwas schief gestellten Linie liegende Sterne 12. Größe zeigte, während am Himmel außer den dreien eine Minute nördlich von dem nördlichsten dieser Gruppe ein ebenso heller Stern stand. Da das vermißte Objekt aber schwächer als 13. Größe war, so war es ausgeschlossen, daß dieser Stern das von mir gesuchte Objekt war. Es konnte ein bereits bekannter, oder ein neuer Planet, oder auch ein veränderlicher Stern sein, das ist ein Stern, der seine Helligkeit ändert. Ich zögerte nicht lange und begann die Lage dieses Sterns zu bestimmen. Aber kaum hatte ich begonnen, umzog sich der Himmel. Glücklicherweise wurde es nach einer halben Stunde schön, und siehe, die beiden Sterne standen nebeneinander und nicht mehr übereinander. Es war also ein Planet. Da die Gegend gerade in Opposition war, so hielt ich im ersten Momente den westlich stehenden Stern für den Planeten, aber bald überzeugte mich die photographische Karte, welche die drei Fixsterne in einer geraden Linie zeigte, daß der östlich stehende Stern das bewegte Objekt war. Meine Aufregung über dieses bisher noch nie beobachtete Verhalten eines kleinen Planeten war ungemein groß; ich war im höchsten Grade verblüfft und erregt, aber bald fand ich meine Ruhe wieder und begann mit den Messungen, indem ich die Unterschiede der Rektaszension und Deklination mit einem benachbarten hellen

Digitized by Google

Fixstern bestimmte. Es muß als ein großes Glück bezeichnet werden, daß der Planet so nahe in einer charakteristischen Stellung zu der Gruppe der drei Sterne gestanden ist. Wäre nämlich der Planet in einer sternarmen Gegend also ganz isoliert, gestanden, so hätte ich ihn gewiß als solchen erkannt und seinen Positionsunterschied gegen einen etwas entfernteren hellen Stern bestimmt. Ich hätte aber während der kurzen Zeit der Beobachtung die sonderbare Bewegung nicht erkannt, sondern wäre erst am nächsten Morgen bei der Auswertung der Beobachtung auf die merkwürdige Bewegung aufmerksam geworden. Dabei ist es sehr wahrscheinlich, daß geradeso wie Piazzi bei der Entdeckung des ersten kleinen Planeten Ceres zuerst an einen Irrtum seinerseits gedacht hatte, auch ich irgendeine unterlaufene Teufelei vermutet hätte. In diesem Falle wäre wahrscheinlich keine Depesche von mir abgeschickt worden, sondern ich hätte die Lösung des Rätsels auf den nächsten schönen Abend verschoben. Noch schlimmer aber wäre es gewesen, wenn nur ein einziger Stern in der Nachbarschaft gestanden wäre. Dann hätte ich sicher das unrichtige Objekt für den Planeten gehalten und beobachtet, so wie es im ersten Momente der Entdeckung der Fall war. Nur die charakteristische Gruppe der drei Sterne hat mich das richtige Objekt und die so ungewöhnliche Bewegung gleich erkennen lassen.

Nachdem ich vier Messungen, mein gewöhnliches Ausmaß, absolviert hatte, beschloß ich, von jetzt an nur in größeren Zeitintervallen und solange das Wetter es zulassen würde, solche vergleichende Messungen anzustellen, um einen möglichst genauen Wert für die Größe und Richtung der täglichen Bewegung zu gewinnen. Das gelang zwar, aber doch nicht so lange Zeit, als ich gewünscht hätte, denn schon nach einer weiteren Viertelstunde ward und blieb es vollkommen trüb. Am nächsten Morgen wurde die Beobachtung berechnet und die Position sowie die Bewegung in 24 Stunden der Zentralstelle für astronomische Telegramme in Kiel telegraphisch mitgeteilt und ausnahmsweise die Bewegung noch in Worten wiederholt, um ja nicht die Vermutung aufkommen zu lassen, daß mir ein Irrtum in dem Chiffrentelegramm passiert sei. Zugleich wollte ich dadurch das Außerordentliche der Beobachtung kennzeichnen. Sache der Zentralstelle war es, die Nachricht allen andern Sternwarten telegraphisch mitzuteilen.

Bevor aber noch eine Bahnbestimmung gerechnet werden konnte, welche die ungewöhnliche Bewegung ohne weiteres aufgeklärt hätte, wurde die Frage aufgeworfen, unter welchen Umständen eine solche ganz anders geartete Bewegung eines Planeten zustande kommen kann. Davon soll nun jetzt die Rede sein.

In dem früher erläuterten Beispiele wurde gezeigt, daß ein Planet, welcher sich in einer die Erdbahn umschließenden Kreisbahn bewegt, eine kleinere Geschwindigkeit als die Erde haben muß. Der Fall einer Kreisbahn tritt aber in Wirklichkeit nie ein, weil zum Zustandekommen einer Kreisbahn zwei Bedingungen erfüllt sein müssen, was aber gar nie der Fall ist, nämlich, daß die Richtung der momentanen Bewegung senkrecht zur Verbindungslinie Planet—Sonne steht und daß die Geschwindigkeit einen genau bestimmten Wert hat, also in

Digitized by Google

unserm oben angeführten Beispiele das angeführte Verhältnis 360 : 254,56 besteht. Die Bahn eines Planeten ist daher immer eine Ellipse, und in einem ihrer Brennpunkte steht die Sonne. In jeder Ellipse gibt es zwei Kardinalpunkte: das Perihel, jenen Punkt, in welchem der Planet der Sonne am nächsten kommt und gleichzeitig seine größte Geschwindigkeit besitzt, und das Aphel, in welchem er am entferntesten von ihr ist und die kleinste Geschwindigkeit entwickelt. Die Verbindungslinie der beiden genannten Punkte ist die große Achse der Ellipse, auf ihr liegen beide Brennpunkte und in einem derselben auch die Sonne. Perihel und Aphel liegen somit auf zwei gerade entgegengesetzten Seiten, von der Sonne aus gesehen. Wenn wir nun zu irgendeinem Punkte der Ellipse eine diese berührende Linie, eine sog. Tangente, legen und auf sie von dem gewählten Punkte eine Senkrechte ziehen, so wird diese senkrechte Linie nur in zwei Fällen auf die Sonne gerichtet sein, nämlich im Perihel und Aphel. In allen andern Fällen geht diese Senkrechte neben der Sonne vorüber. Wenn wir nun annehmen, daß die Geschwindigkeit in unserm früheren Beispiele bei gleichbleibender Richtung plötzlich verkleinert würde, so wird, weil jetzt eine der früheren für eine Kreisbahn erforderlichen Bedingungen nicht mehr erfüllt ist, der Planet von da an in einer Ellipse sich bewegen. Da aber nur im Perihel und Aphel die Verbindungslinie zur Sonne senkrecht zur momentanen Bewegungsrichtung steht, so wird die so entstandene Ellipse in diesem Punkte einen der Kardinalpunkte, und zwar das Aphel, haben, während das Perihel auf der entgegengesetzten Seite liegt. Zu erläutern, wie das kommt, würde mich hier zu weit führen. Es möge nur erwähnt werden, daß, je bedeutender die Geschwindigkeitsverminderung ausfällt, das Perihel um so näher zur Sonne rückt. Eine solche Ellipse liegt also innerhalb der früheren Kreisbahn. Wenn aber die Geschwindigkeit größer wird, so wird gleichfalls aus der Kreisbahn eine Ellipse, und zwar bildet jetzt unser Ausgangspunkt das Perihel; das auf der andern Seite der Sonne liegende Aphel wird um so entfernter von der Sonne liegen, je größer die Geschwindigkeitsvermehrung war, und eine solche Ellipse wird daher die frühere Kreisbahn umschließen.

Wir wollen jetzt zu unserm Modell zurückkehren und in dem Momente, wo Erde und Planet im Süden stehen, die Geschwindigkeit des Planeten so weit vermehren, daß sie der Geschwindigkeit der Erde gleich ist. Anstatt aber wie früher ein Bewegungsintervall der Erde von 10 Grad ins Auge zu fassen, ziehen wir jetzt ein bedeutend kleineres, z. B. einen Grad oder noch weniger, zur Betrachtung heran. Je kleiner wir nämlich dieses Bogenstück wählen, um so mehr gleicht es einer geraden Linie, die vollkommen senkrecht zur Linie Sonne—Erde—Planet steht. Das gilt sowohl für die Erde als auch für den Planeten. Wenn wir nun die beiden Endpunkte der zurückgelegten kurzen Wege durch eine Linie verbinden, so ist diese Linie parallel zur *früheren* Richtung, also ebenfalls nach Süden gerichtet. Der Effekt am Himmel ist, daß der Planet seinen *scheinbaren* Ort am Himmel nicht geändert hat. Daraus folgt, daß es auch Planeten geben kann, die zur Zeit der Opposition an einer Stelle stehen-

Digitized by Google

bleiben und erst später eine langsame, immer stärker werdende Bewegung annehmen. Daß solche Planeten sich leicht der Entdeckung entziehen können, ist wohl begreiflich, und es ist in der Tat noch kein solcher entdeckt worden. Wenn wir aber die Geschwindigkeit noch größer werden lassen, dann ergibt unser Modell sofort, daß die Richtungen Erde—Planet von Süden gegen Osten rücken, daß also die scheinbare Bewegung des Planeten eine direkte sein muß. Der Planet MT hatte also zurzeit seiner Entdeckung eine größere Geschwindigkeit als die Erde.

Man wird leicht einsehen, daß die Geschwindigkeit des „MT" um so größer sein mußte, je weiter er von der Erde entfernt war, damit derselbe Effekt am Himmel, das ist eine gleich große scheinbare Bewegung, eintrete. Da nun eine allzu große Geschwindigkeit wenig Wahrscheinlichkeit hatte, so konnte von vornherein und ohne Kenntnis der Bahnelemente auf eine bedeutende Nähe des Planeten geschlossen werden. Und dieser Umstand machte ihn zu einem der interessantesten Gestirne.

Infolge der großen Nähe war aber leider eine rasche Abnahme der Helligkeit zu erwarten, wodurch die Verfolgung sehr erschwert werden mußte. Wenn sich nämlich ein Himmelskörper, der an und für sich immer gleich hell leuchtet, was zum Beispiel bei einem Planeten bei gleichbleibender Entfernung von der Sonne der Fall wäre, auf die doppelte Distanz von der Erde entfernt hat, so empfängt der Beobachter nur ein Viertel der früheren Lichtmenge, in der dreifachen Distanz nur ein Neuntel usw. Die Helligkeiten sinken also auf ein Viertel, ein Neuntel ihres ursprünglichen Betrages. Wenn zum Beispiel ein Gestirn 10 Millionen Kilometer von uns entfernt ist und eine Woche darauf um 10 Millionen mehr, so ist seine Helligkeit auf $\frac{10 \times 10}{20 \times 20} = \frac{1}{4}$ herabgesunken. War aber das Gestirn anfangs 100 Millionen Kilometer und eine Woche später gleichfalls um 10 Millionen mehr, also 110 Millionen Kilometer entfernt, so ist seine Helligkeit auf $\frac{100 \times 100}{110 \times 110} = \frac{5}{6}$ herabgegangen. Das zweite Gestirn hat also bei derselben Distanzvergrößerung bedeutend weniger als das erste an Helligkeit abgenommen, denn es ist nicht die absolute Vergrößerung der Entfernung von der Erde, sondern nur die perzentuelle für die Abnahme der Helligkeit maßgebend.

Die nächste Aufgabe der Astronomen war es, den neuen Planeten so lange als möglich zu verfolgen, um eine sog. Bahnbestimmung auf breitester Basis vornehmen und auf Grund dieser dann den Ort des Planeten hauptsächlich für jene Zeiten vorauszubestimmen, wo er wieder in Opposition mit der Sonne kommen und damit seine Helligkeit ein Maximum erreichen würde. Um eine solche Bahnbestimmung zu ermöglichen, genügen im allgemeinen drei Beobachtungen. Die Bahnbestimmung selbst besteht in dem Aufsuchen von sechs Größen. Diese sind:

1. Neigung der Planetenbahn gegen die Ekliptik oder Erdbahnebene.
2. Die Richtung der Schnittlinie der beiden Ebenen im Raume. Man nennt die Stelle, wo der Planet die verlängerte Erdbahnebene von der Südseite

Digitized by Google

zur Nordseite passiert, den aufsteigenden Knoten und den Winkel Frühlingspunkt Sonne—Knoten, die Länge des Knotens. Neigung der Bahn und Länge des Knotens bestimmen also die Lage der Planetenbahn im Raume.

3. Die Länge der großen Achse der Planetenbahn oder die Distanz Perihel—Aphel, ausgedrückt in Einheiten der Entfernung Sonne—Erde. Diese Größe ist nach dem dritten Keplerschen Gesetze ganz allein bestimmend für die Umlaufszeit.

4. Die Exzentrizität oder das Verhältnis der Entfernung des Brennpunktes vom Mittelpunkte der Ellipse zur halben großen Achse. 3. und 4. bestimmen also die Dimensionen der Ellipse selbst.

5. Die Orientierung der großen Achse in der Planetenebene; sie wird bestimmt durch den Bogen zwischen dem aufsteigenden Knoten und dem Perihel.

6. Der Zeitpunkt, in welchem der Planet das Perihel passierte.

Mit Hilfe dieser sechs Bestimmungsstücke läßt sich der Ort des Planeten für einen beliebigen Zeitpunkt, sei es in der Zukunft, sei es in der Vergangenheit, rechnen. Eine Reihe solcher für gleiche Zeitintervalle berechneter Orte heißt Ephemeride.

Es ist einleuchtend, daß die Bestimmung der Bahnelemente um so unsicherer ausfallen wird, je kleiner das Zeitintervall ist, welches die drei Beobachtungen einschließen, denn die Beobachtungen sind niemals absolut genau, sondern immer etwas fehlerhaft. Wäre die Aufgabe gestellt, aus einem großen Kreise ein kleines Randstück auszuschneiden und aus diesem Randstück allein den Durchmesser des ganzen Kreises zu ermitteln, so würde um so besser der errechnete oder durch Konstruktion gefundene Durchmesser mit dem Original übereinstimmen, je größer das herausgeschnittene Stück war. Je kleiner das Intervall zwischen der ersten und letzten Beobachtung ist, ein um so kleineres Stück der ganzen Ellipse ist zur Beobachtung gelangt und um so unsicherer gestaltet sich die Bahnbestimmung und die daraus gerechnete Ephemeride. Um nun genügend viele und in Zeit so weit als möglich auseinander stehende Beobachtungen zu erhalten, müssen alle andern Sternwarten telegraphisch verständigt werden, weil ja schlechtes Wetter allein schon in wenigen Tagen die Wiederauffindung durch den Entdecker besonders in dem Falle vereiteln kann, wenn das neue Gestirn an Helligkeit rasch abnimmt. In einem solchen Falle ist eine halbwegs genaue Kenntnis des Ortes, wo es zu suchen ist, ganz besonders wichtig und notwendig, da man es im andern Falle sehr leicht übersieht.

Die nächste Beobachtung des MT gelang mir selbst am 4. Oktober. Die Lichtstärke des großen Refraktors (68 Zentimeter Objektivöffnung) und die zufällige Reinheit des Himmels gestatteten mir bei hochstehendem Monde — am 8. Oktober trat Vollmond ein — bereits um 10 Uhr abends die Beobachtung vorzunehmen. Hingegen mußte Herr Pechüle in Kopenhagen, der einzige Astronom, der den Planeten mit dem Auge am Fernrohr beobachtet hat, dem aber ein nur halb so großes Fernrohr (36 Zentimeter Oeffnung) zur Verfügung steht, mit der Beobachtung bis nach Monduntergang, der nach 2 Uhr erfolgte, warten. Daß Pechüles und meine Beobachtung vom 4. doch um einige Stunden aus-

Digitized by Google

einander lagen, war, nebstbei erwähnt, ein großes Glück bei dem vielen Mißgeschick. Vom 5. an war es in Wien trüb; ob die andern Sternwarten Europas trübes Wetter hatten, ist aus der damaligen Wetterlage wohl anzunehmen, aber mir nicht bekannt. Aber auf alle Fälle wäre der fast volle Mond das größte Hindernis gewesen und hätte in den meisten Fällen das Erblicken und Erkennen des Planeten, dem der Mond sich mit Riesenschritten näherte, vereitelt. Das größte Malheur war aber, daß das Telegramm über die Entdeckung nicht an die amerikanischen Sternwarten gelangte, deren Rieseninstrumenten auch der nahe Vollmond nicht hinderlich gewesen wäre. Professor Pickering schrieb mir: „MT wäre dem großen Spiegel auf der Mount-Wilson-Sternwarte nicht entschlüpft, wenn wir die telegraphische Verständigung rechtzeitig erhalten hätten." Zu dem durch Wetter und Mondschein verursachten Mißgeschick gesellte sich noch hinzu, daß der Planet rasch an Helligkeit abnahm, und als ich endlich am 10. Oktober mit der Aufsuchung beginnen konnte, mußte ich ihn unter den schwächsten Objekten des Himmels suchen. Daß der Umfang der Gegend, wo er zu suchen war, mit jedem Tage zunahm, vermehrte die Schwierigkeit. Am 10. und alle folgenden Tage war der Himmel in Wien sehr dunstig, und am 13. verzweifelte ich an der Möglichkeit, selbst den Planeten wiederzufinden, und auch von andrer Seite war keine Meldung über weitere Beobachtungen eingelangt. Es war mir klar, daß die Aufsuchung mit dem Auge erfolglos bleiben mußte, und auch andre Astronomen, denen kein photographisches Fernrohr zur Verfügung steht, wußten, daß, wenn ich mit meiner vierzigjährigen Erfahrung und mit Hilfe der nur mir zur Verfügung stehenden Mittel das Objekt nicht wiederfinden konnte, die Auffindung für sie vollkommen ausgeschlossen war. Hier konnte nur die Photographie helfen. Da erinnerte ich mich, daß auf der jungen Sternwarte in Johannesburg in Transvaal seit kurzem ein photographisches Fernrohr mit dem ganz außerordentlich großen Gesichtsfelde von 230 Quadratgraden in Tätigkeit gesetzt worden ist, und weil ich vermutete, daß diese Sternwarte das Entdeckungstelegramm nicht erhalten hat, schickte ich am 13. eine ziemlich ausführliche Depesche dahin. Vor allem wurde aber das photographische Fernrohr der Wiener Sternwarte mit seinem kleinen (nur 4 Quadratgrade!) umfassenden Gesichtsfelde herangezogen. Dr. Rheden machte viele Aufnahmen, aber resultatlos. Die Hauptursache des Mißlingens lag in erster Linie wohl an dem zu kleinen Gesichtsfelde, dann an dem dunstigen Himmel und dem Mondschein, denn die Aufnahmen konnten erst bei hochstehender Gegend, also nach Mondaufgang gemacht werden. Außer auf der Wiener Sternwarte wurde sehr eifrig von Professor Wolf und andern Herren der Heidelberger Sternwarte teils mit dem kräftigen Spiegelteleskop, teils mit dem Bruceteleskop, das ein Gesichtsfeld von etwa 50 Quadratgraden besitzt, gesucht; ferner arbeitete man in Greenwich an dem dortigen Spiegelteleskop und auf der bereits erwähnten Sternwarte in Johannesburg. Leider zunächst überall erfolglos. Es mag nun hier am Platze sein, einige Worte der Methode der Verfolgung kleiner Planeten mit einem photographischen Fernrohr zu widmen.

Digitized by Google

Das photographische Fernrohr wird mit Hilfe eines besonders guten Uhrwerks und mit Anwendung von Vorrichtungen, die durch den Beobachter in Tätigkeit gesetzt werden, so genau dem Himmel oft stundenlang nachbewegt, daß das Licht eines jeden Sternes immer auf dieselbe Stelle der Platte fällt. Nach der Entwicklung der Platte zeigt dieselbe überall dort, wohin ein Stern geleuchtet hat, einen mehr oder weniger großen Punkt, dessen Größe im allgemeinen der Helligkeit des Sterns entspricht. Befindet sich jedoch in der photographierten Gegend ein Planet, so hat derselbe während der Expositionszeit seinen Ort unter den Sternen geändert und sein Licht hat nicht immer dieselbe Stelle der Platte angeregt, sondern eine Linie, einen Strich gezogen. Der Astronom hat nun die Platte nach solchen Strichen zu untersuchen, wobei es natürlich notwendig ist, Plattenfehler von wirklichen Planetenspuren unterscheiden zu können. Es ist einleuchtend, daß die Helligkeit der Planetenspur mit der Helligkeit des Planeten selbst zu- und abnimmt, aber es ist auch klar, daß die Spur um so schwächer ausfallen wird, je rascher der Planet läuft, weil dann dieselbe Lichtmenge sich auf einen immer größeren Weg verteilen muß, und so wird es verständlich, daß die Planetenspur des MT leicht übersehen werden konnte, weil sich derselbe fast dreimal so rasch bewegte, als es sonst die kleinen Planeten tun, und außerdem mit jedem Tage der Umfang der zu durchsuchenden Gegend sich vergrößerte.

Das Jahr 1911 war vorüber, und außer den Beobachtungen Wien, 3. Oktober 14 Uhr 52 Minuten, Wien, 4. Oktober 10 Uhr 50 Minuten, Kopenhagen, 4. Oktober 14 Uhr 11 Minuten und Kopenhagen, 4. Oktober 15 Uhr 7 Minuten waren keine weiteren Beobachtungen gelungen. Der so interessante Planet schien trotz der Bemühungen, welche in Wien, Heidelberg, Greenwich und Johannesburg gemacht worden waren, kaum entdeckt, schon wieder verloren zu sein. Das vorhandene Beobachtungsmaterial war so dürftig wie noch nie, die Berechnung einer Bahn schien sogar einzelnen Astronomen ganz unmöglich zu sein. Aber bei allem Unglück war es doch als ein Glück zu bezeichnen, daß die Wiener und die Kopenhagener Beobachtungen vom 4. bei vier Stunden auseinander lagen. Da unternahmen fast gleichzeitig und unabhängig voneinander drei Astronomen den Versuch, aus dem dürftigsten Material, welches je vorgelegen hat, das Möglichste zu gewinnen. Es ist zuerst Professor Leuschner von der Universität in Berkeley zu nennen, unter dessen Aufsicht zwei Jünger der Astronomie, die Herren Haynes und Pitman, sich dieser Aufgabe unterzogen, dann Professor Franz, Direktor der Breslauer Sternwarte, und Dr. Hopfner, damals Assistent der Triester Sternwarte. Ich hatte inzwischen die letzte meiner Messungen vom 3. Oktober, die schon bei ziehenden Wolken angestellt worden war und nicht gut mit den übrigen übereinstimmte, weggelassen und dadurch die Beobachtung verbessert und ebenso die beiden Kopenhagener Beobachtungen um 2 Sekunden geändert, weil neuere Beobachtungen des Fixsterns, mit dem Herr Pechüle den Planeten verglichen hatte und die ihm entgangen waren, den Ort des Fixsterns um diese Größe anders ergaben. Professor Leuschner und Dr. Hopfner hatten

Digitized by Google

von diesen Verbesserungen vor Beginn der Rechnungen Kenntnis, während Direktor Franz dieselbe erst später erhielt. Das unsicherste Element in diesen Rechnungen war die Bestimmung der großen Achse, von der, wie oben erwähnt, die Umlaufszeit abhängt. Es ist interessant, zu sehen, welchen Einfluß diese Verbesserungen von wenigen Bogensekunden auf die Umlaufszeit genommen haben. So fand Professor Franz aus den unverbesserten Beobachtungen die Umlaufszeit zu 12,5 Jahren, aus den verbesserten Beobachtungen zu 2,636 Jahren. Ich führe nun die von den drei Herren gefundenen Umlaufszeiten tabellarisch an.

Leuschners	erste	Lösung:	2,818	Jahre
„	zweite	„	2,484	„
„	dritte	„	3,379	„
Franz'	erste	„	12,503	„
„	zweite	„	2,636	„
Hopfners		„	3,355	„

Leuschners dritte Lösung und Hopfners Resultat sind in guter Uebereinstimmung, weil beide die zweite Kopenhagener Beobachtung benutzt haben, während Franz die erste Beobachtung, die mit der zweiten nicht ganz übereinstimmt, verwendet zu haben scheint. Wenn man von der zwölfjährigen Umlaufszeit absieht, so bleibt noch der sehr große Unterschied von 0,7 Jahren oder $8^1/_2$ Monaten zwischen der zweiten Lösung von Franz und den Lösungen Leuschners und Hopfners übrig. Wenn wir vom 3. Oktober 1911 ausgehen, würde also der Planet nach den Elementen von Franz am 22. Mai 1914, nach den andern Elementen um den 14. Februar 1915 dieselbe Stellung, von der Sonne aus gesehen, erreichen wie am Entdeckungstage; es ist aber leicht einzusehen, daß er auch an einem dazwischen liegenden Tage an dem Entdeckungsorte eintreffen kann. Mit diesen Angaben ist aber noch nicht die ganze Unsicherheit erschöpft; sie ist in Wirklichkeit bei weitem größer, und zwar eine so große, daß man den Planeten auf einer den ganzen Himmel umspannenden Zone würde suchen müssen, so daß man getrost sagen kann: Auf Grund dieser Rechnungen wird der Planet nie gefunden werden, sondern die Auffindung muß dem Zufall überlassen werden. Hingegen würden die jetzigen Rechnungen genügen, um, wenn er wiedergefunden wird, sofort seine Identität zu erkennen. Wenn also diese Elementenbestimmungen nicht genügten, um den Planeten bei seiner Wiederkehr zu finden, so konnten sie doch genügen, um den Weg anzugeben, welchen der Planet in den Tagen nach der Entdeckung genommen hat. Aus diesem Grunde haben sowohl Leuschner als Franz Ephemeriden für die Zeit von August bis November 1911 gerechnet, während Hopfner dies unterließ, weil er mittlerweile von der Ephemeride Leuschners erfahren hatte.

Auf allen obengenannten Sternwarten wurden neuerdings die photographischen Aufnahmen durchsucht und *siehe*, mit Ausnahme von Wien, wo, wie bereits erwähnt, dunstiger Himmel geherrscht hatte, fanden die drei andern Beobachter auf den vielen und durch mehrere Tage hindurch gemachten Aufnahmen je eine Spur. Zuerst ist Greenwich zu nennen, wo auf drei je eine

Digitized by Google

halbe Stunde auseinanderliegenden Aufnahmen, die am 11. Oktober an dem großen Spiegelteleskop von 30 Zoll Oeffnung gemacht worden waren, je eine feine Spur gefunden wurde.

Daß aber auf jeder dieser Aufnahmen die Spur eine der Bewegung des Planeten entsprechend geänderte Stellung hatte, sowie daß die Richtung der Spur mit derjenigen der Planetenbewegung und ihre Länge mit der Expositionsdauer übereinstimmte, war ein vollgültiger Beweis, daß die gefundenen Spuren wirklich dem Planeten „MT" angehörten. Die Position des Planeten wich aber bereits um 8 Bogenminuten in Rektaszension und um 11 Minuten in Deklination von der Leuschnerschen Ephemeride ab. Diese Abweichung gestattete aber mit Sicherheit den Schluß, daß die äußerst feine Spur, welche Herr Ernst auf einer Heidelberger Aufnahme vom 17. Oktober auffand und die bereits 22 Bogenminuten in Rektaszension und 27 Minuten in Deklination und in demselben Sinne von der Leuschnerschen Ephemeride abwich, gleichfalls dem Planeten angehöre. Herr Crommelin, der sich um die Auffindung auf den gemachten Aufnahmen große Verdienste erworben hat, benachrichtigte, bevor er noch Kenntnis von der Heidelberger Beobachtung hatte, die Sternwarte in Johannesburg, wo der Planet an den dort gemachten Aufnahmen zu suchen sei. Und so wurde auch in Johannesburg der Planet auf einer Aufnahme vom 18. Oktober gefunden. Dabei sei bemerkt, daß dort zwei einander sehr nahe Spuren konstatiert wurden, von denen aber auf Grund der Leuschnerschen Ephemeride, welche die Größe der täglichen Bewegung für den 18. Oktober schon merklich von der Wahrheit abweichend ergab, die falsche Spur für die Planetenspur gehalten wurde. Die genaue Position kann erst später ermittelt werden, weil in der Nähe der Spur sich nur schwache Sterne befinden, deren genaue Stellung erst nachträglich ermittelt werden muß, wozu mir das schlechte Wetter der Monate August und September keine Gelegenheit gab.

Welches ungemein große Interesse dieser Planet „MT" in der astronomischen Welt hervorgerufen hat, geht nicht nur aus den zahlreichen Bemühungen hervor, die gemacht worden sind, um ihn trotz des vielen Mißgeschicks, welches durch ungünstiges Wetter, Mondschein und hauptsächlich durch das Ausbleiben der telegraphischen Benachrichtigung der amerikanischen Sternwarten verursacht worden war, festzuhalten, sondern auch aus verschiedenen Aeußerungen hervorragender Astronomen. So schreibt Professor Turner, Direktor der Oxforder Sternwarte, anläßlich der ersten Auffindung seiner Spuren auf den photographischen Aufnahmen in der englischen Fachzeitschrift „Observatory": Es mag wohl eine größere Freude über die Wiederauffindung dieses „verlorenen Schafes" herrschen, als über die (mehrfach) neunundneunzig (Planeten), deren Bahnen gut bekannt sind. Und Crommelin vergleicht die Wiederauffindung auf Grund der auf dem dürftigsten Beobachtungsmaterial aufgebauten Ephemeride mit der sensationellen Wiederauffindung des ersten kleinen Planeten Ceres im Jahre 1802 auf Grund der Gaußschen Rechnungen.

Durch die Auffindung der Planetenspuren in Greenwich und Heidelberg

Digitized by Google

wurde es endlich möglich, eine auf einem Bogen von fünfzehn Tagen Zwischenzeit aufgebaute Elementenrechnung anzustellen. Diese Aufgabe wurde von drei Seiten gleichzeitig in Angriff genommen: von dem bereits erwähnten Schüler Leuschners, Haynes, von Professor Cohn in Berlin und mit ganz besonderer Sorgfalt von dem ungarischen Reichsratsabgeordneten und Fabriksdirektor v. Tolnay in Budapest. Die Resultate stimmen sehr gut miteinander überein, so daß an der Richtigkeit der Rechnung kein Zweifel sein kann. Die wichtigsten Ergebnisse der Tolnayschen Rechnung sind:

Umlaufszeit	4,1659 Jahre			
Exzentrizität	0,5417			
Halbe große Achse	2,5890	=	387,1	Mill. Kilom.
Entfernung des Perihels von der Sonne	1,1865	=	177,4	„ „
„ „ Aphels „ „ „	3,9915	=	596,7	„ „
Kürzeste Entfernung von der Erdbahn .	0,186	=	27,9	„ „

Erdbahnhalbmesser

Durchgang durch das Perihel . . . . . 1912 August 28,9
Geschwindigkeit des Planeten im Perihel 34,0 Kilometer
„ der Erde . . . . . 29,8 „

Wenn wir diese Angaben näher betrachten, so ergibt sich aus der Umlaufszeit, daß der Planet erst am 3. Dezember 1915 denselben Ort, von der Sonne aus gesehen, einnehmen wird wie am 3. Oktober 1911, während die besten Resultate der früher erwähnten Bahnbestimmungsversuche nach Franz den 22 Mai 1914, nach Leuschner den 14. Februar 1915 ergaben. Wenn man also geglaubt hätte, daß der Planet innerhalb des letztgenannten Zeitintervalls wieder am Entdeckungsorte eintreffen wird, so wäre man sehr im Irrtum gewesen. Weiters ist zu bemerken, daß die Exzentrizität der Bahnellipse die weitaus größte ist, die man je bei einem Planeten gefunden hat. Dies drückt sich für den Laien anschaulicher in dem großen Unterschiede der Entfernung des Planeten von der Sonne im Perihel und Aphel aus, die 1,19 und 3,99 betragen. Bei keinem Planeten ist sowohl der absolute als der relative Unterschied dieser beiden Entfernungen so groß. Der Planet „MT" kommt unter allen kleinen Planeten, mit einziger Ausnahme des Eros, dessen Periheldistanz 1,15 beträgt, der Sonne am nächsten. Seine und des Planeten Eros' Bahn liegen zum Teil noch innerhalb der Marsbahn, deren Perihel 1,38 von der Sonne entfernt ist. Die weitere Folge dieser kleinen Periheldistanz ist, daß der Planet auch der Erdbahn und infolgedessen bei günstiger Gelegenheit auch der Erde sehr nahe kommen kann und mit Ausnahme von Eros dessen kürzeste Entfernung von der Erdbahn auf 0,15 sinkt, weder von Venus noch von Mars oder von irgendeinem andern Planeten übertroffen wird.

Die Exzentrizität der Bahn von „MT" ist die größte bisher bei einem Planeten beobachtete und übersteigt sogar die einiger periodischer Kometen. „MT" läuft also in einer Kometenbahn. Dieser Umstand hatte zur Folge, daß einige Astronomen im Zweifel waren, ob sie ihn nicht den Kometen zuzählen sollten.

Digitized by Google

Diese Zweifel konnten auch deshalb erhoben werden, weil ich bei der von mir gegebenen Beschreibung des Aussehens sagte, daß ich zwar nicht die geringste Spur einer nebelförmigen Umhüllung gesehen habe, aber allerdings nicht die allergrößte Aufmerksamkeit diesem Teile der Beobachtung zugewendet habe. „MT" wurde, solange man darüber nicht einig war, eine Zeitlang als Objekt „MT" bezeichnet; erst als ich darauf hinwies, daß es nicht die Bahnform, sondern die physische Beschaffenheit des Gestirns sei, welche in dieser Richtung maßgebend ist, wurde er definitiv den Planeten zugerechnet.

Die große Exzentrizität der Bahn macht „MT" noch nach einer andern Richtung hin zu einem der interessantesten Gestirne. Bekanntlich ist es von einigen der periodischen Kometen nachgewiesen, daß sie erst durch die Störungen eines der großen Planeten ihre jetzige elliptische Bahn erhalten haben und vordem in einer parabolischen oder hyperbolischen Bahn sich bewegten. Eine solche Untersuchung bei allen periodischen Kometen durchzuführen, wäre eine Arbeit von so enormer Ausdehnung, daß sie vielleicht der beste Rechner nie bewältigen könnte, auch wenn alle Hilfsrechnungen entfallen würden. Trotzdem hat man guten Grund anzunehmen, daß die Bahnen aller periodischen Kometen durch den Einfluß eines oder mehrerer der großen Planeten in elliptische verwandelt wurden. Die große Exzentrizität der Bahn von „MT" läßt nun den Gedanken auftauchen, daß auch dieser gleich den Kometen seinen Ursprung nicht im Sonnensystem hat, sondern von außen hereingekommen ist. Und nimmt man dies an, so eröffnet sich die weitere Möglichkeit, daß es mit den andern kleinen Planeten dieselbe Bewandtnis hat.

Die gefundene Umlaufszeit von 4,1659 Jahren sagt aber nicht, daß es erst nach Ablauf dieser Zeit möglich sein wird, den Planeten zu suchen und zu finden. Bereits im Jahre 1913 wird er in Opposition kommen, aber dabei sehr weit von der Sonne und der Erde entfernt sein. Eine noch zu rechnende Ephemeride wird ergeben, ob die zu erwartende Helligkeit noch so groß sein wird, daß er dem stärksten aller Fernrohre, dem Spiegelteleskop von 1,60 Meter Durchmesser auf dem Mount Wilson in Kalifornien, zugänglich ist. In diesem Falle würde der Umstand, daß bei zunehmender Entfernung von der Erde die Unsicherheit des scheinbaren Ortes kleiner wird, der Auffindung sehr förderlich sein. Wie aus dem früher Gesagten hervorgeht, ist diejenige Opposition, welche mit der Aphelstellung zusammenfällt, jene, in welcher der Planet seine geringste Oppositionshelligkeit hat. Für „MT" beträgt diese Helligkeit 20,0, das ist ein solches Minimum, daß er wohl auch dem großen Spiegel zur Zeit des Aphels unerreichbar ist. Endlich wird es auch sehr interessieren zu erfahren, welche wahre Größe dieser so interessante Planet hat. Hier läßt sich nur aus der Helligkeit und unter der Annahme, daß alle kleinen Planeten gleich kräftig das auf sie fallende Sonnenlicht reflektieren, ein Schluß ziehen, und diese Rechnung ergibt für „MT" einen Durchmesser von 4, sage vier Kilometern. „MT" ist somit das kleinste dauernd sichtbare Gestirn, welches wir kennen, denn die noch viel

Digitized by Google

kleineren Meteore, die ja auch zu den Gestirnen gerechnet werden müssen, sind nur einmal und nur für Sekunden sichtbar.

Die Planetenspuren vom 11., 17. und 18. Oktober wurden auf Aufnahmen gefunden, welche speziell für die Verfolgung des „MT" gemacht wurden. Die Spuren waren bereits so schwach, daß sie bei der ersten und gewiß auch sorgfältig vorgenommenen Durchsuchung übersehen wurden. Man konnte es also als sicher annehmen, daß bei der immer mehr abnehmenden Helligkeit des Gestirns dasselbe kaum noch auf einer später aufgenommenen Platte zu finden sein wird. Aber, da der Planet vor dem Entdeckungstage heller war — er hatte ja am 29. August das Perihel passiert —, so lag eine entfernte Möglichkeit vor, daß seine Spur auf einer Platte, welche zufällig jene Gegend bestrich, in welcher der Planet gerade weilte, aufzufinden sei. Zu diesem Zwecke rechnete Professor Cohn auf Grund der Tolnayschen Elemente eine Ephemeride für die Monate August und September. Der Erfolg blieb auch nicht aus, denn auf der Heidelberger Sternwarte wurde am Rande einer am 16. September belichteten Platte die Spur gefunden und vermessen. Ohne die Ephemeride, welche den Ort des Planeten schon sehr genau angab, wäre dieser feine und ungemein schwache Strich nicht gesehen und gewiß nicht richtig gedeutet worden. Jetzt liegt also ein beobachteter Bogen vom 16. September bis 18. Oktober oder von zweiunddreißig Tagen vor. Die mit Benützung sämtlicher Beobachtungen nochmals zu rechnenden Elemente und Ephemeriden werden jetzt einen solchen Grad von Sicherheit haben, daß man wohl behaupten kann, daß der Planet, sobald seine Lichtstärke es zulassen wird, gewiß gefunden werden wird, und dies wird um so sicherer eintreten, weil nicht nur jene Astronomen, welche die Beobachtung kleiner Planeten in ihr Programm aufgenommen haben, sich mit der Aufsuchung beschäftigen werden, sondern ausnahmsweise auch andre, sofern sie über die genügenden Hilfsmittel verfügen.

Der von Witt am 13. August 1898 entdeckte Planet Eros kommt, wie bereits erwähnt, der Erdbahn nach je 1 Jahr 9 Monaten bis auf 0,15 nahe, aber erst 1930 werden Eros und Erde gleichzeitig an den nächsten Punkten ihrer Bahnen eintreffen. In dieser Stellung gibt uns Eros das bei weitem genaueste Mittel an die Hand, die Distanz der Sonne von der Erde, das Fundamentalmaß am Himmel zu bestimmen. Schon jetzt treffen die Astronomen alle denkbaren Vorbereitungen, um 1930 die genauesten Beobachtungen machen zu können. Nun tritt „MT" hinzu, der dieselbe Eigenschaft großer Annäherung an die Erdbahn hat und somit die Gelegenheit vermehrt, diese Bestimmung zu wiederholen. Einzig der Umstand, daß im günstigsten Falle seine Helligkeit die 11,5. Größe erreicht, während Eros fast 6. Größe werden kann, macht ihn weniger geeignet, weil seine Beobachtung nur mit größeren Instrumenten möglich ist. Hingegen erleidet er, wenn er in Erdnähe kommt, ganz bedeutende Ablenkungen durch die Anziehung der Erde, aus denen dann umgekehrt die Masse der Erde in Einheiten der Sonnenmasse genauer als sonst gerechnet werden kann.

Die Verfolgung des „MT" wäre länger möglich gewesen, wenn die amerika-

Digitized by Google

nischen Mammutfernrohre hätten eingreifen können, und seine Wiederauffindung bei der nächsten günstigen Gelegenheit wäre ein Kinderspiel gewesen. Immerhin wird, wenn auch unter einiger Anstrengung, seine Wiederauffindung glücken. Daß es mir unendlich leid tun wird, mangels eines hierzu geeigneten photographischen Fernrohrs mich nicht an dieser Nachforschung beteiligen zu können, das werden mir die Leser aufs Wort glauben.

Das hier Erzählte wäre nun der erste Abschnitt der Geschichte der Entdeckung des Planeten „MT". Meine freudige Ueberraschung über das Gelingen der Auffindung eines so interessanten Objektes mußte bald der größten Enttäuschung Platz machen, denn kaum gefunden, schien es auch schon wieder verloren. Nachdem ich bereits alle Hoffnung auf die Wiederauffindung sinken ließ tauchte in Greenwich eine erste Spur auf, die dann die Astronomen in Heidelberg verfolgten und verlängerten; auf Grund des nun bekannt gewordenen Laufes des Planeten gelang es sogar noch Spuren seiner Bahn *vor* seiner Entdeckung aufzustöbern.

Der Schluß dieser astronomischen Episode kann erst erfolgen, bis auf Grund strengstens durchgeführter Rechnungen die Astronomen und der Planet „MT" ein Wiedersehen feiern werden.

Rußland und England in Persien

Von

Prof. Dr. v. Vambéry

In der Vorrede zu seinem „The Strangling of Persia" betitelten Werke[1]) schreibt Herr Morgan Shuster, der ehemalige Generalschatzmeister Persiens, folgendermaßen: „Nur die Feder eines Macaulay oder der Pinsel eines Wereschtschagin könnte jene schnell vorüberziehenden Szenen des Verfalles Persiens schildern, in welchen zwei mächtige und angeblicherweise christliche Länder mit Ehre, Anstand und Gesetz leicht herumgespielt und sich nicht gescheut, die unerhörten Grausamkeiten zu begehen, um ihre politischen Absichten auszuführen und um Persien jeder Hoffnung einer Wiedergeburt zu berauben."

Auf den ersten Anblick mag dieses Urteil wohl allzustreng scheinen und man mag vieles a conto des hartgesottenen Republikaners schreiben, der, ein Neuling auf dem Felde asiatischer Politik, das Gebaren abendländischer Uebermacht Asiaten gegenüber das erstemal kennen gelernt. Nun aber, offen gestanden, ist es schwer in Abrede zu stellen, daß es vielleicht nur wenige Punkte in der Geschichte der europäischen Intervention in Asien gibt, wo unsre Fahnen

---

[1]) The Strangling of Persia. A record of European Diplomacy and Oriental Intrigue, by W. Morgan Shuster. T. Fisher Unwin. London. Leipsic 1912.

Digitized by Google

grausamer, härter und gewissenloser aufgetreten sind als neuestens in dieser ältesten Monarchie der Welt. Das bedauernswerte Volk der Perser, welches unter dem Fluch asiatischer Mißwirtschaft, Tyrannei und Gesetzlosigkeit noch damals geschmachtet, als bei den übrigen Völkern des Ostens das Licht einer besseren Aera schon zu grauen angefangen, konnte den nachbarlichen Einfluß der jungtürkischen Bewegung nicht gleichgültig mitansehen, dies um so weniger, da Funken des freiheitlichen Lichtes schon früher teils mittels Schriften aufgeklärter Patrioten, teils aus dem Kaukasus ins Land eingedrungen waren. Der gutmütige, aber kranke König Muzaffar-ed-din Schah hatte sich schon 1906 zur Bewilligung einer Konstitution bereit erklärt, doch sein Sohn und Nachfolger Mohammed Ali Schah war anderen Sinnes. Er war früh ins russische Fahrwasser geraten, nämlich schon als Gouverneur der reichen Provinz Azerbaidschan, geleitet vom russischen Juden, dem Karaiten Schapschal, und als er 1907 auf den Thron gelangte, war es seine erste Sorge, die Konstitution trotz dem auf den Koran geleisteten Schwur zu beseitigen und den schrankenlosen Absolutismus herzustellen. Selbstverständlich hatte er in Verwirklichung dieses Vorhabens in Rußland den eifrigsten Beschützer gefunden, und die Herren in St. Petersburg wären sofort bereit gewesen, ihn öffentlich zu unterstützen, wenn man nicht die Rivalität Englands gefürchtet hätte. Man konnte nicht voraussetzen, daß England sich so brevi manu zur Vernichtung eines konstitutionellen Regimes hergeben werde, man mußte daher zuerst den Weg eines freundlichen Arrangements mit England betreten, und so entstand das Uebereinkommen von 1907, laut welchem die Integrität und Unabhängigkeit Persiens von beiden Regierungen anerkannt und garantiert werden soll, in Anbetracht der beiderseitigen politischen und wirtschaftlichen Interessen aber sollte das Land in zwei Sphären geteilt werden, bei welcher Teilung Rußland den größten, wertvollsten und schönsten Teil des Landes erhielt, England sich hingegen mit einem kleinen, wüsten, unbedeutenden Winkel begnügen mußte. Wie das Kabinett von St. James in eine so beschämende Vereinbarung einwilligen konnte, will noch lange ein Rätsel in der politischen Welt bleiben. Es ist ein Meisterstück der liberalen Politiker an der Themse, die übrigens von jeher durch Meisterstücke dieser Art sich ausgezeichnet. Aber Rußland hatte selbst diese englische Nachgiebigkeit nicht befriedigt, denn ihm liegt weniger an der Umschreibung der Interessensphäre, als an der gänzlichen Besitznahme des persischen Landes, was am leichtesten dadurch zu erreichen wäre, wenn Mohammed Ali, sein Schützling, als Vasall wieder zur Macht gelangt und Konstitution samt Parlament wieder beseitigt werden.

Die Einzelheiten dieses Kampfes, nämlich die Art und Weise, wie Rußland die freiheitlichen Bestrebungen des Perservolkes zu vereiteln gesucht, wie es mit rauher Hand in Recht, Gesetzlichkeit, Humanität und Gewissen eingegriffen und Mohammed Ali, den schändlichen Verräter seines eigenen Vaterlandes, offen und geheim unterstützt — das wird im früher erwähnten Buche des Amerikaners ausführlich erzählt. Wir erfahren da von den Intrigen scheußlichster

Digitized by Google

Art und von den unerhörtesten Gewalttätigkeiten Rußlands, bis das Medschliß (Parlament) auf einen Haufen geschossen, das Land der Anarchie preisgegeben und die wichtigsten Punkte in der nördlichen Hälfte des Landes besetzt und unter russischer Gewalt gebracht wurden. Auch das Verhältnis der rebellischen Brüder des Exkönigs gegen die bestehende Landesregierung wird vom Amerikaner ins gehörige Licht gestellt, denn wir sehen, daß Rußland alle Mittel in Anwendung bringt, um die persisch-nationale Partei zu diskreditieren und um jedermann zu überzeugen, daß die Perser zur Konstitution, ja zur Selbstherrschaft unreif und unfähig, nur unter russischer Vormundschaft einer besseren Zukunft entgegengeführt werden können. Wie die Verhältnisse heute stehen, schreitet die Verwirklichung dieses persischen Zukunftsbildes auch sehr rüstig vorwärts. Vom Parlament ist keine Rede mehr, 20 000 russische Soldaten halten die bedeutendsten Punkte des Landes besetzt, ja der Machtrayon der Russen dehnt sich immer mehr nach dem Süden aus, und nur um den Anstand zu wahren, wird von Eisenbahnkonzessionen gesprochen, denn Rußland schickt sich schon an, strategische und kommerzielle Bahnen anzulegen, als wenn der Zar schon unumschränkter Gebieter des ganzen iranischen Landes wäre. Angesichts dieser Gestaltungen fragt sich in erster Reihe: wie sich denn England gegenüber diesem Gebaren seines befreundeten Nachbars verhält, und zweitens: wie diese russische Eigenmächtigkeit gegenüber der im beiderseitigen Vertrage von 1907 verbrieften Integrität und Selbständigkeit Persiens sich verantworten läßt. Nun, was England anbelangt, so unterscheidet sich seine Politik und seine den Persern zuteil gewordene Handlungsweise sehr bedeutend von der seines nordischen Nachbarn. England hat bis jetzt den Persern gegenüber die größte Schonung bekundet und keinen Schritt unternommen, der die nationalen, politischen oder sonstigen Interessen der Perser beleidigen oder beeinträchtigen würde, obwohl Englands Handelsinteressen im ganzen südlichen Persien großen Schaden zu leiden haben. Während die Russen im Norden hohe Geistliche hängen lassen, persische Patrioten massenweise hinrichten und die heiligsten Moscheen des Landes bombardieren, haben die Engländer in ihrer Interessensphäre noch niemand das Haar gekrümmt, und ihre ganze Okkupationsarmee besteht aus einer Kavallerieabteilung, die als Wachtposten bei den Konsulaten aufgestellt ist. Es fragt sich mit Recht, ob diese aus verschiedener Auffassung entsprungene Politik sich auf die Dauer der Zeit erhalten kann und ob der Vertrag von 1907 — wie in englischen politischen Kreisen schon vielfach angedeutet wird — nicht einer Revision unterzogen werden muß? Ja, hic Rhodus, hic salta! In St. Petersburg wird es gewiß niemand einfallen, an dieser den russischen Zukunftsplänen sehr vorteilhaften Vereinbarung auch nur ein Jota zu verändern, denn eine günstigere Perspektive zur Besiegung des englischen Rivalen und zur Eröffnung der langersehnten Straße nach dem warmen Meere wäre wohl kaum zu erhoffen gewesen. Bezüglich Englands stehen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Englands Hauptbeweggrund zu einer Annäherung und Verständigung mit Rußland lag hauptsächlich einerseits in der veränderten Sachlage in Zentral-

Digitized by Google

europa, anderseits in der neuen Gestaltung der politischen Zustände in Indien, in den nationalen Kundgebungen gewisser unzufriedener Elemente und der sich immer drohender gestaltenden Stellung seines nördlichen Rivalen. Um hier der Gefahr vorzubeugen, meinte man durch ein neutrales Gebiet, eine Art Prellkissen, gegen einen Angriff sich am besten sicherstellen zu können — und dieses Prellkissen hat man einerseits in Afghanistan, anderseits in Persien zu finden geglaubt. Es läßt sich ja nicht leugnen, dieses Mittel wäre auch das beste unter den gegebenen Umständen, nur fragt sich, ob Land und Volk in Persien zur Herstellung eines solchen Prellkissens sich eignen, namentlich aber, ob Rußlands zukünftige Machtstellung in diesem Lande für die erwünschte und erhoffte Neutralisierung genug Garantie bieten kann? Ohne zu zögern, möchte ich hierauf mit einem entschiedenen „Nein" antworten. Das Kabinett von St. James ist ganz richtig vorgegangen, indem es durch die Integrität und Unabhängigkeit Persiens, wie solche im ersten Punkte der Konvention hervorgehoben wurde, das Einhalten der nötigen Neutralität gewährleisten zu können hoffte, denn nur so wäre es der persischen Regierung möglich gewesen, den Ansprüchen beider Teile in gehöriger Weise gerecht zu werden. Doch an der Newa verfolgt man ganz andre Ziele in Persien. An Neutralisation oder an Schaffung eines Prellkissens denkt man am allerwenigsten, denn hier handelt es sich um Lösung ganz anderer Probleme. Ebensowenig wie man in den mit den grusischen Fürsten abgeschlossenen Vertrag auf Schutz und Integrität Georgiens gedacht, oder wie man im Kriege mit Aga Mohammed, dem Gründer der Kadscharendynastie, nur die weitere Fortsetzung der Eroberungen vor Augen hatte, ebenso will man heute unter dem Ausdruck „Interessensphäre" nur eine Pause auf dem Marsche nach dem Süden erblicken, und Rußland hat schon halb sein Ziel erreicht, indem es ihm gelungen, die liberalen Politiker an der Themse von seiner Aufrichtigkeit und von der Harmlosigkeit seines Vorhabens zu überzeugen.

Uebrigens möchte ich weiter gehen und die Behauptung wagen, daß es den Politikern in St. Petersburg selbst beim besten Willen und bei der friedlichsten Absicht nicht möglich wäre, die stipulierte Integrität und Unabhängigkeit Persiens aufrechtzuhalten, da Rußland bei dieser Verpflichtung erstens mit seiner traditionellen Politik in Kollision gerät und zweitens, weil es eine Schonung des Schwächeren nie im Sinne geführt. Wie kann man sich vorstellen, daß Rußland, welches nach der in Potsdam erfolgten Verständigung mit Deutschland zur Ausdehnung seines Eisenbahnnetzes schon in der nächsten Zukunft schreiten wird, was aus dem Plane, betreffend die neuen Linien Täbris—Hamadan und Astara—Rescht, Chorasan und Afghanistan hervorgeht, Persien gegenüber Schonung üben wird und kann? Ist es ja doch dieser Plan, dem eigentlich die ganze Aggressionspolitik in Persien zugrunde liegt und der den Kern der russischen Zukunftspolitik im mittleren Asien in sich schließt! Wer Land und Leute in Persien genau kennt, der wird sich schwerlich einreden, daß die Beherrschung dieser fanatischen, von Nationalstolz überströmenden Stockasiaten so leichter

Digitized by Google

Dinge sich vollziehen läßt und daß Rußland bei Fortsetzung seiner Politik sich nicht oft und gar bald in der Zwangslage befinden wird, die Integrität und Unabhängigkeit zu mißachten und zu ignorieren? Schon die bisherigen russischen Geschehnisse weisen blank und klar auf eine solche Eventualität hin, und es ist wohl fraglich, was England dazu sagen wird, wenn es jene Garantien schwinden sieht, auf denen die Sicherheit des neutralen Gebietes ruht und infolgedessen der Nutzen des Uebereinkommens von 1907 ganz illusorisch geworden ist. Bei der großen Vertrauensseligkeit und innigen Freundschaft, mit welcher man heute im liberalen England auf Rußland sieht, mag es wohl wenige geben, die eine solche Eventualität ins Auge fassen, und bei der leidenschaftlichen Beurteilung der mitteleuropäischen Zustände wird man sich schwer entschließen können, die Nützlichkeit des mit Rußland getroffenen Uebereinkommens in Zweifel zu ziehen. Sind es doch die beiden großen politischen Parteien Englands, welche für den Anschluß an Rußland schwärmen und von diesem Anschlusse das Heil für Englands Machtstellung in Asien erblicken. Wie die praktischen Briten dazu gekommen, aus dem alten Feind und Rivalen auf einmal einen Freund und Verbündeten machen zu wollen und die mit heftiger Wucht vom Norden nach dem Süden rollende Lawine mittels papierner Wälle aufhalten zu können, das ist nur schwer erklärlich. Oder hat man etwa bloß an provisorische Schutzmaßregeln gedacht? Auch wenn dies der Fall wäre, hat man sich einer argen Täuschung hingegeben. Wenn man die russische Stellung entlang der Nordgrenze Persiens für die Sicherheit Indiens für gefährlich hielt, wird etwa die russische Stellung in der neuen Interessensphäre, einige hundert Meilen näher an den Grenzen Indiens, minder gefährlich sein? Abgerechnet von den strategischen Vorteilen der neuen Kommunikationslinien, werden die Russen gewiß Sorge tragen, ihre Machinationen auch auf das Interessengebiet der Engländer auszudehnen, wozu die unruhige Natur der ganz- oder halbnomadischen Bevölkerung, als Bachtiaren, Kaschkais, Allahwerdis, Araber, Beludschen und Afghanen genug Stoff bieten. Denn wohlverstanden, wenn die Engländer sich ans Sprichwort: „Trade follows the flag“ (Der Handel folgt der Fahne) halten, so ist dies auch bezüglich der Russen der Fall gewesen, denn auch bei ihnen ist der Kaufmann immer in den Fußtapfen des Kriegers gefolgt, und wo Rußland nicht herrscht, dort kann auch sein Handel keinen besonderen Aufschwung nehmen. Wir haben dies am besten in Persien gesehen. Vor der russischen Okkupation des turkomanischen Gebietes war der britische Handel nicht nur im Süden, sondern auch im Norden des persischen Landes sozusagen allein herrschend, heute haben die Russen den englischen Handel in Chorasan und in Irak beinahe vernichtet, und der Verlust wird in solchem Maße zunehmen, in welchem Rußlands politischer Einfluß zunimmt.

Wenn also die so laut gepriesene Vereinbarung von 1907 den Briten in materieller Beziehung einen bedeutenden Schaden zufügt und für die Sicherheit des indischen Kaiserreiches gar keine Garantien bietet, dann ist wohl die Frage berechtigt: ob diese Entente im Grunde genommen nötig gewesen, und ob sie

Digitized by Google

der Opfer wert ist, die sie gekostet hat? Den ersten Teil dieser Frage hat man in betreffenden Kreisen dahin beantwortet, daß die neuesten Vorgänge auf asiatischem Gebiete, nämlich das geistige und materielle Erwachen gewisser asiatischer Völker, die Sachlage bedeutend verändert hat, daß die Uebermacht des christlichen Westens dort immer weniger gefürchtet wird, daß die Symptome einer kräftigen Gegenwehr fortwährend zunehmen und daß die glänzenden Siege Japans nicht nur für Rußland, sondern für ganz Europa von großer Bedeutung sind. Man will noch glauben machen, daß das unruhige Gebärden Indiens und Aegyptens auf der Stirne der Dame Britannia schon manche Runzeln hervorgerufen und daß nun die europäischen Großmächte in Asien zur Ueberzeugung gelangt sind, ihre alte Rivalität beenden, in Freundschaft sich gegenseitig nähern und in der Zukunft vereint gegen das immer erstarkende Asien auftreten müssen. Ob nun die innere Gefahr Indiens, d. h. die revolutionären Umtriebe der Hindus, die britische Machtstellung wirklich so sehr bedrohen, wie englische Pessimisten und die Feinde Englands schadenfroh behaupten, ist wohl sehr fraglich, da die feindliche Stellung zwischen Hindus und Moslemin den Engländern in jeder Beziehung zugut kommt, und da die 60 Millionen Mohammedaner sich erstens aus religiösen Rücksichten den Hindus nie anschließen werden, und zweitens, weil sie als die ehemaligen Herren des Landes es sich nicht gefallen lassen können, die Rolle einer unterdrückten Minorität zu spielen. Aber gesetzt, daß eine solche Vereinigung dennoch stattfände und daß die britische Machtstellung in die äußerste Gefahr geräte, kann und darf man annehmen, daß der russische Schutzengel schnell herbeieilen und seinen bedrängten Freund befreien wird? Ich zweifle sehr an einer solchen Eventualität, zumal Rußland, wenigstens vorderhand, noch keiner ähnlichen Gefahr ausgesetzt ist, und noch lange nicht ausgesetzt sein wird, denn seine Eroberungslinie lehnt sich ununterbrochen ans Mutterland an, und das eroberte Gebiet wird allmählich von russischen Kolonien besät, was von den Briten in Indien nicht gesagt werden kann. Ferner sind Sarten, Oezbegen und Tadschiken bei weitem nicht so gefährlich als die rebellischen Elemente Indiens. Der Nutzen der Entente mit Rußland ist daher von dieser Seite her sehr problematisch und keinesfalls der Opfer wert, die England bei dieser Annäherung gebracht hat. Diese Opfer sind bekanntermaßen außergewöhnlich groß und belaufen sich jährlich, wenn in Zahlen umgesetzt, auf mehrere Millionen Pfund Sterling, welche die englische Handelsbilanz aufzeigt. Hierzu gesellt sich der noch viel größere moralische Schaden, der durch das gemeinsame Auftreten mit Rußland, dem Erzfeind des Islams, den Engländern erwachsen ist. In den Augen der Islamwelt ist nämlich England bisher als der Freund und Beschützer der Mohammedaner betrachtet worden, und nun hat seine Politik in Persien diesen Glauben stark erschüttert und nicht nur in Indien, sondern überall im Islam staunt man darüber, wie dieser ehemalige Freund so urplötzlich mit dem Gegner des Islam sich vereinigen konnte. Ja, ich wundere mich gar nicht, wenn die moslimischen Fanatiker den alten Satz zitieren: „Die Ungläubigen sind ein und dasselbe Volk, Gottes Fluch über sie insgesamt."

Digitized by Google

Wenn die Annäherung an Rußland vom internationalen europäischen Standpunkte aus auch zu billigen wäre, so sind die Opfer, die England hierfür gebracht, keinesfalls zu billigen, und die ebenso beschämenden als schädlichen Punkte der Vereinbarung müßten unbedingt einer Revision unterzogen werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß man bei dieser Verkürzung Englands in amtlich politischen Kreisen auf solche geheime, dem Laienblicke nicht zugängliche Beweggründe hinweisen wird, die jedwelche Kritik entwaffnen könnten. Dem gegenüber kann man aber gewisse Tatsachen ins Feld stellen, aus denen die unumgänglich notwendige Revision klar hervorgeht. Vor allem die auffallende Ungleichheit in Verteilung der Einflußsphäre, bei welcher den Briten der winzig kleine, unbedeutende, sonnenverbrannte Teil Persiens zugefallen, während Rußland den reichsten, meist bevölkerten, fruchtbarsten und noch obendrein fünfmal größeren Teil des Landes für sich behalten hat. Man kann daher mit Recht die Frage stellen: Warum diese Ungleichheit, hat etwa England weniger Recht und Interesse an Persien als Rußland? Wer die wirtschaftlichen Beziehungen Persiens von früher her kennt, der wird einsehen, daß England mit dieser den Russen gegenüber gezeigten Nachgiebigkeit große vitale Interessen geopfert hat, denn wenn es schon seine Stellung im Norden aufgegeben, der Stellung im Süden nicht entsagen dürfte, weil auf derselben von altersher infolge des britischen Machtgebietes in Indien, im Persischen Golfe und in den arabischen Gewässern der englische Einfluß immer vorherrschend gewesen ist. Die meisten Karawanen, denen man auf der Strecke von Ispahan nach dem Süden begegnete, haben Wein — von den Armeniern in Dschulfa fabriziert —, Opium, Teppiche, Obst usw. nach Indien geführt, und viele der Kaufleute in Südpersien waren mit Bombay und anderen Handelspunkten Indiens ganz gut vertraut; ja, ich habe in Schiras Kaufleute gekannt, denen die Guzerati- und Urdusprache ganz geläufig war. Es ist dies auch nicht zu wundern, wenn man erwägt, daß der Verkehr zwischen Indien und dem Persischen Golf von jeher ein reger gewesen und daß der englische Einfluß am Hofe der Sefewiden nicht von Westen, sondern von Süden aus eingedrungen war. Dieser alte Nexus zwischen Südpersien und Indien würde allein genügen, um Englands Machttitel auf den größeren und alleinigen Einfluß in Südpersien zu rechtfertigen. Hierzu gesellt sich noch die rätselhafte Schaffung einer neutralen Zone im südwestlichen Persien, von der man wirklich nicht weiß, wozu dieselbe denn eigentlich dienen soll. Soll dieses Gebiet etwa für Rußland reserviert bleiben, um später brevi manu nach dem Persischen Golf, dem heißersehnten Punkt seiner Politik, vordringen zu können; oder soll dieser Teil für einen noch in dunkler Ferne weilenden dritten Konkurrenten vorbehalten bleiben? Ja, die Errichtung dieses neutralen Gebietes ist rein unverständlich und muß höchstens die Gefahr und die Schädlichkeit der britischen Interessen vermehren, da englischer Einfluß über Mohammera entlang des Puschti-Kuh bis nach Kermanschah vorherrschend war, wie aus der von Nasreddin erteilten Konzession bezüglich der Karunschiffahrt und der Handelsstraße durch das Bachtiarigebiet ersichtlich ist.

Digitized by Google

Daß durch diese Neutralisierung des südwestlichen Teiles von Persien England allein zu Schaden kommt, braucht wohl kaum gesagt zu werden.

Wenn dem so ist, und ich glaube, meine Andeutungen werden wohl schwer zu widerlegen sein, so kann diese ganze russisch-englische Vereinbarung bezüglich Persiens englischerseits entweder einer Ueberschätzung der russischen oder einer Unterschätzung der eignen Macht zugeschrieben werden — oder auch es ist der Ausfluß des auf der Politik Englands schwer lastenden Alps bezüglich seiner Rivalität mit Deutschland. Als unparteiischer Beobachter, da ich weder Deutscher noch Engländer bin, kann ich nicht umhin, mein tiefes Bedauern auszudrücken, daß eine geheime oder offene Entzweiung der zwei größten Kulturmächte Europas für die erfolgreiche Aufklärung des Morgenlandes von dem größten und tiefeingreifendsten Schaden ist und daß schon von diesem Gesichtspunkte aus eine Beseitigung des Zwiespaltes sehnlichst zu wünschen wäre. Was die ersterwähnte Hypothese anbelangt, so ist es schwer, sich der Ansicht anzuschließen, daß das reiche, mächtige, in geistiger und materieller Beziehung starke Großbritannien dem noch halbbarbarischen Rußland gegenüber, vom Selbstgefühl der Schwäche beeinflußt, das Feld der Nachgiebigkeit betreten hätte. Nein! Eine solche Annahme ist ganz unmöglich und widerspricht jenen Eigenschaften des britischen Nationalcharakters, die es zuwege gebracht, daß eine verhältnismäßig kleine Nation zu einer Weltmacht ersten Ranges sich emporgeschwungen und einen Staat gegründet, der Rom in Schatten stellt und auf dem Erdball solche Veränderungen hervorgerufen wie kein Volk zuvor. Noch viel weniger ist diese Annahme gerechtfertigt, wenn wir in Erwägung ziehen, daß der Geist der imperialistischen Politik, der die einzelnen, heute noch locker zusammenhängenden Teile der britischen Welt zu einem festen Körper zusammenschweißen wird, von Tag zu Tag zunimmt, und daß ein großes britisches Reich keinen Gegner zu fürchten hat. In der persischen Politik Englands hat daher weder die Russo- noch die Germanophobie den Ausschlag gegeben, sondern die bei den Engländern in der Neuzeit immer mehr und mehr sich zeigende Erschlaffung der nationalen Energie, Ausdauer und Stärke; lauter solche Mittel, die in der Vergangenheit England dazu gemacht haben, was es heute ist. Die Zahl jener wunderbaren Männer, deren Heroismus, Patriotismus und Humanismus England groß gemacht, ist leider in Abnahme begriffen, und dieser Verminderung der Urkraft des britischen Volkes allein ist die Nachgiebigkeit Rußland gegenüber auf dem Gebiete der persischen Politik zuzuschreiben. Diese Erscheinung ist allerdings sehr zu bedauern, denn nicht so leicht wird in Europa eine Macht entstehen, die zur Verbreitung der modernen Kultur im alten Muttererdteil sich besser eignet als England, dessen Verdienst um die Zivilisierung Asiens selbst von seinen größten Feinden anerkannt werden muß.

Digitized by Google

Gustav Freytags Briefe an Albrecht v. Stosch

In Auswahl herausgegeben

von

Hans F. Helmolt

(Fortsetzung)

Siebleben, 26. September 1878.

Lieber, teurer Freund!

Wenn ich immer mit festlicher Stimmung nach Oestrich gekommen bin, diesmal würde ich doppelt gern kommen, und nicht Schwerfälligkeit, nicht Kränklichkeit sollten mich zurückhalten. Nur eines, dem ich nicht gebieten kann, hindert mich. Ich habe vor acht Tagen den Druck eines Buches[43]) begonnen und bin, wie seither immer der Fall war, mit dem Manuskript noch lange nicht fertig. Dadurch wird mein Dasein bis 1. Dezember ein sehr beschränktes, nicht nur die Tage, auch die Stunden sind zugemessen, und es bedarf der äußersten Konsequenz, wenn ich noch rechtzeitig vor Weihnacht fertig werden soll. Der Sommer hatte mir alle Lust zur Arbeit genommen, und das Leben war mir trödelhaft langweilig geworden. Erst spät habe ich wieder das Pflichtgefühl zur Arbeit gefunden, ich kann nicht sagen, die volle Freude daran. Wenn man älter wird, erscheint einem das Gaukeln vor dem Publikum recht abgeschmackt.

Doch nicht von mir darf heut die Rede sein. Lieber, treuer Freund, ich bin seit diesem Frühjahr unabläßig in Marineärger und nicht ohne Sorge wegen Ihrer Stimmung. Sie sind lange in der Stellung eines Günstlings der Presse und der sog. öffentlichen Meinung gewesen. Aus häufiger Erfahrung weiß ich, daß man solchen Vorzug teuer bezahlen muß. Jetzt tritt der Rückschlag ein, und mein lieber, trotziger Held ist den Angriffen einer namenlosen Schar ausgesetzt, und soll mit Waffen kämpfen, welche zu führen er nicht geübt ist. Wohlgemerkt, ich meine nicht, daß Sie mit Journalartikeln kämpfen sollen. Aber die Oeffentlichkeit verlangt auch in andrer Richtung eine Methode der Kriegführung, die Ihnen bei Ihrem Wesen nicht geläufig ist. Zunächst wäre in den Tatsachen[44]) volle Offenheit wünschenswert, d. h. baldigster Entscheid des Kriegsgerichts mit vollständiger Veröffentlichung des vorläufigen Gutachtens, welches Sie angegriffen haben, mit Ihren Gegenerklärungen und andern Belegen. Dies ist unbedingt nötig. Und ich würde an Ihrer Stelle beim Kronpr[inzen] resp. Kaiser darauf bestehen, daß alles gedruckt wird, und wenn es noch so sehr gegen den Usus ist. Geschieht dies vor dem Winterreichstage und völlig, so ist in der Hauptsache nichts weiter nötig, und Sie sind in salvo. Geschieht dies nicht, so fängt im Winter der Spektakel von neuem an, und viel unver-

[43]) „Die Geschwister", 1878.

[44]) Zum Untergange des „Großen Kurfürsten" am 31. Mai 1878 vgl. Kochs Skizzen „Aus der Zeit des Admirals v. Stosch", S. 61 bis 69.

Digitized by Google

schämter und ärger gegen Sie gerichtet. Und wenn Bism[arck] diese Gelegenheit benützt, um beim Kaiser oder Kronprinzen Sie aus Ihrem Amte zu bringen, so wird ihm das gelingen.

*

Wiesbaden, 21. März 1879.

Lieber Freund!

Von Herzen wünsche ich Ihnen Glück zu der überstandenen Etatsberatung und zu dem, was sich voraussichtlich daran knüpfen mußte. Ich habe mit einer Unruhe, die Ihnen, der Sie nur des Sonntags einmal Journalist waren, sehr überflüssig erscheinen wird, diesen letzten Sturm abgewartet, der Ihren Neidern und Gegnern Gelegenheit bot, Ihnen wehe zu tun. Es ist alles leidlich gut abgegangen, und Werner[45]) mag fernerhin hier in seiner Muße Vorlesungen zur Rettung Schiffbrüchiger vor unzufriedenen Pensionierten halten, seinen Kampf gegen Sie hat er verloren. Dazu auch ein andrer,[41]) der sich freilich jetzt mit der Verbissenheit eines Holzwurms in andre dicke Bretter hineingearbeitet hat, die ihm schließlich zu hart sein werden. Aber ich muß doch sagen, solange ich der Oeffentlichkeit zuschaue, hat es niemals eine Agitation gegeben, welche so plump und böswillig gegen eine Person improvisiert wurde, als die des letzten Halbjahres gegen Ihre Marineleitung. Messen Sie die Dankbarkeit der Nation nicht nach der Lebhaftigkeit, mit welcher die Intrige gegen Sie abgespielt wurde, der gesunde Sinn und das Billigkeitsgefühl haben beizeiten dagegen reagiert, und Sie verdanken diesen deutschen Eigenschaften bereits jetzt eine — wenn auch noch sehr unvollständige — Würdigung Ihrer Verdienste durch die Majorität des Reichstages.

Der gegenwärtige Kampf um die Zölle, welcher mit einem unerhörten Leichtsinn in Szene gesetzt wurde, ist mir ganz recht. Denn er zwingt fast jedermann, Partei zu nehmen, und er regt in der Nation nicht nur alle Interessen des Geldbeutels, sondern, was wichtiger ist, auch eine Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten auf, welche uns aus der Stagnation der letzten Jahre heraushebt, wenn auch die erste Folge zuvörderst Verwirrung der Parteien ist. Möglich, daß dem Kanzler gelingt, aus den Ratlosen eine Majorität für sich zu gewinnen. Aber er hat eine Bewegung aufgeregt, welche nicht mehr stillstehen und im Volke größere Selbständigkeit auch ihm gegenüber hervorrufen wird.

In diesen Tagen habe ich die Lektüre des Bandes von Treitschke[46]) beendigt. Erlaubt es irgend Ihre Zeit, so übersehen Sie das Buch nicht. Uns Aeltere stört zuweilen die rhetorische Unruhe, auch ist er zu warm für sein Preußen, um kühle Leser zu überzeugen; aber die Festigkeit und kühne Energie seines

---

[45]) Konteradmiral Reinhold Werner (1825 bis 1909; 1898 Vizeadmiral und 1901 geadelt) hatte sich durch seine Bestätigung des Gutachtens der Sachverständigenkommission über den Untergang des „Großen Kurfürsten" v. Stoschs Ungunst zugezogen und seinen Abschied gefordert und erhalten. Vgl. Koch a. a. O., S. 4, 24, 29 f., 69.

[46]) „Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert" Erster Teil. Leipzig 1879.

Digitized by Google

Urteils erfreuen und erfrischen doch sehr. Es ist nicht möglich, für Friedrich Wilhelm III. eine bessere Apologie zu schreiben und Blücher und Gneisenau edler zu würdigen, als er getan. Das Werk atmet so viel Vaterlandsliebe, Frische, fröhliches Vertrauen, daß es in diesen Jahren eine wahrhaft gute Tat ist.

Von mir ist eigentlich wenig zu sagen; ich suche still ein Unrecht gutzumachen. Wenn Sie zufällig hören sollten, daß ich geheiratet habe, so widersprechen Sie nicht. Ich habe dieser dramatischen Aktion mich unterzogen, wahrlich nicht, um mich bequem einzurichten, sondern weil ich eine liebe Kranke nach Vermögen aus ihrem verlassenen Status herausbringen wollte. Die Schwierigkeit war mein Alter, und daß meine Frau zirka dreihundert Jahre jünger ist als ich, denn sie steht als ein Kind aus dem Volke ungefähr auf dem Standpunkt einer tüchtigen Patrizierin aus dem Jahre 1579 nach Sprache, Sitte, Weltanschauung. Und ich dürfte mich fragen, ob ich nach früheren Schicksalen[35]) noch die Kräft hätte, mit einem erkrankten Gemüt zu verkehren, und ferner, ob ich meiner Bücherschreiberei durch Uebernahme ernster Privatpflichten nicht schaden würde. Das erste Bedenken habe ich unserm Herrgott zur Entscheidung überlassen, dem wir alle einen Tod schuldig sind, und das zweite ist überhaupt Schwindel. Erst Ordnung im Hause, dann auf dem Markte. Es wäre mir lieb, wenn Sie derselben Meinung wären. Im übrigen ersehne und bitte ich für mich, daß Sie dadurch nicht an mir irre werden[47]) und mir Ihre Freundschaft bewahren. Sie mögen sich denken, daß mir gerade jetzt nicht weniger daran liegt als immer.

Ihrem lieben Gemahl meine herzlichen Huldigungen, Ihnen alle Liebe und Treue

Ihres

Freytag.

*

Wiesbaden, 2. Dezember 1880.

Mein lieber Freund!

Es kommt mir vor, als ob morgen Ihr Geburtstag wäre. Empfangen Sie dazu die herzlichen Glückwünsche Ihres alten Getreuen. Eine unfreundliche Zeit ist vergangen, Sie sind Sieger geblieben gegenüber rohen und plumpen Angriffen — was mir übrigens niemals zweifelhaft war — und ich wünsche und hoffe für Sie noch viele Jahre erfolgreicher und ruhmvoller Tätigkeit. Gutes Glück für Sie und die Ihrigen, lieber Mann. Denn ein Mann sind Sie für den Staat und sein Fürstengeschlecht, und diese edle Qualität soll auch die Nachwelt an Ihnen rühmen. Sie ist unter Ihren Kollegen selten geworden.

Ich denke heut Ihrer fröhlich und mische ungern eine ernste Betrachtung in den Huldigungspunsch, den ich in der Stille zu Ihrem Geburtstag brauen möchte. Aber der Gedanke drängt sich gebieterisch auf, daß die Zahl der be-

---

47) Auch unter den Originalbriefen Freytags an v. Stosch ist der vom 2. Dezember 1880 der dem vorliegenden nächstfolgende. Also eine Pause von reichlich anderthalb Jahren. Möglich allerdings auch, daß diese Lücke sich aus den Dingen erklärt, die in Anmerkung 53 berührt sind; dann müßten verschiedene Briefe der Vernichtung anheimgefallen sein.

Digitized by Google

währten Führer in Krieg und Frieden mit reißender Schnelligkeit abnimmt. Auch Goeben[48]) ist uns verloren. Da gilt es, mit denen, die uns geblieben sind, hübsch zu tun. Und wenn ich Sie vor mir hätte, würde ich Sie streicheln und loben, wie Sie es um uns verdient haben.

Durch die Handlung Hirzel werden Sie den neuen Band der Ahnen[49]) erhalten. Er wird alle Erwartungen täuschen, und der Autor wird jetzt dafür bezahlen, daß das Publikum dem Unternehmen so lange und so große Gunst zugewendet hat. Die Freunde werden billig berücksichtigen, daß die Zeit der Handlung möglichst ungünstig geworden ist. Jene Jahre vor und während der Freiheitskriege und vollends die Periode bis 1848 eignen sich noch nicht recht für die besondere Verbindung von Geschichte und Erfindung, welche den Ahnen einmal als Signatur anhängt. Ich habe nur eine Befriedigung gehabt, daß ich Gelegenheit erhielt, einem Mann, dem wir Schlesier viel verdanken und der ganz unbekannt geblieben ist, dem Grafen Götzen, ein kleines Denkmal zu stiften.

Können Sie mir Glück wünschen, daß ich mit dem Werke, das mich seit acht Jahren beschäftigt hat, leidlich zu Ende gekommen bin, so bin ich vollständig zufrieden. Wir wollen jetzt auf etwas andres denken.

Seit fast acht Tagen bin ich von Siebleben fort und über Leipzig hierher. Die [kronprinzlichen] Herrschaften habe ich noch nicht zu sehen gesucht. Daß sie lieber woanders sind als in Berlin, verdenke ich ihnen nicht. Aber sie sind nicht in der Lage, aussuchen zu dürfen, wo es ihnen am besten gefällt.

Ein kluges Buch von einem gescheiten Mann ist mir in diesem Tage durch die Hände gegangen: Jolly, „Der Reichstag und die Parteien". Er hat freilich kaum nötig, unserm Parteileben Bescheidenheit zu empfehlen, wir sind noch sehr weit von dem sog. parlamentarischen Regiment, und die glückliche Mischung: Tüchtige, sachverständige Beamte als Regierende und ein patriotischer Reichstag als Kontrollinstanz, hätte uns noch lange befriedigt und den politischen Forderungen der Nation genügt, wenn nicht ein Gewisser durch sein tyrannisches und launenhaftes Dreinfahren das höhere Beamtentum vollständig desorganisiert und in seiner Geltung vermindert hätte. Bismarck ist es, der auf Umwegen und wider Willen die Tyrannei des Reichstages und das Majoritätenregiment dem Volke aufzwingen wird.

Noch einmal, seien Sie von Herzen begrüßt, beglückwünscht, angebunden und bekränzt. Richten Sie Ihren lieben Damen meine Huldigungen aus und bleiben Sie gut

Ihrem getreuen

Freytag.

*

---

[48]) General August v. Goeben, knapp fünf Monate jünger als Freytag, war am 13. November gestorben.

[49]) „Aus einer kleinen Stadt."

Digitized by Google

Leipzig, 19. April 1881.
Hotel Hauffe.

Geliebter Freund!

Herzlichen Glückwunsch und nieder mit allen Feinden. Ich dachte mir wohl, daß Sie zum Fest nach Oestrich streben würden, und es ist mir ein froher Gedanke, Sie zu Ihrem Ehrentage dort zu wissen, wo Ihre Rosen blühen und der selbstgekelterte Wein im Fasse reift. Dies letzte Jahr war ein siegreiches, und ich denke, Sie werden mit Befriedigung darauf zurücksehen. Sogar der böse Kater hat seine Krallen eingezogen, und es war vielen eine heitere Zeitungsnotiz, daß Sie auf seiner Soiree nicht verschmäht hatten, sein Bier zu kosten. Hoffentlich wird der Waffenstillstand Dauer haben, denn er hat sich seither Gegner genug gemacht, die ihm Gelegenheit geben, sich zu ärgern. Wie gern säße ich zum 20. neben Ihnen. Aber es ist mir in diesem Winter mit der Gesundheit nicht gut gegangen, die Atmungsbeschwerden wurden bedrohlich, und, wie Brenneke sagt, der Pust ging mir aus. Da entschloß ich mich kurz, eine Kur zu versuchen, die ich schon lange mit den hiesigen medizinischen Freunden besprochen hatte. Seit vier Wochen sitze ich hier und lasse mich mit verdünnter Luft usw. behandeln; die Sache ist nicht übel, es geht besser, die Fähigkeit zu arbeiten kehrt mit den kräftigeren Atemzügen zurück. Ich bleibe hier, solange es die bevorstehende Messe erlaubt, dann gehe ich zu Frau und Kind zurück und nehme sie mit in irgendeine Berggegend, wo ich den Sommer über atmen soll. Sobald ich nach Wiesb[aden] zurückkehre, melde ich mich bei Ihnen ...

In der Politik kümmert mich mehr als Rußl[and] und Frankreich die Wirtschaft in Oesterreich. Noch beim Beginn des letzten Türkischen Krieges konnte man fragen, ob der Bundesstaat oder Staatenbund, welcher sich künftig aus den kleinen Nationalitäten an der untern Donau zusammenleimen wird, weil er muß, den Namen Oesterreich und den Kaiseradler führen wird oder den einer freien Konföderation. Jetzt ist, wie ich fürchte, diese Frage bereits gegen Oesterreich entschieden. Und wir selbst, die wir alles anwenden möchten, um Oesterreich zu erhalten, haben ihm 1866 und 1870 den tödlichen Stoß gegeben. Seitdem vermag sich die kais[erliche] Familie nicht mehr auf das Deutschtum zu stützen und schwankt unsicher zwischen Magyaren und Slaven. Mir scheint ihre Existenz in vielem unsicherer als die der Nachfolger Peter[s] des Großen ...

*

Wiesbaden, 19. April 1882.

Lieber Freund!

Diesen Geburtstagsgruß erhalten Sie aus dem flaggengeschmückten glückseligen Orte, in welchem der Kaiser soeben eingetroffen ist. Hätte ich eine Fahne, so würde ich Sie zum morgigen Festtage für Sie schwenken lassen, so müssen es die guten Wünsche tun. Erhalten Sie mir auch in Ihrem neuen Lebensjahr Ihre Freundschaft. Es wird allmählich einsamer um uns, der Kreis vertrauter Menschen verengt sich, da mögen die treu zusammenhalten, die einander noch haben ...

Digitized by Google

In diesen Tagen war ein alter Bekannter hier, Präsident Simson, der seine sehr kranke Frau hierhergebracht hatte. Wenn er in seiner Weise — Sie kennen ihn ja wohl — vom alten Kaiser und vom künftigen erzählte, so war die stille Betrachtung nicht zu vermeiden, daß die Menschen, auch recht gescheite, in den Großen der Erde vielmehr das sehen, was sie wünschen und was ihnen wohltut, als was in Wirklichkeit vorhanden ist. Unser guter alter Kaiser wird schon bei seinen Lebzeiten zu einem Ideal verarbeitet, und, was bedenklicher ist, auch dem Kronprinzen fällt dieses Los. Er hat aber noch die große Katastrophe zu bestehen, daß die durch seine Regierung Enttäuschten ungerecht gegen ihn werden können. Es gibt für einen Führer der Völker fast kein besseres Los, als wenn er unpopulär anfängt (der Kaiser, Bismarck, Franz Joseph u. a.), und nächstdem keine schlechtere Mitgift als eine große Popularität, welche ungemessene Erwartungen erregt. Simson rühmte so innig das tiefe Interesse, welches der Kronprinz den großen politischen und sozialen Fragen entgegenbringt ...

*

Wiesbaden, 17. April 1883.

Mein geliebter Freund!

Obgleich ich aus Ihrem letzten Briefe entnehme, daß Sie sich für die ersten Wochen in Oestrich eine gewisse absolute Ruhe wünschten, will ich doch den 20. nicht herankommen lassen, bevor ich Ihnen gesagt, daß ich mich herzlich freue, Sie in meiner Nähe zu wissen, und daß ich in diesen Monaten täglich Ihrer gedacht und in der Ferne mit Konjekturen die Berliner Ereignisse[50]) begleitet habe, das Herz voll von Sorge um Ihr Befinden und Ihre Erlebnisse. Mit Fug habe ich mich enthalten, Ihnen von hier aus, wo ich durchaus nichts Zuverlässiges wußte, mit meinen Gedanken und Ansichten unbequem zu werden. Jetzt aber lassen Sie sich nur schnell sagen, daß ich als treuer Freund hier Fäuste geballt und mich bekümmert habe, und daß ich jetzt, wo die Sache zur Entscheidung gekommen ist, völlig bereit bin, mich darüber zu freuen, daß Sie ein freier Mann geworden sind, und daß mir vergönnt war zu erleben, daß Sie nach dieser Richtung mein Kollege geworden. Es ist jämmerlich, daß ich meinen Journalismus an den Nagel gehängt habe. Jetzt wüßte ich einen stillen Mitarbeiter, und alte Zeiten können wieder lebendig werden.

Ich erwarte mit Ungeduld einen gewissen Tag, der mich zu Ihnen bringen soll. Mir ist es den Winter nicht gut gegangen, und Sie werden mich noch herunter finden. Die Hoffnung ist für unsre Jahre immer der Sommer und die freie Luft.

Seien Sie also innig gegrüßt. Richten Sie der Freundin meine Huldigungen aus und behalten Sie lieb

Ihren

treuen

*

Freytag.

---

[50]) Die Verabschiedung v. Stosch' unterm 20. März. Des Kaisers Erlaß an ihn war äußerst anerkennend; vgl. Koch a. a. O., S. 74 f.

Digitized by Google

Wiesbaden, 1. Mai 1883.

Lieber Freund!

Ich dachte mir wohl, daß Ihre Abschiedsaudienz nicht frei von kleinen Stacheln sein würde. Das reservierte Wesen des alten Hofes kommt möglicherweise nicht allein von Albedyll[51])-Bismarck her, sondern von der Gunst des jungen Hofes, dessen auszeichnende Abschiedsmomente sicher bemerkt worden sind. Es wird von diesen Leuten alles persönlich gefaßt und aus Motiven der Selbstsucht jedes Tun gedeutet ...

*

Wiesbaden, 8. Juni 1883.

Lieber Freund!

Mit dem größten Interesse habe ich den Aufsatz[52]) durchgelesen und dabei schmerzlich bedauert, daß ich nicht mehr in der Lage bin, ihn für mein Blatt zu erbitten.

Ich habe mir die Freiheit genommen, ihm einen gewissen journalistischen Bürstenstrich d[urc]h Bleistift zu geben. Denn Sie schreiben mit eherner Feder, im Lapidarstil; zuweilen ersehnt der gewöhnliche Zeitungsleser die landläufige Breite, zuweilen erschien es angemessen, Ihre Eigentümlichkeit etwas zu vertuschen, damit Sie für die, welche Ihren Stil kennen, nicht allzusehr hervortrete, einige Male wagte ich Ihrem unbedingten Urteil die kleinen Einschränkungen beizufügen, welche nicht nur die Gerechtigkeit des Urteils fördern, sondern noch mehr die höfliche Rücksicht, welche die Sprache des Journalismus nicht gut entbehren kann, weil sie nicht verletzen, sondern gewinnen will ...

Den Aufsatz würde ich zunächst der „Kölnischen Zeitung" anbieten, ohne Sie zu nennen, und würde mich als Medium resp. Vertreter einschieben, wenn Sie das wünschen. Das Blatt ist, wie es ist, einmal unser großes Blatt. Hat die „K. Z." irgendwelche Bedenken, so sehen wir weiter zu ...

*

Wiesbaden, 20. Juni 1883.

Lieber Freund!

Die „Köln[ische] Z[eitung]" erklärt sich gern bereit, den Art[ikel] [52]) abzudrucken, obgleich sie den Namen des Verfassers nicht kennen solle, und setzt nur voraus, daß Verfasser unter diesen Umständen sich auch Dritten gegenüber

---

[51]) General Emil v. Albedyll (1824 bis 1897) war 1871 bis 1888 Chef des Militärkabinetts.

[52]) Sicherlich handelt es sich — auch nach Ansicht der Redaktion der „K. Z.", die sich die größte Mühe gab, Genaueres zu ermitteln — um den Artikel „Deutsche Kolonisation", der mit der Phantasiechiffre „S. U." in der „Kölnischen Zeitung" Nr. 201 vom 22. Juli 1883, 2. Blatt, abgedruckt steht. Er beschäftigt sich mit dem Verhalten der deutschen Auswanderer, die bei der Gründung von Niederlassungen am meisten in Betracht kommen: den Missionaren, den Kaufleuten und den Bauern, und beantwortet dabei die Frage, von welcher dieser drei Gruppen draußen eine Bewahrung deutschen Nationalgefühls zu erwarten sei, dahin, daß einstweilen der auswandernde Landbewohner der am meisten versprechende Stoff sei. Vgl. den Brief vom 30. November 1884.

Digitized by Google

nicht als Autor bekennen werde (weil dies für eine Kränkung gehalten wird). Sie bittet, den Schluß der Landtagsverhandlung abwarten zu dürfen.

Also in etwa acht Tagen.

Ich hoffe, Sie sind einverstanden, wenn ich dies zugebe ...

*

Wiesbaden, 25. Juli 1883.

Lieber Freund!

Für Ihre treuen Wünsche herzlichen Dank, möge uns noch lange vergönnt sein, in dieser närrischen sublunaren Existenz zu wandeln, was blüht und reift, zu genießen und uns an klugem Wechselgespräch über den Lauf der Welt zu erfreuen ...

Unterdes wäre ich wohl einmal in Oestrich eingedrungen; aber ich habe täglich auf den Abdruck in der „Kölnischen [Zeitung]" gewartet, den ich mitbringen wollte. Mit dieser Dame bin ich sehr unzufrieden; auch jetzt, wo sie den Artikel[52]) endlich bringt, hat sie mir die erbetenen Extraabzüge nicht gesandt, und ich habe vorläufig nur das eine Ex[emplar], welches ich Ihnen senden kann ...

Der bereits mehrfach erwähnte Kanzler hat die Bosheit, die er gegen Sie erwiesen, selbst an sich gerächt. Seit der Zeit geht ihm alles schlecht, und sein Karren ist so verfahren, daß es ein Elend und Schande ist. Wenn wir nur nicht auch darauf säßen.

Meine Huldigungen der Herrin des Hauses; Ihnen, lieber Freund, alle Liebe und Treue

Ihres

Freytag.

*

Siebleben, 9. Juli 1884.

Lieber Freund!

Unsre Briefe haben sich gekreuzt. Ihre lieben Zeilen aus Segenhaus hatte ich richtig erhalten.

Der letzte Angriff Bismarcks[53]) in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"

---

[52]) Die Agitation für die Reichstagswahlen im Herbst hatte Anfang Juli 1884 zu einer merkwürdigen Enthüllung geführt. Der bayrische nationalliberale Abgeordnete v. Schauß hatte in einem Brief an den Bürgermeister Michel von Neu-Bamberg (von wo ihm durch eine Vertrauensmännerversammlung zu Sprendlingen im Kreis Alzey-Bingen eine Reichstagskandidatur angeboten worden war) am 7. Juli 1884 über einen Vorgang in dem (seit 1880) sezessionistischen Kreise berichtet. Er hatte da ungefähr gesagt, 1879 habe sich die Koalition des Zentrums mit den Konservativen vorbereitet; die verbündeten Regierungen würden gezwungen sein, davon Gebrauch zu machen, wenn die Nationalliberalen ihre negative Stellung gegenüber der Reichsregierung beibehielten. „Damals habe ich den Abgeordneten Herrn Rickert, der nun wieder [29. Juni 1884] Hauptredner in Sprendlingen war, nicht einmal, sondern wiederholt äußern hören: nun müsse ernstlich an die Entfernung des Reichskanzlers aus seinem Amte gegangen werden. Den Nachfolger hatte Herr Rickert schon in der Tasche: dieser war der frühere Minister v. Stosch ..." — Rickert bestritt in der „Danziger Zeitung" vom 21. Juli die Angaben des Abgeordneten v. Schauß; in weitere Erörterungen wollte er sich jedoch erst dann einlassen, wenn ihm nachgewiesen würde, wo er die ihm zu-

Digitized by Google

ist empörend. Ist sein Wortlaut so, wie ich ihn dem hiesigen „Gothaer Tageblatt" entnehme, daß Sie nämlich Ihr amtliches Wissen der liberalen Oppositon zur Disposition gestellt, so enthält er eine schwere Beleidigung, einen Angriff auf Ihre Amtsehre, und eignet sich zur gerichtlichen Verfolgung, jedenfalls zur Klage gegen die Redaktion der Zeitung. Der Prozeß könnte wohl bis an das Reichsgericht getrieben werden, und, ist so geschrieben, wie ich lese, so würde dieses in letzter Instanz die Zeitung wohl verurteilen ... Ob der Redakteur zuletzt gestraft wird, ist vielleicht ihm gleichgültig gegenüber der Veranlassung, welche Ihre Klage ihm geben würde, fortgesetzt und vorsichtiger in der Presse Sie anzugreifen mit dem Hintergedanken, daß an höchsten Stellen ein Tropfen den Stein höhlt, und daß doch etwas hängenbleiben würde, daß Sie in den Kommissionen erklärt, Sie könnten wohl mit weniger zufrieden sein, als der Etat für die Marine forderte, und ähnliches Zeug in gehässiger Entstellung. Jeden-

---

geschriebenen Aeußerungen getan und worin die Aktion für v. Stosch bestanden haben sollte. Darauf aber ließ sich wieder Schauß nicht ein.

Oeffentlich behauptete nun **Bismarck**, zu einem gewissen Zeitpunkte habe tatsächlich eine Machenschaft gegen ihn ins Werk gesetzt werden sollen; Stosch sollte dabei gegen ihn als künftiger Reichskanzler ausgespielt werden. Die ganze Sache blieb den Zeitgenossen ziemlich dunkel. Auch hier kann es nicht meine Aufgabe sein, das Dunkel, das teilweise noch immer darüber lagert, zu lichten. Hingewiesen sei nur auf folgendes. Erstens, daß der vorliegende Briefwechsel, worauf auch in Anmerkung 47 hingewiesen worden ist, leider gerade zwischen Frühjahr 1879 und Herbst 1880 eine bedauerliche Lücke aufweist. Zweitens darauf, daß die Vermutung, die damals (1884) geäußert worden ist: die ganze Reminiszenz aus 1879, die liberale Blätter kurzerhand als „Räubergeschichte" abtun wollten, sei lediglich Herrn v. Schauß in die Schuhe zu schieben, deshalb nicht Stich hält, weil die „Gedanken und Erinnerungen" dreimal (II, 134 f., 188 und 197) mehr oder weniger ausführlich auf den gegen den Kanzler gerichteten „Plan eines Gladstone-Kabinetts" zurückkommen; also wird wohl Bismarck selber der Autor, wenigstens der Regisseur oder Inspirator der von Freytag so scharf gerügten Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 6. (und dann auch vom 14.) Juli 1884 gewesen sein. Der chronologische Hergang war dieser. Die „Magdeburger Zeitung" vom 30. Juni widerlegte den kurz vorher erhobenen Vorwurf, daß je ein Liberaler bemüht gewesen sei, Stosch zur Verdrängung Bismarcks Vorschub zu leisten, und deutete an, daß vielmehr **konservative** Gegner Bismarcks den Admiral lieber gesehen hätten als Bennigsen, den sich die Liberalen (und Bismarck selber) eventuell als zweiten Kanzler gewünscht hätten. Darauf replizierte, wie oben gestreift, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 6. Juli mit ihrem allerdings sehr heftigen Ausfalle gegen Stosch, der die Frage mehr auf das Gebiet einer früheren Desavouierung Delbrücks durch Stosch vor dem Reichstage zu schieben suchte (vgl. Anmerkung 41). Fast der ganze Monat Juli ist voll von dem Hin und Her, das dieser Angriff auslöste (vgl. z. B. „Weser-Zeitung" Nr. 13480 und 13481 vom 8. und 9. Juli und, nach der zweiten Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", „Weser-Zeitung" Nr. 13487 und 13488 vom 15. und 16. Juli; auch die „Hamburger Nachrichten" vom 16. Juli und die damals führende „Magdeburger Zeitung" passim). Man darf sein Urteil über diesen Kanzlersturzversuch von 1879 dahin zusammenfassen, daß, wenn überhaupt A. v. Stosch dabei eine leitende Rolle gespielt haben sollte, außer Rickert nur ein sehr beschränkter Kreis von Führern der Liberalen darum gewußt haben dürfte, so daß die Ueberraschung, Entrüstung und Abweisung der andern Liberalen durchaus ungeheuchelt und ehrlich waren. Auch einem Bismarck sind von Zwischenträgern böse Entstellungen u. a. zugeraunt worden.

Digitized by Google

falls würden Sie in der Lage eines Angegriffenen sein, sich fortgesetzt verteidigen zu müssen, und er weiß, daß diese Position Ihrer Natur nicht entspricht.

Es wäre vielleicht auch tunlich, daß Sie als General auf ein Ehrengericht provozieren. Doch liegt auf der Hand, daß dieser Weg noch weniger angemessen sein würde, indem er Sie einer Entscheidung preisgibt, die jedenfalls sowohl dem Kaiser als [auch] dem Kronprinzen Ihre werte und immer noch vertraute Gestalt ferner rückte.

So sehe ich, soweit ich überhaupt hierin ein Urteil habe, nur zwei Dinge, die Sie tun können. Erstens, daß Sie an Puttkamer resp. den Minister schreiben, dem die „Nord[deutsche Allgemeine] Zeitung" offiziell untergeben ist, und sich vornehm und kalt über den ungeschickten Ton der Zeitung beschweren, dabei ersuchen, Minister möge dem Redakteur Anstand empfehlen. Sie können dabei Starkes über die einigermaßen unpreußische Ungezogenheit der offiziellen Presse sagen, Minister, die nicht mehr im Amte sind, mit ihren Angriffen zu verfolgen. Sie können Abschrift dieses Briefes an den Kronprinzen schicken. Zweitens aber würde ich recht warm und herzlich als alter treuer Diener an den Kaiser und an den Kronprinzen schreiben. Was die Presse sage und verleumde, sei Ihnen nicht so wichtig, als daß diese beiden nichts davon glauben und ihre Huld nicht beeinflussen lassen ...

Grüßen Sie herzlich die liebe Herrin des Hauses, bleiben Sie gut

Ihrem getreuen Freytag.

*

Siebleben, 18. Juli 1884.

... Heute will ich nur meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß Sie den betretenen Weg eingeschlagen haben. Der zweite Angriff des bösen Mannes beweist, daß er Sie reizen will, in der Presse irgendwie zu antworten, damit seine Meute Gelegenheit erhält, immer wieder gegen Sie zu kläffen. Er denkt, etwas bleibt doch hängen. Ihr stolzes Schweigen ist, wie diesmal die Sache liegt, das allein richtige ...

Käme der Tag, wo eine öffentliche Antwort in Ihrem Interesse wünschenswert würde, so soll er sie erhalten ...

*

Siebleben, 17. August 1884.

... Der Sand von Angra Pequeña wird nun doch Veranlassung zum Anbellen und Haarsträuben der deutschen und [der] englischen Dogge. Und man wird geneigt, die Schwäche dieser Erwerbung zu vergessen im Unwillen über die englische Prätension. Das machen die offiziellen Journalisten einmal ganz geschickt, und ich bin neugierig, wie den Engländern demnächst die ernste Besorgnis beigebracht werden wird, daß Bismarck mehr als Gebell beabsichtige.

Laubes Tod[54]) habe ich mit Leid gefühlt. Er war von allen Aelteren,

[54]) Heinrich Laube war am 1. August gestorben; 1869/70 hatte er das Leipziger Stadttheater geleitet. Die Bekanntschaft mit ihm stammte aber schon aus dem Winter von 1846 auf 1847; vgl. Freytags „Erinnerungen", S. 197.

Digitized by Google

welche bisher lebten, der einzige, mit dem ich in einer Art von persönlichem Verhältnis stand. Jetzt komme ich selber in die bedenkliche Ehrenstellung eines Seniors in der leichten Kavallerie von der Feder ...

*

Wiesbaden, 30. November 1884.

Lieber Freund!

... Ihren Aufsatz habe ich mit dem höchsten Interesse durchgelesen. Ich weiß nicht, weshalb Sie mit ihm unzufrieden sein wollen, denn es ist ja alles darin wahr und gut. Als Journalist habe ich nur auszustellen, was den Wert des Inhalts nichts angeht: 1. beziehen Sie sich auf die Denkschrift Caprivis zum Teil unter wörtlicher Anführung des Inhalts in einer Weise, die ich gegenüber dem argwöhnischen Kanzler für bedenklich halte; denn soviel ich weiß, ist diese Denkschrift nirgends veröffentlicht, und ihre Kommunikation an privilegierte Persönlichkeiten, den Reichstag usw. berechtigt die nichtoffiziöse Presse noch nicht, den Wortlaut zu veröffentlichen; 2. haben Sie dasselbe Thema zum Teil schon früher behandelt und sind deshalb in manchem kürzer gewesen, als mir recht ist, und Sie haben diesmal auf der andern Seite mehreres hereingezogen, was das Memoire für einen oder zwei Artikel zu umfangreich macht. Denn die Schrift behandelt drei verschiedene Themata: a) die seemännische Bevölkerung, b) die Torpedopläne Caprivis, c) die zukünftige Organisation der ausgewanderten Wehrkraft in der Fremde.[55]) Dieser letzte Teil, vielleicht der bedeutsamste, ist etwas zu kurz behandelt. Die Entlastung der Auswanderer vom heimischen Kriegsdienst wäre eine sehr hohe Prämie für Auswanderung, daß sie nicht ohne weiteres zugestanden werden kann. Ein Ausexerzieren der durchgebrannten Kantonflüchtigen in den Kolonien ist auch nicht ohne Bedenken. Es gilt also bei dieser Frage, den großen und, ich darf es ohne Schmeichelei sagen, genialen Gedanken, der zugrunde liegt, erst weiter auszudenken und mit den naheliegenden Einwürfen fertig zu werden, bevor man ihn veröffentlicht. Es hat damit auch nicht Eile, denn wir haben bis jetzt nur einige Kommis unter deutscher Flagge in der Fremde. Praktisch wichtig wird die Sache erst, wenn wir Landwirte und Städter in der Fremde haben. Und man darf einen neuen Gedanken dieser Art nicht als bloßes Aperçu in die Welt senden. Deshalb wird dieser letzte Teil am besten zurückgehalten und der Freund bescheiden ersucht, ihn besonders zu behandeln.

Das Ganze habe ich viel in Gedanken umhergewälzt, da Sie mir in Ihrem Briefe pouvoir für die Veröffentlichung gaben. Am liebsten hätte ich das Ganze als Broschüre drucken lassen, obgleich es dafür wieder etwas zu kurz war. Aber die Wirksamkeit einer anonymen Broschüre pflegt selbst bei Verteilung an den Reichstag nicht gerade groß zu sein, und ich wünsche nicht, daß man Sie errate. Es blieb also nichts übrig, als den Aufsatz in zwei Journalartikel zu teilen und die dafür nötigen kleinen Kürzungen in der Einleitung vorzunehmen. Ich ließ

[55]) Vgl. den Gedankengang des in Anmerkung 52 skizzierten Artikels!

Digitized by Google

ihn also abschreiben und sandte ihn so der „Kölnischen Z[eitung]", weil, wenn diese ihn abdruckt, die Wirkung die größte ist, ich sandte ihn, ohne etwas über den Autor zu erwähnen. Noch habe ich keine Antwort. Nimmt die Zeitung ihn nicht, so sende ich ihn an die „Allgemeine [Zeitung]" nach München. Doch erwarte ich jeden Tag den Abdruck zu bekommen. Für die Etatsberatungen ist er in gewissem Sinne viel zu gut. Die Parteien bewilligen oder verweigern diesmal aus Parteigründen, und die erregte Opposition setzt sich aus so üblen Elementen zusammen, daß man gar nicht wünschen kann, die Belehrung durch den Artikel zu Angriffen auf die Regierung benützt zu sehen. Doch wir tun unsre Pflicht, zu belehren und das Richtige zu empfehlen, und wollen uns nicht darum kümmern, was andre etwa daraus machen. Wir? Das heißt diesmal Sie . . .

*

Siebleben, 14. Oktober 1885.

Lieber Freund!

. . . Schlesien habe ich nur im Fluge gesehen; mein Heimatland ist auf der Bergseite sehr anmutig, und die Sprache klang mir wie eine Melodie aus der Kinderzeit, aber die alten Bekannten waren fast alle tot. Die neuen Menschen, welche ich kennen lernte, waren, soweit sie Schlesien angehören, sämtlich gute Schlesier nach dem Typus von der angesessenen Sorte — der neue Schwiegervater ist Landrat des Reichenbacher Weberkreises —, aber sie machten doch den Eindruck, daß sie in der Ecke sitzen. Die Loyalität war feurig, an der Kaiserin Geburtstag wurde ihre Gesundheit ausgebracht, was Augustan nicht überall passiert. Nur der Pastor war still und unzufrieden, er aß viel, trank viel und wurde erst beredt, als er über die unerträglichen Uebergriffe der katholischen Kapläne klagte, die ihm das Leben verleiden. Die Defensive ist doch auch im Kultus eine schlechte Kriegführung.

Jetzt nach der Rückkehr hatte ich einen Berg von Zeitungen durchzustöbern. In der Braunschweiger Sache[56]) gefällt mir die preußische Okkupation durch Prinz Albrecht nicht recht. Es wäre für die Zukunft des Reiches besser gewesen, wenn Preußen bei dieser Gelegenheit sich uneigennützig gezeigt hätte. Denn alle Besorgnisse der Mittelstaaten sind wieder aufgerührt und namentlich in Sachsen, wo die Bemühungen, den verständigen König zu einem guten Freund zu machen, sich als fruchtlos erweisen müssen. Nun kann der Kanzler, wenn er diesen Ausgang wirklich gewollt hat, zu seiner Entschuldigung sagen, daß es vor allem darauf ankam, feste Verhältnisse zu schaffen, welche den Welfen usw. keine Hoffnung ließen, und daß jeder Prinz aus einem andern regierenden Hause eine neue Unsicherheit zu schaffen drohte . . .

Auf der Balkanseite, wo jetzt Junker Battenberg sein Quarante sept spielt, ist es anmutig, zu sehen, wie die natürlichen Lebensbedingungen der Völker, selbst

---

[56]) Am 18. Oktober 1884 war Herzog Wilhelm von Braunschweig, das letzte Glied der älteren Linie, gestorben. Unterm 21. Oktober 1885 wurde Prinz Albrecht von Preußen zum Regenten gewählt.

Digitized by Google

der unfertigen, sich stärker erweisen als die russischen Gelüste. Rußland hat Serbien geschaffen, und Serbien ist jetzt im feindlichen Lager, es hat Griechenland, die Moldau und Walachei losreißen helfen, und beide sind ihm bedenkliche Frondeurs geworden; jetzt wird Alexander, den es für seine Puppe hielt, sein Gegner.[57]) Es ist doch wahrscheinlich geworden, daß auch hier das Vernünftige sich gestalten wird, ein Staatenbund der untern Donau, bei dem freilich die Frage noch zu entscheiden ist, ob er unter Oesterreichs Adler sich sammeln wird oder ob Oesterreich an ihm auseinanderfällt. Das wird wohl eine von den großen Sorgen des nächsten Geschlechts sein.

Die größte für uns aber, der Fortschritt des slawischen Elementes an unsrer Ostgrenze. Auch das ist ein Naturprozeß, ein großer und für uns verhängnisvoller . . .

(Fortsetzung folgt)

Die europäische Diplomatie und die Erhaltung des Friedens

Die europäische Diplomatie hat wieder einmal schlechte Zeiten hinter sich. Sie wurde mit Vorwürfen nur so überschüttet — mit Vorwürfen, die zwar keineswegs neu sind, dafür aber gegenwärtig um so intensiver hörbar wurden. Nach den Stimmen im großen Publikum und in der Presse zu urteilen, hat die Diplomatie so ziemlich alles versäumt, was sie hätte tun und namentlich was sie hätte verhindern können; sie hat sich, wie stets, von den Ereignissen überrumpeln lassen, weil die Herren Diplomaten von der wirklichen politischen Lage in den ihnen anvertrauten Ländern keine Ahnung hatten. Die Frage nach dem Nutzen der Diplomatie, nach der Fähigkeit oder Unfähigkeit der diplomatischen Vertreter erscheint also wieder auf der Tagesordnung. Und im Zusammenhang damit erörtert man die Ursachen der offenbaren Mängel dieses Systems: die Diplomaten, die sich ausschließlich aus dem Adel rekrutieren, werden als bloße Gesellschaftsmenschen geschildert, ohne Kenntnis und ohne Fühlung mit den wirklichen Lebenskräften der modernen Völker, namentlich denen des wirtschaftlichen Lebens.

Wie steht es wohl mit der Berechtigung aller dieser Vorwürfe? Sind sie gänzlich unberechtigt und entbehren der tatsächlichen Basis? Oder stiftet umgekehrt die Diplomatie heute wirklich gar keinen nennenswerten Nutzen?

Wenn wir die politische Gesamtlage überblicken, so werden wir uns wohl schwerlich der Erkenntnis verschließen können, daß, wenn jemals, dann gegenwärtig der Nutzen der Diplomatie klar zutage getreten ist. Die europäische Diplomatie ist natürlich kein Hexenmeister, der die Entwicklung der politischen

[57]) Prinz Alexander von Battenberg, seit 1879 Fürst von Bulgarien, hatte am 21. September 1885 in Philippopel die Vereinigung seines Fürstentums mit Ostrumelien verkündet. Daraufhin erklärte am 14. November König Milan von Serbien den Bulgaren den Krieg.

Digitized by Google

Ereignisse hintanhalten kann. Es gibt in der Geschichte der Staaten und Völker Dinge, die ihren Lauf haben wollen und gegen die alle Staatskunst nichts vermag. Für diese kann man keinen Staatsmann und keinen Diplomaten verantwortlich machen. Aber gerade in solchen kritischen Zeiten, wie wir sie gegenwärtig durchleben, zeigt sich auch deutlicher als sonst der — am Maßstab des menschlich Erreichbaren gemessen — unbestreitbare Nutzen des ganzen diplomatischen Apparates. Wir brauchen uns bloß den diplomatischen Kontakt zwischen den Großmächten im gegenwärtigen Zeitpunkte einmal wegzudenken — und wir werden nicht im Zweifel sein, daß dann der europäische Krieg längst ausgebrochen wäre. Dadurch, daß der diplomatische Apparat jederzeit eine intime Fühlungnahme unter den verschiedenen Mächten gestattet, die miteinander im diplomatischen Verkehr stehen, und zwar unter allen diesen Mächten, keineswegs nur zwischen denen, die durch Allianzen oder Ententen generell oder mit Bezug auf Einzelfragen miteinander verbunden sind, ist allein die Aufrechterhaltung dessen, was heute allen Mächten gleichmäßig am Herzen liegt, nämlich des europäischen Friedens, ermöglicht worden. Es ist in letzter Zeit oft betont worden, daß es nicht die Kabinette sind, die einen Krieg wollen, sondern daß die Gefahr eines solchen von andern Seiten droht. Das ist vollkommen richtig. Die Regierungen sind heute alle friedlich gesinnt. Fast in allen Ländern gibt es aber heutzutage mehr oder minder starke Kriegsparteien, die einen Krieg aus dem einen oder andern Grunde herbeisehnen und auf ihn hinzuarbeiten suchen. Wären die Regierungen isoliert und würden sie nicht die Absichten der andern Regierungen kennen, so könnten aus diesem Zustande ernstliche Gefahren erwachsen. Der diplomatische Kontakt allein vermag es zu verhindern, daß diese Gefahren allzu große Dimensionen annehmen. Die Aeußerungen der Presse und der sog. öffentlichen Meinung sind zu unzuverlässig, als daß man auf sie bauen könnte. Allein auf dem diplomatischen Wege ist es möglich, dasjenige Vertrauen zwischen den Regierungen herzustellen, das die notwendige Basis für alle Entschließungen bildet. Es muß, um das richtig zu würdigen, darauf hingewiesen werden, daß neben der politischen Stellungnahme der Regierung und unabhängig von derselben auch andre staatliche Instanzen in die Lage kommen können, Maßnahmen zu treffen, die von der öffentlichen Meinung häufig mit der offiziellen Politik der Regierung in unmittelbaren Zusammenhang gebracht werden und daß dadurch die letztere leicht Mißdeutungen ausgesetzt wird. Das ist namentlich bei militärischen Maßnahmen der Fall, und es leuchtet daher ohne weiteres ein, von wie großem Wert eine direkte, kontinuierliche Fühlungnahme zwischen den Kabinetten unter diesen Umständen sein muß.

Die Ereignisse der letzten Wochen liefern die deutlichste Illustration für das Gesagte. Zunächst waren, wie die Reden des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und des Ministerpräsidenten Poincaré gezeigt haben, die Regierungen keineswegs so ununterrichtet über die Vorgänge im Balkan, wie man im Publikum vielfach glaubte. Und daß seither alle Mächte durch ihre diplomatischen Vertreter ernstlich für den Frieden gearbeitet haben, ist eine Tatsache, die nicht

Digitized by Google

bezweifelt werden kann. Es ist der Diplomatie nicht gelungen, den Balkankrieg zu verhindern, aber man darf mit Recht fragen, ob sie deshalb einen Vorwurf verdient, weil sie den Gang der Entwicklung dort nicht aufhalten konnte. Um so größeres Verdienst hat sich die Diplomatie aber um die Lokalisierung des Krieges erworben. Es ist sehr fraglich, ob eine solche vor einigen Jahrzehnten oder auch nur Jahren möglich gewesen wäre. Daß sie in der jetzigen Krise bisher gelungen ist und allem Anschein nach auch weiter gelingen wird, war nur dadurch möglich, daß sämtliche Kabinette in dem Wunsche nach Aufrechterhaltung des Friedens einig waren und daß die Diplomatie in allen Ländern in diesem Sinne rastlos tätig gewesen ist. Wenn die militärischen Ressorts einiger Staaten daneben Maßregeln getroffen haben, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, so taten sie damit nur ihre Pflicht. Aber es wäre falsch, daraus ohne weiteres auf kriegerische Absichten der betreffenden Regierungen schließen zu wollen. Es gibt heute, wie schon betont wurde, keine Regierung, die nicht den Frieden ernstlich will. Niemand, der in den Staatsgeschäften an verantwortlicher Stelle steht, würde heute die Verantwortung für einen Krieg auf sich laden wollen, solange nicht die ernstesten Lebensinteressen einer Nation auf dem Spiele stehen. Und es wäre daher gut, wenn man in der Bevölkerung, statt immer über die Diplomaten herzuziehen, ihnen etwas mehr Vertrauen entgegenbringen würde. Es würden dadurch manche Beunruhigungen erspart bleiben, die sich namentlich im wirtschaftlichen Leben, vor allem an der Börse, fühlbar machen. Man kann mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß, wo beunruhigende Nachrichten auftauchen, sie meist von unverantwortlicher Seite kommen, von Leuten, die vielleicht irgend etwas gehört, aber den Sinn der Sache mißverstanden haben.

Die Rede, die der Reichskanzler am 2. Dezember gehalten hat, muß durchaus als eine Bestätigung dessen angesehen werden, was hier gesagt wurde. So unmißverständlich sie eigentlich war, so ist sie doch an manchen Orten mißverstanden worden. Daß der Reichskanzler auf das Bundesverhältnis zu Oesterreich hinwies, war nicht mehr als selbstverständlich. Er hat damit lediglich der Pflicht dem Bundesgenossen gegenüber genügt und im übrigen den rein defensiven Charakter des Bündnisses ausdrücklich betont. Wenn der Abgeordnete Ledebour meinte, damit sei Oesterreich eine Blankovollmacht gegeben für die Fortführung der Politik, die es für nötig halte, so bedarf eine solche Behauptung wohl kaum der Widerlegung. So unvorsichtig würde wohl keine Regierung sein, daß sie in einer Frage, die die gesamte politische und wirtschaftliche Existenz des eigenen Landes in Mitleidenschaft ziehen kann, sich bedingungslos dem Ermessen einer andern Regierung unterordnen würde. Es heißt das die Fähigkeit und Vorsorglichkeit der deutschen Reichsregierung doch gar zu sehr unterschätzen. Man ist sich in Berlin sicherlich auch vollkommen bewußt, daß im Auslande, wenn auch nicht die Regierungen selbst, so doch andre Kräfte am Werke sind, denen der Ausbruch eines Krieges, in den Deutschland verwickelt wäre, keineswegs unwillkommen wäre. Oesterreich würde aus einem siegreichen Kriege am

Digitized by Google

meisten Nutzen ziehen, und den Schaden eines unglücklichen Krieges hätten in erster Linie das Deutsche Reich und dann Italien zu tragen. Es ist klar, daß beide Situationen für manche ausländischen Kreise vielleicht nicht so ganz unerwünscht sein würden. Aber man ist in Deutschland glücklicherweise weit davon entfernt, sich auf irgendwelche Politik der Abenteuer einlassen zu wollen, und es versteht sich von selbst, daß dies den Bundesgenossen bekannt ist. Sollte Oesterreich also eine Politik betreiben, die es vor der öffentlichen Meinung Europas nicht vollkommen verantworten könnte, so hätte es dabei weder auf die Sympathie Deutschlands noch auf die der andern Großmächte zu rechnen und müßte auch die Folgen seiner Stellungnahme allein tragen.

Im übrigen hat auch der Reichskanzler betont, daß alle Mächte fortgesetzt in Kontakt miteinander stehen, und dieser diplomatische Kontakt wird durch die Botschafterkonferenz eine sehr erwünschte Steigerung erfahren, die hoffentlich — Zwischenfälle sind in der internationalen Politik leider immer möglich — die Bemühungen der Diplomatie zur Erhaltung des Friedens auch zu dem gewünschten Ziele führen wird. Daß eine europäische Konferenz in der einen oder andern Form sich an den Balkankrieg anschließen werde, war ja von vornherein selbstverständlich. Das ist schon rein juristisch nötig, da an Stelle des Berliner Vertrags ein andres völkerrechtliches Vertragsinstrument treten muß. Die Liquidation der Verhältnisse am Balkan, die man seit Jahrzehnten kommen sah und immer wieder hinauszuschieben suchte, kann natürlich nur durch das europäische Konzert erfolgen. Es haben ja, wie der Reichskanzler ebenfalls hervorgehoben hat, an der Neuregelung der Dinge auf dem Balkan alle Mächte ein Interesse, wenn dasselbe auch nur ein wirtschaftliches sein mag. Und ebenso selbstverständlich ist es, daß alle Einzelfragen, die mit dieser Liquidation zusammenhängen, erst auf dieser Konferenz ihre Erledigung finden können. Die Versuche, die gemacht worden sind, einzelne Fragen der Konferenz vorwegzunehmen oder durch Schaffung von Faits accomplis einer späteren Regelung durch das europäische Konzert zu entziehen, werden angesichts der übereinstimmenden Haltung der Mächte kaum einen Erfolg haben. Und so darf man sich der Hoffnung hingeben, daß es den Bemühungen der so viel verschrienen Diplomatie in der Tat gelingen wird, den Balkankrieg zu lokalisieren und Europa den Frieden zu erhalten.

Vielleicht gelingt ihr auch noch die weitere Aufgabe, der Liquidation der Balkanverhältnisse eine solche Form zu geben, daß dort einigermaßen dauerhafte Zustände geschaffen werden und daß so der gefährlichste Zündstoff aus der europäischen Politik ein für allemal entfernt wird. Wir wollen die Schwierigkeit einer solchen Aufgabe keineswegs verkennen. Die Rivalitäten unter den Balkanvölkern erschweren sie wohl noch mehr als die Gegensätze unter einzelnen Großmächten, die wohl keine unüberbrückbaren sind. Aber der Diplomatie erwächst hier eine überaus dankbare Aufgabe, und wir wollen hoffen, daß es ihr gelingt, sie zu lösen. Je endgültiger dieses Mal die politischen Verhältnisse am Balkan gestaltet werden, um so besser wird es für die Balkanstaaten und für ganz Europa sein.

Digitized by Google

Die gemeinsamen Bemühungen der Diplomatie in der Balkanfrage haben zweifellos auch dazu beigetragen, das gegenseitige Vertrauen der Mächte zueinander zu stärken; und man darf sagen, daß die Beziehungen zwischen den Mächten heute allgemein bessere sind, als seit langer Zeit. Es ist zu hoffen, daß dieses Vertrauen sich auch bei der Behandlung andrer politischer Fragen als nützlich erweisen werde, und daß also der Balkankrieg einigermaßen die Wirkungen eines reinigenden Gewitters am politischen Himmel Europas in sich trägt. So viel darf jedenfalls nach dem Gesagten als feststehend angesehen werden, daß die europäische Diplomatie es heute allgemein als ihre Aufgabe betrachtet, für die Aufrechterhaltung des Friedens zu arbeiten, weil dieses Interesse heute für alle Großmächte das weitaus wichtigste Interesse in der auswärtigen Politik geworden ist, wichtiger als alle Landerwerbungen, die ja übrigens, wie der Reichskanzler feststellen konnte, gegenwärtig von keiner Großmacht gesucht werden.

Man wird, wenn man das Gesagte in Betracht zieht, wohl kaum behaupten können, daß die Diplomatie heute keinen Nutzen stifte. Auch die Diplomaten sind mit ihrer Zeit fortgeschritten, das konnte gar nicht anders sein. Sie stehen nicht etwa, wie man häufig gesagt hat, außerhalb der heutigen Zeitinteressen, ihre Arbeit verweist sie vielmehr von selbst auf eine Anteilnahme an den Tagesfragen im Sinne unsrer Zeit. Es wäre gut, wenn man sich dies auch in weiteren Kreisen klarmachte und sich an den Gedanken gewöhnen wollte, daß die Diplomaten nicht nur die Salons bevölkern helfen, sondern daß sie an die wichtigsten Kulturarbeiten unsers Jahrhunderts mit Hand anlegen. Man sollte der Arbeit der Diplomaten etwas mehr Sympathie entgegenbringen und davon überzeugt sein, daß die Diplomatie auch im zwanzigsten Jahrhundert der Menschheit noch wesentliche Dienste leistet. Unser Blick auf die politische Lage hat uns gezeigt, von wie großer Bedeutung das Wirken der Diplomatie tatsächlich ist und welche gewaltigen Interessen der Geschicklichkeit der Diplomaten in die Hand gegeben sind. Wenn sie dabei von dem Vertrauen der Völker getragen werden, so wird ihnen das ihre Aufgabe wesentlich erleichtern. Die öffentliche Meinung, die ja ein wichtiger Faktor in den internationalen Beziehungen geworden ist und die heute so vielfach beunruhigt erscheint, würde zweifellos über die auswärtige Politik wesentlich ruhiger und kaltblütiger urteilen, wenn sie sich von der Arbeit der Diplomatie ein richtiges Bild machte und ihren Vertretern das Vertrauen entgegenbrächte, daß sie die wahren Interessen des Vaterlandes auch zu den ihrigen machen. Das wäre nützlicher, als daß man immer wieder den Sensationsgerüchten und Alarmnachrichten Glauben schenkt, die von unverantwortlichen Stellen in die Welt gesetzt werden und die die gedeihliche Arbeit der Diplomaten nur erschweren. Gerade weil heute in allen Ländern Kräfte am Werke sind, die bei aller unbezweifelten patriotischen Gesinnung doch für die auswärtige Politik in Wahrheit mehr hindernd als fördernd wirken, so ist es doppelt notwendig, daß die Völker zu ihren diplomatischen Vertretern volles Vertrauen fassen.

Digitized by Google

Um die Schwierigkeiten, mit denen unsre Diplomatie zu kämpfen hat, zu illustrieren, entnehmen wir einem Briefe einer unsrer Politik nahestehenden Persönlichkeit folgende Stelle:

„Auch England fürchtet nichts mehr als einen Krieg, und wenn unsre Diplomaten in London geschickt agieren, so wird sich England allmählich der Politik des Deutschen Reiches nähern. Die Erfahrungen, welche England in Persien und im Mittelmeer mit den Ententemächten gemacht hat, sind nicht erfreulich und sehr bedenklich für die künftige Weltmachtstellung Großbritanniens. Leider werden aber alle Annäherungsversuche Englands scheitern, solange der deutsche Philister, welcher den schönen Titel „Alldeutscher" angenommen hat, mit Haß gegen England erfüllt ist und zum Kriege mit England treibt. Es ist sehr leicht, durch eine sog. nationale oder patriotische Phraseologie die Massen zu gewinnen und gegen ein andres Reich zu hetzen. Welcher Schaden damit aber angerichtet wird, begreifen die Führer der Alldeutschen nicht und übernehmen keine Verantwortung für die Folgen ihrer chauvinistischen Bestrebungen. Das Deutsche Reich würde in Verbindung mit England der wichtigste Faktor in Europa und in der Welt werden, und da die Interessen beider Länder in Wirklichkeit weit weniger divergieren als die der andern Mächte, so wäre eine solche Verbindung wohl denkbar und auch zu erreichen, wenn wir uns ebenso kühl und realpolitisch wie die Engländer in den Weltfragen verhalten würden. Die alldeutsche Bewegung droht aber zu oft mit dem Schwerte und vernichtet die Arbeit unsrer Diplomatie, mit England zu einer Verständigung zu gelangen. Ein Krieg gegen England und seine Verbündeten würde eine der größten und gefährlichsten Katastrophen für die gesamte Kulturwelt werden. Im heutigen Kriege kämpfen nicht nur die Heere gegeneinander, sondern auch die Volksepidemien und der Hunger der arbeitslosen Massen, so daß dem Sieger, wie das auch der jetzige Balkankrieg beweist, selbst nach den größten Erfolgen starke Enttäuschungen und unberechenbare Opfer für die Zukunft erwachsen. Der unsterbliche Schlachtenlenker Graf Moltke hatte deshalb im Kriege wie im Frieden jede Phraseologie und jedes Experimentieren mit den Waffen von sich gewiesen. Sein Wahlspruch „Erst wägen, dann wagen" bleibt für alle Zeiten und für alle Feldherrn von Bedeutung. Eine große Reihe militärischer Schriftsteller und selbst sehr angesehene Generale führen aber jetzt die Feder oft mit einer Leichtigkeit und mit einem Wortschwall, welcher in keinem Verhältnisse mit den tatsächlichen politischen Zuständen steht. Wir müssen das Pulver trocken halten, und vor allem dürfen wir wegen eines kleinen albanesischen Hafens oder wegen andrer kleiner Interessen nicht das Schwert ziehen. Nur die Begeisterung führt zum Siege, aber nicht der Krieg, welcher künstlich erzeugt ist und nicht eine dringende Lebensfrage einer großen Nation zur Entscheidung und Lösung bringen soll. Es muß deshalb im Sinne Moltkes an der Verstärkung unsrer Armee und an einer weisen Staatskunst mit aller Ruhe fortgearbeitet werden."

Dieser Brief zeigt deutlich, von wo die Hindernisse in der deutschen aus-

Digitized by Google

wärtigen Politik hauptsächlich kommen. Er beweist aber auch, wie sehr es im Interesse der Erhaltung des Friedens gelegen wäre, wenn die öffentliche Meinung, statt immer nur an den Diplomaten herumzukritisieren, ihnen etwas mehr Vertrauen schenkte und sie dadurch in ihrer Arbeit unterstützte.

Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat

Von

Germain Bapst (Paris)

I

Marschall Bazaine am 17. August

Marschall Bazaine, der Oberbefehlshaber der französischen Armee, hatte noch am Abend der Schlacht von Vionville-Mars-la-Tour den Rückzug befohlen. Am Morgen des 17. August verließ er Gravelotte, wo er geschlafen hatte, und begab sich auf das Plateau des Mont Saint-Quentin. Als er dort ankam, fand er den Kavalier, die Zugänge des Forts und die Glacis voll von Soldaten, Bewohnern der Umgegend und Metzer Bürgern, die sich wie im Theater niedergelassen hatten, um die Bewegung der Truppen zu beobachten.

Die Aufmerksamkeit dieser Menge war, wie er sich überzeugen konnte, besonders auf eine dichte Staubwolke gerichtet, die sich zu beiden Seiten der Mosel in der Umgebung von Ars erhoben hatte. Der Marschall und die Offiziere seines Stabes nahmen ihre Gläser und sahen deutlich Kolonnen von Infanterie, Kavallerie und Wagen in westlicher Richtung die Seille und die Mosel überschreiten.

Von Montigny und den erhöhten Punkten des Weichbildes im Süden von Metz aus hatte man das gleiche Schauspiel, und eine Menge Leute waren hergekommen, um es sich anzusehen.

Nachdem der Marschall das belebte Panorama, das sich zu seinen Füßen und ringsum aufrollte, betrachtet hatte, ritt er, ohne ein Wort zu sprechen, weiter.

Am Ende des Plateaus in der Richtung nach Metz sah er an einer Straßenkreuzung, an der sich ein Kreuzhügel erhebt, ganz unten am Fuß eines steilen Hanges das anmutige Dorf Plappeville liegen, das sich aus einer Anzahl von eleganten Villen und Gärten zusammensetzt.

Hier kam dem Marschall der Bürgermeister Bianson Ponté, Advokat in Metz, entgegen. Von dem General Le Tellier Blanchard benachrichtigt, hatte er sich an die Grenze seines Gemeindebezirks begeben, um den Oberbefehlshaber der französischen Armee, der zugleich ein Landsmann war, willkommen zu heißen.

Digitized by Google

In der Tat war der Vater des Marschalls aus dem benachbarten Dorfe Scy gebürtig gewesen, und ein Teil seiner Familie, die ebenfalls den Namen Bazaine trug, wohnte noch dort und übte noch den herkömmlichen Beruf des Weingärtners aus.

Herr Vianson bot sich dem Marschall als Führer an. Als man am Fuße des großen Abhangs angelangt war und fast das ganze Dorf durchquert hatte machte Herr Vianson auf der Straße vor einer großen Haustüre rechter Hand halt mit dem Bemerken, daß dieses Haus der Sitz des Hauptquartiers sei. Die Villa, die schönste in der ganzen Gegend, gehörte Herrn de Bouteillier, einem ehemaligen Artillerieoffizier, der Deputierter und Beigeordneter des Bürgermeisters von Metz war.

Der Gärtner Jean Renaud erschien, entschuldigte seinen Herrn, der durch seine Gemeindeamtsgeschäfte in der Stadt festgehalten werde, und stellte sich dem Marschall und seinen Offizieren, die in den Hof geritten waren und von den Pferden stiegen, zur Verfügung.

General Jarras und die Offiziere des Generalstabes hielten gegenüber auf der andern Seite der Straße; sie stiegen vor dem Hause, in dem sie wohnen sollten, ebenfalls ab, und Hauptmann Arthur de France sagte mit einem Blick auf die über ihnen aufragenden Hügel zu seinen Kameraden: „Wir werden von hier abziehen, wie Mack aus Ulm abgezogen ist."

In der vollen Mittagssonne des 17. August 1870 bot Plappeville mit seinen von Kletterpflanzen umrankten Häusern und seinen Blumengärten ein ebenso freundliches wie belebtes Bild. Ueberall in den Straßen waren Generäle und Stabsoffiziere zu sehen, die sich in den Villen einquartierten. Der General Bourbaki stieg mit dem Generalstab der Garde bei dem Obersten Deville ab. General Soleille, der in einem Break gekommen war, nahm bei Herrn Vianson Quartier, sein Stab bei den Damen Cochard. General du Frétay, Kommandeur der leichten Gardekavalleriebrigade, und seine Offiziere fanden beim Pfarrer, dem Abbé Lennuyeux, Unterkunft; dann kamen der General de Saint-Sauveur, Aerzte, Intendanturbeamte an, und alle Augenblick ritten Offiziere durch, die Erkundigungen einziehen wollten oder mit einem Auftrag betraut waren.

Gleich nach seiner Ankunft in der Villa Bouteillier setzte sich Marschall Bazaine mit seinen Adjutanten und Ordonnanzoffizieren zum Dejeuner nieder; nach dem Essen begab er sich einen Stock höher in den Salon, der über dem Hof in gleicher Höhe mit dem Garten lag. Er saß dort in einem mit Stickereien bedeckten Mahagonilehnsessel und rauchte eine Zigarre, als gegen 1 Uhr Oberst Lamy ihm die Bemerkungen des Marschalls Canrobert über die Gefahren, denen das VI. Korps in der ihm angewiesenen Stellung bei Verneville ausgesetzt war, übermittelte.

Nachdem der Marschall den Obersten Lamy angehört hatte, diktierte er einen Brief, in dem er den Marschall Canrobert ermächtigte, von Verneville nach St. Privat zu marschieren. Dann ließ er den General Jarras rufen, um

Digitized by Google

ihm seine Befehle zu diktieren. General Jarras trug sie folgendermaßen in sein Notizbuch ein, in dem wir sie gelesen haben:

„An den Generalintendanten: ihn ersuchen, mitzuteilen, welche Maßregeln er zur Wiederverproviantierung der Armee getroffen hat, sowie zu welchem Zeitpunkt die Verteilungen bei allen Truppenteilen beginnen können. Der Generalintendant kann über die letzten in Metz eingetroffenen Proviantzüge verfügen, die nicht für die Versorgung der Garnison nötig sind.

An den Gouverneur von Metz (General Coffinières): ihn bitten, sehr strenge Weisungen zu erteilen, damit die der Armee angehörigen Militärpersonen nicht in die Stadt gelangen können, wenn sie nicht mit ordnungsmäßigen Erlaubnisscheinen versehen sind.

Der Marschall ist davon unterrichtet, daß nicht verwundete Militärpersonen sich vom Heere entfernen und in die Stadt gelangen, indem sie sich Aufnahme auf den Requisitionswagen verschaffen; sie werden dann als Kranke betrachtet und hoffen, daß dank diesem Betrug die Armee sich ohne sie entfernen wird. Um diese strafbaren Absichten zu vereiteln, soll der Gouverneur der Festung Metz Beamte an den Toren aufstellen mit dem Auftrag, die Leute, die auf den Requisitionswagen ankommen, zu untersuchen und alle, die weder krank noch verwundet sind, zu ihren Korps zurückzuschicken.

Um aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen, für Lebensmittel auf vier Tage vorsorgen.

Patronen: vervollständigen lassen; eine Verteilung von Lagergerätschaften und Tornistern, Schuhwerk vornehmen; Reinigung der Waffen; Verlustliste; Verzeichnisse.

Die Korps sollen in ihren neuen Stellungen die erforderlichen Verteidigungsarbeiten ausführen, um sich darin gut einzurichten. Die Korpskommandanten sollen die Verbindungen rückwärts durch den Wald erkunden und die Punkte besetzen lassen, die ihnen notwendig erscheinen, um ihren Rücken zu decken."

Um diesen Befehlen nachzukommen, schrieb General Jarras zunächst folgenden Brief an den Intendanten de Préval:

Großer Generalstab — Plappeville, den 17. August.
4. Abteilung.

Herr Generalintendant!

Ich habe die Ehre, Sie zu ersuchen, mir gefälligst mitzuteilen, welche Maßregeln Sie zur Wiederverproviantierung der Armee getroffen haben. Ich möchte Sie zugleich bitten, mir den Zeitpunkt bekanntzugeben, in dem mit den Verteilungen bei allen Truppenteilen begonnen werden kann. Es steht Ihnen übrigens vollkommen frei, nach Ihrem Ermessen über die letzten in Metz eingetroffenen Transportzüge zu verfügen, vorausgesetzt jedoch, daß sie nicht zur Verproviantierung der Garnison notwendig sind.

Empfangen Sie usw. — J. A.: Der Generalstabschef
Jarras.

Digitized by Google

Nach dem Empfang dieses Briefes eilte der Intendant de Préval zum Marschall Bazaine, um ihm zu melden, daß demnächst 100000 Rationen Zwieback auf dem Plateau von Plappeville eintreffen und im Laufe des Abends Verteilungstransporte zu den verschiedenen Armeekorps abgehen würden.

Der Marschall billigte diese zweite Maßregel nicht, und da er die nach dem Fort Plappeville verbrachten Rationen ausreichend fand, sandte er an den General Jarras folgende Notiz:

„Lassen Sie den Korpskommandanten Befehle zukommen, daß alle administrativen Transportmittel verwendet werden, um Lebensmittel an dem Platz zu holen, den der Intendant bezeichnen wird."

Der Intendant teilte sodann dem Marschall mit, daß die Armee in Metz nur mehr für einige Tage Lebensmittel besitze. Der Chefintendant Wolf und die Unterintendanten Richard und Demons ließen zurzeit große Proviantvorräte in Verdun und an andern Plätzen im Innern des Landes ansammeln; aber wenn die Armee in Metz blieb, war sie ganz auf die Magazine dieser Festung angewiesen.

Der Intendant wußte nicht, ob man bei der kleinen Anzahl der vorhandenen Oefen täglich in Metz und im Weichbild der Stadt 180000 Brotportionen würde backen können.

Der Marschall befahl hierauf Herrn de Préval, eine möglichst große Menge Brot von außerhalb kommen zu lassen und vor allem eine bedeutende Reserve an Zwieback und Feldproviant zu beschaffen, und teilte ihm sodann folgendes Telegramm mit:

Verdun, den 16. August, 5 Uhr 5 Minuten nachmittags.

Intendant Vigo-Roussillon vom VI. Korps an den Bürgermeister von Etain.

„Wissen Sie, wo Marschall Canrobert und das VI. Korps ist und in welcher Richtung er marschiert?

Sagen Sie ihm, daß er in Verdun für vier Tage Lebensmittel finden wird.

Antwort erbeten."

Als Antwort sollte de Préval dem Intendanten Vigo-Roussillon telegraphisch die Weisung geben, nach Metz zu kommen und seinen Dienst beim VI. Korps wieder anzutreten.

Nachdem de Préval den Marschall Bazaine verlassen hatte, telegraphierte er zuerst an den Minister:

Metz, den 17. August, 4 Uhr 15 nachm.

Der Chefintendant an den Minister.

„Schicken Sie mir per Eilzug und zwar täglich 180000 Rationen Zwieback und ebensoviel Feldproviant und Brot so viel wie möglich.

Aeußerst dringlich."

Hierauf telegraphierte er an den Intendanten Vigo-Roussillon folgenden Befehl:

Digitized by Google

„Metz, den 17. August, 4 Uhr 35 nachm.

Der Chefintendant an den Intendanten des VI. Korps Verdun.

Kehren Sie unverzüglich über Thionville zu Ihrem Korps zurück."

Sodann begab sich Herr de Préval zum General Jarras, und nachdem sie sich verständigt hatten, wurden die Kommandanten der Armeekorps aufgefordert, ihre Wagen auf das Plateau von Plappeville zu schicken, um dort Zwieback für einen Tag und Feldproviant für zwei Tage zu holen.

Vor der Absendung dieser Aufforderung kam der Intendant de Préval noch einmal zum General Jarras, um ihm zu sagen, daß man angesichts der Unmöglichkeit, die Wagen auf das Plateau hinauffahren zu lassen, die Verteilungen nicht mehr im Fort Plappeville, sondern in Le Ban Saint-Martin stattfinden lassen müsse.

In der zweiten Hälfte des Nachmittags erhielt Marschall Bazaine Telegramme und vertiefte sich in das Studium der Karten. Gegen 4 Uhr ließ er den diensttuenden Generalstabsoffizier rufen. Es war dies der Hauptmann Yung, der durch seine unter dem Pseudonym „Mustapha" erscheinenden humoristischen Artikel in der „Vie Parisienne" bekannt und an dem blauen Augenglas, das er zu tragen pflegte, leicht zu erkennen war.

Der Marschall, der immer noch vor seinen ausgebreiteten Karten saß, empfing ihn im großen Salon. Er sprach ihm seinen Wunsch aus, die Armee noch näher an Metz heranzuführen, und zeigte ihm „die Stellungen, die er das IV. und VI. Korps einnehmen lassen wollte". Er wünschte diese Bewegung so rasch wie nur möglich ausführen zu lassen, und gab, um sie vorzubereiten, dem Hauptmann Yung den Auftrag, den Obersten Lewal zu rufen.

Seit der Expedition nach Mexiko stand der Oberst Lewal in einem vertrauten Verhältnis zum Marschall Bazaine, zu seinen beiden Neffen und den Offizieren seines persönlichen Stabes. Er war daher derjenige Offizier des Generalstabes, dem gegenüber sich der Marschall am offensten aussprach.

Marschall Bazaine wiederholte dem Obersten Lewal, was er eben dem Hauptmann Yung gesagt hatte, und befahl ihm, am nächsten Morgen die Sousgeneralstabschefs eines jeden Korps zu versammeln, um mit ihnen an den Zugängen der Festung Plätze zu erkunden, auf denen die Armee Stellung nehmen könnte. Der Marschall beendigte seine Auseinandersetzung mit folgender Bemerkung, die der Oberst am nächsten Tage seinen Kameraden wiederholte: „Die Armeen sind nicht dazu da, um die festen Plätze zu decken; die festen Plätze sind vielmehr dazu da, die Armeen zu decken."

Marschall Bazaine begründete seine Idee noch des näheren: er beabsichtigte, sich in Metz einschließen zu lassen, und setzte dem Obersten Lewal auseinander, auf welche Weise er dieses Ziel erreichen wollte.

Es sprang ihm nicht in die Augen, daß die Einschließung seiner Armee das ungeheuerlichste Auskunftsmittel war, auf das er verfallen konnte.

Er dachte nicht daran, daß er eben erst die alarmierendsten Telegramme

Digitized by Google

abgeschickt hatte, um nachdrücklich und mit größter Dringlichkeit die Zusendung von Lebensmitteln und Munition auf der Eisenbahnlinie durch die Ardennen zu verlangen, und daß der Rückzug auf Metz die Zerstörung dieser Bahn zur Folge haben würde.

Er hätte auch sofort Napoleon III. und die Regierung von seinem Marsch nach rückwärts benachrichtigen müssen. Der Monarch und der Minister warteten mit Ungeduld auf sein Eintreffen in Verdun und ersuchten ihn beständig telegraphisch um Nachrichten. Doch er hatte alles so eingerichtet, daß nichts die Einschließung seiner Armee verhindern konnte, und da sein Plan derart war, daß er ihn nicht eingestehen durfte, so gab er auf die Telegramme des Kaisers, des Ministers und seiner Unterführer bis zum letzten Augenblick keine Antwort, bis er wußte, daß die Telegraphenleitung nächstens abgeschnitten werden würde und er ihnen gar nichts mehr sagen konnte.

Seit dem vorigen Abend um 11 Uhr, zu welcher Zeit er den Rückzug „auf das Plateau von Plappeville" beschlossen, hatte er nichts davon gemeldet, daß er in seinem Marsche innehalten wollte; er hatte nicht einmal ein Telegramm gesandt, in dem von der Schlacht des vorhergegangenen Tages die Rede war, und hatte zehn Stunden gewartet, ehe er dem Minister von dem Mangel an Lebensmitteln und Munition Nachricht gab, auf den er sich berief, um seinen Rückzug in den Augen der Armee zu rechtfertigen.

In Paris wußten die Regierung und die Regentin, in Châlons der Kaiser und der Marschall Mac Mahon am 17. August um 4 Uhr nachmittags noch nicht, daß ein großer Kampf stattgefunden hatte.

Der Minister blieb jedoch in Verbindung mit ihm und richtete in der Nacht, die auf die Schlacht folgte, zwei Telegramme an ihn, die ihm nach den auf den Abschriften eingetragenen Vermerken um 3 Uhr 15 Minuten und um 3 Uhr 45 Minuten morgens übergeben wurden.

Das erste dieser Telegramme, das von 1 Uhr 5 Minuten morgens datiert war, bestätigte den Vormarsch der Armee des Kronprinzen auf Paris, die mit ihrer Spitze bis nach St. Mihiel und Apremont gelangt war.

Das zweite, von 2 Uhr 40 Minuten datierte Telegramm enthielt ein Ersuchen um Nachrichten. „Ist es wahr," fragte ihn der Minister, „daß die Preußen einen Waffenstillstand verlangt haben, um ihre Toten zu beerdigen und ihre Verwundeten zu bergen? Sofortige Antwort erbeten."

Da der Marschall trotz dieser Schlußworte nichts schickte, richtete der Minister am Vormittag des 17. August noch dreimal seine Frage an ihn. Erst um $2\frac{1}{2}$ Uhr sandte der Marschall folgende Depesche ab: „Ich habe keine Kenntnis davon, aber es ist möglich, daß die Anwesenheit der Mitglieder der internationalen Gesellschaft (Rotes Kreuz) Anlaß zu diesem Gerücht gegeben hat."

Kein Wort über die Schlacht von Rezonville, kein Wort über die Aenderung der im Gang befindlichen Operationen oder über den Mangel an Lebensmitteln und Munition.

Am Abend vorher hatte er den Leutnant der mobilen Nationalgarde Belle

Digitized by Google

zu Pferd bei Nacht und auf ziemlich unsicheren Straßen ausgesandt, um den Kaiser aufzusuchen und ihm einen Brief zu übergeben. Aus welchem Grunde hatte er nicht gleichzeitig mit diesem Brief noch ein Telegramm abgesandt? Er hatte doch den Hauptmann Fix zum Gouverneur von Metz geschickt und hätte ihm auch ein Telegramm an den Kaiser und den Minister mitgeben können; sie hätten dann in der Nacht der Schlacht vom Rückzug der Armee auf Metz und von ihrem Bedarf an Lebensmitteln und Munition Kenntnis bekommen.

Als er um 12 Uhr mittags in Plappeville ankam, meldeten zwei Beamte des Pariser Zentraltelegraphenbureaus, Brisson und Eschbacher, daß sie zwei Telegraphenstationen eingerichtet hätten, eine auf der Meierei Moscou, die andre auf dem Fort Plappeville, ganz in seiner Nähe, und daß sie mit dem Bureau in Metz in Verbindung ständen und alle Depeschen übermitteln könnten.

Um $3^1/_2$ Uhr nachmittags entschloß er sich, nachdem er sechzehn Stunden lang geschwiegen hatte, dem Minister Nachricht von der Schlacht zu geben:

Marschall Bazaine an den Minister.

Metz, den 17. Aug., 3 Uhr 30 Min. nachmittags.

„Wir sind am 14. in unsern Stellungen vor Borny angegriffen worden, als ein Teil der Armee bereits auf dem linken Ufer der Mosel war.

Gestern, am 16. August, ist von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends in der Stellung, die wir zwischen Doncourt und Vionville innehatten, eine Schlacht gegen die vereinigten Korps des Prinzen Friedrich Karl und des Generals Steinmetz geschlagen worden. Der Feind wurde in den beiden Treffen zurückgeschlagen und erlitt bedeutende Verluste; die unsrigen sind empfindlich.

Der Kaiser hat Ihnen jedenfalls von Etain aus über die Bestimmung, die dem VII. Korps zu geben ist, Antwort erteilt."

Dieser letzte Satz war die Antwort auf ein vor drei Tagen abgesandtes, vom 15. August 10 Uhr morgens datiertes Telegramm, in dem der Minister ihn fragte: „Welches sind Ihre letzten Befehle für den General Douay, der immer noch in Belfort steht?" Er hatte diese drei Tage lang gewartet, um dann eine dilatorische Antwort zu geben, die glauben zu machen suchte, daß er nicht mit dem Oberkommando betraut sei; immer diese Sorge, keine Verantwortung zu übernehmen, als ob man, wenn man an der Spitze der Armeen vor dem Feinde steht, sich ihr entziehen könnte.

Wenn man unter Weglassung der Nachschrift dieses Telegramm von $3^1/_2$ Uhr nachmittags aufmerksam liest, so bemerkt man, daß es über den Ausgang der Schlacht nichts sagt. Von seinen Plänen nicht ein Wort; er sagt nicht, daß er sich zurückgezogen hat; seine Depesche ist sogar darauf berechnet, glauben zu machen, daß er noch immer den verabredeten Plan verfolge und daß er seinen Marsch auf Verdun fortsetze.

Ohne Zweifel wurde es ihm klar, daß er seinen Rückzug nicht länger verheimlichen konnte, und so schickte er um 4 Uhr folgendes zweite Telegramm ab:

Digitized by Google

Marschall Bazaine an den Minister.

4 Uhr nachmittags.

„Gestern habe ich den ganzen Tag lang zwischen Doncourt und Vionville gegen die preußische Armee gekämpft.

Der Feind ist zurückgeschlagen worden, und wir haben die Nacht in den eroberten Stellungen verbracht.

Ich unterbreche meine Bewegung auf einige Stunden, um meine Munitionsvorräte wieder auf den vollen Stand zu bringen.

Wir haben die Korps des Prinzen Friedrich Karl und des Generals Steinmetz vor uns gehabt."

Dieses Mal kündigt er eine Verzögerung von „einigen Stunden" an; er spricht von der Schlacht wie von einem Sieg, gibt zu verstehen, daß die Wiederaufnahme des Marsches von einem Augenblick zum andern erfolgen werde, und sagt kein Sterbenswörtchen von dem Mangel an Munition und Lebensmitteln.

Seit dem Morgen wartete der Kaiser im Lager von Châlons mit Ungeduld auf die Nachricht vom Erscheinen der Avantgarde der Armee in Verdun. Da er um 2 Uhr noch nichts erhalten hatte und anfing, unruhig zu werden, ließ er durch den diensttuenden Adjutanten an den General Coffinières in Metz telegraphieren:

Adjutant des Kaisers an den General Coffinières.

Lager von Châlons, den 17. August, 2 Uhr 5 nachmittags.

„Auf Befehl des Kaisers. Haben Sie Nachrichten von der Armee des Marschalls Bazaine? Senden Sie sie schleunigst an Seine Majestät ..."

Im Besitz dieser Depesche antwortete der General Coffinières darauf mit der folgenden:

Festungsgouverneur an den Kaiser.

Metz, den 17. August, 3 Uhr 15 M. nachmittags.

„Gestern am 16. hat ein sehr ernstes Gefecht in der Nähe von Gravelotte stattgefunden: wir haben im Kampf die Oberhand gewonnen, aber unsre Verluste sind groß. Der Marschall hat sich auf Metz konzentriert und lagert auf den Höhen von Plappeville. Wir bitten um Zwieback und Pulver. Metz ist nahezu eingeschlossen."

Die Depesche des Generals Coffinières war pessimistisch; die Armee lagerte nicht auf den Höhen von Plappeville, sondern auf dem Plateau von Moscou; Metz war nicht „nahezu eingeschlossen", da die Eisenbahn immer noch in Betrieb war. Dagegen sagte er die Wahrheit, wenn er von dem Bedarf an Zwieback und Pulver berichtete.

Inmitten der zahllosen Aengste, die Napoleon III. an diesem Tage bedrängten, war die Nachricht vom Rückzug der Armee und ihrer beinahe sicheren Einschließung für den unglücklichen Herrscher ein furchtbarer Schlag. Voll Ungeduld, Näheres

Digitized by Google

zu erfahren, ließ er sofort an den Marschall Bazaine telegraphieren, den er für den Verfasser der Depesche des Generals Coffinières hielt:

Adjutant des Kaisers an den Marschall Bazaine in Metz.

Lager von Châlons, den 17. August, 4 Uhr 13 M. nachmittags.

„Auf Befehl des Kaisers: Ihre Depesche empfangen. Teilen Sie Näheres mit. Können Sie erhalten, was Sie verlangen?"

Ehe dieses Telegramm in Metz eintraf, um 4 Uhr nachmittags, ließ der Marschall, dem mitgeteilt worden war, daß der Kaiser vom General Coffinières weitere Nachrichten verlangt hatte, folgendes Telegramm chiffrieren:

An den Kaiser.

Den 17. August, 4 Uhr 30 M. nachmittags.

„Gestern abend habe ich die Ehre gehabt, an Eure Majestät zu schreiben," — der durch den Leutnant Belle abgesandte Brief, der dem Kaiser erst am 18. morgens übergeben wurde — „um Ihnen über den von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends bestandenen Kampf gegen die preußische Armee zu berichten, die uns in unsern Stellungen von Doncourt bis Vionville angriff.

Der Feind ist zurückgeschlagen worden, und wir haben die Nacht in den eroberten Stellungen zugebracht.

Der große Verbrauch von Artillerie- und Infanteriemunition, den wir gehabt haben, der nur für einen Tag reichende Vorrat an Lebensmitteln, der den Truppen verblieben ist, haben mich gezwungen, mich Metz zu nähern, um unsern Fuhrpark und unsre Proviantkolonnen so rasch wie möglich wieder mit Vorräten zu versehen.

Ich habe die Armee in den zwischen St. Privat und Rozérieulles befindlichen Positionen Stellung nehmen lassen. Ich denke übermorgen mich in Marsch setzen zu können, wobei ich eine mehr nördliche Richtung einschlagen werde, so daß ich mit dem linken Flügel an der Stellung von Haudiomont vorbeimarschieren kann für den Fall, daß der Feind, um uns den Weg nach Verdun zu verlegen, sie mit starken Kräften besetzen würde, und um die unnötigen Kämpfe zu vermeiden, die unsern Marsch verzögern würden. Die Eisenbahnlinie durch die Ardennen ist noch immer bis Metz frei, was beweist, daß der Feind Châlons und Paris zum Ziel hat. Man spricht noch immer von der Vereinigung der Armeen der beiden Prinzen. Wir hatten gestern uns gegenüber den Prinzen Friedrich Karl und den General Steinmetz."

Zum erstenmal spricht er von dem Mangel an Lebensmitteln und Munition und kündigt einen Aufenthalt von 48 Stunden in seinem Marsche und eine Aenderung in seiner Marschroute auf Verdun an.

Er will nicht mehr direkt die Richtung über Mars-la-Tour und Etain, sondern nach Norden, an Haudiomont vorbei, einschlagen, wobei er sich Montmédy nähern und einen großen Umweg machen würde.

Digitized by Google

Während Hauptmann de Mornay Soult damit beschäftigt war, dieses Telegramm zu chiffrieren, in dem der Marschall dem Kaiser meldete, daß er in 48 Stunden abmarschieren werde, um zu ihm zu stoßen, erteilte Bazaine dem Obersten Lewal den Befehl, die Vorbereitungen für den Rückzug seiner Armee unter die Wälle der Forts von Metz zu treffen, in Stellungen, aus denen herauszukommen er später für unmöglich erklärte.

Wahrscheinlich gegen 4 Uhr erhielt er ein um $1^1/_2$ Uhr aufgegebenes Telegramm des Marschalls Mac Mahon aus dem Lager von Châlons, das ihm die Bildung der sog. Armee von Châlons meldete und ihn um Befehle ersuchte.

Der General de Rochebouet suchte den Marschall auf, um mit ihm über die Munitionsfrage zu sprechen. Es kam zu einer Auseinandersetzung zwischen ihnen. Der Marschall erklärte, daß ein völliger Mangel an Munition eingetreten sei, aber der General de Rochebouet gab ihm zur Antwort: „Man hat immer genug Munition, wenn man entschlossen ist, die Schlacht zu gewinnen, und hat nie genug, wenn man sie verlieren will." Dann ging der Marschall auf ein andres Thema über und teilte seinem Besucher den Inhalt der Depesche des Marschalls de Mac Mahon mit.

Eine halbe Stunde nach dieser Unterredung erzählte der General de Rochebouet ihren Verlauf den Offizieren seines Stabes, den Majoren Berge, Jamont und Dumas-Champvallier, und machte ihnen Mitteilung von der Zusammenziehung des I., V. und VII. Korps im Lager von Châlons.

Einen Augenblick riß sich der Marschall aus seinen Sorgen heraus, um folgendes Telegramm zu schreiben:

Marschall Bazaine an Frau Marschall Bazaine, Versailles.

Metz, den 17. August, 4 Uhr 25 Min. nachmittags.

„Es geht mir gut, ebenso meinen Neffen, trotz der großen Schlacht, die wir gestern den ganzen Tag über geliefert haben."

Einige Augenblicke später hatte er die Depesche des Kaisers von 4 Uhr 13 Minuten in Händen. „Teilen Sie Näheres mit. Können Sie erhalten, was Sie verlangen?" Er meinte, daß er auf die vorhin abgegangene chiffrierte Depesche hin nichts weiter mitzuteilen habe, aber um $6^1/_2$ Uhr erhielt er folgendes dritte Telegramm des Kaisers:

Der Kaiser an den Marschall Bazaine.

Lager von Châlons, den 17. August, aufgegeben um 6 Uhr 5 M. abends.

„Sagen Sie mir die Wahrheit über Ihre Lage, damit ich mich hier danach richten kann. Antworten Sie mir in Chiffern. Napoleon."

Jetzt war es nicht mehr ein Adjutant, sondern der Kaiser selbst, der die Wahrheit verlangte und der unterzeichnet hatte.

Die Zukunft Frankreichs stand auf dem Spiel. Um eine Entscheidung zu treffen, um die Armee von Châlons in Bewegung zu setzen, mußte der Kaiser

Digitized by Google

genau wissen, wie es bei Metz stand, und verlangte daher vom Marschall Bazaine, daß er ihn darüber aufkläre.

Auf dieses dringende Ersuchen hin überlegte der Marschall. Während er noch über die Antwort nachdachte, die er dem Kaiser geben sollte, wurde ihm folgendes Telegramm gebracht:

„Hast Du gesiegt? Frau Marschall Bazaine."

Die Frage seiner Frau konnte er unbeantwortet lassen, aber dem Kaiser keine Antwort zu geben, war unmöglich.

Warum sprach er sich jetzt dem Kaiser gegenüber nicht offen aus und gestand ihm nicht seinen Plan ein, sich hinter die Forts von Metz zurückzuziehen?

Es war ihm schon so schwer gefallen, den momentanen Stillstand im Vormarsch der Armee zu melden, und er hätte jetzt eingestehen müssen, daß das nur eine Ausflucht gewesen war.

Somit wollte er vor allem dem Kaiser seinen Plan verheimlichen. Aber was sollte er ihm telegraphieren?

Wie am Abend zuvor half ihm wieder der General Soleille aus der Verlegenheit. Er ließ ihm durch seinen Sekretär Romain Desfossés eine Meldung überbringen, in der er erklärte, die Vorräte des Arsenals seien gleich Null und „die Armee befinde sich in einer besorgniserregenden Not".

Da hatte er die Grundlage für seine Antwort. Er ergriff die Feder und schrieb:

An den Kaiser. Plappeville, den 17. August, 6 Uhr 30 Min. abends.

„Im Augenblick, da ich Ihre Depesche erhalte, schreibe ich an Eure Majestät. Der Major Magnan überbringt einen Brief und wird Euer Majestät alle Einzelheiten berichten, die Sie interessieren können, da mir die Berichte der Korpskommandanten noch nicht zugegangen sind."

Nachdem er in dieser Weise das Telegramm abgefaßt hatte, schrieb er den angekündigten Brief:

Sire!

„Ich habe die Ehre, Euer Majestät meine telegraphische Depesche vom heutigen Tage zu bestätigen.

Ich kann die Ziffer unsrer Verluste noch nicht wissen.

Es heißt heute, daß der König von Preußen in Pange oder im Schlosse Aubigny sei, daß er eine Armee von 100 000 Mann bei sich habe und daß außerdem zahlreiche Truppen auf der Straße nach Verdun gesehen worden seien. Ihre Avantgarde soll Fresnes und Mont-sous-les-Cotes besetzt haben.

Was dieser Nachricht von der Ankunft des Königs von Preußen eine gewisse Wahrscheinlichkeit zu verleihen scheint, ist, daß die Preußen in diesem Augenblick ... einen ernsten Angriff auf das Fort Queuleu richten ...

Was uns betrifft, so sind die Korps nicht besonders reich mit Lebensmitteln

Digitized by Google

versehen. Ich werde versuchen, solche auf der Ardennenbahn kommen zu lassen, die noch frei ist.

General Soleille, den ich in die Festung geschickt habe, berichtet mir, daß sie wenig mit Munition versehen ist, und daß sie uns nur 800 000 Patronen liefern kann, was unsre Soldaten in einem Tage verbrauchen. Ebenso ist nur eine kleine Anzahl von vierzölligen Granaten vorhanden, und schließlich erklärt er, daß die pyrotechnische Fabrik nicht die nötigen Mittel hat, um Patronen herzustellen.

General Soleille hat in Paris verlangen müssen, was zur Instandsetzung der Gerätschaften unumgänglich notwendig ist, aber wird das noch zu rechter Zeit eintreffen? ...

Wir werden alles tun, was wir können, um unsre Vorräte aller Art wieder zu ergänzen, damit wir unsern Marsch in zwei Tagen wieder aufnehmen können, wenn dies möglich ist, und ich werde die Straße nach Briey einschlagen.

Wir verlieren keine Zeit, vorausgesetzt, daß nicht neue Kämpfe meine Pläne vereiteln.

Ich sende Euer Majestät die Uebersetzung eines Schlachtbefehls, der bei einem in der Schlacht vom 16. gefallenen preußischen Obersten gefunden worden ist. Er wird Euer Majestät über die Bewegungen des Feindes während dieses Tages genau unterrichten.

Ich füge ihm einen Bericht des Generals Soleille bei, der auf die Dürftigkeit der Hilfsmittel hinweist, die die Festung Metz für die Wiederversorgung mit Munition bietet."

Der Marschall spricht nach wie vor in unbestimmten Ausdrücken: er will „den Marsch in zwei Tagen wieder aufnehmen, wenn dies möglich ist", und will „die Straße nach Briey einschlagen", gibt aber kein Ziel an.

Der Rest des Briefes ist eine Umschreibung der Berichte des Generals Soleille, worin er nicht einmal von der Ueberwachung der Bahnlinie nach Thionville spricht, die in seinem Namen dem Minister versprochen worden war.

Nachdem der Marschall diesen Brief geschrieben hatte, las er ihn sowie die beiden Berichte des Generals Soleille dem Major Magnan vor; dann übergab er ihm das Ganze für den Kaiser und beauftragte ihn, Einzelheiten über die Schlacht vom vergangenen Tage zu berichten; er sollte ihm den Mangel an Munition, an dem die Armee litt, darlegen und zum Beweise die Schriftstücke, die er überbrachte, vorlegen.

Er sollte auch den Kaiser bitten, den General Frossard abzuberufen und den Posten des Generals Jarras dem General de Cissey zu übertragen — Veränderungen, die der Marschall aus eigner Machtvollkommenheit hätte verfügen können und die den Kaiser gar nichts angingen, so daß es unnötig war, sich deswegen an ihn zu wenden. Instruktionen für den Marschall de Mac Mahon oder für die Generale de Failly und Félix Douay bekam der Major Magnan nicht mit. Obwohl diese seit dem 12. August täglich um Weisungen gebeten hatten, benutzte

Digitized by Google

Marschall Bazaine die Entsendung seines Adjutanten, der mit ihnen zusammentreffen mußte, nicht, um ihnen solche zu erteilen.

Im Prozeß von Trianon scheinen der Regierungskommissär und die Richter an eine dem Major Magnan anvertraute geheime Mission geglaubt zu haben. Wir teilen ihre Ansicht nicht. „Der Marschall hatte mich," so erklärte der Major Magnan, „nicht beauftragt, dem Kaiser mit voller Genauigkeit den Weg anzugeben, den er einschlagen würde; er hatte sich noch nicht ganz schlüssig gemacht." Wir glauben, daß diese Erklärung richtig war. Wenn der Marschall sich auch über seine Absichten dem Obersten Lewal und dem Hauptmann Yung ausgesprochen hatte, so hatte er sie doch den Offizieren seines persönlichen Stabes und besonders dem Major Magnan nicht mitgeteilt, da er sie vor allem dem Kaiser verheimlichen wollte.

Die Absicht, die den Marschall Bazaine bei der Entsendung seines Adjutanten zum Kaiser leitete, war, eine Weisung zu bekommen, die ihn ermächtigte, in Metz zu bleiben. Deshalb waren in seinen Telegrammen, seinen Briefen und in den mündlichen Mitteilungen, mit denen er den Major Magnan beauftragte, die Schwierigkeiten des Marsches nach Verdun bewußt übertrieben. Er sprach von dem Mangel an Munition und Lebensmitteln und von der Nähe der feindlichen Armeen, die unter dem Befehl des Königs vereinigt seien, um ihm bei seinem Marsch aufzulauern und ihn aufzuhalten. So hoffte er den Kaiser von der Unmöglichkeit einer glücklichen Durchführung des Rückzugs der Armee nach Châlons zu überzeugen und ihn dahin zu bringen, daß er ihm den Rat oder die Weisung gäbe, darauf zu verzichten. Ein andrer hätte offen gesprochen, hätte erklärt, daß er die Fortsetzung der Bewegung für zu gefährlich halte. Als Oberbefehlshaber der Armee war er berufen, zu urteilen und eine Entscheidung zu treffen. Wenn er für gut fand, nach Metz zurückzukehren, so war es sein Recht und seine Pflicht, das zu tun. Er brauchte nur zu befehlen. Der Monarch hatte sich vor seinem Entschluß zu beugen und durfte ihm keinen Plan aufzwingen. Aber die gewundene Natur des Marschalls Bazaine, sein Mangel an Charakter, seine Zaghaftigkeit und die Furcht vor einer Auseinandersetzung mit seinem Monarchen hielten ihn zurück.

„Ich wartete beständig," so hat er in einem der Verhöre in seinem Prozeß gesagt, „auf neue Instruktionen von Châlons, dahin lautend: Unternehmen Sie diesen Marsch nach Norden nicht, er ist gefährlich.

Der Major Magnan hatte dem Kaiser meine Pläne in dieser Hinsicht dargelegt, und ich verblieb bei denselben Absichten, bis man mir gesagt hätte: Marschieren Sie nicht weiter.

Ich glaubte, daß der Kaiser, wenn er den Plan — des Marsches nach Norden — mißbilligte, mir neue Instruktionen schicken würde."

Wenn der Kaiser in den Telegrammen und den Briefen des Marschalls Bazaine den innersten Kern seiner Gedanken, wie er sie in seinem Prozesse ausgesprochen hat, durchschaut hätte, so würde er ihm folgendermaßen geantwortet

Digitized by Google

haben: „An Ihnen ist es, zu entscheiden, Sache des Oberkommandierenden ist es, Befehle zu erteilen, und er allein hat die Verantwortung."

Nachdem Bazaine dem Major Magnan die notwendigen Erklärungen gegeben hatte, ließ er in seiner Gegenwart an den Minister die Abschrift der Meldungen über den Mangel an Munition absenden, sodann telegraphierte er an Napoleon III.:

8 Uhr 15 Min. abends.

„Wie ich in meiner letzten Depesche Eurer Majestät mitteilte, reist Major Magnan heute abend ab, um Eurer Majestät einen Brief zu bringen und Ihnen mündlich mehr Einzelheiten zu berichten, als dieser enthält."

Der Major war schon auf dem Wege zum Bahnhof von Devant-les-Ponts, von wo er mit Sonderzug abreisen sollte, als um 8½ Uhr Marschall Bazaine den Intendanten de Préval rufen ließ.

Beide kannten sich seit der Expedition von Kinburn, bei der der Marschall Befehlshaber des Expeditionskorps und de Préval Chef der Intendantur gewesen war. Sie waren sich bei dieser Gelegenheit näher gekommen und hatten seitdem immer in freundlichen Beziehungen zueinander gestanden.

Der Intendant de Préval, ein Mann von stattlicher Erscheinung, mit schönen Gesichtszügen und klarem, offenem Blick, fand sich gegen 9 Uhr im Hauptquartier ein.

„Der Marschall vertraut mir," so spricht er sich in seinen Aufzeichnungen aus, „zum erstenmal seinen Plan an: nicht mehr nach Verdun, sondern in nördlicher Richtung gedenkt er aufzubrechen; er befiehlt mir, in Thionville, nötigenfalls in Châlons, wobei ich Longuyon, Montmédy und die verschiedenen Punkte der Ardennenbahn zu berühren hätte, alles, was ich an Brot und Zwieback auftreiben kann, zu nehmen. Er bezeichnet mir Longuyon als Konzentrationspunkt, wo er mir soviel Vorräte als nur möglich anzusammeln befiehlt.

Er erinnerte sich ohne Zweifel nicht mehr an die Unterredung vom vorhergegangenen Tage mit dem Chefintendanten Wolf, den er mit der gleichen Mission betraut hatte, wie er sie mir auftrug, aber ich kannte diese Tatsache damals nicht.

Ich begnügte mich, ihn zu bitten, einiges Gepäck mitnehmen zu dürfen. ‚Nein, die Sache ist sehr eilig, ich habe ein Pferd für Sie bereithalten lassen, es erwartet Sie im Hof, reiten Sie rasch zum Bahnhof Devant-les-Ponts, dort werden Sie meinen Adjutanten Leopold Magnan treffen, er fährt zum Kaiser, Sie können mit ihm fahren.'"

Dann fiel ihm ein, daß Marschall Canrobert ihm geschrieben und ihn um Lebensmittel gebeten hatte; er beauftragte daher den Intendanten, vor seiner Abreise die nötigen Befehle zu geben, um diesem Verlangen zu entsprechen.

In Eile verständigte sich der Intendant de Préval mit seinen Assistenten Mony und Gaffiot über die während seiner Abwesenheit zu ergreifenden Maßregeln, setzte sie in Kenntnis von den an den Minister gerichteten Bitten und brach auf, nachdem er ihnen die drei folgenden Schreiben diktiert hatte:

Digitized by Google

I. An die Armeekorpsintendanten.

„Die Armeekorpsintendanten haben sich künftig in Metz mit Proviant zu versorgen.

Der Minister ist um neue Proviantsendungen über die Ardennen gebeten worden.

Lassen Sie Ihrerseits so viel Brot wie möglich backen. Ich bedarf Ihrer ganzen Mithilfe.

Die Ladung der in Ban Saint-Martin eingelaufenen Hilfszüge soll gleich an die Armee verteilt werden. de Préval.

II. Der Chefintendant an den Unterintendanten in Mézières und an die Platzkommandanten in Sedan, Longwy und Montmédy.

„Lassen Sie alles, was Sie an Brot, Zwieback, Reis, Kaffee, Zucker, Salz, Branntwein bekommen können, nach Longuyon senden, so daß es morgen abend dort ist, und teilen Sie dem Bürgermeister von Longuyon mit, was er bekommen muß."

III. An den Bürgermeister von Longuyon.

„Ich beauftrage die Herren Platzkommandanten von Sedan, Mézières, Longwy und Montmédy, alles, was sie an Brot, Zwieback, Zucker, Kaffee, Reis und Branntwein auftreiben können, nach Longuyon zu senden, so daß es morgen abend dort ist, und Ihnen telegraphisch mitzuteilen, was Sie zu erwarten haben. Ich bitte Sie, alle zur sofortigen Inempfangnahme dieser Lebensmittel notwendigen Maßregeln zu treffen."

Schließlich wurde ausgemacht, daß der Quartiermeister Pritallat am nächsten Morgen 35 000 Rationen für das VI. Korps nach St. Privat schaffen lassen solle.

Der Intendant de Préval betrachtete seine Mission als geheime; er sprach mit seinen beiden Kollegen nicht weiter davon und machte auch auf seiner Fahrt dem Major Magnan keine Mitteilungen darüber, der ebenfalls seinerseits stumm blieb.

Gegen 9 Uhr händigte der Postdirektor Desgranges dem Marschall Bazaine einen ziemlich beträchtlichen Stoß von Depeschen und Briefen, die von Verdun gekommen waren, ein. Der Kurier Metzinger hatte sie am Tage vorher, am 16. August, um 5 Uhr nachmittags bekommen und sie heute zur gleichen Stunde nach Metz gebracht.

In einer dieser Depeschen ersuchte General Margueritte um Befehle, und in einer andern meldeten die Intendanten Vigo-Roussillon und Richard, daß sie in Verdun so viel Vorräte aufgestapelt hätten, daß eine Armee mehrere Tage lang davon ernährt werden könne.

Kurz danach wurden dem Marschall verschiedene Nachrichten über den Feind überbracht. Der Oberstleutnant Saint-Cyr Nugues berichtete ihm, er habe aus dem Walde von Gorze eine Anzahl deutscher Bataillone in der Richtung auf Rezonville vormarschieren sehen. General Frossard teilte ihm mit, daß „der

Digitized by Google

Uebergang von 40000 Deutschen auf das linke Ufer der Mosel bei Ars gemeldet werde", und der vom Marschall Leboeuf entsandte Major Lenfumé de Lignières berichtete gegen 11 Uhr nachts, er habe festgestellt, daß Gravelotte von den Deutschen besetzt sei, und es habe ihm geschienen, daß sie dort Verschanzungen aufwürfen.

Aerzte und Mitglieder des Roten Kreuzes waren im Laufe des Abends zurückgekehrt, nachdem sie in Vionville, Rezonville und Gravelotte gewesen waren; nach ihren Aussagen konzentrierte sich die Armee um Vionville.

Unterdessen wurde dem Marschall von Metz aus folgendes neue Telegramm des Kaisers zugestellt: „Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Erfolg. Ich bedaure, nicht dabeigewesen zu sein. Danken Sie in meinem Namen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten. Das Vaterland spendet ihren Leistungen Beifall.

Napoleon."

Um 9 Uhr 35 Minuten überbrachte eine Ordonnanz dem Marschall ein weiteres Telegramm des Ministers:

„Den 17. August 5 Uhr 5 Min. nachmittags.

An den Marschall Bazaine in Verdun oder in Metz. Nachsenden.

Heute morgen um 4 Uhr ist in Verdun ein Zug mit 1200000 Chassepotpatronen unter der Führung des Majors Porte angekommen. Es befindet sich dort ein Zug des Majors Aubert mit 8000 vierzölligen, 720 zwölfzölligen Granaten und 340920 Chassepotpatronen. In Verdun ist reichlich Zwieback vorhanden, und ich lasse die Sendungen fortsetzen."

Um 11 Uhr abends erhielt der Marschall die Meldung von der Absendung dreier Munitionszüge.

Der Marschall legte sich schlafen, nachdem er mit seinem Plan fertig geworden war; er wollte sich mit der Armee in das verschanzte Lager zurückziehen. Er wollte dem Feinde seine Bewegungsfreiheit lassen und ihm das Land preisgeben; seine Nachschublinie, deren er dringend bedurfte, würde abgeschnitten werden — mochte es sein, aber im Schutze der Festung Metz würde er unbesiegbar sein, und das genügte ihm.

Er glaubte es so eingerichtet zu haben, daß, scheinbar ohne irgendein Verlangen seinerseits, der Kaiser ihm den Rat geben würde, in Metz zu bleiben. Auf diese Weise konnte er jede Verantwortung für die künftigen Ereignisse ablehnen.

In Ermangelung einer Weisung des Kaisers konnte er sich durch die Mitteilungen zweier seiner Unterführer, der Generale Soleille und Coffinières, decken, die ihm erklärt hatten, daß die Armee keine Munition mehr habe, um eine Schlacht zu liefern, und daß die Stadt Metz sich würde ergeben müssen, wenn die Armee sich von ihr entfernen würde. (Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Machiavellistisches in der modernen Diplomatie und den letzten politischen Ereignissen

Von

Senator O. Tommasini (Rom)

Infolge der gesteigerten Kultur und jener bewußten Offenheit, die eine den vorgeschrittenen Zivilisationen erlaubte List ist, will man heutzutage nicht mehr von Machiavellismus sprechen, weder als dem wesentlichen Inhalt oder dem Resultat der Lehren Machiavellis, noch mit Bezug auf die gewundenen Wege der Tagespolitik, wiewohl ihm irgendeine letzte Zuflucht, irgendein Schlupfwinkel in den journalistischen Polemiken noch nicht ganz versagt wird. Das heißt nicht schon, daß die Kritik der Tagesvorgänge vorurteilsfreier geworden wäre, als sie es in der Vergangenheit war, oder daß man jetzt seltener, wenn nicht mit besserem Verständnis, die Schriften des großen florentinischen Sekretärs zitiere. Nein, er ist wirklich ganz und gar nicht aus der Mode gekommen. Das beweisen die Bücher, die Broschüren, die Kommentare, die fortwährend über ihn erscheinen, die vielen Uebersetzungen seiner Schriften, die veranstaltet werden, und erst in neuester Zeit bewiesen es besonders die Hinweise auf ihn anläßlich der Ereignisse, die den jetzt beendigten Krieg in Nordafrika einleiteten und begleiteten.

Wenn trotzdem der sog. „Machiavellismus" verschwindet, so ist das wohl in unsern Tagen besonders auf zwei Tatsachen zurückzuführen, die sich unmöglich verkennen lassen. Die eine ist die, daß Machiavelli geschichtlich bedeutend besser bekannt ist als früher, daß er nicht mehr als die phantastische und symbolische Personifikation der Politik betrachtet wird, ganz ebenso wie Aristoteles, „der edle Weise, der alles wußte", nicht mehr als die Philosophie in Person aufgefaßt wird, ohne daß dies die wissenschaftliche Berühmtheit beider beeinträchtigen würde. Die andre Tatsache ist die, daß sich seit einiger Zeit kein wirklicher „Leader" der europäischen Politik mehr zu zeigen scheint, dessen Gebärde, dessen Haltung, dessen Stirnrunzeln die Lose der internationalen Politik auf der Wagschale plötzlich steigen oder sinken läßt. Ein so bequemes Phantom steht sogar den Börsenspielern nicht mehr zur Verfügung. Es gibt keinen einzigen Weisen, keinen einzigen Machthaber, von dem man erwartet, daß er die Zügel anzieht oder lockert, gutes oder schlechtes Wetter macht, wie er will; und selbst Toren sehen ein, daß, wenn einmal ein Gewitter kommt, es ein schweres und nahes sein wird, und müssen sich dagegen sträuben, es nach Belieben oder mit leichtem Herzen zu entfesseln. Es fehlt ein Napoleon, ein Bismarck, ein Mutsuhito, und es scheint auch kein Ollivier in unserm Gesichtskreis zu sein. Es gibt keinen Eduard VII. mehr, der während seiner kurzen, ränkevollen Regierung erkannt hatte, welche inneren und äußeren Krisen England bedrohen, und die ersteren nach

Digitized by Google

den von Machiavelli empfohlenen Ratschlägen des Niccolò da Uzzano[1]) zu verzögern strebte, gegen die letzteren jene Tripelentente ins Leben rief, gegen die Frankreich vielleicht spät, aber zuerst mißtrauisch wurde. Oesterreich-Ungarn paßt sich vorsichtig den Aenderungen seiner Richtung an, mit beharrlichem Eifer, aber auch mit jener Unsicherheit, die ihm die Schwierigkeit seines Programms, die Wahrnehmung der nicht häufigen und nicht gerade bequemen Gelegenheiten, die heterogene Natur seiner Bestandteile verursachen. Auf der Balkanhalbinsel wandten die kleinen Könige ihren Völkern alle Sorgfalt zu, bis sie sie entfesselt mit dem Hinweise, daß die andern drauf und dran seien, sich gegen sie aufzulehnen. An einzelnen Hindeutungen auf die machiavellistischen Künste des Koburgers fehlte es schon früher nicht; wir haben sie an andrer Stelle registriert. Und auch jetzt sitzen nach Hanotaux „am grünen Tische des Schicksals der gewandte Koburger und der mächtige Hohenzoller einander gegenüber".[2]) Doch der Kaiser des wahrhaft mächtigen und großen nationalen Deutschen Reiches hat nicht die weltbeherrschende Stellung eines Cäsar. Er verbindet bisweilen in genialen Zügen manche Eigenschaften des königlichen Philosophen von Sanssouci, seines Vorfahren, mit idealistischen Vorstellungen. Doch verkörpert er die Nation und die Rasse in wahrhaft würdiger Weise, erhält sie bei hoher Gesinnung, wahrt und schützt ihre Rechte mit aller Entschiedenheit, versteht energisch aufzutreten und auch ohne sich etwas zu vergeben, wie es wenige Monarchen verstanden haben und verstehen; und vor allem will er, obwohl er die Macht hätte, Krieg zu führen, doch jenen Frieden nicht erschüttern lassen, den trotz aller Reizung Fürst Bismarck mit wunderbarer Geisteskraft dem widerstrebenden Europa aufzwang und auf Dezennien hinaus festschmiedete. Die Haager Konferenz scheint zu nichts anderm gut gewesen zu sein, als daß man ausrufen muß: „Il faut choisir entre Machiavel et Gribouille."[3]) Von Machiavellismus hörte man in der kretischen Frage in diesem letzten Stadium mit Recht nicht mehr sprechen. Die Bilanz der Tripelentente kam, der des Dreibundes gegenübergestellt, schließlich, wie wir schon erwähnt haben, selbst den Franzosen nicht ganz geheuer vor. Und derjenige ihrer hervorragendsten Staatsmänner, der sich an den besten Ueberlieferungen der Geschichte, an den besten im Leben und am Ministertisch gesammelten Erfahrungen gebildet hat, so daß ihm die Illusionen fast fremd geworden sind, nahm keinen Anstand, sich dahin auszusprechen, daß die Mächtegruppe England, Frankreich und Rußland nicht mehr fest genug miteinander verbunden sei, um jede Probe bestehen zu können; sie stütze sich auf vorsichtig abgefaßte Formeln, die nicht zu allzuviel verpflichten und sich in den Schleier des Geheimnisses hüllen, aber doch nicht gegen Sorgen und Zweifel schützen. „Die Idee der ‚Entente cordiale'," schreibt er, „ist nicht französisch, sie ist englisch und stammt von Chamberlain. Die Entente hat nicht die Eigen-

---

[1]) Machiavelli, Discorsi I, 35; Hanotaux, La politique d'équilibre. Paris 1912, S. 205.
[2]) Hanotaux, l. c., S. 167.
[3]) Hanotaux, l. c., S. 16.

Digitized by Google

schaften eines festen Vertrages zwischen den beiden Ländern. Bloß die förmlichen und unterzeichneten Abkommen betreffen die Kolonialpolitik, besonders Marokko. Die englische Diplomatie selbst hat sie so gefaßt, daß sie sich damit die größten Vorteile und Garantien in Marokko, Gibraltar und Aegypten sichert. Es heißt, es sei ein Vertrag vom Jahre 1905 vorhanden. Was ist dieser Vertrag? Niemand weiß etwas darüber. Wer kann aber das System der Geheimhaltung, das in einem monarchischen Regime zulässig sein mag, wenn eine Dynastie oder ein Fürst die Bewahrer des Vertrauens der Nation sind, einem demokratisch regierten Lande mit absetzbaren Ministern und Präsidenten aufzwingen?" [1]) Die mißliche Lage der wortreichen Demokratie in Fragen der auswärtigen Politik gegenüber der Zurückhaltung der nationalen Monarchien, mit denen sie Arm in Arm vorzugehen vorgibt, könnte nicht mit größerer Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden. „Bei allen diesen Machenschaften," fährt Hanotaux fort, „hat England das Amt eines Bahnbrechers, eines Vermittlers, eines ‚ehrlichen Maklers' ausgeübt." Und als Folge dieser Politik, die er keinen Anstand nimmt, beklagenswert zu nennen, sieht er es an, daß zur Entschädigung für ein unsicheres Sichfestsetzen Frankreichs in Marokko ihm im Norden Spanien, im Osten Italien als Nachbar auf den Leib rückt und überdies im Innern England und Deutschland ihm als Mitarbeiterinnen zur Seite gehen, so daß es sich in Afrika geradezu von allen Seiten eingeengt vorkommt.

Doch diese Beengtheit, diese Besorgnis kommt von der betörenden Wirkung einer Formel: daß das Mittelländische Meer, von dem Frankreich weder den Zugang noch den Ausgang beherrscht, nur ein französischer See sein dürfe; daß sich zur afrikanischen Küste drüben nichts von dem, was ihr an der europäischen Küste gegenüberliegt, vorstrecken oder sich dort spiegeln dürfe, wie es die schönen Formen von Ingres' „Quelle" tun, die umgekehrt von dem zu ihren Füßen fließenden Wasser zurückgestrahlt werden. England freilich beteiligt sich an der Voraussetzung dieser Formel nicht und schweigt, und es ist nicht die einzige unter den europäischen Nationen, die so darüber denkt und schweigt. Anderseits haben die Verdienste, die Frankreich in der Geschichte der menschlichen Zivilisation sich erworben hat, die außerordentlichen Reichtümer, die es durch Arbeit, Sparsamkeit und regen Handelsverkehr aufhäuft, die natürliche Raschheit und Spannkraft seines Geistes, sein lebhaftes Verlangen, die Waffen immer in Uebung und das Pulver trocken zu halten, das Bewußtsein, ein ausgezeichnetes Heer und eine starke Seemacht zu besitzen, es zu kolonialen Unternehmungen verlockt und angetrieben, die in der Ferne begannen und zu ganz nahen wurden; sie waren anfangs ein Ausfluß überschäumender Kraft und ein Ableitungsmittel; dann wurden sie verlockend, herausfordernd, bedrohlich. Seine historischen Traditionen schienen Frankreich dazu anzutreiben. Als Ludwig XIV. im Jahre 1672 sich rüstete, Holland zu erobern, riet ihm Leibniz, es nicht auf seinen uneinnehmbaren Deichen anzugreifen, sondern ihm durch Besetzung Aegyptens die große

[1]) Hanotaux, La politique d'équilibre, S. 296, 314, 661 usw.

Digitized by Google

Handelsstraße nach Indien zu sperren und abzuschneiden. Derselbe Vorschlag wurde Ludwig XV. und Ludwig XVI. gemacht. Auch Napoleon machte ihn im Jahre 1797 dem Direktorium, aber nicht mehr, um Holland zu vernichten: „Pour détruire véritablement l'Angleterre, il faut nous emparer de l'Égypte.“[1]) So nahm der große Korse Malta, das dann an die Engländer kam und für sie der Eckstein der Koalition gegen ihn wurde, so daß sie es später nach den Verträgen von 1815 behielten, als alles wiederhergestellt, erneuert und zurückgegeben werden zu müssen schien. Wem hätte man Malta wiedergeben sollen? Den Malteserrittern? Wo waren sie und was waren sie? Uebrigens hatte die auswärtige Politik Frankreichs niemals Mangel an Programmen, und bei ihren Aenderungen läßt sich öfter die Wirkung der geographischen Lage Frankreichs in Europa beobachten, die es mehr dazu nötigt, als die Raschheit seiner Erkenntnis und der Ueberfluß an Mitteln, die es ihm ermöglichen, die veränderten Programme rasch zu verwirklichen und plötzlich den Kurs zu ändern.

Als Machiavelli seinerzeit über das Wesen der Franzosen schrieb, „daß sie den gegenwärtigen Nutzen und Schaden höher achten als die Erinnerungen der Vergangenheit oder den Vorteil der Zukunft“, schrieb er mit Bitterkeit; er schrieb die Wahrheit, aber er suchte die Ursache mehr in den Menschen als in den natürlichen Koeffizienten, die zu Aenderungen in den Entschlüssen oder im Kurse veranlaßten. Für Frankreich war es nicht selten ein Gebot der Selbsterhaltung, die Entwicklungsprozesse der Nationen, inmitten deren es lebte, zu stören, wenn es in ihrer Entwicklung eine Schädigung oder eine Gefahr für sich selbst kommen sah. Doch als es sich nicht in die engen Bande des europäischen Zusammenlebens eingezwängt fühlte, als es frei auf die fernen unendlichen Ozeane hinausfuhr, leitete es Ströme von Zivilisation, von seinen Lebensformen, von Reichtümern dorthin, die wie das Parfüm einer eleganten Frau waren, die auf der Straße vorübergeht und die weiß, daß sie im Vorübergehen einen stärkeren Eindruck machen wird als bei längerem Verweilen. Und in der Tat hat Frankreich ruhmvoll seinen Platz in den Blättern der Geschichte und in der Tradition der Völker behauptet. In Westindien hatte es früher ein vollständiges Uebergewicht über England. Die französische Hälfte der Insel Haiti allein, schreibt Mahan, war mehr wert als das ganze englische Westindien, und der französische Zucker und der französische Kaffee verdrängten den englischen von allen europäischen Märkten. Doch die nach dem spanischen Erbfolgekrieg erfolgte Abtretung von Neufundland und Neuschottland leitete den vollständigen Verlust von Kanada ein. Der schwermütige Anfang der Einleitung zu Chateaubriands „Atala“ gibt das lebendige Gefühl für das, was Frankreich ehemals in Amerika ruhmvoll errang und verlor, wundervoll wieder. Nichts kann das köstliche Gepräge, das die französische Kultur jenen Ländern jenseits des Ozeans gegeben hat, besser zeichnen und verewigen als die zarte Novelle des Verfassers der „Martyres“. Ebenso lebt in Pierre Lotis „Indien ohne die Engländer“ —

[1]) D. Lacroix, Bonaparte en Égypte (Paris, Garnier 1899).

Digitized by Google

die in Wirklichkeit dort sind — das Andenken und der Ruhm Dupleix' fort, die in der Kolonie Pondichéry verblaßt sind, wo der elegante französische Schriftsteller noch den hinreißenden Zauber des Vaterlandes spürt, den nichts ersetzen kann — jenen Zauber, den für ihn die großen französischen Kolonien des äußersten Ostens, allzu neu und ohne Vergangenheit wie sie sind, noch nicht besitzen. In Pondichéry rührt ihm der Hausrat aus dem achtzehnten Jahrhundert das Herz, „der auf dem Wege über das Kap der Guten Hoffnung hingekommen ist, als man noch nicht an den Verkehr über Aegypten dachte". Doch es ist nicht zu bezweifeln: binnen kurzem werden auch die neuen Kolonien des äußersten Ostens ihre Vergangenheit haben, und der Kanal durch die Landenge von Suez wird, wenn er auch in den Händen der Engländer ist, für alle Zeit zu den schönsten Ruhmestiteln Frankreichs gehören, das mit schönerer Befriedigung als sie in der bekannten Klage Virgils liegt, stolz zu sich sagen kann: Nos non nobis.

Uebrigens ist nicht gesagt, daß aus den hochherzig vollbrachten Opfern nicht bisweilen ferne und unerwartete Vorteile entspringen. Das politische Leben ist nicht ganz und gar zu Formeln kondensiert, und trotz des Verlustes der früheren Besitzung hat Hanotaux selbst[1]) noch kürzlich aus dem Innern der kanadischen Seele manchen Funken jenes heiligen Feuers hervorzulocken gewußt, das die französische Nation dort unter der Asche zurückgelassen hat. Mit Recht war er stolz darauf, als Minister das erste Abkommen unterzeichnet zu haben, das die leider mehr als hundert Jahre lang unterbrochenen Beziehungen zwischen Frankreich und jenem Lande wiederherstellt. Und ein Autor, der jetzt anläßlich des Buches von Lord Cromer[2]) die Ursachen historisch erforschte, aus denen Frankreich, nachdem es den Kanal von Suez gegraben hatte, diesen und Aegypten verloren hat, kommt zu dem Schluß, daß wirklich England, um in seinen alleinigen Besitz zu gelangen, sich nicht „aller machiavellistischen Anschläge, die wir ihm zuschreiben",[3]) bediente; und daß selbst Blunt, der Verfasser der „Secret history of the English occupation of Egypt", ein Bewunderer Arabi-Paschas und Anhänger der Unabhängigkeit dieses Landes, nicht der Mann war, das Spiel „der Machiavells von Downing Street" mitzumachen, zu denen jedenfalls der alte Lord Granville nicht gerechnet wurde, „ein großer Herr, liebenswürdig, stocktaub, im höchsten Grade bequem". Machiavellistisch erschien dagegen die Politik Lord Dufferins bei den beharrlichen, geduldigen, schlauen Verhandlungen mit der Türkei über Italien, als dieses von England aufgefordert wurde, mit ihm in Aegypten zu intervenieren.[4]) Lord Cromer hat offen alle die guten Gründe beleuchtet, aus denen Italien am 28. Juli 1882 klugerweise diese Aufforderung ablehnte. Ebenso logisch erscheint dasselbe Dilemma Cromers, als

[1]) L. c., S. 233.

[2]) Lord Cromer, Modern Egypt (2 Bände).

[3]) D. Pasquet, Comment la France a perdu l'Egypte, in der „Revue Historique", Januar-Februar 1911, S. 29 und 34.

[4]) Lord Cromer, l. c. I, 309.

Digitized by Google

er, in der Annahme, daß die Engländer sich nie wieder aus jenem Lande zurückziehen würden, entweder die ägyptische Frage in ihrer ganzen Bedeutung sich wieder aufrollen sah oder den Uebergang zu einer Annexionspolitik oder etwas Aehnlichem für notwendig hielt.[1]) Zu etwas Aehnlichem! — Das waren die Protektorate, die jetzt aufkamen.

Protektorate hatten schon früher zu entstehen begonnen, aber in der Ferne und fast unbemerkt; jetzt kamen sie in nächste Nähe und wurden greifbar. England hatte sich begnügt, den Khedivi-Misr gegen einen Volksaufstand zu schützen und im ägyptischen Ministerium einen Finanzbeirat zu haben, ohne dessen Mitwirkung kein Beschluß in Finanzangelegenheiten Gültigkeit hatte. Dann übernahm Frankreich die Schutzherrschaft über Tunis, und davon soll hier nicht weiter die Rede sein. Doch der Appetit nach Protektoraten wächst mit dem „Schützen", und so wurde das Protektorat über Marokko vorbereitet, in dem Frankreich selbst schon seit 1894 sich das ausschließliche Jagdrecht vorzubehalten schien.

Was ist ein Protektorat? Das wohlwollende Wort, mit dem man die Sache bezeichnet, ist vortrefflich geeignet, die Zweideutigkeit zu begünstigen. Das Protektorat ist ein Zustand der Dinge, der neue Verhältnisse herbeiführt und bekräftigt unter dem Anschein, als ob er die Rechtsverhältnisse unbeeinträchtigt ließe. Es setzt natürlich einen Protektor, einen Schutzherrn voraus, der durch seine erdrückenden Machtmittel jeden Widerstand ausschließt; einen Schutzbefohlenen, der infolge des Bewußtseins seiner Schwäche sich darein fügt, es zu sein, sofern nur die Formen gewahrt werden; endlich eine Zwischenperson, die nach Belieben den Titel Emir, Wali, Khedive oder Sultan führen kann, und dem gegenüber man bei Gelegenheit jenen Standpunkt einnehmen kann, den „Statesman's Yearbook" in bezug auf Nordnigeria mit folgenden Worten vertritt: „Sollte der bisherige Emir das neue Regime nicht anerkennen wollen, so werden an seine Stelle neue, vom Volke anerkannte Emire derselben Dynastie gesetzt werden."

Nun will aber eine Schutzherrschaft ihrem Wesen nach vor allem ausschließlich und sicher sein. Sie wird nicht mit Sicherheit ausgeübt, wenn andre Bewerber, andre in nächster Nähe befindliche, sich einmischende Schutzherren sie flankieren; wenn in dem Schutzbefohlenen das Gefühl seiner Machtlosigkeit fehlt oder nicht zutage tritt; wenn jene Zwischenperson, ein Khedive, Emir oder dergleichen, nicht vorhanden ist, die die unentbehrliche und vermutlich unzuverlässige Marionette darstellt; wenn die eventuellen Mitbewerber aus dem Protektorat ein Versteigerungsobjekt zu machen suchen; oder endlich, wenn die Grenzen der nächsten Protektorate nicht genau festgelegt sind und daher Grenzfragen entstehen, so daß der eine dem andern zurufen kann: Du trübst mir das Wasser!

Heutzutage ist die Form des Protektorats als unfruchtbare Zwitterform anerkannt. „Die Schutzherrschaft," schreibt Hanotaux selbst, „ist nur ein Wort,

[1]) Lord Cromer, l. c. II, S. 356.

Digitized by Google

wenn ihr nicht eine tatsächliche Ueberlegenheit zur Seite geht; und sie besteht nicht, wenn der Schutzherr nicht in der Lage ist, seine Autorität mit Gewalt zur Geltung zu bringen." Der Plan eines Protektorats über Marokko erscheint selbst Hanotaux bei den Verhältnissen, wie sie gegenwärtig bestehen, geradezu unausführbar.[1]) Selbst Franzosen, Bürger von Toulouse, eiferten kürzlich bei einem Vortrage Sabatiers über Marokko aufs heftigste gegen das Protektorat, „das die Solidarität der Republik mit dem Despotismus des Sultans zur verderblichen Folge haben und notwendig zu einem unheilvollen Kriege führen würde."[2]) Das nicht weit zurückliegende Beispiel der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn, durch die eine vorausgegangene zweideutige Tatsache eine formelle Anerkennung erfuhr, machte es sonnenklar, daß die Protektorate nur einen vorübergehenden und unaufrichtigen Zustand darstellen, den man nicht auf die Dauer beibehalten kann.[3]) Es ist daher nicht zu verwundern, daß Italien, als es genötigt war, mit den Waffen Libyen zu erobern, das der Kalif von Konstantinopel, wie Machiavelli gesagt haben würde, „nur dem Namen nach besaß", ausdrücklich jene Bastardform des Besitzes ausschloß und jene Mittelmeerküste, in deren Wasser es sein eignes Bild lebendig widergespiegelt sieht, offen annektiert hat. Als es sich zwischen England und Frankreich an diesen selben Küsten niederließ, wollte es sich als Freund in einer von Zweideutigkeit freien Lage, in einer wirklichen Gleichgewichtslage befinden.

Gegenwärtig ist schlecht vom Gleichgewicht zur See reden. Mit dem im Mittelmeer hat sich Hanotaux befaßt, Loiseau mit dem im Adriatischen Meer; und Pinon bemerkt mit der ihm eignen Feinheit, daß jenes Gleichgewicht, über das man so viel grübelt und schwatzt, oft nur ein „équilibre à un seul" sei.[4]) Diese Art von adriatischem Gleichgewicht „à un seul" würde das Ziel des heutigen italienischen Irredentismus werden, um ganz und gar zum Schaden Oesterreichs und der Gegenden, die auf dieser Seite Italien gegenüberliegen, auszuschlagen, wodurch im Mittelländischen Meer das „équilibre à un seul" ganz auf Frankreich übergehen würde, als ob England und Spanien, ebenso wie Italien, dort keine Interessen und Rechte zu schützen und zu verteidigen hätten. Frankreich — um einen Blick auf die Geschichte zu werfen — fühlt sich hier durch Marseille als Erbe des Hellenismus, durch die romanische Sprache, die es spricht, als Erbe Roms, und durch Biserta als Erbe Karthagos. Doch dies mag weniger als eine Konkurrenz wie als ein ererbter Kampf um *την κατὰ θάλατταν ἀρχήν* erscheinen. Ultramachiavellistisch dagegen findet Pinon die Politik, die er Italien zuschreibt:[5]) „Die revolutionären Traditionen und die

[1]) Hanotaux, La politique d'équilibre, S. 47 bis 48.

[2]) R. Pinon, L'Empire de la Mediterranée, S. 185.

[3]) Th. Barclay, The Turk-Italian War and its problems. London 1912, S. 76.

[4]) Ch. Loiseau, L'équilibre adriatique: L'Italie et la question d'Orient. — R. Pinon, op. cit. S. 53.

[5]) Pinon, op. cit. S. 64: „Par une politique souple et adroite, dont Machiavel aurait admiré les ressorts."

Digitized by Google

antiklerikalen Leidenschaften benützen, um die französische Regierung zu kirren, dabei aber zugleich im Orient das alte Frankreich aus seinem Amt als Schützer des Katholizismus verdrängen und Bundesgenosse des Deutschen Reiches und Bürge des Frankfurter Friedens bleiben; den Dreibund als wirksamen Schutz aufrechterhalten und zu gleicher Zeit auf der Balkanhalbinsel dem österreichischen Einfluß entgegenwirken; auf eine Annäherung an Rußland hinarbeiten und eine Politik treiben, die darauf zielt, das Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel zu stören und den durch das österreichisch-russische Abkommen garantierten Statusquo umzuwerfen; von England die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer erwarten und zu gleicher Zeit die Besetzung Tripolitaniens mit Zustimmung Frankreichs vorbereiten; das jakobinische Frankreich zu einem Kampf gegen das Papsttum antreiben, in dem es das Protektorat über den Orient und eines der Elemente seiner auswärtigen Macht verliert, und zu gleicher Zeit sich davor hüten, in Italien religiöse Kämpfe hervorzurufen, um sich in der Welt bei Gelegenheit zum interessierten Beschützer des Papsttums aufzuwerfen — das sind einige Züge, die die raffinierte Schlauheit der Italiener zu verbinden weiß, um die allergeschickteste und allerraffinierteste Politik zu treiben." Das wäre nichts weniger als der gegenwärtige Machiavellismus Italiens. Doch Italien würde unbescheiden und unaufrichtig sein, wenn es dieses schneidende Lob in allen seinen Einzelheiten akzeptierte. Für das zum mindesten, was das ausschließliche Werk Frankreichs ist, gebührt ihm weder das Verdienst einer Sirene noch das eines Mephisto, das ihm Pinon zuerkennt. Die Besetzung Tripolitaniens beruhte auf einem Abkommen mit Frankreich; dieses war durch Erklärungen des Ministers sanktioniert worden, die Pinon selbst „retentissantes" fand, und war eine Gegenleistung. Vermutlich bezweifelte man, daß Italien davon Gebrauch machen würde; als es dies wirklich tat, erschien es als etwas Unglaubliches, und als das Unternehmen glückte, tat man, als ob man bedenklich würde. Hanotaux fragte sich, ob der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter, als er den „Panther" nach Agadir schickte, „das Unwetter von Tripolis mit all seinen Folgen"[1]) vorhergesehen habe — ein Unwetter, das nach seinem Urteil zugleich das Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel und das im Mittelmeer in Gefahr brachte. Doch solches Geschrei, solche Alarmrufe beim Eintreten unerwarteter politischer Ereignisse sind nichts Neues und dauern nicht lange. Auch als im Jahre 1764 Korsika durch verschleierte Abtretung in die Hände Frankreichs überging, gerieten Burke und Sir Charles Saunders in Aufregung und alarmierten England. Und der alte Admiral Saunders entblödete sich nicht zu erklären, daß es besser sein würde, ohne weiteres Krieg mit Frankreich anzufangen, als sich damit einverstanden zu erklären, daß es von der Insel Besitz ergreife.[2]) Doch die Aeußerungen dieser angesehenen Männer hatten damals kein Glück, bekamen auch nachher keine Geltung und fanden kein Echo. Die Insel kam an Frankreich und ist noch heute

[1]) Hanotaux, La Politique d'équilibre, S. 397 und 443.
[2]) Mahan, S. 335.

Digitized by Google

in dessen Besitz; aber das Gleichgewicht im Mittelländischen Meer scheint nicht darunter gelitten zu haben. Ganz ebenso wird es wahrscheinlich mit dem annektierten Tripolitanien gehen, und auch das Gewebe des Friedensvertrags zwischen der Hohen Pforte und Italien wird, so neu und kompliziert es vielleicht den Diplomaten erscheinen mag, nicht mit Recht „machiavellistisch“ [1]) genannt werden.

Wenn auch Frankreich eiligst seine ganze Flotte im Mittelmeer zusammengezogen und dort gewissermaßen auch den Schutz der ihm nicht anvertrauten britischen Interessen übernommen hat, so hat es sich nach diesem ersten Impuls rasch wieder beruhigt. Es hat gemerkt, daß es sein Inneres und seine Waffen mehr als nötig war, entblößt hat.

Italien hat bei der traurigen Notwendigkeit des Krieges, den es vergeblich zu vermeiden suchte, und bei dem Frieden, den es schloß, sich, so weit es konnte, nach den Ratschlägen der Mächte und den Verhältnissen der europäischen Politik gerichtet, die es dazu veranlaßten, zuerst sein Aktionsfeld zu beschränken und dann langmütig zu sein. Im militärischen Element fehlte es nicht an Männern, die gleich beim Beginn der Feindseligkeiten sofort zur „Arte della guerra“ des florentinischen Sekretärs griffen; und mancher rief wohl, als er Italien zum ersten Male seit Jahrhunderten allein, geeinigt, gerüstet, vom Geiste strenger Zucht erfüllt, einmütig, bereit zu allen Opfern, die der Sieg kosten mag, zu der ganzen Festigkeit, die einen ehrenvollen Frieden verbürgt, kämpfen sah: „Vielleicht zu keiner Zeit ist Italien dem Traum Machiavellis näher gewesen!“ [2])

Freilich ist der Friede spät geschlossen worden. Die Verzögerung seines Abschlusses hat eine schädliche Wirkung gehabt, aber Italien war nicht daran schuld. Der Angriffskrieg der Balkanvölker, der ebenfalls vorbereitet war, sich vorhersehen ließ und von allen außer der Türkei vorhergesehen wurde, kam dazu und brach gleichzeitig aus. Die Türkei kam dadurch in die äußerste Not; die Diplomatie blickte erschrocken umher und sah, daß das Beharren bei der Formel vom Statusquo lächerlich sein würde. Sie stellte dafür die neue Formel auf: „Der Balkan den Balkanvölkern.“ Doch bei ihrer Ausführung stößt man auf Schwierigkeiten und bedrohliche Umstände. Man fürchtete schon einen Mittelmeerkrieg, und die Franzosen charakterisierten mit einer jener glücklichen Wendungen, zu denen sie allein den Prägestock besitzen, die Lage vortrefflich: „En vérité un nouveau conflit méditerranéen est au dessus des forces de la Méditerranée.“ [3]) Doch obenan steht noch immer die Gefahr eines adriatischen Konflikts, dem gegenüber das Mittelmeer nur schwer gleichgültig bleiben könnte. Einstweilen fehlt es nicht an Leuten, die die unnachgiebige Haltung Oesterreich-Ungarns gegenüber Serbien, das einen Hafen an der adriatischen Küste verlangt, auf ein „machiavellistisches Manöver“ Italiens zurückführen, als

[1]) „Giornale d'Italia“ 1912, Nr. 290. Siehe auch „Echo de Paris“ vom 12. Oktober 1912, „Le Billet de Junius“, wo an den Dialog zwischen Machiavelli und Georges d'Amboise erinnert wird und es am Schluß heißt: „qu'en politique les Italiens sont des maîtres“.

[2]) G. Ortolani, Machiavelli e l'Italia im Fanfulla della Domenica, 1912, Nr. 7.

[3]) Hanotaux, La paix latine, S. XXXIII.

Digitized by Google

ob dieses bestrebt wäre, die Antipathien der Slaven gegen das habsburgische Reich, mit dem es verbündet ist, aufzustacheln.[1]) Doch das sind achtundvierziger Phantasien.

Jenseits des Atlantischen Ozeans, wo auch die vorauszusehenden Kriege in den Phantasien die ungeheuren Proportionen von Trusts annehmen, wird der alte Satz Machiavellis, „daß das Geld nicht der Nerv des Krieges ist",[2]) wieder zitiert, als ob er eine aktuelle Neuigkeit und eine über jede mögliche Anfechtung erhabene Wahrheit wäre. Die mehr reichen als starken Länder mögen ihn sich beizeiten zur Warnung dienen lassen. Die Mahnung scheint weder unzeitgemäß noch deplaziert zu sein.

Das sind die machiavellistischen Bruchstücke, die mit Bezug auf die Tätigkeit der Diplomatie und die neuesten politischen Ereignisse zu sammeln uns nicht überflüssig erschien.

Berichte aus allen Wissenschaften

Musikgeschichte

Vom Bonner Beethovenhaus

Pietätvolle Verehrung und didaktische Einsicht erhalten späteren Generationen die Geburts- und Wirkungsstätten großer Künstler. Diese stummen Zeugen vergangenen Lebens und Strebens stimmen zur sinnigen Betrachtung. Mit den Erinnerungsorten an die Meister der Dichtung und der bildenden Kunst rettete idealer Sinn nach Möglichkeit auch solche an große Musiker. In Eisenach steht das Geburtshaus Bachs, in Salzburg knüpft sich an das Geburtshaus Mozarts das musikalische Leben der Stadt, Bonn hat sein Beethovenhaus.

Wer jetzt in der alten Bonngasse das Geburtshaus Beethovens aufsuchen und dabei die verschwundene Zeit kurfürstlicher Hofhaltung und Kunstübung des achtzehnten Jahrhunderts vor sich erstehen lassen kann, verdankt dies zumeist dem Opfersinn und der Begeisterung Bonner Bürger, die Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts das denkwürdige Haus erwarben und allmählich seiner jetzigen Bestimmung entgegenführten. Das musikalische Element, das in der Bonner Bevölkerung wie öfters in den Nachkommen früherer kunstsinniger Residenzen auch heute noch steckt, wollte die alten Räume nicht dem Untergange überliefert wissen und aus ihnen die Klänge einer bedenklichen Singhalle bannen. Nicht ohne Schwierigkeiten gelang es, die Einbauten und Veränderungen späterer Zeit zu entfernen, der Baufälligkeit einzelner Teile vorzubeugen und den ursprünglichen Zustand der Gebäulichkeiten wiederherzustellen. Tritt man heute durch das Vorderhaus in den Garten, so steht man vor dem kleinen Hinterhaus mit der niederen Dachwohnung, in der dem kurfürstlichen Hofmusiker Johann van Beethoven, jenem wenig sympathischen Gesellen, der große Sohn geboren wurde. Die ungemein engen und primitiven Verhältnisse, welche diese Räume mit denen auch höherer Beamten der damaligen kleineren Hofhaltungen teilen, springen dem modernen Besucher mit besonderer Deutlichkeit in die Augen. Im Innern

---

[1]) Siehe Corriere della Sera 1912, Nr. 314, wo eine Bemerkung des „Observer" zitiert wird.

[2]) Siehe die Einleitung von Chasser zu „The valor of Ignorance" von H. Lea, S. XXXV.

Digitized by Google

dieser Räume wie des mit ihnen verbundenen Vorderhauses entwickelt sich nun das Museum, das zwar mit den Schätzen der Berliner und Wiener Sammlungen nicht immer durchweg konkurrieren, aber ihnen gegenüber dank einer Reihe von Schenkungen und Ankäufen doch einen mehr als ehrenvollen Platz behaupten kann.

Die Sammlungen des Museums bestehen zunächst aus Gebrauchsgegenständen Beethovens und seiner Eltern. Wir sehen Schreib- und Eßtische sowie Stühle aus dem Hausrate der Familie, dann aus der Wiener Zeit den Schreibtisch Beethovens mit Uhr, Leuchter, Nippsachen, den Schreibutensilien und Augengläsern, ferner den Spazierstock und die Hörinstrumente des mit der Taubheit kämpfenden Meisters, und vor allem den Flügel Grafscher Provenienz. Neben dem Flügel interessieren im besonderen die vier alten Streichinstrumente, die Beethoven vom Fürsten Lichnowsky zum Geschenk erhielt und die auch in unsrer Zeit noch bei besonderen festlichen Gelegenheiten ab und zu gespielt wurden. Zu dem wertvollsten Besitz des Museums gehört dann die stattliche Anzahl von Manuskripten. Wir finden eine Reihe von Skizzenbüchern mit Aufzeichnungen zur Missa solemnis, zur 7. Sinfonie, zu Kammermusikstücken, an Originalen Werke wie Kyrie und Gloria zur Messe in C, die Klaviersonaten in Cis-Moll und C-Moll (Opus 27 und 111), die 6. Sinfonie. Zu dem handschriftlichen Notenmaterial kommt eine Fülle von Billetts und Briefen von Beethovens Hand, unter ihnen solche, wie der Brief vom Sterbebette des Meisters, von außerordentlicher Wichtigkeit. Die vorhandene Zahl der Manuskripte gibt ein anschauliches Bild von den Schriftzügen und der schriftlichen Ausdrucksweise Beethovens auch denjenigen, die der Beethovenforschung ferner stehen. Sehr reichhaltig erweist sich die Bildersammlung des Museums. Aus den verschiedenen Lebensaltern Beethovens sind Photographien, Stiche, Lithographien, Zeichnungen, Silhouetten, Abgüsse usw. in einer Vollständigkeit zusammengestellt, wie sie wohl nur selten mehr anzutreffen sein dürfte, und in einer Uebersichtlichkeit geordnet, daß sich auch der mit Beethoven weniger Vertraute Eindrücke verschaffen kann. Um diese Bildnisse gruppieren sich jene der Familie, der Lehrer, der Bonner und Wiener Freunde, von Zeitgenossen, die mit ihm oder seinem Werke in Beziehungen traten. Fast zu ausgiebig ist die Aufstellung der Porträte der Ehrenmitglieder des Beethovenhauses und der Künstler geraten, die bei den Bonner Beethovenfesten mitgewirkt haben. Es wäre zu wünschen, daß den Sammlungen des Beethovenhauses auch weiterhin Schenkungen wie jene unsers Kaisers oder von Johannes Brahms und andern zuteil werden möchten, und daß das Ungeschick, das früher zuweilen den Sammlungen manche Zuwendung verdarb, dauernd in Klugheit verwandelt bliebe.

Neben der Sicherung und Erneuerung des Geburtshauses sowie der Begründung und Erweiterung der Sammlungen setzte sich der Verein „Beethovenhaus" noch weitere Ziele. Durch Preisausschreibungen für Kammermusik, durch Ehrengaben und Stipendien an junge begabte Künstler sowie durch Beiträge zu künstlerischen Unternehmungen sollte das Andenken Beethovens geehrt werden. Im besonderen sollten durch von Zeit zu Zeit zu veranstaltende Kammermusikfeste die Beethovensche Kunst in mustergültiger Weise gepflegt und unsrer Musikpraxis überhaupt neue Kraft und Anregung zugeführt werden. Die Kammermusikfeste von 1890 bis 1911 erfüllten in der Tat eine künstlerische Mission. Wenn die Kammermusik in unserm heutigen Konzertleben erfreulicherweise eine so wichtige Rolle spielt, so haben die Bonner Feste hieran ein gut Stück Anteil. Joseph Joachim war hier lange Zeit die treibende Kraft und die Seele der Veranstaltungen. Nicht immer konnte sich der Musikfreund und namentlich der Fachmann mit der Aufstellung der Programme und der Art des Gebotenen befreunden und besonders die historischen Exkurse in ihrer merkwürdigen Auswahl begrüßen. Aber abgesehen hiervon, boten die musikalischen Feste eine Fülle der edelsten und bedeutendsten Schöpfungen unsrer Meister des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, deren Wiedergabe jeden mit Dankbarkeit erfüllen muß, dem die Instrumentalmusik ans Herz gewachsen ist. Mit Recht stand die Beethovensche Kunst im Mittelpunkt, fand auch Brahms eine eingehende Berücksichtigung. Die Werke Mozarts, Haydns, Schuberts, Schumanns fehlten natürlich

Digitized by Google

nicht im Kranze; die Kammermusikstücke wurden gelegentlich durch Klaviervorträge und Lieder unterbrochen. Eine Elite von Quartett- und Künstlervereinigungen wurde herangezogen. Für die künftigen Kammermusikfeste harren der Leitung keine geringen Aufgaben.

Unser Musikleben hat vom Bonner Beethovenhaus reiche Anregungen empfangen. Der Beethovensche Geist blieb von hier aus wirksam. Die Musikwissenschaft, im besonderen die moderne Musikgeschichtswissenschaft, die an unsern Universitäten gegenwärtig um ihre Gleichberechtigung mit andern verwandten Disziplinen kämpft, hat dagegen aus diesen Bonner Verhältnissen leider wenig gewonnen. Und wie leicht ließe sich auch jetzt noch, ohne unerfüllbare Wünsche zu äußern, an das Museum ein musikwissenschaftliches Institut angliedern, das in erster Linie der Beethovenforschung diente und nach der andern Seite das verfolgte, was die Feste in praktischer Hinsicht leisten. Das musikalische Verständnis weiterer Kreise zu fördern und aus dem Gefühlsdusel herauszubringen, wäre wohl ein mehr als dankenswertes und notwendiges Unternehmen gerade für die Beethovenstadt.

Privatdozent Dr. Ludwig Schiedermair.

Literarische Berichte

Die Kulturaufgaben der Freimaurerei. Von Dr. Ernst Schultze. Geheftet M. 4.—, gebunden M. 5.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Ein zeitgemäßes Buch darf dieses Buch genannt werden, weil es einem Suchen der Zeit in hohem Maße zu entsprechen scheint. Es ist kein Zweifel, daß allenthalben in den Kreisen der Gebildeten nach neuen sittlichen Idealen Ausschau gehalten wird. Dieses Suchen der Zeit drängt auch zu neuen Gemeinschaften. In den Tagen der Aufklärung im achtzehnten Jahrhundert, die als schönste Blüte und Ausdruck ihrer Weltanschauung Lessings Nathan hervorgebracht haben, erlebten wir schon einmal Aehnliches. Aus jener Zeit datiert das mächtige Aufblühen des Ordens der Freimaurer. Ein Zusammenschluß der Edelsten der Nation zu gemeinsamem Wirken ist er seitdem geblieben, wenn auch von wechselnder Bedeutung für das kulturelle Leben der Völker. Was er auch unserer Zeit wieder sein kann, wenn er in diesem Suchen der Zeit die Führung übernimmt und unter Anpassung an die veränderte Weltanschauung und die neuen Ideale in seinen Logen alle vereinigt, die im Ernste arbeiten an der Veredlung ihrer selbst und bereit sind, aufzugehen im Dienste der Allgemeinheit, das zeigt Dr. Ernst Schultze in diesem Buche, welches solcher Art Tausenden, die sich einsam fühlen in ihrem Suchen und Streben, ein Wegweiser werden kann zu edelster Gemeinschaft; doch auch den Angehörigen der Logen weist es neue Wege zu den alten Zielen.

Einführung in die Tropenwelt. Ceylon. Von Dr. Konrad Guenther. Verlag von Wilhelm Engelmann, Leipzig. Preis in Leinwand gebunden M. 4.80.

An Reisehandbüchern, auch an solchen, die sich mit tropischen Ländern beschäftigen, ist durchaus kein Mangel, und wenn das Buch des Freiburger Zoologen dennoch einen Platz für sich unter der Fülle der Reiseanleitungen beansprucht, so liegt das darin begründet, daß es sich bei diesem Buche im wesentlichen um eine Anleitung zum Studium der tropischen Fauna und Flora handelt, und daß die sog. „Sehenswürdigkeiten" entweder gar nicht oder nur so ganz nebenbei berücksichtigt worden sind. Nicht ohne einen gewissen dichterischen Schwung trägt der Verfasser den Lesern all seine zahlreichen Erlebnisse mit Ceylons reicher Tier- und Pflanzenwelt vor und hat wirklich alles gehalten, was er im Titel verspricht: Eine Einführung in die Tropenwelt.

E. Sc.

Der Stand unsrer Kenntnisse vom fossilen Menschen. Von Dr. Wilh. Branca. Groß-8°, 112 Seiten, zahlreiche Abbildungen. Leipzig, Veit & Co.

Unter der immer stärker anwachsenden Literatur ist das Buch von Branca wohl das beste, das über die neuesten Forschungen in der Urgeschichte des Menschen berichtet. Besonders wertvoll ist das ungemein maßvolle, stellenweise fast zu vorsichtige Urteil, aber gerade dieser Umstand lehrt den Leser, was nun eigentlich in dem so viel umstrittenen Gebiet sicher ist und was nicht. Als Resultat der bisherigen Forschung gibt der Verfasser an, daß wir zwei Hauptschädeltypen aus der Vorzeit kennen, einen nieder organisierten mit fliehender Stirn, Ueberaugenwülsten und andern tiefstehenden Merkmalen, den Neander-

Digitized by Google

talertyp, und einen höheren, der sich nicht wesentlich von dem der heutigen Menschen unterscheidet. Beide treten aber gleich früh auf, ja der zweite ist uns sogar in einem älteren Fundstück aus noch früherer Zeit bekannt, als der erstere, und daraus folgt, daß der Neandertaler sich nicht allmählich in den heutigen Menschen umgewandelt haben kann. Einen tertiären Menschen kennen wir noch nicht, nur ein Halswirbel ist in Südamerika gefunden worden, der möglicherweise tertiär ist. Für den berühmten Affenmenschen von Java hält Branca immer noch die Möglichkeit aufrecht, das merkwürdige Wesen sei ein Bastard zwischen Affe und Mensch gewesen Einige Betrachtungen über allgemeine entwicklungstheoretische und monistische Fragen schließen das sehr lesenswerte Buch.

K. Guenther.

Die Eroberung des Südpols. Von Roald Amundsen. München, J. F. Lehmanns Verlag. 2 Bände gebunden M. 22.—.

Das stattliche zweibändige Werk, das Amundsen hier über den Verlauf der norwegischen Südpolexpedition in den Jahren 1910 bis 1912 der Oeffentlichkeit übergibt, ist mit großer Spannung erwartet worden. Bringt es doch nicht nur eine eingehende Schilderung all der Eindrücke und Erlebnisse, die den kühnen Männern in den Eisregionen der südlichen Antarktis beschieden waren, sondern es wird darin auch der Nachweis geführt, daß Amundsen auch wirklich am Südpol gewesen ist; ebenso werden die vorläufigen Ergebnisse der Forschungen dargestellt. Das ganze Werk stellt eine hervorragende Musterleistung dar, insofern es noch vor der norwegischen Ausgabe erschienen ist und in seiner Ausstattung eine Reihe von Vorzügen gegenüber der norwegischen Originalausgabe aufweist. Nicht weniger als 300 Abbildungen nach Originalphotographien, ferner 8 farbige Kunstbeilagen nach Oelgemälden des Münchner Malers W. L. Lehmann erwecken das fesselnde Interesse des Lesers; die noch beigefügten 15 Karten und Pläne dienen einer wesentlichen Erleichterung des Ueberblicks über das Ganze. Und mit dem hübschen Aeußern harmonisiert auch der textliche Inhalt. Es ist kein trockenes Aufzählen, sondern eine bei aller sachlichen Schlichtheit und Einfachheit in der Form mit warmer Begeisterung gegebene Reisebeschreibung, die ebenso die Gefahren, die Mühen, den Mut und die Tatkraft gebührend hervorhebt, die zur erfolgreichen Durchführung des großen Werkes zu überstehen und an den Tag zu legen waren, wie sie den Humor und die Freuden, die es trotz allem auch gab, zum Recht kommen läßt.

Wenn schon dieser Grundton, das Hohelied des zielbewußten und bescheidenen Forschers, das Buch überaus lesenswert macht, so tut dies die Fülle der Einzelheiten nicht weniger. Für jedes Interesse findet sich eine Menge von Anregungen.

Alpinisten und Skiläufer werden mit Spannung von der Ueberwindung der furchtbaren Spalten des Teufelsgletschers lesen, von der Mühsal, die es kostete, die schwerbepackten Schlitten über das schwierigste Gelände hinaufzubefördern.

Ueberaus reizvoll sind die Geschichten, die Amundsen von seinen Schlittenhunden, denen er die Erreichung des Pols in erster Linie verdankt, erzählt. Diese 80 wilden Wölfe, denen kaum einer bei der Abfahrt von Christiania nahezukommen wagte, wurden in emsigem Zusammenarbeiten die besten Freunde der Reisenden. Ueberaus große Anstrengungen leisteten sie ohne jedes Widerstreben, ihr Hunger ging bei der knappen Kost soweit, daß sie die Schlittenriemen fraßen und die Ebontscheiben der Skistöcke annagten.

Der Naturfreund wird sich der Schilderungen des Tierlebens und der allgemeinen Verhältnisse in den Polargegenden freuen, und er wie der Naturforscher werden reiche Belehrung und Anregung aus den wissenschaftlichen Ergebnissen der Forschungsreise entnehmen, zumal sich diese nicht nur auf Beobachtungen am Südpol selbst beschränken. Amundsens Schiff, der „Fram", hat sehr erfolgreiche ozeanographische Untersuchungen im südlichen Stillen Ozean vorgenommen, die zwei so hervorragende Gelehrte wie Fridtjof Nansen und Helland-Hansen in dem Buche erläutern. Dazu kommen von Fachleuten bearbeitete Abschnitte über die geologischen und meteorologischen Ergebnisse, so daß auch der wissenschaftlich Interessierte in Amundsens Werk auf seine Rechnung kommt.

So darf dieses stattliche Werk als ein literarisches Ereignis betrachtet werden, zugleich aber auch ist es ein bleibendes Denkmal der Kühnheit und Unerschrockenheit, das jeden, der es gelesen, mit doppelter Bewunderung aufblicken läßt zu den Männern, die im Verein mit Amundsen diese grandiose Tat vollbracht haben. —Kz.—

Staatslexikon. Von Julius Bachem in Köln. Vierter Band: Patentrecht bis Staatsprüfungen. Freiburg, Herdersche Verlagshandlung.

Der jetzt vorliegende vierte und vorletzte Band des Werkes zeigt dieselben Vorzüge, welche wir in den früheren Bänden hervorheben konnten. Ganz besonderes Lob verdient diesmal wieder das schöne Deutsch und die klare und faßliche Ausdrucksweise, in welchen selbst die schwierigsten Gegenstände behandelt sind. Man wird deshalb den Band kaum aus der Hand legen, ohne weiter darin gelesen zu haben, selbst wenn man ihn nur zum Nachschlagen zur Hand nahm. Besonders möchten wir diesmal die juristischen Aufsätze

Digitized by Google

hervorheben. Als Muster einer erschöpfenden und doch gedrängten Darstellung kann man zum Beispiel die Aufsätze über Patentrecht und Rechtsmittel bezeichnen. Die Tendenz des Buches tritt auch diesmal nicht auffällig hervor. Einzelne Entgleisungen können dieses Urteil nicht beeinflussen. So, wenn zum Beispiel in dem Aufsatz über die Presse gesagt ist, daß an die sittliche Haltung der katholischen Blätter und deren Mitarbeiter höhere Ansprüche gestellt seien, als man sie heute an die übrigen Tagespressen zu stellen gewohnt wäre! — Dem Erscheinen des nun noch ausstehenden Schlußbandes wird man mit Interesse entgegensehen. A. L.

Im Reiche der Töne. Musikalische Erzählungen und anderes. Von K. M. Klob. Verlag Heinrich Kerler, Ulm a. D. Preis M. 2.—.

Die Erzählungen sind ergötzlich durch ihren gutmütigen Grundton, der für den Wiener Musik- und Literaturschriftsteller einnimmt. Der Hintergrund der alten Meister Mozart, Beethoven, Schubert oder auch die moderne Zeit mit ihrem Strebertum und Journalismus sind beide in hübscher Weise, ohne polemische Schärfe oder Unlust, gekennzeichnet. Besonders drollig nimmt sich die Geschichte von dem Winkelreferenten aus, der, durch einen Programmdruckfehler verlockt, Brahms mit Bruckner verwechselt und den verhaßten Bruckner in das Reich des Klassischen erhebt.

Dr. K. G.

Handbuch der Politik. Herausgegeben von Dr. Paul Laband u. a. Zweiter Band. Berlin 1912/13. Verlag von Dr. Paul Rothschild.

Nachdem die Grundlagen des öffentlichen Wesens in Politik und Wirtschaft für Deutschland vor kurzem in der neuen Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft eine lexikographische Bearbeitung gefunden haben, erscheint in dem vorliegenden Werke eine systematische Darstellung desselben Stoffes. Die Ziele sind weit gesteckt und berücksichtigen den Stoff in weitestem Umfange, soweit Deutschland in Betracht kommt, ohne das Ausland grundsätzlich auszuschließen. Die Aufsätze erstrecken sich sogar bis auf Einzelfragen von nur vorübergehender Bedeutung, wie zum Beispiel „Die Belastung des Reichsgerichts“, so daß vielleicht mehrfach eine Beschränkung nicht geschadet hätte. Aus der Reichhaltigkeit des Stoffes ergibt sich von selbst die Notwendigkeit, das Buch als Sammelwerk anzulegen, dessen einzelne Abschnitte ausnahmslos hervorragenden Sachkennern zur Bearbeitung übertragen sind und dessen Benutzung ein vorzügliches Sachregister erleichtert. Ueberall ist die streng wissenschaftliche Behandlung zu loben, unter der jedoch die Verständlichkeit für jeden allgemein Gebildeten nicht leidet. Reichhaltige Literaturangaben und ebensolches statistisches Material zeichnen das Werk aus. Eine einheitliche Richtung in politischer oder wirtschaftlicher Beziehung ist nicht zu erkennen und auch schon durch die Wahl der Mitarbeiter ausgeschlossen. Das Buch gewinnt jedoch dadurch eher an Lebendigkeit, ohne daß, soweit man übersehen kann, ein Parteistandpunkt der Verfasser der einzelnen Aufsätze den wissenschaftlichen Charakter beeinträchtigt hätte. Selbst bei Aufsätzen, bei denen die Versuchung hierzu naheliegt, wie zum Beispiel demjenigen über den Anarchismus, erfreut die leidenschaftslose Darstellung. Das Werk in seiner Gesamtheit stellt ein Kulturwerk dar, um welches der deutsche Bücherschatz zu beneiden ist. A. L.

Erziehung zum Gemeinsinn durch die Schule. Von Friedrich Zimmer. Berlin und Stuttgart, W. Spemann. M. 2.—.

Männer mit so reicher praktischer Erfahrung wie mein verdienstvoller Namensvetter sind einer aufmerksamen Zuhörerschaft für ihre Worte stets sicher. Dem seit Jahrhunderten gültigen Satze: „Durch Selbsttätigkeit zur Selbständigkeit!“ wird die These „Durch Gemeinschaftsleben zum Gemeinsinn!“ an die Seite gestellt und danach geprüft, wieweit Konrad Burthardts „Klassengemeinschaftsleben“ und Johannes Langermanns „Erziehungsstaat“ die Bildung des Gemeinsinns durch die Schule fördern. Wir sehen uns also mitten in das lebhaft bewegte pädagogische Gegenwartsleben gerückt, und wir freuen uns, am Schlusse aus so kompetentem Munde das ruhige und klärende Wort zu vernehmen: „Es bedarf nicht sowohl neuer Organisationen als der wirklichen Durchführung gemeinsamen Lebens.“

Leipzig. Dr. Hans Zimmer.

Im innersten Großrußland. Schilderungen und Studien von Georg Tantzscher. München, Ernst Reinhardt. M. 2.—.

Von einem Balten geschrieben, gehört dieses Büchlein (176 S.) nach Form und Inhalt zu dem Anziehendsten und Besten, was man über Rußlands innere Verhältnisse in deutscher Sprache lesen kann. Auf einer Reise werden wir mit Eisenbahnen und Landschaft, Provinzstädten und ländlichen Verhältnissen, Rolle des Wutki und nationalen Charakterzügen usw. bekanntgemacht. Der Unterschied der Landschaft gegen die Westeuropas ist groß. „Nach Belieben und Willkür der Natur dürfen Sumpf und Gebüsch dem Feld- und Grasbau Grenzen setzen.“ Der deutsche Handwerker stirbt in den Provinzialstädten aus. Hier ist „das Allerneueste unmittelbar auf den Urzustand gepfropft“. „In Rußland ist weniger Kultur, aber mehr Ueber-

Digitized by Google

kultur als im Westen." Eigentümliche Gegensätze begegnen auch in den Nationaleigentümlichkeiten. Die Agrarreformen hält der Verfasser für überstürzt und sieht in der Vorstellung der Bauern von Recht auf Land eine große Gefahr. Die Differenzierung der bäuerlichen Bevölkerung in Grundbesitzer und Landarbeiter ist nur aufgeschoben durch die Zerschlagung zahlreicher Güter, die übrigens Kulturzentren waren; sie muß kommen und wird ein harter und langwieriger Prozeß sein. Die russische „Gesellschaft" und „Intelligenz" hatten starken Anteil an der Revolution. Die Regierung sieht sich vor äußerst schwierigen Aufgaben. Eine Wolgafahrt mit Schilderung von Land und Volk und lehrreichen Gesprächen über innere Politik macht den Schluß. E. Friedrich.

Gerh. Hauptmann, Gesammelte Werke. Volksausgabe in sechs Bänden. Berlin, S. Fischer, Verlag. In Leinen gebunden M. 20.—.

Der fünfzigste Geburtstag Gerhart Hauptmanns gab Anlaß zu mancherlei Ehrungen des Dichters. Eine der schönsten Veranstaltungen, sicher die dankenswerteste, ist die vorliegende neue Gesamtausgabe seiner Werke; sie ist eine prächtige Ehrengabe für den Dichter wie für das deutsche Volk. In sechs geschmackvoll ausgestatteten stattlichen Bänden enthält sie Hauptmanns gesamtes seitheriges literarisches Schaffen, also alle seine Dramen, die Novellen, den „Griechischen Frühling" und die beiden großen Romane „Emanuel Quint" und „Atlantis", wovon der letztere erst kürzlich als Buch erschienen ist. Ueber Gerhart Hauptmann und seine Bedeutung für die deutsche Literatur bedarf es heute keiner Auseinandersetzungen mehr. Er ist zweifellos die größte dichterische Kraft unsrer Zeit, und sein Werk wird bestehen, wenn das mancher Tagesgröße längst der Vergessenheit anheimgefallen sein wird. Der erstaunlich billige Preis der neuen Ausgabe ist erfreulicherweise dazu angetan, die Schöpfungen Hauptmanns in allen literarisch interessierten Kreisen noch mehr als bisher heimisch werden zu lassen.

Archiv für exakte Wirtschaftsforschung. (Thünenarchiv.) Herausgegeben in Verbindung mit Laur, Stegemann, Passow, Waterstradt von Richard Ehrenberg. 4. Band, 1. Heft. Jena, Gustav Fischer.

Das Archiv für exakte Wirtschaftsforschung kündigt mit dem vorliegenden Heft eine Erweiterung in der Richtung an, daß die vier auf dem Titel genannten Herren sich an der Redaktion beteiligen werden, „weil die wirtschaftswissenschaftliche Forschung künftig einer stärkeren Spezialisierung bedürfe". Ehrenberg will dabei die Privatwirtschaftslehre enger begrenzen und die Volkswirtschaftslehre weiter fassen, als bisher üblich war. Er benutzt die Gelegenheit dieses neuen Abschnittes seiner Zeitschrift dazu, sich mit seinen Gegnern auseinanderzusetzen, und sucht vor allem den unleugbar etwas prätentiösen Anspruch, allein exakte Wirtschaftsforschung vermittelst seiner exakt vergleichenden Methode zu treiben, zu rechtfertigen. Gewissermaßen als Konsequenz des Umstandes, daß zwei Landwirte, Laur und Waterstradt, in die Redaktion eingetreten sind, enthält das Heft zwei größere und einige kleinere, sich auf das Gebiet der Landwirtschaft erstreckende Abhandlungen, im wesentlichen fußend auf buchhalterischen Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Sie zeigen, wie schwer es ist, aus einer verhältnismäßig immerhin kleinen Zahl von Betriebsresultaten Gesetze abzuleiten. Bei der steigenden wichtigen Rolle aber, welche jetzt die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln spielt, und vor allem angesichts der Frage, ob sich die Produktion mehr nach der Erzeugung pflanzlicher Produkte oder mehr nach der Seite tierischer Produkte wird orientieren müssen, sind derartige Versuche freundlich zu begrüßen. Es wird jedoch noch der eifrigen Arbeit scharfer Köpfe und vor allem größeren Zahlenmaterials bedürfen, um einwandfreiere Gesetze deduzieren zu können.

Dr. L. M.

Oberlin. Roman aus der Revolutionszeit im Elsaß. Von Friedrich Lienhard. Verlag von Greiner & Pfeiffer in Stuttgart. Preis broschiert M. 4.50, gebunden M. 5.50.

Als ein Eigener ist Lienhard bisher seines Weges gegangen und hat nicht viel gefragt nach dem Urteil der Menge. Und trotzdem fand jedes seiner zahlreichen Werke einen immer größeren Kreis von Freunden. Auch das jüngste Kind seiner Muse, der Roman „Oberlin", dürfte dazu beitragen, die Zahl seiner Verehrer zu vermehren. Auch Oberlin ist kein Buch, in dem der Verfasser um die Gunst des großen Publikums buhlt, es ist die einfach schlicht deutsche Art auch darin festgehalten, die wir an Lienhard schon zur Genüge kennen. „Oberlin" atmet die echte warme Heimatliebe des Unterelsässers, deren einer ja auch Lienhard ist. Als ein Zeit- und Kulturgemälde — der Roman spielt zur Zeit der Französischen Revolution — besitzt das Buch unstreitig mehr als flüchtigen Unterhaltungswert, zumal es aufgebaut ist auf eingehenden Studien und reichem Tatsachenmaterial. Und wenn von dem ganzen „Oberlin"-Roman nichts bliebe als nur die Lebenswahrheit der geschilderten Ereignisse, so würde es dennoch seinen dauernden Wert behalten, der ihm hier aber noch erhöht wird durch die edle künstlerische Auffassung des Verfassers in bezug auf sittliches Empfinden und die dem Geist der Zeit entsprechende Form des Ausdrucks.

W. K.

Digitized by Google

Bismarck und die Hohenzollernkandidatur in Spanien. Von Ernst Marx. Stuttgart, Metzler.

Der außerordentliche Professor der Geschichte an der Stuttgarter Technischen Hochschule Dr. Ernst Marx, dessen Werk über die Anfänge des niederländischen Aufstandes bei der Kritik des In- und Auslandes einstimmigen Beifall gefunden hat, gibt in dieser Schrift eine Darstellung des Werdens und der Entwicklung der hohenzollerischen Thronkandidatur, welche an Pünktlichkeit, Umsicht und Vorsicht nicht überboten werden kann. Marx kommt zu dem Ergebnis, daß Bismarck durch diese Kandidatur Frankreich den Entschluß zum Krieg gegen uns erschweren wollte, weil es sich im Rücken nicht sicher fühlen konnte; die entgegengesetzte Auffassung, als ob Bismarck dadurch den Krieg entzünden wollte, hält vor den Quellen nicht Stich. E.

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Angenetter, August, Die hopfende Zunge. Redeblüten aus dem österreichischen Abgeordnetenhause. Wien, Wilh. Braumüller. M. 1.50.

Aus der Industrie für die Industrie. München, Meisenbach Riffarth & Co.

Bjelh, Andrej, Die silberne Taube. Roman. Frankfurt a. M., Rütten & Loening. Geh. M. 5.—, geb. M 6.50.

Blätter für Naturschutz. Organ des „Bund zur Erhaltung der Naturdenkmäler aus dem Tier- und Pflanzenreiche". Berlin, Walter Benecke.

Bolze, Wilhelm, Aschermittwoch. Drama in 3 Aufzügen. Leipzig, Xenien-Verlag.

Breysig, Kurt, Von Gegenwart und von Zukunft des deutschen Menschen. Berlin, Georg Bondi. M. 3.—.

Brochard, V., Études de Philosophie Ancienne et de Philosophie Moderne. Paris, Librairie Félix Algan. Frs. 10.—.

Bruckner, Anton, Früchte aus der Wachau. Gedichte. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 2.—.

Bühler, Andr., Sonnenaufgang. Dichtungen. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 1.50.

Bumke, Prof. Dr. Oswald, Ueber nervöse Entartung. Berlin, Julius Springer. M. 5.60.

Burgemeister, Richard, Wie macht man sein Testament kostenlos selbst? Berlin, L. Schwarz & Comp. M. 1.10.

Die Schulfeste der Bildungsanstalt Jaques-Dalcroze. Programmbuch. Jena, Eugen Diederichs.

Driault, Edouard, Revue des Études Napoléoniennes. 1. Jahrg. Januar 1912. Paris, Librairie Félix Algan.

Dittmar, Julius, Eine Fahrt um die Welt. Berlin, Alfred Schall. M. 4.—.

Düring, von, E., Gesammelte Vorträge. Tübingen, J. C. B. Mohr. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Franz, Hugo, Peter. Komödie in fünf Akten. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 2.50.

Freimark, Hans, Die okkultistische Bewegung. Eine Aufklärungsschrift. Leipzig, Wilhelm Heims. M. 1.50.

Freytag, Gustav, Deutsche Lebensführung, Herausgegeben von Wilhelm Rudeck. Leipzig. Walter Fiedler. Geb. M. 5.—.

Hausbücherei. Band 38: Musikergeschichten. Hamburg, Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung. Geb. M. 1.—.

Hegeler, M. E., Drei Märchen, Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 1.60.

Heinrich, Prof. Dr. Gustav, Ungarische Rundschau für historische und soziale Wissenschaft. 1. Jahrgang, 1. Heft. Leipzig, Duncker & Humblot. Pro Heft M. 6.—.

Herrings, Joseph, Die goldene Gefahr, Roman. Berlin, Vita, Deutsches Verlagshaus. Brosch. M. 4.—, geb. M. 5.50.

Hildenstein, Erich, Unter Vormundschaft. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 4.—.

Hessische Chronik. Monatsschrift für Familien- und Ortsgeschichte in Hessen und Hessen-Nassau. Darmstadt, Verlag der Hessischen Chronik.

Hirschfeld, Dr. Max, Sammelbuch deutscher Schriftsteller der Gegenwart. Berlin, Federverlag. M. 1.50.

Hladny, Ernst, Der heilige Judas. Roman. Leipzig, Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung. Geh. M. 3.—, geb. M 4.—.

Hoeber, Dr. Karl, Das deutsche Universitäts- und Hochschulwesen. Kempten, Jos. Kösel'sche Buchhandlung. M. 1.—.

Janitschek, Maria, Lustige Ehen. Roman. Leipzig, B. Elischer Nachfolger. Geh. M. 2.50, geb. M. 3.50.

Kassel, Dr. med. Karl, Die Chirurgen-Innungen im Bereiche der heutigen Provinz Posen. Posen, Ostdeutsche Buchdruckerei.

Keller, Dr. Ludwig, Der deutsche Neuhumanismus und seine geistesgeschichtlichen Wurzeln. Jena, Eugen Diederichs.

Keller, Dr. K., Gustav Adolf Hirn. Sein Leben und seine Werke. Berlin, Julius Springer. M. 1.—.

Kesser, Hermann, Lukas Langkofler. Das Verbrechen der Elise Geitler. Zwei Erzählungen. Frankfurt a. M., Rütten & Loening. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.50.

Kisch, Prof. Dr. Wilhelm, Deutsches Zivilprozeßrecht. 1. bis 3. Band. (Sammlung Göschen.) Leipzig, G. J. Göschen'sche Verlagshandlung.

Koser, Reinhold, Geschichte Friedrichs des Großen. 1. Band. Stuttgart, J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger. M. 10.—.

Digitized by Google

Krauß, Alfred, 1805. Der Feldzug von Ulm samt Beilagen. Wien, L. W. Seidel & Sohn. M. 16.—.

Lichtenberger, Ernest, Le Faust de Goethe. Essai de Critique impersonnelle. Paris, Librairie Felix Algan. Frs. 2.50.

Luedecke, Hugo E., Der Dialog vom Freien Erdenbürger. Porte Alegre, Germano Gundlach & Comp.

Merzbach, Konrad, Unmoderne Gedanken eines Einsiedlers. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 3.—.

Meyer, Dr. George, Cancer. Internationale Monatsschrift. Heft 12. Berlin, Hans Schröder.

Michaelsen, Aug. Ferd., Seemannsblut. Erzählung. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 5.—.

Michelsen, Johann, Ein Wort an den Geistigen Adel Deutscher Nation. München, E. W. Bonsels & Co.

Peters, Dr. Ulrich, Franz von Assisi. 18. Heft der Religionsgeschichtlichen Volksbucher. Tübingen, J. C. B. Mohr. Geh. 50 Pf., geb. 80 Pf.

Peez, Dr. Alexander von, und **Paul Dehn**, Englands Vorherrschaft. Aus der Zeit der Kontinentalsperre. Leipzig, Duncker & Humblot. M. 8.50.

Pfeiffer, Ludwig, Die Wahrheit über die Kriegsgefahren. Feststellung des Interesses einzelner Klassen für den Krieg. Leipzig-Raschwitz, Bruno Volger. M. 1.50.

Pudor, Dr. H., Deutsche Gesinnung. München, Melchior Kupferschmid. M. 1.40.

Putlitz, Konrad zu, und **Meyer, Dr. Lothar**, Landlexikon. III. Band. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geb. M. 20.—.

Schubring, Paul, Shakespeare und Rembrandt. Hamlet. Berlin, Karl Curtius. M. 1.—.

Schulze-Berghof, Paul, Die Königskerze. Ein friederizianischer Roman. Leipzig, G. K. Sarasin. Geh. M. 4.—, geb. 5.20.

Schwerdtfeger, Robert, Sechs Novellen. Frankfurt a. M., Rütten & Loening. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.50.

Sforza, Giovanni, und **Gallavresi, Giuseppe**, Carteggio di Allessandro Manzoniano. Milano, Ulrico Hoepli. L. 6.50.

Sittenberger, Hans, Die Wallfahrt nach Kythera. Roman. Berlin, Vita, Deutsches Verlagshaus. Brosch. M. 3.50, geb. M. 4.80.

Steinitzer, Heinrich, Der Monistenbund. Erzählung. München, Südd. Monatshefte. Geb. M. 2.40.

Stenglin, Felix Frhr. von, Arme Sünder. Roman. Berlin, Vita, Deutsches Verlagshaus. Brosch. M. 3.—, geb. M. 4.20.

Storck, Karl, E. Jaques-Dalcroze. Seine Stellung und Aufgabe in unserer Zeit. Stuttgart, Greiner & Pfeiffer. M. 2.50.

Swietochowski, Alexander, Aspasia. Drama in fünf Akten. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 3.—.

Swinburne, A. Ch., Gedichte und Balladen. Berlin, Erich Reiß. Brosch. M. 5.—, geb. M. 7.—.

Swinburne, A. Ch., Chastelard. Deutsch von Walter Unus. Ein Trauerspiel. Berlin, Erich Reiß Verlag. Brosch. M. 3.50, geb. 4.50.

Voigtländers Quellenbücher. 1. Die ersten deutschen Eisenbahnen Nürnberg—Fürth und Leipzig—Dresden. Herausgegeben von Friedrich Schulze. 60 Pf. 2. Brandenburg-Preußen auf der Westküste von Afrika 1681 bis 1721. Verfaßt vom Großen Generalstabe, Abteilung für Kriegsgeschichte. 80 Pf. 3. Cornelius Celsus über die Grundfragen der Medizin. Herausgegeben von Dr. med. et jur. Th. Meyer-Steineg, Professor an der Universität Jena. 70 Pf. 4. Ausgewählte Briefe des Feldmarschalls Lebrecht von Blücher. Herausgegeben von Friedr. Schulze. 60 Pf. 5. Die Kämpfe mit Hendrik Witboi 1894 und Witbois Ende. Von Theodor Leutwein, Generalmajor und Gouverneur a. D. 60 Pf. 6. Die Belagerung, Eroberung und Zerstörung der Stadt Magdeburg am 10./20. Mai 1631. Von Otto von Guericke. Nach der Ausgabe von Friedrich Wilhelm Hoffmann neu herausgegeben von Horst Kohl. 70 Pf. 7. Die Straßenkämpfe in Berlin am 18. und 19. März 1848. Verfaßt von Hubert von Meyerinck, Generalleutnant z. D. Neu herausgegeben von Horst Kohl. 70 Pf. 9., 10. Deutschlands Einigungskriege 1864—1871 in Briefen und Berichten der führenden Männer Herausgegeben von Horst Kohl. Band 1: Der Deutsch-Dänische Krieg 1864. M. 1.—. 11. Geographie des Erdkreises. Von Pomponius Mela. Aus dem Lateinischen übersetzt und erläutert von Dr. Hans Philipp, Assistent des Seminars für historische Geographie in Berlin. Erster Teil: Mittelmeerländer. 70 Pf. 12. Robert Mayer über die Erhaltung der Kraft. Vier Abhandlungen, neu herausgegeben und mit einer Einleitung sowie Erläuterungen versehen von Dr. Albert Neuburger. 90 Pf. Leipzig, R. Voigtländer.

Wirtz, Theo, Sehnsucht — Liebe — Leben. Lieder und Gedanken im heimatlichen Ton. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 3.50.

Zscharnack, Leopold, Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch in gemeinverständlicher Darstellung. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Der Friedensgedanke in der Entwicklung des deutschen Volkes zur Nation

Von

Prof. Dr. Martin Spahn

Die Sehnsucht, auf die weite Welt zu wirken, haben Franzosen und Deutsche durch ihre ganze Geschichte gemeinsam. Sie waren und sind sich wohl bewußt, innerhalb des ehemals abendländischen, nunmehr europäischen Kulturkreises die stärksten und vielseitigst entwickelten Nationen zu sein. Aber es fehlt bei genauerem Zusehen auch nicht an Schattierungen ihres universalistischen Strebens. Der Grund dieser Schattierungen ist ebensosehr in den Verschiedenheiten ihrer geschichtlichen, insbesondere ihrer staatlichen Erlebnisse wie in ihrem nationalen Temperament zu finden. Albert Sorel, der französische Geschichtsschreiber, hat in seinem großen Lebenswerke „L'Europe et la révolution française" gelegentlich die Bemerkung hingeworfen, daß die Franzosen in der Revolution nur auf eine neue Art die glänzendste ihrer Ueberlieferungen, die intellektuelle Eroberung der Welt, wieder aufgenommen hätten. Nicht immer waren die französischen Eroberungen nur auf intellektuelle Ziele gerichtet. In dem mächtigen Gotteshause auf dem Montmartre, an dem der französische Katholizismus seit 1875 baut, liegt gleich neben dem Eingang ein Ablaßgebet auf, das sich an den kriegerischen Erzengel Michael wendet: „Von den Schlachtfeldern Zülpichs bis zum fernen hl. Grabe, vom hl. Grabe bis zu den Tälern von Domremy, von den fernsten Jahrhunderten unsrer Geschichte bis zu diesen Tagen, da unser Leben dahinsiecht, hast du die schönsten Seiten unsrer Geschichte geschrieben." Gleichviel aber, ob unsre Nachbarn mit den Waffen in der Hand auszogen oder andre die Ueberlegenheit ihrer Kultur fühlen ließen, immer zeigte sich ihr Universalismus, wie es Sorel treffend gefühlt hat, auf Eroberungen bedacht — voll Bedürfnis nach Klang und Glanz, voll Verlangen nach Trophäen und Ruhm. So entsprach es ihrem nationalen Temperament, so ermöglichte es die frühe und straffe Zusammenfassung ihrer staatlichen Kräfte. Im Gegensatze dazu wurde das deutsche Volk gerade unter dem Einflusse des universalistischen Zuges in seinem Wesen friedlich und friedlicher gestimmt.

Als vor bald einem Jahrtausend unsere Könige und ihr Heerbann nach Italien oder gen Ost und Nord zogen, um die Kaiserkrone bei den Deutschen zu bewahren oder um die Grenzen ihrer Lehensherrschaft weiter zu stecken, trieb

Digitized by Google

freilich auch sie kriegerischer Geist in die Weite, lebendig und kühn, wie er nur je im französischen Volke aufgeflammt ist. Aber als die Könige ihr kaiserliches Amt ideell zu begründen suchten und ihr Volk die Aufgabe der Deutschen im Abendlande verherrlichte, verästelte sich immer tiefer in dem von Natur kriegerischen deutschen Denken ein Einschlag, der friedlicher Gesinnung förderlich war. Wohl traten unsre Vorfahren draußen selbstbewußt und stolz auf, so daß Neid und Eifersucht die andern packte. Nicht jedoch behaupteten sie, ausgezogen zu sein, um sich die übrigen Nationen zu unterwerfen und um aus deren Staaten Provinzen ihrer Könige zu machen. Ihnen stand vielmehr die gesamte abendländische Welt als eine Einheit, als „die Christenheit" vor Augen. Deren Glieder galten ihnen als gleichberechtigt. In der Christenheit sahen sich die Deutschen durch die ihnen zugefallene Auszeichnung der Kaiserwürde und dank ihrer Kraft nur als berufen an, Schützer des Rechts und der Freiheit, Wahrer des Friedens zu sein. Nicht als Herren Europas, sondern im Dienste der Christenheit wollten sie universalistisch wirken.

In den spätmittelalterlichen Jahrhunderten und zu Beginn der Neuzeit verblich dem deutschen Volke das Ideal abendländischer Kaiserherrlichkeit. Bei den übrigen Völkern drängte damals die nationalstaatliche Entwicklung rasch voran. Ihre Spuren sind deutlich genug auch in Deutschland wahrzunehmen. Aber sie gedieh nicht ebenso ungehemmt; denn es bot sich dem deutschen Volke keine Gelegenheit, in seiner Gesamtheit in die Interessen- und Machtkämpfe Westeuropas zu jener Zeit einzugreifen. Die nach Machtentfaltung strebenden Fürstengeschlechter Norddeutschlands wandten ihren Ehrgeiz wesentlich den Streitigkeiten um das Ostseegebiet zu. Nur die des Südens und Westens mischten sich wohl in die westeuropäischen Auseinandersetzungen, wofern sie nicht vorzogen, sich ganz und gar der großen Politik zu enthalten. Außer den Habsburgern unfähig, die Entscheidungen selbständig zu beeinflussen, gerieten sie in die Gefolgschaft Frankreichs oder Spaniens. So kam in diesen Jahrhunderten durch die politischen Ereignisse weit eher ein Riß in unsre Nation, als daß sie fester zusammengefaßt wurde. Die wirtschaftlichen Vorgänge derselben Zeit wirkten nicht anders. Zuletzt ging auch das religiös-kirchliche Leben der Deutschen in zwei Richtungen auseinander. Umgekehrt drang in unsre heimatlichen Gefilde aber auch jahrhundertelang kein äußerer Feind ein. Wir hatten keine Leiden auszuhalten wie Frankreich, das zweimal lange Zeit die Engländer in seinen Grenzen hausen und Karl V. und wiederum die Truppen Philipps II. auf Paris marschieren sah. So erklärt es sich, daß die durch den mittelalterlichen Universalismus friedlich gewordene Stimmung der Nation nicht wieder in kriegerische Reizbarkeit umschlug, als die nationalen Tendenzen in ganz Westeuropa die Oberhand gewannen. Vielmehr entwöhnten sich die Deutschen nun jeglichen Gedankens an große, gemeinsame Kriege, an ihre gelegentliche Unvermeidlichkeit und an eine Wirkung über die eignen Grenzen hinaus. Ihre aus ethischen Empfindungen friedlich gewordene Denkart entartete zur Kriegsscheu und zur Gleichgültigkeit gegen das Ansehen ihrer Nation und

Digitized by Google

die Unverletzbarkeit ihrer Grenzen. An der Schwelle der Neuzeit hat Machiavelli die Deutschen mit einem schlafenden Riesen verglichen, der sich seiner Kraft nicht bewußt sei.

Zu spät traf endlich auch das deutsche Volk in der zweiten Hälfte des Dreißigjährigen Krieges das Geschick, daß fremde Heere seine Lande immer aufs neue plündernd durchquerten und fremde Willkür ein halbes Jahrhundert lang Stück um Stück von unsern Grenzen abbrach und unsre Reichsfürsten wider die Nation mißbrauchte. Da kam das Blut des deutschen Volkes wohl wieder ins Wallen, aber gar zu allmählich und ungleich. Um die Wende des siebzehnten Jahrhunderts zwang wirtschaftliche Erschöpfung, jede große Tat noch einmal auf Geschlechter hinaus zu vertagen, und um so unwiderstehlicher brach sich nunmehr ein inzwischen aufgekommener frischer Strom universalistischer Denkweise in Deutschland Bahn, der zwar aus ganz andern Gründen, jedoch im Ergebnis nicht minder wirksam als die Not des täglichen Lebens die kriegerische Erregung der nationalen Gefühle ablenkte und abermals glättete.

Aus der monarchischen Verfassung des mittelalterlichen Deutschlands war während der europäischen Kriege des siebzehnten Jahrhunderts endgültig die aristokratische Reichsverfassung der Zeit bis zum Untergang des Reichs geworden. Johann v. Müller hat 1787 in seiner „Darstellung des Fürstenbundes" die klassische Verherrlichung der Grundgedanken dieser Staatsform geboten. Er, der Schweizer, kennzeichnet sie als „Eidgenossenschaft" der Reichsstände, durch freie Vereinbarung entstanden, fortan unauflöslich, weil ihr der Schutz des nationalen Gebietes obliege. Mit Nachdruck betonte er die Züge, durch die er diese Staatsform als die nationale deutsche Staatsform nachweisen zu können meinte, und die nationale Gesinnung ihrer Träger, der Fürsten. Von dem Berichte der französischen Gesandten des Westfälischen Friedenskongresses ging er dabei aus, daß die deutschen Fürsten viel inniger wie die italienischen an ihrem Vaterlande hingen. „Kraft einer Politik, die des deutschen Klimas würdig ist," so hatten die Gesandten gemeldet, „ziehen die Fürsten die Erhaltung der Körperschaft, deren Mitglieder sie sind, den Vorteilen vor, die jedem von ihnen in Aussicht ständen, so er sich vom Reiche lossagte." Die Historiker des neunzehnten Jahrhunderts haben in der Regel, weil sie ganz entgegengesetzte politische und staatsrechtliche Vorurteile hatten, allzuwenig Blick und Empfindung hierfür gehabt. Nicht die Abwesenheit nationaler Denkart, nicht undeutscher Sinn war das Urgebrechen, an dem die Reichsstände des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts litten, sondern ihre territorialfürstliche Schwäche, der Mangel jeglichen politischen Ueberblicks und die aus beiden erwachsende Unfähigkeit zur Selbstbescheidung und zu jener Einheit des Wollens, ohne die sich ein großer Staat nicht mehr behaupten und nicht mehr sich den Bedürfnissen gemäß entwickeln konnte.

Der uneingestandene Widerspruch zwischen ihrem Ehrgeiz und ihrer diplomatischen und militärischen Schwäche, zwischen ihrem Bewußtsein, daß sie Deutsche seien, und ihrem Angewiesensein auf Frankreich hieß sie die Lehre vom

Digitized by Google

europäischen Gleichgewicht gleich anfangs, als sie aufkam, begrüßen. Sie haben denn auch aus dem Eifer Wilhelms von Oranien, der Theorie vom Gleichgewichte in Europa allgemeine Anerkennung zu verschaffen, den größten Nutzen gezogen. Das Ergebnis der Politik des Gleichgewichts war „diejenige Verfassung nebeneinander bestehender und mehr oder weniger miteinander verbundener Staaten, vermöge deren keiner unter ihnen die Unabhängigkeit oder die wesentlichen Rechte eines andern, ohne wirksamen Widerstand von irgendeiner Seite und folglich ohne Gefahr für sich selbst, beschädigen kann". So hat Gentz 1805 Sinn und Zweck dieser Politik am glücklichsten von allen formuliert. „Was ganz zu vollbringen die Natur des Verhältnisses untersagte, wurde wenigstens durch Annäherung erreicht; und im Staatensystem des neueren Europa war die Aufgabe so glücklich gelöst, als von Menschen und menschlicher Kunst vernünftigerweise erwartet werden konnte." Aber nicht nur der Schirm, den die Lehre vom Gleichgewicht der Ohnmacht der Kleinen zuteil werden ließ, erwärmte die deutschen Reichsstände für diese. Man täte ihnen Unrecht mit solcher Vermutung. Die Lehre schmeichelte sich auch deshalb gar so leicht und tief in sie ein, weil die Reichsstände sie vor ihrem Gewissen damit rechtfertigten, daß durch sie sittliche Güter des Staatslebens, die in Deutschland aufs höchste geschätzt wurden, Europa bewahrt würden, und weil die Lehre die edelsten Ueberlieferungen deutschen politischen Denkens wieder zum Leben zu wecken schien.

Weite Gefühle, erhabene Ideen haben immer nur, in Schlagworte zusammengepreßt, ganze Völker bis in ihre Tiefen bewegt. Massen von solcher Kopfzahl wie die abendländischen Nationen mit ihrem wenig verfeinerungsfähigen, gutenteils irrationalen Empfindungsleben lassen sich kaum anders in Bewegung bringen. Einmal umgemünzt, sind dergleichen Ideen freilich auch oft genug verzerrt und gemißbraucht worden. Für das französische Volk ist all das, wofür es am ehesten empfänglich ist, seit 1789 in die drei Worte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! zusammengefaßt. Schlagworte ähnlichen Zaubers waren längst vorher für die Deutschen die drei Worte: Friede, Freiheit und Recht! geworden. Alle Verbindungen gegen den Kaiser und mit Fremden wurden schon im sechzehnten Jahrhundert vor der Nation damit entschuldigt, daß nur so „die germanische Freiheit" vor dem Despotismus des Hauses Habsburg zu retten sei. Die Garantie der Reichsverfassung durch Frankreich wurde seit 1648 geradezu als ein Bestandteil der Reichsverfassung, der dadurch Frankreich eingeräumte beständige Einfluß als eine Angelegenheit der inneren Politik des Reichs gedeutet, weil sich der den Deutschen so teure und notwendige Friede wider die Kriegssucht der „Spanier" nicht anders sicherstellen lasse. Wenn Johannes v. Müller 1787 die bürgerliche Freiheit des einzelnen und die politische Freiheit der Reichsstände definierte, indem er beide Definitionen unmittelbar nebeneinander setzte und im engsten Zusammenhange gab, so ist auch da die Absicht unverkennbar. Weil jene auf Gesetzen, diese nur auf Verträgen beruht, so soll den Verträgen derselbe rechtsverbindliche Charakter, dem gesamten Völkerrecht die-

Digitized by Google

selbe zwingende Macht zugesprochen werden, die dem Staats- und Privatrechte innewohnt. Daher findet sich bei Müller auch schon die Theorie, die Gentz noch nicht zwanzig Jahre später in voller Klarheit verkündet hat, daß Europa gar kein Nebeneinander unabhängiger Staaten ist, sondern daß „die alte herrliche Verfassung von Europa" besteht und also in den Beziehungen der europäischen Staaten zueinander nicht die Macht entscheiden darf, sondern das Recht waltet. Diese Verfassung aber gilt Müller wie allen Späteren für das Erzeugnis der „Christenheit". Mit dieser Vorstellung war nun vollends die Brücke von den Gedankengängen der Deutschen des Mittelalters zu denen des achtzehnten Jahrhunderts wieder geschlagen. Der Lobpreis der drei volkstümlichen Ideale, der halb zum Vorwande, halb zur Rechtfertigung der antikaiserlichen, internationalen Politik der Reichsstände diente, erhielt erst durch diese universalistische Zuspitzung, durch die Bezugnahme auf die alte Vorstellung von der Christenheit seinen vollen Klang, seine ganz und gar eigentümliche deutsche Klangfarbe.

Nun hieß es: ‚Die Reichsverfassung, die den Deutschen Friede und Freiheit gibt, verbürgt zugleich Frieden und Freiheit ganz Europa. Wenn das Reich, ein „Bundesstaat" ausschließlich mittlerer und kleiner Fürsten, dadurch Bestand hat, daß die Achtung vor dem Verfassungsrecht die Machtbestrebungen im einzelnen im Zaume hält, so stellt es sich darin nur als verkleinertes Spiegelbild Europas dar, das letzten Endes durch das System des Gleichgewichts ganz ebenso zu einem Bundesstaate, einer Eidgenossenschaft geworden ist. Europa kann nicht friedlich und frei bleiben, das Recht würde nicht mehr der Regulator seiner staatlichen Beziehungen sein können, wenn Deutschland eine andre Verfassung erhielte. Darum muß hinwiederum Deutschland, selbst wenn innere Gründe seines Staatslebens davon abrieten, in der Verfassung verharren, die es hat — um Europas willen. Soviel aufrichtiger, an seiner nationalen Gesinnung nicht zweifelnder Idealismus hat an dem Gewebe dieser Schlüsse mitgewirkt, daß man sich nicht scheute, im selben Atemzuge der kriegerischen Kraft des deutschen Volkes zu schmeicheln, da man sie auf eine unbedingt friedliche Politik festlegte. Johannes v. Müller voran, aber auch noch Männer wie Wilhelm v. Humboldt und der Geschichtsschreiber Heeren verpflichteten ihr Volk gewissermaßen darauf, weil es sechsmalhunderttausend unvergleichlich gute Krieger zähle, diese Kriegsmacht stets zwischen dem Kaiser und den Reichsfürsten aufgeteilt zu erhalten und nie nach einer einheitlichen und großmächtlichen Staatsverfassung zu verlangen, obwohl die großen Nationen ringsum schon in voller Ausbildung ihrer Großmacht begriffen waren. Denn stünde die deutsche Nation unter einer einzigen und starken Regierung, so würde sie unwiderstehlich sein, sie würde erobern — „und das," so sagte Humboldt 1814 noch einmal, „kann kein echter Deutscher wollen". Es ist die halbtausendjährige Auffassung in kaum verändertem Ausdruck: Nicht als Herren Europas, sondern im Dienste der Christenheit wollten die Deutschen universalistisch wirken. Vor einem halben Jahrtausend zogen sie aus, um Recht und Frieden in Europa zu wahren. Jetzt zogen sie sich in das Larvendasein

Digitized by Google

der Reichsverfassung des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts zurück, damit Friede und Freiheit Europas nicht von ihnen bedroht werden könne, und redeten sich ein, daß es aus freien Stücken geschähe. Sie lobten diese Zeit sogar später noch, während die Napoleonische Geißel über ihrem Volke geschwungen wurde, als „die gute alte Zeit". Auch ein Gneisenau unterschied sich darin nicht von den andern.

Da aber der universalistische Trieb der deutschen Nation, des „Mutterlandes europäischer Herrschaft", von Ursprung keineswegs darauf gestellt war, Europas wegen das eigne Volk zu demütigen, sondern spendend und sich mitteilend zu wirken, so verschaffte er sich einstweilen in andrer Richtung Luft. In vielen und gerade den Erregbarsten erwachte die Sehnsucht, die ganze Menschheit durch kulturelle Taten mit dem Deutschtum zu durchtränken. Sie waren noch immer selbstbewußt wie die Ahnen, wenn sie das Deutschtum als die höchste Entfaltung alles Menschentums priesen, und wichen keineswegs aus der Bahn, den die nationale Entwicklung ihres Volkes von früh an gegangen war. Sie dachten nur, von der Not gedrungen, alte Gedanken um. Das erhellt deutlich, wo wir sie einmal über die politische und kulturelle Lage der Nation zugleich hören können. Schiller entwarf seine „Deutsche Größe" in dem Augenblicke, da das Römische Reich begraben werden mußte, als „der Deutsche ruhmlos aus seinem Kriege" ging und „der Sieger sein Geschick" bestimmte. Entsprechend wandte sich Fichte erst mit seinen „Reden an die deutsche Nation", als der letzte Rückhalt deutscher Kraft, der Staat Friedrichs des Großen, zertrümmert worden war; von diesen Tagen an datierte er das nationale Verderben. Gerade er machte sich damals zum Lobredner der Zeit vor 1806 als „der guten alten Zeit". Und wer sich die Mühe nicht verdrießen läßt, das Motiv zu erlauschen, das als Leitmotiv durch das erregte Auf- und Niederfluten der Stimmungen in Goerres „Ueber den Fall Teutschlands und seine Wiedergeburt" aus dem Jahre 1810 klingt, wird dieselbe Erfahrung machen, daß im tiefsten Grunde das Lob des unüberwindlichen deutschen Geistes nur ein Sichaufbäumen gegen das Verzagen an Deutschlands freier, großer politischer Zukunft war.

Friedrich Meinecke hat in seinem vielgelesenen Buche „Weltbürgertum und Nationalstaat" vor einigen Jahren das universalistische Denken sowie das Freiheits- und Friedensideal der Deutschen um die Wende des achtzehnten Jahrhunderts als unpolitischen Ursprungs gedeutet und aus der weltbürgerlichen Gesinnung der Aufklärung ableiten wollen. Sein Buch ist reich an anregenden Einzelbeobachtungen; aber was er vor allem beweisen wollte, muß abgelehnt werden. Meinecke steht im Banne einer Lehre vom Staate, die heute viele Anhänger hat, aber nicht allgemein gültig ist. Ihn beherrscht eine rein parteipolitische Anschauung des vergangenen Jahrhunderts von der Natur staatlicher Probleme. Daraufhin hat er sich davon entbunden, die erste Aufgabe jeder geschichtswissenschaftlichen Untersuchung gleicher Art anzugreifen. Sie konnte in seinem Falle keine andre sein, als nachzuprüfen, ob sich die von ihm verwerteten

Digitized by Google

Aeußerungen in den Zusammenhang der Entwicklung des Nationalgefühls und der politischen Ideen unsers Volkes einreihen lassen und ob umgekehrt diese Entwicklung aus jenen Aeußerungen richtiger und tiefer verstanden zu werden vermöchte. Erst wenn sich gezeigt hätte, daß die Aeußerungen aus dem Zusammenhange herausfielen, durfte jene andre Erklärung versucht werden, die Meinecke uns gab. Tatsächlich gehören sie in den Zusammenhang, weshalb einige der wichtigsten mit Absicht auch für die vorliegenden Ausführungen als Belege bevorzugt worden sind. Die Ursachen dagegen, die Meinecke bezeichnet, haben nur als zeitgeschichtliche Tatsachen an zweiter Stelle auf den Gang der Dinge eingewirkt.

Die Tatsache der zeitgenössischen Einwirkung selbst soll damit gewiß nicht beiseitegeschoben werden. Wie hätte es an ihr auch fehlen mögen? Die Strömungen einer Zeit werden sich in den Abwandlungen einer Jahrhunderte umspannenden Entwicklung immer Geltung verschaffen, zumal dann, wenn sie so viele Berührungspunkte mit den ursächlich wirksamen Triebkräften der Entwicklung haben, wie es im nationalen Leben Deutschlands während des achtzehnten Jahrhunderts der Fall war. Wo ohnehin die Neigung zu universalistischer Denkart so vorwaltete wie in Deutschland, mußte die unpolitische, jeden Staat auflösende weltbürgerliche Gesinnung der Aufklärung sowie der westeuropäische Geist, der diesem achtzehnten Jahrhundert dank der raschen allgemeinen Aufnahme neuer Ansichten und Grundsätze, verbesserter Verwaltungs-, Finanz- und Kriegsmethoden und aller Erfindungen eigentümlich war, ebenfalls leicht in die Gemüter eindringen können. Auch außerhalb Deutschlands kam damals ein ungewöhnlich stürmisches Verlangen nach Freiheit auf. Auch außerhalb Deutschlands packte ein so übermächtiges Friedensbedürfnis die Völker, daß Gentz 1806 darauf alle Schuld an den Siegeszügen Napoleons werfen zu dürfen glaubte. Kein Wunder, daß das deutsche Friedens- und Freiheitsideal daher noch besondere Nahrung aus den Zeitumständen sog. Selbst für das Rechtsideal scheint die gleiche Wirkung nachweisbar zu sein. Aber immer handelte es sich dabei nur um Zuflüsse, nicht um Quellflüsse. Naturgemäß war die Einwirkung dieser Zuflüsse nicht auf alle Wortführer gleich lebhaft. Sie mag bei dem einen die Farbe seiner Meinungen, bei dem andern ihre Motivierung so empfindlich bestimmt haben, daß ihre der nationalen Vergangenheit angehörigen Voraussetzungen kaum noch wahrzunehmen sind. Eben deshalb hätte Meinecke aber auch zögern sollen, es nur hier und da mit einem Querschnitt zu versuchen. Vielmehr waren möglichst viele Aeußerungen, die für ein objektives Urteil in Betracht kamen, gemeinsam ins Auge zu fassen und abzuwarten, ob das durch die Uebung geschärfte Auge nicht zuletzt selbst in den scheinbar ausschließlich zeitgenössisch bedingten Aussagen die Spuren der nationalen politischen Ueberlieferung wiedererkannte.

Nur wer den Zusammenhang der polischen Ideenbildung in Deutschland durch die Jahrhunderte verfolgt, wird auch ausreichend darauf aufmerken, daß selbst im achtzehnten Jahrhundert kein noch so kurzer Zeitraum nachgewiesen

Digitized by Google

ist, da es die universalistisch gerichtete Publizistik unsrer Nation ganz an Einwürfen fehlen ließ, ob Deutschland mit der Theorie vom europäischen Gleichgewicht, mit der „germanischen Freiheit" und dem ewigen Frieden in Wahrheit so gut fahre, wie sie ihn immer wieder schilderte. Eben weil die politischen Schriftsteller aus einer auf deutschem Boden gewachsenen politischen Ideenbildung zur Wertung jener Ideale gekommen waren, wurden sie nie völlig unempfänglich für deren Kehrseite. Deshalb bedurfte es nicht erst der französischen Revolution, damit Deutschland den Anstoß erhielt, vom nationalen Standpunkte immer schärfer die Folgen jener Ideale zu kritisieren, und damit Forderungen laut wurden, die Gebrechen abzustellen. Aus eignem Antrieb merkten die Deutschen, obwohl anfangs langsam, so doch allmählich sicherer und sicherer, wie durch das Uebertriebene ihres Friedensbedürfnisses und ihrer universalistischen Denkweise die Mängel ihrer Staatsform überhand genommen hatten, die Kräfte der Nation „zerstreut, zerspalten, für jeden wahren Nationalzweck verloren waren", und das nationale Ehrgefühl selbst verkümmerte und abstarb. Bald durchschauerte sie auch schon ein erstes Ahnen, was danach unabwendbar kommen mußte: daß die deutsche Nationalität ganz und gar verfiel, der Nationalgeist sich verflüchtigte und auch die Eigenschaften und Güter, die die Deutschen als „Kulturnation" ihr Eigen nannten, bedroht wurden. Noch vor 1789 bemerkte Johannes v. Müller, daß „wir uns nicht mehr teutschen Tones schämen, die Weisheit vaterländischer und gemeinnütziger wird". Zur selben Zeit aber bildete sich in der Nation wieder nach Ueberwindung der wirtschaftlichen Verheerungen des siebzehnten Jahrhunderts ein wohlhabender gewerbfleißiger Bürgerstand. Er hat sich, wo er noch auftrat, zum entschiedensten Träger nationalstaatlicher Entwicklung gemacht. Soeben erschloß sich auch unsre nationale Literatur zu ihrer herrlichen Blüte. Die Stunde war endlich gekommen, da die deutsche Nation aus dem Zustande sich erheben konnte, in dem sich ihr nationales Dasein, gleich dem aller Nationen in ihren Anfängen, noch pflanzenhaft, halb unbewußt fortbewegt hatte. Jener Zustand der Dämmerung hatte bei den sonstigen Umständen des politischen Daseins der Nation nur zu sehr die Nachgiebigkeit gegen fremde Einflüsse begünstigt, die Wilhelm v. Humboldt kurz darauf einmal schon als eine angeborene Eigenschaft des deutschen Nationalwesens, „als Mangel an einer entscheidenden Naturbestimmung" feststellen zu müssen meinte.

Die ersten Regungen des wacher werdenden Nationalgefühls führten zur rasch sich mehrenden und tiefer dringenden Kritik an dem Ungenügen, das das Selbstbewußtsein der Deutschen dank der staatlichen Ohnmacht des deutschen Volkes empfinden mußte.

Johannes v. Müller, so beredt er gleich das Reich als die Eidgenossenschaft der deutschen Reichsstände pries, war es doch nicht zweifelhaft, daß der eigentliche Daseinsgrund des Reiches die deutsche Nation sei. „Die Grundherrschaft über alle Bestandteile des Reichs gebührt niemand anders als der Nation." Darum sei die Eidgenossenschaft, obwohl aus freiem Willen ihrer Mitglieder entstanden, unauflösbar und eine Verpflichtung ihrer Mitglieder un-

Digitized by Google

abänderlich. „Wider fremden Angriff sind ohne Unterschied alle verbunden." Diese Tatsache aber, einmal von Müller ausgesprochen, pochte und hämmerte so stark in ihm, daß er bei allen Schmeicheleien, die er Frankreich als Garantiemacht der Reichsverfassung sagen zu müssen glaubte, dennoch die Worte niederschrieb: „Es ist für die europäische Freiheit nicht genug, daß die Reichsverfassung bestehe; die Teutschen müssen hierzu selber stark genug sein."

Denselben Gedanken griff Gentz in dem schon erwähnten Vorwort zu seinen Fragmenten in leidenschaftlichen Worten auf. Ungezählte variierten ihn. Ihn wandelte in seiner ruhigen, nachdenklichen Weise und auf seine in die Tiefe schürfende Art auch Wilhelm v. Humboldt ab. „Deutschland muß frei und stark sein, nicht bloß, damit es sich gegen diesen oder jenen Nachbar oder überhaupt gegen jeden Feind verteidigen könne, sondern deswegen, weil nur eine auch nach außen hin starke Nation den Geist in sich bewahrt, aus dem auch alle Segnungen im Innern strömen, es muß frei und stark sein, um das, auch wenn es nie einer Prüfung ausgesetzt sein würde, notwendige Selbstgefühl zu nähren, seiner Nationalentwicklung ruhig und ungestört nachzugehen und die wohltätige Stelle, die es in der Mitte der europäischen Nationen für dieselben einnimmt, dauernd behaupten zu können." Mit diesen Worten Humboldts war vollkommen formuliert, was nach Ausdruck gerungen hatte; sie gaben dem nationalen Selbstbewußtsein alle Genugtuung, die es begehrte, und opferten doch nicht die Ueberlieferungen, die Recht und Frieden und Freiheit für alle in Europa unter Deutschlands Mitwirkung gewahrt wissen wollten.

Mittlerweile hatten andere auch schon das mechanisch Starre herausgefühlt, das der Gleichgewichtstheorie anhaftete, und die Gebrechlichkeit des auf ihr aufgebauten europäischen Friedensstandes kritisiert. Novalis und Fichte wiesen als Ursache dieser Mechanisierung der europäischen Staatsbeziehungen das Schwinden des christlichen Geistes, das Dahinsinken der Macht der Kirche nach. Es gab keine Christenheit mehr. Mit ihr schien die Voraussetzung einer dauernden, auf das Recht und die Freiheit gegründeten europäischen „Verfassung" hinfällig geworden zu sein. Einige Romantiker zogen daraus den Schluß, daß jener Geist neu belebt und die Macht der Kirche wieder aufgerichtet werden müsse. Andre Zeitgenossen suchten, ob sich die entschwundene Voraussetzung durch eine neue ersetzen ließe. Darüber gelang es Fichte und schärfer noch Adam Müller, wenigstens zu durchschauen, weshalb das Mechanische des Gleichgewichtssystems den von ihm geschützten Staaten selbst zuletzt zum Verderben ausschlagen mußte; sollen Staaten nicht erstarren, so können sie nicht auf ihre Selbstbestimmung in dem Maße verzichten, wie es die Gleichgewichtstheorie ihnen zumutete. Sie brauchen neben dem friedlichen Austausch die Reibung, um ihre kulturelle Wirkung in voller Fruchtbarkeit entfalten zu können. Sie müssen die Möglichkeit behalten, zu wachsen, und entsteht ihnen dabei Widerstand, ihn niederzukämpfen. Nur so steigern sie ihre Kräfte gegenseitig und heben sie sich einander. Damit wurde nicht nur die Idee eines friedlichen Ausgleichs unter den Staaten auf ihr berechtigtes Maß zurückgeführt. Auch die übertriebene Geltung, die

Digitized by Google

von den Deutschen völkerrechtlichen Vorschriften beigelegt worden war, wurde mit den Wirklichkeiten in der Welt um sie her wieder in Uebereinstimmung gebracht.

Nur die Berichtigung des Freiheitsideals machte die ganze Zeit hindurch kaum einen Fortschritt. Den Grund wird man darin zu suchen haben, daß es den Deutschen des ausgehenden achtzehnten und beginnenden neunzehnten Jahrhunderts mit ihrem von der Aufklärung regulierten, das Einfache und Fertige bevorzugenden Denken noch nicht möglich war, sich zu der Vorstellung jener aus einem Oberstaate und aus Einzelstaaten kombinierten, auf Entwicklung angelegten Staatsform durchzufinden, die wir heute im Deutschen Reiche besitzen und die allein das Uebermaß „germanischer Freiheit" wegzuräumen vermochte und doch das notwendige Maß deutscher Stammeseigentümlichkeiten und Einzelstaatsrechte bewahrte.

Der Deutsche Bund des Jahres 1815 ist das praktische Ergebnis all dieser mehr oder minder zum Ziel gekommenen Ueberlegungen gewesen. Will man ihn treffend beurteilen, so darf man wohl nicht außer acht lassen, daß gerade Wilhelm v. Humboldt neben Stein seine Vaterschaft für sich in Anspruch genommen hat. Die Bundesakte ließ auch den letzten Schein, als ob in Deutschland ein Oberstaat über den Einzelstaaten sein sollte, fallen und beschied sich mit einem bloßen Bundesverhältnis der Bundesstaaten nach Analogie der „Eidgenossenschaft" der Reichsstände, die Johannes v. Müller gelehrt hatte. Auch hielt sie noch fest daran, daß der Bund nie eine Politik der Eroberung treiben sollte. Daß er vielmehr seine eigentliche Aufgabe in der Erhaltung der Ruhe Europas suchen müsse, haben Humboldt und Metternich unabhängig voneinander in fast gleichen Redewendungen bezeugt. Auf Europa in seiner Verfassung Rücksicht zu nehmen, lag den Schöpfern des Bundes nach der einleitenden Formel der Bundesakte noch ebenso an, wie Deutschlands Bedürfnissen zu genügen. Sann doch Metternich eben damals — vielleicht nicht unbekannt mit der Kritik Fichtes und Müllers und andrer an der Gleichgewichtstheorie — auf eine neue „organische" Verfassung Europas. Ebenso entschieden aber meinten er und seine Mitarbeiter in der Akte der Forderung entsprochen zu haben, die bisher unter allen Reformvorschlägen der letzten Jahrzehnte allein zur vollkommenen Formulierung gediehen war. Die Nation sollte in der Bundesakte ihr Recht auf den Schutz ihrer Grenzen und ihres staatsrechtlichen Zustandes, sie sollte nicht minder die Ansprüche ihres nationalen Selbstgefühls durch den Bund gewahrt sehen. Aus einer kleinen Schrift, mit der Heeren, der politisch umsichtigste deutsche Geschichtschreiber seiner Zeit, den Bund 1817 begrüßte, leuchtet der Zusammenhang zwischen den leitenden Gedanken der Bundesakte und der traditionellen Ideenbildung der deutschen Nation in der Fassung, die ihr die zeitgenössische Publizistik gegeben hatte, besonders klar ein. Erst die folgenden Geschlechter haben erfahren, daß sich die geistigen Urheber des Bundes gerade mit der Aufgabenstellung, auf die sie am stolzesten waren: der Vereinigung einer unbedingten Friedenspolitik mit kräftigem Nationalbewußtsein, um die Quadratur des Kreises

Digitized by Google

bemüht hatten. Was diese wollten, sagten sie abschließend 1820 im Artikel 35 der Wiener Schlußakte: „Der Bund hat als Gesamtmacht das Recht, Krieg, Frieden, Bündnisse und andre Verträge zu beschließen. Nach dem im zweiten Artikel der Bundesakte ausgesprochenen Zwecke des Bundes übt derselbe aber diese Rechte nur zu seiner Selbstverteidigung, zur Erhaltung der Selbständigkeit und äußern Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Bundesstaaten aus." Dem Frieden hat der Bund gedient. Das deutsche Volk hat ihn in seiner Mehrheit zum Schluß dennoch nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß er es hinderte, eine Großmacht gleich den Nachbarnationen zu werden.

Hier hat der Hinweis auf die Fäden, die zwischen der Bundesakte und der gleichzeitigen politischen Schriftstellerei in Deutschland hin und her liefen, nur deshalb seinen Platz, weil er zeigt, wie es sich in der Praxis deutschen Staatslebens ebenso wie in der Publizistik zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts bei allen Bemühungen, das Nationale in den äußeren Verhältnissen des deutschen Volkes kräftiger zu betonen, nur um eine Verbesserung und Berichtigung der früheren Entwicklung, nicht um ein neues oder gar dem vergangenen entgegengesetztes, feindliches handelte. Sie wollten Deutschland wieder aufbauen, aber mit ihm Europa. „Europa ist durch Teutschland gefallen; durch Teutschland muß es wieder emporsteigen."

Innere Gründe vermögen diese Beobachtung wohl vollends zur Gewißheit zu erheben. Für alle die Männer, die die Wortführer der Nation in jener bedeutsamen Zeit waren, blieben die vornehmsten Aufgaben des deutschen Staates ethischer Natur, auch wenn sie sich nicht mehr verbargen, daß die Macht das Wesen des Staates ausmacht. Ihr deutscher Idealismus sorgte dafür. Eben diese ethischen Aufgaben jedoch duldeten keine Beschränkung des Staates auf sich selbst. Sie heischten von ihm dauernde Hingabe an die Zwecke der gesamten Menschheit und sie brauchten umgekehrt die Fülle der gesamteuropäischen christlichen Kultur, damit sie selbst immer wieder ausreichende Anregung und Schwungkraft empfingen. Aber auch aus einer tieferen Einsicht in das Wesen des nationalen Staates, als sie ihren Nachfahren eigen war, beharrten jene Männer auf der gleichzeitigen Pflege universalistischen und nationalen Denkens. Als das Kennzeichen des nationalen Staates galt ihnen nicht die durch nichts mehr gehemmte Unabhängigkeit seines Handelns, sondern sie erkannten, daß im Gegenteil gerade der nationale Staat aus freien Stücken zu Einschränkungen seines Selbstbestimmungsrechtes bereit sein muß, will er den Bedürfnissen der von ihm umspannten und als politische Gemeinschaft organisierten Nation entsprechen. Denn die Bedürfnisse, die der Staat von Natur hat, und die Bedürfnisse einer staatlich organisierten Nation decken sich durchaus nicht in allwege. Ein Staat kann sich in allen Dingen, wenn er mächtig genug dazu ist, auf sich allein stellen. Seine Natur wehrt es ihm nicht, treibt ihn eher dazu an. Von jeder Nation aber gilt, was wiederum Humboldt am schlichtesten und klarsten gesagt hat: „Es liegt in der Art, wie die Natur Individuen zu Nationen vereinigt und das

Digitized by Google

Menschengeschlecht in Nationen absondert, ein überaus tiefes und geheimnisvolles Mittel, den einzelnen, der für sich nichts ist, und das Geschlecht, das nur in einzelnen gilt, in dem wahren Wege verhältnismäßiger und allmählicher Kraftentwicklung zu erhalten." Die Nationen stehen nicht unabhängig nebeneinander, sondern sind nur da als Gliederungen der einen Menschheit. Solche Erkenntnis dämmerte doch vermutlich auch vor Adam Müller auf, als er in bestimmter Abgrenzung dessen, was er ausdrücken wollte, gegen alle „schale, über den ganzen Erdball zerfließende Weltbürgerlichkeit" die Sätze niederschrieb: „In dem Herzen des einzelnen Menschen, in wie glücklichen Verhältnissen er auch als Bürger lebe, wie mächtig das Vaterland alle seine Neigungen auch fessele, bleibt dessenungeachtet eine unausgefüllte Stelle zurück: unter aller nationaler Befriedigung noch Raum zur Sehnsucht."

Verbessern und berichtigen wollten diese Männer, was sich an Schwächen und Irrungen in die politische Ideenbildung der Nation im Laufe der Jahrhunderte eingeschlichen hatte, und was sich in den Jahren Napoleons so furchtbar an ihr rächte. Ueber dem Verbessern und Berichtigen haben sie diese Ideenbildung in Wahrheit vollendet. Sie führten sie nicht nur gedanklich auf die Höhe, sondern verhalfen ihr in den wichtigsten Teilen auch zum reinsten und klarsten Ausdruck. Außer in der Verfassungs- und Freiheitsfrage ließen sie den nachkommenden Geschlechtern nur eine verhältnismäßig leichte Nachlese übrig. Sie ließen ihnen freilich auch die Tat!

*

Die Folgezeit hat uns im Jahre 1870 die Tat gebracht. Wir haben das Reich. Aber nicht mit gleicher Kraft ist inzwischen das Vätererbe politischer Gedanken und Ueberzeugungen gehütet, geschweige denn weiter daran gestaltet worden. Dem deutschen Volke wurden im Gegenteil die Idee des nationalen Staates und sein hergebrachtes universalistisches Denken als einander feindliche Gegensätze geschildert. Man leitete es an, die ethischen Zwecke des Staatslebens als den Machtzwecken untergeordnet anzusehen; für die auswärtige Politik disputierte man sie ganz und gar hinweg. Zufällige Anlässe taten das meiste dazu, die Unzulänglichkeit und das Unvolkstümliche der Bundespolitik, der besondere staatsmännische Charakter Bismarcks, die Anziehungskraft von staatsrechtlichen und parteipolitischen Doktrinen fremdländischer Herkunft und die Schwierigkeiten aller Grenzbestimmung zwischen dem Machtdrange des Staates und den Pflichten einer Nation gegen die Gesellschaft. Daher bewegt sich wohl das Denken unsres Volkes unter der Oberfläche immer noch in den überlieferten Bahnen. Die Friedfertigkeit seiner Politik seit 1871 ist der beste Zeuge dafür, daß es im Kerne das alte Volk geblieben ist. Aber was bisher nur äußerlich an ihm haftete, wird allgemach sein Wesen durchdringen. Damit würde dann nicht nur die Art all unsrer auswärtigen Beziehungen sich ändern, friedlos werden. Auch die Schäden unsres Volkstums, die uns seit der Begründung des Reiches in rasch wachsendem Maße zu schaffen machen, würden vermutlich

Digitized by Google

heillos werden. Denn aus demselben Quell ist ja einst die Teilnahme der Deutschen für alle Güter des gesamten europäischen Staatslebens und der Idealismus geströmt, der das innere Leben unsres Volkstums mit ethischen Postulaten ganz und gar erfüllte. Auf die Schäden am Volkstum haben zur Stunde schon wieder weite Kreise deutscher Bürger aus eignem Antrieb ihr Augenmerk gerichtet. Der Wert eines universalistischen Einschlags im deutschen politischen Denken muß den meisten erst neu nachgewiesen werden. Aber auf diesen Nachweis darf unter keinen Umständen verzichtet werden. Hielt die Nation vor einem Jahrhundert mitten in der Glut aufflammenden Nationalgeistes an der universalistischen Denkart fest, weil in ihr der ethische Gehalt deutschen politischen Denkens noch unversehrt war, so müssen wir heute zu der universalistischen Denkart der Väter wieder zurückkehren, soll es uns glücken, den mittlerweile versehrten ethischen Gehalt des politischen Denkens der Nation aufzufrischen, ihren politischen Idealismus wieder zu wecken. Jeder Wink, den wir den Gedankengängen der vor einem Jahrhundert führenden Männer für die unmittelbaren Sorgen unsrer inneren Politik entnehmen können, weist uns auf den Zusammenhang hin. Fichte sah den wesentlichen Dienst, den die Deutschen der gesamten Menschheit leisten könnten, darin, daß sie vorbildlich zunächst unter sich ein wahres Reich des Rechts aufrichteten und für alle bürgerliche Freiheit sich begeisterten. Heinrich v. Gagern versprach sich von allem, was für die politische Bildung eines Volkes geschehe, eine Frucht für die Annäherung der Völker untereinander. Herder träumte gar den Traum, daß, je edler und tiefer der Patriotismus, je wärmer das vaterländische Empfinden werde, desto weniger Kriege geführt werden würden. „Politische Maschinen mögen gegeneinander gerückt werden, bis eine die andre zersprengt. Nicht so wirken Vaterländer gegeneinander, sie liegen ruhig nebeneinander und stehen sich als Familie bei. Vaterländer gegen Vaterländer im Blutkampfe ist der ärgste Barbarismus der menschlichen Sprache." Um was aber ringen wir in unsrer inneren Politik heute sehnsüchtiger als um die Verteidigung der bürgerlichen Freiheit und um das Recht, um einen veredelten Patriotismus, um politische Bildung? Weil es dem neunzehnten Jahrhundert in seinem späteren Verlauf an dem vollen sittlichen Ernste der Väter mangelte, sind die Gebrechen im Innern der Nation so bedrohlich geworden. Nur deshalb ist aber auch, was uns mit den andern Völkern gemein ist und mit ihnen verbindet, in den Vorstellungen der Nation immer mehr vor dem zurückgetreten, was sie und uns in schroffen Gegensatz widereinander stellt. So ergibt sich zuletzt aus den Bedürfnissen der deutschen Gegenwart für die Freunde internationaler Verständigung in Deutschland der Rat, zuvörderst mit Hand anzulegen, damit das ursprünglich so reiche ethische Empfinden im deutschen Staatsleben wieder zum Quellen und Wirken gebracht werde. Anderseits mögen sich auch alle die, denen schon die Arbeit am eignen Volkstum am Herzen liegt, von der Geschichte mahnen lassen, daß sie gute Hoffnung nur hegen dürfen, wenn sie helfen, die universalistischen Empfindungen im deutschen Gemütsleben wieder mit zum

Digitized by Google

Schwingen und Klingen zu bringen. Das deutsche Volk selbst wird nach allen Erfahrungen der Vergangenheit sorgen, daß über der Ethik nicht wieder seine Stärke, über der „deutschen Gerechtigkeit gegen das Ausland" nicht seine nationale Einheit und Gesinnung Schaden leidet.

Andrássy und Bismarcks Kulturkampf[1]

Während die ungarische Parlamentskrise die volle Aufmerksamkeit Andrássys auf sich zog, ward trotzdem gleichzeitig sein Geist durch eine andre, nicht minder wichtige Sache beschäftigt, die in innigstem Zusammenhang mit der von ihm begründeten deutschfreundlichen Richtung stand. Draußen im Deutschen Reiche loderte in hellen Flammen der sogenannte „Kulturkampf", der Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, von dem Bismarck in einer seiner gewaltigen Reden sagte, daß er so alt sei wie das Menschengeschlecht selbst.[2]) War es bei dem Verhältnis, in dem Oesterreich-Ungarn seit dem Sommer 1871 zu Deutschland stand, möglich, daß Andrássy eine dem deutschen Kanzler feindliche kirchenpolitische Haltung einnehme? Schien es denkbar, daß er sich auf die Seite der römischen Kurie stelle, die seit dem Syllabus vom 8. Dezember 1864 mehr als je mit der offen einbekannten Absicht hervortrat, das gesamte staatliche Leben unter ihre Herrschaft zu bringen? Seiner ganzen Klugheit bedurfte es, um sowohl der Freundschaft für Deutschland als auch den Anforderungen der inneren Verhältnisse der Monarchie gerecht zu werden. Ihm fiel die gewiß nicht leichte Aufgabe zu, glücklich hindurchzusteuern zwischen den Klippen, die ihn von zwei Seiten: von Deutschland und von mächtigen sozialen Schichten in Oesterreich-Ungarn, bedrohten. Mit seinem feinen politischen Takte und der ihm eignen politischen Geradheit des Charakters bewahrte Andrássy die Monarchie vor schweren Schäden, denen sie der kirchliche Konflikt aussetzte, in den sie durch die Machtansprüche Papst Pius' IX. geriet.

Ein unbedingter Anhänger des Liberalismus und entschlossener Verteidiger der Rechte des Staates, konnte Andrássy nie zugeben, daß Oesterreich-Ungarn den Geboten Roms ausgeliefert werde. Die Zeiten, wo in Oesterreich eine rein kirchliche Auffassung die Staatsgeschäfte lenkte, wo man, wie im Konkordate von 1855, das Interesse der Kirche über das des Staates stellte, gehörten seit der Herstellung verfassungsmäßiger Zustände dies- und jenseits der Leitha der Vergangenheit an. Seit 1867 hätte es kein leitender österreichischer oder ungarischer

---

[1]) Aus dem demnächst bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erscheinenden II. Bande des Werkes: Graf Julius Andrássy, sein Leben und Wirken auf Grund ungedruckter Quellen dargestellt von Eduard v. Wertheimer.

[2]) Rede Bismarcks vom 10. März 1873.

Digitized by Google

Staatsmann mehr wagen dürfen, den Konkordatsgeist wieder aufleben zu lassen. Am wenigsten konnte dies Andrássy einfallen. War er es doch, der der österreichischen Verfassungspartei in ihrem Kampfe gegen das Konkordat seine Hilfe geliehen, der sich zur selben Zeit zum Dolmetsch der tiefen Erregung gemacht, von der damals auch Ungarn durch das aggressive Vorgehen der Bischöfe in Oesterreich ergriffen wurde. Ein Mann von seiner Gesinnung durfte nicht mit verschränkten Armen zusehen, wie die Jesuiten in der ganzen Welt agitierten, um die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes mittels des von Pius IX. einberufenen Allgemeinen Konziles in eine gültige Form zu bringen.[1]) Diese Frage, die weit über das rein religiöse Gebiet hinausreichte und einen hochpolitischen Charakter besaß, mußte jeden Staatsmann, und natürlich auch Andrássy, mit großen Besorgnissen erfüllen. Es war klar, daß durch die Anerkennung der Unfehlbarkeit die Gewalt der Päpste über alle Fürsten und Völker in weltlichen Dingen zum Glaubenssatz erhoben werden sollte.[2]) Trotzdem geschah das Unerwartete, daß Beust im Einvernehmen mit der ungarischen und österreichischen Regierung die am 9. April 1869 vom bayrischen Minister Fürsten Hohenlohe beantragten, gemeinsam zu ergreifenden Präventivmaßregeln ablehnte.[3]) Es war ein Fehler, der sich dann auch rächte, auf die Opposition des österreichisch-ungarischen Episkopats als eine wirksame Handhabe gegen die Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas zu rechnen.[4]) Während mit dem Zuwarten viel kostbare Zeit verloren ging, gelang es der ungemein rührigen Jesuitenpartei, die dem neuen Dogma feindlichen Bischöfe einzuschüchtern. Die Gefahr, über die sich Beust, ungeachtet des am 6. Februar 1869 erschienenen „Civiltà"-Artikels,[5]) am 15. Mai desselben Jahres noch kein Urteil zu bilden vermochte,[6]) stand bereits den 10. Februar 1870 in voller Größe vor seinen Augen. Von der jetzt eingetretenen Situation mußte er selbst sagen: sie schaffe „einen unausfüllbaren Abgrund zwischen den Gesetzen der Kirche und denen der meisten modernen Staaten.[7])

Nachdem jedoch das Unfehlbarkeitsdogma verlautbart worden war, mußte

---

[1]) J. Friedrich: „Geschichte des Vatikanischen Konzils" II. 29. Kapitel. Durch die Bulle vom 29. Juni 1868 wurde das Allgemeine Konzil ausgeschrieben.

[2]) Dies war die Ansicht Döllingers. Siehe: „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe, Bd. I, S. 351. Zu vergleichen damit: „Allgemeine Zeitung", 10.—15. März 1869. Die daselbst anonym erschienenen Artikel über das Konzil rühren von Döllinger her.

[3]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe", Bd. I, S. 351. Beust an Graf Ingelheim in München, Wien, 15. Mai 1869, abgedruckt in: Graf Beust, „Aus drei Vierteljahrhunderten", Bd. II, S. 278.

[4]) Beust, a. a. O., S. 281.

[5]) Näheres über diesen Artikel bei Friedrich, „Geschichte des Vatikanischen Konzils", II, 29. Kapitel.

[6]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 280.

[7]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 381, Depesche Beusts an Graf Trauttmansdorff in Rom, 10. Februar 1870.

Digitized by Google

man zusehen, wie dessen Folgen einzudämmen seien. Andrássy war es vor allem um die Verhütung eines unheilbaren Zusammenstoßes zwischen der geistlichen und staatlichen Macht und um die Wahrung der Rechte des Staates zu tun. Abgesehen von einigen Ausschreitungen, konnte er von dem ihm bekannten Patriotismus der ungarischen Bischöfe erwarten, daß sie ihm keine Verlegenheiten bereiten würden. Darauf dürften denn auch, falls sie wirklich gefallen sind, die ihm Bismarck gegenüber bei der Salzburger Zusammenkunft (August 1871) in den Mund gelegten Worte zielen: „Ich schieße nicht mit Kanonen auf Spatzen."[1]) Wollte Andrássy damit nicht etwa andeuten, daß er bei dem in kirchlichen Fragen mehr indifferenten als bigotten Charakter des ungarischen Volkes keine leidenschaftlichen Ausbrüche zu befürchten brauche? Jedenfalls kann diesem Ausspruche — immer unter der Voraussetzung, daß er wirklich erfolgte — kein andrer Sinn unterlegt werden, als daß er überzeugt war, mit den ihm zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln widerspenstigen Priestern gegenüber das Auslangen zu finden.[2]) Solange Andrássy an der Spitze Ungarns stand, gab es auch tatsächlich keinen eigentlich gefährlichen Zusammenstoß mit den ungarischen Kirchenfürsten.[3])

*

Andrássy, der sich nie von konfessionellen Gesichtspunkten, sondern stets nur vom Staatsinteresse leiten ließ, war fest entschlossen, auch als Minister des Aeußern keinen andern Erwägungen Raum zu gewähren. Er wäre froh ge-

---

[1]) „Presse", 24. Juli 1872. Man hatte Andrássy gesagt, Dóczi hätte die Korrespondenz, in der diese Worte vorkamen, geschrieben. Es stellte sich aber bald heraus, daß die Mitteilung von Baron Ivor Kaas herrührte. Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers", Bd. II, S. 75, läßt Andrássy gelegentlich der Jesuiteneinwanderung diesen Satz sprechen.

[2]) Hierher gehört in erster Linie das Jus placeti, als eine stets bereite Waffe der staatlichen Zensur in Ungarn, um ihr unangenehme Rückwirkungen des Infallibilitätsdogmas zu verhindern. Auf Grund des Jus placeti wurde ja auch der greise Bischof Jekelfalussy von Stuhlweißenburg, der gegen das Verbot dennoch das neue Dogma hatte verkünden lassen, am 11. September 1870 vor den ungarischen Ministerrat berufen, wo ihm Andrássy auf ausdrücklichen Befehl und im Namen Seiner k. u. k. apostolischen Majestät „die allerhöchste Mißbilligung, Verweis und Tadel" aussprach. In seinem Vortrage vom 11. September 1870 (Königl. Ungarisches Ministerpräsidium) erwähnt Andrássy, der Bischof habe vor der versammelten Ministerkonferenz erklärt, daß er den Befehl Seiner Majestät mit „gebührender Ehrfurcht" annehme, sowie daß er seine Pflichten kenne. Paulers, des ungarischen Unterrichtsministers, Rede vom 28. September 1871 im „Diarium des ungarischen Reichstages" (ung.). Ueber die Stellung der ungarischen Regierung gegenüber dem Infallibilitätsdogma und den ungarischen Bischöfen siehe: Könyi, „Die Reden Deáks", Bd. VI, S. 383—416.

[3]) Die ungarischen Kirchenfürsten hatten die Verabredung getroffen, ein jeder von ihnen solle dem Papste erklären, ihre Ueberzeugung betreffs der Unfehlbarkeitslehre sei dieselbe geblieben, daß sie sich zwar wegen Vermeidung eines Schisma unterwerfen, doch sich nicht verpflichten, die Gegner des neuen Dogmas zur Verantwortung zu ziehen oder dasselbe in demonstrativ herausfordernder Weise zu verbreiten oder zu lehren.

Digitized by Google

wesen, wenn ihn die Ereignisse in keine ausgesprochene Kampfstellung gegen den Ultramontanismus hineingedrängt hätten. Lagen doch die Verhältnisse für ihn ganz anders als für Bismarck, der in der Koalition aller ultramontanen Elemente von Deutschland, Rom, Frankreich und Polen die Elemente zur Zerstörung der von ihm begründeten deutschen Einheit erblickte.[1]) Freilich blieb Andrássy nicht die Erfahrung erspart, daß ähnliche Kräfte auch an der Untergrabung seiner Position arbeiteten, um einen klerikal gesinnten Mann an die Spitze der auswärtigen Geschäfte zu bringen. Doch hatte er von diesen, denen nicht so mächtige Bundesgenossen als den deutschen Bischöfen zur Verfügung standen, wenig zu befürchten. Wahrscheinlich würde Andrássy seine beobachtende Stellung, aus der er allerdings jeden Augenblick zum Angriff übergehen konnte, nicht verlassen haben, wenn ihn die Ultramontanen nicht selbst gezwungen hätten, offen vor aller Welt in Gegensatz zu ihnen zu treten. Anlaß hierzu bot die Frage der Wiederherstellung des am 8. Oktober 1870 dem Königreich Italien einverleibten Kirchenstaates, mit dessen Vernichtung naturgemäß auch die weltliche Souveränität des Papstes ihr Ende erreicht hatte. Die Besetzung der ewigen Stadt durch italienische Truppen war eifrigen Katholiken natürlich ein Greuel, und immer wieder erklang es seitdem von Klagen über die trostlose Lage des in Rom „gefangenen" Papstes. Auch das Wiedener „Katholisch-politische Kasino" in Wien fühlte sich berufen, sich dem Reigen dieser Beschwerden anzuschließen. Eine Deputation desselben, geführt von Baron Stillfried, erschien am 15. Februar 1872 vor Andrássy, um dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß Pius IX. aus der unerträglichen Situation befreit und ihm ein Asyl in einem außerhalb Italiens gelegenen katholischen Staate angeboten werden möchte. Der fromme Baron stellte damit an den Minister des Aeußern die direkte Aufforderung, er solle Seine Heiligkeit zur Uebersiedlung nach der Monarchie einladen.[2]) Nach der Besitznahme Roms durch Italien hatte Beust allerdings einen Moment daran gedacht, Pius IX. Trient zur Verfügung zu stellen. Davon wollte Andrássy jedoch nichts wissen.[3]) In diesem Sinne lautete die Antwort, die er jetzt Baron Stillfried erteilte. Er müsse — sagte er — die Herren der Deputation aufmerksam machen, daß selbst die bewährtesten Ratgeber des Papstes nicht ihrer Ansicht seien. Auch seine eigne Ueberzeugung wäre es, daß es keinen katholischen Staat gebe, der dem Heiligen Vater ein Asyl zu gewähren vermöchte, das im Interesse der Religion ihm jene Vorteile bieten könnte, die er gerade in Rom genieße. Nachdem Andrássy noch darauf

[1]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen" II, 24. Kapitel: „Kulturkampf".

[2]) Nach der ausführlichen Darstellung der offiziösen „Oesterreichischen Korrespondenz", wiedergegeben in der „Neuen Freien Presse", 23. Januar 1872, unter dem Titel: „Graf Andrássy über die römische Politik". Der Verfasser des Artikels war Baron Ludwig Dóczi, damals Hofsekretär im Ministerium des Aeußern. Andrássy wollte die Veröffentlichung zuerst nicht gestatten, aber Dóczi beredete ihn, mit Rücksicht auf die Liberalen Wiens seine Einwilligung zu geben.

[3]) Schweinitz, Wien, 23. Februar 1872.

Digitized by Google

hingewiesen, wie die Sorge für das Wohl der Monarchie und die Erhaltung des Friedens weder dem Kaiser und König noch ihm ein Ablenken von der bisher eingehaltenen Richtung gestatten, schloß er mit folgenden Worten: „Sie wissen, meine Herren, ich bin ein Freund klarer Situationen. Ihre Vorstellungen werden nur dann klar, wenn sie in einen praktischen Vorschlag auslaufen. Erlauben Sie mir daher, daß ich bezüglich dessen, was Sie von der Okkupation gesagt, die praktische Frage an Sie richte: Sind Sie der Meinung, daß es unsre Aufgabe wäre, nach Italien einzumarschieren?" Als Baron Stillfried, von dieser Wendung in der Antwort des Ministers überrascht, verlegen entgegnete: es gehe über die Grenzen seiner Mission, sich hierüber zu äußern, bemerkte Andrássy ironisch: die Kritik sei eben hier leichter als positive Vorschläge, womit er den Herren der Deputation keinen Vorwurf machen, sondern nur die Sachlage gehörig beleuchten wollte.[1])

Andrássys Rede erregte je nach der politischen Gesinnung der verschiedenen Lager in der ganzen Welt das größte Aufsehen. Wirklich hatte man bisher aus dem Munde eines Ministers der Monarchie noch nie eine so offene, rückhaltlose Sprache gegenüber den Klagen vom gefangenen Papst vernommen, der, entgegen den über ihn verbreiteten Gerüchten, Botschafter und Gesandte um sich versammelte, ungehindert mit den Bischöfen des ganzen Erdbodens verkehrte und an diese auch seine Dekrete richtete. Die ultramontanen Blätter freilich spien Feuer und Flamme vor Zorn über die Aeußerungen Andrássys. Das „Vaterland", als Organ der österreichischen Ultramontanen, schrieb damals, daß Andrássy, dessen Ernennung zum Minister des Aeußern gleich anfangs in katholischen und patriotischen Kreisen kein besonderes Vertrauen erweckte, jetzt, gleichsam „zur Bekräftigung und als Siegel dieser Vertrauenslosigkeit" die Anrede an Baron Stillfried gehalten habe. Das ultramontane Blatt hielt ihm seine Vergangenheit als „gewesener Revolutionär" vor und suchte ihm zu beweisen, wie er als solcher, gleich jedem ehemaligen Revolutionär, erkennen müsse, wie nur die katholische Religion allein den stärksten Damm gegen Umsturztendenzen bilde.[2]) Weniger glimpflich behandelte der „L'Univers" Andrássy, den er einen „Wiener Communard" nannte. Der Minister des Aeußern durfte jedoch mit der Aufnahme, die seine Entgegnung, abgesehen von den unversöhnlichen Ultramontanen, in der Oeffentlichkeit gefunden, sehr zufrieden sein. Befriedigt hiervon, sagte er zu General Schweinitz, er halte es nicht für anständig, sich durch Sprechen oder Schreiben populär machen zu wollen, wenn aber die Gegner dies Geschäft für ihn besorgen, so könnte es ihm nur recht angenehm sein.[3])

Andrássy war es wirklich nicht um Popularitätshascherei zu tun, als er seine von der liberalen Welt mit Jubel begrüßten Worte an Baron Stillfried

[1]) Nach der Veröffentlichung der offiziösen „Oesterreichischen Korrespondenz" mitgeteilt in der „Neuen Freien Presse", 23. Januar 1872.

[2]) „Vaterland" im Artikel: „Andrássy", 21. Januar 1872; siehe auch die Nummer dieses Blattes vom 24. Januar 1872: „Der Adler und das Kreuz".

[3]) Schweinitz, 23. Januar 1872.

Digitized by Google

richtete. Ihn leitete vielmehr die Ueberzeugung, ein Eingreifen Oesterreich-Ungarns zugunsten der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes wäre eine unmögliche Politik. Nicht nur in Ungarn — äußerte er gegenüber dem kaiserlich deutschen Botschafter — wo man auf die Wahrung der apostolischen[1]) Selbständigkeit des Königreichs stets eifersüchtig achte, wo gerade am Widerstande der Katholiken selbst der Versuch Graf Albert Apponyis zur Bildung einer katholischen Partei scheiterte, und wo so viele Reformierte leben, nicht nur dort, fügte er hinzu, sondern auch in Oesterreich könnte keine vom römischen Geiste erfüllte Politik durchgeführt werden. Ja, bemerkte der Minister weiter, auch an entscheidender Stelle wird eine derartige Absicht nicht gehegt. Zum Beweise hierfür berief sich Andrássy darauf, daß Erzherzog Johann von Toskana demnächst den König Viktor Emanuel besuchen werde, was der eben in Italien weilende jüngste Bruder Franz Josefs I., Erzherzog Ludwig Viktor, nur aus Rücksicht für seine Mutter, Erzherzogin Sophie, unterlassen habe. Wenn — schloß Andrássy das Gespräch — wieder ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrechen und die französische Regierung etwa nach katholischen Bundesgenossen Umschau halten sollte, wird sie gewiß nichts von Oesterreich-Ungarn zu erwarten haben, sondern sich vielmehr an die Slawen um Hilfe wenden müssen.[2]) Dem deutschen Botschafter klangen diese Ausführungen sehr angenehm ins Ohr; bestätigten sie ihm doch, daß die ultramontanen Gegner Bismarcks auf keine Unterstützung Oesterreich-Ungarns zu rechnen hätten. Das war von um so größerer Bedeutung, als eben damals, wo Bismarck die berühmten Worte sprach: „Nach Kanossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig“[3]) und Pius IX. seinerseits den Schlachtruf ertönen ließ: „Wer weiß, ob nicht bald sich das Steinchen von der Höhe loslöst, welches den Fuß des Kolosses zertrümmert“,[4]) der Kampf in Deutschland zwischen Papsttum und Kaisertum sich immer mehr zuspitzte.[5]) Er fand seinen

[1]) Bezieht sich auf den dem Könige von Ungarn verliehenen Titel: „Apostolicus“, womit gewisse reale kirchliche Rechte verbunden waren.

[2]) Schweinitz, Budapest, 17. April 1872.

[3]) Rede Bismarcks vom 14. Mai 1872.

[4]) Hahn, „Fürst Bismarck“, Bd. II, S. 513.

[5]) Die berühmten, vom Kultusminister Falk verfaßten „Maigesetze“, nach dem Monat benannt, in welchem sie zur Verkündigung gelangten, bestanden aus vier Gesetzentwürfen; sie hatten die staatsrechtliche Grundlage zu schaffen, die das Verhältnis des Staates zur Kirche möglichst klar und bestimmt festlege, um auf diese Weise einen „festen, dauernden Frieden“ zwischen beiden Machtfaktoren herbeizuführen. Der erste Gesetzentwurf handelte „über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel“. Der zweite regelte und erleichterte den Austritt aus der Kirche. Der dritte betraf die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen; ein geistliches Amt in einer der christlichen Kirchen durfte nur einem Deutschen übertragen werden, der eine dem Gesetze entsprechende wissenschaftliche Vorbildung aufwies und gegen den die Staatsregierung keinen Einspruch erhob. Die Priester der römischen Kirche sollten eben eine deutsche nationale Erziehung erhalten. Der vierte Gesetzentwurf bezog sich auf die kirchliche

Digitized by Google

vollen Ausdruck in dem Jesuitengesetz,[1]) das die deutsche Regierung ermächtigen sollte, jeden Angehörigen des Ordens Jesu, der eine dem Reiche gefährliche Tätigkeit entfalte, als „Friedensstörer" ausweisen zu können.[2]) Die Ueberzeugung, daß die vom Kardinal Hohenlohe „falscher Moral, Intrigen, gottlosen Treibens" bezichtigten Jesuiten[3]) den Papst und die römische Kirche beherrschen, daß sie mittels der geistlichen Gewalt die Zertrümmerung des ihnen verhaßten deutschen Kaiserreiches herbeiführen wollen, hatte den Zorn gegen diese mächtigste religiöse Körperschaft ausgelöst. Man war, wie dies Bismarcks Vertrauter ausdrückte, durchdrungen davon, daß die Jesuiten die Grundlagen des Staates durch die Verkündung des Lehrsatzes antasten: Gesetze, welche die Kirche verwirft, seien für katholische Staatsbürger nicht bindend.[4])

*

Unter diesen Umständen und nach den Erklärungen Andrássys gegenüber Schweinitz vom 17. April 1872 mußte ein Artikel in der Pester „Reform" vom 24. Juli 1872 Aufsehen erregen. In demselben hieß es, daß bezüglich der Opportunität und Mittel des Kampfes gegen den Ultramontanismus zwischen Bismarck und Andrássy eine wesentliche Differenz herrsche, die durch die Verschiedenartigkeit der geographischen Lage, der Verfassung, konfessionellen Verhältnisse und Traditionen bedingt sei. Daher könne es auch nicht die Aufgabe Andrássys sein, „sklavenmäßig" dem deutschen Kanzler zu Willen zu sein, und es wäre noch immer die Frage, ob Bismarck wohl daran getan, einen Kampf auf Leben und Tod zwischen der weltlichen und kirchlichen Macht hervorzurufen. Solange, lautete es weiter, die katholische Bewegung sich nicht gegen den Bestand des Staates richte und ihn nicht zu ihrem Diener machen wolle, sei auch kein Anlaß zu Gegenmaßregeln vorhanden. Man müsse, was auch als die beste Politik für einen katholischen Staat zu gelten habe, mit Ruhe und Mäßigung das Abflauen der fieberhaften Erregung und das Abnehmen der Flut erwarten.[5])

Wie Baron Orczy in einem Briefe an Andrássy bemerkt, bildete der Artikel in Wien das Ereignis des Tages.[6]) Leicht begreiflich, da man der „Reform" nahe Verbindungen mit dem Ministerium des Aeußern nachsagte.[7]) Wollte man doch sogar wissen, Andrássy selbst habe den Artikel durch den Ministerialbeamten

---

Disziplinargewalt und die Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Die kirchliche Disziplinargewalt über die Diener der Kirche durfte nur von deutschen kirchlichen Behörden ausgeübt werden. Näheres bei Arthur Böhtlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom" in dem Kapitel „Die Maigesetze".

[1]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 498.

[2]) Ibidem.

[3]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe", Bd. I, S. 394.

[4]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 496.

[5]) „Reform", 24. Juli 1872.

[6]) Baron Béla Orczy an Andrássy, 25. Juli 1872 (ung.) Gräfl. Andrássysches Archiv.

[7]) Schweinitz, Wien, 24. Juli 1872.

Digitized by Google

Okolicsányi der Redaktion zukommen lassen.[1]) Auf die Liberalen Oesterreichs machte er einen ungünstigen Eindruck. Dagegen wurde es Andrássy in den höchsten Kreisen, wo man ihn gleichfalls für den Autor hielt, hoch angerechnet, daß er als selbständiger, von niemand beeinflußter Mann seine Meinung zum Ausdruck gebracht habe.[2])

Indessen stellte es sich bald heraus, daß die ganze Erregung, die der Artikel hervorgerufen, höchst überflüssig gewesen. Nicht der Minister des Aeußern, sondern ein junger Publizist — wahrscheinlich Baron Ivor Kaas oder Johann von Asbóth — hatte ihn verfaßt, der, Richtiges und Unrichtiges miteinander verquickend, sich mit einem „journalistischen Paradestück" hervortun wollte. Andrássy selbst erzählte dem deutschen Botschafter, er stehe der „Reform" ganz ferne und habe auf deren Aeußerungen keinen Einfluß genommen. Er überlasse, sagte der Minister des Auswärtigen zu Schweinitz, die Klärung seiner Stellung zu dieser Sache ganz und gar der Zeit, aber schon jetzt müsse er sagen, er werde alles unterlassen, was Deutschland unangenehm sein könnte.[3]) Dafür forderte er seinerseits, in Berlin möge mit der Anschauung gebrochen werden, Oesterreich-Ungarn sei ein derart katholisch gesinnter Staat, daß er sich von seinem Grundcharakter nicht loslösen und geneigt sein könnte, mit Frankreich eine „katholische Liga" zu bilden.[4]) Nicht nur vertrauliche Berichte belehrten Andrássy über das Bestehen eines derartigen Mißtrauens, das angeblich von dem damals in Berlin anwesenden italienischen Kronprinzenpaar genährt worden sein sollte. Auch aus Unterredungen mit Schweinitz tönte es ihm deutlich genug entgegen. So oft im Gespräche die preußisch-russischen Beziehungen berührt wurden, bezeichnete der deutsche Botschafter als eine der Hauptursachen der innigen Freundschaft zwischen beiden Mächten ihre gegenseitige Abneigung gegen die Möglichkeit einer katholischen Liga. Ganz direkt nannte Schweinitz Rußland den in dieser Hinsicht natürlichen Bundesgenossen Deutschlands. Er machte überdies die Bemerkung, daß schon allein die Besorgnis vor einem Ueberwuchern der römischen Kurie in Europa es dem Berliner Kabinett zu einem Gebot der Klugheit mache, die Beziehungen zu Rußland nicht mit denen zu einer katholischen Macht zu vertauschen.[5]) Andrássy schienen diese Argumente ganz und gar nicht stichhaltig. Er fand vielmehr, es hätte dem deutschen Botschafter nicht entgehen dürfen, wie gerade in katholischen Ländern die Opposition gegen das Papsttum am stärksten sei und nirgends in dem Maße als in Oesterreich-Ungarn, das geradezu in eifersüchtiger Weise seine Selbständigkeit zu wahren trachte. „Vom Standpunkt der heutigen europäischen Situation," schrieb er an Graf Károlyi in Berlin, „ist es ein leicht erkennbarer Irrtum, den katholischen Cha-

[1]) Orczy an Andrássy, 25. Juli 1872.

[2]) Ibidem.

[3]) Schweinitz, 30. Juli 1872.

[4]) Andrássy an Graf Károlyi in Berlin. Wien, 6. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[5]) Andrássy an Károlyi, 6. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Digitized by Google

rakter eines Staates mit seiner Geneigtheit zur Unterstützung der Ansprüche der Kurie zu identifizieren. Ich muß," fügte Andrássy hinzu, „in der Tat Wert darauf legen, Vorstellungen berichtigt zu sehen, die einer korrekten und sachgemäßen Auffassung der Stellung Oesterreich-Ungarns und der Richtungen seiner Politik so wenig entsprechen." [1]) Kaum war Graf Károlyi im Besitze der Depesche seines Chefs, als er sich sofort alle Mühe gab, den wahren Sachverhalt zu ergründen. Als ein Mann, der die geraden Wege liebte, wandte er sich direkt an den Staatssekretär Thile. Dieser hohe deutsche Würdenträger verwies alles Gerede in den Kreis gehässiger Klatschereien, die aus ultramontaner oder französischer Quelle stammen. Bismarck, der sich damals in Varzin aufhielt, war äußerst erstaunt über den Schritt Károlyis. Er hätte vielmehr gemeint — ließ er unserm Botschafter durch Thile mitteilen — daß sich von ganz andrer Seite Empfindlichkeiten über die Entente à trois zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Italien bemerkbar machen würden. Auch Kaiser Wilhelm selbst bestritt, daß man in Berlin der Reise des italienischen Kronprinzenpaares einen so weitreichenden politischen Hintergrund gebe, und sagte in der Audienz zu Graf Károlyi: „Sie können vollkommen beruhigt sein. Ich weiß, daß es hier Persönlichkeiten gibt — Ultramontane — denen das gute Verhältnis Deutschlands zu Italien und gleichzeitig zu Oesterreich-Ungarn ein Dorn im Auge ist und die gerne bestrebt sind, Zwietracht zu säen." [2]) Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern war von diesen Mitteilungen sehr befriedigt, die zu bekräftigen sich General Schweinitz beeilte.[3]) Trotzdem bereitete ihm die große Freundschaft zwischen den beiden Nordmächten — es war noch vor der Berliner Entrevue im September 1872 — manche schlaflose Stunde. Er schien zu befürchten, daß Petersburg und Berlin ihre Intimität auf Kosten unsrer Monarchie immer mehr befestigen könnten. Deshalb hielt es Andrássy für nötig, Bismarck zu bedenken zu geben, wie nichts unrichtiger wäre als kirchliche Gemeinschaft zwischen Deutschland und Rußland, wo der Zar an der Spitze der geistlichen Hierarchie stehe und von der universalen Tendenz seiner Kirche ebensowenig abgehe als der Papst in Rom. Preußen, betonte er, werde gegen Uebergriffe der Kurie gewiß mehr Unterstützung in katholischen Staaten finden als an der orthodoxen Kirche.[4]) Wenn es auch sehr zweifelhaft ist, daß sich Andrássy gerade in diesen Tagen mit aller Entschiedenheit geäußert haben sollte: Deutschland dürfte sich im Kampfe gegen die Ultramontanen ganz auf ihn verlassen,[5]) so scheint es doch sicher zu sein, daß er um diese Zeit, mit Rücksicht auf etwaige orientalische Wirren, Bismarck die Mithilfe Oesterreich-

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 22. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin , 15. Juni 1872. Ibidem.
[3]) Andrássy an Károlyi, Wien, 22. Juni 1872. Ibidem.
[4]) Ibidem.
[5]) Generalkonsul v. Waecker-Gotter, Budapest, 5. Juli 1872. Schweinitz, Wien, 11. Juli 1872, bezweifelt, daß Andrássy sich mit solcher Entschiedenheit, wie Waecker-Gotter berichtet, geäußert haben sollte.

Digitized by Google

Ungarns in dessen Streite gegen den Vatikan in Aussicht stellte. Mit Bestimmtheit geht das aus seiner Mahnung hervor: Preußen solle seine Stütze gegen römischen Uebereifer nicht in St. Petersburg, sondern in katholischen Ländern suchen, womit ja nur Oesterreich-Ungarn gemeint sein konnte. Die gleichen Motive ließen Andrássy auch näheren Anschluß an Italien suchen.

Ohne Furcht vor den österreichischen klerikal-militärischen Kreisen, denen allerdings eine Versöhnung mit Viktor Emanuel II. noch genehmer als die mit dem siegreichen evangelischen deutschen Kaiser war,[1]) trachtete Andrássy mit dem jungen italienischen Königreiche freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Noch als derartige Möglichkeiten in weiter Ferne lagen, gleich nach seinem Einzug ins Ministerpalais am Wiener Ballplatz, äußerte er: Seine Politik gegenüber Italien werde eine klare und offene sein.[2]) Gewiß bedeutete es einen über alle klerikalen Gegenströmungen errungenen Triumph, als nach den Ereignissen von 1859 und 1866 der italienische König Viktor Emanuel II. im September 1873 der Gast der Wiener Hofburg sein konnte. Es war ein großer historischer Moment, als der König am 16. September in der Kaiserstadt erschien. Damit ward eine alte Feindschaft ausgelöscht und ein Freundschaftsbund zwischen den verwandten Häusern von Habsburg und Savoyen angebahnt.[3]) Für den Frieden Europas war es eine neue Bürgschaft, daß sich Oesterreich-Ungarn und Italien nicht mehr feindlich gegenüberstanden. Bismarck gewährte es große Befriedigung, als er sich Oktober 1873 in Wien persönlich die Ueberzeugung verschaffen konnte, daß Oesterreich-Ungarn für Italien von, wie er selbst sagt, wirklich aufrichtig freundlichen Gesinnungen erfüllt sei. Ihm, der Italien Frankreich entfremden und ganz und gar in den Bannkreis seiner Politik ziehen wollte, schien die in Wien gemachte Beobachtung von solcher Wichtigkeit, daß er sie sofort zur Kenntnis der italienischen Minister bringen ließ.[4]) Solange die guten Beziehungen zwischen den Regierungen von Oesterreich-Ungarn und Italien währten, hatten Kardinal Rauscher und dessen Freunde keine Aussicht, ihr Programm verwirklicht zu sehen. Was Rauscher anstrebte, stimmte absolut nicht zum System Andrássys. Der Wiener Kirchenfürst, von jeher Zentralist, erblickte jetzt sein Ideal in einem mit konstitutionellen Formen ausgestatteten, zentralistisch regierten katholischen Oesterreich. Einer so gearteten Monarchie gestattete er einerseits friedliche Berührungen mit einem föderalistisch organisierten Deutschland, in dem die verjagten Fürsten wieder ihre früheren Stellungen einnehmen sollten und anderseits mit einem als Staatenbund geeinigten Italien.[5]) Eine

[1]) Schweinitz, 30. März 1875. Schweinitz gedenkt 1875 der Beobachtung, die er 1872 in Wien machen konnte.

[2]) Schweinitz, 22. November 1871.

[3]) Giuseppe Massari, „La vita ed il regno di Vittorio Emanuele II.", S. 556. Wie sich Viktor Emanuel in seiner Thronrede über die Reise nach Wien äußerte, siehe bei Luigi Chiala, „Pagine di storia contemporanea" (1858—1878), S. 163. — Georges Goyau, „Bismarck et l'église", Bd. II, S. 68 ff.

[4]) Bismarck an Keudell in Rom, 26. Oktober 1873

[5]) Schweinitz, Wien, 9. Oktober 1873.

Digitized by Google

solche Politik involvierte den Umsturz alles dessen, was seit dem Falle Napoleons III. entstanden war. In Berlin sowohl wie auch in Rom wußte man, daß Andrássy nie für derartige Pläne zu haben sei. Ebenso genau war man an beiden Orten darüber unterrichtet, daß der Papst vergeblich darauf rechnen würde, an unsrer Monarchie einen Helfer für seine universal-absolutistischen Tendenzen zu finden, wie sie in so greller Weise im Dogma von der Infallibilität zutage traten.

*

Mit Andrássys Abneigung gegen derartige Bestrebungen war es wohl vereinbar, daß Italien seine Macht gegenüber dem Heiligen Vater nicht mißbrauchen dürfe. Je ehrlicher, meinte er, man zugunsten der italienischen Regierung handle, um so offener könne man von ihr verlangen, daß sie die dem Papste schuldigen Rücksichten beachte.[1]) Aber auch die Kurie sollte nicht die Grenzen ihrer Befugnisse überschreiten und in keinem Falle die gesetzlich verbürgte staatliche Selbständigkeit Oesterreich-Ungarns antasten.[2]) Deshalb unterstützte er auch das Ministerium Auersperg, als dieses infolge der Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes genötigt war, das Verhältnis des Staates zur Kirche einer neuen Regelung zu unterziehen. Schon Beust hatte das 1855 geschlossene Konkordat für nichtig erklärt. Der damalige Minister des Aeußern leitete die Berechtigung zu diesem Schritte aus der totalen Verschiebung der Verhältnisse her, die durch das Dogma von der Infallibilität bewirkt worden war. Er machte geltend, daß der „unfehlbare" Papst nicht mehr derselbe Kontrahent sei, mit dem 1855 das Konkordat eingegangen wurde. Ebenso bestünden auch nicht mehr die Bedingungen, unter denen es besiegelt worden.[3]) Die Nichtigkeitserklärung bezog sich eigentlich nur auf Oesterreich, da das Konkordat in Ungarn vermöge dessen Verfassung nie Gesetzeskraft erlangt hatte. Die österreichische Regierung mußte daran denken, die Lücken auszufüllen, die durch die Lösung des Konkordates zwischen Staat und Kirche entstanden waren. Die Thronrede vom 5. November 1873 kündigte denn auch jene konfessionellen Gesetzentwürfe an, mittelst deren das angestrebte Ziel erreicht werden sollte. Am 21. Januar 1874 legte die Regierung vier Gesetzentwürfe vor, die bestimmt waren, eine Neuordnung der staatlich-kirchlichen Beziehungen zu begründen.[4]) Obgleich das Ministerium Auersperg, ebensowenig wie seinerzeit Beust,[5]) das Signal zu Kon-

[1]) Schweinitz, 8. November 1871.

[2]) Idem, 4. Januar 1873.

[3]) Oesterreichisch-Ungarisches Rotbuch Nr. 4. Beust an Palomba in Rom, 30. Juli 1870 (Depesche Nr. 144). Beust, „Aus drei Viertel-Jahrhunderten", Bd. II, S. 406.

[4]) Es waren vier Gesetzentwürfe: 1. Gesetz über die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, 2. Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der klösterlichen Genossenschaften, 3. Gesetz, betreffend die Beitragsleistung des Pfründenvermögens zum Religionsfonds, 4. Gesetz, betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgenossenschaften. Ueber die Regelung der Zivilehe erfolgte keine Gesetzvorlage.

[5]) Oesterreichisch-Ungarisches Rotbuch Nr. 4. Depesche Beusts an Palomba in Rom (Nr. 144).

Digitized by Google

flikten mit der römischen Kurie geben wollte, war es sich doch sehr wohl des gefahrvollen Zustandes bewußt, in den es durch die konfessionellen Gesetze geriet. Fürst Adolf Auersperg war es nicht unbekannt, daß die Jugend des Adels und der Geistlichkeit, die in den zwischen Olmütz und Königgrätz gelegenen Lehranstalten aufwuchs, der Kirche die rührigsten Streiter lieferte und daß sich mit ihnen deren gleichfalls von Begeisterung für die unbeschränkte Machtvollkommenheit des Heiligen Vaters erfüllten weiblichen Angehörige verbanden.[1]) Der größte Teil der Aristokratie lag im Banne päpstlichen Einflusses. Ihnen galt die Oberhoheit der Kirche über den Staat, wie sie im Konkordat von 1855 zum Ausdruck gelangt war, als Grundlage ihrer staatsrechtlichen Anschauungen. Sie kümmerten sich wenig um die nachteiligen Folgen ihrer Aeußerungen mit Rücksicht auf Deutschland und Italien. Fürst Alfred Liechtenstein sagte es offen heraus: seine Partei habe nicht die Aufgabe, die Wirkungen ihrer im Interesse des Papstes gehaltenen Reden zu erwägen, sondern nur darauf zu achten, ihre Ueberzeugungen auszusprechen.[2]) Von dieser Seite mußte die Regierung auf den entschiedensten Widerstand gefaßt sein. Die entschlossensten Kampfhähne dieses Lagers schürten denn auch mit allem Eifer das Feuer in Rom und auf dem Wiener gesellschaftlichen Boden.[3]) Es wurden die Schlagworte von Vergewaltigung der Kirche ausgegeben und Drohungen ausgestoßen, die an die Kämpfe zur Zeit Neros und Diokletians erinnern sollten. Wie vorsichtig und behutsam auch die Regierung die religiöse Frage anfaßte, in keinem Falle durfte sie vor den Einschüchterungsversuchen zurückweichen und auf halbem Wege stehenbleiben, wofern sie sich nicht um jeden Kredit bringen wollte. Der damalige Kultus- und Unterrichtsminister Stremayr äußerte denn auch im Parlamente, die Regierung könne nicht dulden, daß die Religion zu staatsgefährlichen Umtrieben mißbraucht, noch gestatten, daß aus Dienern Gottes Mandatare der staatsrechtlichen Opposition werden.[4]) Noch kräftiger und energischer trat der österreichische Ministerpräsident den Gegnern der neuen religiösen Gesetzgebung entgegen. Entschlossen, um jeden Preis Ruhe und Ordnung zu sichern und alle Aufreizungsversuche zur Widerspenstigkeit niederzuschlagen, sprach Fürst Adolf Auersperg die bedeutsamen Worte: „Solange ich an der Spitze der Regierung stehe, so lange wird des Gesetzes Autorität gewahrt werden, dafür bürgt Ihnen mein Wort. Oesterreich kann nie so weit heruntersinken, eine Unterbehörde (Roms) zu werden.“[5])

*

Eine derartige Sprache katholischer Minister mußte im In- und Auslande eine tiefe Wirkung erzeugen.[6]) Ihrem entschiedenen Auftreten dankte das Mini-

[1]) Dönhoff, 1. April 1874.
[2]) Idem, 4. April 1874.
[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. April 1874.
[4]) Rede Stremayrs in der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 9. März 1874.
[5]) Rede Auerspergs in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. März 1874.
[6]) Schweinitz, 10. März 1874.

Digitized by Google

sterium einen bedeutenden Erfolg, um dasselbe scharte sich eine Majorität, wie sie seit langem keine österreichische Regierung besessen. Wie mit einem Schlage waren die Mißhelligkeiten verschwunden, die seit Wochen gerade wegen der kirchlichen Frage zwischen dem Ministerium und der liberalen Linken bestanden hatten.[1]) Unter dem unmittelbaren Eindrucke der Rede Auerspergs sagte Andrássy zum deutschen Botschafter: Der Ministerpräsident, dieser verständige Patriot, so recht ein Mann seines Landes, ein Oesterreicher im besten Sinne des Wortes, habe durch seine mannhafte Erklärung im Parlamente einen Beifallssturm hervorgerufen, wie er am Schottentor[2]) noch nie gehört worden,[3]) was Auersperg auch selbst in seiner schlicht bescheidenen Art dem deutschen Botschafter bestätigte.[4])

Er dankte dies der, wie es der Ministerpräsident selbst nannte, „ziemlichen Solidarität",[5]) wie sie ihn tatsächlich mit Andrássy verband. Fürst Auersperg und der Minister des Aeußern waren einig darin, Schulter an Schulter die Autorität des Staates gegen alle Vorstöße der Ultramontanen zu verteidigen. Dazu bot sich rasch genug Gelegenheit. Wie der Papst in seiner Allokution vom 22. Juni 1868 die liberale Verfassung Oesterreichs als irrig bezeichnet und verdammt hatte, so erließ er jetzt am 7. März 1874 eine Enzyklika[6]) gegen die konfessionellen Gesetze, durch welche, wie es da heißt, die Kirche unter die schädlichste Sklaverei der Staatsgewalt gebeugt, die katholische Disziplin untergraben, der Abfall von der Kirche gefördert, Verschwörung und Bundesgenossenschaft der Sekten gegen den wahren christlichen Glauben begründet werden sollen. Nebst dieser Enzyklika richtete Pius IX. am gleichen Tage — 7. März — einen Brief an Franz Josef I., in dem er ihn dringend beschwor: „Er möge niemals zugeben, daß in seinem weiten Reiche die Kirche einer unehrenhaften Knechtschaft überliefert und die katholischen Untertanen in die höchste Bedrängnis gebracht werden." [7]) Der Papst, dies verschwieg wohlweislich die Enzyklika, hatte sich jedoch mit dieser Mahnung nicht begnügt. Am Schlusse seines Briefes drohte Pius IX. dem Monarchen, wenn auch verblümt, aber verständlich genug, ihn zu exkommunizieren, falls er den konfessionellen Gesetzen die Sanktion erteilen sollte.[8]) Im Vatikan war man jedenfalls sehr übel über die wahre Gesinnung des Kaisers und Königs unterrichtet, als man voraussetzte, ihn durch Androhung des Bannfluches einzuschüchtern. Dieser Schritt dankte seine Entstehung derselben unrichtigen Information, aus der die Enzyklika selbst hervorgegangen war. Im

---

[1]) Schweinitz, 10. März 1874.

[2]) Dort befand sich zu jener Zeit noch das österreichische Abgeordnetenhaus.

[3]) Schweinitz, 10. März 1874.

[4]) Ibidem.

[5]) Rede Auerspergs vom 9. März 1874.

[6]) Im lateinischen Urtext im „Volksfreund" vom 14. März und in deutscher Uebersetzung in der „Allgemeinen Zeitung" vom 17. März mitgeteilt.

[7]) Diese Worte finden sich in der Enzyklika angeführt.

[8]) Baron Orczy an seine Mutter, 30. März 1874.

Digitized by Google

Namen der Bischöfe verwahrte sich Kardinal Fürst Schwarzenberg vor dem Throne gegen die Zumutung, als hätten sie die Enunziation des römischen Stuhles vom 7. März veranlaßt. Vielmehr war sie ihnen höchst ungelegen gekommen, da sie hierdurch in eine die konfessionellen Gesetze vollkommen ablehnende Stellung gebracht wurden, was gar nicht in der Absicht der österreichischen Bischöfe lag. Ihren Interessen würde es mehr entsprochen haben, anstatt einfach zu verdammen, bei der Spezialverhandlung im Abgeordnetenhause die ihnen nötig erscheinenden Aenderungen durchzusetzen. Im Vatikan war man jedoch durch das geheimnisvolle Erscheinen eines Prager Domherrn in Rom, den man für den Abgesandten der österreichischen Kirchenfürsten hielt, in die irrige Meinung versetzt worden, als verlangten sie eine Weisung des Papstes für ihr Verhalten gegenüber den neuen Gesetzentwürfen. In Wirklichkeit hatten nicht die Bischöfe, sondern die tschechisch-klerikalen Feudalen den „geheimnisvollen" Domherrn nach Rom entboten. Mit Hilfe des Grafen Blome gelang es dem geistlichen Herrn, den maßgebenden Kreisen die Meinung beizubringen, der Kaiser und König habe überhaupt keine Kenntnis von den konfessionellen Gesetzen, die ein Machwerk der Minister seien, und der Papst erweise dem Monarchen einen großen Dienst, wenn er eine Erklärung gegen die Gesetzentwürfe erlasse. Der römische Stuhl griff mit beiden Händen nach dem ihm dargebotenen Rettungsmittel.

Erst nachdem bereits der päpstliche Brief an den Monarchen und die Enzyklika in Wien eingetroffen waren, erfuhr man in Rom den wahren Tatbestand. Nicht geringe Bestürzung verursachte es daher, als man vernahm, Franz Josef I. habe die Gesetze nicht nur gekannt, sondern zu deren Einbringung den Ministern auch die Ermächtigung erteilt, daß somit jede Hoffnung auf Nichtsanktionierung aussichtslos wäre.[1]) In Rom mochte man es jetzt bereuen, durch den Uebereifer einiger klerikal-feudaler Heißsporne zu übereilten Schritten verleitet worden zu sein. Wie unrichtig hatte man den auf seine Unabhängigkeit als Monarch eifersüchtig wachenden Kaiser und König beurteilt, als man glaubte, ihn durch Exkommunikation zu schrecken und ihn für Einbürgerung von Institutionen strafen wollte, die mit Zustimmung des Papstes längst in andern Ländern bestanden! Verfehlt war es auch, anzunehmen, der Kaiser werde vergessen haben, daß beim Ausbruch des Krieges von 1859 der Heilige Vater seinem Wiener Nunzius untersagte, sich an dem Bittgang für den Sieg der österreichischen Waffen zu beteiligen. Diese Verfügung konnte wenigstens noch mit Berufung auf die diplomatische Stellung des päpstlichen Vertreters entschuldigt werden. Aber wie war es mit der angeblichen Freundschaft des Papstes für die Monarchie und mit den Anforderungen strenger Unparteilichkeit in Einklang zu bringen, daß um dieselbe Zeit — vier Jahre nach dem Abschluß des Konkordates — in Wien lebende Jesuiten aus Rom einen Verweis erhielten, weil sie in ihren Predigten Gottes

[1]) Nach den Briefen Baron Orczys an seine Mutter vom 30. März und 7. April 1874. Orczy erwähnt ausdrücklich, den ganzen Verlauf dieser Sache von Andrássy selbst vernommen zu haben.

Digitized by Google

Segen für die österreichischen Krieger im Kampfe gegen Frankreich und Italien erfleht hatten?[1]) In der Seele des Herrschers mußte dies keinesfalls unparteiische Vorgehen einen Stachel zurückgelassen und ihn darüber aufgeklärt haben, wie wenig man im Vatikan gleichmäßig Licht und Schatten zu verteilen wisse. Es hieß doch zu sehr auf die Frömmigkeit und Verehrung Franz Josefs I. für die Person des Papstes bauen, wenn man von ihm jetzt als einen Akt seiner Gerechtigkeitsliebe verlangte, er solle die zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Staates bestimmten Gesetze nicht sanktionieren. Wie vorauszusehen war, zögerte Franz Josef I. nicht, seine Einwilligung zur Zurückweisung der ganz unbegründeten Einmengung des römischen Stuhles in innere Angelegenheiten Oesterreichs zu geben. Man hatte das Gefühl, sich, wie alle Staaten, die noch nicht die Suprematie der Kirche abgeschüttelt, im Zustande der Notwehr gegenüber der neuesten Papstpolitik zu befinden.[2]) Damals äußerte Andrássy: Deutschland sollte eigentlich dem Verfasser der Enzyklika eine Kerze dafür anzünden, daß er die österreichischen konfessionellen Gesetze auf eine Linie mit den preußischen gesetzt. Wenn bisher, meinte er, Deutschland allein als angreifender Teil erschien, so wäre es nunmehr, nach Erlaß der Enzyklika, klar, daß jede Regierung durch die Kurie zur Abwehr gezwungen werde, selbst diejenige, die von allen Angriffsgedanken am entferntesten sei.

Einen Vorgeschmack dessen, wie man in Wien über den willkürlich vom Zaun gebrochenen Streit denke, erhielt die Welt durch den in der „Allgemeinen Zeitung" erschienenen Artikel: „Zur Frage von Staat und Kirche", den Sektionschef Leopold v. Hofmann im Auftrage des Ministers des Aeußern verfaßt haben wollte.[3]) Hier hieß es: „An einen Rückzug des Staates ist nicht zu denken, denn nicht von kleinen Episoden ist diese Entwicklung abhängig, sondern sie bezeichnet ein großes geschichtliches Gesetz, dessen Pragmatik immer deutlicher einen Zielpunkt erkennen läßt: die Sonderung der geistlichen und weltlichen Gewalten, die Freiheit beider und damit ihren wahren und der Menschheit würdigen Fortschritt."[4]) Fehlte auch in der mit dem Kultus- und Unterrichtsminister Stremayr verabredeten Antwort[5]) Andrássys die Androhung von der Trennung der geistlichen und weltlichen Gewalten, so war sie noch immer in einem Tone gehalten, der von der Entschiedenheit zeugte, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Deutlich sagte es die Regierung heraus, daß diejenigen, die die Enzyklika inspirierten, weniger von dem Bestreben geleitet waren,

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 28. März 1874.

[2]) „Allgemeine Zeitung" vom 22. März 1874: „Zur Frage von Staat und Kirche".

[3]) Dies teilte Hofmann dem deutschen Botschafter mit. Schweinitz, 24. März 1874. Hofmann rühmte sich einer Sache, die nicht auf Wahrheit zu beruhen scheint. Denn wie mir von ganz verläßlicher Seite bestätigt wurde, hat Hofmann nie irgendeinen Artikel selbst verfaßt.

[4]) „Allgemeine Zeitung", 22. März 1874.

[5]) Schweinitz, 22. Mai 1874. Der Inhalt des Briefes Franz Josefs I. an den Papst ist unbekannt.

Digitized by Google

einem Zusammenstoß zwischen Kirche und Staat vorzubeugen, als vielmehr einen solchen hervorzurufen. Im wohlverstandenen Interesse des Vatikans wurde diesem der Rat erteilt, anstatt des verdammenden Urteils der Enzyklika die Bischöfe anzuweisen, den Gesetzen des Staates Folge zu leisten.[1]) Für den ganz unerwarteten Fall, daß der Klerus den sanktionierten Gesetzen unerlaubten Widerstand entgegensetzen sollte, ließ sich Andrássy folgendermaßen in seiner Note an den römischen Stuhl vernehmen: „Von dem Augenblicke an, in dem die Gesetzesvorlagen durch die Sanktionierung Gesetzeskraft erlangt haben, wird jede dagegen aufgebotene Opposition, die die Ruhe des Landes bedrohen würde, energisch unterdrückt werden. In dem gleichen Maße, als die Regierung Seiner Majestät die legitimen Rechte der Kirche gegen jeden Angriff zu sichern wissen wird, ist sie auch entschlossen, nie die Rechte, die sie als die ihrigen anerkannt, zu opfern und auch nicht die Rechte preiszugeben, die ihr anvertraut sind."[2]) Tiefen Eindruck machte es, als Andrássy in dem Finanzausschuß der österreichischen Delegation den Inhalt seiner Note an die Kurie skizzierte.[3]) Man habe, schrieb damals die „Presse", wohl eine Abweisung der römischen Prätensionen erwarten dürfen, aber eine derartig entschiedene, nicht mißzuverstehende Sprache, so ganz im Einklange mit den Erklärungen Auerspergs am 9. März, konnte doch nicht vorausgesetzt werden.[4]) Die beabsichtigte Wirkung blieb auch nicht aus. Andrássy konnte wohl, wie er selbst hervorhob, keinen tatsächlichen Erfolg verzeichnen, aber auch über das Gegenteil hatte er nicht zu klagen. Allen Anzeichen nach schien man in Rom gegenüber dem festen Auftreten des Ministers des Aeußern die Lust verloren zu haben, Bannflüche gegen die Person des Monarchen und die konfessionellen Gesetze zu schleudern. Nicht wenig mögen dazu die Vorstellungen Jacobinis, des neuen Wiener Nunzius, beigetragen haben, der, im Gegensatze zu seinem Vorgänger Falcinelli, ein Mann von gemäßigten kirchlichen Gesinnungen war, als Gegner der Jesuiten galt[5]) und jedem Zusammenstoß zwischen staatlicher und kirchlicher Macht abhold war.[6])

Mit Recht konnte jetzt Andrássy das Platzgreifen einer gewissen Beruhigung im Vatikan verkünden.[7]) Sie trat ein als naturgemäße Folge der Wahrnehmung, daß Oesterreich-Ungarn nicht daran denke, den Jesuiten, die damals in Rom

---

[1]) Erklärungen Andrássys im Finanzausschuß der österreichischen Delegation vom 9. Mai 1874, mitgeteilt in der „Presse" vom 10. Mai. Siehe auch Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers", S. 386.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. April 1874, gibt den wörtlichen Schluß der Note Andrássys. Er entspricht der kurzen Skizze, die Andrássy am 9. Mai 1874 im Finanzausschuß der österreichischen Delegation entworfen.

[3]) Siehe „Presse" vom 10. Mai 1874.

[4]) Leitartikel der „Presse" vom 10. Mai 1874.

[5]) Fürst Chlodwig Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten", Bd. II, S. 154.

[6]) Graf Dönhoff, Wien, 18. März 1874.

[7]) Andrássys Erklärung im Finanzausschuß der österreichischen Delegation vom 9. Mai 1874. In ähnlichem Sinne äußerte sich Minister Stremayr zu Dönhoff über die Wirkung der Note Andrássys. Graf Dönhoff, Wien, 22. Mai 1874.

Digitized by Google

das Heft in Händen hatten, auch nur ein Haar zu krümmen. Längst war Bismarck im reinen darüber, daß er für sein Vorgehen gegen die Patres der Gesellschaft Jesu nicht auf die Bundesgenossenschaft unsrer Monarchie zählen dürfe. Unter voller Würdigung der anders gearteten inneren Verhältnisse Oesterreich-Ungarns wollte er doch bereits Ende 1872 wissen, wie Andrássy persönlich über die Jesuitenfrage denke und was in dieser heiklen Angelegenheit vom ungarischen Ministerium und dem ungarischen Reichstag zu erwarten sei.[1]) Ueber den Minister des Aeußern erteilte der deutsche Botschafter die Auskunft, daß er ohne Nötigung zu keinen neuen Maßregeln gegen die Jesuiten greifen werde, da er in den vorhandenen gesetzlichen Mitteln ausreichenden Schutz gegen deren etwa schädliche Tätigkeit zu erblicken glaube. Dagegen aber dürfe es als vollkommen ausgeschlossen gelten, daß er irgend etwas zu deren Gunsten tun werde. Zum Beweise hierfür berief sich Schweinitz auf die Tatsache, daß Andrássy erst unlängst die Bitte des österreichischen Jesuitenprovinzials, im Interesse der Patres bei der italienischen Regierung zu intervenieren, rundweg abgeschlagen habe. Nicht viel mehr als vom Minister des Aeußern, meinte der deutsche Botschafter, sei von der ungarischen Regierung zu erhoffen. Gleich seinem Vorgänger Pauler wäre auch Trefort, der neue Kultus- und Unterrichtsminister, nicht willens, die bestehenden, die Existenz des Jesuitenordens verbietenden Gesetze in Anwendung zu bringen. Der Orden hatte damals nur eine Niederlassung in Kalocsa. Bei der Neigung des ungarischen Klerus zu einem friedlichen Zusammenleben mit der staatlichen Gewalt schien in Ungarn für eine Agitation der Jesuiten kein besonders ergiebiges Feld vorhanden zu sein. War daher schon von Ungarn keine Ausweisung der Gesellschaft Jesu zu gewärtigen, so noch viel weniger von Oesterreich. Die österreichische Regierung wußte nur zu gut, daß ihre letzte Stunde geschlagen hätte, falls sie es wagen wollte, die Unterdrückung des sich bei Hof mächtigen Schutzes erfreuenden Ordens in Angriff zu nehmen.[2]) Nichts bewies mehr die geringe Geneigtheit des österreichischen Ministeriums, zu schärferen Maßregeln überzugehen, als dessen erfolgreiches Widerstreben gegenüber dem Antrage des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses, die Kosten für die von Jesuiten geleitete theologische Fakultät der Innsbrucker Universität zu streichen.[3]) Schweinitz prophezeite sehr richtig, als er sagte, die österreichische Regierung werde ihr Auslangen mit den schon vorhandenen Gesetzen finden.[4]) Das Ministerium

[1]) Bismarck an Schweinitz, 27. Dezember 1872.

[2]) Schweinitz, Wien, 4. Januar 1873.

[3]) „Protokolle der Sitzungen des österreichischen Reichsrates." II. Band. Sitzung vom 24. März 1874.

[4]) Schweinitz, 4. Januar 1874. Die „Presse" vom 4. August 1872 erwähnt in einem Artikel „Das Ministerium und die Jesuiten" eine Verordnung des Ministeriums gegen die Jesuiten, in der sie sich auf den Zirkularerlaß Beusts vom 28. November 1866 Z. 68 Praes. beruft, wonach die Statthalter wegen Neugründungen religiöser Orden sich jedesmal um die Ermächtigung hierzu an das Ministerium zu wenden haben. Diese Ver-

Digitized by Google

drückte beide Augen zu und schien nichts von der im geheimen betriebenen Agitation der Jesuitenpatres merken zu wollen. Sollte es denn keine Kenntnis davon besessen haben, daß es in Oesterreich zahlreiche von ihnen gegründete Vereine und Kongregationen gab, zu denen die „Erzbrüderschaft vom heiligsten Herzen Jesu" und die „Gebetsapostolate" gehörten? Sollte es der Regierung unbekannt geblieben sein, daß alle diese Genossenschaften von dem Hauptverein in Rom abhingen, der unter der Oberleitung des Ordensgenerals der Jesuiten stand? Und sollte sie auch davon keine Ahnung gehabt haben, daß die österreichischen Vereine vom Oberhaupte der Jesuiten den gemessenen Befehl hatten, alles Menschenmögliche für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes wie für die Festigung des Einflusses der Kirche im staatlichen Leben aufzubieten?[1])

Andrássy war über das geheime Treiben der Jesuiten sehr wohl unterrichtet.[2]) Seine Hände waren jedoch so lange gebunden, als die beiden Parlamente und die Regierungen Oesterreichs und Ungarns keine Entschlüsse faßten, die ihn, als deren vermittelndes Organ, zu Vorstellungen in Rom ermächtigten. Allein weder die Staatsmänner Oesterreichs, das in erster Linie von der Jesuitenfrage betroffen wurde, noch die Majorität des Reichsrates waren, abgesehen von der wahrhaft liberal gesinnten Minorität, willens, eine ernste, durchgreifende Aktion gegen die Jesuiten zu unternehmen. Die Mehrheit des Reichsrats bildete den Widerhall der großen Masse der Bevölkerung, die, unzufrieden mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, nunmehr von der Kirche erwartete, was der Staat ihr nicht bot,[3]) und damit war der für die Jesuiten günstige psychologische Zeitpunkt eingetreten, den Bismarck mit den Worten kennzeichnete: „Daß die leidende Menschheit die Anlehnung an die Kirche eifriger sucht als die irdisch befriedigte."[4])

*

Gab es auch einen Moment, in dem Bismarck auf internationale Schritte gegen die durch das Dogma der Infallibilität erzeugte kirchliche Bewegung zählen zu können vermeinte, so mußte er nunmehr auf jede derartige Hoffnung verzichten. Die Verhältnisse für ein gemeinsames Vorgehen der von Katholiken bewohnten Staaten waren jetzt nicht günstiger als vor Eröffnung des Vati-

---

fügung wurde erlassen, als die Jesuiten nach Abtretung Venetiens nach Oesterreich einwandern wollten. Es war dies eine Verstärkung der Verordnung vom 13. Juli 1858 (R. G. Nr. 95), wonach die Erlaubnis zu Gründungen neuer religiöser Orden so ziemlich ganz dem Ermessen der Statthalter überlassen war. Es konnten jetzt eventuell auch die ziemlich strengen österreichischen Fremdengesetze gegen unliebsame ausländische Jesuiten in Anwendung kommen.

[1]) Nach einem Baron Orczy vorgelegenen Memoire. Er teilt dessen Inhalt im Briefe an seine Mutter vom 9. Februar 1874 mit.

[2]) Ibidem.

[3]) Schweinitz, 1. April 1874.

[4]) Bismarck an Hohenlohe, 11. August 1869, Hahn, Bd. II, S. 372.

Digitized by Google

kanischen Konziles. Internationale Verabredungen wären jedoch für Deutschland gerade in der Frage der künftigen Papstwahl von ganz außerordentlicher Bedeutung gewesen. Pius IX., 1792 geboren, hatte bereits ein Alter erreicht, das in gewissem Sinne nötigte, mit seinem eventuellen Ableben zu rechnen. Sollte das Konklave, aus dem der neue Papst als Nachfolger Pius' IX. hervorzugehen hatte, nicht dem Zufalle oder dem ausschließlichen Einfluß der Jesuitenpartei überlassen bleiben, so mußten Vorkehrungen getroffen werden, die das zu verhindern bestimmt waren. Bismarck erließ daher am 14. Mai 1872 an die deutschen Vertreter im Auslande eine vertrauliche Weisung, in der er auf die Folgen eines Wechsels in der Person des Papstes hindeutete. Nachdrücklich betonte er die erhöhte Wichtigkeit, die nach den Beschlüssen des Vatikanischen Konziles dem Heiligen Vater zukomme, der jetzt an Stelle jedes einzelnen Bischofs getreten und vermöge seiner Unfehlbarkeit absoluter sei als irgendein Monarch auf der Erde. Nach Bismarck konnte einem neuen Oberhirten der katholischen Christenheit nur dann eine solche Stellung eingeräumt werden, wenn die nötigen Garantien gegen den Mißbrauch einer derartigen, ans Ueberirdische streifenden Gewalt geboten wurden. Es schien ihm daher nötig, sich mit den Staaten, die durch die kirchlichen Interessen ihrer katholischen Untertanen an dieser Frage beteiligt waren, über die Bedingungen zu beraten, von welchen sie die Anerkennung der Papstwahl abhängig machen wollten. „Eine Einigung der europäischen Regierungen in diesem Sinne" — heißt es in der Weisung — „würde von unermeßlichem Gewicht und vielleicht imstande sein, im voraus schwere und bedenkliche Komplikationen zu verhindern."[1]) So sehr lag dem deutschen Kanzler die Regelung dieser Angelegenheit am Herzen, daß, wie man damals annahm, auf seine Anregung hin[2]) in der zweiten Hälfte Juli 1872 die Broschüre: „Ein Wort über die Papstwahl" erschien, die hauptsächlich das Ausschließungsrecht der Mächte beim Konklave erörterte. In der Broschüre wurde das Verlangen aufgestellt, daß die römische Kurie, wofern sie die seitens des Deutschen Kaisers geforderte Ausübung des Exklusivrechts vermeiden wolle, trachten müsse, vor der Papstwahl zu einem Verständnis mit den maßgebenden Regierungen über die Person des künftigen Oberhauptes der katholischen Kirche zu gelangen.

Die Aeußerungen Andrássys scheinen jedoch den Erwartungen des deutschen Kanzlers nicht entsprochen zu haben.[3]) Die vertraulichen Gespräche mit General Schweinitz führten zu keinem Einverständnis über ein internationales Vorgehen. Andrássy faßte seine Ansichten in folgende Vorschläge zusammen: Das Konklave dürfe nicht außerhalb Roms und nicht praesente cadavere stattfinden; es sei die Wahl eines nicht ultraklerikal gesinnten, sondern der mäßigen Richtung angehörigen Papstes zu erstreben, zu welchem Behufe sich Oesterreich-Ungarn

[1]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 491.
[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 27. Juli 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[3]) Nach einer Aeußerung Bismarcks an Schweinitz, April 1875.

Digitized by Google

gegebenenfalls auch seines Vetorechtes bedienen wolle.[1]) Deshalb begrüßte er die in der Broschüre „Ein Wort über die Papstwahl" ausgesprochene Forderung nach dem Ausschließungsrechte des deutschen Herrschers mit Befriedigung, da sie, wie er dem Kaiser und König Franz Josef I. gegenüber bemerkte, „nur die Wirkung haben wird, das Recht der Exklusive für Eure Majestät außer Frage zu stellen".[2]) Im Grunde seiner Seele mißtraute jedoch Andrássy Bismarck, ob es ihm wirklich aufrichtig darum zu tun sei, daß die Papstwahl in der hergebrachten, regelrechten Form vor sich gehe. Er hatte ihn vielmehr im Verdachte, den geheimen Wunsch zu hegen, daß sie außerhalb Roms erfolge, dann zu Protesten und der Nichtanerkennung des neugewählten Papstes Anlaß gebe. Ebenso besorgte er, Frankreich lege es darauf an, die Abhaltung des Konklave in Nizza, Avignon oder Korsika zu erwirken, um den aus ihm hervorgegangenen Papst für seine Interessen ausbeuten zu können. Den italienischen Republikanern schrieb Andrássy den Plan zu, um jeden Preis einen Skandal zu erregen, der den Papst bloßstellen sollte. Von den Jesuiten wieder nahm er an, daß sie, um der Fiktion von der Gefangenschaft des Heiligen Vaters sichtbaren Ausdruck zu geben, sich sofort nach dessen Ableben aus Rom ins Ausland flüchten würden, um dort das Konklave abzuhalten, oder aber, daß sie noch praesente cadavere, gleichsam durch Ueberrumpelung, einen der ihrigen in der Ewigen Stadt selbst wählen würden.[3])

Andrássy war fest entschlossen, diese geheimen Absichten durch die Ermöglichung einer allen gesetzlichen Anforderungen entsprechenden unanfechtbaren Wahl zu durchkreuzen. Er setzte sich daher mit Italien in Verbindung, in dessen Interesse ja gleichfalls ein ruhiger Verlauf des Konklaves in Rom lag. Noch während des Aufenthaltes des Königs Viktor Emanuel in Wien im September 1873 überzeugte er die mit ihrem Könige daselbst weilenden Minister Minghetti und Visconti-Venosta von der Notwendigkeit, daß sie die Verantwortung für die Unabhängigkeit und Freiheit der künftigen Papstwahl in Rom übernehmen. Da Andrássy nicht selbst mit seinem Ratschlage in den Vordergrund treten konnte und wollte, veranlaßte er die italienische Regierung, in dieser Sache die Initiative zu ergreifen. Sie erließ denn auch wirklich Januar 1874 an alle Mächte ein vertrauliches Zirkular, in dem sie erklärte, sie werde für den Fall einer Papstwahl alle Vorkehrungen treffen, damit das Konklave in Rom vor sich gehen könne unter voller Wahrung der Freiheit und Unabhängigkeit der Kardinäle, ohne deren geringste Beeinflussung von seiten der Regierung oder der römischen Bevölkerung. Das italienische Ministerium zeigte den festen Willen, durch seine Maßnahmen die ihr feindliche und von den Jesuiten verbreitete Meinung zu zerstören, als wäre der Papst im Vatikan ein

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 17. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Eigenhändige Randbemerkung Andrássys zum Berichte Károlyis vom 27. Juli 1872. Ibidem.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 26. Januar 1874.

Digitized by Google

Gefangener, und es könne daher das Konklave gar nicht in der Ewigen Stadt vorgenommen werden.[1]) In Berlin war man sehr genau darüber unterrichtet, wem die Hintertreibung der beabsichtigten Nichtanerkennung der Papstwahl zu danken sei. Bismarck ließ sich jedoch durch seine Mißstimmung hierüber[2]) in der Verfolgung des vorgesetzten Zieles nicht beirren. Entschlossen, nicht früher mit der Kurie Frieden zu machen, als bis die preußische Gesetzgebung von allem befreit worden, was in der Zeit Friedrich Wilhelms IV. das Verhältnis zwischen Staat und Kirche verwirrt hatte,[3]) suchte er auch ferner unsre Monarchie zu gemeinsamen Schritten gegen Rom fortzureißen. Obgleich der deutsche Kanzler immer wieder betonte, er würdige die von Deutschland verschiedene Stellung Oesterreich-Ungarns, so waren trotzdem die Unterhandlungen über eine internationale Verständigung keinen Augenblick ausgesetzt worden. Sowenig wie vorher, wollte Andrássy auch jetzt, März 1875, etwas von derartigen Anwürfen wissen. Er sagte dem deutschen Botschafter, von einem etwaigen Versuch solidarischen Vorgehens der Mächte gegen die Uebergriffe des Papstes hätte eigentlich nur Frankreich Vorteil zu erwarten; ohne Zweifel werde es die Gelegenheit benutzen, um unter dem Deckmantel der Religion nicht nur Anhänger für sich zu werben, sondern um dadurch auch seiner ihm lästigen Isoliertheit zu entrinnen. Dem Minister des Aeußern schien es überhaupt überflüssig, eine europäische Aktion einzuleiten. Seien doch, wie er meinte, mit Ausnahme Frankreichs und Belgiens, ohnehin alle andre Staaten im Kriegszustand mit der Kurie. Diese Stimmung werde noch genährt durch den überhandnehmenden Materialismus und die immer mehr um sich greifende Gleichgültigkeit gegen die Kirche. Das aber wollte Schweinitz nicht zugeben. Im Gegenteil, sagte er, bilde gerade die demoralisierte und verderbte Gesellschaft einen vortrefflichen Nährboden für die Wiedererstarkung des Papsttums. Andrássy blieb dabei, es wäre am besten, wenn jeder Staat für sich, mit Hilfe seiner eignen Gesetzgebung, den päpstlichen Machtansprüchen Widerstand leiste. So habe es Oesterreich-Ungarn auch bisher gehalten. Der Minister des Aeußern sprach sich gegen eine solidarische Vereinigung zur Beschränkung der päpstlichen Befugnisse aus, weil ein solches Vorgehen zum Abschluß von Konkordaten führen müsse. Zu Zeiten Napoleons mag dies erforderlich gewesen sein, aber nicht mehr jetzt, wo der Vatikan Fehler auf Fehler häufe und sein Ansehen immer tiefer sinke. Anstatt eines Vertrages mit Rom, schloß Andrássy, genüge vollauf die Gesetzgebung jedes Staates als Schutzwehr gegen Uebergriffe des Vatikans. Wie es in ähnlichen Fällen stets zu sein pflegt, schieden beide Teile unüberzeugt voneinander. Doch ehe sich Schweinitz entfernte, bemerkte er noch, er könne unmöglich Andrássys Auffassung über den geringen Umfang der von Rom drohenden Gefahren zu der seinigen machen, einfach deshalb nicht, weil fast kein Land

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 26. Januar 1874.

[2]) Ibidem.

[3]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe", Bd. II, S. 153.

Digitized by Google

in der glücklichen Lage Ungarns wäre, wo die Bischöfe national gesinnte Großgrundbesitzer seien.[1])

Bismarck selbst ließ sich auf eine eingehendere Widerlegung Andrássys ein. Er ging davon aus, daß Oesterreich-Ungarn, wie alle von Katholiken bewohnten Staaten, mit Deutschland das eine gemeinsam hätte: in seiner Souveränität unangefochten bleiben zu wollen; daraus aber folge, daß unsre Monarchie ihre Sicherheit gegen päpstliche Angriffe auf festerer Basis als bloß auf der wechselnden Taktik Roms begründen müsse. Sei es doch klar, daß diese nur darauf hinziele, die Gegner der päpstlichen Eroberungspolitik getrennt und einzeln zu schlagen. Je mehr aber die ausgreifenden Tendenzen des Vatikans unter den gläubigen Massen an Boden gewinnen, desto gefährlicher werden sie der weltlichen Unabhängigkeit gerade jener Länder, die nur oder fast nur von Katholiken bevölkert sind. Darum vermochte Bismarck nicht das Verhalten jener Regierungen zu billigen, die dem Verteidigungskrieg Deutschlands untätig und mit verschränkten Armen zusehen, im stillen höchstens die Hoffnung nähren, einst die Früchte des eventuell siegreichen Ausganges des Kampfes mitzugenießen. Der deutsche Kanzler war erstaunt darüber, daß man von einer Gemeinsamkeit gegen Rom nichts wissen wolle, dagegen sofort zu einer solchen gegen kommunistische Bewegungen bereit wäre. Und doch verfüge der Kommunismus bei weitem nicht über so mächtige und zersetzende Mittel als die Kurie. Bismarck war daher von der vollen Berechtigung seines Verlangens nach solidarischer Bekämpfung der ungleich größeren Gefahr durchdrungen, die in der Fanatisierung der ungebildeten Klassen gegen die Staatsautorität liege, wie sie im Bunde mit Sozialisten von Priestern betrieben werde. Mit dem stärksten Nachdrucke wies er auf die Verwüstungen hin, welche die Jesuiten bereits in all den Staaten anrichten, in denen ihnen die Erziehung der Jugend ausgeliefert worden. Mit der Gabe des Sehers wollte er vorauswissen, daß die Erkenntnis von ihrer Schädlichkeit sich Bahn brechen müsse und damit auch die Zeit kommen werde, in der man, wie im achtzehnten Jahrhundert, wieder die Aufhebung des Jesuitenordens verfügen werde, dessen Tätigkeit, wie er sagt, in allen vorwiegend katholischen Ländern Europas und Amerikas, von Polen bis nach Paragwaj, die gleichen Früchte trug.[2]) Nur in einem Punkte, wie er dies ja auch schon früher erklärt hatte, war Andrássy bereit, gemeinsame Sache mit Deutschland zu machen. Auch er wollte in keinem Falle dulden, daß ein zelotischer Jesuitenpapst den Stuhl Petri besteige. Nur ein friedfertig gesinnter Kardinal dürfe der Nachfolger Pius IX. werden.[3])

*

Hatte Graf Károlyi befürchtet, Oesterreich-Ungarn werde in den deutschen Kulturkampf verwickelt und von der durch Andrássy vorgezeichneten Bahn ab-

[1]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 30. März 1875.
[2]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 24. April 1875.
[3]) Bismarck, 24. April 1874.

Digitized by Google

gedrängt werden,[1]) so konnte er darüber jetzt gänzlich beruhigt sein. Der österreichisch-ungarische Minister, der seine eignen Wege ging, war darauf bedacht, sich nach jeder Seite hin die vollste Unabhängigkeit zu wahren. Obgleich Bismarck bestrebt war, seine individuelle Ansicht den Mächten aufzudrängen, beklagte er sich doch nicht über die Haltung Andrássys. Mit keiner Silbe beschwerte er sich über die ihm hierdurch verursachten Schwierigkeiten. Die trostlosen Aussichten für eine siegreiche Beendigung des Kulturkampfes und eine gewisse Isolierung, in die der Kanzler damals durch die in Europa verbreitete Furcht vor angeblichen Diktaturgelüsten Deutschlands geriet, hielten ihn davon zurück, sich auch mit Oesterreich-Ungarn zu überwerfen.[2]) Andrássy verstand es, seine kirchliche Politik in Berlin zur Geltung zu bringen, mit Italien die Bande der Freundschaft enger zu knüpfen und trotzdem den diplomatischen Verkehr mit dem Vatikan aufrechtzuerhalten. Unter dem Siegel strengster Geheimhaltung, selbst vor Bismarck, wurde anfangs 1875 als Erwiderung des italienischen Besuches in Wien im Jahre 1873 eine neuerliche Begegnung zwischen den Monarchen von Oesterreich-Ungarn und Italien verabredet. Die geplante Reise des Kaisers und Königs nach Dalmatien, die ihn den Grenzen Italiens näherte, war maßgebend für den Zeitpunkt der Entrevue. Da an Rom mit Rücksicht auf den Papst als Ort der Zusammenkunft nicht gedacht werden konnte, bestimmte der Kaiser und König Franz Josef Venedig zum Ort des Wiedersehens. Viktor Emanuel ließ durch den italienischen Gesandten in Wien seine lebhafte Befriedigung über diesen Beweis von Freundschaft ausdrücken und sagen, wie sehr er sich freue, durch die Dalmatiner Reise den Zeitpunkt beschleunigt zu sehen, wo er dem Herrscher von Oesterreich-Ungarn die Hand werde drücken können.[3]) Auch in der Monarchie selbst wurde die Nachricht von der bevorstehenden Begegnung der beiden Souveräne mit ungeteiltem Beifall aufgenommen. Ja, wie Schweinitz schon bei der Anwesenheit Viktor Emanuels in Wien im Jahre 1873 beobachtet haben und dies jetzt in einem noch höheren Grade bestätigt finden wollte, hätten gerade die militärischen und klerikalen Kreise Oesterreichs die Versöhnung mit dem besiegten katholischen König von Italien viel ruhiger hingenommen als die Annäherung an den siegreichen evangelischen deutschen Kaiser.[4]) In Berlin jedoch fühlte man sich verletzt darüber, daß man die Entrevue verabredet hatte, ohne hierüber dem deutschen Auswärtigen Amt vorher auch nur irgendwelche Mitteilung gemacht zu haben. Andrássy fand, daß zu einer Empfindlichkeit kein Grund vorhanden sei, indem, wie er sagt, ein Anlaß, derartige Entschließungen Seiner Majestät nach außen hin im vorhinein anzukündigen, früher nicht bestand und auch jetzt nicht bestehe.[5]) Bismarck ließ allerdings, nachdem er die erste Verstimmung überwunden, in

[1]) Károlyi, Berlin, 7. Februar 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) Károlyi, 1. Mai 1875. Ibidem.
[3]) Robilant an Andrássy, 8. und 10. März 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.
[4]) Schweinitz, 30. März 1875.
[5]) Andrássy an Károlyi, Wien, 26. Juni 1875, K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Digitized by Google

Wien erklären, er habe die Zusammenkunft in Venedig gerne gesehen, was auch Kaiser Wilhelm in einem Schreiben an Viktor Emanuel bestätigte.[1]) Die zur Schau getragene Empfindlichkeit hatte aber einen tieferen Grund als bloß den, daß man nicht benachrichtigt worden. Bismarck scheint befürchtet zu haben daß es in Venedig zwischen den beiden Monarchen zu irgendwelchen Verabredungen auf kirchlichem Gebiete kommen könnte, die Deutschland nicht angenehm wären.[2]) Wenigstens äußerte Fürst Gorčakov gegenüber dem Prinzen Reuß, mit dem er diese Angelegenheit besprach, die Persönlichkeit Andrássys bürge ihm dafür, daß er nichts zulassen werde, was gegen das jetzt herrschende System des Drei-Kaiser-Bündnisses verstoßen würde.[3]) Das stimmte auch mit den in Petersburg im Namen Andrássys abgegebenen Versicherungen. Die Begegnung der beiden Souveräne in Venedig sollte nur den Zweck verfolgen, Italien Oesterreich-Ungarn näher zu bringen, um aus demselben eine neue Stütze, der von den drei Kaisermächten inaugurierten Friedenspolitik zu machen.[4]) Ganz ferne lag Andrássy der ihm zugemutete Hintergedanke, sein Souverän solle nur deshalb noch vor Kaiser Wilhelm dem Könige Viktor Emanuel II. seinen Gegenbesuch abstatten, um auf diese Weise gewissermaßen Deutschland den Rang gegenüber Italien abzulaufen. Ebensowenig hatte der österreichisch-ungarische Minister die Absicht, in Venedig mit der italienischen Regierung geheime Verabredungen betreffs der künftigen Papstwahl zu treffen.[5]) Ihm genügte es, durch das schon früher mit den italienischen Staatsmännern vereinbarte Abkommen den ruhigen Verlauf des Konklave verbürgt zu sehen.

Darin allein — und das bildete den „wunden Punkt"[6]) im Verhältnis zwischen Wien und Berlin — verhielt er sich Bismarck gegenüber abwehrend, daß er sich von ihm nicht zu einem vollen Abbruch des Verkehres mit dem Vatikan bereden ließ. Sagte doch Andrássy einmal, daß sich die Monarchie dem deutschen Kanzler zu Gefallen nicht in einen Kulturkampf stürzen könne.[7]) Immer schwebte dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit der geistlichen Gewalt vor Augen. Deshalb lehnte er 1872[8]) in der ungarischen und dann später wieder im Jahre 1874 in der österreichischen Delegation den Antrag auf die Aufhebung der

---

[1]) Bismarck an Schweinitz, 24. April 1875.

[2]) Wie Dóczi („Andrássy und Bismarck" in „Neue Freie Presse", 23. Dezember 1906) erzählt, habe ihm Andrássy nach seiner Rückkehr aus Venedig folgende Aeußerung Viktor Emanuels zu ihm über seine päpstliche Exkommunikation mitgeteilt: „Enfin, tout-de-même on rit, on mange, on dort, on fait l'amour et on espère en Dieu."

[3]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 22. April 1875.

[4]) Idem ad eundem, Petersburg, 16. April 1875. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Rußland, Baron Langenau, teilte dies selbst Reuß mit.

[5]) Andrássy an Károlyi, 21. März 1875. K. u. K. Ministerium des Aeußern.

[6]) Károlyi an Andrássy, 1. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[7]) Przibram, a. a. O., S. 389.

[8]) Journal der ungarischen Delegation vom 11. Oktober 1872 (ung.).

Digitized by Google

österreichisch-ungarischen Botschaft beim Heiligen Vater ab.[1]) Der Faden der Annäherung wurde auch, ungeachtet allen Drängens, nicht entzweigerissen. Die Bischöfe mußten wohl theoretisch gegen die konfessionellen Gesetze von 1874 Protest erheben, ihrer Durchführung leisteten sie aber in der Praxis keinen bedeutenderen Widerstand. Graf Andrássy gelang es, der römischen Kurie gegenüber die Autorität des Staates zu schützen, ohne doch dadurch die Monarchie den verheerenden Stürmen eines Kulturkampfes aussetzen zu müssen.[2])

Eine Lösung des orientalischen Problems

Von

T. Galimberti, Abgeordnetem im italienischen Parlament

Es ist sehr interessant, die orientalische Frage im Lichte der Urteile hervorragender Männer von der verschiedensten Richtung in der Politik wie in der Geschichte und Literatur zu betrachten.

Karl Marx hat gesagt: „Jedesmal, wenn der revolutionäre Orkan einen Augenblick nachläßt, kann man sicher sein, eine Frage wieder auftauchen zu sehen, die immer von neuem erscheint: die ewige orientalische Frage."

Man könnte danach fast meinen, daß der revolutionäre Orkan nur dazu da wäre, als Ableitungsmittel für die Orientfrage zu dienen, und daß, wenn diese ruht, jener anschwillt.

Der Apostel des historischen Materialismus charakterisierte die orientalische Frage zusammenfassend folgendermaßen in kurzen Worten: „Rußland, dem es nicht paßt, sein ungeheures Gebiet auf einen einzigen Ausfuhrhafen beschränkt zu sehen, der obendrein in einem das halbe Jahr hindurch nicht befahrbaren und in der andern Hälfte des Jahres dem Angriff der Engländer (heute auch des damals noch nicht existierenden Deutschen Reiches) ausgesetzten Meere liegt, verfolgt seinen alten Plan, Zugang zum Mittelländischen Meere zu erlangen, indem es die entferntesten Glieder des ottomanischen Reiches nacheinander von ihrem Hauptkörper löst, bis schließlich Konstantinopel, das Herz, zu schlagen aufhört."

Das trifft jetzt ein, wie Marx auch ein guter Prophet war, als er schrieb: „Es ist kein Zweifel, daß der russische Bär nicht eher mit seinen Tatzen zugreifen wird, als bis er sich durch eine Entente cordiale mit England und Frankreich gesichert hat."

---

[1]) Erklärungen Andrássys im Finanzausschuß der österreichischen Delegation vom 9. Mai 1874.

[2]) Hierin befand er sich in Uebereinstimmung mit Deák, der in einer seiner schönsten und zugleich letzten Rede sagte: „Bis zur Grenze der Möglichkeit wünsche ich jede Art von Religionskrieg zu vermeiden." Könyi, „Reden Deáks", VI. Bd., S. 415 (ung.).

Digitized by Google

Damals trat England dieser Gefahr entgegen, und denjenigen Mitgliedern des Parlaments, die erklärten, daß wenig daran liege, ob Konstantinopel in den Händen der Russen sei oder nicht, gab Lord Layard zur Antwort, nach der Eroberung Konstantinopels würden alle großen Provinzen, aus denen sich die Türkei zusammensetzt, wie z. B. Kleinasien, Syrien, Mesopotamien, in einen Zustand der Verworrenheit und der Anarchie versinken, und diejenige Macht, in deren Hände die Stadt fallen würde, würde Indien beherrschen. Die Macht, der Konstantinopel gehöre, fuhr er fort, würde — welche es auch sein möge — im Orient immer als die in der Welt herrschende angesehen werden.

Gegenwärtig scheint es, als ob England zu der Lehre Cobdens und Brights vom „Frieden unter allen Umständen" (die nicht die letzte Ursache des Krimkrieges war) zurückkehrt; wenigstens muß man dies aus der Rede des Herrn Winston Churchill schließen, nach dessen Ansicht ein europäischer Krieg die Welt ins Mittelalter zurückwerfen würde, während nach Ansicht der Sozialisten (die ihn doch nicht wollen) der Sieg der sozialen Revolution folgen würde. Wieso und warum, weiß man in beiden Fällen nicht; dagegen weiß man, daß das Prophezeien allezeit schwer ist.

Als das einzige Bollwerk gegen eine solche slawische Hegemonie unter der russischen Oberherrschaft sah Marx Oesterreich an. Und es ist merkwürdig, wie der deutsche Revolutionär, der die oben zitierten Sätze im Jahre 1853 schrieb, sich hierbei in der vollkommensten Uebereinstimmung mit einem Mann von großem, genialem Geist, aber von völlig entgegengesetzten Anschauungen befand, nämlich mit dem italienischen Geschichtschreiber Cesare Balbo, einem konstitutionellen Monarchisten par excellence, der Präsident des ersten konstitutionellen Ministeriums in Piemont wurde.

Marx rechnete folgendermaßen: Von 70 000 000 Slawen, die im Osten des Böhmerwaldes und der Karnischen Alpen leben, sind ungefähr 15 000 000 österreichische Untertanen. Zu ihnen gehören der böhmische Zweig, der polnische in Galizien, der kleinrussische — Russen oder Rotrussen, Ruthenen —, der kroatische, der serbische einschließlich einiger verstreuter Bulgaren. Diese österreichischen Slawen gehören zwei verschiedenen Gruppen an, sie sind auf verschiedene Provinzen verteilt und deshalb weit davon entfernt, als Teile besonderer Nationen anerkannt zu werden; sie werden vielmehr entweder als andern Nationen zugehörig oder, wie die Polen, die Ruthenen, die Serben, als Bevölkerungsbestandteile, die nach einem außerhalb Oesterreichs befindlichen Schwerpunkte gravitieren, angesehen. Daher die Schwäche des österreichischen Panslawismus und die Bedenklichkeit gegen einen Krieg mit Rußland, in dem dieses in Oesterreich selbst treue und fanatische Bundesgenossen finden könnte.

Aus diesem Grunde bemerkte Balbo schon im Jahre 1846: „Oesterreich befindet sich zwischen zwei Tatsachen, zwei Gefahren, einer äußeren und einer inneren, die aufeinander stoßen und sich miteinander verbinden. Es ist in äußerer Gefahr durch die Eventualität einer Auflösung des türkischen Reiches und einer Erhebung der slawotürkischen Provinzen; denn mag entweder Ruß-

Digitized by Google

land diese Auflösung benutzen, um sich an der unteren Donau zu vergrößern, oder mögen sich jene Slawen als unabhängige Völker konstituieren, die natürlichen Ziele Oesterreichs in diesen Gegenden bleiben unerreichbar, und Oesterreich selbst, das Zentrum, das Herz seiner Monarchie, bleibt an seiner ganzen Ost- und Nordgrenze entweder von dem auf Eroberungen gerichteten Angriff Rußlands oder von dem revolutionären Angriff der Slawen bedroht."

Die Gefahr für Oesterreich ist derart, daß Mazzini noch Ende 1871 behauptete: „Das türkische und das österreichische Reich sind unwiderruflich zum Untergang verurteilt. Und der Griff des Schwertes, das sie töten muß, ruht in der Hand der Slawen."

Wenn man ferner die Schriften und die parlamentarischen Verhandlungen aus der Zeit des Krimkrieges liest, so findet man, daß alle einstimmig sich in diesem Sinne aussprechen. Und doch hat Oesterreich sich nicht gerührt und bekam im Jahre 1878 Bosnien und die Herzegowina als Zuwachs, und es hat nicht den Anschein, als ob gegenwärtig die größten Schwierigkeiten für den Frieden von ihm ausgingen.

Daß aber das slawische Problem das Bewußtsein Oesterreichs bedrückt und daß das Gespenst eines allgemeinen slawischen Bundes an seinen Grenzen oder eines übermächtigen Rußland es beunruhigt, läßt sich in keiner Weise leugnen.

Ob Karl V. bei der Teilung seines Reiches schon daran dachte, ist zweifelhaft; aber es ist sicher, daß Prinz Eugen, Joseph II. und selbst Metternich daran dachten. Wenn auch ein von Rußland unabhängiger und diesem vielleicht in einem gegebenen Augenblick feindlicher slawischer Bund für Deutschland nützlich sein kann, ein Rußland, dessen Grenze von Danzig bis Triest liefe, könnte Deutschland nicht dulden.

Wie läßt sich nun in der Zukunft das dreifache Problem eines übermächtigen Rußland oder eines die Slawen Oesterreichs an sich ziehenden Balkanbundes oder eines an der Spitze dieses Bundes stehenden und Rußland bedrohenden Oesterreich lösen?

Diese drei Probleme, die sich aufdrängen, kann ein Friede um jeden Preis, indem er wieder ein Stück vom türkischen Reich abbröckelt und die Balkanstaaten und Griechenland vergrößert, wohl aufschieben, aber durch die Aufschiebung ganz gewiß nicht lösen; sie werden vielleicht schon in nächster Zeit in noch ernsterer, noch drohenderer Gestalt wieder auf den Plan treten.

Wenn man bedenkt, daß die oben erwähnten Urteile um die Mitte des vorigen Jahrhunderts niedergeschrieben worden sind und daß trotz der Zeit und der Ereignisse eine Lösung jener Probleme noch heute wie damals im Zusammenhang mit der denkbar schwierigsten Frage von Europa erforderlich ist, so muß man überlegen, ob nicht alle Reparaturen, durch die man bisher das lecke türkische Staatsschiff flott zu erhalten gesucht hat, nur Palliativmittel für den Augenblick waren, die an den eigentlichen Schäden nichts geändert haben.

Mit vollem Recht wies Balbo darauf hin, wie das türkische Reich seit

Digitized by Google

Jahrhunderten sich nur durch die Uneinigkeit, die Duldsamkeit, ja durch die Ratschläge und die äußere Hilfe der christlichen Mächte gehalten habe, daß aber diese Ratschläge und diese Hilfe, indem sie die christliche Kultur in die mohammedanische einführen, diese und damit deren eigne Kraft, das Prinzip, das sie aufrechterhält, zerstören, ohne irgendein ordnendes Prinzip an seine Stelle zu setzen, wenn man nicht etwa hoffen will, die Türken eines Tages zu Christen zu machen.

Der italienische Geschichtschreiber konnte vor dem Jahre 1848 nicht die „Jungtürken" und ihre pariserische Verfassung voraussehen, die wohl für die beweglichen Griechen eine furchtbare Waffe gewesen wäre, aber dem türkischen Reich, das heißt der türkischen Suprematie, die einzige Daseinsberechtigung nahm, indem sie die Armee auflöste, durch die allein der Türke im Orient fest stand und steht.

Wir wollen jetzt untersuchen, ob es einen gangbaren Weg gibt, um die russische oder die österreichische Uebermacht, die unvereinbar miteinander sind, zu neutralisieren, und zwar die russische auch noch gegenüber Deutschland, wie es der Berliner Vertrag versuchte.

Vor allem müssen wir auf die Bestrebungen der Völker achten, die in den Krieg gezogen sind, und jener, für die sie gekämpft haben, anfangs wegen der verlangten Reformen, dann — da der Appetit mit dem Essen kommt — der Gebietserwerbungen wegen.

Das ehemalige ruhmreiche Königreich Böhmen scheint jetzt für immer begraben zu sein; die Niederlage am Weißen Berge (1620) bedeutete sein Ende. In der Ruhe ihrer Grabstätte zu Prag schlafen die Premysliden, die ihrem Volke den religiösen Frieden nicht zu verschaffen verstanden, wodurch jene furchtbaren Kämpfe entstanden, die es zerfleischten und in die Gewalt andrer brachten. Jungtschechen und Alttschechen kämpfen gegenwärtig nur noch für die Autonomie Böhmens, und was sie anstreben, stellt nur eine rein interne Frage dar. Der Ausspruch Palackys im Jahre 1848: „Wenn es kein Oesterreich gäbe, müßte man es schaffen," ist bis zum heutigen Tage noch ein nationales Programm.

Das alte Serbien hat durch alle seine Revolutionen und alle seine Kriege hindurch den Traum wieder emporsteigen sehen, für sein Gebiet die Donau und das Adriatische Meer als Grenzen zu bekommen, und es scheint, daß es ihm zum Teil gelingt, dieses Ziel mit einem Hafen am Adriatischen Meer zu erreichen.

Die stolzen montenegrinischen Adler, die ihre Krallen an den Festungsmauern von Skutari wetzen, fliegen heim mit dem Gedanken an das prevalitanische Fürstentum mit der Stadt Skutari und dem See von Skutari an der adriatischen Küste, das sich von Cattaro bis zum Fluß Bojana erstreckt.

Bulgarien, das sich durch die türkischen Niederlagen zu einer staunenerregenden militärischen Macht aufgeschwungen hat, strebt mit seinem neuen Zar danach, diesen nach der Vereinigung Thraziens und Mazedoniens wieder „Imperator Burgarorum et Blacorum" taufen zu können.

Digitized by Google

Rumänien, das in dem jüngsten Krieg nicht zu den Waffen gegriffen hat, ist immer noch unzufrieden über die Art und Weise, wie es auf dem Berliner Kongreß behandelt worden ist, und verlangt eine Berichtigung seiner Grenzen, wobei es allem Anschein nach bei Oesterreich einen Halt und Unterstützung findet.

Griechenland, das sich, wie immer, geschickter und vor allem beweglicher gezeigt hat, strebt begreiflicherweise nach dem Besitz von Epirus, das, mit Albanien durch die Religion, durch gemeinsame Erinnerungen, durch den Rassengeist verknüpft, damit eine wahrhaft ungeheuerliche Verbindung eingehen würde, die ihm fast Ursache geben könnte, das Aufhören der türkischen Herrschaft zu beklagen.

Doch Griechenland strebt außerdem noch nach dem Besitz der Inseln und wird sich auch auf den Weg begeben, auf dem eines Tages das Kreuz Christi in die Hagia Sophia einziehen wird. Doch die Frage der Inseln, die gleichsam eine Schutzmauer für die türkisch-asiatische Küste bilden, bietet sehr große Schwierigkeiten, und Griechenland wird noch viel größere Hindernisse zu überwinden haben, ehe es in den Besitz der Inseln gelangt.

Diese Inseln haben in ganz besonderem Maße unter dem muselmanischen Einfluß der Küste gestanden und niemals in irgendwelcher Weise an irgendeiner Bewegung zugunsten Griechenlands teilgenommen. Die Geographie und die Geschichte vereinigen sich, um Griechenland ihren Besitz streitig zu machen, und es ist schwer zu denken, daß sie nicht wie die Küste, von der sie ein so schmaler Streifen Wasser trennt, türkisch bleiben sollen. Diese Entfernung ist zu klein, um dort eine „blaue" Grenze zu schaffen.

Die albanische Frage ist der gordische Knoten der orientalischen Frage genannt worden.

Die Albaner, die frei in ihren Bergen lebten, von Konstantinopel immer mit Gunstbeweisen überhäuft wurden, keiner Militärdienstpflicht unterworfen waren, nicht mehr Steuern zu zahlen brauchten als sie wollten, kurz aller Lasten ledig waren, die auf den Muselman wie auf den Christen so schwer drücken, waren im türkischen Reich freier als die Türken.

Sie bekennen sich im allgemeinen zum Islam, und als treue Anhänger des Korans, der jeden Fortschritt negiert, zeigten sie den Jungtürken die Zähne wie die Hunde. Sie hatten und haben im türkischen Heere wie in der Verwaltung die höchsten Stellen inne, und es wird sehr schwer sein, es dahin zu bringen, daß sie sie niederlegen, um in ihre Berge zurückzukehren und dort das Vieh zu hüten.

Die Autonomie, die diesem unentwickelten Volke zugestanden werden soll, sei es, daß das Land zu einem monarchischen Staate gemacht wird, mit einem König, der aus irgendeiner europäischen Königsfamilie genommen wird, sei es, daß — was das Schlimmere wäre — das Land ganz auf sich selbst gestellt wird — diese Autonomie wird immer schweren Anfeindungen ausgesetzt sein, und es wird sehr schwer sein, die Erinnerung an die Herrschaft der Osmanen bei den Albanesen auszulöschen, weil diese tatsächlich das Volk sind, das von

Digitized by Google

ihr den größten Vorteil gehabt hat und vielleicht in seinem Herzen sich nach ihr zurücksehnen wird.

Wie man sieht, erheben sich auf allen Seiten Klippen und Sandbänke. Für die Diplomatie wird es schwer sein, mit dem Kompaß des Friedens in der Hand durch sie hindurchzusteuern, und es ist daher leicht möglich, daß der heute um jeden Preis vermiedene Krieg morgen — was Gott verhüten möge — mit noch größerer Heftigkeit unwiderstehlich zum Ausbruch gelangen wird.

Frankreich und England, in denen die demokratischen Parteien die Oberhand haben, scheinen von dem mazzinianischen Prinzip eines wirklichen und eigentlichen, von demokratischen Ideen durch und durch erfüllten Balkanbundes als Führer einer neuen Demokratie im Orient durchdrungen zu sein.

Der große italienische Agitator, der durch Freundschaftsbande mit Yubi Bradigj und andern slawischen Agitatoren verbunden und vor allem für die polnische Idee begeistert war, war davon fest überzeugt. Aber hierin sah Marx schärfer, der, da er die slawischen Bewegungen mehr aus der Nähe beobachtete, der Ansicht war, daß sie den großen slawischen Freiheits- und vor allem Einheitsideen gegenüber mehr literarischen und philosophischen Charakter trügen.

Die Idee eines Bundes aller Balkanvölker und Griechenlands, der durch seine Macht imstande wäre, eine ausgleichende Kraft zwischen Rußland und Oesterreich im Orient zu bilden, ist sicherlich sehr schön; vielleicht wird eines Tages in einem neuen Orient ein neuer Morgen daraus emporsteigen; einstweilen aber hat die von Herrn Poincaré angerufene Sonne der Demokratie noch nicht die Finsternis verscheucht, die über dem vielhundertjährigen ottomanischen Reiche liegt. Aber, schrieb Balbo, nehmt doch nur die Karte von Europa zur Hand. Wo soll sich die europäische Zivilisation verbreiten, wenn nicht im Osten unsers Erdteils, in jenen so glücklich im Zentrum unsers ganzen Kontinents gelegenen Gegenden, die vom Schöpfer als Wiege und Stätte der ältesten Kultur ausgewählt wurden; jener Stätte, auf der sie 2500 Jahre ausschließlich blieb, ebensolange Zeit, wie alle andern Zivilisationen zusammengenommen durchlaufen haben?

Heute ist diese Stätte fast wieder eine Wüste zwischen der europäischen Zivilisation Europas und der europäischen Zivilisation Indiens. Geradeheraus, glaubt ihr, daß diese Wüste, dieser leere Raum zwischen den beiden Zivilisationen bestehen bleiben kann?

Die Frage des berühmten Geschichtschreibers und Staatsmannes ist (obwohl sie vor dem Durchstich der Landenge von Suez gestellt wurde) noch immer offen, und der jetzige wahrscheinliche Friede von London gibt darauf keine erschöpfende Antwort.

Mehr noch als das Nationalitätsprinzip, das im Orient so eng mit dem Rassen- und Glaubensprinzip verknüpft ist, müßte, wie es scheint, für jetzt das die Zukunft vorbereitende Prinzip der Autonomie gelten.

Wenn die der Türkei weggenommenen oder wegzunehmenden Gebiete zum Teil eine neutrale, für den internationalen Handel freie Zone oder eine wirk-

Digitized by Google

liche Zone freien Handels vom Adriatischen bis zum Schwarzen Meer bilden würden, so könnte diese jetzige friedliche Lösung die Quelle einer wahren Erneuerung, eines nutzbringenden friedlichen Wiederauflebens der orientalischen Völker sein. Diese Zone würde das rechte Mittel zur friedlichen Eroberung des Orients sein und einerseits jeden türkischen Einfluß ausschalten, anderseits ein Element der Ruhe für die Großmächte bilden.

Eine ähnliche Lösung wurde im Frieden von Zürich in bezug auf einen Teil von Savoyen gefunden, und die Resultate, die sich daraus ergeben haben, können wohl dazu veranlassen, dieses Beispiel nachzuahmen.

Auf jeden Fall wird dieser Vorschlag, der heute so weitab liegt von den Zielen der kriegführenden Nationen, die alle einig sind in der Absicht, die orientalische Beute unter sich zu verteilen, sich als praktisch erweisen, wenn eine nahe Zukunft beweisen wird, daß es etwas andres ist, zu teilen als festzuhalten, und die wiederauftauchende Begehrlichkeit und Rivalität von neuem die orientalische Frage aufs Tapet bringen wird, die, wie allen Umständen nach nicht zu bezweifeln ist, mit dem gegenwärtigen Jahr nicht zum Abschluß kommen wird.

Das Schweigen der meistbeteiligten Großmächte, nämlich Rußlands und Oesterreichs, und die Aufgeregtheit Frankreichs und Englands gegenüber der Ruhe, die Deutschland an den Tag legt — das alles beweist, daß der Londoner Vertrag, ebenso wie der Berliner, in dieser Hinsicht nicht das so langerwartete letzte Wort sprechen wird.

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1850 bis 1852

(Fortsetzung)

St. Petersburg, den 12. Dezember 1850.

Deinen Brief vom 2. d. M. habe ich vorgestern erhalten und habe mich gefreut, daß unsre Ansichten sich im wesentlichen wieder begegnet sind. Du wirst das bereits aus meinem letzten, mittlerweile erhaltenen Briefe ersehen haben.

Was den Punkt anbelangt, daß der Kaiser dem König eigenhändig schreiben möge, so wußte ich vorher, daß das nicht zu erreichen sein würde, finde es auch, so wie die Stimmung hier ist, weder richtig noch gut. Der Kaiser will keine persönliche Korrespondenz mit dem Könige mehr haben, weil er ihn nicht liebt, ist nicht imstande, sich in unsre Situation zu versetzen, und darum ist es besser, daß er nicht selbst schreibt, da man ihm die Briefe doch nicht diktieren kann. Dennoch aber wollte ich versuchen, Deinen Wunsch wenigstens zu betreiben. Ich schickte Rochow als erstes Treffen ins Gefecht, das war vielleicht ein Fehler, doch war es durch die Zeit- und Lokalverhältnisse schwer zu vermeiden, und

Digitized by Google

hielt ich mich mit Deinem Briefe in der Reserve, ließ den Kaiser nur wissen, daß ich ihn sprechen wolle, um so mir noch einen Angriff vorzubehalten, falls Rochow nicht siegen sollte. Jedenfalls konnte ich erwarten, daß der Kaiser für meine Ansicht ein offenes Ohr behalten würde. Rochow kehrte zurück und hatte nichts erlangt als den Auftrag des Kaisers an Nesselrode, ein anerkennendes Schreiben an den König aufsetzen zu lassen, was er selbst wohl zeichnen wird. R. war damit ganz zufrieden und siegestrunken und etwas verwundert, daß ich es nicht fand, daß ich diesen Weg nicht direkt genug fand und mehr verlangte. Ich war zum Diner geladen, nahm Deinen Brief mit und las dem Kaiser und der Kaiserin Stellen daraus vor. Mit der Stelle über Meyendorf machte ich ihn erst weich und rückte dann mit der Stelle wegen des Briefes vor. Der Kaiser wies mich kurz ab und verwies mich auf die am Morgen mit R. getroffene Verabredung. Ich ließ aber nicht los und sagte ihm geradezu, daß das nicht direkt genug sei. Er erwiderte, daß er vis-à-vis des Königs nie die Initiative ergriffen, daß er nur geantwortet, wenn er gefragt, daß er sich nicht das Recht anmaße, dem König zu sagen: Tue dies und lasse jenes; dies hast du schlecht, jenes gut gemacht. — Ich bat ihn, die Sache vom Standpunkt des Verwandten aufzufassen und dem König von diesem aus Glück zu wünschen usw. Darauf bekam ich die Antwort, die ich vorher kannte, daß ihn das nur von neuem in eine Korrespondenz mit dem König bringen werde. Da blieb mir nichts mehr übrig (da ich nicht um einen Brief betteln wollte), meine Reserven ins Gefecht zu führen, ihm momentan recht zu geben und zu fragen, ob es ihm nicht vielleicht dann geeignet erscheinen wolle, mich damit zu beauftragen, dem König in seinem Namen zu schreiben. Damit drang ich durch und bekam den Auftrag. Der Brief kommt gleichzeitig an. So habe ich also statt des gewünschten eigenhändigen Briefes zwei andre erreicht. Du wirst damit nicht zufrieden sein — ich aber bin es, weil ich den nachteiligen Eindruck zu oft gesehen habe, den des Königs Briefe hier machen. Es ist besser, wenn dergleichen durch R. oder mich geht — da kann gemildert werden, Stellen weggelassen usw. Der Kaiser tadelt immer und gefällt sich darin, aus des Königs Briefen Widersprüche gegen frühere hervorzuheben usw. Glaube mir, es ist besser, wenn sie sich nicht schreiben.

Wenn Du mir sagst, daß es meine Hauptaufgabe sei, ein persönliches Verhältnis wiederherzustellen, so sage ich Dir im voraus, daß das vorläufig nicht geht. Naturen und Richtungen sind zu verschieden, die Freundschaft ist gebrochen ... Man würde sich sehen, nur um ägrierter auseinander zu gehen. Erst muß noch mehr Gras über den März 48 gewachsen sein, erst muß wieder Ordnung in Deutschland sein, erst muß der Kaiser den König wieder in einer vernünftigen Bahn politischer Konsequenz sehen, dann vielleicht! Anderseits ist es gut, dem König die Idee zu erhalten, daß man hier nur unter Bedingungen freundlich auf ihn blickt; das macht doch einigen Eindruck. Es ist traurig, aber notwendig. Hier, wo im allgemeinen vis-à-vis des Kaisers und des Kanzlers wenig auszurichten ist, kommt es aber dennoch viel auf Persönlichkeiten an, und R.

Digitized by Google

mag sein, wie er will, so wird man niemand finden, der ihn auf dem hiesigen Terrain zu ersetzen vermöchte. Was mich aber anbelangt, so lobt mich der Kaiser zwar, findet in mir aber zuviel preußische morgue und mich auch etwas heftig in der Verteidigung unsrer Regierung! Ich weiche gern! Bleibe aber natürlich, wenn man keinen Besseren hat, weiß auch keinen vorzuschlagen.

Schon früher schrieb ich Dir, daß Meyendorf in der deutschen Politik das Hauptwort hier spricht — es ist also sehr wesentlich, ihn von Berlin aus warm zu halten. So sehr Du auch von ihm eingenommen bist, und so sehr ich selbst seine Verdienste schätze, so ist er doch auch impressionabel und gallig, wenn man nicht unbedingt in sein Horn blasen will, ist auch zu lange in Berlin gewesen und hat dort zu sehr in die Karten gesehen, um nicht mißtrauisch zu sein. Budberg ist gut, aber ein zu eingeschulter russischer Diplomat, um nicht gleich Lärm zu schlagen, sowie etwas geschieht, was hier nicht gefallen könnte. Auch hat er hier noch nicht genug Gewicht, um über irgend etwas hinweghelfen oder entscheiden zu können.

Können die Kammern nicht noch länger vertagt werden? Schicke mir doch gelegentlich unsre Verfassung. Ich setze wenig Hoffnung auf die Konferenzen, weil wir dort nie etwas Haltbares und für unsre Stellung in Norddeutschland Genügendes bekommen können. Der Bund wird elend zusammengeflickt oder ganz zerrissen werden, und wir fallen mit den Thüringern usw. wieder in eine Union ohne Hannover, ohne Sachsen und Hessen. An General Gerlach schreibe ich nicht, empfiehl mich ihm ... Grüße Weib und Kind. Wie immer.

Nachschrift. Der Brief, den ich dem König mit dieser Angelegenheit sende, enthält: Teilnahme und Glückwunsch für Olmütz trotz der Schwierigkeiten. Die Ansicht, daß nun ein Boden zur Reorganisation Deutschlands wiedergewonnen sei. Ueberzeugung, daß der König Manteuffel Vertrauen schenke, da er Ladenberg expediert. Besorgnis vor den Konferenzen und am Schluß des Kaisers Worte: „Sagen Sie also dem König in meinem Namen, daß diese Nachrichten hier große Freude erregt hätten."

*

Petersburg, 20. Dezember 1850.

... Der Kaiser sieht wieder sehr schwarz und glaubt an kein Resultat in Dresden, vielmehr an Krieg, wobei nur die Rollen gewechselt sind, nämlich Oesterreich und Preußen kontra Bayern, Württemberg, die beiden Hessen und Sachsen, welche sich dann Frankreich in die Arme werfen würden. Es sind schon Angstschreie aus München und Stuttgart hier angekommen. Außerdem aber gibt man sich hier jetzt der Besorgnis hin, durch die Anerkennung der Frankfurter eine Uebereilung begangen zu haben. Oesterreich habe versprochen, den Bundestag aufrechtzuerhalten, jetzt stehe das sehr in Frage usw. Endlich bleibt man hier gerüstet, bis die Holsteinische Frage erledigt ist; das kostet viel Geld, woran hier gar kein Ueberfluß ist. Daß der Passus in dem Einladungsschreiben „von eventueller Rückkehr zum alten Bunde" gestrichen worden, hat dem Kaiser die Idee endlich gegeben, daß Oesterreich auch gegen ihn vielleicht

Digitized by Google

nicht so ehrlich sei, als er es sich stets eingebildet, und als ich ihm dabei sagte, daß Preußens Rückkehr zum alten Bunde mit seinem ganzen Gefolge eine Unmöglichkeit sei und daher nie eintreten könne, war er wenig erbaut. (Auch habe ich gestern beim allgemeinen Ordensregen nichts bekommen!) Ich bin ihm also doch wohl nicht so ganz gefügig und seine Anschauungsweise adoptierend, als er es wohl sonst gewohnt sein mag.

Einige Rüstungen sind abbestellt, die die 25 Bataillone des VI. Korps (Moskau) betrafen. Auch das Grenadierkorps ist zum Teil früher schon angehalten worden. Von hier waren oder sollten Kosaken abgehen, doch weiß ich wirklich nicht, ob man sie angehalten oder ob sie noch nicht fort waren — melde das in meinem Namen an Stockhausen, den ich nicht ewig mit Briefen bombardieren will. Gerüstet aber bleibt man hier, wie gesagt, doch noch.

Die Holsteinische Geschichte wird uns noch viel Aerger mit Rußland geben, da man hier verlangt, daß die Herzogtümer sich auf Gnade oder Ungnade ergeben sollen, und man sich nachher um die Reorganisation nicht kümmern will, Deutschland dieselben aber schließlich doch nicht ganz im Stich lassen kann, um so weniger, da das dänische Gouvernement die Herzogtümer so schlecht als möglich behandeln wird, um der dänischen Nationalität und deren Fanatismus, dessen es bedarf, Zucker zu geben ...

22. Dezember. Ich höre, daß man daran denkt, Rochow hier wegzunehmen! Möglich, daß er in Wien mehr nutzt als hier, weil er hier Vertrauen hat, man also auf seine dortigen Taten Wert legen und Aufmerksamkeit haben wird. Er wird aber in Meyendorfs Händen sein. Hier aber wird man ihn wohl verschmerzen, jedoch kaum wieder einen Gesandten finden, der die Intimität, das Vertrauen genießen wird, das er hat. Wohl möglich, daß er in Wien mehr nützt als hier, wo der überhaupt zu erreichende Nutzen darin besteht, ein ewiges Brausepulver zu sein. A Dio.

*

St. Petersburg, 23. Dezember 1850.

Deinen Brief vom 13. d. M. habe ich erhalten, ich danke Dir dafür, wenn Du auch hart und vielleicht auch ungerecht gegen mich bist. Das schadet nichts, es ist das besser, als wenn Du recht hättest. — Ich habe wenig Zeit, darum will ich Dir nur kurz antworten und aufführen, was ich dem Kaiser in verschiedenen Momenten geantwortet und gesagt habe — ohne jeglichen Anhalt aus Berlin, in dem Momente selbst:

1. Bei Gelegenheit der ewigen Diskussionen über die Zusammenkunft in Warschau als mein letztes Wort (die Worte sind mir noch ziemlich erinnerlich):

a) „Ew. Majestät, erlauben Sie mir eine letzte Frage in dieser Angelegenheit. Können Sie es mit Ihrem Gewissen verantworten, die Hand zurückzustoßen, die der König Ihnen bietet? Ich könnte es an Ihrer Stelle nicht, und täte ich es auch nur, um vor dem eignen Gewissen Ruhe zu haben."

Digitized by Google

b) „Bei allem Tadel gegen den König vergessen Ew. Majestät stets, daß er es allein gewesen, der Sie im Jahre 1848 vor einem Kriege bewahrt hat, der 1849 in Jütland haltgemacht hat, als Ihre Armeen in Ungarn engagiert waren."

2. Bei Gelegenheit der Ernennung von Radowitz:

„Lassen Ew. Majestät die Vergangenheit des Mannes und Ihre gerechte Abneigung gegen ihn ruhen und warten Sie ab, ob er dem Staate nicht Nutzen bringen wird. — Drängen Ew. Majestät uns so fort, so sind Sie es, der Preußen der Revolution in den Rachen jagt, statt es zu retten. — Wir müssen in Hessen mitreden, sonst verliert Preußen seine Stellung in Norddeutschland und in Europa. Wir können in Holstein nicht militärisch intervenieren, das ist gegen unser eignes Fleisch wüten. Uebersehen Sie die brutale Form der Noten und Erklärungen in Ansehung der Situation."

3. Bei Gelegenheit des noch bevorstehenden Krieges:

„Hätten Ew. Majestät den König nach Warschau geladen, so wäre es nie dahin gekommen."

4. Bei Gelegenheit seiner Anerkennung der Frankfurter Versammlung:

„Ew. Majestät sprachen mir so oft von der Liebe zu Preußen, und doch können Sie ihm gerade jetzt solche Wunden schlagen und dadurch nebenbei Oesterreich in seinem unbasierten und törichten Uebermut noch stärken, während Sie Einverständnis und Frieden wünschen."

5. Wegen Freigebung der Etappenstraßen:

„Ich kann es nicht leugnen, daß ich in Ihrer Deduktion zum ersten Male den Soldaten und General vermisse, und Friedenskonventionen können buchstäblich unter jetzigen Verhältnissen nicht mehr in Anwendung kommen, die Notwendigkeit will auch ihr Recht haben. Die Mäßigung der Regierung ist weit größer, als es die meinige sein würde. Ich zöge die Truppen nicht zurück und beanspruche doch, gutgesinnt und Patriot zu sein. — Ew. Majestät wollen immer mehr, als die Lage der Dinge in Preußen möglich macht."

6. Bei der Braunschweiger Frage:

„Ew. Majestät mögen es mir nicht übelnehmen, aber auf die einseitigen Berichte Ihrer Agenten hin kann ich meine Ueberzeugung nicht ändern. Ich kann es nicht glauben, daß meine Regierung sich dazu hergegeben, den Herzog zur Weigerung anzutreiben. Der Herzog ist so gut Souverän als der Kurfürst; der eine ruft die Fremden, der andre will sie nicht haben. Wir haben kein Recht, ihn zu zwingen, den Durchmarsch zu gestatten, wir müssen ihn vielmehr in seinem Recht aufrechterhalten, wenn er unsre Hilfe beansprucht."

7. In der hessischen Sache:

„Das buchstäbliche Recht der Traktate muß der Notwendigkeit in der Politik weichen, wie es schon tausendmal geschehen. Die Traktate können nicht

Digitized by Google

für alle Eventualitäten voraussichtlich gemacht werden. Deshalb sind sie nicht immer genügend."

Genug.

Der Kaiser selbst klagt bei Rochow, daß ich zuviel preußische morgue habe, daß ich die Regierung zu heftig vertrete, wie ich es au fond nicht könne. Aus zwei Gründen habe ich um keine Deputation geschrieben, erstens, weil hier keine Feier ist, weil er keine haben will, zweitens, weil wir ihm nicht immer den Hof machen sollen, wenn er hart und unbillig gegen uns ist, weil die Verhältnisse überdem so lagen, daß die Deputation vielleicht auf halbem Wege hätte kehrtmachen müssen und wir unsre Offiziere besser bei der Mobilmachung brauchten als hier zum Hofieren im Moment, wo er gegen uns rüstete. A Dio.

*

St. Petersburg, 29. Dezember 1850.

Deine Briefe nebst Einlagen vom 18. und 20. Dezember habe ich richtig erhalten und will den ersteren Passus für Passus beantworten, damit Du unter andern ungerechten Anschuldigungen gegen mich nicht wieder sagen kannst, daß ich auf Deine Auseinandersetzungen nicht einginge. Ein für allemal also, wenn ich auf dieselben nicht weiter antworte, so stimme ich ihnen im wesentlichen bei, wie Du Dir das ohnehin hättest denken können. Das Urteil des Kaisers über mich habe ich Dir nur geschrieben, um Dir zu beweisen, daß ich hier in meinem Urteil nie unter dem Einfluß des Kaisers, seiner Ansichten und Reden stehe, daß ich mir vielmehr das eigne bewahrt habe, und selbst die faulen Stellen unsrer Regierung, wenn auch contre cœur, zu vertreten suche. Von Uebelnehmen meinerseits, von Nichtanerkennung ist nie die Rede gewesen, ich diene, suche meine Schuldigkeit zu tun, werde für meine Dienste bezahlt, habe also nichts weiter zu verlangen und verlange auch nichts. Was ich in dieser Beziehung gesagt habe, geschah nur deshalb, um Dir die nötigen Anhaltspunkte zu geben, Dich in meine hiesige Situation denken zu können. Daß Du das aber falsch aufgefaßt hast und Dich wunderst, wenn ich sage, wie ich gern bereit wäre, diese Stellung aufzugeben, wenn man ein geeignetes Individuum dafür wisse, beweist mir meinerseits, daß ich mich vielleicht nicht deutlich genug ausgesprochen habe, und anderseits, daß Du zerstreut warst oder schwach wirst. Ich wollte damit sagen, daß hier überhaupt wenig auszurichten ist, wenn in Preußen nicht nach hiesigen Melodien getanzt wird, daß ich nicht glaube, den Leuten hier andre Akkorde beibringen zu können, so wie ich die Lage der Dinge kennen gelernt habe — man kann höchstens das forte ihres Spiels in ein piano verwandeln —, daß es mir recht sein würde, wenn man einen geschickteren Musikmeister fände. Daß es das Haupterfordernis ist, meiner zu vertretenden Ansicht Geltung zu verschaffen, versteht sich ganz von selbst, ebenso daß es gleichgültig ist, ob man, wenn es gelungen, von dem Menschen, der sie vertreten, sagt, er sei ein tüchtiger, geistreicher oder brutaler Mensch. Wie gesagt, ich habe Dir jene Urteile nur geschrieben, um Dir ein Bild meiner Stellung zu machen.

Digitized by Google

Daß Du meinen Ideen über die Reorganisation Deutschlands entgegen bist, bedaure ich zwar, muß aber dabei bleiben, daß ich den Dualismus für Unsinn halte, sofern er mehr als eine rein materielle Exekutive sein soll, und eine beschränkte Vertretung beim Bunde für besser als ein abermaliges Unionsparlament halte. Werfen sich die Gothaer in jene Vertretung, so sind sie dort leichter zu bewältigen als bei dem Unionsparlament; gibt es keine Vertretung beim Bunde, so kommen sie ins Unionsparlament und bringen dieselbe revolutionäre Propaganda gegen den Bund mit — wie in Erfurt. Wenn ich von den seitens Oesterreichs eingegangenen Verpflichtungen sprach, so geschah es, weil uns dieselben nicht bekannt sind und wir dieselben nicht ignorieren können; wenn ich von unsern Engagements nicht sprach, so geschah es, weil sie bekannt sind. Bayern braucht nicht über preußische Interessen zu entscheiden, denn in der Idee der Trias liegt doch keineswegs, daß Bayern das dritte Glied derselben zu sein braucht. — Die Könige können in diesem alternieren oder gemeinschaftlich ein Individuum dazu delegieren. Was soll bei Meinungsverschiedenheiten im Dualismus die Entscheidung geben? Und diese werden ewig vorkommen, solange es Staaten und Menschen gibt! — Oesterreichs Eintritt in den deutschen Staatenbund mit allen seinen Ländern ist von jeher unter der Bedingung beantragt und bewilligt, daß es keine größere Stimme, Teilnahme usw. als Preußen habe; nur unter dieser Bedingung ist es möglich; wie Oesterreich das vis-à-vis seiner Staaten vertreten kann, geht uns nichts an. Verlangt es bei etwaiger Repräsentation mehr Mitglieder als Preußen, so geht es selbstredend nicht an, und es muß, wie Du sagst, der Bund ein höchst „laxer" werden. Ein solcher aber hat weder Kraft noch Saft. Allerdings wünschte ich, daß im Bunde auch eine Repressivgewalt läge, weil sie ein Anhalt für die Schwäche der deutschen Fürsten und ihrer durch elende Verfassungen gebundenen Regierungen wäre. — In der Zentralisation Deutschlands liegt meiner Ansicht nach auch kein Aufhören Preußens; denn vergleiche Deutschland mit den verschiedenen Bestandteilen eines Zeltes — hört die große Zeltstange auf, der Kern und Halt eines Ganzen zu sein, und bedarf man ihrer nicht vorzugsweise, um unter einem schützenden Dach zu wohnen? Personifiziere die Zeltstange und lasse sie von den andern Bestandteilen Bedingungen fordern, unter welchen sie sich hergeben will, das Ganze zu halten, dann wird sie durch die Zusammensetzung (Zentralisation) nicht aufhören, Zeltstange zu sein und zu bleiben.

Ich will nicht zurückgehen auf das Wesen des Deutschen Reichs, ich will der Notwendigkeit, der Ehre und der erkämpften Stellung Preußens alles in Deutschland verschaffen, was möglich ist. Ich will aber für diese Dinge mich bei dem Möglichen halten und nicht, wie der König, nach Idealen streben, um dabei, wie er mir sagte, doch etwas zu erlangen. Ich will einen Krieg mit Oesterreich vermeiden, wenn irgend möglich, weil er unter den gegebenen Verhältnissen die größte erdenkliche Kalamität wäre, weil ich in der Verbindung Oesterreichs, Preußens und Rußlands nur das Heil Europas und das Unterliegen der Revolution sehen kann. Der innere Wert und die innere Kraft geben

Digitized by Google

dem Staate wie dem Mann die Stellung in der Welt und nicht allein die äußere Stellung. Ist ersteres aber vorhanden, so findet sich letztere von selbst und dient dann zur weiteren Entfaltung von Wert und Kraft. — Kraft haben wir, das weiß jeder in Europa, aber wenig Wert. Deshalb müssen wir unmittelbar nur nach dem Erreichbaren streben, mittelbar durch innere Stärkung die uns gesteckten Grenzen nach und nach erweitern.

Bayern irgend etwas andres einräumen zu wollen als Sachsen oder Hannover, ist mir nie eingefallen, ich weiß also auch nicht, warum Du mir diesen Staat allein stets entgegenschiebst.

Es ist allerdings töricht, die aktenmäßige Auffassung der reellen vorzuziehen, sie wird aber von allen Ländern stets vorgeschoben werden, wenn dieselben etwas einbüßen sollen. Will man von der andern Seite darauf nicht eingehen und hält sich an die Notwendigkeit, so schreitet man durch einen Krieg zur Rechtsverletzung und Usurpation. Das schadete nichts; jetzt aber ist nicht der Moment dazu, weil wir sofort wieder in die Hände von Radowitz fallen, uns mit der Revolution alliieren und wer weiß wohin kommen würden. Jetzt und unter diesen Lokal- und Personalverhältnissen müssen wir noch lavieren und unsre Forderungen nicht zu hoch stellen, uns innerlich stärken, um einen besseren Moment zur Erlangung des Notwendigen und Nützlichen zu erfassen. — Was ich dem Kaiser über unsern König sagen soll, habe ich ihm bereits im September in der Ukraine gesagt, daß für mich der Spruch: Le Roi quand même immer gelten werde, und daß er ihn tragen und mit ihm leben müsse, weil Gott ihn mir zum Herrn und ihm zum Nachbarn und Schwager gegeben habe. Hier im Winterpalais habe ich ihm in seinem Kabinett gesagt, daß der Aerger über den König auf den Nachbarstaat zurückwirke und er dadurch auch gegen Preußen gereizt sei, von dem er doch sonst immer mit Liebe rede. Du siehst also, daß ich nicht so ganz vom esprit d'escalier unterjocht bin, als Du es zu glauben scheinst.

Auch wegen Braunschweig habe ich dem Kaiser gleich bei der ersten Nachricht gesagt, was ich Dir neulich bereits mitgeteilt, ich brauche es also nicht noch zu wiederholen, hoffe aber, daß Du es einsehen wirst, mir unrecht getan zu haben.

Was die aktenmäßige oder sachliche Auffassung der Dinge anbelangt, so übertrage die des hiesigen Kabinetts nicht immer auf mich — laß Dir meinen Brief an Stockhausen zeigen, den ich gleichzeitig mit diesem absende.

Nimm Dich mit Deinen Briefen etwas in acht, die Du durch die russischen Kuriere expedierst. Es gehen zweimal monatlich englische und ebenso oft französische — bestelle also im Ministerium, daß Deine Briefe mit diesen gesendet werden, sofern sie nicht erbrochen werden können.

Wie immer Dein usw.

Ehrenvoll ist es, für den König totgeschossen zu werden — ob aber neben ihm oder anderweitig, bleibt individuelle Liebhaberei. Selbsterkenntnis bestimmt dabei die meinige. —

Als Erwiderung auf Grabows Sendung schickt der Kaiser den Generalleutnant und Generaladjutant v. Grünwald nach Berlin. Er war, wie Du wissen

Digitized by Google

wirst, schon oft dort, ist sehr gut altpreußisch, d. h. F. W. III., braver Mensch, aber mißtrauisch hinsichtlich der Stimmung der Armee gegen Rußland.

*

Petersburg, den 5. Januar 1851.

Deinen am 25. Dezember begonnenen Brief nebst Kalender habe ich richtig erhalten und benutze einen abgehenden Kurier, Dir für beides zu danken. Wenn der Eingang Deines Briefes ein Scherz sein soll, so kann er sich doch eines bitteren Beigeschmacks nicht erwehren — ist er Ernst, so kann ich im wesentlichen nur darauf antworten, daß es von Dir nicht bloß Liebenswürdigkeit und Demut ist, die Dir die Briefe diktieren, sondern daß die Verhältnisse wie unsre Freundschaft es Dir auch zur Pflicht machen, zu schreiben. Beneble Dich also lieber nicht in dem Weihrauch, den Du Dir höchst eigenhändig in Selbstbewunderung gestreut hast! Wäre ich nicht gerade in dieser Stellung, so hätte ich seit unsrer Trennung auch noch nicht eine Zeile von Dir zu sehen bekommen. Was das Apodiktische in meinen Briefen aber anbelangt und die andern Fehler, die Du meiner Korrespondenz vorwirfst, so will ich die gerne hinnehmen, bis sich vielleicht einmal eine Gelegenheit finden sollte, wo wir die beiderseitigen Briefe einem Unparteiischen vorlegen könnten. — Das Examen bestehst Du wahrlich nicht im Sinne der Anspruchslosigkeit.

Vor einiger Zeit schrieben Gerlach, Budberg und Du: Rußland muß dies Ministerium stützen und halten, es muß auf den Charakter und das Vertrauenerweckende von Manteuffel hingewiesen werden usw. Gut! es wird hier besorgt, Mantff. wird bei jeder Gelegenheit in bezug auf Politik, Festigkeit, Schwierigkeit, Charakter gelobt; nun ist es wieder nicht recht, weil bloß seine Geschicklichkeit, namentlich in Olmütz gelobt werden soll, wo die Geschicklichkeit von Meyendorf und Schwarzenbergs Einsicht in die wahre Sachlage bekanntlich und erweislich mehr herbeigeführt haben als gerade M.s Geschicklichkeit. Man kann in derlei Dingen den Leuten hier wohl eine wünschenswerte Richtung angeben, man kann ihnen die Briefe aber nicht diktieren. Der Kaiser ist hart im Urteil und unbillig, ebenso in der verwandtschaftlichen Zuneigung. So ist ein persönliches Verhältnis auch nicht herzustellen, wenigstens jetzt noch nicht, und dann muß es von hier ausgehen, denn der König darf auch nicht um des Kaisers Freundschaft buhlen; er vergibt sich etwas, wenn er nicht eingeladen, sondern geduldet wird. Das habe ich dem Kaiser schon im September gesagt und die Antwort bekommen: „Ich denke wie Sie." — Merkt der Kaiser erst, daß man nicht weiter nach seiner persönlichen Intimität trachtet, so wird er schon entgegenkommender werden, um so mehr, da die Kaiserin und ich ihm bereits mehrfach vorgeworfen, daß die Olmützer Resultate bereits in Warschau erreicht worden wären, wenn er den König dahin eingeladen. Leider aber ist das eine große Klippe, an der der Kaiser scheitert, daß er sein eignes wie Preußens Interesse über der Abneigung gegen den König aus dem Auge verliert. Nimm dazu, daß er 54 Jahre, daß er Kaiser von Rußland und als solcher an und für sich schon weniger trätabel ist als irgendein andrer Monarch, daß er sich fühlt und namentlich

Digitized by Google

seit 1848 auch keine geringe Meinung von sich hat, wenn er auch oft Bescheidenheit aushängt, daß er leidenschaftlich und dabei gesprächig und indiskret ist, daß er des Königs Briefe vor der ganzen Familie vorliest, selbst vor Schranzen, daß er sie Nesselrode und Orloff gibt, daß er seinem Unmut nie Zwang antut, daß er Schlegell gleich den Brief des Königs vorgelesen hat. Will man etwas Verwandtschaftliches tun, was den Kaiser freuen und ihm Vertrauen und Anhänglichkeit zeigen würde, so sende man ihm im Sommer den Prinzen Friedrich Wilhelm (Sohn des P. v. P.) auf einige Monate her. Will man ihm gelegentlich eine militärische Artigkeit erweisen, etwa zu seinem Geburtstage, so befehle man mir, die Uniform seines Regiments zu tragen und lasse mich bei demselben à la suite führen und lasse mich überraschend auftreten. Eine Zusammenkunft aber muß noch hinausgeschoben werden, bis der Kaiser wieder einmal in Warschau ist; — nach Preußen kommt er nicht. Ich schrieb an Gerlach über diese Dinge; — über die Sendung des Prinzen F. W. werde ich dem König vielleicht einmal schreiben, doch nur kurz vorher, da weder er, noch der Vater, noch Ihr etwas Derartiges durchsetzen könnt, wenn die Frau Mama Wind davon bekommt. Ueber die Uniformfrage werde ich es mir auch überlegen, weil es für mich teuer und unbequem ist, ich also erst bedenken will, ob die persönlichen Opfer der Mühe wert sind. Ist wieder eine Revue hier im Reiche, so muß ein General hingesendet werden, ist eine bei uns, so muß zu gleicher Sendung eingeladen werden.

Besprich mit General Gerlach einmal die Idee der Sendung des Prinzen F. W. Es würde hier nicht allein große Freude erregen, sondern ist auch vom P. v. Preußen versprochen worden. Sollte es dazu kommen, so würde ich aber dringend bitten, dem Prinzen nichts als seine wirkliche Umgebung mitzugeben und nicht einen Haufen junger Leute wie dem Prinzen F. K. im vergangenen Sommer. Nicht allein weil man hier recht gut merkt, daß das bloße Ordensjäger sind, sondern weil der Kaiser auch vis-à-vis solcher Leute mit seinen Reden nicht rücksichtsvoll genug ist.

Um noch einmal auf die Brieffrage zu kommen, so steht in meinem Briefe an den König die Anerkennung, daß er trotz aller hier sehr gewürdigten Schwierigkeiten dennoch Olmütz ratifiziert habe, — an einer andern Stelle des Kaisers eigne Worte: „Sagen Sie dem König in meinem Namen, daß diese Nachrichten hier große Freude erregt hätten.“ Ist das noch nicht genug? Ich dächte, der König könnte darin genug für sich finden. Ein offizieller Kabinettsbrief ist außerdem moralischer Beitritt! Also viel! General Gerlach findet den Ton der hiesigen Schriftstücke hofmeisternd, ich kann das nicht finden, sondern nur die Idee herauslesen, den König zu schieben, und darin hat man hier in vieler Beziehung um so weniger Unrecht, als es an Veranlassung wie an Aufforderung dazu wahrlich nicht gefehlt hat. Daß man in Holstein unserseits jetzt mehr getan als nötig war, beklage ich sehr, einmal weil ich diese Maßregel der Truppenstellung gräßlich finde und weil alles, was dort von uns geschieht, hier doch keine Anerkennung findet, weil in dieser Beziehung partieller Wahnsinn und

Digitized by Google

Festgerenntheit herrscht. Man tut also unrecht, wenn man mehr gibt, als notwendig ist.

Von Berlin macht man uns stets den Vorwurf, namentlich General Gerlach und Du mir, daß wir die dortige Situation nicht genug würdigten. Wenn ich aber namentlich Deine Briefe lese und das hier alles erreichen sollte, was Du verlangst, so bin auch ich sehr geneigt zu glauben, daß man unsre hiesige Situation nicht kennt oder nicht in Anschlag bringt, — oder ich muß endlich glauben, daß es ganz an mir liegt; deshalb wiederhole ich, wie ich ganz bereit bin, Platz zu machen. Wie peinlich die hiesige Stellung hier ist, mag Dir daraus hervorgehen, daß Rochow trotz allen Vertrauens, trotz aller Intimität, trotz aller Auszeichnung, trotz des vortrefflichen Vernehmens mit dem Kanzler nicht hierbleiben, sondern lieber den Abschied nehmen will. Wenn ich das auch nicht ganz billigen kann, so begreife ich es doch vollkommen.

Nachschrift

Den 6. Januar 1851.

Es ist heute hier erster Feiertag, große Messe nebst einer Art von Cour und dann eine Feierlichkeit zum Dank der 1812 aus dem Lande geworfenen Franzosen, die an diesem Tage das russische Terrain verließen. Alle hier noch übrigen Kämpfer aus jener Zeit werden in den Sälen des Winterpalais versammelt. Sonst wüßte ich Dir von hier weiter nichts zu schreiben, als daß ich sehr übler Laune bin, teils weil ich mir für das Allgemeine von den Dresdener Konferenzen wenig verspreche, weil ich einen Konflikt mit unsern Kammern fürchte, der unter allen Umständen sehr unangenehm ist und der doch tant bien que mal durchgefochten werden muß. Auch das Wiederauftreten Radowitz' ängstigt mich, da der Mensch doch irgendein Arkanum besitzen muß, womit er den König immer wieder einfängt. — Was mich selbst anbelangt, so fühle ich mich hier doch sehr allein und verlassen zwischen den glatten, höflichen, aber ausweichenden Russen, denen jedes fremde Element, namentlich wenn's bien en cour ist, doch unangenehm bleibt. Unter diesen Umständen ist Elise Rauch[1]) noch meine beste Erholung, — wie wenig aber auch sie jetzt in ihrer Trauer zu bieten vermag, liegt am Tage. Natürlich sagt man uns beide hier vielfach verlobt und gratuliert ihr von allen Seiten. Um mir hier zu gefallen, bin ich nicht mehr jung genug; doch darum handelt es sich allerdings wenig, wenn es auch auf die Person immer mehr oder weniger zurückwirkt. Ich wünsche mir den Sommer mit seinen militärischen Beschäftigungen und dem Landleben herbei; — wann aber werde ich einmal auf Urlaub gehen können? Rochow will nun nach dem russischen Neujahr abreisen, wann und ob er wiederkehrt, mag Gott wissen.[2]) Wer wird im letzteren Falle sein Nachfolger werden?

---

[1]) Die Tochter des Generals v. Rauch, der Vorgänger Rochows als preußischer Gesandter in Petersburg war.

[2]) Rochow wurde zunächst preußischer Vertreter an dem neu ins Leben gerufenen Bundestage in Frankfurt a. M., kehrte dann aber als Gesandter nach Petersburg zurück.

Digitized by Google

Leb wohl, grüße Weib und Kind und behalte mich in gutem Andenken.

P. S. Bitte den General Gerlach, daß man die Idee einer Zusammenkunft der beiden Monarchen noch nicht hervortreten, sie lieber von hier ausgehen lasse; die Kaiserin ist dabei der beste Sachwalter. Ich selbst wünsche sie nicht mehr; — doch will ich mich bescheiden und natürlich nichts in den Weg legen, wenn man hier den Drang danach fühlt, — kommen wird er, denn das Gewissen regt sich doch wohl gelegentlich, vielleicht jetzt schon im stillen.

Petersburg, den 15. Februar 1851.

... Es ist eine fixe Idee in Berlin, daß wer einmal hier ist, daß der auch alles durch die russische Brille ansehen muß. Da Du derselben nun auch verfallen bist, so muß es wohl epidemisch sein. Den Leuten aber, die Dir gesagt haben, daß ich dem persönlichen Interesse des Königs nachteilig sein könne, daß ich leicht fremden Einflüssen zugänglich sein würde, wenn ich in politische Kombinationen geführt werde usw., den Leuten also sage, daß sie bei dieser Ansicht über meine Person und diesen Befürchtungen besser getan hätten, mich in Berlin zu behalten. Stellte man meine Pflichttreue, Charakter und Befähigung in Zweifel, so war es besser, einen andern Offizier oder niemand zu senden. Ich kann fehlen und irren, aber gegen meinen Herrn und König wird kein Fremder Einfluß bei mir haben. Ich danke Dir, daß Du das wenigstens wußtest, und füge für Dich nur noch hinzu, daß die Phantasie mit mir noch nie durchgegangen ist. Ich wußte immer, was ich tat, und Gott wird mir verzeihen, wo ich Unrecht tat, namentlich da, wo ich es wissentlich tat. Jetzt bin ich alt und müde, da ist von Phantasie nicht mehr viel die Rede.

Zum Schluß abermals die Bemerkung, daß ich weder gereizt war, gereizt bin, noch es gegen Dich sein werde. Glaubst Du mir aber nicht mehr und gibst Du mehr auf den Eindruck, den meine Briefe auf Dich machen, so frage Rochow, mit dem ich viel von Dir gesprochen und dem ich Stellen aus Deinen Briefen vorgelesen habe, wo Du mich heruntermachst.

Der Kaiser sagte mir bereits im Herbste bei Gelegenheit eines Gesprächs über den P. v. P., daß er ihn gar nicht wiedererkenne, daß er sich in modernen Theorien festgerannt habe, und daß man auch von ihm wenig zu erwarten habe, sofern er früher oder später berufen sein sollte, den Thron zu besteigen. Nach der Rückkehr von Grünwald sagte er mir: „G. hat mir durch viele ihm in Berlin gemachte Aeußerungen nur das bestätigt, worüber ich selbst längst klar war, daß der König von den vier Brüdern mir der liebste ist. Friedrich Karl ist ganz im Sinne von Wilhelm, und von Wilhelms Sohn weiß ich gar nichts Positives."

Gott befohlen, empfiehl mich dem Kriegsminister, hoffentlich ist er besser. Wie immer.

*

Digitized by Google

Petersburg, 5. März 1851.

Meinen besten Dank für Deinen Brief vom 22. v. M., die Dresdener Geschichte anlangend. Ich schrieb unter dem 3. darüber an Gerlach, laß Dir diesen wenig erbaulichen Brief zeigen.[1]) Dein Brief war mir sehr wichtig für Nesselrode und die Kaiserin, die die preußische Fahne ergriff und dem Kaiser ins Gesicht sagte, daß Schwarzenberg verräterisch gegen uns handle. Der Kaiser will es immer noch nicht glauben und schlägt auf uns nach beliebter Manier los, weil eben alles und immer auf uns herumpaukt. Er will à tout prix Ruhe in Deutschland haben, glaubt Schwarzenberg konservativer und energischer als uns, deshalb hat er nichts gegen seine Suprematie und beschwichtigt das Gefühl für Preußen damit, daß er sagt: Die Stellung, die Fr. W. III. in Deutschland recht gewesen sei, könne auch jeden ordentlichen Preußen befriedigen. Ich habe mich so geärgert, daß ich sehr an mich halten mußte, um nicht auch feindlich zu werden bei einer Menge von Einwürfen, die er mir in der übelsten Laune machte und die dabei wirklich gar nicht zur Sache gehörten, anderseits keine richtige Auffassung des Ganzen verrieten. Es ist manchmal, um die Schwerenot zu bekommen — und dann fragen einen die Leute auf dem Ball, ob man sich nicht amüsiere, warum man so ernst sei und nicht die Cour mache, nachdem man kurz vorher mit dem Kaiser unter schallender Tanzmusik turniert hat.

Der Kanzler war recht vernünftig und mißbilligte die Reden des Kaisers und bestätigte Schwarzenbergs Versprechen in Warschau hinsichtlich der Parität ꝛc.

Bitte Deinen Vetter dringend, daß er Meyendorf warm hält und au courant setzen läßt von unserm Standpunkt aus. Ich wiederhole es, daß er in deutschen Sachen die Hauptperson hier ist. Der Kanzler bedauert noch immer, daß es unmöglich war, ihn nach Dresden zu stationieren.

*

Petersburg, den 11. März 1851.

Der Kaiser hat wohl eingesehen, daß er neulich (mein letzter Brief an Gerlach) zu weit gegangen war und im Unrecht war. Ich hatte dem Kanzler tüchtig eingeheizt und dieser ihm wohl die Richtigkeit meiner Behauptungen, sowie die preußische Korrektheit begreiflich gemacht. Auch Budbergs Bericht ist gut für uns. Gestern aß ich wieder bei den Majestäten, — der Kaiser sprach nach dem Essen mit mir über die Lage der Dinge und wollte wieder nicht glauben, daß es der Gesamteintritt sei, der Oesterreich durchaus nicht zum alten Bunde zurückkehren lassen wollte, sondern vielmehr die Besorgnis, daß die deutschen Regierungen nun vis-à-vis ihrer Völker alle Autorität verlieren möchten, wenn man in Dresden nichts zustande bringe. Ich blieb ungläubig und erwiderte nur, daß Schwarzenberg eine annähernde Befürchtung bis Olmütz nicht gehabt habe, er überhaupt wohl mehr an Oesterreich und sich zu denken pflege

[1]) Gerlach erwähnt diesen Brief in seinen Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 609 und knüpft daran eine lange Erörterung über die Stellungnahme des Kaisers Nikolaus zum Konstitutionalismus.

Digitized by Google

als an andre. Dann kam das Gespräch wieder auf die Lächerlichkeit, der sich Preußen aussetze, daß es gerade zum alten Bund zurück wolle, nachdem es seit drei Jahren dagegen bramarbasiert habe. Ich erwiderte, daß Preußen zu allen und jeden Projekten die Hand geboten habe, und daß die Lächerlichkeit — die zwar unstreitig sei — nunmehr auf die andern falle, nicht auf Preußen, das faktisch allein etwas Reelles für Deutschland geleistet habe, sowohl in seinem Innern als in Dresden, Frankfurt, Baden. — Der Kanzler ist ganz einverstanden mit der preußischen Argumentation und sagte mir auch vor einigen Tagen, daß er dem Minister Manteuffel in allem, was derselbe in der Politik seit Olmütz geleistet habe, nur beitreten könne, und des Kaisers Unmut nicht begreifen könne, da M. ja gerade in seinem Sinne handle. Glaube mir, — der Kaiser fängt an einzusehen, daß wir Recht hatten, als wir (oder vielmehr ich, denn Rochow teilte meine Ansichten hierin nicht immer) gegen Schwarzenbergs Loyalität auftraten. Unrecht einzusehen, sträuben sich die meisten Menschen (wenn auch ich nicht!!!) um wieviel mehr die Selbstherrscher. Die Bestellung des Ministers Manteuffel an den Kaiser, die Dein letzter Brief enthielt, habe ich auf den Wunsch des Kanzlers ausgeschrieben, dieser ließ sie übersetzen und sendete sie dem Kaiser, zu dem ich in jenen Tagen, wo er sein Abendmahl nahm, nicht gehen wollte.

Sollte indes wirklich zu dem alten Bunde zurückgekehrt werden, dann hoffentlich läßt Manteuffel von den ohnehin geringen Paritätsforderungen keinen Buchstaben fallen, — so wird auch wohl eine Proklamation nötig werden, wo dem Nationalgefühl kurz und bündig gesagt wird, daß Preußen alles getan habe, um Deutschland zu konsolidieren, es aber mit Gewalt der Waffen zu einer Neuform zwingen zu sollen, weder im Rechte noch im Heile Preußens liegen könne und gelegen habe, man müsse abwarten, ob die Zeit die Schwierigkeiten bewältigen werde, die sich jetzt ohne Rechtsverletzung unüberwindlich gezeigt hätten.

Da ich die großen Dienste, die M. in den letzten Zeiten dem Vaterlande geleistet hat, vollkommen anerkenne und auch die Schwierigkeiten nicht verkenne, von denen er allseitig umgeben ist, so tut es mir doch leid, daß mir ein wohlgesinnter Mann aus Berlin schreibt: „In den äußern Fragen ist er korrekt, hat aber in den innern Angelegenheiten Rücksichten zu nehmen und namentlich auf den König, der immer noch eine große Scheu vor den Kammern hat. Es bleibt aber Tatsache, daß M. sich die Rechte vom Halse hält und leider keine Auskunft gibt, wenn sie ihn um Information bittet. Er schickt Männer wie Bismarck, seinen Bruder und Vetter fort und hört Leute wie Stieber, Ezechiel usw. an und ist wohl auch leider der Schmeichelei nicht ganz unzugänglich.“ — Ich schreibe das nicht, weil ich es glaube, sondern weil es mir leid tut, daß, wenn wohlgesinnte Leute so urteilen können, etwas Veranlassung dazu oder doch der Schein vorhanden sein müssen.

Nachschrift. Den 13. März.

Der Kaiser ist bereits weit traitabler geworden und scheint ihm auch der

Digitized by Google

Kanzler wohl etwas zugesetzt zu haben. Man schreibt ihm aus Berlin, daß Manteuffel jetzt weniger Ursache habe, über den P. v. P. zu klagen. Gott gebe es!

Was wird denn endlich aus den Händeln zwischen Wrangel und Prittwitz? Können sie gar nicht zusammengehen, so sende man Prittwitz oder Wrangel nach Breslau. Für die Garde wäre P. ein Verlust und Lindheim sein bester Nachfolger, — nur nicht Schreckenstein, denn der zeigt Wrangel nie die Zähne, wie sich das 1849 hinlänglich gezeigt hat, und ohnedem geht es mit dem einmal nicht. Ich bin Prittwitz persönlich sehr attachiert, und wenn ich auch seine großen Fehler nicht verkennen will, so bleibt er von unsern höheren Offizieren wenn nicht der Beste, so doch bestimmt einer der Besten, und es ist jetzt nicht der Moment, dergleichen zu verlieren. Ist er zu widerspenstig und kraus, nun dann bleibt leider nichts andres übrig. Hier würde man ihn auch ungern scheiden sehen, denn der Kaiser hält viel auf ihn — trotz Schleswig!!! Wenn Du den v. Schöning sehen solltest, so sage ihm, daß die Bilder hier angekommen, die der König mir senden ließ.

*

St. Petersburg, den 15. März 1851.

Gestern ist Graf Henckel[1]) mit dem nach Wien geschickten, endlich auch hierher mitgeteilten Ultimatum beim Kanzler gewesen, der seine mir gemachte Erklärung über die Korrektheit von Manteuffel in der äußern Frage ihm wiederholt hat, — über das Paritätsultimatum hat er sich eine Auslassung bis nach dem Vortrage beim Kaiser vorbehalten. Unbegreiflicherweise hat Meyendorf noch immer nicht berichtet, — und das ist hier, wie Du weißt, in deutschen Sachen entscheidend. Seit meinem letzten an General Gerlach gerichteten Brief hat sich der Kaiser sehr geändert; — meine Taktik war richtig, daß ich ihn zuerst zum Gefecht herausforderte, denn einmal blieb ich, wenn auch ohne momentane Vorteile, auf dem Schlachtfeld stehen, von dem er sich zurückzog, und anderseits fand der Kanzler ihn in den folgenden Tagen schon ebranliert. Der Kaiser sieht wohl ein, daß er gegen mich im Unrecht war, und kajoliert mich seitdem, hat auch der Elise Rauch vorgestern gesagt: er freue sich doch recht, daß man mich hierher gesendet habe, da er mich stets ehrlich und offen gefunden habe und deshalb auch so gerne und vertrauensvoll mit mir verkehre. Natürlich war das wohl auch gesagt, daß ich es wiedererfahren sollte, quasi Pflaster. Das ist gut für den weiteren Gang. — Aus dem Ultimatum glaube ich leider zu ersehen, daß meine Alternierung im Präsidium nicht mehr von uns beansprucht wird. Das tut mir leid, daß man darin wieder nachgegeben hat. Ich kann es wenigstens aus den Piecen nicht anders herauslesen und scheint es mir, daß das Präsidium als „traditionelles Ehrenrecht" behandelt wird, neben dem der preußische Gesandte in der Luft steht. Treten Preußen und Oesterreich beide als Großmächte, d. h. mit allen Staaten, in den Bund, so muß es auch im

[1]) Graf Henckel, bei der preußischen Gesandtschaft in Petersburg.

Digitized by Google

Präsidium keinen Unterschied geben und Oesterreich sich lediglich auf den Vortritt beschränken. Adieu.

*

14. April 1851.

Die Gelegenheit zur Wiederanknüpfung eines persönlichen Verkehrs zwischen den beiden Monarchen ist gegeben, der König und die Königin zum Mai nach Warschau eingeladen.[1]) Ich habe eine Zusammenkunft, seitdem ich den Kaiser näher kennen lernte, nie gewünscht, denn besser wird das Vernehmen nicht — vielleicht aber schlechter! Möchte ich Unrecht behalten und alle die Personen, die eine Zusammenkunft für heilsam hielten, über mich triumphieren!

Ich bitte Dich, sorge dafür, soviel Du kannst, daß der Ministerpräsident den König begleitet, damit der Kaiser ihn persönlich kennen lernt. In der Umgebung des Königs möchte ich ferner Gerlach und Dich, oder Hiller oder Blumenthal. Für die Königin Graf Keller. Nicht zu viel Menschen, nur das Notwendige, weil der Raum fehlt. Warte ab, bis man Dir von dieser Angelegenheit spricht, doch kannst Du selbstredend die Minister Manteuffel und Stockhausen darauf vorbereiten. Wie immer.

*

St. Petersburg, den 6. Januar 1852.

Heute vormittag habe ich Deinen an Elise Rauch gerichteten Brief gelesen und das für mich bestimmte Geschenk bei ihr dankbarlichst in Empfang genommen. Ich habe stets einen solchen Kalender in der Brieftasche gehabt, und fehlte er mir für dies Jahr sehr.

Was Deine Abhandlung über Louis Napoleon anbelangt, so habe ich ziemlich dasselbe nach Berlin an Gerlach und meine Mutter geschrieben und trete Deinen Ansichten vollkommen bei. Ueber jede „Kreuzzeitung" und nun auch über den „Rundschauer" ärgere ich mich abscheulich; namentlich über die kriegerischen Artikel der ersteren. Daß L. N. ein eidbrüchiger Usurpator ist, weiß jeder, und wenn das einmal in der Zeitung steht, der Aufrechterhaltung des Prinzips von Recht und Unrecht wegen, so ist es genug. Wenn man L. N. aber beurteilen will als etwa wie Herrn Simson, wenn er Präsident einer deutschen Republik geworden wäre, so ist das ein Unsinn, weil in Frankreich ja jahrelang nichts als Rechtsbruch, Eidbruch usw. gewesen ist und L. N. einem Haufen von Schwätzern gegenüberstand, die auch jeder rechtlichen Basis entbehrten. Genug davon! Ebenso die Kriegsfrage! Greift man Oesterreich in Italien an, so sind wir ebensolche Esel, wenn wir ihm nicht beistehen, als die Oesterreicher es sein würden, wenn wir am Rhein angegriffen würden, aber „toute vérité n'est pas bonne à dire" sagt ein französisches Sprichwort. Jedenfalls ist es töricht, L. N. oder vielmehr die Franzosen zu reizen und zu provozieren, das muß von ihnen kommen; dann finden sie uns weit stärker. Vor-

[1]) Die Zusammenkunft der Monarchen fand im Mai 1851 in Warschau statt. Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 626 ff.

Digitized by Google

läufig nehme man so wenig Notiz von ihnen wie nur irgend möglich. Hier nun sprach sich der Kaiser anfänglich sehr heftig und bestimmt dagegen aus, ihn nie als Kaiser anzuerkennen, wegen der Verträge von 1815, sonst aber lobte er, was er bis jetzt getan habe, und sah darin mehr moralische Emanzipation zur Rettung der Gesellschaft und des Landes, als ich glauben kann. Der Haupthebel bleibt immer Selbstsucht, und wenn man jetzt sogar aus Paris schreibt, daß es nicht unmöglich sei, L. N. tue das alles, um gelegentlich Henry V. zurückzuführen, und Persigny sei Legitimist!!! — Gott stärke die Leute — so möchte ich auf diese Brücke nicht treten. Die guten Verträge von 1815 sind aber so wiederholt und gröblich verletzt, Louis Philippe, Belgien, Krakau usw., daß es auf einen Riß mehr oder weniger nicht mehr ankommt und man füglich ein Auge zudrücken kann, wenn es ein Napoleon ist, der dies monarchische Prinzip in Frankreich herstellt, da man anderseits doch nicht den Entschluß haben wird, für die Legitimität den Degen zu ziehen. Traurig genug, daß man 1830/31 hingehen ließ, ohne einzuschreiten. Ob Louis Philippe König oder der Aventurier L. N. Kaiser in Frankreich, kommt auf eins heraus; jedenfalls war ersterer ein größerer Schurke. Wenn er Ordnung in Frankreich hält und seine Nachbarn nicht inkommodiert, so mag er getrost Präsident oder Kaiser sein. Daß er dies aber tun wird, oder wird tun können, ist mir nicht glaublich. Uebrigens wird sich der Kaiser auch beruhigen und ihn ebenso anerkennen wie einst Louis Philippe. — Wenn Du kannst, so lies den Brief an den König, den Benkendorff von Rochow mitbringt und den gleichzeitigen Bericht an Manteuffel. Du wirst darin Interessantes finden. Trenne Dich einmal von Deinem Sofa, auch wenn man nicht auf Dich hört.

Oesterreich ist schlimmer als L. N., weil es uns wohl im Stich lassen würde, wenn wir am Rhein angegriffen würden, von hier aus aber ist ihm gedient worden und dem Felix insinuiert, er möge Politik und kommerzielle Interessen trennen, erstere aus einem höheren Gesichtspunkte auffassen und nicht glauben, daß er auf diesem Wege, den er jetzt gehe, auf Rußland rechnen könne, wie damals gegen die Unionspolitik.

Sehr wesentlich erscheinen mir zwei Dinge: 1. England und Frankreich entfernt zu halten und 2. Felix zu stürzen. — Zu ersterem bietet man hier die Hand, und letzteres läßt man ganz gerne geschehen — tempora mutantur. — Vielleicht ist es noch zu früh und muß man hier erst noch ärgerlicher werden. — Hier ist furchtbare Geldklemme, so daß man jetzt um 16 Eskadrons reduziert und andre Ersparnismaßregeln eintreten läßt, über die ich bereits früher an Gerlach schrieb. — Ich bereite mich nicht auf den Krieg vor, weil ich nicht daran glaube, bevor ich nicht sehe, daß L. N. den Fuß fest im Bügel hat. Was werden die Generale tun, wenn sie loskommen?

Schreibe mir über Oesterreich und den Bund, Bismarck und Thun! Der alte Metternich gibt wieder Rat in Wien. Schreibe mir über Stockhausen usw. und schreibe mir, warum Graf Stolbergs mir im Oktober gemachte Verheißungen bisher keine Früchte getragen haben, und ob die ganze Geschichte vielleicht wieder

Digitized by Google

in das Meer der Vergessenheit gefallen ist.[1]) — Das Pferd, das Du solltest zeichnen lassen, sieht im Trabe am besten aus; avis au lecteur, falls darin noch nichts geschehen ist. Der beste Pferdezeichner ist Steffek in Berlin. — Grüße Deine Frau und behalte lieb Deinen

Berta ist wohl und grüßt bestens.

Wer ist denn mein Protegé, der den alten Napoleon mit dem Neffen auf dieselbe Basis stellt? Ich will ihn aufgeben.

*

Die Antwort Manteuffels ist erhalten in folgendem „Auszug eines Briefes an Münster Ende Januar 1852 nach Petersburg“:

Du sagst, der Kaiser wolle L. N. nicht als Kaiser anerkennen in bezug auf die Verträge von 1815, und Deinen Räsonnements darüber trete ich im ganzen bei, suche dieselben aber systematischer zu fassen. Im Jahre 1814/15 haben die Alliierten die Bourbons in Frankreich hergestellt; die Bourbons haben die französische Nation nicht in Ordnung zu halten gewußt, weder die ältere noch die usurpatorische Linie, und sind dadurch die Veranlassung zu neuen Erschütterungen für ganz Europa geworden. Die Alliierten von 1814/15 haben daher nicht die geringste geschichtliche Verpflichtung, eines bloßen Prinzips wegen die Bourbons nochmals zu restaurieren. Preußen speziell hat hierzu um so weniger Verpflichtung, da Ludwig XVIII. auf dem Wiener Kongreß gegen Preußen intrigiert und Karl X. kurz vor seinem Sturze Bündnisse gegen Preußen nachgesucht hat. Man mag über das Jahr 1830/31 denken wie man will, so ist diese Nichtbefähigung der Bourbons, die Franzosen in Ordnung zu halten, dieser Trieb von ihnen, mit den revolutionär-liberal-egoistischen Elementen der Nation Verbindungen gegen die Mächte zu schließen, denen sie ihre Herstellung verdankten, der innere Grund gewesen, der den drei Kabinetten die Energie genommen hat, für die Aufrechterhaltung des Resultates der Kriege von 1813/15, die Wiederherstellung der legitimen Regierung in Frankreich, das Schwert zu ergreifen. Man erkannte Louis Philippe an. Ich stimme Dir vollständig bei, daß dies der Hauptfehler der letzten zwanzig Jahre gewesen ist, aber die Dinge haben eben ihre inneren Notwendigkeiten, die mächtiger sind als das Wollen und Denken der Menschen. Wie haben sich nun die Verhältnisse gestaltet, seitdem man von den Verträgen von 1815 abgewichen ist, und worin besteht die Abweichung? Sie besteht nur in der prinzipiellen Seite: Man hat zugegeben, daß die Franzosen selbst über ihre Regierung bestimmten, und man hat das Prinzip der Nichtintervention aufgestellt, anerkannt und bis jetzt ausgeübt. Die Verträge von 1814/15 haben seit dem Jahre 1830 nur noch auf den Umfang und die Grenzen der Territorien Bezug. Die Konstitution von Polen ist aufgehoben worden, der Schweiz hat man eine große Veränderung in ihrem Innern zugestanden, ohne

[1]) Bezieht sich auf eine Gehaltsaufbesserung Münsters.

Digitized by Google

daß die Mächte, welche jene Verträge geschlossen, darüber befragt worden wären. Nur bei der belgischen Frage hat man dies für nötig gehalten und hat sich ein Schiedsrichteramt hierüber zugesprochen. Der Hauptgedanke hierbei war, daß Frankreich sich nicht vergrößere, und weil man nicht den Mut hatte, gegen dieses zu kämpfen, so hat man eine Ungerechtigkeit gegen Holland begangen.

Wie will man also heute auf einen Punkt der Verträge — den über die Napoleonische Herrschaft in Frankreich — zurückkommen, ohne in die größten Widersprüche mit sich selbst zu geraten? Allein das anerkannte und ausgeübte Prinzip der Nichtintervention steht entgegen. Und dann herrscht ja der Napoleonide bereits in Frankreich — der Name, unter dem er es tut, ist Nebensache hierbei, und doch hat er eine ungeheure Bedeutung! Und deshalb gebe ich dem Kaiser recht, daß er so sehr auf den Namen oder Titel pointiert. Empereur des Français könnte sich Napoleon ebensogut nennen als président oder prince-président, wenn der Titel Empereur nicht unwillkürlich den Gedanken des Empire français hervorriefe. Die Bedeutung des Empire français ist aber die Herrschaft Frankreichs über Europa — denn auch Rußland war von ihm besiegt und hatte seine Häfen den Engländern geschlossen. Die Aufstellung des Empire français wirft den Rest der Verträge von 1814/15, die territoriale Seite derselben, wirft das neue Prinzip der Nichtintervention, wirft alle heutigen europäischen Staatenverhältnisse über den Haufen. Insofern ist zu bedenken, ob man es zuläßt, oder vielmehr, ob man es anerkennt, daß Louis Napoleon sich zum Kaiser von Frankreich erklärt. Ich glaube nun, daß er es nicht früher tun wird, als bis er der französischen Gloriole Nahrung gegeben und entweder in Italien oder am Rhein die französischen Grenzen erweitert oder aber auch in Spanien französischen Einfluß ausgeübt hat. Ich halte es für unumgänglich notwendig, daß die Alliierten von 1813/15 sich von neuem verpflichten, nicht zu dulden, daß Frankreich territoriale Vergrößerungen beansprucht, und daß ein Angriff in Italien oder am Rhein, eine Intervention in Spanien, eine vorherrschende Einmischung in die Türkei als ein Angriff auf die vier andern europäischen Großmächte angesehen wird. Wenn dies geschähe, so bin ich immer noch der Ueberzeugung, daß L. N. sich besinnen würde, Krieg zu beginnen, und da er wieder ohne Krieg nicht leben kann, so muß er entweder einen Kampf de désespoir machen, wo Europa dann wieder als Sieger die französischen Verhältnisse ordnet, oder er unterliegt den Fraktionen, und Frankreich zerfleischt sich in sich selbst und ermöglicht es dann, auf richtigen Prinzipien Europa zu ordnen, ohne daß das ganze europäische Staatenverhältnis durch die Aufstellung einer großen französischen Macht alteriert wird.

So liegt die Sache nach meiner Ansicht in abstracto.

Nun aber, wie ist es mit dem gemeinschaftlichen Handeln der Verbündeten von 1813/15? Betrachte ich mir die Staaten, so scheint das seine Schwierigkeiten zu haben. England sieht nur seinen Vorteil, und hat es für den Moment kein Interesse, so ist nichts mit ihm zu machen. Ich bin vollständig Deiner Ansicht, daß es wünschenswert ist, England von Frankreich zu trennen, und in

Digitized by Google

der Wiederaufrichtung der Allianz von 1813/15 liegt der Gedanke dieser Trennung. Aber die englischen Verhältnisse sind im Innern unsicher, niemand weiß, wie lange sich das Ministerium hält, und nur mit diesem sind die Verhandlungen zu führen. Also ich glaube nicht, daß aus den Verhandlungen mit England viel herauskommt, und glaube keineswegs, daß England sich zu einer definitiven Festsetzung in betreff der Behandlung der französischen Verhältnisse hergibt — eine solche ist aber notwendig, denn bloßes Hin- und Herreden hilft nichts. Ich würde daher England höflich, zuvorkommend, vertraulich sogar, behandeln, würde aber mein eigenes Handeln nicht von dem Zutritt Englands abhängig machen, denn da komme ich selbst zu keinem Entschlusse. Außerdem wird bei späteren Verwicklungen England nie zugeben, daß Frankreich wieder Belgien und Holland beherrscht, sobald dieses sich als wirkliche Macht wieder aufstellt.

Nun Oesterreich. Ich glaube auch nicht, daß Oesterreich feste Verpflichtungen mit seinen Verbündeten gegen Frankreich eingehen wird. Es ist dies gegen den Charakter seiner Politik. Es bindet sich nie zum voraus, sondern handelt rein nach dem momentanen Interesse. Für den Augenblick liegen seine Verhältnisse noch ganz besonders. Oesterreich drückt das Paktum mit Rußland und es möchte da heraus. Als ich in Warschau und Wien mit F. S.[1]) verhandelte, machte er mir Anspielungen darauf, und ich glaube, daß in dem Augenblicke, wo noch russische Verwundete in den Lazaretten lagen, er sehr gern Preußen alle Konzessionen gemacht hätte, wenn dieses ein Bündnis mit ihm gegen Rußland geschlossen hätte. Ich bin auf alle diese Dinge nicht eingegangen und habe sie nicht einmal in meine Berichte aufgenommen, weil ich bei der damaligen hiesigen konfusen Wirtschaft nicht Veranlassung geben wollte, daß die Tagesdiplomaten dies benutzten, um noch mehr Wirrwar in die hiesigen Gedanken zu bringen. Die Ueberzeugung habe ich aber, daß F. S. heute noch so denkt wie damals, daß ihn die Verpflichtungen gegen Rußland drücken, und daß er, der in Preußen keine Stütze gegen russische Suprematie gefunden hat, versuchen wird, sie in L. N. zu finden. Ich halte es eher für möglich, daß Oesterreich geheime Verbindungen mit Frankreich schließt, als daß es bestimmte Allianzen gegen das Empire français eingeht. Von meinem Standpunkte aus habe ich hiergegen nichts, so gefährlich eine Verbindung Frankreichs und Oesterreichs auch sein mag. Ich sehe nämlich die preußische Politik in dem Widerspruch mit Oesterreich. In diesem und durch diesen ist Preußen gewachsen. Erst seit 1792 hat sich die preußische Politik in dieser Hinsicht geändert. Aber teuer haben wir den Sturz der Radowitzschen Politik bezahlt: Noch heute stehen Oesterreicher in dem Rayon, der naturgemäß zu Preußen gehört, und geschehen ist, was man im Traume nicht für möglich hielt, daß Bayern das große Wort gegen Preußen führen, daß bayrische Truppen sich den preußischen haben entgegenstellen können, ohne

[1]) Felix Schwarzenberg. Manteuffel hatte im Mai 1850 den Prinzen von Preußen nach Warschau begleitet und war im Juni in diplomatischer Sendung am Wiener Hof gewesen.

Digitized by Google

dafür gezüchtigt zu werden. Das ist unendlich hart, und ich glaube, daß es nicht klug von den europäischen Mächten gewesen ist, Preußen einen so bitteren Kelch trinken zu lassen. Dennoch hätte ich ihn noch bitterer getrunken, ehe zu erleben, daß die preußischen Fahnen in Allianz mit den revolutionären Elementen gekämpft hätten. Das wäre geschehen, wenn es 1850 zum Kriege kam. Oesterreich hätte als Repräsentant des legitimen, Preußen als Vorkämpfer des revolutionären Prinzips dagestanden. Will aber Oesterreich nun die Rollen vertauschen, will es sich mit der Revolution alliieren, denn weiter ist Napoleon nichts, so sehe ich den Kampf mit Oesterreich nicht als ein großes Unglück an.

Auf Oesterreich also ist nach meiner Ansicht auch nicht zu rechnen zu einer definitiven Verabredung über das Verhalten gegen Frankreich, und haben wir auch ohne diese England in letzter Instanz immer *gegen* Frankreich, so kann es leicht kommen, daß Oesterreich in dieser sogar *für* Frankreich sich erklärt.

Nun Rußland! Rußland ist der prinzipielle Gegner von L. Napoleon und schon deshalb unser einziger zuverlässiger Alliierter. Preußen könnte im Notfalle wieder auf Haugwitzsche Ideen kommen und könnte so ohne Rußland in der gegenwärtigen Krise sein Heil versuchen. Rußland kann gar nicht einen solchen Gedanken fassen. Ich weiß zwar recht wohl, daß in Rußland französische Sympathien sind, daß die Gedanken von Teilung der Welt wieder auftauchen werden, aber der Kaiser kann nie und nimmer darauf eingehen, und der Kaiser ist Gott sei Dank noch Rußland. Er hat in der Napoleonischen Frage die Stellung seines Herrn Bruders, des hochseligen Kaisers Alexander, zu vertreten, er kann die Schwankungen der Politik desselben von 1807 bis 1812 nicht nochmals durchmachen, sondern er kann sich nur auf den Boden der russischen Politik von 1812 an stellen. Von diesem Boden aus datiert Rußlands Größe, Macht und Einfluß im heutigen Europa. Was aber ist dieser Boden? Es ist der prinzipielle Gegensatz gegen die revolutionären Ideen von 1789 mit allen ihren Konsequenzen. Rußland ist die Mauer, an welcher die französische Weltherrschaft zerschellt ist und von deren Zinnen dann die Befreiung Deutschlands, die Wiederherstellung Preußens, die Gestaltung der gegenwärtigen Staatenverhältnisse ausgegangen sind. Man sage was man wolle von Englands Hartnäckigkeit in dem Kampfe gegen Napoleon, von den Volkssympathien, welche die Alliierten 1813/15 in dem Kriege getragen, von den Schlägen des preußischen Heeres. Blieb Kaiser Alexander nicht fest, faßte er nicht den Entschluß, über die Weichsel zu gehen, stellte er sich nicht auf als der Ritter für die Befreiung der europäischen Staaten von der französischen Herrschaft, so hätten England, Sympathien und preußische Waffen nichts vermocht — Napoleon regierte vielleicht heute noch und hätte höchstens an Rußland Konzessionen nach der Türkei hin gemacht. Dann wieder im Jahre 1815, als Napoleon von Elba zurückkam, war es abermals Kaiser Alexander, welcher die Alliierten zusammenhielt. Diese Stellung hat Kaiser Nikolaus fortzusetzen, und alle untergeordneten russischen Parteiprojekte einzelner Staatsmänner können hier nichts ändern. Mit Erfolg aber kann der Kaiser diesen hohen Beruf nicht erfüllen,

Digitized by Google

wenn die preußischen Fahnen nicht neben den seinen flattern, und deshalb meine ich, hat der Kaiser Preußen heute noch nötiger als Preußen ihn, denn neben allem anderen handelt es sich um die persönliche Stellung des Kaisers in der Geschichte.

Nun also, England ist abwartend, Oesterreich fast unsicher, es bleiben daher nur Rußland und Preußen. Nehmen diese beiden Staaten gleich eine bestimmte Stellung, so glaube ich nicht, daß Oesterreich es wagt, sich offen mit Frankreich zu alliieren, und tun sie es im quasi Einverständnis und mit Inkenntnissetzen Englands und zu dem alleinigen bestimmten Zwecke, etwaigen französischen Gelüsten entgegenzutreten, so glaube ich nicht, daß England sich dadurch veranlaßt sieht, sich an Frankreich anzuschließen. Nun aber läßt sich nach meiner Ansicht durch Verhandlungen und Korrespondenzen hier nichts machen. Hier können nur die Monarchen persönlich sich engagieren und hier muß der Kaiser persönlich hervortreten. Wäre es nach mir gegangen, so hätte der König nach dem Eingang der Nachricht vom 2. Dezember nach Petersburg geschickt und dem Kaiser geschrieben: So fasse ich die Bedeutung der Sache auf, ich will nicht intervenieren, ich will aber auch nicht traktieren mit L. N., und will Krieg führen, wenn Frankreich die Ansprüche des Empire zu erneuern strebt; ich will hierin gemeinschaftlich mit Rußland handeln und biete ihm die Allianz des hochseligen Königs mit dem hochseligen Kaiser Alexander in bezug auf Frankreich an. — Es geht aber eben nicht nach mir, weil kein Entschluß und keine Klarheit da ist, und weil die Leute sich mit Pairskammern und Ministerkrisen beschäftigen. Jetzt mache du die Sache, mache, daß der Kaiser den König von Preußen und den Kaiser von Oesterreich zu einer persönlichen Zusammenkunft auffordert, daß er ihnen seine Ansichten vorlegt und sie auffordert, diesen beizutreten. Ich glaube nicht, daß der Kaiser von Oesterreich refüsiert, ich glaube aber, daß es der einzig sichere Weg ist, ihn zu retten und Schwarzenberg vernünftigen Ansichten unterzuordnen oder ihn zu entfernen. Ich bin überzeugt, daß der König sich dem Kaiser treu und ehrlich anschließt. Geht der Kaiser von Oesterreich nicht darauf ein, so ist das Verhältnis klarer und zwischen Rußland und Preußen inniger und enger, und das schon ist Gewinn.

Aber Zeit ist nicht zu verlieren, schon die Kaiser-Anerkennungsfrage muß gemeinschaftlich behandelt werden. Die Dinge in Frankreich gehen schnell, L. N. spielt le tout pour le tout.

Wenn man F. S. anfängt weniger zu poussieren, so ist es mir fast lieber, daß er Minister ist, als daß er gestürzt wird. Schrieb ich in der obigen allgemeinen Betrachtung von Rettung des Kaisers von Oesterreich, so tat ich das objektiv vom allgemeinen Standpunkt, vom spezifisch preußischen halte ich es fast für vorteilhaft, wenn Oesterreich einen Premierminister hat, der mit Rußland schlecht steht. Handelt es sich nicht um Erreichung eines großen allgemeinen Zieles, so mag F. S. immer Premierminister bleiben.[1])

[1]) Fürst Schwarzenberg starb am 5. April 1852. Sein Nachfolger wurde Graf Buol-Schauenstein.

Digitized by Google

Zur Kriegsluftflottenfrage

Von

F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.

Von der „Täglichen Rundschau" wurde kürzlich die Nachricht gebracht, die Reichsregierung beabsichtige, ein Gesetz zur Schaffung und Unterhaltung einer Kriegsluftflotte den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen. Ob dieses zutrifft, bleibe unerörtert. Wie dem aber auch sei, jedenfalls hat die Oeffentlichkeit bereits jetzt ein Interesse daran, zu wissen, was zu einer Kriegsluftflotte gehört und welche Aufgaben ihr im Kriege zufallen. In folgendem sollen diese Fragen, wenn auch nur allgemein, erörtert werden.

Zu einer Kriegsluftflotte gehören:

a) Luftfahrzeuge, und zwar solche, die leichter, und solche, die schwerer sind als Luft;
b) das zur Ausrüstung, Bewaffnung und Ausbesserung der Luftfahrzeuge erforderliche Zubehör;
c) Luftschiffhallen und Fliegerzelte;
d) Fahrzeuge zum Transport der Luftfahrzeuge und ihres Zubehörs nach dem Verwendungsort;
e) das Bedienungspersonal der Luftfahrzeuge.

aI. Luftfahrzeuge, leichter als Luft

Dieses sind die Fahrzeuge, welche durch einen mit Wasserstoffgas gefüllten Ballon in der Luft getragen und durch Luftschrauben und Motore vorwärts bewegt werden. Der Ballon hat zigarrenähnliche Form und trägt an der Unterfläche zur Aufnahme der Motore, Steuerung, Bewaffnung und des Bedienungspersonals durch Stangen oder Taue mit ihm verbundene Gondeln. Von diesen Fahrzeugen, denen man allgemein den Namen „Luftschiffe" gegeben hat, werden diejenigen, deren Ballon mit hölzernen oder metallenen Längs-, Quer- oder Diagonalspanten versehen ist und dadurch unveränderliche äußere Form erhält, als solche der „starren" Bauart oder kurz „Starre" bezeichnet. Hierzu gehören die „Zeppelin"- und das „Schütte-Lanz"-Luftschiff.

Als Luftschiffe „halbstarrer" Bauart oder kurz „Halbstarre" werden Luftschiffe bezeichnet, deren Ballon in seiner ganzen Länge an einem metallenen Kiel befestigt ist, mithin nur in dieser Richtung unveränderliche Form besitzt. Hierzu gehören die Luftschiffe der „Parseval-Gesellschaft".

Schließlich nennt man „unstarre" Luftschiffe solche, deren Ballon weder mit einem Kiel noch mit Spanten versehen ist, mithin einem luftgefüllten Schlauch ähnelt. Das von der Luftschiffgesellschaft erbaute „Militärluftschiff" ist ein solches unstarres Luftschiff.

Digitized by Google

Während alle drei Arten von Luftschiffen in bezug auf Tragfähigkeit und Geschwindigkeit gleiche Leistungen aufweisen können, sind sie sehr verschieden hinsichtlich ihrer Fähigkeit, bei Verletzung der Ballonhülle (durch Schüsse, gelöste oder abgebrochene Teile der Schraubenflügel usw.) sich in der Luft zu halten. Der Ballon der starren Luftschiffe besteht aus einer Zahl gasdichter Abteilungen, so daß Verletzung der Gashülle an nur einer Stelle noch nicht Absturz des Luftschiffes nach sich zieht.

Im Gegensatz hierzu stehen die unstarren Luftschiffe, deren Ballon mit gasdichten Abteilungen nicht versehen ist. Sie sind daher bei Verletzung der Ballonhülle stets der Gefahr des Absturzes ausgesetzt.

Bei den halbstarren Luftschiffen ist an sich Teilung des Ballons in Abteilungen nicht ausgeschlossen. Da aber verletzte Teile der Ballonhülle hier nicht wie bei den starren Luftschiffen durch die Spanten in ihrer Lage im Ballonkörper gehalten werden, ist anzunehmen, daß sie durch den Wind und die Fahrt des Schiffes umherschlagen und die Hüllen der hinteren Abteilungen gefährden. Die Sicherheit der halbstarren Schiffe gegen Absturz bei Verletzung der Ballonhülle ist mithin geringer wie die der starren.

Ein weiterer nicht zu unterschätzender Vorteil der starren Luftschiffe gegenüber den halb- und den unstarren ist, daß man sie oberhalb des Ballons mit einer Plattform versehen kann, von wo aus Abwehr gegen Angriffe von oben möglich ist. Dieses ist deshalb wichtig, weil der Angriff feindlicher Flieger unter Ausnutzung ihrer höheren Geschwindigkeit meist von oben erfolgen wird.

Es ergibt sich aus vorstehendem, daß für die Verwendung im Kriege von Luftschiffen nur solche der starren Bauart in Frage kommen.

Welche Größe sie erhalten müssen, hängt davon ab, für welche Aufgaben sie bestimmt sein sollen. Hiervon wird bei Besprechung dieser Aufgaben zu reden sein.

In jedem Falle aber wird ein Kriegsluftschiff folgenden Bedingungen genügen müssen:

1. Fähigkeit, sowohl vom Lande als vom Wasser aufzusteigen und auf beiden zu landen.
2. Hohe Geschwindigkeit.
3. Möglichst großer Aktionsradius.
4. Ausstattung mit Wurfbomben und Maschinengewehr mit Munition.
5. Ausstattung mit Funkentelegraphie.
6. So starke Bemannung, daß Ablösung möglich, und Ausstattung mit Ruheplätzen für die abgelösten Mannschaften.

Ferner ist es, um den Austausch von Ersatzteilen zu ermöglichen und um die Ausbildung des Bedienungspersonals zu vereinfachen, wünschenswert, ein Einheitsmodell zu schaffen.

Welche von den beiden vorhandenen Luftschiffsarten, den Zeppelin- und den Schütte-Lanz-Schiffen, für Kriegszwecke besser geeignet sind, mag hier unerörtert bleiben. Es scheint jedoch, als wiese die Diagonalbauart und die Ver-

Digitized by Google

wendung von Holz für die Spanten des Schütte-Lanz-Schiffes manche Vorzüge auf.

a II. Luftfahrzeuge, schwerer als Luft

Dieses sind die sog. Flugfahrzeuge, Aeroplane oder kurz Flieger, welche heute sämtlich das Prinzip des Drachenflugs, Verdichtung der Luft durch bewegte Flächen benutzen, um sich in der Luft zu halten. Sie bestehen aus einer oder zwei übereinander angeordneten Tragflächen, welche mit einem meist unter ihrer Mitte befindlichen Gestell verbunden sind, das Luftschraube, Motor, Steuerung, Bewaffnung und Bedienungspersonal aufnimmt. Für den Abflug von und die Landung auf Land sind sie unterhalb des Gestells mit Rädern, für Abflug und Landung auf dem Wasser mit bootsartigem Gestell und für den Gebrauch sowohl auf dem Lande als auf dem Wasser mit beiden Einrichtungen versehen.

Es gibt eine große, sich täglich vermehrende Zahl von Fliegerarten, die nach der Zahl der Tragflächen als Ein- oder Zweidecker, nach der Form der Tragflächen zum Beispiel als Tauben, Sperber, Albatrosse, nach weiteren Einzelheiten oder auch nach der Firma der Fabriken, welche sie herstellen, genannt werden.

Im Gegensatz zu den Luftschiffen ist ihnen allen die Eigenschaft gemeinsam, sich in der Luft nur durch Bewegung halten zu können. Hört diese zum Beispiel durch das Versagen des Motors auf, so sind sie zur Landung gezwungen, wozu sie zwar im Gleitfluge jederzeit auch ohne die Triebkraft des Motors befähigt sind; weitere Verwendung hängt dann aber erst von der Instandsetzung des Motors ab. Zuverlässigkeit des Motors ist mithin Voraussetzung für die Verwendungsfähigkeit von Fliegern.

Ferner ist ihre Verwendungsfähigkeit bei Nacht oder am Tage auch bei Nebel so gut wie ausgeschlossen, da glückliche Landung mehr oder weniger ebene Landungsflächen erfordert und bei Nacht oder Nebel der Flugzeugführer an der Auswahl geeigneten Landungsplatzes meist behindert ist. Hieraus geht hervor, daß für Flieger vor Eintritt der Dunkelheit oder Einsetzen von Nebel, falls letzterem nicht ausgewichen werden kann, Landung geboten ist, was gegenüber Luftschiffen erhebliche Einschränkung der Verwendungsfähigkeit darstellt.

Hieraus sowie aus der Unmöglichkeit, die Ausrüstung eines Flugzeugs mit Motorbetriebsmaterial auch nur annähernd für ähnliche Flugstrecken wie für die eines Luftschiffs vorzusehen, ferner aus der Notwendigkeit, die außerordentliche körperliche Anstrengung des Fliegerpersonals nicht übermäßig auszudehnen, ergibt sich, daß ein Flugzeug nur sehr viel kleineren Aktionsradius erhalten kann als ein Luftschiff.

Trotzdem aber ist das Flugzeug dem Luftschiffe in einer sehr wichtigen Eigenschaft überlegen. Es besitzt erheblich größere Geschwindigkeit. Die bisher erreichte höchste Dauergeschwindigkeit bei ruhigem Wetter beträgt für Luftschiffe 60 Kilometer, für Flieger 150 Kilometer die Stunde. Diese Ueberlegenheit an Geschwindigkeit macht die Flieger zur Verwendung geeignet, wenn auf nicht zu große Entfernung eine möglichst schnelle Erledigung des Auftrags gefordert wird.

Digitized by Google

Kriegsflugfahrzeuge müssen folgenden Bedingungen genügen:

1. Fähigkeit, sowohl vom Lande als vom Wasser aufzusteigen und auf beiden zu landen.
2. Hohe Geschwindigkeit.
3. Möglichst großer Aktionsradius.
4. Ausrüstung mit Wurfbomben und Maschinengewehr.
5. Bedienung durch mehrere Personen. Wünschenswert ist ferner auch hier Schaffung eines Einheitsmodells, wodurch gegenseitige Aushilfe mit Ersatzteilen ermöglicht und Ausbildung des Personals vereinfacht wird.

b. Zubehör

Von dem Zubehör einer Kriegsluftflotte sind als wichtigste zu nennen:

1. Betriebsmaterial

Dieses sind in erster Linie die zum Betrieb der Motore erforderlichen Stoffe und das Wasserstoffgas für die Ballons der Luftschiffe. Sie müssen in sehr erheblichen Mengen und überall da vorhanden sein, wo Kriegsluftfahrzeuge ausruhen, wenn ihre Verwendung nicht in Frage kommt, also in den sog. Luftschiffs- und Fliegerhäfen, deren es in der Nähe der Landesgrenzen, an der Küste oder auch im Binnenlande eine große Zahl geben muß, und mit denen auch der Troß sowohl des Heeres wie der Flotte in Gestalt von Fahrzeugen, Lastautomobilen und Transportschiffen ausgerüstet sein muß.

Dazu gehören ferner alle zur Ausbesserung beschädigter Luftfahrzeuge erforderlichen Einrichtungen, mit denen die Luftschiffs- und Fliegerhäfen ausgestattet sein müssen.

Schließlich gehören dazu die Angriffs- und Verteidigungswaffen der Luftfahrzeuge, und zwar Luftbomben und Maschinengewehre nebst Munition, die ebenfalls in den Luftschiffs- und Fliegerhäfen in genügenden Mengen bereitzuhalten sind.

2. Luftschiffshallen und Fliegerzelte

Dieselben sind notwendig, weil Luftfahrzeuge dauernd der Ergänzung ihres Zubehörs und ihrer Vorräte bedürfen und diese Ergänzungen nur unter Schutz vor den Einflüssen der Witterung vornehmen können. Luftschiffshallen und Fliegerzelte müssen in allen Luftfahrzeughäfen in genügender Zahl vorhanden sein.

3. Fahrzeuge zum Transport der Luftfahrzeuge und ihres Zubehörs

Auf dem Lande sind hierzu Lastautomobile erforderlich, da der Ort ihrer Benutzung für Luftfahrzeuge oft schnell wechseln kann. Im Seekriege werden die Luftschiffe einen Luftschiffshafen an der Küste aufsuchen müssen, wenn Auffüllung von Betriebsmaterial aus Kriegs- oder Transportschiffen wegen ungünstiger Witterung auf See nicht möglich ist.

Zur Aufnahme von Fliegern lassen sich Transportschiffe, welche die Flotte begleiten, herrichten.

Digitized by Google

4. Bedienungspersonal

Das Bedienungspersonal der Kriegsluftfahrzeuge stellt eine technische Truppe dar, deren Ausbildung bereits im Frieden in sorgfältigster Weise vorgenommen werden muß. Verwendbar für sie können nur besonders ausgesuchte Offiziere und Mannschaften sein, welche technische Befähigung dargelegt haben. Die Luftschiffs- und Fliegertruppen müssen also eine Spezialtruppe werden, ähnlich dem Unterseebootspersonal der Marine, und werden in Organisation, Ausbildung und Besoldung usw. ähnlichen Bedingungen wie dieses entsprechen müssen. Hinsichtlich der Stärke ist schon jetzt nur zu sagen, daß von vornherein reichlicher Ersatz für Ausfälle vorgesehen werden sollte.

Zusammenfassung des über Stärke und Ausstattung einer Kriegsluftflotte Gesagten

Wenngleich nur die leitenden Stellen der Heeres- und Marineverwaltung im Verein mit General- und Admiralstab beurteilen können, welche Stärke eine Kriegsluftflotte erhalten muß, um ihre Aufgaben zu lösen, so läßt sich doch schon von Fernstehenden übersehen, daß es sich hierbei nicht um einige wenige gelegentlich zu verwendende Luftfahrzeuge handeln kann, daß vielmehr nur eine im großen geschaffene, wohlorganisierte und mit Personal und Material vollkommen ausgestattete Waffe imstande sein wird, große Erfolge zu erzielen. Die Schaffung einer Kriegsluftflotte wird daher an die finanzielle Leistung des Landes nicht ganz geringe Anforderungen stellen. Immerhin werden die Kosten einer Kriegsluftflotte beispielsweise nicht entfernt mit denen der Hochseeflotte zu vergleichen sein, es scheint sogar nicht ausgeschlossen, daß ihre Schaffung Ersparnisse an einzelnen Stellen des Heeres oder der Marine im Gefolge haben kann.

Aufgaben der Kriegsluftflotte

Kriegsluftfahrzeuge sind befähigt und daher verwendbar:

1. Im feindlichen Lande oder auf dem Kriegsschauplatz durch Abwerfen von Bomben zerstörend zu wirken.
2. Aufklärungsdienst zu versehen.

1. Bombenwurf

Für zerstörende Wirkung im feindlichen Lande sind starre Luftschiffe am geeignetsten, sowohl nach ihrem Aktionsradius als auch weil sie mit genügend Sprengmitteln versehen werden können.

Wenngleich starre Luftschiffe Geschütz- und Gewehrfeuer nicht zu sehr zu fürchten brauchen, wird der Erfolg doch wesentlich von überraschendem Auftreten abhängen. Das Luftschiff muß daher bestrebt sein, mit Tagesanbruch über dem Felde seiner beabsichtigten Tätigkeit zu erscheinen. Zufolge seiner Fähigkeit, auch nachts terrestrisch oder astronomisch zu navigieren, ist es in der Lage, seinen Flug nach dem feindlichen Lande entsprechend einzurichten.

Digitized by Google

Treffähigkeit von Wurfbomben ist durchaus sicher, da es sich hier stets um unbewegte Ziele handelt. Gegen in schneller Fahrt befindliche Ziele, wie Eisenbahnzüge und Schiffe, genügt die Treffähigkeit von Bombenwürfen heute dann noch nicht, wenn es sich um Wurf auf entgegenkommende Ziele handelt, da dabei die Geschwindigkeit des Gegners schwer zu schätzen ist.

Auf dem Kriegsschauplatz verspricht der Bombenwurf im Landkriege besonders guten Erfolg gegen berittene Truppen, welche sich nicht durch Hinlegen decken können.

In jedem Falle aber wird der Bombenwurf selbst, wenn seine tatsächliche Wirkung nicht sehr beträchtlich ist, auf die Bevölkerung eine starke moralische Wirkung ausüben, wird Furcht und Schrecken verbreiten und dadurch die eigne Kriegführung unterstützen.

2. Aufklärungsdienst

Das wesentlichste Feld der Tätigkeit einer Kriegsluftflotte aber bildet die Aufklärung, und zwar sowohl die strategische als auch die taktische.

Im Landkriege sind für die Aufklärung bei Tage sowohl Luftschiffe wie Flugfahrzeuge gut verwendbar, und zwar wird den Luftschiffen in erster Linie die strategische Aufklärung zufallen, welcher obliegt, so früh als möglich den Anmarsch der feindlichen Heere zu erkunden. Die Flieger hingegen sind nur für die Aufklärung in der Nähe des eignen Heeres, also die taktische, geeignet. Aber auch für letztere haben Luftschiffe den Vorteil der längeren Flugfähigkeit sowie den, daß es ihnen leichter wird, bei verringerter Geschwindigkeit sorgfältig und genau zu beobachten, Skizzen, photographische Aufnahmen zu machen, und besonders den, daß sie besser befähigt sind als Flieger, feindliche Luftfahrzeuge abzuwehren oder anzugreifen.

Auf die Aufklärung bei Nacht und Nebel müssen Luftfahrzeuge verzichten; diese Aufgabe fällt nach wie vor der Kavallerie zu, und sie wird zu ihrer Erfüllung um so besser imstande sein, als ihre Kräfte bei Tage und klarem Wetter geschont werden können. Man sieht, auch für die Aufklärung ist bei Vorhandensein einer Kriegsluftflotte die Kavallerie nicht zu entbehren, zumal erstere für Aufgaben wie Durchsuchung von Ortschaften, Wäldern, Schluchten, Ausfragen von Einwohnern und Gefangenen usw. nicht befähigt sind.

Von größter Bedeutung für den Aufklärungsdienst der Luftfahrzeuge ist ihre Fähigkeit, jederzeit funkentelegraphische Verbindung mit der Heeresleitung bzw. dem Flaggschiff des Admirals zu unterhalten. Denn im Kriege erhält jede Beobachtung erst dadurch ihren eigentlichen Wert, daß sie dem Oberbefehlshaber bekannt wird. Ausstattung mit Funkentelegraphie ist mithin für alle Luftfahrzeuge von größter Bedeutung. In letzter Zeit ist es sogar gelungen, den Fliegern solche Ausstattung zu geben, obschon ihre hohe Geschwindigkeit gestattet, Meldungen in allerkürzester Zeit persönlich an die Kommandostelle zu übermitteln. Da nämlich der Feind funkentelegraphische Uebermittlung stören kann, so ist es wichtig, alle Meldungen sowohl funkentelegraphisch als durch Flieger zu erstatten.

Digitized by Google

Die Verwendung von Luftfahrzeugen für die strategische Aufklärung bringt es mit sich, daß ihre Tragfähigkeit und ihr Aktionsradius groß sein müssen. Man fordert augenblicklich von ihnen die Fähigkeit, bei höchster Leistung der Motoren und einer Geschwindigkeit von nicht unter 50 Kilometern mindestens 60 Stunden in Fahrt bleiben zu können und dabei 500 Wurfbomben mitzuführen. Die Größe des Marineluftschiffes L 1, heißt es, entspricht dieser Forderung.

Während im Landkriege die strategische Aufklärung sich meist nur bis zur eignen Landesgrenze zu erstrecken braucht, wird sie sich im Seekriege bis an die feindlichen Küsten ausdehnen müssen. Hiervon hängt die Größe des notwendigen Aktionsradius von Marineluftschiffen ab.

Außer der schnelleren Benachrichtigung über die feindliche Flotte bringt die Aufklärung durch Luftschiffe den großen Vorteil, daß die für die Verwendung in der Schlacht dringend erforderlichen großen Kreuzer der Hochseeflotte nicht entzogen werden, daß letztere mithin in der Schlacht ihre volle Stärke zur Geltung bringen kann.

Flieger sind im Seekriege zur Aufklärung nur bei Tage in der Nähe der Flotte oder an den Küsten zu verwenden, da sie nur beschränkte Fähigkeit besitzen, bei Nacht oder unabhängig von Schiffen aus Sicht des Landes über See zu navigieren. Sie werden sich hier aber als vorzügliche Augen der Flotte erweisen, da ihr Beobachtungsfeld aus großer Höhe ein sehr viel größeres ist als das von Schiffen. Bei günstiger Witterung werden Flieger bei Tage die kleinen Kreuzer für den Aufklärungsdienst vollkommen ersetzen, so daß letztere bei Tage ruhen und Kohlen sparen können.

Voraussetzung für die Zuteilung von Luftfahrzeugen zur Hochseeflotte ist, daß es — eventuell durch Einrichtung besonderer Schiffe dafür — gelingt, den Fliegern Abflug von Schiffen und wieder Einschiffung auf ihnen zu ermöglichen, sowie daß es möglich wird, auf dem Wasser niedergegangene Luftschiffe von einem Transportschiff aus mit Betriebsmaterialien zu versehen.

In Gewässern, wo die Hochseeflotte mit feindlichen Minen zu rechnen hat, werden ferner Flieger zum Absuchen des Fahrwassers nach Minen zu verwenden sein, da es ihnen bei der Durchsichtigkeit des Meerwassers aus größerer Höhe möglich ist, die nur einige Meter unter der Wasseroberfläche liegenden Minen zu erkennen.

Aus Vorstehendem ist ersichtlich, wie sehr die Leistungsfähigkeit der Hochseeflotte durch Zuteilung von Luftfahrzeugen gehoben werden wird. Solche würde sogar geeignet sein, und zwar mit verhältnismäßig geringen Kosten, die Schwäche unsrer Hochseeflotte, den Kreuzermangel, bis zu gewissem Grade auszugleichen.

Schließlich werden Luftfahrzeuge bei der Beschießung verdeckter Ziele gute Dienste leisten dadurch, daß sie ihren Standort über dem Ziel nehmen und durch Funkentelegramm oder optische Signale die Aufschläge und die Wirkung anzeigen. Für den Festungs- und Küstenkrieg wird diese Art der Verwendung der Luftfahrzeuge von besonderer Bedeutung sein.

Digitized by Google

Die vorstehenden, zwar nur allgemeinen Erörterungen, lassen ersehen, welche Aufgaben einer Kriegsluftflotte zufallen und welche Leistungen von ihr zu erwarten sind, wenn sie technisch sowohl wie militärisch auf der Höhe steht.

Die gewiß hohen Kosten, die Beschaffung und Unterhaltung einer Kriegsluftflotte erfordert, werden aber dazu beitragen, die Wehrkraft des Vaterlandes erheblich zu fördern, sie werden sich mithin im Ernstfalle reichlich verzinsen.

Mögen es sich daher die maßgebenden Stellen angelegen sein lassen, auch dieses Glied der vaterländischen Wehr zu hegen und zu pflegen, damit es in entscheidender Stunde imstande ist zu leisten, was von ihm erwartet wird.

Gustav Freytags Briefe an Albrecht v. Stosch

In Auswahl herausgegeben

von

Hans F. Helmolt

(Fortsetzung)

Wiesbaden, 23. Januar 1886.

Lieber Freund!

Seit unter dem Prinz-General Puttkamer[58]) Generalstabschef Bonitz[59]) jener berühmte Sieg der Schulmeister und Babys über die Schriftsteller und das Publikum erfochten und die neue Orthographie eingeführt wurde, ist in unsrer Schreiberei der Teufel los. Und Puristen aller Art fahren jetzt gegen alten Schlendrian und Gewohnheiten unsrer Jugend los. Vorab gegen die Fremdwörter, oft mit Recht, oft albern. So bin auch ich gezwungen, für den beginnenden Neudruck meiner Sachen den Text zu revidieren und meine gebrauchten Fremdwörter scharf ins Auge zu fassen. Ich habe mir einen tüchtigen Leipziger zu Hilfe genommen, der mir vorarbeitet und anstreicht. Aber ich habe die widerwärtige Arbeit, über jedem Bogen, dessen Druck ich einst verschuldet, zu Rate zu sitzen und zu ändern. Das ist mein Kampf mit dem Zeitgeist.

Andre Sorge machte die Politik. Ich habe nicht für möglich gehalten, daß der Deutsche Reichstag je einen Tag erleben würde, wie den traurigen der Abstimmung über die Polenausweisungen.[60]) Nicht nur dieser ernsten Angelegenheit

---

[58]) Robert v. Puttkamer hatte als preußischer Kultusminister (1879 bis 1881) durch Erlaß vom 21. Januar 1880 eine vereinfachte deutsche Rechtschreibung eingeführt.

[59]) Hermann Bonitz (1814 bis 1888) war 1875 bis 1888 Vortragender Rat im preußischen Unterrichtsministerium.

[60]) Am 15. und 16. Januar war im Reichstage die Interpellation v. Jazdzewski betreffend Ausweisung Nichtdeutscher aus den östlichen Provinzen des preußischen Staates nebst den Anträgen Liebknecht, v. Jazdzewski, Ausfeld und Windthorst behandelt worden. Dabei waren die Nationalliberalen (Marquardsen) und die Konservativen für die Ausweisungen (wenn auch nicht in ihrem ganzen Umfang) eingetreten; darum fielen auch alle

Digitized by Google

wegen, die ohne Härte gegen viele einzelne gar nicht in deutschem Interesse behandelt werden kann. Noch schlimmer ist der Vorfall als ein Symptom: das Instrument versagt und seine Schärfe verletzt das Leben Preußens. Man darf wohl fragen, was soll jetzt werden? Haben Sie deshalb Nachsicht mit den Nationalliberalen, die auch den greulichen Ernst unsrer Lage fühlen und solcher Opposition gegenüber die Regierung zu stützen suchen, soweit sie vermögen.

Auflösen des Reichstags würde nichts nützen. Denn die Neuwahlen würden der Regierung ein Dutzend Stimmen mehr geben, im ganzen die Partei Windthorsts und die Freisinnigen nebst Sozialdemokraten und Fremden wiederbringen.

Dies nationale Unglück hat allerdings zum Teil der Kanzler verschuldet. Ebensosehr die Herren, welche damals von Bennigsen abfielen und die alten Herren der Partei als übermütige Korpsstudenten allein ließen. Schritt für Schritt sind sie heruntergekommen, jetzt im Fahrwasser des bedenklichen Richter. Die Führer des Abfalls, Lasker, Forckenbeck, Stauffenberg, hat die Nemesis erreicht, die übrigen werden folgen, wir aber tragen den Schaden.

Darüber aber besser mündlich. Kommen Sie bald, lassen Sie mich's nur einige Stunden vorher wissen, damit wir ungestört sind. Die erwähnte Broschüre[61]) halte ich nicht für unbedeutend, nur für einen Fehlschuß, da sie kein Publikum hat. Die Zeitungen wissen nichts mit ihr anzufangen, wie Sie aus ihrem Schweigen merken werden, und die Kronprinzeß, für und gegen die sie geschrieben ist, vermag nichts davon zu profitieren. Das Papier reicht nicht aus. Bleiben Sie gut und grüßen Sie die Freundin von

Ihrem

Freytag.

*

Siebleben, 16. Juli 1886.

Lieber Freund!

Diesmal muß ich mit einer Dankfanfare beginnen für Ihre treuen Wünsche und für die Prachtkiste mit Oestricher Original Nr. 1. Ich habe die beste Benützung davon gemacht, die ich wußte, habe einige Flaschen am 13.[62]) auf den Tisch gesetzt, welche begeisterte Anerkennung fanden, und ich saß stolz dabei, denn Ruhm unsrer Freunde verklärt uns selbst.

Im übrigen war an dem bewußten Tage alles wohl gelungen. Holtzendorff war seit dem 11. hier, der liebe arme Kerl war recht fidel und vertrug sich auch gut mit den Leipziger Gästen (Wachsmuth, Ludwig usw.), dazu Tempeltey und Aldenhoven. Früh sangen die kleinen, abends die großen Singvögel meines

---

Anträge mit Ausnahme des Windthorstschen. Die Verteidigung der Regierung durch die Nationalliberalen war tatsächlich recht matt gewesen.

61) Sicherlich Herzog Ernsts anonyme politische Schrift „Frauenhände und Mitregenten in Deutschland". Vgl. dazu Tempelteys Ausgabe des Briefwechsels zw. Freytag und Herzog Ernst, S. 300 f.

62) Siebzigster Geburtstag Freytags. Ueber die beiden Leipziger Freunde Karl Ludwig, Professor der Physiologie, und Dr. Rudolf Wachsmuth, Direktor der Kreditanstalt, vgl. Freytags „Erinnerungen", S. 342 f.

Digitized by Google

Dorfes, Scholz' Hermann, mein Tischler und der Pastor hielten Ansprachen, kurz, es war die reine Idylle.

Wenn einem so oktroyiert wird, Grüße und Anreden wohlgeneigter Menschen an einem Tage aufzunehmen, so kommt man durch den Reichtum an Zuschriften in Verlegenheit. Es sind mehr als 200 Briefe und zirka 80 Telegramme eingelaufen, und ich habe von Stephan eine Anerkennung zu beanspruchen. Alles war sehr schön und höchst ehrenvoll, aber ich sitze jetzt, wo der Schwall verrauscht ist, verlegen vor dem Haufen, denn jetzt kommt die Beantwortung. Nur weniges war anonym. Die Zeitungsartikel habe ich noch gar nicht lesen können, und die Abbildungen, welche größtenteils unkenntlich sind, imponieren mir selbst durch den schönen blonden Knebelbart. Wo ist er hin? Nur im Bilde lebt er noch.

Das letzte Telegramm war von Augusta. Die Kronprinzeß hatte den Brief des Kronprinzen mit unterschrieben und außerdem durch Seckendorff[63]) schreiben lassen, der nicht ganz den Ton traf, und von „unserm" Hause sprach, als er die Herrschaften zu meinen hatte.

Im ganzen bin ich stolz wie ein Bovist. Von Westen und von Osten Freundlichkeiten, nämlich von Oestrich Wein, aus Thorn ein Pfefferkuchen und vieles Herzliche von guten Leuten, auch von Fremden und aus kleinen Kreisen. Meine Deutschen haben gut verstanden, wohlzutun ...

*

Siebleben, 20. September 1886.

... Mit den Gesammelten Werken geht es vorwärts; das erste Heft: Erinnerungen, erste Hälfte wird wohl Anfang nächsten Monats ausgegeben werden. Die ganzen 22 Bände werden sich freilich über das nächste Jahr hinziehen. Für mich ist es pekuniär keine große Sache, und der schließliche Gewinn zweifelhaft, denn wenn ich auch an Honorar eine Summe erhalte, vielleicht 80 000 Mark, so wird durch diese Ausgabe doch die Rente, die ich bisher vom Verkauf der

---

[63]) Graf Götz v. Seckendorff-Gudent, Oberhofmeister der Kronprinzessin. Von besonderem Interesse ist der an den Historiker Ernst Curtius gerichtete Brief, in dem der Kronprinz für die Verleihung des Ordens Pour le mérite an Gustav Freytag wirbt. „Meines Erachtens gehört derselbe zu den hervorragendsten Größen innerhalb unsrer Literatur" — so begründet Kronprinz Friedrich die geplante Ehrung am 26. Juni 1886 — „welcher ebenso für die nationale Richtung wie auch für die gute und gesunde Strömung, von der nur edle und hohe Gedanken ausgehen, erfolgreich gewirkt hat. Wie er für den Verfasser des besten modernen Lustspiels gilt, so darf man seine Bilder aus der deutschen Vergangenheit nebst den „Ahnen" sicherlich als eine nationale Dichtung ersten Ranges ansehen, wie wir wohl keine zweite besitzen, und welche ihm einen höchst ehrenvollen Namen für alle Zeiten in unsrer Literaturgeschichte sichern. — Bedenkt man nun, daß seit Uhland und Rückert kein deutscher Dichter (leider auch Geibel nicht) den Orden erhielt, so bin ich der Meinung, daß jetzt, wo durch Rankes Heimgang eine Vakanz eingetreten ist, die erwünschte Gelegenheit sich bietet, gedachtem Musensohn eine hohe Auszeichnung zukommen zu lassen." (Ernst Curtius, Ein Lebensbild in Briefen. Neue Ausgabe. Von Friedr. Curtius. Zweiter Band. Berlin 1913. S. 176 f.)

Digitized by Google

einzelnen Bände bezog, wesentlich und dauernd vermindert. Für mich ist es aber wünschenswert, mit dem alten Kram abzuschließen, und ich möchte nicht, daß nach meinem Abgange ein andrer unter den Artikeln usw. die Auswahl träfe ...

*

Siebleben, 23. Oktober 1886.

... Ich bin hier jetzt durch den Maler festgehalten. Dieser Herr Stauffer ist ein junger, urkräftiger Gesell, der sich fröhlich von unten heraufgearbeitet hat und, wie mir scheint, eine gute Zukunft zu erwarten hat. Er behandelt diese Malerei hier leider sehr ernsthaft und fordert viel Sitzen. Das ist ein sehr unbedeutendes Vergnügen und nimmt mir bei den kurzen Tagen die Arbeitsstunden. Da er wegen früher übernommener Verpflichtung noch einmal auf einige Tage nach Berlin zurück muß, so wird wohl Mitte November herankommen, bevor wir das Winterquartier beziehen können und ich die Freude habe, Sie wiederzusehen.

Mit Sorge verfolge ich die undeutlichen Nachrichten über das Befinden unsers alten Herrn. Es wird ihm allmählich schwer, auf der Welt auszuhalten.

Ich sehne mich aus der Beschäftigung mit mir selber, die mir noch wegen der „Gesammelten" obliegt, sehr heraus. Solche Schriftstellerei über das eigne Leben hat etwas sehr Unbefriedigendes, und es ist schwer, bei diesem Darstellen wirklicher Verhältnisse, wo man zuweilen sich selbst und andre schonen muß, wahr zu bleiben. Alles, und zuweilen die Hauptsache, kann man doch nicht sagen. Der Erfolg scheint nach Hirzels Andeutungen besser, als ich annahm. Er hat 15000 Exemplare gedruckt, was nach meinen Erfahrungen reichlich zuviel ist. Indes wird doch ein Teil davon freundliche Käufer finden. Da nun Autor von jedem Heft 30 Pfennige erhält, so gibt es eine große Multiplikation 30×48×15000 Pfennige.

In meinem Hause geht's nicht schlecht, der Knabe hält sich wacker, ich würde noch gesünder sein, wenn ich fleißiger luftwandelte. Aber das ist mir langweilig, zumal ich der Arbeitsstunden wegen nur selten mit Gusten ausgehen kann. Bin ich erst fertig, will ich umgehen wie ein Löwe.

Die letzte Zeit brachte einige Besuche alter Bekannten, unter denen mir Mommsen[64]) unerwartet kam. Er ist alt geworden, doch, da wir einander mehrere Jahre nicht gesehen hatten, nehme ich an, daß er den gleichen Eindruck von mir gehabt hat.

Herzliche Grüße Ihrem lieben Gemahl, Ihnen alle Liebe und Treue

Ihres

Freytag.

*

Siebleben, 12. November 1886.

Mein lieber Freund!

Noch sitze ich hier fest, gehalten durch das gute Herbstwetter, die nähere Verbindung mit Hirzel und den Maler. Gegen die Porträtmalerei habe ich

---

[64]) Theodor Mommsen war ziemlich anderthalb Jahre jünger als Freytag.

Digitized by Google

einzuwenden, daß das Objekt dabei unvermeidlich ist. Was sagen Sie zu zwanzig Sitzungen? Alle angeborene Eitelkeit und alle Ehrfurcht vor der Nachwelt schwand mir auf dem Isolierschemel dahin. Erst Sonntag wird die Sache fertig. Es ist wohl möglich, daß man die Arbeit des Malers lobt, aber der bravere Mann war der, welcher so geduldig stillgesessen hat.

Auch meine Arbeiten sind dadurch zurückgehalten worden. Entschuldigung bot nur der Artifex selbst, ein Herr Stauffer, ein frischer, netter Junge, der sich mühsam heraufgearbeitet hat und wahrscheinlich eine respektable Stellung erringen wird. Ich bin Jordan[65]) dankbar, daß er mir dies Probestück mutiger Jugend zudekretiert hat. Unterdes kam allerlei Besuch. Darunter ein alter Bekannter noch von den „Grenzboten" her, Konstantin Rößler, jetzt von der offiziellen Presse, den ich seit vielen Jahren nicht gesehen, da unsre Wege auseinander gingen. Er ist das weiße Pferd des Auswärtigen Amtes, für die reinlicheren Geschäfte, persönlich ein treuer Mann. Er war zwei Tage hier und erzählte viel. Mir war interessant, daraus den ganzen Organismus der beeinflussenden Preßautoritäten kennen zu lernen. Was er von Politik zu berichten wußte, war im Grunde nur das Bekannte in neuer Beleuchtung. Er wußte manches sehr gut, im ganzen nur von der Peripherie. Am lehrreichsten war sein Urteil über die Menschen, mit denen er zu verkehren hat ...

*

Siebleben, 30. November 1886.

... Daß der Wein sehr gut, aber sehr wenig wird, erregt die Stimmung des Königs im Hamlet, ein Auge weint, das andre lacht. Ich nehme an, daß Ihre Berechnung des Ertrages sich richtiger erweisen wird, als die meine über meinen Weinberg. Ich hatte einen ungenauen Ausdruck im Briefe des Verlegers falsch verstanden. Doch ist's immer noch mehr, als Vater und Sohn für ein bescheidenes Dasein als Zuschuß fordern können.

Es ist merkwürdig, ich habe nie auf Geld gehalten und von klein auf meine Decke mäßig zugeschnitten. Jetzt habe ich oft unerwartete und größere Ausgaben; aber immer, wenn ich Geld brauche, kommt welches irgendwoher. Sonst bin ich gerade kein Glückskind, aber dafür sorgt mein alter Schutzengel im Himmel mit merkwürdiger Pünktlichkeit. Doch nur, was ich irgendwo durch Arbeit verdient habe; im Spiel bin ich der unglücklichste Tropf, der auf Erden existiert, und ich wollte niemand raten, mein Partner zu werden ...

*

---

[65]) Max Jordan (1837 bis 1906), seit dem Ausscheiden Julian Schmidts Miteigentümer der „Grenzboten" und 1874 bis 1895 Direktor der Nationalgalerie in Berlin. Ihm war 1903 von der Witwe Freytags die Aufgabe zugedacht, die Herausgabe dieser Briefe zu besorgen; doch hat er nach eignem Zeugnis am 20. August die zweite Anfrage „dilatorisch" beantwortet und ist dann darüber hinweggestorben.

Digitized by Google

Wiesbaden, 8. Januar 1887.

... Ich lege einen Brief des Professors der Anatomie Wilhelm Braune[66]) zu Leipzig bei, der die ganze Sache darstellt, und bemerke dazu nur, daß Braune im Jahre 1870 assistierender Generalarzt des Sächs[ischen] Korps und nicht nur Skatspieler des Kronprinzen von Sachsen, sondern auch ein famoser Militärarzt war und einer unsrer berühmten Anatomen ist. Sein Säbelgriff ist also sicher kein Schwindel, und die Sache hat zuverlässig Grund. Ich schreibe ihm, daß jedenfalls Patent holen und dem preuß[ischen] Militär als Erfindung anbieten nicht gleichzeitig zu erstreben ist, und daß ich mich bei Ihnen erkundige, wie und wem er, falls er die Erfindung zunächst unsrer Heeresleitung vorlegen will, sich zu melden habe; zugleich auch, daß unser alter Kaiser schwerlich großen Anteil an der Erfindung eines Zivilisten nehmen werde, selbst wenn dieser Wilhelm Braune heißt ...

*

Wiesbaden, 19. März 1887.

... Mein alter Doktor Braune — der aber noch nicht alt ist — hat mich mit eingehender Korrespondenz über den bewußten Säbelgriff bedacht. Er hat Lehndorffs[67]) Wohlwollen erworben, ist in Berlin sehr artig behandelt worden, hat Audienz beim Kaiser gehabt und die Erlaubnis erhalten, seinen Säbel dem Kaiser zum Geburtstag zu schenken. Man erwägt ihn auf dem Kriegsministerium. Es mag wohl etwas an der Erfindung sein. Da gerade im Werke war, einen Säbel für Stich einzuführen, geriet Braune in großen Unwillen, behandelte das neue Modell des v. Ardenne mit Verachtung und erklärte auf dem Kriegsministerium und vor dem Kaiser, daß unsre Leute hauen und nicht stechen wollen. Es käme nicht darauf an, ob wir einmal mehr Leute verlieren. Wenn unsre Leute forsch einreiten und Säbel haben, die zum Einhauen in der Hand jucken, so werden sie ganze Regimenter über den Haufen reiten, die in Stichparade ausliegen. Das gefiel dem Kaiser, der alte Herr wurde warm, zeigte seinen verstümmelten Finger, der ihm das Festpacken erschwere, ließ sich von Radziwill[68]) die Hiebe vormachen, äußerte auch seine Abneigung gegen den unsoliden Kolben des neuen Magazingewehrs, und war von solcher Gemütlichkeit, daß Braune aufgelöst in Seligkeit von ihm ging und sich sogleich bei Fritz Töpfer einen kleinen Rausch trank. Ich goß dem lieben Kerl so viel kaltes Wasser in seine heiße Begeisterung, als nötig war, um ihm eine mögliche Enttäuschung nicht zu greulich werden zu lassen ...

*

[66]) W. Braune (1831—1892), seit 1866 Professor in Leipzig, 1870/71 konsultierender Generalarzt im XII. Armeekorps. Er arbeitete u. a. über Gelenkbewegungen und den Schwerpunkt des menschlichen Körpers mit Rücksicht auf die Ausrüstung des Infanteristen. In einem Briefe vom 16. November 1889 kommt Freytag nochmals auf die Angelegenheit zurück.

[67]) Generaladjutant Graf Heinrich v. Lehndorff (1829—1905), seit 1866 Kaiser Wilhelms I. unzertrennlicher Begleiter.

[68]) Fürst Anton Radziwill (1833—1904), ebenfalls seit 1866 als Flügel- und dann Generaladjutant in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers.

Digitized by Google

Wiesbaden, 13. Mai 1887.

... Daß Sie aufzeichnen wollen,[69]) ist ein vortrefflicher Gedanke. Ich hoffe, Ihnen morgen einiges über Bism[arck] zu senden, von der Bibliothek oder sonst woher. Der biogr[aphischen] Werke über Bismarck gibt's ja mehrere ...

Viertausend Mark für Wachstum Stosch meldete der „Rheinische Courier". Da ist kein Wunder, wenn Sie reich und stolz werden, und wenn Sie in den Weinbergen umhergehen, wie Sulamith im Hohen Lied Salomonis. Dies Gedicht in der Bibel erklären unsre gelehrtesten Theologen jetzt für ein Drama. Ist es eins, so ist es ziemlich genau von der Art, wie unsre alten Dorfaufführungen der heiligen drei Könige mit dem Stern.

Doch die Bibel verlockt zur Langweiligkeit. Deshalb kurz Finis, Ende, herzlichen Gruß und Huldigungen für die Freundin von

Ihrem
getreuen
Freytag.

*

Böslau, 18. August 1887.

... Ich habe mir in diesen Wochen von Wiesbaden Bücher und Material zur Arbeit herfenden lassen, den Druck der Bände, welche die kleineren Aufsätze enthalten, nicht zu verzögern. Wie sich diese alten Arbeiten für den Tag in Sammlung ausnehmen werden, darüber bin ich sehr unsicher, und habe, unter uns gesagt, kein gutes Zutrauen. Schon die Auswahl war eine trübselige Arbeit, zumal die der politischen Artikel. Ich habe wenigstens daran festgehalten, mich nicht klüger erscheinen zu lassen, als ich war. Habe zwar weggelassen, doch nicht zugesetzt. Indes schon in dem Weglassen liegt eine Fälschung des tatsächlichen Inhalts. Und das war das Peinliche. —

So lebte ich in diesen Wochen in fast völliger Abgeschiedenheit, da die Krankheit und Rücksicht auf mögliche Ansteckung den Verkehr mit den Wiener Bekannten völlig suspendierte. Doch kann ich nicht sagen, daß ich dies als Entbehrung empfand, da ich Liebe und aufopfernde Pflege für den Knaben und mich im Hause fand, in dem wir uns niedergelassen hatten. Der Wiener Professor Nothnagel aber, den ich bei der Behandlung zuzog, ist ein guter Preuße.

Der warme Dank für die Nachrichten Ihres letzten Briefes geht Ihnen erst jetzt zu. Daß die Kronprinzessin recht behalten halt — wenigstens vorläufig[70]) —, ist ja in der Hauptsache weitaus ein Glück" ...

*

Böslau, 12. September 1887.

... Gern würde ich Ihnen den Bulgaren-Koburg[70]) porträtieren, aber ich kenne weder ihn noch seinen Vater. Die östreichische, katholische Linie der

---

[69]) Vgl. Ulrich v. Stoschs Nachwort zu den „Denkwürdigkeiten" seines Vaters, S. 274.

[70]) Prinz Ferdinand von Sachsen-Koburg und Gotha war am 7. Juli als Ferdinand I. von der Sobranje zum erblichen Fürsten von Bulgarien erwählt worden. Sein Vater war Prinz August (1818—1881), ein Oheim Herzog Ernsts.

Digitized by Google

vielgenannten Familie gilt für ruhig und anständig, im Privatleben gentil. Sie sind reich. Von H[erzog] Ernst erfahre ich wohl gelegentlich, was er weiß. Deshalb ihm zu schreiben, lohnt wohl nicht; auch würde es, da ich mich politischer Anfragen sonst enthalte, mißtrauisch und unaufrichtig machen. Ich möchte annehmen, daß die Inspiration zu dieser Kandidatur nicht von Wien ausgegangen ist, obgleich die Koburg hier in persönlich guten Beziehungen zum Kaiserhaus stehen, sondern von der Königin Viktoria selbst, seit sie den Battenberger aufgegeben hat. Was Sie von dem Prinzen denken, wird schon das richtige sein. Wien ist nicht der Ort, wo junge Prinzen zu Männern werden. Nach unten zu behaglich, nach oben zu enge ...

Man erlebt doch viele Trauerspiele in der Geschichte und im Leben Privater, und man ist oft in Versuchung, die Feder bestürzt aus der Hand zu legen, weil das Schicksal, die Vorsehung oder wie man diesen anonymen Autor sonst benennt, seine Geschichten mit einer so genauen, grausamen und doch für Menschenverstand begreiflichen Abwägung von Schuld und Strafe, Ursache und Wirkungen in übermenschlicher Größe abzufassen weiß. Was haben wir für Kunstwerke unsers Herrgotts in den Geschicken der Könige erlebt und wie verschieden im Stil! Die Trauerspiele Napoleon I. und II., das bürgerliche Schauspiel Louis Philipp, die russischen Romane seit Alex[ander] I. und Nikolaus. Und die Stücke hören nicht auf. Leider lebt man nicht lange genug, um diese Königspoesien ganz zu verstehen. Aber auch in unsrer Nähe, rings um uns werden solche Schicksalsgeschichten geschrieben ... Aber man liest diese Arbeiten des Schicksals mit bewegtem Gemüt, denn die Wirklichkeit hat ganz andern Ernst als die größte Tragödie. Genug davon ...

*

Wiesbaden, 7. Januar 1888.

... Zufällig habe ich auch mit Berliner Ordensgeschichten zu tun. Es sind 2 von den 30 Mitgl[iedern] der Friedensklasse des Pour le Mér[ite] gestorben und wir haben neue zu wählen; jeder von uns 2 Namen zu nennen. Ich nenne Lenbach, den Maler, und Karl Ludwig, den Physiologen.[62]) Aber dies Einsenden von Stimmzetteln ist ein ungenügender Brauch, der den außerhalb Berlins befindlichen Mitgliedern gegenüber den 15 Berlinern jeden maßgebenden Einfluß nimmt. Dergleichen ist nur durch mündliches Ausgleichen der Ansichten zu einer Majorität zu bringen ...

*

Wiesbaden, 8. Februar 1888.

Lieber Freund!

Ueber Ihren Gruß habe ich mich herzlich gefreut. Das war wieder einer von den großen Momenten unsrer Geschichte,[71]) und er tat uns not. Wenn es gelingt, die Deutschen warm zu machen, werden sie tüchtig. Und das hat Kanzler diesmal gut zuwege gebracht. Am meisten hat mich gefreut, wie er sich wegen

[71]) Bismarcks große Reichstagsrede vom 6. Februar.

Digitized by Google

der Frage: Defensive oder opportuner Angriff, mit Moltke auseinandersetzte. Darin ist er größer und hat das bessere Recht. Ich wünsche ihm jetzt, daß er sich die große Stellung, welche ihm der Montag wieder gegeben hat, nicht durch späteres Vielreden im Reichstage schädigt. Aber er ist darin wie ein Löwe, welcher Blut geleckt hat.

Bei alledem ist merkwürdig, wie schnell und wie fast selbstverständlich dies neue Wehrgesetz mit den riesigen Ansprüchen an die Volkskraft zum Gesetz wird. Es verfügt über Leben und Schicksal von Millionen. Wie gewaltig ist den Deutschen doch die Ueberzeugung geworden, daß der Mann vor allem sich dem Staate schuldig sei. Und man schilt unsre Zeitbildung selbstsüchtig.

Ich werde mich herzlich freuen, wenn ich die Nachricht erhalte, daß Sie kommen. Hier nichts Neues, alles geht im Gleise ruhig fort, für mich immer noch langweilige Korrekturen.

Ihrem lieben Gemahl treue Huldigungen, Ihnen alte Liebe

Ihres

Freytag.

*

Wiesbaden, 30. April 1888.

... Neulich traf ich mit Wurm zusammen. Er erzählte, Sie seien in S[an] Remo gewesen und hätten dort Anteil an der Redaktion der „Kaiserlichen Proklamationen“[72]) gehabt. Ich hörte schweigend an und sagte, mir sei von der Reise nichts bekannt. Woher kam ihm diese Wissenschaft? Daß Gerhardt[73])

---

[72]) Die Erlasse an den Reichskanzler vom 12. März 1888 hatten Geffcken, Roggenbach und Stosch schon 1885 entworfen. Franz Freiherr v. Roggenbach (1825 bis 1907), 1861 bis 1865 badischer Minister des Auswärtigen, bei dem im Verfolg des Geffckenprozesses — vgl. die Briefe vom 2. Oktober 1888 ff. — belastende Briefe beschlagnahmt worden waren, bekundete bei seiner Vernehmung folgendes:

> Als Kaiser Wilhelm im Jahre 1885 zu Ems einen tiefen Ohnmachtsanfall gehabt habe und ein plötzliches Hinscheiden zu befürchten gewesen sei, sei ihm ein vom Kronprinzen früher geäußerter Wunsch, auf einen solchen Fall vorbereitet und namentlich gerüstet zu sein, die bei seinem Regierungsantritt erforderlichen öffentlichen Kundgebungen unverzüglich erlassen zu können, ins Gedächtnis gekommen und sei bei einer in jene Zeit fallenden Zusammenkunft mit dem Angeschuldigten auf dem Gute des Generals v. Stosch zu Oestrich a. Rh. der Entwurf der erforderlichen Proklamationen besprochen worden. Dabei habe er betont, daß nach den Intentionen des hochseligen Kaisers, damaligen Kronprinzen, in allen Kundgebungen dessen Bestreben, sich die Dienste des Reichskanzlers zu erhalten, den Ausgangspunkt bilden müsse. Dieser Instruktion gemäß habe der Angeschuldigte demnächst die beiden Kundgebungen entworfen und sie ihm mittels Schreibens vom 2. August 1885 übersandt, worauf er sie nach Vornahme einiger Abänderungen noch im Laufe desselben Monats dem Kronprinzen auf der Mainau persönlich übergeben habe.

[73]) Der Kehlkopfspezialist Karl Gerhardt (1833 bis 1902). Das Authentischste über die damals heißumstrittene Leidensgeschichte Kronprinz und Kaiser Friedrichs bietet jetzt die Monographie von Arend Buchholtz: Ernst v. Bergmann (Leipzig 1911), S. 461 bis 500. Gerhardt hatte Krebs schon am 15. Mai 1887 diagnostiziert; Bergmann bestätigte den Ver-

Digitized by Google

in so auffälliger Weise beiseite geschoben worden, empört mich. Obgleich es für den geradsinnigen Mann ein wahres Glück ist, daß sein Name in der Doktorenkatzbalgerei nicht genannt wird ...

*

Siebleben, 16. Juni 1888.

Lieber Freund!

Es ist entschieden gut, daß die Tragödie zu Ende ist. Aber es rührt einem doch an die Seele. Jedermann merkt, daß ein neuer Abschn[itt] der deutschen Geschichte beginnt ...

*

Siebleben, 8. Juli 1888.

Lieber Freund!

Für Ihren guten Brief, der Sie in frischer Regsamkeit und andern hilfreich zeigt, herzlichen Dank. Die Gratulationen sind wir ja allmählich gewohnt worden. Das Liebste war mir der Berliner Fakultätsbrief an mich, dessen Inhalt sehr hübsch war.[74]) Da Sie aber das Ordenskreuz erwähnen und eine artige Antwort auf des Kaisers freundlichen Gruß als erfolgt voraussetzen, so will ich doch schreiben, daß die Zeitungsnotiz: Der Kaiser hat dem usw. verliehen, ungenau war. Das Kreuz ging mir durch Goßler zu, mit einer Zuschrift des hochseligen K[aisers] u[nd] K[önigs]: „M[ajestät] haben mittels Allerh[öchsten] Erlasses vom 14. Juni d. J. E[uer] H[ochwohlgeboren] das Komturkreuz usw. zu verleihen geruht. Ich füge die bezüglichen Ordensinsignien bei usw. 30. Juni 1888." Nun starb K[aiser] Friedrich den 15. und lag am 14. bereits so sehr auf dem Tode, daß von einer Ausfertigung eines solchen Erlasses wohl nicht die Rede sein kann. Wie ist in den letzten Tagen des armen Herrn eine Artigkeit dieser Art zustande gekommen? Noch bemerke ich, daß Kaiserin Viktoria, die mir seit Jahren ihre Beachtung nur durch Seckendorff[63]) zuteilte, zum 30. Juni ebenfalls ein Glückwunschtelegramm gesandt hat. Was die Dame Ihnen klagte, erklärt dies. Vielleicht ist Ihnen ohne Mühe möglich, über die Provenienz der Auszeichnung etwas zu erfahren. Und soll ich mich doch bei dem neuen Kaiser bedanken? Ich denke nein. Goßler wird wohl genügen.

Wie die Teilung der Gewalten in der Marine zum Vorteil derselben bewirkt werden kann, ist mir nicht verständlich. Das wäre doch nur dann möglich, wenn

---

dacht einer bösartigen Neubildung am 16. Mai; aber erst am 5. März 1888 gab Sir Morell Mackenzie auf Grund des anatomischen Befunds zu, daß es sich um Krebs handle, und — behielt das Vertrauen der Herrschaften. Noch am 8. April bestritt er abermals, daß Krebs vorliege. Am 30. April trat Bergmann von der Behandlung zurück. Gerhardt und Bergmann waren dann an der Herstellung der Rechtfertigung „Die Krankheit Kaiser Friedrich des Dritten" (Berlin 1888) hervorragend beteiligt; sie erschien am 11. Juli. Morell Mackenzie antwortete darauf im Oktober mit der Broschüre „Friedrich der Edle und seine Aerzte" (Styrum 1888).

[74]) Die Adresse der philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin zu Freytags goldenem Doktorjubiläum am 30. Juni: Alfred Dove, G. Freytag und H. v. Treitschke im Briefwechsel (Leipzig 1900), S. 192 f.

Digitized by Google

der Oberkommandant gleich dem Führer eines Armeekorps gestellt und der Kaiser selbst mehr mit der höchsten Aufsicht über das Marineministerium belastet würde. Nun aber kommt der Kanzler mit seinem unleugbaren Anspruch, Schiffe zu verschicken usw. Doch ich bescheide mich, das Detail zu wenig zu kennen, und bin sehr neugierig, wie Sie die Schwierigkeiten gelöst haben ...

*

Siebleben, 20. Juli 1888.

... Die Kaiserin „Friedrich" hat jetzt, genau wie ihre Mutter nach dem Tode des Prinzen Albert, einen Kultus mit dem Verlorenen begonnen. Sein Totenbett steht in ihrer Wohnstube, und sie sammelt Aufsätze und schriftliche Zeugnisse über seine Tugenden. Sie hat durch die Stockmar auch von mir einen Aufsatz gefordert, was mich in einige Verlegenheit setzt, weil sie offenbar, wie ihre Mutter, zuletzt ein Buch daraus machen wird, ihm zur Ehre, sich zur Rechtfertigung. Und ich fürchte, ich werde ihr so, wie sie es wünscht, nicht dienen können. Denn wenn ich überhaupt das Recht habe, öffentlich über K[aiser] Friedrich lautbar zu werden, so darf ich es doch nicht im Hofkleide tun ...[75])

*

Wiesbaden, 2. Oktober 1888.

Lieber Freund!

So ist denn Geffcken,[76]) die arme Motte, ins Licht geflogen. Daß er das Tagebuch ohne Wissen der Kais[erin] Friedrich in Druck gegeben, ist kaum anzunehmen; hat er es mit ihrem Wissen getan, so kann ihn nur das eine trösten, daß er als Ritter leidet. Vielleicht finden Sie auch einen Zusammenhang zwischen Bismarcks Berserkerzorn gegen den Indiskreten und zwischen der Flugschrift „99 Tage".[77]) Er ist wie der Riese Wate mit der Eisenstange in unsrer alten Heldensage, der immer an einer Kette geführt werden mußte, weil er schonungslos gegen Freund und Feind um sich schlug. Aber den Kanzler hält niemand an der Kette. Was auch aus der Geschichte werden mag, der unglückliche Geffcken wird das Opfer bleiben. Ein solches Ende wohlmeinender Vielgeschäftigkeit ist doch sehr traurig. Daß jetzt in allen Zeitungen von ihm die Rede ist, wird ihn etwas trösten, nicht auf die Länge ...

*

Wiesbaden, 20. Oktober 1888.

Lieber Freund!

Ich denke, der Kanzler weiß so gut wie andre, daß bei der Untersuchung gegen Geffcken[76]) nicht viel herauskommen wird.

---

[75]) Geschehen durch die Schrift: „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone".

[76]) Friedrich Heinrich Geffcken (1830 bis 1896) hatte Auszüge aus einem vom Kronprinzen Friedrich Wilhelm 1870/71 geführten, ihm Ende Februar oder Anfang März 1873 vertraulich mitgeteilten Tagebuch im Oktober-Heft der „Deutschen Rundschau" (ausgegeben am 20. September) veröffentlicht. Bismarck veranlaßte ein Strafverfahren gegen ihn; ohne Glück. Das Reichsgericht beschloß am 4. Januar 1889, Geffcken außer Verfolgung zu setzen, da für die Annahme seines Bewußtseins von der Strafbarkeit seiner Handlung keine genügenden Gründe vorlägen. Daraufhin ließ Bismarck am 17. Januar die Anklageschrift drucken.

[77]) Ebenfalls kurz vorher, Anfang September, erschienen.

Digitized by Google

Ueber den Einbruch bei Roggenbach[78]) denke ich ganz wie Sie. Es ist ein Akt, der uns alle demütigt. Wenn solche Integrität und so reines Wesen nicht vor der Inquisition schützen kann, so ist nicht alles in Ordnung.

Haben Sie mit Gefficken korrespondiert, so ist wohl möglich — nicht daß man bei Ihnen sucht, aber daß man Sie zitiert. Es wird gut sein, zu erwägen, was man auf Fragen zu antworten hat. Mir würde die größte Bereitwilligkeit und Offenheit richtig erscheinen. Denn Sie haben in diesen ganzen Friedrich-Verhältnissen nichts zu verbergen und dürfen das Selbstgefühl hegen, ein treuer Berater gewesen zu sein, wenn einmal Ihre Ansicht gefordert wurde.

Lassen Sie mich wissen, was Sie etwa Neues erfahren. Ich grüße dankbar für die Stunden des Donnerstag herzlich Ihr liebes Gemahl, bin in Liebe und Treue

Ihr

Freytag.

*

Wiesbaden, 1. November 1888.

Lieber Freund!

... In dieser Zeit der Haussuchungen, offizieller Phrasen und begeisterter Toaste tut dem Menschen ein stilles, gemütliches Vergnügen wohl, als Gegensatz zu dem Schellengeläut der neuen Zeit, in welche wir hineinfahren. Die gröbliche Anrede des Kaisers an die Berliner war ja wohl für Berliner Ohren sehr mißtönend, und man kann auch sonst Kritik daran üben; mich hat etwas darin gefreut: daß sie mehr Gemüt als Konvenienz kundgab.

Ich hatte gehofft, daß die Heimsuchung Roggenbachs der Presse entgehen würde, leider ist dies doch nicht geschehen.

Jetzt aber ist die Losung „Most", denken Sie bei diesem verruchten Bösewicht zuweilen an Ihren Sie liebenden und Ihr Gemahl herzlich grüßenden Freund

Freytag.

*

Wiesbaden, 23. November 1888.

Lieber Freund!

Vor allem freue ich mich Ihrer Rückkehr aus der Stadt der Untersuchungen, und gern käme ich am Sonntag zu Ihnen, um die ganze Tragödie anzuhören. Leider geht das nicht. Ich habe nämlich eine ziemlich ernste Lungengeschichte mit 40 Temperatur und häßlichem Auswurf hinter mir; bin bis jetzt glücklich darübergekommen, aber noch zu einigen Wochen Hausarrest verurteilt. Es wäre also sehr lieb von Ihnen, wenn Sie nächste Woche herüberkommen könnten.

Unterdes habe auch ich zum 26. eine Zitation in Sache Gefficken[78]) nach

---

[78]) A. v. Stosch hatte als Zeuge bekundet:

Im Jahre 1886 oder 1887 habe der damalige Kronprinz zu ihm geäußert, er könne ihm sein Tagebuch von 1870/71 nicht mitteilen, da dasselbe zu viel Persönliches enthalte; übrigens würde dasselbe auch vor einer langen

Digitized by Google

Berlin erhalten. Da sie vom 21., dem Tage Ihrer Vernehmung, datiert ist, so könnte wohl sein, daß der Scharfsinn des Inquirenten aus derselben die Veranlassung gefunden hat. Ich werde dieser törichten Zumutung natürlich keine Folge leisten, habe den Leuten wohlmeinend dictando vorschlagen lassen, daß sie mir entweder ihre Fragen zu schriftlicher Beantwortung zusenden oder mich in meiner Wohnung allhier vernehmen lassen. Wären sie klug, so würden sie das erstere wählen.

Also in der Hoffnung auf gutes Wiedersehen mit herzlichen Huldigungen für Ihr liebes Gemahl Ihr getreuer

Freytag.

*

Wiesbaden, 21. Mai 1889.

Lieber Freund!

Daß mir die Hoffnung wird, Sie hier zu sehen, ist eine gute Frühlingsbotschaft, und ich bitte nur um zwanglose Angabe von Tag und Stunde, damit ich daheim und frei bin.

Wenn die hohe Dame mir, was ich noch nicht für sicher halte, einen Antrag stellen sollte, so würde ich ihn ablehnen. Was ich jetzt drucken lassen will, sind nur wenige Bogen aus dem Tagebuch von 1870, dazu eine Charakteristik des Kronprinzen und einige Blätter über Normann,[79]) das Ganze eine Broschüre. Zu mehr habe ich weder Lust noch Berechtigung, auch das wenige nur, weil es mir wie eine Last auf der Seele liegt. Der Kaiserin [Friedrich] wird es höchlich mißfallen.

Reihe von Jahren nicht zur Veröffentlichung gelangen können, da darin auch zu viel Politisches enthalten sei;

und der „Schriftsteller und Geheime Rat Dr. Freytag":

In der Zeit von 1873 bis 1876 habe er dem hochseligen Kaiser, dem damaligen Kronprinzen, in dessen Hauptquartier er sich während eines Teils des Krieges von 1870/71 befunden, auf ergangene Einladung in Potsdam seine Aufwartung gemacht und bei dieser Gelegenheit auf Anordnung des Kronprinzen durch den Kabinettssekretär v. Normann ein von Kanzleihand geschriebenes Tagebuch von 1870/71 zur Lektüre übergeben erhalten. Nach beendigter Lektüre habe er dem Herrn v. Normann gegenüber geäußert und die dringende Bitte ausgesprochen, daß eine Veröffentlichung des Tagebuchs sowie überhaupt eine Mitteilung desselben an Dritte, wie eine solche hinsichtlich früherer Tagebücher erfolgt sei, unter allen Umständen unterbleiben möchte. Zu dieser Meinungsäußerung sei er hauptsächlich veranlaßt durch die in dem Tagebuch enthaltenen, übrigens mit den von dem Kronprinzen während des Krieges ihm mündlich kundgegebenen Auffassungen übereinstimmenden Mitteilungen über die Gründung des Reichs, deren Bekanntwerden ihm für das Wohl des letzteren sowie für das Ansehen des hohen Verfassers selbst als durchaus unzuträglich erschienen sei. Auf seine Aeußerungen habe sich auch der Kronprinz im zustimmenden Sinne erklärt.

[79]) Kammerherr v. Normann, vom Sommer 1864 bis Sommer 1884 erst Privatsekretär, dann Hofmarschall des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, seit August 1884 preußischer Gesandter in Oldenburg und Braunschweig, ein intimer Freund Stosch' und Freytags, war Mitte Juli 1888 gestorben.

Digitized by Google

Vielen andern auch, es ist nur gemeine Land- und Wasserwahrheit und nichts Besonderes.

Das Eingreifen des Kaisers in die Streikbewegung hat, soweit ich sehe, einen sehr guten Eindruck gemacht.

Ueber dies und vieles mündlich, ich freue mich. Huldigungen Ihrem lieben Gemahl, ich bin immer von Herzen Ihr getreuer

Freytag.

*

Wiesbaden, Sonntag, 8. Dezember 1889.

... Für Ihr Mitgefühl mit meiner exponierten Broschürenstellung bin ich Ihnen von Herzen dankbar. Das Geschrei dauert so lange, und auch ein alter Journalist wird durch langjährige gute Behandlung von seiten seiner Kleinen verwöhnt. Aber so lästig mir zuweilen wird, stillzuschweigen, ich habe die Abneigung, in dieser Sache noch einmal die Feder zu ergreifen, nicht überwinden können. Wozu? Eine Erörterung der Frage, ob und wie weit das Bild wahr sei, ist ausgeschlossen, und fast ebenso mißlich ist eine Diskussion über meine Berechtigung oder gar über meine Befähigung. Und so wollen wir vorläufig diesen Hasen laufen lassen. Mehr als das Gesumse in der Presse hat mich ein Brief Roggenbachs affiziert, weil er eine große Verschiedenheit in Wesen und Auffassung der Pflicht ausdrückt. Ich lege Ihnen denselben bei, dazu auch eine Antwort des Großherzogs von Baden, dem ich meine Schreibereien seit alter Zeit zusende. Roggenbach schreibt unter dem Einfluß seiner Frauen und des Kreises von Arendt und Curtius.[80])

In der letzten Woche habe ich, soviel meine Augen verstatteten, in Sybels „Begründung des Deutschen Reiches" gelesen. Ich sende Ihnen die zwei Bände d[urc]h Post, damit Sie dieselben einsehen. Es ist immer Sybel, seit Rankes Tod unser erster Historiker. Schade, daß er zuweilen im Ausdruck die Vornehmheit, die ihm sonst eigen ist, vermissen läßt ...

*

Wiesbaden, 15. Dezember 1889.

... In den Feiertagen werden Sie an Lektüre keinen Mangel haben. Der zweite Band von Boyen[81]) ist gekommen. Seine Erzählung und seine Schilderung Friedrich Wilh[elms] III. fesseln mich sehr. Boyen, dieser maßvolle, gerechte und gescheite Mann, ist trotz dem Memoirenhaften seines Berichts wohl der beste Beurteiler der Verhältnisse und Menschen. Der König ist so treu noch nicht geschildert worden. Lieber wird er dem Leser freilich nicht durch die ehr-

---

[80]) Vgl. „Deutsche Revue", November-Heft 1912, S. 133 und die wichtige Anmerkung zu S. 326 des von Ed. Tempeltey herausgegebenen Briefwechsels zwischen Freytag und Herzog Ernst (1904).

[81]) Die „Erinnerungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls H. v. Boyen", die Zeit von 1771 bis 1813 umfassend und durch Nippold herausgegeben, erschienen 1889/90 in drei Bänden und zehn Jahre später in einer zweibändigen Bearbeitung als „Denkwürdigkeiten und Erinnerungen".

Digitized by Google

lichen Worte B[oyens]. Nächstdem steht [Herzog] Ernst, [Band] III,[82]) — wahrscheinlich sehr zugerichtet und jedenfalls mehr auf Wirkung als mit Respekt vor der Wahrheit gearbeitet —, und endlich Treitschkes IV. Band[83]) in Aussicht der nächsten Woche. Alles soll Ihnen zugehen. Es sind sämtlich dicke Bücher, das ist aber den Deutschen nicht abzugewöhnen, auch den Verlegern nicht, die immer noch nicht begreifen, daß man solche Lektüre in der Hand halten will und fast ohne Mehrkosten zwei Bände aus einem machen könnte. Ueber die gute Behandlung Miquels[84]) d[urc]h Jung-Wilhelm werden Sie wohl mehr gehört haben als ich. Auch hier war die Taktlosigkeit und kindische Sucht zu kombinieren, die in der Presse zum Vorschein kam, auffällig und unbequem für alle Teile ...

*

Wiesbaden, 10. Januar 1890.

... Augustas Tod[85]) war ja zu befürchten, die allgemeine Hochschätzung der Menschen überall, welche sich jetzt äußert, ist nichts besonders Imponierendes, aber es ist doch die beste Nachschrift ihres Lebens, die ihr werden konnte. Sie hat sich's redlich sauer werden lassen, ihre Fürstenpflicht zu tun. Mit ihr scheidet wohl der letzte namhafte Vertreter der eigentümlichen Bildungen von Weimar und der Goethezeit ...

*

Wiesbaden, 19./21. März 1890.

Lieber Freund!

Es muß wohl in Ihrem kriegerischen Naturell ein geheimer Zauber liegen, welcher große Ereignisse herbeiführt und Krieg schafft, denn kaum sind Sie in Berlin angekommen, so springt die Kanzler-Granate. Jedenfalls ist es eine merkwürdige Fügung, daß Sie gerade an Ort und Stelle sein müssen, um als freier Mann den Sturz dessen zu sehen, der Ihnen einst das Amt verleidete. Die Kanzlerfrage, die soziale Bewegung und dieser Reichstag sind drei Probleme, von denen jedes einzelne einem Staate und einem Monarchen die schwersten Aufgaben stellt, und diese drei harten Nüsse zu gleicher Zeit aufzuknacken, wer

---

[82]) „Aus meinem Leben und aus meiner Zeit." Von Ernst II., Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha. Dritter Band. Berlin 1889, Wilh. Hertz. Die Frage nach der Zuverlässigkeit dieser Memoiren untersucht Dr. Kurt Dorien in der trefflichen Greifswalder Dissertation „Der Bericht des Herzogs Ernst II. von Koburg über den Frankfurter Fürstentag 1863". (Historische Bibliothek, 21. Band; München 1910, R. Oldenbourg.) Besonders möchte ich auf die Seiten 12 ff. hinweisen, wo Dorien das Verhältnis des Historikers Ottokar Lorenz zur Textgeschichte der Memoiren — die Lorenzsche Korrespondenz wird „wegen des sehr heikeln Charakters der Sache" im Koburger Archive sekret gehalten — an der Hand der Zeugnisse des Herzogs, des Historikers und Gustav Freytags eingehend bespricht.

[83]) „Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert", vierter Teil, umfaßt das Jahrzehnt 1830 bis 1840. Vgl. Freytags Brief vom 21. März 1879 im Januar-Heft.

[84]) Im Juni war Johannes Miquel (1828 bis 1901) preußischer Finanzminister geworden. Vgl. die Mitteilungen, die 1904 aus seinem Nachlaß in der „Deutschen Revue" erschienen.

[85]) Kaiserin Augusta war am 7. Januar gestorben.

Digitized by Google

soll dazu seine Kinnbacken hergeben? Für Jung-Wilhelm wird es eine Lehrzeit, weit schwerer, als wir sie ihm wünschen durften, und für uns andre eine harte Zeit. Irre ich mich, wenn mir vorkommt, als ob schon jetzt, bevor Bismarck seinen Sitz geräumt hat, die Vorboten einer führerlosen, schwierigen Zukunft durch die Seelen fliegen?

Lieber Freund, dieser Zettel ist liegengeblieben, nicht wegen eines Malheurs, sondern weil Schreiber im Zustande völliger Blasiheit war, welche stündlich durch neue Wunder erneuert wurde. Und ich bescheide mich, Ihnen gar nicht zu schreiben, wie hier im Lande die Dinge erscheinen, das Bild verschiebt sich fortwährend, und nichts Gewisses weiß man nicht ... Es komme, was da will, ich ziehe mich ins Enge und habe bereits damit angefangen, indem ich meinem Schuster, in welchem ich einen Sozialisten argwöhne, gegenüber zwei neuen Stiefeln zwei Mark abgezogen habe. Ihnen aber, mein Freund, wünsche ich innig Gesundheit, Gemütsruhe und womöglich gute Laune vor all dem Wunderlichen, das Sie an Ort und Stelle aufzunehmen haben. Ich werde mich ausbündig freuen, wenn ich Sie erst wieder in der Nähe habe. Denn es ist zuletzt ermüdend und kein Gewinn, unablässig Neuigkeiten zu schlucken, auf deren Werden man keinen oder doch nur sehr unsicheren Einfluß ausüben kann, und auch einem, der kein Journalist ist, wird die Geschäftigkeit einer Notzeit peinlich, deren Signatur Uebergang und Halbheit ist, und die dem Mann ein starkes Wollen und ehrliche Leidenschaft nicht aufkommen läßt ...

*

Wiesbaden, 24. Juni 1890.

Lieber Freund!

Den Dank für das gelungene Zauberfest in Waldeinsamkeit bin ich lange schuldig geblieben, zuerst weil ich über den deutsch-englischen Vertrag keine eigne Meinung gewinnen konnte, denn ungern hörte ich auf die Mahnungen des Verstandes, welcher zur Bescheidenheit riet ...

Für Ihre Auffassung des Erwerbes von Helgoland bin ich Ihnen sehr dankbar. Bekenne nur, daß ich noch nicht verstehe, was wir damit machen werden. Befestigen, wie die Oesterreicher damals Lissa? Aber der Felsen ist klein, und wenn wir 2000 Mann Besatzung dort unterbringen wollen, werden die Einwohner auswandern müssen, was, nebenbei bemerkt, nicht das größte Unglück wäre. — Es ist für Caprivi unbequem, daß die Einsicht in die militärische Bedeutung Helgolands nur bei wenigen sich vorfindet, daß aber jede Konzession von Quadratmeilen in Afrika das junge Selbstgefühl der Deutschen verletzt, das jetzt so üppig ins Kraut geschossen ist. Die Welt ist jetzt ausgeteilt, die Deutschen kamen gerade noch in der letzten Stunde und empfingen einen Bruchteil, der nicht groß war, den sie sich aber auch noch nicht verdient hatten.

Der Kanzler fährt fort, von sich sprechen zu machen, das ist wohl der letzte Grund seiner Offenbarungen. Er fürchtet, vergessen zu werden ...

(Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Die Zukunft der türkischen Staatsschulden

Von

Mehmed Djavid Bey,

vormaligem türkischem Finanzminister

Wie wird sich die Zukunft der türkischen Finanzen gestalten und in welcher Lage werden sich die Inhaber der ottomanischen Staatsschuldverschreibungen nach diesem unheilvollen Kriege befinden, durch den die Türkei ein Gebiet von mindestens 150000 Quadratkilometern mit 4500000 Einwohnern verliert? Diese Frage interessiert das große Publikum in allen Ländern Europas mehr als irgendeine politische Frage.

Die Effektenbesitzer, die ihre Ersparnisse in ottomanischen Papieren angelegt, die Großbanken, die für diese Anlage wenn auch nicht materiell und unmittelbar, so doch mittelbar und moralisch Garantie geleistet haben, und die Regierungen, die es sich angelegen sein lassen müssen, die Interessen ihrer Staatsangehörigen zu schützen, sind in der einen oder der andern Weise an dieser Frage interessiert.

Ich werde versuchen, ganz unparteiisch, die Zahlen bei der Hand, zu antworten und zu beweisen, daß der Verlust, den die Türkei in finanzieller Hinsicht erleidet, nicht so groß sein wird wie ihr Verlust an Landgebiet und Einwohnern, sodann, daß vor allem die Besitzer ihrer Schuldtitel nichts verlieren werden, wenn die diese wichtige Angelegenheit betreffenden Verhandlungen geschickt geführt werden und die Mächte, besonders einige von ihnen, wenigstens bei der Lösung dieses Problems Unparteilichkeit üben.

*

Die ottomanische Staatsschuld setzt sich aus fünf Kategorien zusammen, die sich hinsichtlich der Verwaltung ihrer Garantien unterscheiden:

1. Anleihen, die dem Mouharremdekret unterworfen sind; die Einkünfte, durch die sie garantiert werden, stehen unter der direkten Verwaltung des Administrationsrats der Dette Publique.

2. Anleihen, gedeckt durch den ägyptischen Tribut und den Ueberschuß der Einnahmen der Insel Cypern, deren Dienst direkt, ohne Umweg durch den ottomanischen Staatsschatz oder durch die Dette Publique, versehen wird.

3. Nach dem Mouharremdekret abgeschlossene Anleihen, die den Bestimmungen dieses Dekrets nicht unterworfen sind, deren Verwaltung und Dienst aber der Dette Publique durch einen besonderen Artikel jenes Anleihevertrags anvertraut worden sind.

Digitized by Google

4. Anleihen, deren Dienst verschiedenen Finanzinstituten anvertraut ist.

5. Anleihen, deren Einkünfte direkt vom Staate erhoben werden, während der Couponzahlungsdienst durch die Banken versehen wird.

Die erste Gruppe umfaßt:

	Ursprüngl. Nominal-Kapital (1./14. Sept. 1903) Türk. Pfund	In Umlauf befindlich am 1./14. März 1912 Türk. Pfund
1. Unifizierte Schuld	42 275 772	38 568 354
2. Türkenlose	15 632 548	11 407 500
	57 908 320	49 975 854

Die zweite Gruppe umfaßt:

1. Anleihe 1855	5 500 000	4 196 720
2. „ 1891	6 948 612	6 048 812
3. „ 1894	9 033 574	8 030 088
	21 482 186	18 275 620

Die dritte Gruppe umfaßt:

1. Osmanie-Anleihe 1890 . .	4 999 500	3 263 700
2. Anleihe 1896	3 272 720	2 920 720
3. Fischerei (1903)	2 640 000	2 498 694
4. Anleihe von 1904 . . .	2 750 000	2 654 476
5. 1905, Tedjhisat-Askerie . .	2 640 000	2 517 262
6. Anleihe 1901—1905 . . .	5 306 664	5 111 634
7. Anleihe 1908	4 711 124	4 636 764
8. Bagdadbahn-Anleihe 1. Serie	2 376 000	2 353 978
9. „ „ 2. Serie	4 752 000	4 731 166
	33 448 008	30 688 394

Die vierte Gruppe umfaßt:

1. Tombak-Anleihe 1893 . .	1 000 010	720 060
2. Orientbahnen 1894 . . .	1 760 000	1 599 884
	2 760 010	2 319 944

Die fünfte Gruppe endlich umfaßt:

1. Anleihe 1902 Zölle . . .	8 600 020	8 108 100
2. „ 1909	7 000 004	6 823 784
3. „ Sanaa-Panderma .	1 712 304	1 708 872
4. „ 1911	7 040 000	6 955 630
5. Hodeida-Sanaa	1 000 010	1 000 010
	25 352 338	24 596 396

Digitized by Google

Somit betrug die Gesamtsumme der türkischen Staatsschuld am 1./14. März 1912:

1.	Gruppe	49 975 854
2.	„	18 275 620
3.	„	30 688 394
4.	„	2 319 944
5.	„	24 596 396
		125 856 208 türk. Pfund.

Um ganz genau zu sein, muß man zu dieser Summe die zweite Teilemission der Anleihe von 1911 hinzurechnen, welche die Deutsche Bank im Nominalbetrag von 3 960 000 türkischen Pfund übernommen hat und die noch nicht emittiert, deren Reinertrag von 3 025 000 türkischen Pfund aber dem Staatsschatz in der zweiten Hälfte des Jahres 1911 vorgestreckt worden ist. Wir erhalten dann die Summe von:

129 816 208 türkischen Pfund.

Während des Jahres 1912 hat die ottomanische Regierung Vorschüsse in folgenden Beträgen aufgenommen:

Türkische Nationalbank		1 650 000
Kaiserl. Ottomanische Bank		1 540 000
„ „ „		1 250 000
„ „ „		1 250 000
Tabakregie		200 000
Ottomanische Bank und Deutsche Bank . .		330 000
		6 220 000
Statutarisches Kontokorrent der Kaiserlich Ottomanischen Bank		1 500 000
		7 720 000

Die vier ersten dieser Vorschüsse haben Spezialgarantien und sind Akontozahlungen auf eine Anleihe von 10 000 000 türkischen Pfund, für welche die Ottomanische Bank die Option hat. Die schwebende Schuld, die sich aus dem gegenwärtigen Krieg ergibt und deren Betrag ich im Augenblick nicht genau angeben kann, ist in dieser Summe nicht inbegriffen.

*

Da die Anleihen der zweiten Gruppe in keiner Weise durch den Ausgang des Krieges leiden können und in keiner Beziehung zu den verlorenen Gebieten stehen, wollen wir uns damit begnügen, sie zu erwähnen, und die Zukunft der andern Anleihen betrachten.

Die zur ersten Gruppe gehörigen Anleihen sind die wichtigsten sowohl hinsichtlich der Summen, die sie darstellen, wie hinsichtlich ihrer Entstehung und ihrer Begebung.

Digitized by Google

Die Zinsen und die Amortisation der unifizierten Schuld erfordern eine Annuität von . . . . . 1 887 375.35 türk. Pfd.
Die Annuität der Türkenlose beträgt . . . . 270 000.— „ „
Somit beträgt die gesamte Annuität . . . . 2 157 375.35 türk. Pfd.

Wie hoch ist nun die Summe, welche die Dette Publique aus den als Garantien dieser Schuld abgetretenen Einkünften einnimmt?

Nehmen wir das Jahr 1327 (1911—12), das letzte, dessen Ergebnisse bekannt sind.

	Türk. Pfund
Salz	1 271 703.58
Spirituosen	357 146.43
Stempel	461 442.83
„ Zuschlag	44 721.35
Fischerei	67 653.17
Seide	90 661.49
Zölle, 3% Surtaxe	1 151 185.10
Außeretatsmäßige Einnahmen	13 503.06
Tabakzehnt	476 273.51
Tabakregie:	
Feste Zahlung	750 000.—
Gewinnanteile	124 753.43
Ostrumelischer Tribut (ersetzt durch die Ueberschüsse der Zehnten und verschiedenen Einnahmen, die durch die Dette erhoben werden)	114 019.74
Tratten auf die Zollverwaltung zur Verrechnung auf die Tombekitaxe	50 000.—
Geldstrafen	6 946.12
Zinsen der Effekten des Reservefonds	81 325.74
	5 061 335.55

Diese Ziffer ist die höchste, die die Dette seit ihrer Begründung zu verzeichnen gehabt hat, und dieses Ergebnis ist trotz des Türkisch-Italienischen Krieges erzielt worden.

Wenn wir von dieser Summe 1. den Ueberschuß des Tabakzehnten, wovon der Dette nur 230 000 Pfund als Ersatz für den bulgarischen Tribut gehören, und den Ueberschuß der Einkünfte von Zypern, 2. die 50 000 Pfund, die die Dette der Regie zurückerstattet, 3. die Generalunkosten der Dette (663 365.68) abrechnen, so erhalten wir die Summe von

4 101 696.35 türkischen Pfund,

die nahezu das Doppelte von dem darstellt, was für den Dienst der Dette notwendig ist.

Das laufende Jahr 1328 (1912—1913) hat zweifellos im Betrag ihrer

Digitized by Google

Einnahmen einen Rückgang gebracht, aber man muß von vornherein zugeben, daß es ein besonderes Ausnahmejahr ist, in dessen acht erste Monate noch der Krieg in Tripolis fiel, in dessen letzte die Balkankriege fallen, und wenn — was ich nicht glaube — das Bedürfnis sich fühlbar machen wird, so wird man das Defizit aus dem Reservefonds decken.

Wir wollen jetzt untersuchen, welchen Anteil an den Einnahmen die ganz oder teilweise verloren gehenden Provinzen haben.

Direktionsbezirk	Adrianopel	107 365	Pfund
„	Durazzo	83 300	„
„	Mitylene	117 715	„
„	Monastir	32 851	„
„	Saloniki	362 054	„
	Zusammen	703 285	Pfund

Da ein sehr großer Teil des Wilajets Adrianopel und der Inseln unbedingt dem ottomanischen Staat verbleiben muß, so müssen von dieser Summe dreiviertel der Summen abgerechnet werden, die auf die Bezirke Adrianopel und Mitylene entfallen, also annäherungsweise 165 000 Pfund, und es ergibt sich somit eine Verlustziffer von 538 000 türkischen Pfund.

Diese Ziffer bedeutet jedoch nicht den gesamten Verlust. Da die Tabakszehnten, die ein sehr wichtiges Kapitel darstellen, direkt durch die Tabakregie erhoben werden und mehr als zwei Drittel aus den Wilajets von Saloniki und Adrianopel kommen, so sind noch 255 000 türkische Pfund[1]) zu den Verlusten an Einnahmen hinzuzurechnen. In den Einnahmen aus dem Tabakverkauf ist ein Rückgang von 15 bis 20 % zu erwarten; aber wenn man das System des von der Dette Publique geleiteten Staatsmonopols annimmt, so werden die enormen Ersparnisse, die man bei den Ausgaben machen wird, den Verlust des Verkaufs in den verlorenen Wilajets ausgleichen. Zieht man also noch die Summe von 793 000 Pfund von den oben verbliebenen 4 101 696 Pfund ab, so verbleibt eine Summe von 3 308 696 Pfund, das ist anderthalbmal mehr, als für den Dienst der Dette notwendig ist.

Die Besitzer von Obligationen der unifizierten Schuld und von Türkenlosen brauchen also keine Angst zu haben; denn selbst wenn man den Anteil nicht mitrechnet, den die Balkanstaaten sicherlich von der türkischen Staatsschuld übernehmen werden, so werden doch genug Einnahmen für den ordentlichen und selbst für den außerordentlichen Tilgungsdienst vorhanden sein.

Die gegenwärtige Krise, die für die Türkei eine der allerschwersten ist, hat gezeigt, daß die Besitzer ottomanischer Schuldtitel nichts zu fürchten haben und daß ihre Papiere zu den besten und solidesten gehören, die es gibt.

*

Die Anleihen der dritten Gruppe haben Spezialgarantien.

[1]) Die beiden Drittel des auf die Dette entfallenden Anteils.

Digitized by Google

Die Osmanie-Anleihe ist garantiert durch die Zehnten von sechs Sandschaks Kleinasiens; ihre Garantien werden also intakt bleiben.

Die Anleihe von 1896 ist garantiert durch die Hammelsteuer und die Zehnten einiger Sandschaks. Nur ein Fünftel (40 000 Pfd.) dieser Garantien entfällt auf das Wilajet Saloniki.

Für die Fischereianleihe sind Fischereiabgaben, Jagdscheine, Fischereierlaubnisscheine, Erlaubnisscheine für den Verkauf von Tombeki in andern Bezirken als den schon der Dette überlassenen und andres derart verpfändet. 100000 türkische Pfund jährlich werden für Rechnung dieser Anleihe in den Wilajets von Rumelien und auf den Inseln erhoben.

Die Anleihe von 1904 ist durch den 75 %-Anteil garantiert, den der Staat von den Einnahmeüberschüssen der Dette erhält. Es muß bemerkt werden, daß während des letzten Jahres dieser Anteil 1476917 türkische Pfund betrug.

Die Anleihe Tedjhisat-Askerie ist garantiert durch den 6 %-Zuschlag, der auf die durch die Dette verwalteten Einkünfte für den Dienst der kilometrischen Garantien und gewisser Anleihen und für einen Betrag von 30000 Pfund der Zollabgaben erhoben werden kann.

Die Anleihe von 1901—1905 ist durch den $^1/_2$ %-Ergänzungszuschlag garantiert, der für Rechnung der Regierung von der Dette auf alle Zehnten, deren Verwaltung sie hat, erhoben wird, ferner durch die Verpfändung der Zehnten einiger Sandschaks (82000 Pfund, wovon 13000 auf die Sandschaks Mazedoniens entfallen) und durch 122000 Pfund von den Zolleinnahmen von fünf Wilajets (Brussa, Smyrna, Beirut, Adrianopel, Saloniki).

Die Anleihe von 1908 ist garantiert für 180000 Pfund durch die allgemeinen Zolleinnahmen und für 40000 Pfund durch die Ueberschüsse der Zehnten und andrer durch die Dette verwalteten Einkünfte.

Die Bagdadbahnanleihe, 1. Serie, ist durch die Zehnten der kleinasiatischen Sandschaks garantiert. Die Bagdadbahnanleihe, 2. Serie, ist durch eine Verpfändung der Ueberschüsse aus den der Dette abgetretenen Einkünften garantiert.

Die Gesamtsumme der Garantien für die Annuitäten aller dieser Anleihen beträgt 1615000 türkische Pfund, wovon nur 300000 Pfund durch die Einnahmen aus den rumelischen Wilajets garantiert sind, die leicht durch andre von den Gläubigern akzeptierte Einnahmen ersetzt werden könnten.

*

Die vierte Gruppe umfaßt zwei Anleihen, von denen die eine (Tombak) nichts mit Rumelien zu tun hat. Was die andre betrifft, die durch die 1500 Franken pro Kilometer garantiert ist, welche die Orientbahnenaktiengesellschaft als Mindesteinnahme an den Staat zahlt, so muß man abwarten, was für eine Gestalt diese Gesellschaft nach dem Kriege annehmen wird. Da auf jeden Fall Adrianopel und Dedeagatsch türkisch bleiben, so werden 500 Kilometer von dieser Eisenbahn in den Händen der Gesellschaft bleiben, was eine Mindesteinnahme von 750000 Franken jährlich macht. Da aber der Staat auch einen bedeutenden Anteil an den Bruttoeinnahmen nach Vorwegnahme von 7000 Franken

Digitized by Google

für den Kilometer durch die Gesellschaft hat, wird diese Garantie reichlich für den Dienst der Anleihe genügen.

*

Die fünfte Gruppe umfaßt die Anleihe von 1911, die durch die Zölle von Konstantinopel garantiert ist, und die Anleihe Sanaa-Panderma, die mit Rumelien in keinerlei Beziehung stehen, sowie die Anleihe von 1909, die durch die Zehnten der kleinasiatischen Wilajets garantiert ist. Nur die Anleihe von 1902 zählt unter ihre Garantien auch die Zölle von Saloniki und von Adrianopel. Da Adrianopel türkisch bleibt und die Einnahmen der andern Zollbezirke (Brussa, Smyrna, Beirut) für den Dienst der Anleihe vollauf ausreichen, so haben die Besitzer dieser Papiere ebenfalls nichts zu befürchten.

*

Die Ueberschüsse der an die Dette abgetretenen Einkünfte sind ganz besonders für die Bagdadbahn von Bedeutung. Die zweite Serie dieser Anleihe erfordert eine Annuität von 194000 Pfund, und die dritte Serie, die oben nicht erwähnt worden ist, da sie am 1. März 1912 noch nicht emittiert war, eine Annuität von 215000 türkischen Pfund, und je nachdem der Bau der Bahn vollendet werden wird, werden die andern Serien — von Halif nach Bagdad — eine Annuität von 350000 Pfund erfordern. Dieses Riesenwerk, dessen letzte Teilstrecken durch den Abschluß der darauf bezüglichen Verträge gesichert zu haben eines der größten Verdienste des Kabinetts Hakki-Pascha gewesen ist, muß so rasch wie möglich fertig werden. Die fortschreitende Zunahme der Einnahmen der Dette würde den raschen Bau dieser wichtigen Bahn vollauf erlaubt haben. Da aber diese Zunahme notwendigerweise auch in unserm asiatischen Reiche sich fortsetzen wird, da ferner die Kapitalisierung der jährlich von den Balkanstaaten zu erhebenden Summe es ermöglichen wird, daß die Einnahmen ungefähr dieselben bleiben wie vorher, und da außerdem auch zur Ergänzung verpfändete Zehnten und Aghnams vorhanden sind, so kann man hoffen, daß der schon für die Vollendung der Arbeiten festgesetzte Zeitpunkt nicht überschritten werden wird.

*

Nachdem wir die Art der verschiedenen ottomanischen Anleihen geschildert und den Sicherheitsgrad ihrer Garantien dargelegt haben, müssen wir uns jetzt auf einen andern Standpunkt stellen und nach dem Anteil fragen, der auf die von den Balkanstaaten eroberten Gebiete entfallen soll.

Doch ehe wir auf diese Frage näher eingehen, wird es nicht überflüssig sein, einen Blick rückwärts zu werfen, um zu zeigen, welche Ungerechtigkeiten trotz der illustren Unterzeichner der politischen Verträge immer gegen die Türkei begangen worden sind.

Der Artikel 9 des Berliner Vertrages bestimmt: „Der Betrag des jährlichen Tributs, den Bulgarien dem suzeränen Hof zu zahlen hat, wird durch ein Abkommen zwischen den Signatarmächten festgesetzt werden. Dieser Tribut wird nach den Durchschnittseinnahmen des Gebietes des Fürstentums bestimmt werden. Da Bulgarien einen Teil der Staatsschuld des Reiches tragen muß, so werden die Mächte, wenn sie den Tribut bestimmen, den Teil dieser Schuld in Betracht ziehen, welcher dem Fürstentum zugewiesen werden könnte."

Digitized by Google

Der Artikel 33 des Berliner Vertrages nahm dieselbe Grundlage für Montenegro in bezug auf die neuen ihm überlassenen Gebiete an, der Artikel 42 für Serbien, und der Artikel 10 des Konstantinopeler Vertrags stellte das gleiche Prinzip für Griechenland auf.

Die ottomanische Regierung hat durch das Mouharrem-Dekret alle diese Abgaben an den Dienst der Dette abgetreten und ist noch weiter gegangen, indem sie sich damit einverstanden erklärte, daß an Stelle des bulgarischen Tributs, bis er von den Mächten festgesetzt wäre, eine Summe von 100000 Pfund jährlich trete, die aus dem Tabakzehnten erhoben werden sollte.

Dieser berühmte Vertrag, der die Unterschriften der größten Staatsmänner Europas trug, dieser feierliche Vertrag, auf dessen einen oder andern Artikel man sich tagtäglich gegen die Türkei beruft, ist von niemand respektiert worden, weder von den Mächten noch von den Balkanstaaten, die stets für die Verkennung ihrer Pflichten wenn nicht Ermutigung, so doch eine vollständige Gleichgültigkeit bei den Mächten gefunden haben. Weder die Schritte der Türkei noch die mehrmals wiederholten des Administrationsrates der Dette sind von Europa beachtet worden. Die Türkei zahlt seit dreißig Jahren die Ersatzsumme für den bulgarischen Tribut, die Dette hat weder von Griechenland, noch von Serbien, noch von Montenegro, noch von Bulgarien etwas bekommen. Und dabei belaufen sich die Anteile, die sie zu zahlen gehabt hätten, auf nicht weniger als 15 Millionen türkische Pfund.

Für Europa, das von der Gerechtigkeit und der Achtung vor den Verträgen spricht, hat die Türkei immer als ein Staat gegolten, der Pflichten, aber keine Rechte habe.

Seit dreißig Jahren enthalten die Berichte des Administrationsrats der Dette regelmäßig den bekannten Satz: „Was die Leistungen für die Schuldenanteile Griechenlands, Serbiens und Montenegros betrifft, so legt der Administrationsrat in bezug auf sie wiederum dieselben Verwahrungen ein wie bisher."

Platonische Verwahrungen, die bisher angesichts der Gleichgültigkeit und Parteilichkeit der Mächte nichts geholfen haben!

Was den ostrumelischen Tribut betrifft, der auf 240000 türkische Pfund festgesetzt worden ist, so hat die Dette nicht mehr als 130000 Pfund jährlich bekommen können, und erst nach welchen Schritten, welchen Protesten!

An alle diese Beispiele müssen sich heute sowohl die Türkei wie die in politischer Hinsicht gegen die Türkei so ungerechten Mächte, vor allem aber die Herren Delegierten der ausländischen Gläubiger im Administrationsrat der Dette erinnern.

Alle Schulden einer Nation müssen angesehen werden als zur Verteidigung des Landes, im allgemeinen Interesse der Nation aufgenommen; alle Gebiete, die zu dem Land gehören, sind solidarisch bei diesen Verpflichtungen. Die Käufer der Schuldtitel, die dem Schuldnerstaat Kredit gewähren, haben — wie angenommen wird — die Ausdehnung seiner Gebiete, die Höhe seiner Einnahmen usw. in Betracht gezogen.

Wenn für dieses Land ein unglücklich ausgehender Krieg kommt und

Digitized by Google

ein Teil seines Gebietes in die Hände andrer Staaten übergeht, so ist es ein unanfechtbarer Grundsatz des Völkerrechts, daß ein Teil der Schuld des unterlegenen Landes von dem siegreichen Staat, der von da an den Nutzen von diesen Gebieten haben wird, übernommen wird. Diesem Grundsatz gemäß wird man die Schuldenanteile Bulgariens, Serbiens, Griechenlands und Montenegros für die neuen Gebiete, die sie annektieren wollen, und für das zu schaffende Fürstentum Albanien zu bestimmen haben.

Da weder die Größenverhältnisse noch die Einwohnerzahlen der betreffenden Gebiete als richtige Grundlage für die Verteilung der Schuld dienen können, so muß die Höhe der Einnahmen als maßgebend gelten. Was die direkt von der Dette verwalteten, das heißt die als Garantie für die unifizierte Schuld und die Türkenlose abgetretenen Einkünfte betrifft, so betrugen, wie wir oben gesehen haben, die Bruttoeinnahmen 793 000 türkische Pfund. Von dieser Summe wird man aber einerseits die auf jene Gebiete entfallenden Kosten abziehen und anderseits, nachdem man die auf diese Provinzen entfallenden Einnahmen aus der Tabakregie hinzugerechnet hat, diese Summe oder vielmehr den sich aus den drei letzten Jahren ergebenden Jahresdurchschnitt um einen nach den progressiven Steigerungen der vorausgehenden Jahre berechneten Prozentsatz vermehren. Das ist ein wichtiger Punkt, auf den bereits in einem vortrefflichen Artikel des Herrn Karl Morawitz in der „Neuen Freien Presse" hingewiesen worden ist.

Die eroberten Länder werden ohne jeden Zweifel nicht nach denselben Finanzgesetzen verwaltet werden wie bisher, und die gegenwärtigen Garantien werden nicht fortbestehen können wie sie sind. Da die Vergangenheit es sowohl für die Türkei wie für den Administrationsrat der Dette Publique und für die Besitzer der ottomanischen Staatspapiere rätlich macht, hinsichtlich der zu übernehmenden Verpflichtungen sehr mißtrauisch gegen die neuen Schuldner zu sein, so wäre es das sicherste, das Prinzip einer jährlich zu bezahlenden Summe, das völlig hypothetisch wäre, abzulehnen und das Prinzip der Kapitalisierung dieser Summe aufzustellen. Europa, das der parteiische Verteidiger der Balkanstaaten ist, wird sich den Kopf zerbrechen, um Mittel und Wege zur Erleichterung dieser Operationen zu finden. Wenn dieses Kapital in den Händen der Dette Publique ist, werden sich die Beteiligten — der Administrationsrat und die Regierung — über die Art und Weise seiner Verwendung zum besten der Interessen der Gläubiger und derjenigen, die Ansprüche auf die Ueberschüsse der Einkünfte der Dette haben, verständigen.

Auch für die andern Schulden der Türkei — diejenigen, welche in der 2., 3., 4. und 5. Gruppe enthalten sind — wird, ob diese Schulden spezielle Garantien in den verpfändeten Einkünften aus den verlorenen Provinzen haben oder nicht, noch der Anteil der Balkanstaaten einschließlich Albaniens bestimmt werden müssen. Diese Summe muß in der Weise festgestellt werden, daß man die jährlichen Einnahmen des ottomanischen Reiches berechnet und diese mit den Einnahmen der verlorenen Gebiete, ausschließlich der direkt der

Digitized by Google

Dette gehörigen Einnahmen, vergleicht. Die so zwischen der Türkei und den neuen Eigentümern jener Gebiete festgestellte Summe muß wiederum kapitalisiert und in die Hände der von der ottomanischen Regierung zu bezeichnenden Banken gelegt werden. Auf diese Weise würde man für die Zukunft alle Streitigkeiten vermeiden und die Interessen, um die es sich dabei handelt, aufs beste schützen.

Nach dem Kriege wird man zu einer Unifizierung der Schulden der 3. Gruppe mit Ausnahme der Bagdadbahnserien schreiten müssen. Diese Unifizierung wird auch die Anleihe von 1902 aus der 5. Gruppe umfassen müssen. Auf diese Weise wird man, statt zehn Anleihen mit besonderen Bezeichnungen zu haben, einen einzigen, mit Garantien auf soliden Grundlagen ausgestatteten Typus bekommen, und diese Unifizierung wird einerseits die Summen, die man von den Balkanstaaten erhalten wird, anderseits die dringenden Bedürfnisse der Türkei zur Bezahlung der aus dem Kriege sich ergebenden Schulden mit berücksichtigen.

Diese Unifizierung ist sogar notwendig angesichts des gegenwärtigen Standes der Dinge, der zu einer Abänderung der Artikel betreffend die Garantien der verschiedenen Anleiheverträge zwingt. Eine Verständigung zwischen den an diesen Anleihen am meisten interessierten französischen und deutschen Banken wird diese Operation sehr erleichtern.

*

Ich komme zum Schluß und möchte meine Darlegungen dahin zusammenfassen, daß die ottomanische Dette nach dem Kriege ebenso sicher sein wird wie vorher, und die türkischen Staatspapiere, die sich in den kritischsten Augenblicken unserer Geschichte gehalten haben, sich wieder werden befestigen können, sobald der Friede wiederkehrt.

Ueber die Zukunft der ottomanischen Finanzen im allgemeinen werde ich in einem besonderen Artikel sprechen.

England und Frankreich heute und vor hundert Jahren

Von

Oberst a. D. v. Kurnatowski

Rom gelangte durch die Anwendung des schlauen Grundsatzes „Divide et impera!“ zur Weltherrschaft. Diese beschränkte sich damals auf die Mittelmeerländer, die vornehmlich die Geschichte des Altertums bildeten. Eine Weltherrschaft im Sinne der römischen zu gründen ist heute unmöglich, nachdem die Kultur ihre Arme in alle Länder der Erde ausgestreckt und sich über alle Völker verbreitet, selbst in den dunklen Erdteil tief eingedrungen ist. Auch

Digitized by Google

Napoleon gelang es nicht vor hundert Jahren, die Welt zu erobern, so kühn seine Pläne auch waren, so energisch sein Wille ihn trug, so gewaltig er über alle seine Zeitgenossen emporragte. Schon frühzeitig erkannte er, daß England die Macht war, die seinen Plänen den nachhaltigsten Widerstand entgegenzusetzen vermochte, die auf und an dem Mittelländischen Meer bekämpft werden mußte. Um den Besitz der Küsten dieses Meeres handelte es sich zunächst, wenn Frankreich eine weltbeherrschende Stellung gewinnen, die Reichtümer der Erde durch weitverzweigten Handel an sich reißen wollte. Darum wendete Napoleon schon 1798 seinen Blick auf Aegypten, um die Macht Englands an ihrer verwundbarsten Stelle, im Orient, zu fassen. Denn immer dreister, deutlicher und übermütiger enthüllten sich im englischen Parlament die Pläne einer gewaltigen Handelspolitik, die nach dem Wort des deutschen Dichters das Reich der freien Amphitrite schließen wollte wie ihr eignes Haus.

Es ist ein eigentümlicher Treppenwitz der Weltgeschichte, ein bedauerlicher Circulus vitiosus, daß im vergangenen Jahr England entschlossen war, zum Zweck gemeinsamer Aktion mit Frankreich gegen Deutschland ein Heer von 160000 Mann an der holländischen Küste landen zu lassen, ebendort, wo dieselbe Macht in der Koalition von 1799 eine Landung vorbereitete, um mit Oesterreich und Rußland im Bunde gegen Frankreich ins Feld zu rücken. Vielleicht muß jetzt Deutschland und in erster Linie Preußen für seine damalige undeutsche Politik und sein Fernbleiben von der zweiten Koalition büßen. War zu jener Zeit die Politik Albions korrekt und zielbewußt, so geht sie auch heute von der richtigen Voraussetzung aus, daß der Gegner bekämpft werden muß, der politisch oder wirtschaftlich als der gefährlichste zurzeit erscheinen muß. Damals war es Frankreich; heute Deutschland. Die Pläne des Korsen, die auf den englischen Besitz im Orient gerichtet waren, wurden durch die Schlacht bei Abukir vereitelt, die ihrerseits die mediterraneische Herrschaft der Briten begründete.

Der Friede von Amiens, der u. a. Malta dem Johanniterorden zurückgab und der Pforte aufs neue den Besitz von Aegypten zusicherte, brachte die Feindseligkeiten zwischen England und Frankreich nur zum Stillstand, nicht aber zum endgültigen Abschluß. Napoleon begnügte sich keineswegs mit seinen Waffenerfolgen in Italien und der Schweiz, in Holland und Deutschland, sondern erstrebte auch mit allen Mitteln eine Schmälerung des in glücklicher Sicherheit gelegenen Inselreiches durch brüske Verletzung seiner wirtschaftlichen Interessen. England fühlte sich in den Grundfesten seiner Macht bedroht, als Frankreich, Spanien, Holland und Italien den englischen Waren verschlossen wurden. In voller Uebereinstimmung mit dem Volke weigerte sich der Hof von St. James, entgegen den Abmachungen von Amiens, die Insel Malta zu räumen, solange Holland und die Schweiz von französischen Truppen besetzt waren. Außerstande, die britische Seemacht zu bewältigen, beschloß Bonaparte 1803, durch Besetzung von Tarent und Hannover dem Handel Englands auch die Absatzgebiete nach Italien und Norddeutschland zu sperren. Deshalb hielt er die Besetzung von

Digitized by Google

Hannover für notwendig und teilte noch vor dem Bruch mit England seine Absichten dem Könige von Preußen mit. Leider setzte man in Berlin diesen Plänen nicht den Widerstand entgegen, der wahrscheinlich den Konsul bei dem damaligen Respekt vor dem altfriderizianischen Heere zu einem andern Entschluß gebracht haben würde. Zur Eroberung der britischen Insel selbst versammelte Bonaparte ein gewaltiges Heer an der Küste von Boulogne und brachte dort in einem zweijährigen Uebungslager die Truppen auf einen hohen Grad der Ausbildung. Im Volke lebte der alte Nationalhaß des fünfzehnten Jahrhunderts wieder auf, und freiwillige Beiträge wurden öffentlich für die Beschaffung einer Transportflotte gesammelt, die das Heer an die feindliche Küste führen sollte. Wenn es nur gelang, für zwölf Stunden den Kanal zu beherrschen, dann mußte die Landung gewagt werden, und „dann wird England nicht mehr sein", so äußerte sich Bonaparte in seinen Briefen. Die Unabhängigkeit Irlands und die Zerstörung des britischen Reichtums sollten die Macht des Inselreichs für immer brechen. Zur Ausführung dieses Planes kam es nicht, da sich Bonaparte genötigt sah, dieses Heer gegen Oesterreich an die Donau zu führen. —

Wie England gegenwärtig Frankreich gewähren läßt, es in seinen Rüstungen bestärkt und sich so den natürlichen Rivalen auf dem Weltmeer zu seinem Bundesgenossen macht, so gestattete Napoleon I. dem Lande des Zaren die Ausbreitung seiner Macht auf Finnland mit der Erklärung, die Welt sei groß genug für sie beide. Wenn Rußland und Frankreich vereinigt zum Bosporus vordrängen, so werde dieser Schlag bis nach Indien widerhallen und England zur Unterwerfung zwingen. Den Einmarsch der Russen in Finnland beutete Napoleon seinerseits aus, um in Portugal einzurücken und diesen wichtigen Brückenkopf Englands in seine Gewalt zu bringen. Der völkerrechtswidrige Einbruch der Briten in Dänemark wurde von Napoleon gewandt benutzt, um den öffentlichen Unwillen gegen diese Macht zu erregen, die alles, was dem Menschen heilig sei, mit Füßen trete. So fand seine Versicherung Glauben, daß er die Freiheit der Meere im Auge habe, nicht aber an Eroberungen denke.

Als Spanien sich für seine Unabhängigkeit erhob, unterstützte die englische Politik den Aufstand durch britische und deutsche Regimenter, und die tapferen Hannoveraner der Deutschen Legion konnten nun endlich die Schande von Sulingen sühnen. Schon das erste Kriegsjahr in der Bekämpfung dieses Aufstandes brachte der Napoleonischen Armee zwei in ihren Annalen unerhörte Niederlagen — in Portugal kapitulierte Junot, bei Baylen streckte Dupont mit seinem Korps die Waffen. Napoleon mußte nach Spanien eilen, um dem weiteren siegreichen Vordringen des Aufstandes entgegenzutreten. In raschem Triumphzuge schlug er die zur Feldschlacht unfähigen Heere der Spanier und trieb eine englische Armee bis an die Küste zurück. England selbst aber blieb für ihn unangreifbar. Deshalb mußte der Handelskrieg tun, was der Seekrieg nicht zu leisten vermochte. Als er die Nordseeküste mit dem Kaiserreich vereinigte, erklärte er den Abgeordneten der Hansestädte kurz: „Die Edikte über die Kontinentalsperre sind die Grundgesetze meines Reiches!" Jetzt richtete er auch

Digitized by Google

seine Blicke nach Asien, um in einem Kriegszuge zum Ganges, die Taten Alexanders des Großen überbietend, „dies Schaugerüste der englischen Handelsgröße" für immer zu vernichten. Deshalb änderte Napoleon seine Politik gegen Rußland, schmeichelte den Polen mit einer hoffnungsreichen Zukunft, beraubte den Herzog von Oldenburg, Alexanders nahen Verwandten, seines Erblandes und beleidigte den russischen Gesandten Kurakin bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich. Als 1811 die Spannung zwischen Rußland und Frankreich einen Krieg unvermeidlich erscheinen ließ, schwankte König Friedrich Wilhelm III. sehr, einem Bündnis gegen Napoleon beizutreten. Dafür forderte er von England Subsidien und eine Landung an der deutschen Küste. Die britische Regierung sah aber nicht ein, daß die Entscheidung des Weltkampfes allein in Deutschland lag. Es war stolz, und auch mit Recht, auf seine iberischen Siege und bildet sich noch heute ein, daß Wellingtons Waffenerfolge in Spanien das Reich Napoleons zertrümmert hätten. England begnügte sich damit, Preußen anfangs nur Waffenlieferungen anzubieten.

Die glückliche Insel, die allein unter allen Staaten Europas dem Imperator standhaft die Anerkennung versagt hatte, galt bei allen deutschen Patrioten als die feste Burg der Freiheit, ihre schlaue und gewalttätige Handelspolitik als ein heroisches Ringen um die höchsten Güter der Menschheit. Pitt hatte oft dem preußischen Staat glänzende Erwerbungen, vornehmlich den Besitz der Niederlande, verheißen, wenn er sich dem Bunde gegen Frankreich anschlösse. Als nun aber 1813 Preußen in Waffen stand, hatte das englische Ministerium von Pitt als Erbschaft nur den zähen Haß gegen die Revolution, nicht den freien und weiten politischen Blick übernommen. Spät erst entschloß sich England, an Preußen Subsidien in der Höhe von $3^1/_2$ Millionen Taler zu zahlen, wofür sich Friedrich Wilhelm verpflichten mußte, 80000 Mann ins Feld zu stellen. Bekanntlich brachte Preußen mehr als die dreifache Zahl an Streitern auf und erwies sich so als ein zuverlässiger Bundesgenosse für England und die Staaten des Kontinents.

Während diese in den langwierigen Kriegen mit der französischen Republik und dem ersten Kaisertum schwere Verluste an Gut und Leben erlitten und zum Teil ihren Wohlstand einbüßten, trug das britische Reich in denselben Kämpfen reiche Erfolge und Errungenschaften auf See und an überseeischen Werten ein. Für die Kriegserklärung des 1. Februar 1793 mußte Frankreich sofort durch den Verlust wertvoller Besitzungen in beiden Indien büßen. Auf diesen Fall rechtzeitig vorbereitet, fielen die englischen Militärbehörden in Ostindien bei der ersten Kunde von dem Bruch über Pondichery und Tschandernagor her. In Westindien wurden Tabago, in Nordamerika am Golf des Lorenzstromes die französischen Fischerinseln St. Pierre und Miquelon von den Engländern erobert. Jede fremde Seemacht, die sich freiwillig oder aus Zwang Frankreich anschloß, vermehrte nur die Zahl der Beutestücke, die der englischen Flotte zum Opfer fielen. Kaum war 1795 Holland als batavische Republik für England Feindesland geworden, als überall die Jagd auf holländische Schiffe begann.

Digitized by Google

3 Linienschiffe, 9 Ostindienfahrer und 30 andere Schiffe, die bei den Engländern Schutz gesucht hatten, wurden geraubt, und jedes holländische Schiff, das sich in irgendeinem Winkel des Weltmeeres fand, ward weggenommen. Admiral Elphinstone eroberte 1796 das Vorgebirge der Guten Hoffnung und nahm eine Handelsflotte, deren Wert in Holland auf 10 Millionen geschätzt ward. In Westindien wurden den Holländern die Kolonien Demerara u. a., in Ostindien Banda und Amboina von den Engländern entrissen. Durch den Anschluß an Frankreich trat Spanien 1797 in ein feindliches Verhältnis zu England, dessen Flotte zunächst bei dem Vorgebirge von San Vincente einen Sieg erfocht und wenige Tage darauf die Insel Trinidad, die Perle unter den spanischen Besitzungen in Westindien, im ersten Anlauf eroberte. Der Sieg bei Abukir bot den Engländern die Handhabe, den unnatürlichen Bund der Russen und Türken zu stiften, der ihnen Neapel und die Jonischen Inseln in die Hände lieferte. Als sich schließlich England auch zum Herrn von Malta, Minorka und, in beschränktem Sinne, Aegypten machte, wurde das Mittelländische Meer gewissermaßen ein englisches Gewässer.

Die glücklichen Kriege zur See kosteten freilich ebenso riesige Summen wie die unglücklichen Unternehmungen auf dem Festlande von Europa. Die Staatsschuld Englands stieg in den Jahren 1793 bis 1802 auf 597½ Millionen Pfund, die aber im eignen Lande aufgebracht worden war. Der englische Geldadel streckte diese Summe vor, die aus dem Ertrage der Zölle und Verbrauchsabgaben verzinst wurden. Mit der Ausdehnung des Handels und der Vermehrung der Schutzländer, die ebensoviel neue Absatzgebiete für Englands Gewerbefleiß waren, verdreifachte sich auch der Reichtum. Der Schuldentilgungsfonds, der im Jahr 1784 nur ½ Million betragen hatte, erreichte im Jahr 1800 die beträchtliche Höhe von 6½ Millionen Pfund. Derselbe Geldadel, der dem Staatsschatz seine bedeutenden Ersparnisse als Darlehen anvertraute, machte im Parlament die Zoll- und Steuergesetze und außerhalb desselben die großen Geschäfte über See mit den Kolonien. Um der Ausbeutung der unteren und mittleren Klassen durch eine einheitliche Gesetzgebung eine Grenze zu setzen, führte Pitt durch Beschluß beider Häuser 1799 die income-tax, eine Steuer von jeder Art Einkommen, ein. Diese erreichte eine solche Höhe, daß die Frage nach Krieg oder Frieden gar nicht mehr von finanztechnischen Rücksichten abhängig gemacht werden brauchte.

Zu einem schnellen Friedensschluß mit Frankreich war England, abweichend von dem Verfahren der kontinentalen Mächte, niemals geneigt. Als Napoleon gleich nach seiner Ernennung zum ersten Konsul an die englische Regierung unterm 25. Dezember 1799 in friedlichem Sinne schrieb, um dem langjährigen Kriegszustande ein Ende zu machen, antwortete Lord Granville wenig entgegenkommend und schloß einen Subsidienvertrag mit Oesterreich, um dieses zur Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich diesseits und jenseits der Alpen zu veranlassen. Interessant ist der Aufsatz eines sehr unterrichteten Staatsmannes, Edward Cooke, den er bald nach Unterzeichnung des Vorfriedens von London

Digitized by Google

1801 an Lord Robert Castlereagh, ein Mitglied des Kabinetts, einreichte. Cooke warnte vor einem definitiven Friedensschluß, in der Besorgnis, daß dieser England zugrunde richten, seine Größe als See- und Handelsmacht zerstören, seine Finanzen vernichten würde. Der Alleinhandel, den England während des Krieges genossen habe, werde aufhören, da Frankreich zur Anknüpfung von Handelsbeziehungen das Recht erhalten solle, die die Ein- und Durchfuhr englischer Waren beschränken könnten. „Lassen wir den Seekrieg fortdauern, so dauert auch unser Handelsmonopol fort," sagt Cooke. Ferner: „Der voraussichtliche Friede ist der gewisse, nachweisbare Ruin; der Krieg rettet uns wenigstens die Möglichkeit eines günstigen Ausgleichs. Frankreichs Sinnen und Trachten ist darauf gerichtet, unsre Größe als See- und Handelsmacht zu stürzen und unsre Finanzen zugrunde zu richten. Ein Friedensschluß, der diesem Vorfrieden gleichkäme, wäre der sicherste Weg zu diesem Ziel."

Napoleon gelang es nicht, den Todfeind seines Landes zu besiegen, der weder durch jahrelange Bedrückung, wie Preußen, noch durch die natürliche siegreiche Fortsetzung eines aufgedrungenen Feldzuges, wie Rußland, noch endlich durch wiederholte Rücksichtslosigkeiten, wie Oesterreich, zu erbitterter Kriegführung gezwungen wurde! England allein kämpfte nicht aus Notwehr, sondern aus Rücksicht auf seine Weltmachtstellung, seine Seeherrschaft und den Welthandel den Vernichtungskrieg gegen Frankreich. Einem englischen Heere blieb es schließlich vorbehalten, im Verein mit der Blücherschen Armee dem Usurpator den Todesstoß zu versetzen.

Weniger einsichtsvoll und zielbewußt als Napoleon I. führte das zweite Kaisertum die Politik zur Erweiterung seiner Macht. Durch den Krimkrieg drängte es zwar Rußland vom Mittelländischen Meere ab und machte das Schwarze Meer zu einem Mare clausum. Durch die weiteren Folgen des Krieges wurde Napoleon III. selbst der mächtigste Monarch auf dem Kontinent, dessen politischem Programm zu Beginn eines jeden Jahres ganz Europa lauschte. Auch in Oberitalien holte er sich Waffenruhm, worauf das eitle Volk an der Seine so stolz ist. Er zersplitterte aber seine Kräfte durch die gänzlich verfehlte Expedition nach Mexiko und das unfruchtbare Streben nach Vergrößerung seines Gebiets auf Kosten Deutschlands. Für Sadowa forderte er Revanche, obgleich ihm der Zweikampf zwischen Preußen und Oesterreich um die Hegemonie in Deutschland Hekuba sein mußte, denn er trug sich mit dem Ehrgeiz, die Händel seines östlichen Nachbarn nach seinem Gefallen schlichten zu können, wie es sein großer Oheim vor sechzig Jahren mit Erfolg getan, und vernachlässigte dabei die Interessen zur See, die einzig und allein seinem Lande die Bedeutung einer Weltmacht zu verleihen vermochten. Währenddessen machten England und Rußland gewaltige Fortschritte zur Erweiterung ihres politischen Einflusses und ihrer merkantilen Beziehungen in fremden Erdteilen. Wie verfehlt Frankreichs Politik gewesen, bewies der unglückliche Krieg gegen Deutschland, den Napoleon mit Preußen allein und mit Italien und Oesterreich im Bunde zu führen gedachte. 1859 hatte Preußen schließlich seine ganze Armee nur deshalb mobil

Digitized by Google

gemacht, um den Rhein gegen Frankreich zu verteidigen, nicht aber, um an dem Kriege in Oberitalien teilzunehmen. 1866 hatte Bismarck in Nikolsburg den französischen Botschafter Benedetti empfangen, im darauffolgenden Jahre die Luxemburger Frage im Sinne Frankreichs gelöst, bloß um einen Krieg zu vermeiden. Und dennoch wurde dem friedliebenden König Wilhelm der Waffengang 1870 nicht erspart, weil er sich mit den wiederholt geäußerten Ansprüchen Napoleons auf deutsches Gebiet nicht hatte einverstanden erklären können.

Daß die Politik des zweiten Kaisertums verfehlt gewesen war und sich auf falsche Ziele gerichtet hatte, sah auch die Republik nicht ein. Als natürliche und wohlberechtigte Strafe hätte sie den Verlust der ehemals deutschen Provinzen ansehen müssen, als Sühne für die kurzsichtige Politik des letzten Kaisers. Jetzt war er ja abgetan und das Volk zur Regierung gelangt. Der Verlust einer Schlacht und eines ganzen Feldzuges ist keine Schande für eine Armee, wenn sie ihre Waffenehre gewahrt hat. Bei Sedan war die französische Armee durch die geniale Heeresführung Moltkes in unlösbarer Umklammerung trotz heldenmütiger Gegenwehr zur Kapitulation gezwungen worden. Obgleich es nach Sedan keine Feldarmee mehr gab, leisteten doch die ungeschulten Massenheere Gambettas einen Widerstand, den die Deutschen oft nur unter schweren Verlusten bewältigen konnten. Doch die dritte Republik kann nicht verschmerzen, daß der Kriegsruhm des französischen Heeres durch die Niederlagen von 1870/71 erschüttert und die östliche Grenze des Landes vom Rhein abgedrängt worden ist. Sie schaut mit Scheuklappen vor den Augen nur nach Osten und hat den Ruf des Kaisertums nach Rache für Sadowa mit dem der Rache für Sedan abgelöst. Sie erkauft sich durch Uebernahme kostspieliger Anleihen die Freundschaft Rußlands, damit es nicht wieder neutral bleibe wie 1870, und wendet ganz ungeheure Summen für Rüstungen auf, die ausschließlich der Rückeroberung der „geraubten" Provinzen gewidmet sind. Auch die Kämpfe in Marokko und die Erweiterung des französischen Kolonialbesitzes in Afrika dienen diesem Zweck, da sie zum letzten Ende die Schaffung einer schwarzen Armee im Auge haben, die auf dem europäischen Kriegsschauplatz Verwendung finden soll. Im nächsten Jahr wird Frankreich bereits 15200 Mann schwarze Truppen in Afrika besitzen, worunter sich 14 Bataillone zu je 1800 Mann, 3 Reservebataillone von gleicher Stärke in Senegambien und 2 Bataillone in Algerien befinden. Hierzu sollen im Jahr 1914 im ganzen noch 2 Bataillone kommen, so daß die schwarze Armee dann schon 20000 Mann, annähernd ein Armeekorps, stark sein wird. Nur widerwillig und nicht pari, sondern leider posteriore passu folgt Deutschland dem Beispiel seines Erbfeindes in dem Ausbau der kriegerischen Wehr. Dies ist trotz der Heeresvorlage von 1912 ein trauriges Kapitel, das glücklicherweise außerhalb unsrer Aufgabe liegt.

Die Quittung auf die verfehlte und einseitige Politik der Republik gab England 1898, als es dem französischen Expeditionsheer ein „Quos ego!" bei Faschoda zurief. Das brüske Auftreten des Inselreichs hätte damals den Politikern an der Seine die Augen öffnen und ihnen klarmachen müssen, daß hier

Digitized by Google

allein der Feind zu suchen war, der sich einer Weltpolitik Frankreichs entgegenstellte. An eine Rache für Faschoda denkt man in Frankreich merkwürdigerweise nicht, weil der Blick getrübt und starr nur gegen Deutschland gerichtet ist. Hier allein hatte Frankreich eine politische Niederlage, eine Schmach erlitten, die nur durch die Waffen wieder gesühnt werden konnte, denn tatsächlich kamen die Engländer $2^1/_2$ Monate später als die Franzosen in Faschoda an. Aber die Republik gab nach, bloß um nicht ihre politische Position Deutschland gegenüber zu schwächen.

Als dieses mit dem Aufblühen seines Handels und dem Wachsen seiner Kauffahrteiflotte sich zum Bau einer Kriegsmarine entschloß und seine Seerüstungen in zweckentsprechender, aber durchaus bescheidener Weise durchführte, erregte dies das Mißfallen Englands, das sich zur Aufrechterhaltung des Zwei-Mächte-Standards zu einer sprungweisen Verstärkung seiner Kriegsflotte gezwungen sah. Da fanden sich die beiden Großmächte am Kanal als gemeinsame Gegner Deutschlands aus verschiedenen Gründen zu dem unnatürlichen Bunde zusammen. Während Deutschland nirgends seinem westlichen Nachbarn entgegentritt und selbst in der Marokkofrage des vorigen Jahres eine Langmut ohnegleichen bewiesen hat, macht sich Frankreich in Nordafrika vollkommen von England abhängig, um diesen geschätzten Bundesgenossen bei guter Laune zu erhalten. Ueber seinen Rüstungen zu Lande vernachlässigt Frankreich die Flotte, die weit von der deutschen überholt worden ist, da es ihm an dem nötigen Menschenmaterial für die Besatzung der Schiffe fehlt. Man bedenke, daß ein Dreadnought die Mannschaft eines kriegsstarken Bataillons von 1000 Mann und darüber in Anspruch nimmt. Unter dem Mangel einer das Weltmeer beherrschenden Kriegsflotte leidet der Handel Frankreichs, verkümmert die Industrie, gerät das gewerbliche Leben ins Stocken.

Trotz des Reichtums in Frankreich, den seine Bank mit dem hohen Goldbestande beweist, den die Ersparnisse jedes einzelnen nach der Ruhe des Rentners strebenden Bürgers dartun, ist es durch Deutschland im Laufe der letzten vierzig Jahre auf dem Gebiete des Handels und der Industrie ganz bedeutend überflügelt worden. Die statistischen Zahlen beweisen am besten, daß Frankreich mit seinen einseitigen Rüstungen sich in sein eignes Fleisch schneidet und seinen wirtschaftlichen Wohlstand schädigt, dagegen weder England noch Rußland in ihrer Weltpolitik in den Gebieten behindert, in denen sich die Interessen gegenseitig berühren. Frankreich und Deutschland, miteinander verbunden, könnten eine erfolgreiche Konkurrenz auf dem Weltmarkt allen Mächten gegenüber durchführen, und England könnte unmöglich diesem Bunde gegenüber den Zwei-Mächte-Standard aufrechterhalten.

England benutzt Frankreich zum Vorspann seiner Pläne und beweist dies aufs deutlichste neuerdings durch Konzentrierung seiner Streitkräfte nach der Nordsee auf Kosten der nötigen Besatzungen im Mittelländischen Meer. Infolgedessen sah sich der Generalgouverneur von Aegypten und Oberkommandeur der gesamten Seestreitkräfte des Mittelländischen Meeres, Lord Kitchener, zu einem

Digitized by Google

energischen Protest gezwungen, der zu geheimen Besprechungen auf der Insel Malta am 30. Mai d. J. führte. An diesen nahmen außer Lord Kitchener der Ministerpräsident Asquith, der Marineminister Churchill, der Höchstkommandierende auf Malta, Lord Hamilton, und der Chef der Mittelmeerflotte, Admiral Poë, teil Man einigte sich, wie bekannt geworden ist, dahin, daß eine Veränderung der augenblicklichen Flottenpolitik zur Sicherung des englischen Besitzes im Mittelmeer erforderlich sein wird. Die zu erwartenden maritimen Rüstungen Italiens und Oesterreichs in den Gewässern des Mittelmeeres würden nach 1914 die Gesamtstreitkräfte der vereinigten britischen und französischen Mittelmeerflotte als unzureichend erscheinen lassen.

Die Neueinteilung der englischen Flotten nach dem 1. Mai d. J. ist sehr beachtenswert. Die bisherige Atlantische Flotte hat von ihren drei Stützpunkten Dover, Berehaven und Gibraltar letzteren aufgegeben und beschränkt ihre Wirksamkeit ausschließlich auf die Heimat. Diesen Stützpunkt hat die Mittelmeerflotte übernommen, die bisher in Malta stationiert war. Von den Linienschiffen dieser Flotte sollen noch zwei in die Heimat abberufen worden sein, so daß in Gibraltar nur 4 Linienschiffe der Duncanklasse (1901) und 4 Panzerkreuzer bei Malta verbleiben. Damit ist also die Seestreitkraft Englands im Mittelmeer um 12 Kriegsschiffe, von 20 auf 8, verringert worden. Von den geschützten Kreuzern, von denen bisher 2 in Gibraltar, 4 bei Malta lagen, dürfte gleichfalls ein Teil zurückgezogen worden sein. Dagegen wird eine Vermehrung der Torpedofahrzeuge und der Unterseeboote geplant. Wie bisher sollen im Kriegsfall die Linienschiffe von Gibraltar zur Atlantischen Flotte herangezogen werden. Dann wird den Schutz des Seeweges nach Indien im Mittelmeer Frankreich fast allein übernehmen, und es fragt sich, ob nicht die Flotten von Italien und Oesterreich zusammen das Uebergewicht auf dem Mittelmeer gewinnen werden.

Die „Daily Mail" sagt von den Besprechungen in Malta, daß mit Frankreich eine Verständigung über die gemeinsame Verteidigung herbeigeführt, ein förmliches Bündnis aber nicht abgeschlossen werden solle. Dieses könnte dahin führen, daß Frankreich seine gesamten Streitkräfte in das Mittelmeer verlegen könnte, um hier auch zum Schutz der englischen Interessen stark genug zu sein. Dafür hätte England den Schutz der Kanal- und atlantischen Küste Frankreichs zu übernehmen. Dieses Schutz- und Trutzbündnis würde zu einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis beider Länder führen, das besonders dem mächtigeren England nicht angenehm sein kann, weil es damit die Herrschaft auf dem Mittelländischen Meer Frankreich allein überlassen müßte. Auch die geplante Verstärkung der Besatzungen in den englischen Stützpunkten des Mittelmeeres, in Gibraltar, Malta und Aegypten, würde daran nichts ändern. Hier befinden sich gegenwärtig 37 600 Mann, von denen die Hälfte Engländer sind.

Die nächste Zukunft wird lehren, ob diese englisch-französische Politik im Mittelländischen Meer von Dauer ist. Schon beginnen Italien und Oesterreich sich zu regen und fühlen sich beunruhigt durch das schroffe Auftreten Frankreichs, das sich plötzlich zum Herrn des Mittelmeers erhoben sieht. England hat auch

Digitized by Google

schon Themsewasser in den schäumenden Wein der Republik gegossen, scheint also keineswegs geneigt, ganz seine Händ' einem Meere zu entziehen, über das allein der kürzeste Weg nach Indien führt.

Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat

Von

Germain Bapst (Paris)

II

Das französische Hauptquartier am Vormittag des 18. August.

An diesem für Frankreich so unheilvollen Tage treten die Hauptcharakterzüge des Marschalls Bazaine noch deutlicher hervor als an den vorausgegangenen Tagen.

Nichts zu unternehmen war das Ziel, das er sich unwiderruflich gesteckt hatte, und um es zu erreichen, bot er alle Kräfte seiner Intelligenz auf.

Wenn er gezwungen war, zu handeln, so hatte er nicht den geringsten Gedanken mehr und nahm den ersten Rat an, der ihm gegeben wurde, mit der geheimen Absicht, die Schuld auf dessen Urheber abzuwälzen, wenn die Sache schief ging. Seine Apathie, die Furcht vor der Unpopularität, das Bewußtsein seiner Unzulänglichkeit, die Schwäche seines Pflichtgefühls und der Mangel an moralischem Sinn raubten ihm den Willen, einen Entschluß zu fassen, einen Befehl zu erteilen, eine Anstrengung zu machen und etwas zu unternehmen.

Marschall Bazaine war nur noch eine Mumie, die die ganze Armee mit sich in den Tod zog.

Seine Idee, sich hinter die Forts in Sicherheit zu bringen, hatte seit dem Abend des 16. August feste Gestalt angenommen. „Wir werden uns auf das Plateau von Plappeville zurückziehen," hatte er um 11 Uhr abends geschrieben.

Während des 17. August hatte er den Kaiser irrezuführen gesucht; er hatte ihm gegenüber davon gesprochen, daß er sich nach achtundvierzig Stunden wieder in Marsch setzen wolle. Die Entsendung des Majors Magnan und vor allem die des Intendanten de Préval waren darauf berechnet, die Täuschung zu vervollständigen.

Im Laufe des Nachmittags hatte er dagegen dem Obersten Lewal seinen wahren Plan enthüllt und ihn mit der Ausfertigung der nötigen Befehle beauftragt, um die Armee unter die Wälle der Forts von Metz zu führen.

Am 18. August um 10 Uhr morgens, vor der Schlacht, schrieb er dann an den Marschall Canrobert und gab ihm Weisung, sich zurückzuziehen, „wenn es den Anschein habe, als ob der Feind ihn ernstlich angreifen wolle."

Digitized by Google

Damit hatte er seine Idee klar und bestimmt ausgesprochen; auf ihre Verwirklichung zielten alle seine Handlungen und seine Befehle hin, und tatsächlich war denn auch die Armee am Ende des Tages in Metz eingeschlossen.

Seine Armee ließ sich auf dem Platz niederhauen, um ihre Stellungen zu behaupten; dank dem Opfer vieler Tausende von Menschenleben war er nahe daran, die Oberhand zu gewinnen; von ihm allein hing es ab, den Sieg zu erringen; wenn er den wiederholten Bitten des Marschalls Canrobert nachgab und auf dem Schlachtfeld erschien, konnte er ein richtiges Bild von der Lage bekommen und seine bis dahin unausgenutzten Reserven zweckentsprechend verwenden. Statt dessen aber kümmerte er sich nicht um die Schlacht, hörte nicht auf die Aufforderungen seines Unterführers, und so wurde das viele Blut ganz umsonst vergossen, die viele Mühe und Hingebung ganz umsonst aufgewendet.

„Den Rückzug anzuordnen, ohne vom Feinde dazu gezwungen zu sein, das war sein Gedanke," hat er selbst erklärt; und wenn die Deutschen die Franzosen zwangen, sich im Laufe des Tages zurückzuziehen, so ging eben die Bewegung einige Stunden vor dem festgesetzten Augenblick vor sich. „Das ist schließlich kein Unglück," sagte er dann wieder.

Welcher Beweggrund konnte ihn veranlassen, so zu handeln? Die Hoffnung, allein unbesiegt zu bleiben, nachdem seine Kameraden und seine Unterführer geschlagen waren? Wenn das der Grund für ihn gewesen wäre, so würde er sich in seinen Stellungen zu halten gesucht und sie nicht dem Feinde überlassen haben, er würde alles daran gesetzt haben, die Eisenbahnlinien so lange intakt zu erhalten, wie es notwendig war für das Eintreffen der Vorräte, die er so dringend verlangt hatte.

Hatte er nicht in seinem Namen das Versprechen geben lassen, diese letzte Verbindungslinie zu bewachen, als er am Tage vorher die dringendsten Telegramme abgesandt hatte?

Trotzdem hatte er am Nachmittag des 17. August nichts getan, um sie zu schützen, und tat dann auch den ganzen 18. August nichts dafür. In diesen vierundzwanzig Stunden erinnerten ihn Telegramme, Briefe, mündliche Mitteilungen unaufhörlich an die Wichtigkeit jener Bahnlinie für die Armee, und mehr als hundertmal wurde ihm nahegelegt, Maßregeln zu ihrem Schutz zu ergreifen.

Keine Bitte, keine Mahnung, keine Warnung machte Eindruck auf ihn: er hatte die feste Absicht, sich mit der Armee einschließen zu lassen, und die Einschließung sollte am Morgen des 19. August eine vollendete Tatsache sein.

Warum hatte er es nur so eilig damit, und warum beraubte er sich seiner Existenzmittel? Warum verlangte er so dringend jene ungeheueren Vorräte gerade in dem Augenblick, wo er alles darauf einrichtete, ihr Eintreffen zu verhindern? Warum hörte er auf keine jener wiederholten Warnungen? Seine Kavallerie befand sich noch immer an einer gefährlichen Stelle, wo sie nichts nützen konnte, und ihre Führer verlangten einen Wechsel der Stellung; das wäre die beste Gelegenheit gewesen, sie zur Deckung der bedrohten Eisenbahnlinie zu

Digitized by Google

entsenden; die Pferde würden dort Wasser und die Reiter Platz zum Manövrieren gefunden haben.

Immer diese Angst vor der Verantwortung: der Marschall de Mac Mahon und die Generale de Failly und Douay baten seit sechs Tagen um Befehle, der Kaiser fragte ihn nach seinen Plänen, und auch der Minister griff ein, um ihre Reklamationen zu unterstützen, doch er antwortete keinem. Wenn er antwortete, konnte er sich eine Blöße geben; wenn er schwieg, setzte er sich natürlich Vorwürfen aus.

Es gab nun ein höchst einfaches Mittel, sowohl der Verantwortung wie den Vorwürfen aus dem Wege zu gehen: das war das Abschneiden des Telegraphen. War die telegraphische Verbindung unterbrochen, so hatte er einfach infolge höherer Gewalt geschwiegen, und man konnte ihm keinen Vorwurf machen.

Dieses Verfahren ist so erbärmlich, daß man lange zögern wird, ehe man es für möglich hält, daß er es wirklich anzuwenden gedachte; aber wenn man darüber nachdenkt und jeden einzelnen Umstand abwägt, wird man zu der Ueberzeugung gelangen, daß der Marschall Bazaine das Land und die Armee geopfert hat, um der Verantwortung aus dem Wege zu gehen, die er auf sich nahm, wenn er seinen Unterführern die nötigen Befehle gab und der Regierung seine Pläne mitteilte.

Die vorhergegangenen Tage hatten den Marschall Bazaine ermüdet, und die Kontusion, die er am 14. August im Kampf bei Borny erlitten hatte, machte ihm Schmerzen.

Bei seinem Erwachen gegen 6 Uhr morgens brachte ihm der Hauptmann de Mornay ein Telegramm von dem Präfekten des Departements Meuse zur Kenntnis, das bereits am Tage zuvor eingetroffen und zur Bestätigung wiederholt worden war. Der Kriegsminister fand es so wichtig, daß er um 1 Uhr 15 Minuten morgens eine weitere Wiederholung hatte aufgeben lassen.

„Beträchtliche Heeresabteilung in der Umgebung von Apremont," berichtete der Präfekt der Meuse, „Saint-Mihiel seit dem 15. abends besetzt. Man erwartet 6- bis 8000 Mann, die auf Bar-le-Duc zu marschieren sollen."

Die Nachricht war ernst; die Armee des Kronprinzen marschierte nach ihrem Siege bei Fröschweiler auf Châlons zu, und wenn die Meldung den Tatsachen entsprach, so war die bei Metz kämpfende Armee im Süden überflügelt und konnte von einem Augenblick zum anderen umzingelt sein.

Der Marschall gab dem Minister keine Antwort und blieb unempfindlich und stumpf; man hätte meinen können, daß sich die Ereignisse ganz seinen Absichten gemäß entwickelten.

Um 6½ Uhr sandte die klare Sonne ihre Strahlen auf das Blumenparterre der Villa Bouteillier. Der Marschall trat durch eine Tür des Salons, in dem er sich auf gleicher Höhe mit dem Garten befand, in diesen hinaus und erging sich auf den geraden, mit Sand bestreuten, gutgehaltenen Wegen; das dunkle Grün des wohlriechenden Buchses, mit dem sie eingefaßt waren, ließ die leuch-

Digitized by Google

tenden Farben der flachen Beete und Blumenbosketts, besonders der roten Geranien, zwischen denen in gleichmäßigen Abständen sich hochstämmige Rosen erhoben, kräftig hervortreten. Er befand sich am Ende dieses Blumenparterres, nicht weit von einem kleinen, von seltenen Bäumen beschatteten Teich, als der Artilleriehauptmann Petit de Couprey, Ordonnanzoffizier und Neffe des Marschalls Leboeuf, vom Hauptmann de Mornay zu ihm geführt wurde, um ihm einen Brief zu überbringen. Der Marschall las das Schreiben; es enthielt einen kurzen Bericht über das Ergebnis der Erkundung des Hauptmanns Danloux und meldete dem Marschall das Vorhandensein „ziemlich bedeutender feindlicher Streitkräfte" in den Wäldern der Umgebung von Gravelotte und Verneville. Das Schreiben sprach von Staubwolken, die am vorigen Tage bemerkt worden seien und die „auf den von unserem rechten nach unserem linken Flügel gehenden Marsch feindlicher Kolonnen" hindeuteten; es schloß mit der Bitte um Maßnahmen zur Erleichterung der Wiederverproviantierung der Truppen.

Nachdem Marschall Bazaine dem Hauptmann de Couprey gedankt und seine ergänzenden Darlegungen angehört hatte, pflückte er eine Rose und übergab sie ihm mit dem Auftrag, dem Marschall Leboeuf zu antworten, er möge „gut aushalten in der Stellung, die ihm angewiesen worden sei."

Der Marschall war wieder in den Salon hineingegangen, als eine Ordonnanz einen Waldwärter aus Verdun meldete, den Marschall Canrobert von St. Privat geschickt hatte; er hieß Scalabrino. Der Mann wurde heraufgerufen. Auf dem Vorplatz nahm der Hauptmann de Mornay die Depesche, die er bei sich hatte, in Empfang und ging in den Salon, um sie dem Marschall zu überbringen.

General Guérin de Waldersbach, Gouverneur von Verdun, an den Marschall Bazaine.

Den 16. August.

„Der Hauptpark enthält in Verdun 1 200 000 Patronen und einige Munition für zwölf- und vierzöllige Geschütze.

Ebenso sind in Verdun Lebensmittel für vier Tage für die ganze Armee vorhanden."

Diese Mitteilung war die Bestätigung einer Depesche des Ministers, die der Marschall am Tage vorher um $9^1/_2$ Uhr erhalten hatte und die ihm das Eintreffen von Munition und Lebensmitteln in Verdun ankündigte: „In Verdun ist reichlich Zwieback vorhanden und ich lasse die Sendungen fortsetzen." So schloß der Minister.

Obwohl der Marschall entschlossen war, nicht mehr nach Verdun zu marschieren, fand er es unnötig, dies mitzuteilen. Er wollte nur wissen, wie Scalabrino bis zu ihm hatte gelangen können. Der Hauptmann de Mornay holte ihn herein. Nachdem der Marschall, der in einem Fauteuil an einem Tisch saß, Scalabrino aufgefordert hatte, ganz nahe zu ihm heranzukommen, fragte er ihn nach den Ortschaften, durch die er gekommen sei, und folgte bei jedem Dorfnamen mit dem Finger auf einer vor seinen Augen ausgebreiteten Karte. Sodann stellte er an Scalabrino einige Fragen über die deutschen Truppen, auf

Digitized by Google

die er gestoßen war. Als der Marschall Auskunft erhalten hatte, entließ er den Boten, nachdem er ihm 20 Franken gegeben und ihm geraten hatte, sich auszuruhen und um 5 Uhr wiederzukommen.

Hierauf wurde der General Jarras hereingerufen, um die Befehle des Marschalls Bazaine entgegenzunehmen. Er hatte bereits angefangen, sich Notizen zu machen, als der Hauptmann Parisot erschien.

Der General Frossard hatte ihn geschickt, um zu berichten, „daß man um $7^1/_2$ Uhr eine Bewegung feindlicher Truppen von unserm linken auf unsern rechten Flügel zu vor den Stellungen des III. Korps gesehen habe; daß es vor der Front des II. Korps nichts Neues gebe und daß um 8 Uhr die Bewegung der Deutschen größere Bedeutung bekommen habe."

Der Marschall antwortete, und der Hauptmann Parisot nahm den Bleistift zur Hand, um rasch seine Worte aufzuzeichnen. „Das II. Korps braucht sich nur in seiner Stellung zu halten, Feldbefestigungen auszuführen und zusammenzurücken. Der General Bourbaki wird angewiesen werden, eine Brigade nach dem Höhepunkt 213 rechts von Châtel zwischen den Korps des Marschalls Leboeuf und des Generals Frossard zu senden"; dabei bezeichnete der Marschall mit dem Finger die Stellung auf der Karte.

„Der General Frossard soll seine Truppen auf dem Wege versammeln und die Pferde auf der Mitte des Abhangs aufstellen, die Artilleriereserven längs des Abhangs entwickeln — nicht in der Schlucht — nicht unnötigerweise Patronen verfeuern, Verhaue herstellen lassen. Der Angriff wird nicht ernstlich sein; sie möchten uns auf Metz zurückwerfen. Es muß Salvenfeuer gegeben werden, um sie zu empfangen; die Debouchés im Rücken erkunden und Wege anlegen, die von unsrer Stellung zur Straße von Châtel nach St. Privat führen." Als der Marschall fertig war, fügte der General Jarras hinzu: „Wir haben Ihren Bericht über den vorgestrigen Tag noch nicht erhalten; Sie müssen ihn uns mit Ihren Beförderungsvorschlägen schicken."

Marschall Bazaine ging hinaus und ließ den General Jarras allein. Er setzte sich in einen Hainbuchengang des Gartens und zündete sich eine Zigarre an. Einen Augenblick später stellte Hauptmann de Mornay ihm den Leutnant de Brem vom 10. Regiment Jäger zu Pferd, Ordonnanzoffizier des Marschalls Leboeuf, vor, der ihm folgende Meldung überbrachte:

III. Korps.

Im Biwak von Arbre Sec, 8 Uhr 25 M., 18. August.

„Frontverschiebung schräg nach links. Die Hauptkräfte scheinen sich auf Saint-Marcel zu und in die Gegend südlich von Saint-Marcel zu ziehen.

Neue Spitzen von Kolonnen kommen aus den Wäldern von Ars hervor und bewegen sich gleicherweise auf die Höhen im Westen von Rezonville zu, das bereits stark besetzt ist.

Der Oberst, erster Adjutant des Marschalls Leboeuf
d'Ornant."

Digitized by Google

„Sagen Sie dem Marschall Leboeuf, daß er gute Stellungen hat und sie nur zu verteidigen braucht," beauftragte Marschall Bazaine den Leutnant de Brem und stand auf, um wieder in das Haus zu gehen.

Kurze Zeit, nachdem der Leutnant aus der Gegend von Arbre Sec fortgeritten war, hatten die Offiziere der Artilleriereserve des III. Korps „beträchtliche Truppenmassen hinter Gravelotte vorbeimarschieren" sehen, und als der General Rochebouet den Marschall Leboeuf davon benachrichtigt hatte, schrieb dieser eine kurze Mitteilung, in der er einen Kampf als bevorstehend ankündigte, und beauftragte den Hauptmann Petit de Couprey, sie dem Marschall Bazaine zu bringen. Als dieser Offizier in Plappeville ankam, traf er auf seinen Kameraden Poilloue de Saint-Périer von der Gardeartillerie, unter dessen Aufsicht die Pferde seiner Batterie zur Tränke geführt wurden.

„Worin reitest Du?" rief dieser ihm zu.

„Ich habe keine Zeit, mich aufzuhalten. Ich bringe dem Marschall Bazaine eine Depesche von meinem Onkel: es wird bald losgehen ..."

Zwei oder drei Minuten nach diesem Gespräch überreichte Hauptmann Petit de Couprey seine Depesche, und Marschall Bazaine wiederholte ihm seine Weisungen:

„Das III. Korps hat eine sehr starke Stellung; es soll die angefangenen Feldbefestigungen ergänzen. Ueberdies kann der Angriff nicht ernstlich werden; er kann nicht gelingen."

Der General Jarras, der bei dem Gespräch zugegen war, notierte sich diese Worte, die ihm auffielen. „Die Zuversicht des Oberkommandierenden war durch nichts zu erschüttern," schreibt der General, „und er antwortete in meiner Gegenwart andern Abgesandten der Korpskommandanten in Ausdrücken, die keinen Zweifel in dieser Hinsicht lassen können: seine Zuversicht war so groß, daß er es lange Zeit als unnötig ansah, sich auf das Schlachtfeld zu begeben."

Hauptmann de Couprey verließ Plappeville in Begleitung der Hauptleute Campionnet und Guioth vom Generalstab, die beauftragt waren, sich zu erkundigen, ob die Armeekorps mit Vorräten versehen seien und ob die Nacht ohne Zwischenfall vergangen sei. Hauptmann Campionnet, der zum IV. und VI. Korps zu reiten hatte, entfernte sich in nördlicher Richtung; die Hauptleute Guioth und de Couprey, die beide das Plateau von Moscou zum Ziel hatten, ritten miteinander.

Obwohl Marschall Bazaine sich über den Ausgang der Schlacht, die Marschall Leboeuf als bevorstehend angekündigt hatte, beruhigt aussprach, diktierte er doch dem Obersten Napoleon Boyer den Befehl zur Aufstellung einer Brigade der Garde hinter dem II. und dem III. Korps.

Dieser Befehl wurde sofort nach seiner Ausfertigung vom Hauptmann de Mornay mit der Meldung des Marschalls Leboeuf dem General Bourbaki überbracht. Wenn der kommandierende General des Gardekorps davon Kenntnis genommen hatte, sollte Hauptmann de Mornay ihn wieder zurückbringen.

Marschall Bazaine wollte ihn auch dem Marschall Canrobert schicken, zu-

Digitized by Google

gleich mit einem Briefe, der die Weisung enthielt, daß, „im Falle der Feind St. Privat ernstlich angreifen zu wollen schiene", die Armee sich auf „die Stellungen, die man im Begriffe sei zu erkunden", zurückziehen solle.

„Ich hatte dem Marschall Canrobert," schrieb Marschall Bazaine später, „den Befehl erteilt, den rechten Flügel im Falle eines ernstlichen Angriffs zurückzunehmen;" und ein andermal erklärte er: „Der Marschall Canrobert war vollkommen ermächtigt, falls er es an seiner äußersten Rechten mit einem viel zu überlegenen Feinde zu tun hätte, zurückzugehen. Das ist die Bedeutung der Weisungen, die ihm am 18. August um 10 Uhr morgens zugesandt worden sind."

Dieses Schreiben, dessen Inhalt wir mit dem Marschall Canrobert kennen lernen werden, wenn davon die Rede sein wird, wie er es erhielt, zeigt, daß der Oberkommandierende auf eine Umgehungsbewegung des Feindes gefaßt war; aber weit davon entfernt, Maßnahmen dagegen zu treffen, sorgte er nicht für die Entsendung irgendwelcher Unterstützung an diesen Punkt. Dabei standen ihm 15 Kavallerieregimenter, 24 Feldartilleriebatterien und die kaiserliche Garde zur Verfügung, die den ganzen Tag nutzlos dastehen mußten.

Die Umgehungsbewegung des Feindes gehörte zu den Dingen, die er kommen sah; aber er dachte nicht einmal daran, sie zu verhindern.

Auch auf die Eisenbahnlinie nach Thionville wurde seine Aufmerksamkeit gelenkt. Er hatte im Laufe des Vormittags ein erstes Telegramm des Generals Susane, Artilleriedirektors im Kriegsministerium, erhalten, worin ihm das bevorstehende Eintreffen dreier Munitionszüge in Metz angekündigt wurde, die von Châlons, La Fère und Vincennes abgegangen waren und über Thionville nach Metz fahren sollten.

Gegen $10^1/_2$ Uhr wurden ihm kurz nacheinander zwei vom Intendanten de Préval herrührende Telegramme überbracht. Das erste, datiert Reims 7 Uhr 29 Minuten vormittags, lautete: „Zwölf Waggons mit Brot um 4 Uhr von Reims nach Metz abgegangen. Beschleunigte Geschwindigkeit." Das zweite war 9 Uhr 30 Minuten vormittags in Montmédy aufgegeben worden: „Chefintendant baldmöglichst an den Marschall Bazaine: Ich fahre die Linie ab, um Zwieback zum Bahnhof von Devant-les-Ponts zu schicken. In Thionville, Longuyon, Montmédy nichts. Ich fahre, wenn es nötig ist, bis Mézières und Châlons. Ich habe den Minister um umgehende Proviantsendung ersucht."

Der Marschall las diese beiden Depeschen und ließ die Herren Mony und Gaffiot rufen, die in Abwesenheit des Chefintendanten und seines Stellvertreters die Verwaltung der Armee leiteten.

Als sie zur Stelle waren, befahl er ihnen, sich in Verbindung mit den Intendanten der Armeekorps zu setzen und ihnen die Versorgung mit Lebensmitteln zu erleichtern, und empfahl ihnen, alle Backöfen in den Dörfern zu ermitteln, um darin bis zum Eintreffen der angekündigten Züge das nötige Brot zu backen.

Auf eine Bemerkung Monys hin bestimmte er, daß dem Unterintendanten Bonfilion (von der Division Lafont de Villiers) die Weisung gegeben werden

Digitized by Google

solle, den Magazinen der Festung das Erforderliche zu entnehmen, um Lebensmittel für einen Tag für das VI. Korps bereitzustellen. Der General Jarras, der anwesend war, wurde beauftragt, den General Coffinières davon zu verständigen.

Es war 10 Uhr 15 Minuten; man hörte Kanonenschüsse. Marschall Bazaine horchte auf und ersuchte den General Jarras, „einen Ordonnanzunteroffizier und drei Unteroffiziere von der Gardeartillerie zu entsenden und nachfragen zu lassen, warum geschossen werde". Dann diktierte er ihm die Fortsetzung seiner Befehle. General Jarras schrieb sie mit Bleistift in sein Notizbuch:

„18. August. Zwei oder drei Unteroffiziere von der Artillerie nach dem St. Quentin schicken, um Meldung über die abgefeuerten Kanonenschüsse zu machen und woher sie kommen; sie sollen direkt mit dem Marschall in Verbindung treten." (Das Wort direkt ist unterstrichen.) Der Marschall wollte unter Ausschluß seines Stabes benachrichtigt werden.

„Dem II. Korps den Befehl erteilen, die Debouchés von Moulins mit zwei Kompagnien zu bewachen, um die Verbindungen zu sichern.

Dem Generalintendanten: die Oefen der im Rücken gelegenen Dörfer benutzen, um Brot backen zu lassen.

Die Korpskommandanten sollen ihre Intendanten ersuchen, sich an den Generalintendanten zu wenden und sich über ihre Hilfsmittel zu verständigen.

Der Division Clérembault [mitteilen], daß der Marschall Leboeuf die Brigade Bruchard (leichte Kavallerie) in vorläufiger Weise dem Marschall Canrobert gibt.

Die Kavallerie des IV. Korps soll Regimenter um Regimenter ausschicken, um die Eisenbahn nach Thionville zu bewachen und zu schützen.

Die Division Forton soll vor Moulins längs der Mosel eine Erkundung vornehmen, und die Kavallerie des II. Korps soll sich ihr anschließen.

Die Garde hat diesen Dienst nicht zu leisten."

Mag hierauf eine Auseinandersetzung zwischen Marschall Bazaine und dem General Jarras stattgefunden oder der Marschall seiner Gewohnheit gemäß widerrufen haben, was er angeordnet hatte — genug, mehrere der in dem Notizbuch des Generals Jarras aufgezeichneten Befehle wurden geändert und andre scheinen sogar vollständig aufgehoben worden zu sein.

Vor allem stellte statt des II. Korps das 4. Garde-Voltigeurregiment die Kompagnien, die die Aufgabe hatten, die Verbindungen nach Moulins hin zu schützen. Die Entsendung der Brigade Bruchard zum Marschall Canrobert wurde ohne Zweifel aufgeschoben, denn General Bruchard erhielt erst, als die Schlacht begonnen hatte, die Weisung, sich nach St. Privat zu begeben, und konnte das 10. Chasseurregiment nicht mitnehmen. (Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Der Berliner Schauspieldirektor Iffland während der Franzosenzeit 1807 bis 1809

Briefe und Aktenstücke

Mitgeteilt von

Dr. Herman Granier (Berlin)

Daß das Berliner Theater während der französischen Okkupation der Hauptstadt nicht florieren konnte, lag in der Natur der Sache: das Berliner Publikum war im Ernste der Zeiten für Theaterbesuche wenig gestimmt, und Fremde, die zum Vergnügen in Berlin weilten, gehörten zu den Seltenheiten. Dennoch aber mußten auf Anordnung der französischen „Autoritäten" täglich Vorstellungen gegeben werden, wozu Freiplätze verlangt und die Abonnementspreise für die französischen Offiziers- und Beamtenfamilien niedrig bemessen werden mußten. Es bleibt ein Ruhmestitel des „nüchternen" Königs Friedrich Wilhelm III., daß er das Berliner Theater nicht untergehen ließ, in vollem Bewußtsein seiner allgemeinen kulturellen Bedeutung. Die Bewilligung einer „außerordentlichen Unterstützung" motivierte die Kabinettsorder an den Staatsminister Freiherrn v. Altenstein vom 22. April 1809 hiermit: „Der Fall des National-Theaters würde für die Kunst, für die Zufriedenheit der Residenz und für die allgemeine Meinung sehr zu bedauern seyn. Zur Abwendung muß also das Mögliche, dieses aber ohne Geräusch und in Verbindung mit unschädlichen Ersparnissen geschehen, welche der allgemeinen Noth entsprechen."

Im Oktober 1807 verfügte der König, daß das „Theater der Großen Oper" ganz aufgelöst werden und das National-Theater, „das einzige Institut zum Vergnügen des Publikums in der Residenz", bleiben solle; das Opernhaus selbst aber samt allem Zubehör, sowie auch das Ballett wurde der Direktion des National-Theaters, d. h. dem Theaterdirektor August Wilhelm Iffland, zur Disposition gestellt.

Damit trat der rechte Mann an den rechten Platz: Iffland wußte auch in diesen schwierigen Zeiten das ihm anvertraute Kunstinstitut durch alle Klippen hindurchzusteuern und sich zugleich als echter Patriot zu bewähren: immer wieder gibt er dem Könige seine treue Gesinnung zu erkennen, und das waren nicht nur Worte: sowohl das halb lockende, halb drohende französische Angebot, als Theaterdirektor nach Kassel, der Hauptstadt des Königs Jérôme, überzusiedeln, wie den Ruf nach Wien „zur Leitung der kaiserlichen Theater" lehnte er ab, aus fester Anhänglichkeit an sein Adoptivvaterland Preußen und an seinen König.

Im folgenden seien einige der Immediatschreiben Iffland's und der sein Theater betreffenden Kabinetsorders mitgeteilt, die den Sammlungen für das demnächst in den „Publikationen aus den K. preußischen Staatsarchiven", Leipzig, S. Hirzel, erscheinende Werk: „Berichte aus der Berliner Franzosenzeit 1807 bis

Digitized by Google

1809" entstammen. Iffland's Schreiben sind sämtlich eigenhändig mit seiner klaren, schönen Handschrift geschrieben; einer näheren Erläuterung bedürfen sie nicht.

Immediatschreiben Iffland's

Berlin, 11. Dezember 1807.

Neujahrsglückwünsche. Verehrung für den König, Sehnsucht nach seiner Rückkehr.

... E. K. M. verstatten der Ehrfurcht und Dankbarkeit, daß sie die Wünsche ausspreche, die mit so vielen tausend Menschen an dem Tage des Jahreswechsels mich beleben.

Durch das Muster der hohen Beharrlichkeit, welches der wahre Herrschersinn der Welt gegeben, sind wir zu dem aufrechten Mute gestärkt, welcher hinter widerwärtigen Schicksalen den schönen Tag heranbrechen sieht.

Ein reges Volk erwartet ihn mit lebendigem Sinne und vertraut auf Gott und den König, welcher stets seines hohen Amtes Glanz unter die Dürftigen milde verbreitete, die Sorgen und Lasten auf sich nahm und der Erste König ist, weil Er stets der Erste Bürger bleibt. Möchten E. M. die frommen, einfach stark empfundenen Wünsche vernehmen können, womit die Menschen aus allen Ständen Unsern König zu sich hersehnen. Es fehlt in jedem Hause der Vater, es fehlt im Lande der freundliche Lenker, der Menschheit der aushelfende Versorger!

Niemals haben E. M. Ihr Volk verscheucht gesehen, wo Sie unerwartet erschienen sind. Ueberall war die geliebte Gestalt des Königs die Erscheinung, zu welcher man beruhigt und freudig hinanblickte.

So ist nun, da der gute Geist des Vaterlandes aus der Ferne für uns wirkt, die Sehnsucht, ihn unter uns wiederzusehen, zum kindlichen Ungestüm gestiegen. Der Tränenblick der dankbaren Liebe, womit ich oft und oft feierlich das Glas habe emporhalten sehen — der herzerhebende Ton, womit die Menschen aus tiefer Seele sich entgegenbringen — „Es lebe unser König!" — erhebt diese Handlung zu religiöser Feier.

Mit Untertanen, welche das Gedächtnis des geliebten Herrschers so in der Brust tragen, ist alles möglich, und das Vaterland harret mit unerschüttertem Mute der Entwicklung der Dinge.

„Gott erhalte den König, die Königin und das Haus!" So lautet der Ruf, womit Scharen guter, kräftiger Menschen sich sammeln. Sie fühlen sich gestärkt in dieser Huldigung, und da, wo dieser Ruf nicht anbefohlen werden muß — wo er so vollkräftig aus der Seele hervorgeht, wie der Puls des Lebens vom Herzen ausgeht, da vermag dies Gefühl die Wunder der alten Zeiten wieder zu erneuern. Es ist ein erhebendes Gefühl, sich zu sagen — Einer lebt für Alle und Alle leben in dem Einen!

Eine lange Reihe von Jahren beglücke die Vorsicht mit dem Segen dieses Gefühls Euer Majestät.

Vergönnen E. M. mir im Namen Aller, die meiner Führung gnädigst an-

Digitized by Google

vertraut sind, den Ausdruck unsrer Herzen darzulegen. Sehr beglückt wäre ich, wenn ich die Wahrheit desselben mit dem Tode für meinen König bekräftigen könnte! . . .

Pro Memoria Iffland's für das Kabinet des Königs

Berlin, 2. April 1808.

Abgewendeter Versuch der Franzosen, im Opernhause durch eine französische Truppe Aufführungen zu veranstalten.

Den 23. März erhielt ich ein Schreiben vom Kastellan des Opernhauses, da eben der Anfang der Komödie, worin ich zu tun hatte, eintrat, wollte ich es nicht öffnen, tat es aber dennoch und las — „daß soeben zwei Franzosen aus Hamburg, mit einem Erlaubnisscheine des Herrn Bignon [französischer Intendant], das Innere des Opernhauses besehen und erklärt hätten, wie sie, mit des Herrn Gouverneurs [Marschall Victor] Erlaubnis, binnen zehn, längstens vierzehn Tagen, im Opernhause französische Schauspiele gegeben haben würden".

Des andern Morgens 8 Uhr, nachdem ich abends vorher die Comité[1]) hatte unterrichten lassen, ging ich in Herrn Bignon's Haus, zu Herrn [Sekretär] Miège; der erwiderte auf meine lebhafte Vorstellung des Unrechts: „Herr Bignon sei nicht dafür, es sei der Herr Gouverneur, der sie, ohne sein Wissen, ihm zugesendet."

Das Comité schrieb an Herrn Daru gegen die Sache.

Ich ging zu Herrn Geheimen Finanzrat Sack, welcher den Herrn Gouverneur und Herrn Bignon beschickte. Inzwischen ließen die Franzosen schon den Maschinisten kommen und wollten sich possessionieren.

Ich wendete mich abermals an Herrn Miège, und es ward 2 Uhr bei Herrn General St. Hilaire [französischer Kommandant von Berlin] eine Konferenz angesetzt. Zu dieser kam Herr Bignon und der Hamburger Direktor.

Ich sah, daß Herr Bignon nicht dafür war. Inzwischen war er und der General gegen den Gouverneur, der, unbekannt mit unsrer Lage, Zusagen gegeben, in Verlegenheit.

Ich schied aus dieser lebhaften Konferenz, wo der Hamburger kalt und insolent war, sehr heftig und sagte: „Qu'après tous les sacrifices il vaudroit mieux de congédier tout le théâtre, que de le faire mourir lentement."

Herr Bignon schrieb mir ein sehr freundliches Billett: „Qu'il s'était reservé une conférence à demain."

Ich übergab an jede Autorität ein Exposé nebst Balance — oder nicht Balance von 1806 bis heute.

Den 25. ward mir erklärt, die Franzosen seien abgewiesen! — Ach — Luft! — Ich bin in der Tat Herrn Bignon sehr vieles dabei schuldig.

---

[1]) Das Comité administratif der Stadt Berlin, das, aus Berliner Bürgern auf Napoleons Befehl gebildet, unter französischer Aufsicht die Geschäfte der Stadtverwaltung führte.

Digitized by Google

Zwar ward mir von Herrn Miège dabei erklärt, daß die französische Truppe auf zwei Konditionen entlassen sei:

1. Daß ich es aufgebe, jetzt auf fünf Wochen (wie ich den Franzosen angezeigt und vom Könige erbitten wollte) nach Wien zu gehen.

2. Daß wir sogleich im Opernhause spielen sollten.

Nr. 1 habe ich — obwohl mit großem Verlust, aufgegeben.

Nr. 2 habe ich Herrn Minister vom Stein gemeldet und ihn gebeten, es zu verhindern. Indes gewinne ich doch Zeit ...

Den Herrn Minister habe ich seitdem noch nicht gesehen.

Wir wissen nichts, leben blind wie Maulwürfe und hoffen dennoch!

Der Himmel erhalte Sie und gebe uns bald den Trost des Wiedersehens! Amen! Iffland.

Dem Stimmungsbilde am Schlusse entspricht auch eine Bemerkung Iffland's in einem Schreiben vom 10. April 1808 (an den Geheimen Oberfinanzrat v. Klewiz, der damals dem Kabinett des Königs vorstand?):

... Die Mütze über die Ohren gezogen und Schritt um Schritt weiter — das ist die Losung ...

... Die Karneval in Madrid[1]) ist denn auch angefangen. Denn für geendet halte ich sie nicht ...

Immediatgesuch Iffland's

Berlin, 16. Juli 1808.

Bittet um Urlaub nach Wien.

... E. K. M. ... Erlaubnis zufolge ist mir verstattet, alle Jahre einen achtwöchentlichen Reiseurlaub anzutreten. Voriges Jahr habe ich denselben nicht benutzen wollen und würde mir dieses auch gegenwärtig noch versagen, wenn nicht der Drang der Verhältnisse allmählich auf meine Gesundheit nachteilige Wirkung machte.

Unter diesen Umständen glaube ich E. K. M. um die gnädige Erlaubnis bitten zu dürfen, am 6. August dieses Jahres einen Urlaub antreten zu können, der mir gewordenen Einladung nach Wien zu folgen.

Mit erneuten Kräften werde ich von da nach Berlin zurückkehren, meine Pflichten in dem Dienste zu erfüllen, welchen E. M. mir huldreichst anvertraut haben ...

Randverfügung, geschrieben von Klewiz:

Eilt! 27. Juli 1808.

Bei dem klugen und patriotischen Benehmen des Direktors Iffland haben S. M. es mit Dank erkannt, daß er bisher von seiner Berechtigung zum Urlaub

---

[1]) Der spanische Aufstand gegen die Franzosen.

Digitized by Google

keinen Gebrauch machte. Die Gesundheit und Erhaltung des Direktors Iffland ist aber S. M. zu wert, als daß Sie ihm nicht gern die Reise nach Wien gönnen sollten.

S. M. bewilligen ihm also den achtwöchentlichen Urlaub dazu vom 6. k. M. an sehr gern und werden Sich freuen, ihn ganz hergestellt zurückkehren zu sehen ...

Hiernach erging eine entsprechende Kabinettsorder an Iffland, Königsberg, 27. Juli 1808.

Den weiteren Verlauf siehe unten beim 3. Dezember 1808.

Immediatschreiben Iffland's

Berlin, 28. Juli 1808.

Geburtstagsglückwünsche.

... Das höchst erfreuliche Geburtsfest unsers geliebten gnädigen Königs und Herrn kann unsre ehrerbietigen frommen Wünsche nicht vermehren. Täglich und stündlich gedenken wir E. M. als unsers hochverehrten besten Vaters und Freundes.

Freund der Menschheit — das waren E. M. von Anbeginn, und Gott lasse es lange E. M. verwalten, dies schöne Amt!

Unsre Blicke, unsre Herzen wallen dem besten Herrn entgegen, und das Gebet der Vereinigung wird Erhörung finden!

Unser Landesvater trägt einen Namen, den Welt und Nachwelt heiligt und der schwer zu erhalten ist — Friedrich Wilhelm der Rechtliche! E. M. haben diesen kostbaren Namen durch neue Festigkeit und Ausdauer errungen, wobei die Taten des Eroberers erblassen!

In diesen Tugenden liegt unser Trost und die Blüte unsrer reichen Hoffnungen!

Gott erhalte E. M. in der hohen Freudigkeit des Königlichen und Väterlichen Bewußtseins.

Wir ersterben

Eurer Königlichen Majestät
untertänigste Diener
das National-Theater
das Orchestre
das Corps de Ballet,
in deren Namen
Iffland.

Hierauf erging die Kabinetsorder Königsberg, 5. August 1808.

Die Mitglieder des National-Theaters, Orchesters und Balletts haben von ihrer treuen Anhänglichkeit so redliche Beweise gegeben, daß S. K. M. von Preußen, um so inniger überzeugt von der Aufrichtigkeit ihrer Gesinnungen und Wünsche bei Allerhöchstdero Geburtstag, dafür recht verbindlich danken.

Seiner treuen Anhänglichkeit an den König gibt ein Brief Iffland's an

Digitized by Google

seine Schwester Luise, Weißensee, 14. Mai 1808, einen besonders überzeugenden Ausdruck:[1])

... Müßte ich, bei längerer Dauer, um halben Gehalt dienen oder um weniger noch — auch darauf bin ich gefaßt und ohne Trauer.

Müßte das Theater auf seine Hälfte an Personen und Wirkung herunter, auch das zu übernehmen habe ich vollen ruhigen Mut.

Ich kenne nur ein Unglück, wenn Berlin einen andern Herrn erhielte! Dann kann ich hier nicht bleiben. Nicht, weil ich nicht will, sondern weil ich nicht kann! ...

Immediatschreiben Iffland's

Berlin, 3. Dezember 1808.

Ablehnung des ihm in Wien gemachten Engagementsangebotes; siehe oben beim 16. Juli 1808.

... E. K. M. gestatten mir die ... Anzeige, daß während meines Aufenthaltes in Wien mir die dortigen Dienste, zur Führung der kaiserlichen Theater, unter sehr ansehnlichen Bedingungen angetragen worden sind.

Aus ehrerbietigem Gefühl der Liebe für E. M., meinen gnädigsten König, aus Anhänglichkeit für das Land habe ich diese Anträge abgelehnt. Das Opfer, wenn es eines war, ist mir nicht schwer geworden.

Da die öffentlichen Blätter der Sache erwähnt und sie unrichtig gestellt haben, achte ich mich verpflichtet, von diesem Vorgange Anzeige zu machen, wie er sich verhält. ...

Randverfügung, geschrieben von Klewiz:

„S. M. sind durch die unrichtige Darstellung der öffentlichen Blätter in Ihrer Meinung von der Handlungsweise des Direktors Iffland nicht irregeleitet, nehmen aber seine Anzeige zu einer angenehmen Veranlassung, ihm für seine Anhänglichkeit an Allerhöchstdero Land und Person angelegentlich zu danken. Gern werden S. M. von ihm selbst mündlich in Berlin die näheren Details darüber vernehmen.

Hiernach erging eine entsprechende Kabinetsorder an Iffland, Königsberg, 10. Dezember 1808.

Kabinettsorder „an den Direktor Iffland zu Berlin"

Königsberg, 26. April 1809.

Zusicherung seiner Selbständigkeit bei der Leitung des Theaters.

S. K. M. geben dem Direktor Iffland auf die am 11. d. M. geäußerte Besorgnisse[2]) wegen seines Verhältnisses zu den obersten Verwaltungsbehörden

---

[1]) A. W. Iffland's Briefe, herausgegeben von Ludwig Geiger. Berlin 1904. S. 219 f.

[2]) Ifflands „Besorgnisse" waren hervorgerufen worden durch das „Publikandum betreffend die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden", Königsberg, 16. De-

Digitized by Google

gern die Beruhigung: daß dadurch das unmittelbare Verhältnis desselben mit S. M. nicht aufgehoben ist und die eigentliche Direktion des National-Theaters nur dem Direktor Iffland zusteht, also Einmischung in die theatralische Kunstführung und Oekonomie nicht zu besorgen ist. Denn obgleich die Theater nicht bloß in Rücksicht auf Sittlichkeit, sondern auch auf Geschmack und Bildung, überhaupt mit allen übrigen Bildungs- und Unterrichtsanstalten in Verbindung unter der Sektion des öffentlichen Unterrichts gesetzt sind, so wirkte doch der Direktor Iffland auf alle jene Zwecke schon selbst immer so gern, daß darüber zwischen ihm und dem Sektionschef kein andres als das größte Einverständnis obwalten kann. Der p. Iffland hat als Künstler, Direktor und Patriot durch das, was er für das Berliner National-Theater tat und was er aufopferte, S. M. Vertrauen stets noch mehr gerechtfertigt und darf daher die Fortdauer und Betätigung desselben mit Zuversicht erwarten. Seine persönlichen Eigenschaften haben dem Direktor Iffland das unmittelbare Verhältnis mit S. M. erworben, sie werden es ihm also auch ferner erhalten, und Allerhöchstdieselben wünschen, daß diese Beruhigung ihn für so viele Sorgen, Bemühungen und Opfer entschädigen möge.

Immediatschreiben Iffland's

Berlin, 26. Juli 1809.

Geburtstagsglückwünsche, Erwartung der Rückkehr des Königs.

... Die frohe Wiederkehr E. K. M. beglückenden Geburtsfeier erfüllt uns mit dankbaren Wünschen.

E. M. Weisheit und Liebe hat uns durch schwere Stürme glücklich hindurchgeleitet!

Die Sorge des besten Königs findet den Lohn in treuer Liebe.

Geruhen Allerhöchstdieselben, diese Gabe mit Huld auch von uns aufzunehmen.

Sehnsucht nach dem geliebten Vater erfüllt unsre Brust!

Mögte die nächste Feier dieses Freudentages E. M., die verehrte Königin und das Königliche Haus uns zurückgebracht haben!

Euer Königlichen Majestät
untertänigste
Der Direktor des National-Theaters, Corps de Ballet und Orchestre und in deren Namen Iffland.

---

zember 1808. Hier heißt es im Art. 10: „Zum Geschäftskreise der Abteilung des öffentlichen Unterrichts gehören: ... c) alle Anstalten, welche, wie das Theater, Einfluß auf die allgemeine Bildung haben"; und im Art. 11: „Unter dieser Abteilung stehen unmittelbar ... 4. die Königlichen Theater und ähnliche Anstalten, insoweit sie nicht von besonderen Direktionen ressortieren."

Mylius, Novum Corpus Constitutionum, XII. 534/535.

Digitized by Google

Bei der Heimkehr des Königs fand Iffland's bewährte Anhänglichkeit volle Anerkennung, wie Iffland in einem Briefe an seine Schwester Luise, Berlin, 30. Dezember 1809, berichtet:[1])

Nach der zur Einzugsfeier veranstalteten Festvorstellung ließ der König Iffland in seine Loge rufen. Er trat mir entgegen und sprach:

„Ich habe Sie stets für einen großen Künstler und wohldenkenden Mann gehalten; Sie haben sich in meiner Abwesenheit auf jede Weise als treuer Patriot bewiesen. Heute Abend geben Sie mir abermals einen Beweis davon, der mir an das Herz greift; ich konnte mir das Vergnügen nicht versagen, Ihnen das selbst zu sagen."

„E. M. vergönnen mir die Freude, wonach ich drei Jahre mich gesehnt, Ihre Hand zu küssen!"

Er reichte mir seine Hand mit unbeschreiblichem Wohlwollen und Würde und ich konnte sie gar nicht fahren lassen.

Die Königin sagte mir etwas überaus Gnädiges, das ich vor Rührung nicht vernahm; ich küßte ihre Hand.

„So lange habe ich diese Stunde ersehnt, und nun sie dann da ist, kann ich Euer Majestät nichts sagen." ...

Wie eng dem Könige, auch nach dem Abzuge der Franzosen aus Berlin, die Schranken gezogen waren, seine aufrichtige Neigung für das Theater materiell zu betätigen, und wie er sich als sorglicher Staatsleiter gegenüber weitergehenden „Ideen" seines Finanzministers über diese nicht hinausdrängen ließ, anderseits aber, innerhalb dieser Schranken, auch Seinerseits das Mögliche für die Kunst tat, sei zum Schlusse gezeigt durch eine

Kabinetsorder an den Staatsminister Freiherrn v. Altenstein

Königsberg, 18. Oktober 1809.

... So gern Ich für Veredlung des Geschmacks im allgemeinen und für Beförderung der Kunst sorge, so scheint Mir doch jetzt, wo so viele dringende Bedürfnisse unbefriedigt bleiben müssen, eine eigene Capelle nebst Sing- und Ballett-Personal, welche Ihr, der Finanz-Minister, in Eurem Bericht vom 12. d. M. vorschlagt, zu kostbar. Immer ist es Meine Idee gewesen, die Künstler der Instrumental-Musik, des Gesanges und des Tanzes mit dem National-Theater so in Verbindung zu setzen, daß sie zu diesem gehören und dabei mitwirken, auf Mein Verlangen aber besondere Hof-Conzerte und teutsche Opern geben. Zu den patriotischen Künstlern hege Ich das Vertrauen, daß sie wegen eines solchen veränderten Verhältnisses Berlin nicht verlassen werden; im entgegengesetzten Falle aber muß Ich dies geschehen lassen. Nach dieser Haupt-Idee soll bei der Unterrichts-Sektion nach Rücksprache mit dem Direktor Iffland und bewährten Künstlern ein Plan zur Einverleibung, Pensionierung, Abfindung und Entlassung der verschiedenen Künstler entworfen und mir von Euch vorgelegt werden. Ich

[1]) A. W. Ifflands Briefe a. a. O., S. 221.

Digitized by Google

gestatte jedoch auch, nach der Idee, wie Ihr, der Freiherr v. Altenstein, die Capelle mit dem deutschen Sing- und Ballett-Personal in Eurem Bericht projektiert habt, einen Gegenplan mit vorzulegen und von beiden die Kosten zu balancieren, damit Ich alsdann den endlichen Beschluß so fassen kann, wie das Bedürfnis der Zeit mit dem Interesse der Kunst und des Geschmacks am besten sich vereinigen läßt . . .

Humanität und Vergeltung im Strafrecht

Von

Dr. Alfred Freiherrn v. Overbeck
Ord. Professor der Rechte an der Universität Freiburg (Schweiz)

In den kriminalistischen Strömungen unsrer Tage treten zwei Extreme hervor, die, nicht selten in ein und dasselbe rechtspolitische System gezwängt, sich von dem Ideal einer strafenden Gerechtigkeit gleichweit entfernen. Auf der einen Seite ist es die Ueberspannung eines an sich edlen Humanitätsgedankens, die über das schöne Bemühen, „den Verbrecher wieder zu einem nützlichen Mitgliede der menschlichen Gesellschaft zu erziehen", weit hinausgreifende Individualisierung à outrance [1]) — eine immer neue Bestätigung des bitteren Bindingschen Worts von dem Verbrecher als dem Schoßkinde moderner Sentimentalität. Auf der andern Seite ein schonungsloser Gesellschaftsschutz, der, von humanitärer Schwäche nur zu frei, vor Härten und Willkürlichkeiten dem Individuum gegenüber kaum zurückschreckt.

Den beiden vornehmsten Blüten moderner Humanität und modernen Sozialempfindens, dem Rettungsgedanken und dem Sicherungsgedanken — beide von dem Führer der soziologischen Strafrechtsschule, v. Liszt, mehrfach und eindringlich betont — droht trostlose Verdorrung oder ungesunde Hypertrophie, sobald man sie auf einen ihnen fremden Boden verpflanzt. Dies geschieht aber, wenn man sie und nur sie ausschließlich dem strafrechtlichen Gebiete vindiziert, statt ihnen im Bereich der Verwaltungspflege ihre natürliche kraft- und maßvolle Entfaltung zu lassen und sie, soweit sie in die strafrechtliche Sphäre überhaupt gehören, dem Vergeltungszweck einzuordnen. Das Ueberwuchern der bloßen Verbrechensprophylaxe erstickt nämlich mit Notwendigkeit die Forderungen gerechter Vergeltung, wie sie mit dem Wesen jeder Strafe untrennbar verbunden sind.

Das gewaltige Ringen zwischen der sog. modernen und der sog. klassischen Strafrechtsschule verkörpert sich neuerdings hauptsächlich in den beiden geist- und temperamentvollen Gegnern v. Liszt und v. Birkmeyer. Der letztgenannte Gelehrte ist es, der mit Professor Nagler in Basel und einer Reihe geistesverwandter Schrift-

[1]) Vgl. Greterez, Ursprung und Bedeutung der soziologischen Schule (aus der Festschrift für Binding), Leipzig 1911, S. 13.

Digitized by Google

steller[1]) die herrschende Stellung der Vergeltungsidee im Strafrecht verteidigt und den bestechenden Sätzen der soziologischen Schule unerschrocken entgegentritt. Diese Sätze besagen vor allem, der Täter und nicht die Tat sei zu bestrafen, den eigentlichen Strafgrund müsse die antisoziale Gesinnung, die soziale Gefährlichkeit bilden.

Bei der bedeutungsvollen Rolle, die der im Gang befindlichen Strafrechtsreform für das soziale und kulturelle Gedeihen unsers Volkes zufällt, dürfen hier vielleicht einige der Folgerungen in Kürze skizziert werden, die sich aus dem Programm der modernen Strafrechtsschule unabweislich ergeben. Die Verfechter des Programms geben freilich die Konsequenzen nur teilweise zu. Allein bei Ablehnung der sich logisch unmittelbar ergebenden Folgesätze erübrigt, wie v. Birkmeyer und andre mehrfach gezeigt haben, eben nur die Preisgabe des Prinzipes selbst.

Schon der grundlegende Begriff der Zurechnungsfähigkeit erleidet derartige Wandlungen, daß wir ihn in seiner soziologischen Gestalt kaum wiedererkennen. In der Tat, die Gesellschaftsgefährlichkeit eines Geisteskranken kann ebenso groß oder noch größer sein als die des geistig gesunden Verbrechers. Wir dürften daher zwischen den gegen beide zu ergreifenden Maßregeln einen qualitativen Unterschied nicht mehr anerkennen. Der Humanitätsgedanke freilich würde dann entweder durch die Unterbringung des Geisteskranken im Zuchthause verleugnet oder durch die irrenärztliche Behandlung des Verbrechers denaturiert.[2]) Der Humanität entspräche weder die Umwandlung der Irrenanstalt in ein Zuchthaus noch auch die Metamorphose Strafanstalt—Irrenhaus. — An die Stelle des im konkreten Einzelfall gegebenen Verschuldens hätte die antisoziale Gesinnung des Täters zu treten.[3]) Für ihre Erkenntnis bildet natürlich die Tat — *auch* nach ihrer *subjektiven* Seite hin — weder ein ausreichendes noch ein zuverlässiges Symptom. Man müßte vielmehr die gesamte Persönlichkeit des Täters mit allen Antezedentien der gerichtlichen Kognition unterstellen, dem

[1]) Von den „Kritischen Beiträgen zur Strafrechtsreform", herausgegeben von v. Birkmeyer und Nagler, Leipzig 1908 ff., sind bisher fünfzehn Hefte erschienen, von Beling, Hoegel, Heilborn, v. Overbeck, Köhler, Schoetensack, v. Birkmeyer, Wassermann, Allfeld, Gretener, Kohler, Leonhard, v. Rohland, Nagler und Richard Schmidt. Ex professo behandeln die grundlegende Bedeutung der Vergeltungsidee Beling (Heft 1) und Köhler (Heft 5). Aus der überreichen Literatur seien ferner hervorgehoben: Richard Schmidt, Die Aufgaben der Strafrechtspflege, Leipzig 1895; Wach, Die kriminalistischen Schulen und die Strafrechtsreform, Leipzig 1902; Binding im Vorwort zu der 7. Auflage seines Grundrisses des deutschen Strafrechts, Leipzig 1907; v. Birkmeyer, Schutzstrafe und Vergeltungsstrafe, Gerichtssaal, Band 67, 1906, S. 401 ff.; derselbe, Was läßt v. Liszt vom Strafrecht übrig? München 1907; derselbe, Beiträge zur Kritik des Vorentwurfs zu einem deutschen Strafgesetzbuch, I—III, München 1910.

[2]) Die Anerkennung der „verminderten Zurechnungsfähigkeit" ändert an dem Dilemma nichts; auch bei den vermindert Zurechnungsfähigen drängt sich die Frage Bestrafung (wenn auch mildere) oder Nichtbestrafung auf.

[3]) Ueber die v. Liszt'sche Schuldlehre siehe besonders v. Rohland, Die soziologische Strafrechtslehre 1911 (Krit. Beiträge, Heft 13), S. 54 ff.

Digitized by Google

Richter übermenschliche Einsicht zumutend und seine Macht ins Maßlose steigernd. Daß zudem das hergebrachte Wertverhältnis zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit seine Bedeutung verlöre, sei hier nur angedeutet: die letztere Schuldform kann sich unter Umständen mit viel größerer Sozialgefahr verbinden als die erstere.

Wenn schon die rein subjektive Seite dessen, was man bisher Verbrechen nannte, der modernen Lehre zum Opfer fiele, so gilt das gleiche in noch höherem Maße von den übrigen Momenten, die nach heutiger Rechtsanschauung zur Straftat gehören. Jede Unterscheidung zwischen versuchtem und vollendetem Verbrechen, zwischen Täterschaft und Beihilfe sänke dahin; denn warum soll sich in Vollendung und Täterschaft eine größere Sozialgefahr enthüllen als in Versuch und Beihilfe? Entsprechendes träfe für die einzelnen verbrecherischen Tatbestände zu; denn als bloße Symptome eines Etat dangereux können sie nur sehr geringes Gewicht beanspruchen. Auch die Bemessung der Strafe nach der Schwere des Verbrechens würde völlig gegenstandslos; denn die Größe des Strafübels — das begrifflich kein Uebel mehr sein müßte — hätte sich ja nur noch zu orientieren nach den Gesichtspunkten der Rettung, Erziehung, Besserung des Täters oder der Sicherung der Gesellschaft vor ihm.

Wenn wir nun einer Theorie die Gefolgschaft versagen müssen, die, einigermaßen konsequent durchgeführt, die Errungenschaften eines mit steigender Kultur immer feiner, immer gerechter ausgebauten Vergeltungsstrafrechts[1]) zu Grabe tragen muß, sollen wir uns darum von den außerhalb der Vergeltung liegenden Kulturzielen mit Verachtung abwenden? Keineswegs! Zunächst ist die Vergeltungsstrafe selbst in hohem Maße geeignet, neben der Vergeltung auch andern Strafzwecken, wie Besserung, Abschreckung, implizite gerecht zu werden.[2]) Sodann aber läßt sich die Aufgabe der Verbrechensverhütung — die edelste vielleicht, die Menschen sich stellen können — gerade durch außerhalb des Strafrechts liegende Mittel aufs wirksamste fördern. Die neuen Strafgesetzentwürfe des Deutschen Reiches und Oesterreichs bieten, vielfach in Anlehnung an den hierin bahnbrechenden schweizerischen Entwurf, mit ihren „sichernden Maßnahmen“ bezw. „Sicherungsmitteln“ (der schweizerische Entwurf kennt auch „vorsorgliche Maßnahmen“) manch wertvollen Ansatz.[3])

Die eminenten Verdienste, die sich die soziologische Schule durch ihre Vertiefung und Förderung der Aetiologie und Prophylaxe des Verbrechens erworben hat, können so zu ihrem vollen Rechte kommen. Und daß zum Beispiel bei der

---

[1]) Die Reformbedürftigkeit vieler Partien des geltenden Rechts soll damit selbstverständlich nicht geleugnet werden.

[2]) Ueber die kriminalpolitischen Vorzüge der Vergeltungsstrafe bahnbrechend Richard Schmidt in den Anm. 1 S. 252 genannten Schriften.

[3]) Für lokale Trennung der Strafen und der sichernden Maßnahmen in zwei verschiedenen Gesetzbüchern Beling, Die Vergeltungsidee und ihre Bedeutung für das Strafrecht, 1908 (Krit. Beitr. Heft 1), S. VII, 144; v. Birkmeyer, Studien 1909 (Krit. Beitr. Heft 7), S. 183.

Digitized by Google

Behandlung jugendlicher Verbrecher der Erziehungszweck erhöhte Beachtung fordert,[1]) sei so wenig verkannt wie die Notwendigkeit einer rein sichernden Internierung des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers.[2]) Die Preisgabe des Vergeltungscharakters der Strafe aber und die damit von selbst gegebene Verquickung von Strafrecht und Verbrechensprophylaxe[3]) würfe die Entwicklung unsrer Rechtskultur um Jahrhunderte zurück.[4])

Soll und kann der Kunstbesitz im Erbgang versteuert werden?

Von

Fr. W. Freiherr v. Bissing

Die Erörterungen der letzten Monate lassen keinen Zweifel darüber, daß das Reich über kurz oder lang neuer Einnahmequellen bedarf und daß diese in Gestalt einer Besitzsteuer eröffnet werden müssen. Sollen nun nicht wieder einzelne Klassen von Besitzenden belastet werden, so kann diese Steuer nicht wohl andre Formen als die einer allgemeinen Vermögenssteuer und da wieder am besten einer Erbschaftssteuer annehmen. Nur bei dieser läßt sich ein Unterschied zwischen dem natürlichen Erbgang von den Eltern auf die Kinder, von den Geschwistern zu Geschwistern, von Großeltern zu Enkeln und den mehr oder minder zufälligen Erbschaften zwischen weit entfernten Verwandten machen, die der Staat zuweilen unter Aufbietung großer Mühen ausfindig macht. Sowenig die Testierfreiheit irgendwie beschränkt werden darf, so billig ist es, daß in Fällen, wo ein klärlich berechtigter Erbe nicht vorhanden ist, der Staat (und vielleicht zu gleichen Teilen die Gemeinde) die Erbschaft antritt. Von „Konfiskation" kann hier durchaus nicht geredet werden, denn der Erblasser konnte (und mußte, wenn es in seiner Absicht lag), zu jeder Zeit durch letztwillige Verfügung über seinen Nachlaß bestimmen. Meiner Ansicht nach wären nun keinerlei Einwendungen dagegen zu machen, daß der „Staat", der hier erbte, das Reich wäre: alle

[1]) Freilich darf die Strafe auch bei Jugendlichen nicht völlig zurücktreten; vgl. u. a. Oetker, Gerichtssaal, Bd. 73, 1909, S. 385 ff.

[2]) Vgl. u. a. Kohler, Gedanken über die Ziele des heutigen Strafrechts, 1909 (Krit. Beitr. Heft 11), S. 26.

[3]) Vgl. die tiefgreifenden Untersuchungen über das Verhältnis beider bei Nagler, Verbrechensprophylaxe und Strafrecht, 1911 (Krit. Beitr. Heft XIV).

[4]) Glänzend dargetan bei Richard Schmidt, Die Strafrechtsreform in ihrer staatsrechtlichen und politischen Bedeutung, 1912 (Krit. Beitr. Heft XV), S. 188 f., 219 f. Richard Schmidt weist auch (ebenda S. 56 ff., 189 ff.) in origineller Gedankenführung darauf hin, wie die Vergeltungsidee in ihrer Schmiegsamkeit befähigt sei, dem Standpunkte verschiedener Weltanschauungen und jedes Parteiprogramms zu genügen.

Digitized by Google

Bundesstaaten haben ja an einer Gesundung der Reichsfinanzen das allergrößte Interesse und die (an sich segensreiche) Möglichkeit, daß ein Deutscher gleichzeitig Angehöriger mehrerer Bundesstaaten sein kann, könnte im Fall des Erbrechts der einzelnen Bundesstaaten leicht zu Schwierigkeiten führen.

Eine Nachlaßsteuer zugunsten des Reichs hätte aber auch den Vorteil, recht kräftig alle die Stiftungen heranziehen zu können, die nicht unmittelbar an gemeindliche oder staatliche Unternehmungen fallen, und auf diese Weise das Vermögen der toten Hand stärker als bisher zu erfassen. Ausnahmen sollten hier sowenig wie möglich zugelassen werden, und ganz besonders sollten solche Körperschaften, Vereine usw. herangezogen werden, die ganz oder teilweise ihren Sitz im Ausland haben und daher befürchten lassen, daß das Kapital ins Ausland wandern könnte. Gewiß würde hier und da auch einmal ein wirklich gemeinnütziger Verein zu leiden haben, aber der Uebergang großer Besitztümer an Klöster, Orden, internationale Verbände, auch an Katzenheime und ähnliche Veranstaltungen würde, wenn nicht verhindert, so doch der Allgemeinheit nutzbar gemacht. Wer an diesen Dingen Interesse hat, der mag bei Lebzeiten ja schon hergeben, was ihm entbehrlich dünkt.

Eine solche Erbschafts- und Vermögenssteuer würde nun natürlich auch den festen oder beweglichen Besitz an Kunstwerken, wertvollen Bauten, Naturschönheiten treffen und ihn belasten. So einfach und selbstverständlich das klingt, so schwierig dürfte gerade hier die Ausführung sein. Ich rede nicht von jenen Tausenden und aber Tausenden von „Kunstgegenständen“ aus alter und neuer Zeit, die das Heim unsrer Freunde und Verwandten mehr oder minder glücklich „schmücken“, sondern von den an Zahl immerhin nicht ganz unbeträchtlichen Kunstwerken von wirklichem Wert: Werke bedeutender Künstler, Stücke, an die sich hervorragende geschichtliche Erinnerungen knüpfen, Bauten, die im Stadtbild oder in der Landschaft künstlerische Werte bedeuten. Sie einfach bei jedem Erbgang zu belasten, bedeutet, wie das Beispiel Englands zeigt, in den meisten Fällen früher oder später die Notwendigkeit des Verkaufs. Denn durch die wiederholte Zahlung der Steuer steigt der Wert des Gegenstandes für den, der ihn erbt, ins Ungemessene, und nicht immer ist der Erbe bereit oder auch nur in der Lage, so kostbare Gegenstände in seinem Besitz zu belassen. Denn die Erhaltung solcher Kunstwerke oder geschichtlicher Werte (und das gilt ganz besonders auch von Bauwerken, Parks usw.) legt dem Besitzenden sehr beträchtliche Opfer an Geld, auch wohl an Zeit, auf, er muß hohe Versicherungen zahlen und wird das alles sehr viel unwilliger tun, wenn er doch voraussieht, daß seine Erben den Besitz nicht halten können. Der Verlust dieser Werte, der Verkauf etwa ins Ausland, bedeutet aber einen oft unersetzlichen Verlust an Kulturwerten für unser Vaterland.

Und auch ein zweiter Moment erschwert die Besteuerung dieser Besitztümer, der schwankende Wert selber. Wer vor vierzig Jahren ein Bild von Böcklin oder el Greco zu kaufen wünschte, konnte das um ungefähr so viel Hunderte tun, wie er jetzt Tausende, ja Zehntausende aufwenden muß. Die Schätzung

Digitized by Google

anerkannter neuerer Künstler, wie Böcklin, Lenbach, Leibl, Spitzweg, von den Franzosen gar nicht zu reden, ist Schwankungen unterworfen, wie sie kein Börsenpapier kennt, und wer bei einer Erbschaft im Zeitraum von nur wenigen Jahren zweimal Werke des gleichen Künstlers zu versteuern hätte, müßte bald den Wert bedeutend überzahlen, bald würde er überraschend billig wegkommen. Maßgebend für die Steuerbehörde könnte ja nur der in der Zeit kurz vor der Erbschaft gezahlte wirkliche Preis für Bilder des betreffenden Meisters sein, der sich aus den letzten Auktionen, Museumsankäufen usw. ergäbe.

Aber damit noch nicht genug: Vielleicht die heikelste Frage ist nicht nur bei alten, sondern auch bei neueren Kunstwerken — ich denke zum Beispiel an Spitzweg, Lenbach, die Franzosen — und vor allem auch beim Kunstgewerbe die Echtheitsfrage. Wir haben ja in den letzten Jahren genügend Fälle erlebt, wo ein und dasselbe Kunstwerk von den besten Autoritäten bald einem großen Meister, bald einem Nachahmer oder Fälscher zugeschrieben wurde, wo Kacheln, Möbel usw. bald als seltenste Kostbarkeiten, bald als wertloser Plunder bezeichnet wurden. Wem soll in solchen Fällen die Steuerbehörde glauben? In einer bekannten, in den letzten Jahren öffentlich ausgestellten Sammlung befanden sich nicht weniger als fünf Rembrandts. Welch ein Schatz! Wie müßte sich da die staatliche Behörde über einen fetten Bissen freuen — eine eingehende Prüfung ergab, daß alle fünf Bilder Schulbilder oder Fälschungen waren. Der Besitzer hatte aber stets an ihrer Echtheit festgehalten und hätte eine Geringschätzung empört von sich gewiesen. Auch das Umgekehrte ist möglich: in derselben Galerie befand sich ein „Rubens", der mit dem Meister sicher gar nichts zu tun hatte — auf dem Speicher aber stand, völlig unbeachtet, eine Skizze, die jetzt mit großer Wahrscheinlichkeit als Rubens gilt. Soll in dem einen Fall die Steuerbehörde das zuviel gezahlte Geld künftig herauszahlen, in dem zweiten Fall eine Zahlung nachfordern! Bei dieser Praxis würden sich, wie in Italien aus andern Gründen, die Privatsammlungen dem Studium bald verschließen und Entdeckungen großer Meister würden in unserm Privatbesitz wohl stets erst gemacht werden, wenn die Bilder über den Ozean verkauft wären.

Sollen nun diese Schwierigkeiten etwa zur Aufgabe der Besteuerung des Kunstbesitzes überhaupt führen und damit dann wohl zur Aufgabe der ganzen allgemeinen Erbschaftssteuer? Gewiß nicht. Es müssen nur Mittel und Wege gefunden werden, um die Schwierigkeiten möglichst zu verringern, um womöglich das Gesetz selbst zu einem Schutz für unsern nationalen Kunstbesitz zu machen. Die Vorschläge, die ich im folgenden auf Grund einer langen Beschäftigung mit dem Gegenstand mache, sind gewiß, zumal nach der juristisch-formellen Seite hin, verbesserungsfähig. Aber ich glaube, daß der Gesetzgeber in ihnen einen brauchbaren Ausgangspunkt finden kann, wofern er bereit ist, die hier vorliegenden eigentümlichen Verhältnisse nicht einfach nach dem gewohnten Schema zu betrachten, sondern sich die besonderen Werte klarmacht, die es hier zu schützen und der Allgemeinheit nutzbar zu machen gilt.

Wer nicht bereit ist, sich ohne Appell der Schätzung der Regierungskommission

Digitized by Google

im Erbfall zu unterwerfen, hat ein Jahr nach Annahme des Gesetzes ein Verzeichnis seiner Kunstschätze einzureichen mit Wertangabe.

In besonderen Fällen kann die Frist verlängert werden bis zu drei Jahren.

Der Besitzer erklärt nun entweder, daß er sich die freie Verfügung über seine Kunstschätze ganz oder teilweise vorbehält. In diesem Fall hat der Staat das Recht, die Schätzungen durch eine staatliche Kommission von drei Männern ganz oder teilweise nachprüfen zu lassen. Einen der drei Männer erwählt der Besitzer, einen der Staat, den dritten kooptieren diese beiden. Dieser Kommission steht das Recht zu, minderwertige Kunstwerke aus der Liste auszuscheiden, eventuell auch andre einzufügen. Die von dieser Kommission festgesetzten Schätzungen bleiben bindend, und nach ihnen ist beim Erbanfall, gleichgültig, ob das Kunstwerk noch vorhanden oder verkauft ist, die Steuer zu entrichten, sofern nicht beim Verkauf bereits die Steuer entrichtet ist oder ein entsprechender Vermögenszuwachs angemeldet ist. Die Höhe des Verkaufspreises hat der Verkäufer an Eidesstatt anzugeben. Gegenstände unter dem Wert von 300 Mark fallen nicht unter diese besonderen Bestimmungen, wenn ihr gesamter Wert 25000 Mark nicht übersteigt.

Gegenstände, die nachweislich verbrannt, beschädigt oder zugrunde gegangen sind und ordentlich abgemeldet sind, scheiden aus.

Beim Einzelverkauf an den Staat oder eine deutsche öffentliche Anstalt wird nur von dem Teil des Erlöses die Steuer entrichtet, der den Schätzungswert übersteigt.

Erklärt der Besitzer aber, daß er die Kunstwerke seiner Familie erhalten wissen will, daß er sie öffentlich ausstellen will, so reicht er gleichfalls ein Verzeichnis ein, und in diesem Fall ist eine Gegenschätzung unnötig. Denn die Steuer bleibt so lange suspendiert, als diese Gegenstände von dem Besitzer oder seinen Erben nicht verkauft sind. Bei einem Verkauf an den Staat ist keine Steuer zu entrichten, der Erlös gilt als Vermögenszuwachs und wird also erst beim nächsten Erbanfall besteuert. Bei einem Verkauf an Private oder ins Ausland ist die Steuer sofort zu entrichten; der Besitzer ist dabei verpflichtet, den vollen Erlös einwandfrei nachzuweisen, und darf einen angemessenen Betrag für Reklame, entstandene Unkosten abziehen. Insbesondere bei Auktionen sind solche Unkosten in Anrechnung zu bringen, andernteils wäre hier die Einführung einer besonderen Wertzuwachssteuer zu erwägen, wenn der erzielte Kaufpreis gegenüber dem zuletzt gezahlten Preis unangemessen hoch ist. Die Bestimmungen des Wertzuwachssteuergesetzes bei Grundbesitz wären hier sinngemäß anzuwenden, und bei einem den dreifachen Einkaufswert übersteigenden Gewinn sollte der Anteil des Reichs allmählich bis 25 Prozent ansteigen. Besondere Vorkehrungen wären zu treffen gegen die Abwanderung von Auktionen ins Ausland, und strenge Strafen, in manchen Fällen Freiheitsstrafen, müßten auf die Verheimlichung, absichtliche Minderwertung des Kunstbesitzes und falsche Angaben über den erzielten Kaufpreis gesetzt werden.

In besonderer Weise müßte das Gesetz seine Anwendung auf die Altertums-

Digitized by Google

händler finden. Da diese eine Gewerbesteuer zahlen, so müßten hier Verkäufe und Gegenstände bis zu 5000 Mark frei bleiben, ferner alle Gewinne, die nachweislich 25 Prozent nicht übersteigen. Verkäufe an den Staat und an öffentliche Sammlungen blieben natürlich frei. Eine Schädigung des Altertumshandels soll selbstverständlich vermieden werden; bei der Beratung des Gesetzes müßten Vertreter der öffentlichen Sammlungen, des Altertumshandels und des Privatbesitzes herangezogen werden, und der Nachdruck muß dabei weniger auf die fiskalische Ausnutzung als auf die Erhaltung unsers nationalen Kunstbesitzes gelegt werden. Sollten die hier gemachten Vorschläge, deren Ausbau- und Verbesserungsbedürfnis ich ohne weiteres zugebe, sich als eine brauchbare Anregung und Grundlage erweisen, sollten sie auch nur den Gesetzgeber auf eine mögliche Gefahr für die Erhaltung künstlerischer Werte jeder Art aufmerksam machen, so wird die Absicht des Verfassers erreicht sein.

Literarische Berichte

Murillo. Des Meisters Gemälde in 287 Abbildungen. (Klassiker der Kunst in Gesamtausgaben. XXII. Band.) Herausgegeben von August L. Mayer. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt. Gebunden M. 12.—.

Von den Werken Murillos, des zweiten Klassikers der Malerei, den Spanien hervorgebracht hat, ist nur ein kleiner Teil auf deutschen Boden oder in vielbesuchte Sammlungen Mitteleuropas gelangt; dennoch hat der in seinem Vaterlande von jeher hochgeschätzte Sevillaner Meister, seitdem man ihn und mit ihm die spanische Kunst überhaupt bei uns „entdeckt" hat, in Deutschland — wie übrigens auch in andern europäischen Kulturländern, besonders in England — stets zu den populärsten Malern aller Zeiten gehört und sein Ruhm lange sogar den seines großen Landsmanns Velazquez überstrahlt. Die harmonische Vereinigung innigsten religiösen Empfindens und echter Herzenswärme mit einem heitern, lebensfreudigen Naturell, die uns in Murillo entgegentritt, die holde Anmut und selige Verklärtheit seiner Madonnen, seine wunderlieblichen Christkind- und Engeldarstellungen, die rührende gläubige Hingebung, die in seinen Heiligengestalten zum Ausdruck kommt, die frische Natürlichkeit in seinen bekannten Genrebildern aus dem Sevillaner Volksleben und nicht zuletzt die feine malerische Durchbildung, das muntere Farbenspiel seiner Werke haben überall mit zwingender Gewalt Augen und Herzen empfänglicher Naturen ihm zugewandt und werden die Bewunderung für seine Kunst immer rege erhalten. Die ganze Fülle künstlerischer Werte, die das Schaffen des „spanischen Raffael" umfaßt, breitet der vorliegende schöne Murilloband übersichtlich vor uns aus und gibt uns Gelegenheit, die imposante Galerie seiner erhalten gebliebenen Gemälde an der Hand eines kundigen Führers, eines der besten Kenner der spanischen Kunst zu durchwandern und zu durchforschen. Es wird wenig Kunstfreunde geben, die dabei nicht viele ihnen unbekannte Werke finden, in den bekannteren viele köstliche Einzelheiten und Eigenschaften durch den Vergleich klarer erfassen oder neu entdecken werden; insbesondere wird die Reihe der hier größtenteils zum ersten Male publizierten Porträts, die erkennen lassen, daß Murillo auch auf diesem weniger von ihm gepflegten Gebiet ein Meister ersten Ranges war, für die allermeisten Benutzer des Bandes eine Ueberraschung und eine Offenbarung sein.

B—r.

Kirchliche Fälschungen. Von Frd. Thudichum. Leipzig 1911, Max Sängewald. XV, 451, 8°. M. 6.—.

In neuerer Zeit ist es öfters versucht worden, auch die sog. vier Hauptbriefe des Paulus (an die Römer, Korinther und Galater) als unechte Machwerke zu erweisen. Namentlich ein Buch von Steck (in Bern) machte 1888 viel Aufsehen. Einen solchen Versuch legt nun auch Thudichum, früher Professor der Jurisprudenz in Tübingen, im dritten Bande seines Werkes „Kirchliche Fälschungen" vor. Um seine Aufstellung zu begründen, erklärt er den ersten Klemensbrief und alle Briefe des Ignatius für unecht, behauptet, die „Schriften

Digitized by Google

des Irenäus, so wie sie auf uns gekommen, beruhten auf Fälschung aus dem vierten oder fünften Jahrhundert", und die Nachrichten von Tertullian und Origenes über Paulus seien „sämtlich für spätere Erfindungen zu halten" (S. 6 f.). Man braucht nicht fortzufahren. Kritik ist selbstverständlich die wahre Mutter der Wissenschaft. Aber wenn sie derartige Annahmen macht, muß ihr die Kritik selbst wieder entgegentreten.

Ed. König.

Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte. Herausgegeben von Georg v. Below, Heinrich Finke und Friedrich Meinecke. Berlin 1910, Walther Rothschild.

Von dieser wertvollen Sammlung geschichtlicher Abhandlungen liegen uns vor Heft 17, in dem Otto Wittlager über die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg 1830 bis 1849 handelt und ihre Persönlichkeiten und ihr Wirken eingehend charakterisiert; Heft 19, in dem Vinzenz Samanek über Kronrat und Reichsherrschaft im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert sich verbreitet; Heft 21, das aus der Feder von Hermann Bächtold eine sehr eingehende Schilderung des norddeutschen Handels im zwölften und im beginnenden dreizehnten Jahrhundert enthält und wertvolle Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Kulturgeschichte liefert; endlich Heft 22, in welchem Ernst Haymann das Verhältnis Napoleons I. zu den großen Mächten 1806 beleuchtet, von denen England der größte und in gewissem Sinn in Napoleons Gedanken der einzige Feind gewesen ist.

E.

Entwicklungsgeschichte der Stilarten. Von B. Haendcke. Verlag von Velhagen & Klasing in Bielefeld u. Leipzig. Preis geh. M. 12.50, geb. M. 15.—.

Mit diesem volle 600 Seiten umfassenden Handbuch über die Entwicklungsgeschichte der Stilarten legen Herausgeber und Verlag eine in mehrfacher Hinsicht verdienstliche Arbeit vor, der Herausgeber, indem er hier etwas schuf, das bisher noch nicht geboten worden ist, wenigstens nicht in der knappen und doch umfassenden Form, wie es hier geschieht, und der Verlag, indem er der Arbeit des Verfassers eine hervorragende Ausstattung verlieh, in dem das dargereichte Material die trefflichste Ergänzung erfährt. Stofflich stellt Haendcke in den Vordergrund seines Handbuchs die Architektur als die Regina artium, behandelt aber im Anschluß jeweils nicht minder ausführlich auch das ganze übrige Gebiet der freien und angewandten Kunst, vornehmlich das eigentliche Kunstgewerbe (einschließlich Hausrat und Mode). Zeitlich umfaßt das Werk alle wichtigen Zeitepochen von der Antike bis ins neunzehnte Jahrhundert, während es räumlich sich auf das gesamte Abendland erstreckt. Wertvoll sind in dem Buche außer den 348 Abbildungen im Text und den 12 farbigen Einschaltbildern die Literaturhinweise nebst dem beigegebenen Literaturverzeichnisse und das alphabetische Sachregister. Diese Beigaben erhöhen die Brauchbarkeit des Buches in besonderem Maße und sichern ihm eine ausgedehnte Popularität. Der Kunstfreund wie der Fachmann dürften dies Haendckesche Werk der Stilgeschichte mit ungeteilter Freude begrüßen.

—Kz.—

Der Findling vom Arlberg. Von Helene Raff. München, Süddeutsche Monatshefte. Preis M. 3.50, geb. M. 4.50.

Auf der Höhe des Arlbergpasses, der von Vorarlberg nach Tirol führt, liegt das St.-Christophs-Hospiz, das manches Jahrhundert hindurch den Reisenden, die zur Winterszeit die schwer gangbare Straße wandern mußten, Zuflucht bot, vielen zur Rettung wurde. Von andern uralten Berghospizen, wie besonders dem auf dem St. Bernhard, an Bedeutung und Berühmtheit übertroffen, hat es doch eine eigentümliche Weihe durch seine Stiftungsgeschichte erhalten: ein armer Hirt, ein Findelkind aus Kempten, war der Gründer des Christophshospizes. Daß ein Armer, Eltern- und Heimatloser ein solches, für jene Zeiten wichtiges und segensreiches Werk ins Leben rufen konnte, ist ein merkwürdiges Beispiel für die Kraft eines menschenfreundlichen Gedankens und eines dem Dienste selbstloser Nächstenliebe hingegebenen Charakters; und man begreift, daß es der Phantasie eines Dichters zur verlockenden Aufgabe werden konnte, sich ein anschauliches Bild von der schattenhaften Gestalt „Heinrich Findelkinds" zu machen, ihm einen Lebenslauf zu ersinnen, aus dem jene schöne Tat als die naturnotwendige Frucht edler, durch schwere Schicksale nur geläuterter und gekräftigter Menschenliebe heranreift. Die Münchner Dichterin Helene Raff hat diesen so dankbaren Stoff mit glücklichem Griff gefunden und ausgestaltet und in ihrem „Findling vom Arlberg" eine Erzählung geschaffen, die in ihrer herzgewinnenden, schlichten und echt poetischen Art den Ehrentitel eines Volksromans im schönsten, durch keinen Mißbrauch zu entweihenden Sinn des Wortes verdient. Durch das Geheimnis seiner Kindheit, das sich ihm erst am Abend seines Lebens enthüllt, ist der arme Hirtenbub an den Arlberg gebunden; mit dem Erwachen seiner Persönlichkeit erwacht in ihm auch das Mitgefühl für die Opfer, die der unwirtliche Berg allwinterlich fordert; und wie dies Mitgefühl zur beherrschenden Idee und Leidenschaft wird, wie dem Findelkind all sein Erleben, Härte und Milde, die er von den Nebenmenschen erfährt, Enttäuschung und Ver-

Digitized by Google

folgung, Untergang dessen, was ihm das Liebste war, Zweifel und Entmutigung, doch zuletzt nur dazu dienen muß, ihn seinem großen Lebensziel näherzubringen, das ist mit einem feinen und richtigen Gefühl für das Typische in Leben und Schicksal der wahrhaft selbstlos angelegten Menschen, des Genies des Altruismus erfunden und erzählt. Erfunden und erzählt aber auch mit glücklichem Sinn für den Farben- und Gestaltenreichtum des mittelalterlichen Lebens, mit einer Beimischung echten, gemütvollen Humors, der besonders dem ungefügen Liebespaar Romuald und Wolfsinde zugute gekommen ist, und mit einer höchst anziehenden Gabe für knappe, treffende Charakteristik, die jeder der vielen Personen der Erzählung eine eigne Nase und eignen Stimmklang zu geben weiß — alles Eigenschaften, die sich auch schon in den früher erschienenen kürzeren Erzählungen und Novellen Helene Raffs fanden, die aber hier in ihrem ersten größeren Werk erst so recht Platz und Luft, sich zu entfalten, gefunden zu haben scheinen. —y—

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Bernhard, Prof. Ludwig, Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik. Berlin, Julius Springer. M. 1.60.

Frank, Josepha, Pianisten. Roman. Wien und Leipzig, Wilhelm Braumüller. M. 3.—.

Fridrichowicz, Dr. Eugen, Grundriß einer Geschichte der Volkswirtschaftslehre. München und Leipzig, Duncker & Humblot. Geb. M. 6.—.

Friedrich, Karl, Vergeude keine Lebenskraft! 2. Aufl. München, Ernst Reinhardt. M. 1.—.

Goldstein, Moritz, Begriff und Programm einer jüdischen Nationalliteratur. Berlin, Jüdischer Verlag. 50 Pf.

Hayn, Hugo, und **Alfred N. Gotendorf**, Bibliotheca Germanorum Erotica et Curiosa. 3. Aufl. Band II. München, Georg Müller.

Jaskowski, Friedrich, Philosophie des Vegetarismus. Eine philosophische Grundlegung und philosophische Betrachtung des Vegetarismus und seiner Probleme in Natur, Ethik, Religion und Kunst. Berlin, Otto Salle. M. 4.—.

Kaufmann, Prof. Georg, Geschichte Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert. Volksausgabe. Berlin, Georg Bondi. M. 4.50.

Leitzmann, Albert, Wilhelm von Humboldts Sonettdichtung. Bonn, A. Marcus & E. Webers Verlag. Geb. M. 2.80.

Meisel-Heß, Grete, Geister. Novellen. Leipzig, Dr. Sally Rabinowitz.

Much, Hans, Denken und Schauen. Gedichte. Würzburg. Curt Kabitzsch. Geb. M. 4.50.

Nietzsche, Werke, Bd. XIX. Philologica. Unveröffentlichtes zur antiken Religion und Philosophie. Bd. III. Herausgegeben von Otto Crusius und Wilhelm Nestle. Leipzig, Alfred Kröner. M. 12.—.

Robicek, Olga, Die beiden Wolfsberg. Ein österreichischer Offiziersroman. Nach dem Englischen. Wien und Leipzig, Wilhelm Braumüller. M. 6.—.

Rühlmann, Dr. Paul, Der staatsbürgerliche Unterricht in Frankreich. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. M. 1.40.

Salomon, Alice, Was wir uns und anderen schuldig sind. Ansprachen und Aufsätze für junge Mädchen. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. M. 2.—.

Thamm, Prof. Dr. M., Geschichte des brandenburgisch-preußischen Staates. (Sammlung Göschen.) Berlin und Leipzig, G. J. Göschen'sche Verlagsbuchh. Geb. 80 Pf.

Wygodzinski, Prof. Dr. W., Wandlungen der deutschen Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert. Köln, M. Du-Mont-Schauberg. M. 1.80.

Zoozmann, Richard, Dante. Gedichte von zweifelhafter Echtheit. Leipzig, Xenien-Verlag. M. 4.—.

Ziehen, Julius, Aus der Studienzeit. Ein Quellenbuch zur Geschichte des Deutschen Universitäts-Unterrichts in der neueren Zeit. Aus autobiographischen Zeugnissen. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. Geb. M. 10.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Die europäische Lage

Seit zwei Jahren leiden die Völker Europas unter der Unsicherheit und unter starken Beunruhigungen der internationalen Lage, welche immer größere Rüstungen zur Folge haben. Trotz des Wunsches und Willens aller großen Nationen, den Weltfrieden aufrechtzuerhalten, wird sich der fast krankhafte politische Zustand Europas nicht ändern, bevor nicht eine Brücke zwischen dem Dreibunde und der Tripelentente errichtet worden ist.

Diese Brücke könnte allein durch eine Annäherung der beiden stärksten Mächte im Dreibunde und in der Tripelentente gebildet werden. Wir stehen vielleicht am Anfange dieses großen Zieles der Weltpolitik. Ueber die augenblickliche internationale Lage beabsichtigen wir Aufklärungen hervorragender Politiker und Diplomaten, welche seither selbst im europäischen Konzert an leitender Stelle tätig waren, zu geben, auch wenn die Ansichten derselben nicht immer übereinstimmend sind.

Die Redaktion der „Deutschen Revue".

*

Das Einvernehmen der Mächte und die Erhaltung des europäischen Friedens

Ein Brief an den Herausgeber der „Deutschen Revue" von einem ausländischen ehemaligen Diplomaten

Sehr geehrter Herr!

Sie ersuchen mich um einige kurze Ausführungen für die „Deutsche Revue" über das Einvernehmen der Großmächte und über die Erhaltung des Friedens zwischen dem Dreibund und der Tripelentente.

Das ist in der Tat die große Sorge, die höchste Sorge der politischen Welt, seitdem zuerst der Marsch der Franzosen nach Fez, dann der Krieg, den Italien der Türkei erklärte, die Hohlheit gewisser Dogmen der europäischen Politik und die Gebrechlichkeit jenes überaus beweglichen Dinges, das man von Augenblick zu Augenblick den Statusquo nennt, deutlich haben hervortreten lassen.

Das ist die Sorge, neben der die Beunruhigung, die der — wenn auch

Digitized by Google

lokalisierte — Balkankrieg hervorruft, nur wenig bedeutet, trotz der Schrecknisse, die ihn begleiten, und der Umwälzungen, die er mit sich bringt.

Meine Ansicht ist die, daß das Einvernehmen der Großmächte diesem Kriege gegenüber erkünstelt und negativ ist. Es ist das Ergebnis eines fortwährenden und glücklicherweise allen gemeinsamen Bemühens, jenen Weltbrand, den alle fürchten, zu vermeiden, weil er das von ungeheuren Katastrophen begleitete Unbekannte darstellt. Ihre Ziele im Orient sind verschieden wie ihre Interessen, aber diese Verschiedenheiten müssen verhehlt und dürfen, wenn sie sich zeigen, nicht betont werden. Die Mächte sind einig, nicht in Uneinigkeit geraten zu wollen, so ungleich ihre Ziele auch sind, und daher keine Fragen auftauchen zu lassen, in deren Gefolge die Gegensätze zutage treten würden, die man vermeiden will, die Antagonismen, die fernzuhalten höhere Interessen gebieten. Die Mächte sind einig, nicht weil sie dieselben Sympathien, dasselbe Programm, dieselben Pläne hätten — denn sie sind weit davon entfernt, dergleichen zu haben —, sondern weil sie ein gemeinsames, allen andern vorgehendes Interesse haben, nämlich das, nicht miteinander in Streit zu geraten, keine Entfesselung übermächtiger Kriegsrüstungen hervorzurufen.

Ein Einvernehmen auf solchen Grundlagen ist vielleicht nicht das unsicherste. Es hat schon starken Spannungen widerstanden (bosnische Angelegenheit, Marokkofrage), und es ist zu wünschen, ja man darf sich sogar mit der Hoffnung schmeicheln, daß es noch andern widerstehen wird. Aber die Tatsache, daß dieses Einvernehmen kein wirkliches, sondern ein künstliches und scheinbares ist, hat doch ernste Folgen.

Wenn das Einvernehmen der Mächte ein wirkliches wäre, wenn es tatsächlich ein europäisches Konzert gäbe, so würde sich dieses durch eine gemeinsame, sichere, wirksame, autoritative Tätigkeit kundgeben; statt dessen merkt man, wenn man die Unfähigkeit der Großmächte sieht, die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel zu dirigieren oder einfach zu meistern, daß sie gehindert, ängstlich, im geheimen uneinig sind, und man ist versucht, das Wort des Herrn v. Beust — und zwar mit weit größerer Berechtigung — zu wiederholen: „Es gibt kein Europa mehr!"

Es gab eine Zeit — vor und nach dem Augenblick, wo der sächsisch-österreichische Staatsmann dieses melancholische Wort aussprach — es gab eine Zeit, wo ein europäisches Konzert vorhanden war, das die Ereignisse regelte, ihnen einen Rahmen vorzeichnete, sie hinderte, über diesen hinauszugehen. Die heilige Allianz, die die Liberalen aller Länder so schlecht gemacht haben, hatte, neben manchen Nachteilen, das allzusehr verkannte Verdienst, lange Jahre hindurch, wie der Dreibund in unsern Tagen, den europäischen Frieden erhalten zu haben. Sie hat eben dadurch den Völkern ohne deren Wissen und Wollen einen Dienst erwiesen, indem sie die Sammlung der Kräfte und Ideen begünstigte, die durch Kriege in einer wahrscheinlich für die liberale Sache unfruchtbaren Weise vergeudet oder verstreut worden wären. Als es ein europäisches Konzert gab, brauchten sich durchaus nicht alle Mächte daran zu beteiligen, wenn es nur

Digitized by Google

eine Mehrheit gab, die den Andersgesinnten gegenüber ihren Willen durchsetzte. So vermochte auf dem Berliner Kongreß eine Mehrheit von Großmächten den Bestrebungen Rußlands Schranken zu setzen und Grenzen zu ziehen, die so ausgedacht waren, daß sie unter den auf dem Weg der Entwicklung begriffenen Kleinstaaten ein gewisses Gleichgewicht erhielten — mit einem Wort, sie wußte sich Respekt zu verschaffen, man hörte auf sie und gehorchte ihr. Es gab ein Europa und es war jemand vorhanden — ein Gewissen, ein Geist, ein Wille, eine Autorität —, die die Ereignisse dirigierten.

Was sieht man heute und seit einigen Jahren? Im allgemeinen zeigt sich, daß die Grundsätze der Begehrlichkeit untergeordnet werden, und im besonderen zeigt sich — da speziell die Balkanangelegenheiten es sind, die uns die Feder in die Hand drücken —, daß das Dogma der Integrität der Türkei, das bis zum Juni 1911 von allen Staatsmännern (Aehrenthal, Grey, San Giuliano usw.) verkündigt wurde, um die Wette selbst von denen, die es zu einer der Grundlagen ihrer auswärtigen Politik zu machen erklärten, verletzt wird, während die andern Mächte dieser Verletzung gegenüber untätig bleiben, sie geschehen lassen, anscheinend ohne sich die Gefahr eines solchen Beispiels zu vergegenwärtigen, und zugeben, daß das Dogma sich ändert. So wurde zum Beispiel nach der Eroberung von Libyen ausgemacht, daß die Türkei zwar ihre afrikanischen Provinzen verlieren, aber ihre Integrität in Europa und Asien aufrechterhalten werden sollte. Dies wurde laut erklärt, und selbst als die Balkanverbündeten ihrerseits gegen die Türkei vorgingen, versicherten sie, daß sie es täten, um Reformen, nicht aber territoriale Veränderungen durchzusetzen. Die Großmächte waren einverstanden. Es blieb ausgemacht, daß unter allen Umständen, einerlei, welche Ereignisse eintreten würden, der territoriale Statusquo nicht geändert werden sollte. Dann spielten sich die allgemein bekannten Ereignisse ab. Die Tatsachen löschten die eingegangenen Verpflichtungen aus. Wer erklärte wohl jetzt noch, nur Reformen haben zu wollen? Wer erklärte wohl noch, daß keine territorialen Veränderungen eintreten würden? Es zeigte sich jetzt, wie viel man sich in dieser besonderen Welt aus einem gegebenen Wort macht, das im Reiche der anständigen Menschen mit dem feierlichsten Schwur gleichbedeutend ist. Alle setzten sich darüber hinweg. Zwei Monate nach jenen feierlichen Erklärungen war alles vergessen. Und die Mächte ergaben sich in eine Umgestaltung der Karte der Balkanländer, die jenen Statusquo, der unantastbar bleiben sollte, von oben bis unten umstürzte. Wie lächerlich! Wie kläglich! Und doch, die Tatsache ist da: brutal, beschämend. Es gibt kein gegebenes Wort mehr, keine übernommenen Verpflichtungen, keine Grundsätze mehr. Warum? Weil es keine Autorität mehr gibt, die Respekt vor ihnen erzwingt. Es gibt kein Europa mehr.

Doch der Krieg erschöpft die kämpfenden Staaten. Ein Waffenstillstand wird geschlossen, und man versucht es mit Friedensunterhandlungen. Zwei Konferenzen treten in London zusammen, in der mehr oder weniger wohlverstandenen Hoffnung, der Entwicklung der Ereignisse Einhalt zu tun. Klägliche Beratungen, zu denen die Vertreter der kriegführenden Mächte sich versammeln, um sich über

Digitized by Google

nichts schlüssig zu werden, und die Botschafter der Großmächte, um nichts zu tun! Es galt, mit allem Nachdruck die Erreichung des Zieles zu versuchen, eine Lösung, eine Formel zu finden. Nichts, gar nichts kam zustande. Die Verhandlungen in London haben den Verfall der Diplomatie deutlich hervortreten lassen und die Ohnmacht Europas bestätigt. Das war vorauszusehen, denn man weiß, daß derartige internationale Zusammenkünfte nur dann zu einem Ergebnis führen, wenn eine individuelle oder areopagische Autorität vorhanden ist, die ihre Arbeiten auf ein vorher bestimmtes Ziel hinlenkt. Weil diese Autorität fehlte, weil man ins Blaue hinein beriet, haben die Verhandlungen nichts ergeben, und steht man nach zwei Monaten noch auf demselben Fleck: die Gegner treten kampfgerüstet wieder einander gegenüber und der Krieg beginnt in aller Form wieder mit seinem Gefolge von Schrecken und Scheußlichkeiten.

Der Friede, über den sich die Kriegführenden in keiner Weise zu einigen vermochten, konnte nicht mit Gewalt herbeigeführt werden, denn man fängt keinen gefährlicheren Krieg an, um einen weniger ernsten zu vermeiden. Zu andern Zeiten hätte er leicht durch die moralische Autorität der Mächte erzwungen werden können. In der Tat, die Meinungsverschiedenheit zwischen der Türkei und den Verbündeten erstreckte sich lediglich auf Adrianopel, das die Türkei mit Recht zu behalten verlangte, erstens, weil die Bevölkerung von Adrianopel zu achtzig Prozent muselmanisch ist, zweitens, weil Adrianopel nicht unter den Schlägen der Verbündeten gefallen war und noch Widerstand leistete. Was die Inseln des Aegäischen Meeres betrifft, deren Bevölkerung ungefähr 500 000 Seelen zählt, so legte die Türkei die Entscheidung in die Hände der Mächte.

Doch Europa hat ein neues Blutvergießen, selbst wegen einer Divergenz, die von so geringer Bedeutung war neben den ungeheuren von den Verbündeten erreichten und von der besiegten Türkei zugestandenen Resultaten, nicht zu verhindern verstanden. Es besitzt gar keine Autorität mehr. Wenn die Verbündeten, die ihre Absicht, auf keine Eroberung auszugehen, vorher angekündigt hatten, sich nicht mit Thrazien, mit Mazedonien, mit Epirus, dem alten Serbien, die ihnen preisgegeben sind, begnügen, so geschieht das, weil sie wissen, daß ihnen alles erlaubt ist und daß sie alles wagen dürfen.

Die Tatenlosigkeit Europas oder, was noch schlimmer ist, die Aengstlichkeit und Unzulänglichkeit seiner Aktionen ist das Eingeständnis seiner Ohnmacht; seine Ohnmacht ist das Geständnis, daß das Einvernehmen der Großstaaten gemacht, gekünstelt ist und daß es sich, wie ich oben schon gesagt habe, nur durch die Mühe, die alle aufbieten, um nichts zu tun, nichts zu unternehmen, nichts zu versuchen, nichts zu wagen, was den Ausbruch ihrer versteckten Rivalitäten hervorrufen könnte, aufrecht erhält.

Woran liegt das? An der Gruppierung der Mächte. Die Urheber der Tripelentente haben dem Dreibund das Gleichgewicht zu halten gesucht. Das ist ihnen so gut gelungen, daß daraus zwei Gruppen entstanden sind, die sich

Digitized by Google

gegenseitig lähmen. Was ist das Resultat der Einwirkung zweier gleicher und entgegengesetzter Kräfte? In der Physik die Unbeweglichkeit, in der Politik die Machtlosigkeit.

Dieses Gleichgewicht unbeweglich gemachter Kräfte schafft einen Zustand der Dinge, der für kühne Unternehmungen Dritter der denkbar günstigste ist. Außerstande, die Ereignisse zu lenken, müssen die Großmächte sich ihnen fügen. Dieses Gleichgewicht gibt den Balkanverbündeten ihre stolze Sicherheit und rechtfertigt alle Vermessenheiten von ihrer Seite. Es garantiert ihnen die Untätigkeit jener, die in andern Augenblicken ihre Pläne durchkreuzen würden. Aus Furcht, dieses Gleichgewicht zu stören, sind die Mächte gezwungen, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Das nützen die Verbündeten aus; deswegen wollen die Bulgaren Adrianopel haben, das mohammedanischer Boden ist, der ihnen nichts ist, der ihnen widersteht. Darum verlangen auch die Serben einen Hafen am Adriatischen Meer und erheben die Griechen Anspruch auf Valona, das albanisch ist, und auf die Inseln im Aegäischen Meer, sogar auf die, die geographisch zu Asien gehören. Heutzutage sind es die kleinen Staaten, die das Gesetz diktieren und die neue Karte des Orients zeichnen. Ihre Kühnheit kennt keine Grenzen mehr. Einer ihrer Generäle spricht davon, die Türken über das Meer zurückzuwerfen. Damit ist auch schon die Frage nach dem Schicksal Konstantinopels gestellt! Indessen, die Botschafterkonferenz ist noch an der Arbeit. Womit ist sie beschäftigt? Sie regelt die Uebernahme eines Teiles der ottomanischen Schuld durch die Verbündeten und die Abmachungen über ihre Verantwortlichkeit in bezug auf die orientalischen Eisenbahnen!

Zu der gegenwärtigen Lage mit den zwei Mächtegruppen, die sich das Gleichgewicht halten, und den kühnen kleinen Staaten, die die erzwungene Untätigkeit, zu der das Gleichgewicht die Großmächte verdammt, benutzen, um nach ihrem Belieben zu handeln, gibt es einen Präzedenzfall, den die Ereignisse von 1860 in Italien darstellen. Damals waren es Oesterreich und Frankreich, die einander das Gleichgewicht hielten. Die einzige Möglichkeit für sie, einen neuen Kampf zu vermeiden, der an den Ufern des Rheins zu einer Rückwirkung geführt haben würde, war, nichts zu tun. Man verzierte damals diese Ohnmacht mit dem Namen eines „Nichtinterventionsprinzips"; und während Oesterreich und Frankreich sich gegenseitig in Schach hielten, handelte Piemont. Es hielt erst an den Grenzen des Patrimoniums Petri inne; diese letzte Etappe, die Eroberung Roms, das übrigens Frankreich besetzt hielt, wurde auf später verschoben. Werden die Verbündeten vor Byzanz haltmachen?

Doch bei den Ereignissen, die dank der Untätigkeit Europas heute vor sich gehen, kann nicht alles allen zum Vorteil ausschlagen. Bei dem angeblichen Einvernehmen der Mächte gibt es vielleicht die eine oder andre, die sich beglückwünscht, aber es gibt ganz gewiß auch solche, die Mißvergnügen empfinden. Ebenso konnte bei der Passivität von 1860 Oesterreich nur verlieren, während Frankreich sich schmeichelte, dabei gewonnen zu haben.

Welches sind die Mächte, die heute als Angeführte oder als Opfer Bedauern

Digitized by Google

über die Vorgänge im Orient empfinden müssen? Alle jene, die kein Interesse an der Demütigung und Verkleinerung der Türkei hatten. Dazu gehört Deutschland, das auf die seit fünfzehn Jahren verfolgte Politik verzichtet,[1]) die sich in dem aufrichtig betrauerten Baron Marschall v. Bieberstein verkörperte, eine Politik, die darin bestand, der Türkei zu helfen, ihre Freundschaft zu pflegen, Eisenbahnenkonzessionen und Aufträge für die Industrie von ihr zu erlangen, den deutschen Handel in der Türkei zu entwickeln und sich dort Einflußzonen zu schaffen. Ferner gehören dazu England und Frankreich, die durch die Entente mit Rußland in eine Politik hineingetrieben worden sind, die niemals die ihrige war, sondern im Gegensatz zu ihrer vielhundertjährigen Politik steht (man denke an 1829 und 1853—55). Endlich Oesterreich-Ungarn, das neben sich mächtige slawische Gruppen emporwachsen sieht, über die es keine Gewalt haben kann, und die vielleicht einen unheilvollen Einfluß auf die Slawen der Monarchie ausüben werden, möglicherweise einen attraktiven, jedenfalls aber einen für jene Kohäsion von Rassen, die ihr eigentliches Wesen ausmacht, schädlichen Einfluß. Da die schlechten Beispiele in der Politik oft von verhängnisvoller Wirkung sind, kann man sich nicht des Gedankens erwehren, daß, ebenso wie die Einigung Italiens die Einigung Deutschlands vorbereitet hat, die Auflösung des Ottomanischen Reiches in Europa, wenn man nicht acht gibt, die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie vorbereiten könnte. Bei Umwälzungen, wie wir sie jetzt erleben, gibt es nur etwas wirklich Festes: das sind die nationalen Agglomerate, die durch ethnische Kohäsion, durch gemeinsame Traditionen, durch gemeinsame Bestrebungen zusammengehaltenen Einheiten. Und Oesterreich-Ungarn ist keine solche.

Es gibt vielleicht nur *eine* Macht, der die Schwächung des türkischen Reiches angenehm sein kann; das ist Rußland, und zwar aus Gründen, die zu wiederholen überflüssig ist, weil sie in der Geschichte verzeichnet und auf der Karte eingetragen sind. Vielleicht jedoch wird ihm nicht alles zum Vorteil gereichen. Denn die Türkei, die in Europa — bis jetzt — zugunsten andrer Länder als Rußland verkleinert, vernichtet worden ist, könnte in Asien, wo die Wiege des türkischen Volkes stand, die Stärke und die Kraft wiedergewinnen, die sie diesseits des Hellespont verloren hat, und drüben für manche der Pläne Rußlands ein Hindernis bilden. Es gibt Länder, die sich schwächen, wenn sie ihr Gebiet erweitern; es gibt andre, die stärker werden, wenn es sich vermindert und sie ihre Kräfte konzentrieren.

Kurz, es wird viel von dem Einvernehmen der Mächte, worüber Sie um meine Ansicht baten, gesprochen. Aber was man so sehr zu versichern das Bedürfnis empfindet, ist im allgemeinen weniger wahr, als man zugeben möchte. Ja, es besteht ein scheinbares Einvernehmen, aber um welchen Preis und unter welchen

---

[1]) *Anmerkung der Redaktion:* Die Stellung Deutschlands zur Türkei hat sich nicht verändert, die deutsche Orientpolitik muß aber den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen.

Digitized by Google

Verhältnissen! Von den beiden am unmittelbarsten an den gegenwärtigen Verwicklungen beteiligten Großmächte hat die eine Streitkräfte mobilisiert, als wenn das Einvernehmen von einem bevorstehenden Bruch bedroht wäre, die andre hat Jahresklassen, die auf Entlassung Anspruch haben, unter den Fahnen behalten. Es besteht ein scheinbares, aber lebloses, passives, ohnmächtiges, negatives Einvernehmen. Man ist einig, um nichts zu tun, d. h. um es geschehen zu lassen, daß andre handeln, und unbeweglich dabei zuzusehen, selbst wenn ihr Vorgehen zu den bedenklichsten Ergebnissen führen muß.

Ich hoffe indes, daß das Einvernehmen, so gebrechlich und unsicher es auch sein mag, nicht gestört wird, denn alles ist besser als ein Bruch, der den so berechtigterweise gefürchteten europäischen Krieg herbeiführen würde. Das Einvernehmen der Mächte ist, wie ich schon oben gesagt habe, obwohl es künstlich ist, vielleicht dennoch sehr fest. Die Türkei wird mehr oder weniger geopfert werden, und ich glaube, je weniger sie es werden wird, um so besser wird es sein. Aber in irgendeinem Maß wird sie schließlich geopfert werden; sie ist es schon und hat sich darein ergeben. Und man muß anerkennen, daß sie ihr Schicksal durch ihre Kurzsichtigkeit, durch die Unfähigkeit ihrer Verwaltung, durch ihre inneren Zwistigkeiten und noch aus andern Gründen verdient hat. Aber der große Krieg, der vor allem gefürchtete Krieg, wird wahrscheinlich wieder vermieden werden. „Nach langem behutsamem Tasten haben die beiden großen Mächtegruppen erkennen können, was alle vorhergegangenen Ereignisse schon bewiesen hatten, daß nämlich mit den jeder einzelnen von ihnen eignen Kräften und Schwächen sie sich genau das Gleichgewicht halten, und daß kein Glied von einer der beiden ohne großes Risiko sich unterfangen kann, einem Gliede der andern eine Lösung aufzuzwingen, die im Gegensatz zu früheren Verpflichtungen, zu vorher aufgestellten Rechten oder gewissen allgemeinen Interessen steht. Trotz der durch die Agitation einiger Parteien verursachten Erschütterungen wird auch die Balkanangelegenheit ohne Zweifel wieder nach diesem in der bosnischen Angelegenheit und bei den verschiedenen Wechselfällen in der Marokkoaffäre angewendeten Prinzip geregelt werden."

Und dann, wenn man nicht zu jenen neuerungsfeindlichen Diplomaten gehört, die sich nicht daran zu gewöhnen vermögen, neue Situationen ins Auge zu fassen, muß man auch anerkennen, daß die Veränderungen, die der Balkankrieg sehr wahrscheinlich auf der Karte von Europa herbeiführen wird, Gelegenheit zu internationalen Kombinationen geben werden, an die man bis jetzt nicht gedacht hat und die gerade von denen vorteilhaft ausgenutzt werden können, die heute bei den sich vollziehenden Umwälzungen am meisten zu verlieren scheinen. Nicht alles geschieht zum Schaden, sagt ein italienisches Sprichwort. Die Politik ist die Kunst, Vorteil aus den Situationen zu ziehen. Das ist eine Kunst, die Oesterreich-Ungarn stets mit Geschicklichkeit und Nutzen geübt hat. Die Zahl der Figuren auf dem internationalen Schachbrett nimmt zu, die Partie wird dadurch für einen guten Spieler nur um so interessanter, weil sie reicher an Kombinationen ist. Sieht man nicht jetzt schon auf der Balkanhalbinsel einen

Digitized by Google

Gegensatz zwischen Hellenen und Slawen hervortreten? Das ist ein Zustand, der nicht verschwinden kann, ebenso wie der rumänisch-bulgarische Antagonismus schwerlich verschwinden wird, ohne Spuren zu hinterlassen. Das alles sind Umstände, die sich ausnutzen lassen. Griechenland kann durch die Eigenschaften seiner Nation, durch die Ausdehnung seiner Küsten leicht eine Seemacht werden, mit der man im Mittelländischen und im Adriatischen Meer rechnen muß. Ich will mich dabei nicht weiter aufhalten, denn die Zeit drängt mich, dieser Brief ist lang und der Raum in der „Revue" würde mir nicht ausreichen. Ich erinnere nur an den Erfahrungssatz: „Wenn auch unser Nachbar selten unser Freund ist, so hat doch der Nachbar unsres Nachbarn große Aussichten, es zu sein oder es zu werden."

Genehmigen Sie usw.

* * *

Die Großmächte und der Orientkrieg

Von

Dr. Benedetto Cirmeni,

Abgeordnetem im italienischen Parlament

Rom, den 12. Februar.

Während des Italienisch-Türkischen Krieges wetteiferten die Großmächte, die Türkei mit der größten Rücksicht zu behandeln, um zu vermeiden, daß die Existenz des ottomanischen Reiches Gefahr laufe. Das gute Beispiel war von Italien selbst gegeben worden, das, als es die Feindseligkeiten eröffnete, offiziell erklärte, daß sein Streben einzig und allein auf Tripolitanien gerichtet sei; es werde, da es immer mit den andern Mächten zur Erhaltung der Integrität des ottomanischen Reiches beitragen wolle, den Krieg von der Balkanhalbinsel fernhalten und die Balkanvölker nicht im geringsten, weder direkt noch indirekt, in ihren nationalen Bestrebungen ermutigen. Italien hat sein freiwillig gegebenes Versprechen gewissenhaft gehalten, und die andern Mächte verfolgten den Weg der Rücksichten gegen die Türkei bis zur Uebertreibung, die immer ein Fehler ist; sie gingen so weit, daß sie nicht auf Rußland hören wollten, das in der richtigen Voraussicht, daß die übermäßige Dauer des Krieges in Afrika den Frieden Europas in ernste Gefahr bringen würde, einen Kollektivschritt der Mächte in Konstantinopel vorgeschlagen hatte, um die türkische Regierung zu überreden, Frieden mit Italien zu schließen.

So kam es, daß die Großmächte, indem sie ihre wohlwollende und interessierte Aufmerksamkeit auf jenen großen internationalen Markt richteten, der sich ottomanisches Reich nennt, nicht das geringste merkten von all den Vorbereitungen, welche die kleinen Balkanstaaten trafen, und daß sie in ihrem Wetteifer, der Türkei eine kleine moralische Demütigung zu ersparen, die sie gerettet

Digitized by Google

haben würde, keine Kenntnis von dem zur Vertreibung der Türkei aus Europa geschlossenen Balkanbund hatten.

In ihrer Unkenntnis alles dessen, was zwischen den Balkanstaaten heimlich ausgemacht worden war, nahmen die Großmächte deren erste kriegerische Kundgebungen nicht ernst. Sie beunruhigten sich auch nicht sehr über die Veröffentlichung der Mobilisierungsorders der Balkanheere, die sie als einfachen „Bluff" auslegten, da sie in ihrem Optimismus durch die tiefe Ueberzeugung bestärkt wurden, daß die Heere der Balkanstaaten es niemals wagen würden, das türkische Heer anzugreifen; denn der türkische Soldat galt — unter anderm auf das ihm in neuester Zeit vom Feldmarschall von der Goltz ausgestellte Zeugnis hin — als der erste Soldat der Welt.

Wiewohl aber die Großmächte nicht an den Krieg glaubten, so blieben sie doch nicht untätig. Da die Balkanstaaten erklärten, daß sie die Türkei nur zwingen wollten, die Bestimmung des Berliner Vertrags über die Einführung der Reformen in Mazedonien einzuhalten, so versuchten sie dieses Ziel auf diplomatischem Wege zu erreichen. Die Initiative, die Frankreich und Rußland mit dem in Paris von Poincaré und Sassonow vereinbarten Vorschlag ergriffen, verdient in Erinnerung gebracht zu werden; aber dieser Vorschlag rief bei England große Bedenken hervor, das bemerkte, wenn die Großmächte die Ausführung der Reformen in Mazedonien in die Hand nehmen müßten, so würden sie damit dort an die Stelle der Türkei treten und so die Souveränitätsrechte des Sultans verletzen. Von da an begann die Uneinigkeit im Lager der Tripelentente. Während Rußland, das vielleicht das Zustandekommen des Balkanbundes heimlich begünstigt hatte, einen Druck auf die Türkei auszuüben strebte und Frankreich sich geneigt zeigte, es dabei zu unterstützen, betonte England hingegen seine türkenfreundliche Politik, weil zu dem alten sorgsamen Bemühen, das religiöse Gefühl der vielen Millionen muselmanischer Untertanen des britischen Reiches nicht zu verletzen, der Umstand hinzugetreten war, daß die Jungtürken, die Deutschland den Engländern vorgezogen hatten, nicht mehr am Ruder waren und Kiamil Pascha, der, wie allgemein bekannt, den englischen Einfluß begünstigte, in das unter dem Vorsitz Mukthar Paschas gebildete Kabinett eingetreten war.

Die Unentschlossenheit der Großmächte benutzten die Balkanstaaten, um die Vorbereitungen zum Kriege zu beschleunigen und ihn zu erklären, während sie, um die Befürchtungen der Mächte zu beschwichtigen, um die Wette versicherten, daß sie lediglich beabsichtigten, die Türkei zur Beobachtung der Bestimmung des Berliner Vertrags über die Einführung der Reformen in den Provinzen mit christlicher Bevölkerung anzuhalten, und daß keine von ihnen territoriale Wünsche habe, die sie befriedigen wolle. Die Großmächte ihrerseits glaubten den Stein der Weisen gefunden zu haben, als sie sich über die Erklärung einigten, daß der territoriale Statusquo unverändert bleiben solle, einerlei, welchen Ausgang der Krieg auch nehmen würde. Diese Erklärung beschwichtigte die Befürchtungen, die Rußland für den Fall hegte, daß die Türkei die Verbündeten schlagen würde,

Digitized by Google

und die Befürchtungen Oesterreich-Ungarns für den Fall, daß die Türkei von den Verbündeten geschlagen würde. Oesterreich, das sich während des Italienisch-Türkischen Krieges auf einen Einmarsch in den Sandschak Novibasar vorbereitet hatte für den Fall, daß der Krieg eine Rückwirkung auf der Balkanhalbinsel hervorrufen sollte, ließ sich jetzt, als der Balkankrieg ausbrach, durch die Versicherung, daß der territoriale Statusquo unverändert bleiben solle, einerlei, welchen Ausgang der Krieg auch nehmen würde, dazu überreden, den erwähnten Einmarsch nicht zu unternehmen.

Die Ereignisse, die dann mit außerordentlicher Schnelligkeit und weittragender Wirkung aufeinander folgten, verblüfften die Welt und warfen die Pläne der europäischen Diplomatie über den Haufen. Die überaus raschen und aufsehenerregenden Siege der Balkanheere, die Massenergebung ottomanischer Regimenter im Anfang der Schlachten, die ungeheure Panik, die sich großer Massen von türkischen Soldaten beim Herannahen der Feinde bemächtigte, die vollständige Demoralisation dieses Heeres, das als eines der besten der Welt galt, die unzweifelhaften Symptome der Anarchie in der Militär- und Zivilverwaltung des Reiches machten die Balkanstaaten übermütig und brachten die Eintracht der Großmächte und damit den Frieden Europas in schwere Gefahr.

Die Balkanstaaten, die feierlich erklärt hatten, daß sie keine territorialen Wünsche hätten, gebärdeten sich sofort als definitive Herren der ganzen europäischen Türkei einschließlich der Gebiete, die sie nicht hatten erobern können, und der befestigten Städte, die der Belagerung durch sie Widerstand leisteten, einschließlich auch Konstantinopels, in das sie im Triumph einziehen wollten, um die Hagia Sophia dem christlichen Glaubenskult zurückzugeben. Trunken von den leichten und nicht erhofften Siegen, beschränkten sich die Balkanstaaten nicht darauf, das besiegte ottomanische Reich von oben herab zu behandeln, sondern beeilten sich auch, sich der Rücksichten gegen die Großmächte zu entschlagen, indem sie sich über die Lebensinteressen einiger Großmächte, besonders Oesterreich-Ungarns und Italiens, mit der größten Unbekümmertheit hinwegsetzten. In der Tat, nicht zufrieden mit der Eroberung des Sandschaks Novibasar, der für Oesterreich unantastbar bleiben mußte, schickten sie sich zur Eroberung Albaniens an und verteilten es, noch ehe sie es besetzt hatten: Montenegro sollte die Stadt, den See und das Gebiet von Skutari, Serbien das nördliche Albanien einschließlich des Hafens von Durazzo, Griechenland das südliche Albanien, Vallona eingeschlossen, bekommen. So wollten diejenigen, die mit der Türkei im Namen des Nationalitätsprinzips Krieg führten, Albanien, das ganz allein sich heldenhaft gegen die Türkei gewehrt hatte, das Schicksal Polens erdulden lassen und das älteste und reinste der Balkanvölker vernichten; so versuchten die Balkanstaaten, nicht zufrieden, der österreichisch-ungarischen Monarchie den Weg versperrt zu haben, der nach Saloniki, dem Ziel ihres alten, ständigen Strebens, führt, durch die Teilung Albaniens, einschließlich der Küste, Oesterreich und Italien in das Adriatische Meer einzusperren; denn wer Herr von Vallona ist, ist auch Herr des Eingangs zum Mittelländi-

Digitized by Google

schen Meere, und wer Herr von Durazzo ist, bedroht beständig Oesterreich und Italien. Außerdem ist hinzuzufügen, daß die Balkanstaaten, indem sie sich zur Eroberung von Albanien anschickten, den bekannten italienisch-österreichischen Vertrag zerrissen, durch den Italien und Oesterreich-Ungarn sich verpflichtet haben, Albanien nicht anzutasten und an dem Tage, an dem die türkische Herrschaft aus von ihrem Wollen unabhängigen Gründen aufhören würde, die Gründung des albanischen Staates herbeizuführen. War es jemals denkbar, daß die beiden Großmächte des Adriatischen Meeres sich in dieses Meer unter schwerer Gefährdung nicht nur ihrer wirtschaftlichen, kommerziellen und politischen Interessen, sondern geradezu ihrer ganzen Existenz einschließen lassen würden? Das kürzlich wieder erneuerte Bündnis, die gemeinsame Gefahr und der Schutz der gemeinsamen höchsten Lebensinteressen trieben Italien und Oesterreich-Ungarn, solidarisch zu sein und sich zu zeigen, indem sie den Balkanstaaten ein Halt! zuriefen, Albanien für unantastbar erklärten und ein feierliches und formelles Veto gegen die Besetzung von Durazzo und von Vallona einlegten. Oesterreich-Ungarn würde ohne weiteres auf das diplomatische Veto das militärische haben folgen lassen und wäre vielleicht auf Belgrad marschiert, wenn Deutschland und Italien es nicht nachdrücklich ermahnt hätten, die Ruhe zu bewahren, und wenn sich Deutschland nicht beeilt hätte, sich mit seinem Verbündeten auf der Balkanhalbinsel solidarisch zu erklären; wenn England, im Unterschied von den beiden andern Mächten der Tripelentente, nicht sofort den Standpunkt des Dreibundes in bezug auf die Unantastbarkeit Albaniens akzeptiert hätte.

Es ist kein Geheimnis, daß Frankreich Serbien bei dem Plan der Eroberung Albaniens offen ermutigte. An dem Tage, an dem die Delegierten der Balkanstaaten auf der Reise nach London zu den Verhandlungen der Friedenskonferenz sich in Paris aufhielten, begnügte sich Herr Poincaré, damals Ministerpräsident und Minister des Aeußern der französischen Republik, nicht damit, ihnen große Ehren zu erweisen, sondern erklärte dem ersten serbischen Delegierten noch, daß die Tripelentente fest und nachdrücklich die territorialen Bestrebungen Serbiens unterstützen würde, das heißt also die Teilung Albaniens, denn das war das einzige territoriale Verlangen Serbiens, das auf Widerspruch stieß. Diese Erklärung rief die ernstesten Befürchtungen für den europäischen Frieden hervor, da es allgemein bekannt ist, daß der Dreibund sich in jeder Weise und mit allen Mitteln der Tripelentente widersetzen würde, wenn diese wirklich für die Teilung Albaniens einträte. Glücklicherweise akzeptierte England sofort den Standpunkt des Dreibundes und überredete Frankreich und Rußland, dasselbe zu tun. So konnte die Botschafterkonferenz einstimmig beschließen, daß der albanische Staat geschaffen werden solle, daß Serbien Durazzo räumen und sich am Adriatischen Meer mit einem ausschließlich zu Handelszwecken dienenden Hafen begnügen müsse, zu dem es durch eine internationalisierte Eisenbahn Zugang bekommen solle.

Als diese wirklich gefährliche Klippe glücklich umschifft war, erfuhr die

Digitized by Google

Einigkeit der Großmächte wieder eine öffentlich sich kundgebende, offizielle Befestigung durch den Beschluß, eine Kollektivnote an die Türkei zu richten, durch die sie veranlaßt werden sollte, Frieden mit den Balkanstaaten auf folgender Grundlage zu schließen: Die Türkei sollte die Stadt Adrianopel an die Verbündeten abtreten und die Entscheidung über das Schicksal der Inseln im Aegäischen Meere in die Hände der Großmächte legen. Die Schwierigkeiten, auf die man bei der Abfassung dieser Note stieß, und der Umstand, daß sie im letzten Augenblick auf Wunsch Deutschlands gemildert wurde, bewiesen, daß bei den Großmächten eine zweifache Richtung herrschte: während die Tripelentente dafür war, einen starken Druck auf die Türkei auszuüben, war der Dreibund in Sorge über die Folgen und Rückwirkungen eines solchen Druckes und tat daher sein möglichstes, um den Ernst der Kollektivnote abzuschwächen. Diese zweifache Tendenz verschärfte sich in der Folge nach dem Handstreich der Jungtürken, der, wie jedermann weiß, die ganze ersprießliche Arbeit der Großmächte zur Herbeiführung des Friedens gefährdete — eine Arbeit, die für beendigt und von Erfolg gekrönt galt, als der von der ottomanischen Regierung um Rat gefragte Diwan sich einstimmig für den Abschluß des Friedens unter den in der Kollektivnote der Großmächte enthaltenen Bedingungen ausgesprochen hatte.

Infolge des Handstreichs der Jungtürken und der Tötung des Kriegsministers Nazim Pascha wurde die Eintracht der Großmächte von neuem auf eine harte Probe gestellt, denn während die Tripelentente für einen starken Druck in Konstantinopel einschließlich einer bewaffneten Intervention durch die Landung von Marinesoldaten war, widersetzte der Dreibund sich diesem Verlangen, nicht nur weil er seine Neutralität erklärt hatte, sondern auch und ganz besonders, weil er fürchtete, daß die Intervention der Mächte in Konstantinopel dort Massakers und in Kleinasien große Ruhestörungen hervorrufen könnte. Der Dreibund hegte die größten Befürchtungen hinsichtlich einer eventuellen Rückwirkung auf Kleinasien, weil die Aspirationen der Mächte, aus denen sich die Tripelentente zusammensetzt, auf eine Teilung der Türkei bekannt waren. In der diplomatischen Welt ist es seit langer Zeit bekannt, daß Rußland Absichten auf Armenien, Frankreich auf Syrien, England auf Mesopotamien und Arabien hat. Deshalb ist der Dreibund, der bei der oben erwähnten Teilung nicht untätig zusehen könnte, daran interessiert, daß das Problem der asiatischen Türkei nicht aufgestellt wird, denn die Liquidation der asiatischen Türkei ist viel leichter als die der europäischen Türkei.

Aus diesen Gründen setzte der Dreibund dem von der Tripelentente gemachten Vorschlag, einen starken Druck in Konstantinopel auszuüben, den Vorschlag entgegen, diplomatische Kollektivschritte gleichzeitig in Konstantinopel, Sofia, Belgrad, Cetinje und Athen zu unternehmen. Da keiner dieser Vorschläge angenommen wurde, so wurde beschlossen, keinen Kollektivschritt zu tun, sondern es jeder einzelnen Großmacht zu überlassen, für sich allein das zu tun, was sie für zweckdienlich erachte, um die kriegführenden Staaten zum Friedensschluß zu überreden.

Digitized by Google

Der voreilige Abbruch der Friedensunterhandlungen und die Kündigung des Waffenstillstandes von seiten der Balkanstaaten sowie der darauffolgende Wiederbeginn des Krieges haben die Großmächte nicht veranlaßt, ihre Bemühungen einzustellen; sie haben weiter für den Frieden gearbeitet, auch während der neuen Phase des Krieges.

Heute, den 12. Februar, ist die militärische Lage der kriegführenden Staaten nicht ganz klar, weil die von der Türkei und die von den Balkanstaaten herrührenden Nachrichten über dieselben Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz in offenem Widerspruch zueinander stehen. Die diplomatische Lage der Großmächte ist günstig, weil die dem Balkankriege gegenüber erhalten gebliebene Einigkeit sich auch der Bildung eines neuen albanischen Staates gegenüber, die die letzte große zu überwindende Schwierigkeit darstellt, bewähren zu wollen scheint. Auch bei diesem Problem ist das Streben der Großmächte ein zweifaches: auf der einen Seite geht das Streben des Dreibundes auf die Bildung eines starken und lebensfähigen albanischen Staates; auf der andern Seite zeigen die Mächte der Tripelentente die Absicht, die Balkanstaaten im Besitze bedeutender albanischer Städte und Gebiete zu lassen. Allerdings haben sich die Großmächte einstimmig für die Schaffung des albanischen Staates ausgesprochen, aber bei der Festsetzung der Grenzen für diesen neuen Staat werden sich nicht wenige und nicht geringe Schwierigkeiten erheben, weil die Balkanstaaten einen großen Teil des albanischen Gebietes besetzt haben, den sie nicht wieder herausgeben wollen.

Daß auch bei dieser überaus heiklen Frage die Einigkeit der Mächte sich voraussichtlich bewähren wird, schließe ich aus der Nachricht, daß Rußland die Notwendigkeit anerkannt habe, die von Montenegro beanspruchte Stadt Skutari dem albanischen Staate zu lassen. Wenn es eine ausgesprochen albanische Stadt gibt, so ist es Skutari, das bestimmt scheint, die Hauptstadt des neuen Staates zu werden. Es war daher ganz natürlich, daß Oesterreich-Ungarn und Italien, die ein großes Interesse daran haben, daß der albanische Staat lebenskräftig zur Welt kommt, sich der Abtretung Skutaris an Montenegro widersetzten.

Wird aber die Einigkeit auch ungetrübt bleiben, wenn es sich darum handeln wird, dem neuen albanischen Staat Städte zuzuweisen, die jetzt in den Händen der Verbündeten sind? Und was wird geschehen, wenn die Türkei ihre innere Ordnung nicht wiederherstellen kann, wenn die Schrecken des Bürgerkriegs zu denen des Balkankrieges hinzutreten, wenn, kaum daß das Problem der europäischen Türkei gelöst ist, unversehens sich das Problem der asiatischen Türkei erhebt?

Der Dreibund ist fest und solidarisch in der Absicht, alles zu tun, was möglich ist, um das türkische Reich noch am Leben zu erhalten, um den Tag der asiatischen Liquidation in die Ferne zu rücken, um dem großen Kranken Sauerstoff zuzuführen. Nach dem Frieden von Lausanne ist Italien der aufrichtigste Freund der Türkei geworden, weil es als diejenige Macht, die unter den Mittelmeermächten die erste Stelle einnimmt, die in weit höherem Grade Mittelmeermacht ist als England und Frankreich, nicht den Verhältnissen im öst-

Digitized by Google

lichen Mittelmeer gleichgültig gegenüberstehen kann. Italien, das Libyen erobert hat, um das infolge der Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn, Tunesiens und Marokkos durch Frankreich, der Insel Zypern und Aegyptens durch England zuungunsten Italiens gestörte Gleichgewicht im Mittelländischen Meere wiederherzustellen, könnte nicht teilnahmlos zusehen, wenn die Teilung der asiatischen Türkei durch die Mächte, die die Tripelentente bilden, von neuem eine schwere Störung des Gleichgewichts im Mittelmeer verursachen würde. Ebenso könnte einer solchen Teilung auch Deutschland, das dort große wirtschaftliche Interessen hat — wie zum Beispiel die Bagdadbahn — nicht gleichgültig zusehen. Bei dem Bankett, das die deutsche Kolonie in Konstantinopel kürzlich zur Feier des Geburtstags Kaiser Wilhelms veranstaltete, hielt es der deutsche Botschafter für angebracht, zu erklären, daß Deutschland diese Interessen schützen würde.

Zusammenfassend kann ich zum Schlusse wiederholen, daß die Einigkeit der Großmächte noch weitere, nicht unbedeutende und nicht einfache Schwierigkeiten wird zu überwinden haben und daß es auf dem internationalen Felde starke Anlässe zu Meinungsverschiedenheiten gibt; da aber alle Großmächte eine große und sehr berechtigte Furcht vor dem Kriege haben, müssen wir Vertrauen zu der großen Sache des Friedens hegen. In diesem Vertrauen bestärkt uns die bedeutungsvolle Tatsache, daß in den letzten Monaten, und gerade während des Balkankrieges, England und Deutschland sich in freundschaftlichem Kontakt gehalten und in voller Uebereinstimmung darauf hingearbeitet haben, alle Ursachen eines Zwiespalts zwischen dem Dreibund und der Tripelentente fernzuhalten. Solange die Harmonie zwischen England und Deutschland besteht, wird der europäische Friede sicherlich erhalten bleiben, weil weder Rußland und Frankreich ohne das Einverständnis Englands werden Krieg führen können, noch Oesterreich-Ungarn ohne die Solidarität Deutschlands und Italiens Krieg führen kann.

Graf Alois Karolyi

Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie

I

Graf Karolyi, Eintritt in die diplomatische Laufbahn, erste Anfänge, Gesandter in Dänemark

„Und wer den Besten seiner Zeit genug getan,
Der hat gelebt für alle Zeiten."

Von aller politischen Tätigkeit findet die des Diplomaten bei seinen Zeitgenossen am wenigsten Würdigung. Der Staatsmann und der Parlamentarier arbeiten in und mit der Oeffentlichkeit, ihre Figuren werden dem Publikum bekannt, ihr Anteil an den politischen Ereignissen ihrer Zeit liegt zutage, und ihre

Digitized by Google

Verdienste werden niemals übersehen. Gerade umgekehrt liegen die Verhältnisse für den Diplomaten. Er arbeitet im stillen, seine Persönlichkeit tritt mit der Oeffentlichkeit, außer bei sozialen Anlässen, in keine Berührung, sein wirklicher Anteil an den Geschehnissen seiner Zeit und den Entschlüssen seiner Regierung bleibt das Geheimnis einiger weniger, ebenso daher seine Verdienste. Anderseits ist das Publikum nur zu geneigt, ihn mit der Schuld an eventuellen Mißerfolgen zu belasten. Er mag eifrig informiert, richtig geurteilt, mit Würde vertreten, mit Klugheit und Umsicht verhandelt haben; gehen die Dinge schlecht, so ist das Urteil der öffentlichen Meinung über ihn schnell gesprochen, und gehen sie gut, so bleibt ihr sein wahrer Anteil meistens unbekannt.

Ueberdies ist die Diplomatie naturgemäß der Beruf einer kleinen Minderheit und daher mit der Unpopularität behaftet, welche in unsrer nivellierenden Zeit alles trifft, was einem Privilegium gleich sieht. Es geht ihr diesfalls wie der Kavallerie, welche ihren Ruf einer vornehmen Waffe gleichfalls mit einer gewissen Mißgunst in der Beurteilung ihrer Leistungsfähigkeit zu bezahlen hatte. Die Zeiten sind nicht ferne, wo es vielfach als eine Art Lehrsatz aufgestellt wurde,[1]) Diplomatie und Kavallerie hätten sich überlebt und bestünden mehr des äußeren Scheines willen und zur Unterhaltung einiger privilegierten Müßiggänger als aus innerer Berechtigung fort. Der Krieg von 1870 hat dieses Urteil bezüglich der Kavallerie schlagend widerlegt, und das Studium der wahren Geschichte der letzten vierzig Jahre wird jeden Unbefangenen von dem hohen und wichtigen Berufe der Diplomatie überzeugen.

In unserm Vaterlande aber haben die Diplomatie und deren Vertreter in der Beurteilung der öffentlichen Meinung an dem Unglück unsrer Politik mitzuleiden gehabt. Die Umgestaltung des modernen Europa in den Jahren 1850 bis 1870 hat sich auf Kosten und unter schweren Erschütterungen Oesterreichs vollzogen. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, ob dies so geschehen mußte, und ob es nicht möglich gewesen — anstatt des starren Beharrens auf dem Bestehenden —, den Strom der Ereignisse zum Vorteil der Monarchie in sein neues Bett zu lenken. Aber wie immer dereinst die unparteiische Geschichte zwischen Fehlern und Unglück abwägen möge, so wird sie ihre gerechte Anerkennung den einzelnen ausgezeichneten Männern nicht versagen, welche zu jener Zeit die Interessen der Monarchie an den wichtigsten Plätzen Europas zu vertreten hatten und welche ihren schwierigen Beruf mit seltener Klarheit in der Auffassung der handelnden Personen wie der behandelten Dinge mit edler Würde nach außen und patriotischem Freimut nach innen erfüllt haben.

Eine der hervorragendsten Figuren der österreichisch-ungarischen Diplomatie war der am 26. Dezember 1889 verstorbene Graf Alois Karolyi. Durch dreiundvierzig Jahre hat er dem aktiven Staatsdienst angehört, und vom Jahre 1859 an, da er zuerst einen selbständigen Posten erhielt, war er stets mit den wichtigsten und schwierigsten Missionen betraut gewesen. Im Jahre 1859 hat er die Monarchie

[1]) In Oesterreich in den sechziger Jahren oft zu hören.

Digitized by Google

in Kopenhagen, St. Petersburg und beim Abschlusse des Friedensvertrages in Zürich vertreten, von 1860 bis 1866 war er Gesandter, von 1871 bis 1878 Botschafter in Berlin und von 1878 bis 1888 Botschafter in London. Während dieser ereignisvollen Epochen hat es kaum eine Phase unsrer Politik gegeben, an der Graf Karolyi nicht berufsmäßig teilgenommen hätte, kaum eine belangreiche diplomatische Verhandlung, die nicht auch durch seine Hände gegangen wäre.

Der Oeffentlichkeit sind die Person und die Leistungen Karolyis wenig bekannt geworden, denn aus der informierenden, urteilenden und verhandelnden Rolle ist er nicht herausgetreten, und auf die Entschlüsse der von ihm zu vertretenden Politik ausschlaggebend einzugreifen hat er nicht versucht. Die Eigenschaften des Diplomaten, Umsicht, Urteil, Takt und Würde, hat er in seiner Person im höchsten Grade vereinigt, aber auch an Mut des selbständigen Entschlusses und Nachdruck im Handeln hat es ihm nicht gefehlt. Wie wenig er die Uebernahme großer Verantwortung und den vollen Einsatz seiner Person scheute, hat er bei verschiedenen Anlässen bewiesen, wovon zwei der denkwürdigsten die folgenden von mir miterlebten sind.

Als im Jahre 1875 der „Krieg-in-Sicht"-Artikel in der „Berliner Post" erschienen war und die Befürchtungen des Ausbruchs einer Katastrophe lebhaft und allgemein wurden, erhielt Graf Andrássy aus London und Paris mehrfache Andeutungen, daß die drohende Haltung, welche das Berliner Kabinett angeblich eingenommen hatte, in erster Linie nicht Frankreich, sondern Oesterreich gelte. Obgleich der Minister diesen Nachrichten keinen Glauben schenkte, dieselben vielmehr sehr treffend mit dem Manöver eines verfolgten Hasen verglich, der gewöhnlich die Richtung einschlägt, in welcher er einen andern Hasen vermutet, damit dieser, gleichfalls aufgeschreckt, die Ablösung übernehme, so hielt er die Sache wie den Moment für ernst genug, um über die Situation mit dem deutschen Kabinett eine offene Auseinandersetzung zu pflegen.

Er schrieb daher Karolyi einen Brief, worin er jene Gerüchte erwähnte, seine Anschauungen über unser Verhältnis zu Deutschland und seinen Wunsch nach einem engen Zusammengehen mit dieser Macht aussprach, zugleich aber auch seine Besorgnisse, daß unsre Situation und die bei uns herrschenden Tendenzen in Berlin falsch beurteilt würden. Er wies den Botschafter demzufolge an, die Lage mit aller Entschiedenheit klarzustellen, den Vorgang hierzu seiner eignen Einsicht überlassend.

Nachdem Graf Karolyi mit sich zu Rate gegangen war, wie er den Auftrag am besten ausführen solle, faßte er den Entschluß, hierfür den kürzesten und geradesten Weg zu wählen, und richtete an den Fürsten Bismarck das folgende Schreiben:

Berlin, 27. Mai 1875.

„Dieser Tage erhielt ich von Andrássy ein intimes Privatschreiben, welches sich in der Ansicht resümiert, daß unsre Verhältnisse, insofern unsre Beziehungen zu Deutschland in Betracht kommen, in Berlin nicht richtig beurteilt werden, und daß dies auf die Aufrichtigkeit, Festigkeit und Dauerhaftigkeit der Beziehungen

Digitized by Google

beider Mächte einen Schatten zu werfen geeignet sei. Andrássy befürchtet, daß das gegenseitige Verhältnis darunter leiden könnte. Im Interesse der ihm so sehr am Herzen liegenden Aufrechthaltung und Konsolidierung unsrer guten Beziehungen zu Deutschland läßt sich Andrássy in eingehende Betrachtungen hierüber aus ... es mir überlassend, seine Ausführungen in geeigneter Weise zu verwerten.

Ich war einige Zeit unschlüssig über die Form, in welcher ich die Gesichtspunkte Andrássys zu Ihrer Kenntnis bringen soll. Eine bloß mündliche Auseinandersetzung derselben, zu welcher allein das Schreiben mich eigentlich ermächtigt, halte ich aber nicht für genügend, um Ihnen in diesen Herzenserguß Andrássys einen vollständigen Einblick zu gewähren.

Von dem Wunsche beseelt, meinerseits nach Tunlichkeit zur Befestigung unsers guten Einvernehmens beizutragen, stelle ich die Sache höher als irgendeine persönliche Rücksicht, und da ich überzeugt bin, daß ein offenes, gerades Wort bei Ihnen niemals auf unfruchtbaren Boden fällt, habe ich mich entschlossen, den Brief selbst zur gefälligen Einsicht Ihnen zu übersenden. Ich tue es auf die Gefahr hin, meinen Auftrag zu überschreiten, doch bin ich sicher, daß Sie es mir nicht übel deuten werden, da meine Gesinnungen Ihnen wohl bekannt sind und das mich hierbei leitende Motiv keinen Zweifel zuläßt.

Sie werden wohl so freundlich sein, lieber Fürst, mir Ihre Eindrücke über meine Mitteilung bekannt geben zu lassen."

Hierauf antwortete Fürst Bismarck:

„Verehrter Graf!

Sie haben mir durch die Mitteilung der Anlage eine große Freude gemacht; ich teile die darin von Graf Andrássy ausgesprochenen Gesinnungen aus voller Ueberzeugung und bin für meine Person in keinem Augenblick an denselben irre geworden, weder bezüglich der Sachlage noch bezüglich der beiderseits zu erstrebenden Ziele. Mein rückhaltloses Vertrauen zu Graf Andrássy bedarf keiner neuen Bekräftigung, aber auch wenn, was Gott verhüte, seine Mitwirkung aufhörte, so teile ich seinen guten Glauben an die Macht, mit der die Gesinnungen unsrer Monarchen und die Interessen ihrer Völker die beiden großen Reichskörper auf freundliches Zusammenhalten hinweisen, wer immer bei Ihnen oder bei uns die Geschäfte führen mag.

... Ich verließ Berlin unter dem Eindruck der Freude darüber, daß Wien der einzige Hof war, wo der falsche Lärm über unsre Erregtheit kein Echo gefunden hatte. Ich bin überhaupt keinen Augenblick erregt gewesen, zur Beunruhigung andrer, bei uns, in St. Petersburg, Paris, London hat aber S. nichts beigetragen, mehr schon die Presse, die klerikale — — —, am meisten aber gewisse Elemente, über die ich nur mündlich zu Ihnen mich aussprechen kann. Ich hoffe Montag in Berlin zu sein, und sobald ich das Vergnügen habe, Sie zu sehen, meine Aussprache mit derselben vertrauensvollen Offenheit zu vervollständigen,

Digitized by Google

für die ich Ihnen in der neuesten Mitteilung und jederzeit dankbar bin. Wir werden die Sache schon in Ordnung bringen und erhalten trotz aller Intrigen, gegen die der offene Verkehr ehrliebender Kavaliere der beste Schutz ist.

In freundschaftlicher Verehrung."

Die gleiche Entschlossenheit hat Graf Karolyi mit gleich günstigem Erfolge bei einer andern Episode seiner diplomatischen Laufbahn an den Tag gelegt. Es war dies in London, da Mr. Gladstone kurz nach seinen Midlothianwahlreden mit überwältigender Majorität ans Ruder kam. Das beleidigende Urteil des englischen Staatsmannes über Oesterreich stand noch in frischer Erinnerung, und bei uns harrte man gespannt, ob und welche Genugtuung uns hierfür geboten werden würde. Diese wurde zur großen Befriedigung unsrer öffentlichen Meinung ebenso rasch als vollständig gewährt. Was aber der Oeffentlichkeit nicht bekannt geworden ist, war der persönliche Anteil Karolyis an der herbeigeführten glücklichen Lösung.

Dieser hatte gleich nach der Midlothianrede seinem verletzten patriotischen Gefühl einer sehr hohen englischen Persönlichkeit gegenüber energischen Ausdruck gegeben und hinzugefügt, daß er, falls Mr. Gladstone Premierminister würde, eher seine Entlassung einreichen, als ohne öffentliche Genugtuung mit ihm in offizielle Berührung treten würde. Er hatte dafür gesorgt, daß das Gefühl seiner Entrüstung zur Kenntnis Mr. Gladstones käme, und hatte seinen Standpunkt auch dann festgehalten, als Gladstone gleich nach seiner Ernennung zum Premier ihm durch einen gemeinsamen Freund hatte sagen lassen, daß die neue Regierung sehr freundschaftliche Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn pflegen und ihre Politik in keiner Weise durch seine früheren inoffiziellen Reden beeinflussen lassen werde. Karolyi unterließ nicht, den rein persönlichen Charakter seines Verlangens nach öffentlicher Genugtuung hervorzuheben, erklärte jedoch, daß er den Zwischenfall ohne eine solche nicht vergessen könne. Und sein großes persönliches Ansehen, verbunden mit den Aufklärungen, die er über den Charakter unsrer orientalischen Politik zu erteilen in der Lage war, wie endlich auch der Gladstone wie jedem englischen Gentleman eigne Sinn für die gerechte Achtung fremder Rechte und Gefühle (fairness) haben den gewünschten Erfolg herbeigeführt und den Premierminister zu seinem bekannten apologetischen Schreiben vom 4. Mai 1880 veranlaßt.

Es war also nicht Mangel an mutiger Initiative noch Scheu vor Verantwortung, welche Karolyi abhielten, auf einem noch höheren Posten in der Oeffentlichkeit zu wirken. Nach dem Rücktritte Andrássys im Jahre 1879 berief ihn das Allerhöchste Vertrauen zu dessen Nachfolger. Die strenge, beinahe peinliche Gewissenhaftigkeit, welche ihn in seinem amtlichen Wirken wie in seinem privaten Leben erfüllte, ließ ihn das volle Maß der Eignung für diesen höchsten Posten sich nicht zuerkennen und bewog ihn, auf jenem Felde zu bleiben, auf dem er bis dahin gewirkt und auch ferner mit Nutzen wirken zu können überzeugt war.

Digitized by Google

Graf Alois Karolyi war im Jahre 1825 als der zweite Sohn des Grafen Ludwig Karolyi und der Fürstin Ferdinandine Kaunitz geboren. Die Verwandtschaft mit dem Staatskanzler Metternich, der intime Verkehr seines Vaters in dessen Hause und die eigne Neigung führten den jungen Mann in die diplomatische Laufbahn. Sein Eintritt in dieselbe erfolgte am 4. Februar 1845, und zwar wurde er zunächst als Attaché nach Berlin geschickt, wo sein Oheim Trauttmansdorff Gesandter war. Die unteren Grade der Karriere durchlief Karolyi in ganz regelmäßigem Wege. Im Januar 1846 wurde er nach St. Petersburg versetzt, wo er einige Jahre blieb, 1849 finden wir ihn in Hannover, sodann 1849 bis 1852 in Bern, Rom und Athen, in letzterem Orte über ein Jahr als Geschäftsträger. Er war mittlerweile Legationssekretär geworden, und im Dezember 1852 wurde er der Botschaft in London als erster Beamter zugeteilt.

In England ist Karolyi damals sechs Jahre geblieben und dieser Aufenthalt auf seine politische Anschauungsweise wie auf seine persönlichen Neigungen von dauerndem Einfluß gewesen. Die Sympathien, die er für England, in dessen Marine sein älterer Bruder gedient hatte, von Jugend auf gehabt, sind durch die Aufnahme, die er in der dortigen Gesellschaft gefunden, bestärkt worden, und ihnen ist er zeitlebens treu geblieben. Durch seine äußeren Verhältnisse wie durch seine innere Veranlagung Grandseigneur von sehr liberaler und humaner Gesinnung, mit seinem ganzen Denken, Fühlen und Tun auf positivem Boden stehend, ein Feind der Negation wie der abstrakten Spekulation, von weitem, klarem und vorurteilslosem Blick, konnte ihm der Boden, wo der seinigen verwandte Naturen am öftesten vorkommen und am besten gedeihen, nicht anders als sympathisch sein. In seinen jungen Jahren ein leidenschaftlicher Reiter, später ebenso leidenschaftlicher Jäger, bot ihm der Aufenthalt in England mehr als irgendein andrer Gelegenheit, seinem Lieblingsvergnügen nachzugehen.

Geschäftlich aber ist der Londoner Botschaftsratsposten für Karolyi, wie für viele andre unsrer besten Diplomaten, die hohe Schule der Laufbahn gewesen. Sein Aufenthalt daselbst fiel in die Zeit des Krimkrieges, des Pariser Vertrages, der demselben nachfolgenden mannigfaltigen Verhandlungen über die Neugestaltung einzelner Teile des nahen Orientes, und endlich der immer wachsenden Spannung zwischen Oesterreich und Frankreich wegen der italienischen Frage. Die Machtstellung Englands und unsre Beziehungen zu demselben brachten es mit sich, daß die Fäden aller europäischen Verhandlungen und Fragen nach London hinüberliefen, wo Karolyi infolge seiner Stellung wie des besonderen persönlichen Vertrauens seines Chefs, des Botschafters Grafen Apponyi, von denselben Kenntnis erhielt. Als er 1858 zum Gesandten in Kopenhagen ernannt wurde, war er in die hohe Politik seiner Zeit eingeweiht und mit der Lage wie den Figuren des europäischen Schachbrettes vertraut.

Die politischen Interessen Oesterreichs in Dänemark waren zu jener Zeit sehr bedeutende und Kopenhagen für einen österreichischen Diplomaten ein Aktionsposten im eminenten Sinne des Wortes. Die schleswig-holsteinische Frage war seit dem Jahre 1848 nicht zur Ruhe gekommen, und der Einfluß, den Oesterreich

Digitized by Google

auf ihre Regelung nahm oder nehmen wollte, entsprach ihrer Bedeutung für seine Beziehungen zu Preußen, zum Deutschen Bunde und mittelbar für seine Großmachtsinteressen überhaupt. Das Ziel, welches das Wiener Kabinett bei den Verhandlungen und dem Abschluß der Verträge von 1852 geleitet hatte, nämlich die Aufrechterhaltung der Integrität der dänischen Monarchie einerseits, und der Schutz der deutschen Nationalität in den Herzogtümern anderseits, war bisher nicht erreicht worden. Die dänische Regierung hatte die Zusagen, welche sie in letzterer Beziehung erteilt hatte, nicht erfüllt, und die beiden Verfassungen, mittels derer sie versucht hatte, die Angelegenheiten des Königreichs zu ordnen, hatten sich beide als unausführbar erwiesen und nur zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen Deutschen und Dänen geführt. Die zweite oktroyierte Verfassung vom 2. Oktober 1855 war in Wien nicht minder als in Berlin als Bruch der Zusagen vom Jahre 1852 beurteilt worden und hatte zu scharfen Verhandlungen und einer ausgesprochenen Spannung zwischen Wien und Kopenhagen Anlaß gegeben, infolge deren auch der österreichische Gesandtenposten in Dänemark durch zwei Jahre unbesetzt blieb. Die dänische Regierung hatte sich endlich entschlossen, die beanstandete Verfassung für Holstein außer Kraft zu setzen und die Stände dieses Herzogtums behufs Vorlage eines neuen Verfassungsentwurfs zur Regelung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten mit Dänemark einzuberufen. Damit war der langjährige Streit in eine neue Phase getreten, welche vorerst zur Wiederherstellung besserer Beziehungen zwischen Wien und Kopenhagen und zur Ernennung eines neuen kaiserlichen Gesandten in der Person Karolyis führte.

Ueber die Bedeutung des momentanen Einlenkens der dänischen Regierung wie über die Ergebnisse desselben für eine definitive Lösung der Herzogtümerfrage gab man sich in Wien vertrauensvollen Illusionen um so weniger hin, als ja der Kernpunkt des ganzen Handels, nämlich die Stellung Schleswigs, durch die jüngsten Verfügungen gar nicht berührt wurde. Aber der Moment schien nicht geeignet, um eine radikale Lösung der ganzen Streitfrage in die Hand zu nehmen. So schwerwiegend auch die Entscheidungen waren, welche aus derselben in einer nahen Zukunft für die künftige Gestaltung Europas hervorgehen sollten, so stand sie zu Anfang 1859 nur im Hintergrund der Probleme, welche die Sorge der k. k. Regierung wie die Aufmerksamkeit der politischen Welt beschäftigten. Die Frage nach der Aufrechthaltung des Besitzes und der Machtstellung Oesterreichs in Italien war aufgeworfen, und die Haltung Kaiser Napoleons III. zu derselben beherrschte ausschließlich die politische Lage Europas. Diese noch durch das Aufrollen des deutsch-dänischen Handels zu verwirren, konnte nicht in der Politik des Wiener Kabinetts gelegen sein, es mußte im Gegenteile wünschen, daß der neueste Versuch, die Verfassungsangelegenheiten des nordischen Königreiches auf Grund der Verträge von 1852 zu ordnen, nicht abermals mit einem eklatanten Mißerfolg ende, die dänische Regierung vielmehr über das momentane Problem möglichst glatt hinwegkomme.

Die Karolyi bei Uebernahme seines neuen Postens gestellte Aufgabe war

Digitized by Google

daher wesentlich eine vermittelnde. Die dänische Regierung vor der rücksichtslosen Verfolgung der in Kopenhagen herrschenden nationalen Tendenzen, die holsteinischen Stände vor der starren Opposition aus dem Standpunkte des damals sog. Schleswig-Holsteinismus, d. i. der staatsrechtlichen Vereinigung der beiden Herzogtümer und ihrer gemeinsamen Sonderstellung innerhalb der dänischen Monarchie abzuhalten, dabei aber in diesen Fragen das enge Einverständnis mit Preußen zu wahren und unsre Beziehungen zu dieser Macht zu pflegen — dies war der Inhalt der dem Gesandten erteilten Instruktionen.

Es war dem Grafen Karolyi beschieden, in einer späteren Phase seiner Laufbahn der schleswig-holsteinischen Frage seine Mühe und Arbeit lange und eingehend widmen zu müssen, damals aber war seine Beschäftigung mit derselben, wie überhaupt sein Aufenthalt in Kopenhagen nur kurz. Seine Ankunft daselbst erfolgte am 15. Februar 1859 und fiel mit der Eröffnung der holsteinischen Stände beinahe zusammen, aber schon am 5. April wurde er nach Wien berufen, wo er den Auftrag erhielt, sich in besonderer Mission nach St. Petersburg zu begeben, um im Hinblick auf den bevorstehenden Krieg mit Frankreich den Versuch zu machen, das seit dem Krimkrieg grollende Rußland zu versöhnen, im schlimmsten Falle aber sich Klarheit darüber zu verschaffen, wie weit diese Macht schon unserm Gegner verbunden wäre, und was wir eventuell von derselben zu besorgen hätten.

II

1859 Mission nach St. Petersburg, der Italienische Krieg und die Haltung Rußlands

Die diplomatische Vorgeschichte des Krieges vom Jahre 1859 gehört nicht in den Rahmen dieser Arbeit, aber zum Verständnis der dem Grafen Karolyi im April jenes Jahres erteilten Mission nach St. Petersburg und der von ihm dort vorgefundenen Situation erscheint es notwendig, die damaligen Verhältnisse in Europa kurz ins Auge zu fassen.

Die Spannung zwischen Oesterreich und Frankreich war seit einem Jahre eine heftige. Sie entsprang weniger der Natur der Dinge als der persönlichen Lage Kaiser Napoleons III. Mit den Bestrebungen der italienischen Revolutionspartei seit seiner Jugend verflochten, hatte er bei seiner Erhebung zur Macht nur geringe Sympathien für Oesterreich mitgebracht. Er wollte Oesterreich den Krieg schon im Jahre 1849 machen und war hieran nur durch die parlamentarischen Verhältnisse seines Landes gehindert worden. Die späteren Ereignisse, seine Erhebung auf den Kaiserthron, der Krimkrieg hatten seine Politik in andre Bahnen gelenkt, und nach dem Pariser Frieden waren die Beziehungen der beiden Länder einige Zeit hindurch sehr gute gewesen. In Frankreich war die öffentliche Meinung nach neuen Kriegstaten nicht lüstern. Das Land freute sich der steigenden materiellen Prosperität und der errungenen führenden Stellung, die mit dem Kaisertum zur Herrschaft gelangten Klassen genossen in vollen Zügen die Macht und den Reichtum, und der Kaiser selbst war zufrieden mit den

Digitized by Google

erreichten Erfolgen und der ihm von allen Seiten zuströmenden Huldigung. Da gemahnten ihn die Bomben Orsinis an die Verpflichtungen seiner Jugend und legten ihm den Wunsch nahe, etwas für die italienische Sache zu tun. Ueber das Was und Wie war er sich wohl selbst nicht klar. Es scheint nicht, daß ihm damals mehr vorgeschwebt hat als die Beschränkung des österreichischen Einflusses in Italien durch Verzicht auf die sog. Garantieverträge, der Erwerb der kleineren Herzogtümer für Piemont, und als Lohn für Frankreich die Annexion Savoyens. Am liebsten hätte er diese Ziele auf friedlichem Wege erreicht, aber in Wien war man nicht geneigt, die Sicherheit vor weiteren Attentaten Napoleons durch Zugeständnisse in italienischen Machtfragen zu erkaufen, und die formelle Unanfechtbarkeit des österreichischen Standpunktes steigerte die Gereiztheit des Franzosenkaisers. Im Monat Mai 1858 ergoß er sich in einer vertraulichen Konversation mit unserm damaligen Pariser Botschafter in langen Klagen über Oesterreich, dessen Einfluß in Konstantinopel größer sei als der seinige, ungeachtet es das Schwert zur Verteidigung der Türkei nicht wie er gezogen habe, und welches seine Politik in Montenegro, in den Donaufürstentümern, wie in allen orientalischen Fragen überhaupt, durchkreuze. Italien erwähnte er nicht, aber in Wahrheit lag dessen Sache allen seinen übrigen Beschwerden zugrunde, und Graf Cavour konnte um dieselbe Zeit in offener Kammersitzung auf des Kaisers Sympathien für diese Sache hinweisen, ohne daß in Paris ein Desaveu seiner Behauptung zu erlangen gewesen wäre.

Wie in den Tuilerien die Gereiztheit gegen Oesterreich, so wuchs in Wien das Mißtrauen gegen Napoleon III. Im Juni 1858 wurden in Paris die Konferenzen über die künftige Organisierung der Donaufürstentümer eröffnet. Da Frankreich deren politische Vereinigung begünstigte, Oesterreich derselben widerstrebte, gingen die Verhandlungen nur langsam vonstatten, und über die Frage einer gemeinsamen Fahne für beide Fürstentümer drohten sie gänzlich ins Stocken zu kommen. Einem direkten Appell an seine freundschaftlichen Gefühle gab Napoleon III. diesmal nach, aber am selben Tage, da er seine Minister zum Anschluß an unsre Vorschläge ermächtigte, empfing er in Plombières den Besuch Cavours und nahm auf diese Art mit der einen Hand das Vertrauen wieder zurück, das er mit der andern gegeben hatte.

In Wahrheit entsprang die widerspruchsvolle und verschlossene Haltung des französischen Kaisers seiner Unentschlossenheit. Herr Drouyn de Lhuis sagte um jene Zeit unserm Botschafter: „On parle toujours de la profondeur de l'empereur, croyez-moi, il n'y a pas de profondeur, il n'y a qu'une surface qui varie sans cesse.“ Aber die Welt glaubte damals an die Weisheit des Kaisers und sah in einer Haltung, welche nur der Ausfluß der Verlegenheit war, den Beweis tief angelegter Pläne. In Wien war man im Bewußtsein des Rechtes und im Vertrauen auf die eigne Kraft nicht geneigt, vertragsmäßige Rechte aufzugeben und Opfer an Macht oder Prestige zu bringen, um Napoleon aus seinen Verlegenheiten herauszuhelfen. So glitten denn die Dinge auf der eingeschlagenen Bahn dem Kriege zu.

Digitized by Google

Im November 1858 begannen die damals unter strengem Regime stehenden französischen Zeitungen eine scharfe Preßfehde gegen Oesterreich, auf welche von Wien aus in gleichem Tone geantwortet wurde; im Dezember kursierten überall Gerüchte von französischen Kriegsrüstungen. Der „Moniteur" stellte dieselben in Abrede, aber der Eindruck dieses Dementis wurde kurz darauf durch die bekannte Neujahrsansprache des Kaisers an Baron Hübner völlig verwischt. Die öffentliche Meinung faßte in ganz Europa den Sinn dieser Worte sofort als Insichtstellung des Krieges auf; Graf Walewski beeilte sich zwar, die beruhigendsten Interpretationen nach Wien zu übermitteln, aber die Symptome einer engen, gegen Oesterreich gerichteten Verbindung der Höfe von Paris und Turin folgten sich Schlag auf Schlag. In den ersten Tagen des Januar 1859 wurde die Verlobung des Prinzen Napoleon mit der Prinzessin Klotilde veröffentlicht, am 10. eröffnete der König Viktor Emanuel die sardinischen Kammern mit einer den Ernst der Lage zum Ausdruck bringenden Thronrede, am 14. reiste Prinz Napoleon, begleitet von General Niel, nach Turin, im Februar erfolgte seine Vermählung; seine Preßorgane griffen Oesterreich immer heftiger an, und Cavour rief in einer Zirkulardepesche die Aufmerksamkeit Europas auf die durch Oesterreichs Einfluß geschaffene unnatürliche Lage in Italien.

Mittlerweile hatte die bestehende Spannung auch in Kriegsrüstungen Ausdruck gefunden. Frankreich hatte im Januar den Effektivstand seiner Armee um 65000 Mann erhöht, in Oesterreich erging der Befehl zur teilweisen Mobilisierung von fünf Armeekorps, und Piemont stand im Begriffe, eine Kriegsanleihe aufzunehmen. Da erfolgte von britischer Seite in elfter Stunde ein Versuch zur Vermittlung.

In England war die damalige Regierung Oesterreich sympathisch gesinnt, sie mißtraute Napoleon III., fürchtete ihn aber noch mehr und wollte einen Krieg vermieden sehen, von dessen Ausgang sie in einem Falle die völlige Vernichtung der in England populären nationalen Aspirationen Italiens, im andern die schrankenlose Entfesselung Napoleonischen Ehrgeizes befürchtete. Lord Malmesbury sandte daher seinen damaligen Botschafter in Paris, der sich des Vertrauens seiner Regierung wie der Freundschaft Kaiser Napoleons erfreute, nach Wien, um einen Vermittlungsversuch zu machen. Lord Cowley kam ohne positive Vorschläge, er sollte sehen, ob und was sich in Wien machen ließe, d. h. ob von Oesterreich irgendwelche Konzessionen zu erlangen wären, welche Napoleon den Schein eines Erfolges für die italienische Sache und damit einen Ausweg aus den Schwierigkeiten seiner Lage böten.

Lord Cowley wurde in Wien sehr freundlich und vertrauensvoll empfangen, aber seine Sendung führte zu keinem Ergebnis. Die österreichische Regierung stand auf dem Boden des positiven Rechtes und der Verträge, befestigte sich auch immer mehr in der Ueberzeugung, daß der Krieg in Paris und Turin beschlossene Sache sei und daß Vorschläge von ihrer Seite im Sinne von Konzessionen an Napoleon III. dessen Ausbruch nicht verhindern, sondern nur hinausschieben, mittlerweile aber ihren Rechtsstandpunkt abschwächen und ihr

Digitized by Google

Ansehen erschüttern würden. Die Pourparlers zwischen dem Grafen Buol und Lord Cowley handelten von der Räumung des Kirchenstaates, den in demselben einzuführenden Reformen und den österreichischen Allianzverträgen mit den Souveränen Mittelitaliens, sie führten aber zu keinerlei Abmachungen, welche der englische Botschafter dem Kaiser der Franzosen als praktische Grundlage zu weiteren Unterhandlungen hätte mitbringen können.

Die französische Regierung hatte die Mission Lord Cowleys von Anfang an mit mißtrauischen Augen betrachtet, weil sie von derselben eine intimere Annäherung zwischen Oesterreich und England befürchtete. Man blies in Paris während jener Tage zwar friedliche Weisen, Prinz Napoleon trat aus dem Kabinett, und der „Moniteur" brachte einen Artikel zur Bekämpfung der allgemein herrschenden Kriegsbesorgnisse. Die Rüstungen gingen aber ihren Gang weiter, und die Anzeichen sprachen dafür, daß man von Paris aus eben damals eine weitere Annäherung an Rußland gesucht und gefunden hat, denn Lord Cowley war kaum auf seinen Posten zurückgekehrt, als Rußland mit dem Vorschlag eines Kongresses der fünf Großmächte auf den Plan trat.

Graf Buol sah hierin einen zwischen Frankreich und Rußland abgekarteten Gegenzug gegen die Mission Lord Cowleys und betrachtete den Vorschlag als einen wider Oesterreichs Interessen geführten Streich. Dessenungeachtet lehnte er denselben nicht ab, knüpfte aber seine Annahme an Bedingungen, welche Oesterreich dafür sicherstellen sollten, daß die Kongreßverhandlungen wirklich zu einer friedlichen Verständigung der Mächte und nicht bloß zu einem Aufschub des Krieges führen würden. Er bezeichnete als Aufgabe des Kongresses, daß dem System Sardiniens in seiner auswärtigen Politik ein Ziel gesetzt werde, und erklärte den Ausschluß dieser Macht aus dem Kongreßsaal und deren vorherige Entwaffnung für das Sine qua non der Teilnahme Oesterreichs.

Ueber diese Bedingungen wie über die Frage der Zulassung sämtlicher italienischer Mächte zum Kongresse entspann sich eine Verhandlung, welche über vier Wochen dauerte und zu keinem Ergebnis führte. Mittlerweile befestigte man sich in Wien immer mehr in der Ueberzeugung, daß es Kaiser Napoleon mit der Erhaltung des Friedens nicht aufrichtig meine und der Kongreß nur dazu dienen würde, ihm und seinen Verbündeten Zeit für die Vollendung ihrer Rüstungen zu gewinnen. Ueberdies lastete die Kriegsbereitschaft schwer auf den österreichischen Finanzen, und so reifte in den ersten Apriltagen bei der k. k. Regierung der Entschluß, die Entwirrung in eigne Hand zu nehmen und an Sardinien das Abrüstungsbegehren in kategorischer Form zu stellen. Der Tragweite war sich die österreichische Regierung vollkommen bewußt, um so mehr mußte ihr daran gelegen sein, sich der Haltung der beiden Nachbarmächte Preußen und Rußland, für den Kriegsfall zu versichern. Zu diesem Zwecke erfolgte die Sendung Erzherzog Albrechts in vertraulicher Mission nach Berlin und des Grafen Karolyi nach St. Petersburg.

(Unsre damaligen Beziehungen zu Preußen werden an andrer Stelle eingehende Betrachtung finden. Die Vertretung Oesterreichs in Berlin wurde noch

Digitized by Google

vor Ende des Jahres dem Grafen Karolyi anvertraut, und sein Antritt dieser Mission wird die passende Gelegenheit bieten, um auf die Haltung Preußens vor und während des Italienischen Krieges zurückzublicken.)

Mit Rußland standen wir damals auf sehr gespanntem Fuß. Oesterreichs Haltung während des Krimkrieges hatte der lange bestandenen Allianz zwischen den beiden Kaiserreichen ein Ende gemacht. An die Stelle alter Freundschaft war tiefer Groll und die Hervorhebung des Interessengegensatzes getreten. Kaiser Napoleon hatte schon während des Pariser Friedensschlusses eine Rußland sehr entgegenkommende Haltung eingenommen und seither die Beziehungen zu dieser Macht sorgsam gepflegt. Die verschiedenen aus dem Friedensarrangement hervorgegangenen diplomatischen Verhandlungen über orientalische Fragen hatten Frankreich und Rußland zumeist in dem einen, Oesterreich und England in dem andern Lager gefunden.

Die Haltung Rußlands im Falle des Krieges mit Frankreich mußte daher eine Hauptfrage für die österreichische Regierung bilden. Die ihr diesfalls zukommenden Berichte besagten im wesentlichen, daß diese Haltung keine freundliche sein werde, daß definitive Vereinbarungen mit Frankreich wohl noch nicht getroffen sein dürften, Rußland aber in Paris für gewisse Eventualitäten eine imponierende Haltung an unsrer Grenze zur Paralysierung unsrer Kräfte habe durchblicken lassen.

Unter diesen Umständen beschloß die k. k. Regierung, einen Versuch zur offenen Aussprache und Versöhnung mit Rußland zu unternehmen, und da die beiderseitigen Botschafterposten in Wien und St. Petersburg seit Jahren unbesetzt waren, einen Vertrauensmann zu jenem Zwecke in spezieller Mission nach Rußland zu senden. Sie konnte sich sagen, daß die Politik einer großen Macht in entscheidenden Momenten nicht allein von Gefühlen der Ranküne oder von Sympathien geleitet und daß in der Lombardei kein russisches Interesse berührt werde. Sie war sich bewußt, das Schwert zur Verteidigung derselben legitimen und konservativen Interessen zu ziehen, in deren Verfechtung sie durch mehr als ein Menschenalter Seite an Seite mit Rußland im Vordertreffen gestanden hatte, und sie konnte hoffen, daß ein Appell an die persönlichen Gefühle des russischen Kaisers für diese Sache nicht ohne Erfolg bleiben würde. Sie verlangte schließlich von Rußland nichts als Sicherheit im Rücken und, wenn möglich, dessen moralischen Beistand, und sie war geneigt, denselben mit der Rückkehr zum Statusquo vor dem Krimkriege im Orient zu bezahlen. Sollte in St. Petersburg Geneigtheit zur Verständigung mit Oesterreich vorhanden sein, so war dieses bereit, den Umstand, daß durch den Krieg mit Frankreich seine Verträge mit dieser Macht erlöschen würden, zu benutzen, um bei einer eventuellen Revision des Pariser Friedens die Rückkehr zu jenem Status quo ante zu unterstützen.

Karolyi wurde am 5. April nach Wien berufen, erhielt hier seine Instruktionen in dem eben geschilderten Sinne und reiste am 18. nach St. Petersburg ab. Der Empfang, den er dort beim Zaren wie beim Fürsten Gortschakow fand, ließ ihm gleich nach den ersten Tagen keinen Zweifel darüber übrig, daß seine Mission erfolglos bleiben müsse, der russische Kaiser, sein Minister

Digitized by Google

und die öffentliche Meinung des Landes für die Sache unsrer Gegner gewonnen seien und diese Stimmung auch in der tatsächlichen Haltung Rußlands zum Ausdruck kommen werde.

Die Kunde von der an Sardinien gerichteten Sommation war Karolyi nach St. Petersburg auf dem elektrischen Drahte vorangeeilt und bot dem russischen Kabinett einen willkommenen Vorwand, die Schuld am Ausbruch des Krieges ausschließlich Oesterreich zuzuschieben. Alle Erklärungen, welche Karolyi Gortschakow über die Motive der Entschließung seiner Regierung machte, begegneten einer offen feindseligen, auf vorgefaßtem Entschlusse beruhenden Aufnahme. Er wies vergeblich auf die Langmut und Mäßigung hin, welche Oesterreich durch Jahre den sardinischen Herausforderungen gegenüber bewahrt hatte, und bemühte sich ebenso vergeblich, die Verschiedenheit der Lage während des Krimkrieges und jetzt zu erläutern. Damals waren im Orient direkte österreichische Interessen im Spiel gewesen, welche durch Rußlands Politik bedroht waren, während in Italien kein russisches Interesse von uns gefährdet werde. Zwischen der uns damals aufgenötigten Gegnerschaft zu Rußland und einer eventuell feindseligen Haltung dieser Macht in der jetzigen Krise bestände daher keine Analogie. Sollte aus dem Kriege in Italien eine allgemeine Konflagration hervorgehen, so würde Europa in zwei Lager geteilt erscheinen, in das konservative und das revolutionäre, und wir könnten erwarten, daß Rußlands eigne Interessen es an unsre Seite führen würden und es bis dahin nichts tun werde, um unsre Lage zu erschweren.

Diese Anwürfe Karolyis fanden beim Fürsten Gortschakow die kühlste Aufnahme. Die Bemühungen Rußlands für die Erhaltung des Friedens wären durch unser Ultimatum an Sardinien vereitelt worden, und für den Ausbruch des Krieges müsse er ausschließlich Oesterreich die Verantwortung zuschieben. Was Rußlands künftige Haltung beträfe, so könnten hierfür nur seine eignen Interessen maßgebend sein, und diesfalls lehnte der Fürst jede Erklärung ab. Rußland müsse sich die volle Freiheit seiner Aktion wahren. Der Kriegsausbruch zwinge es, zur eventuellen Verteidigung seiner eignen Interessen militärische Maßregeln zu ergreifen, und er müsse jede Diskussion über die eventuelle Verwendung der zu mobilisierenden russischen Truppen ablehnen. Den Appell an die Gemeinsamkeit der konservativen Interessen beantwortete der russische Staatsmann mit der Erklärung, daß die Zeiten andre geworden, die alten Bande zerrissen seien und Rußland nicht länger geneigt wäre, den Großbüttel Europas zu spielen. „Nous ne sommes plus disposés à nous prêter au rôle de grand prévôt de l'Europe."

Größer noch als die Gortschakows war die Gereiztheit und Erbitterung des Zaren gegen Oesterreich. Er erklärte dem Grafen Karolyi: „Ich bin entschlossen, mir volle Bewegungsfreiheit zu bewahren und mich in keiner Weise über die kommenden Dinge auszulassen." Und sagte ihm überdies: „Die Politik Oesterreichs im Krimkrieg hat ganz Rußland aufs tiefste verstimmt. Diese Verstimmung könnte nicht stärker sein, wenn Oesterreich uns direkt mit den Waffen angegriffen hätte."

Digitized by Google

Angesichts einer so entschieden feindseligen Haltung hielt Karolyi jeden weiteren Versuch, Rußland für unsre Sache zu gewinnen, für vergeblich, machte daher auch von der ihm erteilten Ermächtigung, unsre Unterstützung zur Herstellung des Statusquo vor dem Krimkrieg im Orient anzubieten, keinen Gebrauch.

Sein Urteil über die Situation und über die Natur des zwischen Rußland und Frankreich bestehenden Einverständnisses wie über die zu gewärtigende weitere Haltung unsers östlichen Nachbars faßte er in den folgenden Berichten und Briefen zusammen:

St. Petersburg, 6. Mai 1859.

„In meinen telegraphischen Berichten hatte ich die Ehre, E. E. die Nachrichten zusammenfassend zu übermitteln, die ich über die Art der Beziehungen sammeln konnte, welche Rußland mit Frankreich in Hinsicht auf einen Krieg zwischen letzterem und Oesterreich angeknüpft hat. Diese Nachrichten sind alle negativer Art und beziehen sich ausschließlich auf die Gegenwart. Sie lassen also Vermutungen über künftige Möglichkeiten freies Feld.

Fürst Gortschakow hat in bestimmter Weise mehreren Mitgliedern des Diplomatischen Korps und besonders dem preußischen und dem englischen Gesandten erklärt, daß keinerlei Schutz- und Trutzbündnis zwischen Rußland und irgendeinem andern Staat bestehe. Wenn man also im Hinblick auf diese Erklärung zugeben muß, daß die zwischen Rußland und Frankreich getroffenen Vereinbarungen einen solchen Charakter und solche Tragweite nicht besitzen, so bleibt doch die Tatsache eines intimen Einverständnisses zwischen den beiden Kabinetten ebenso unanfechtbar.

Ich brauche nicht auf die zahlreichen Symptome zurückzukommen, die schon im Lauf des letzten Jahres die Aufmerksamkeit Europas wachgerufen und klar die Tätigkeit beider Teile gezeigt haben, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern immer enger zu knüpfen und sich über die Eventualitäten eines Krieges zu verständigen.

Das eigentliche Ziel, auf das seitdem der Ehrgeiz Frankreichs und die Rachsucht Rußlands ihre Anstrengungen vereinigen, ist dies, Oesterreich auf dem Wege der italienischen Frage zu schwächen. Die Politik der beiden befreundeten Kabinette hat es denn auch verstanden, die Proportionen dieser Frage derart auszudehnen, daß sie die Bedeutung und den Charakter einer europäischen Frage bekommen hat. Solange die italienischen Angelegenheiten nicht auf dieses Terrain hinübergespielt waren, hatten die beiden Kabinette keinerlei zu rechtfertigenden Vorwand, sich direkt in unsre Beziehungen zu Sardinien einzumischen, und konnten infolgedessen ihren feindlichen Einfluß auf die schwebenden Fragen nicht in vollem Umfang zur Geltung bringen. Diesem Zweck diente nun offenbar der Vorschlag eines Kongresses, der aus den intimen Besprechungen zwischen Frankreich und Rußland hervorgegangen ist. Das Fehlschlagen dieses Versuchs hat das Petersburger Kabinett schwer verstimmt und seine feindliche Gesinnung gegen uns noch verstärkt. Nachdem es sich erst der Hoffnung hingegeben hatte, auf friedlichem Weg und ohne materielle Anstrengungen das Ziel zu erreichen,

Digitized by Google

das den Pivot seiner Politik bildet, nämlich die Schwächung Oesterreichs, sieht es sich jetzt gezwungen, zu militärischen Maßregeln zu greifen, um eventuell unsern Feinden zu Hilfe zu kommen und besonders, um einen für uns günstigen Ausgang des Kampfes zu vereiteln.

Nun sind die innere Lage Rußlands, die Frage der Bauernbefreiung, der zerrüttete Stand der Finanzen lauter starke Gründe für den Frieden und für eine Haltung, die dem Land neue Lasten erspart. Aber diese ernsthaften Erwägungen können, wie es scheint, den Wunsch nicht überwältigen, die Gelegenheit zu benutzen, um dem Haß gegen Oesterreich freien Lauf zu lassen und uns so sehr wie möglich zu schwächen.

Diese Stimmung ist, soweit ich mich davon überzeugen konnte, fast allgemein verbreitet in allen nationalrussischen Schichten, die an dem Gang der auswärtigen Politik Anteil nehmen. Sie ist sicherlich weder sehr aktiv noch besonders begeistert und würde sich auch mit einer Politik der vollkommenen Zurückhaltung abfinden; sie ist aber immerhin stark genug, daß das russische Kabinett aus ihr eine Ermutigung für seine natürlichen Sympathien und Antipathien glaubt schöpfen zu dürfen.

Die Gesamtsituation, besonders aber die außerordentliche Zurückhaltung, die sowohl der Kaiser wie sein Minister in betreff der Zukunft mir gegenüber an den Tag legten, wie auch andre mir zugekommene Anzeichen über die Absichten des Petersburger Kabinetts schließen für mich jeden Zweifel aus, daß die Haltung Rußlands und seine Stellungnahme zu den Kriegsereignissen ausgesprochen feindlich gegen Oesterreich sein werden.

Natürlich kann man nicht voraussehen, welchen Weg die russische Regierung zu diesem Zweck einschlagen wird. Für den Augenblick läßt die Mobilisierung von vier Armeekorps im Südwesten des Zarenreichs die Absicht erkennen, beträchtliche Truppenmassen längs der österreichischen Grenze aufzuhäufen, zu dem Zweck, uns zur Gegenüberstellung eines ungefähr gleich starken Kontingents zu zwingen und so unsre für den Kampf gegen Frankreich aufzubietende Kraft zu zersplittern.

Diese Truppenaufstellung an der österreichischen Grenze wird, das ist meine Ueberzeugung, einen sehr ernsten Charakter haben. Rußland wird sich mit ihr nicht als mit einer bloßen sterilen Demonstration begnügen. Wir werden also, um die russischen Truppen in Schach zu halten, eine der ihren analoge Haltung einnehmen müssen. Solange der Kampf zwischen Oesterreich und Frankreich unentschieden und auf italienisches Gebiet beschränkt bleibt, kann man annehmen, daß daß Rußland sich darauf beschränken wird, auf diese Weise einen Teil unsrer Kräfte lahmzulegen.

Ich möchte glauben, daß es der russischen Regierung das liebste wäre, wenn sie über diese Linie nicht hinausgehen müßte und allein durch ihre drohende Haltung schon die Kriegschancen zu unsern Ungunsten so beeinflussen könnte, daß wir uns gezwungen sähen, auf Bedingungen einzugehen, die für uns Konzessionen oder vielmehr Opfer bedeuten. Durchaus geleitet von den Gefühlen der Rach-

Digitized by Google

sucht und darum blind für die Gefahren, die ihm selbst aus den Erfolgen unsrer Gegner erwachsen könnten, glaubt Rußland sich berechtigt, als politisches Programm dieselbe Haltung zu adoptieren, die Oesterreich im Krimkrieg einnahm. Scheint ihm aber der Augenblick gekommen, sich definitiv gegen Oesterreich zu erklären, dann, vermute ich, wird es den letzten Schritt tun, d. h. die Frage des Casus belli stellen.

Es dürfte schwer sein, vorauszusagen, welche Eventualitäten — die Richtigkeit dieser Annahme vorausgesetzt — Rußland bestimmen können, sein ganzes Gewicht gegen uns in die Wagschale zu werfen. Wenn wirklich die Schwächung Oesterreichs der Richtpunkt seiner Politik geworden ist, dann ist anzunehmen, daß es nur im Falle ernstlicher Niederlagen Frankreichs diesem mit Waffengewalt zu Hilfe kommen wird. Denn wenn die Vorsehung das Kriegsglück gegen uns entscheiden ließe, so wird Rußland glauben, durch seine bewaffnete Aufstellung an unsern Grenzen zu diesem Ergebnis genug beigetragen zu haben und außerdem den Vorteil haben, daß es selbst sich außerhalb der Gefahr halten konnte und sich keinerlei besondere Opfer aufzuerlegen brauchte.

Diese Einschätzung der Situation und der voraussichtlichen Politik Rußlands rechtfertigt wohl die Ansicht, daß die — unter welchen Formen immer — zwischen Frankreich und Rußland getroffenen Abmachungen, soweit sie die Teilnahme Rußlands am Krieg betreffen, den Fall ins Auge fassen, daß Frankreich unterläge oder daß wenigstens der Krieg sich so in die Länge dehnte, daß dadurch die Stellung Napoleons III. bedroht und ganz Europa in fühlbare Mitleidenschaft gezogen würde.

Man zählt hier mit Bestimmtheit auf die Neutralität Preußens und auf die völlige Zurückhaltung des ganzen übrigen Deutschland.

Ein aktives Bündnis einiger deutscher Staaten mit uns und ihre Teilnahme am Krieg gegen Frankreich könnten für Rußland — in der Hoffnung, daß Preußen fortfährt, neutral zu bleiben — zum Anlaß werden, daß es sofort eine entschiedenere Haltung annähme, um die Wirkung des deutschen Eingreifens auf dem Kriegstheater abzuschwächen."

*

St. Petersburg, 6. Mai 1859.

„In meinen vorausgegangenen Berichten habe ich mich bemüht, gewissenhaft die Eindrücke zu schildern, die ich von der Stellung und den Stimmungen des russischen Kabinetts im ganzen empfangen habe. Ich habe es auch als meine Pflicht betrachtet, E. E. die Vermutungen und Möglichkeiten zu unterbreiten, die sich mir über die Absichten und die eventuelle Haltung Rußlands aus der Beobachtung der Vergangenheit, der gegenwärtigen Symptome und der Vorzeichen der Zukunft zu ergeben scheinen.

Die Wirklichkeit hat meine Vermutungen noch weit übertroffen. Ich hatte nicht geglaubt, so ausgeprägte Gefühle vorzufinden, die keinem Argument zugänglich waren und darum keinerlei Handhabe boten für den Versuch, ein wenig mildernd auf sie einzuwirken. Diese Stimmungen haben mich von Anfang an

Digitized by Google

jeder Chance beraubt und mir alle Hoffnung genommen, daß meine Bemühungen beim Petersburger Kabinett den Erfolg haben könnten, es wenigstens zu einer Haltung zu bestimmen, die nicht vorgeschrittener wäre, als es seinen eignen Interessen entspräche. Beim Sondieren des Terrains stieß ich immer nur auf Klippen: die Aeußerungen, die ich provozierte, wechselten immer zwischen offenem Ausbrechen von Rancüne und Feindseligkeit und der äußersten Reserve in bezug auf alles, was für die Zukunft positive Anhaltspunkte geben könnte.

Bei dieser Sachlage ist es mir unmöglich, hier den geringsten Einfluß auf den Gang der Dinge zu gewinnen. Fürst Gortschakow empfängt fast täglich die Vertreter der drei andern Großmächte zu Konferenzen, wobei er mich systematisch von diesen Besprechungen ausschließt, die übrigens in Wirklichkeit nur auf den Austausch von Neuigkeiten hinauslaufen, denen er aber den Anschein einer Art von Koalition zu geben liebt. Nach dem, was ich höre, betrachtet er meine Mission als beendet und erwartet, daß ich demnächst abreise. All diese Erwägungen, sowie die Kälte und der völlige Mangel an Vertrauen und Entgegenkommen, die die offiziellen Beziehungen zwischen dem Petersburger Kabinett und mir charakterisierten, lassen mir eine Verlängerung meiner Mission nicht als wünschenswert erscheinen."

*

St. Petersburg, 6. Mai 1859.

„Wenn ich noch etwas zur Ergänzung meiner Darstellung der Situation hinzuzufügen hätte, so könnte das nur das Bild noch finsterer machen und die peinlichen Eindrücke vertiefen, die ich von der Stimmung des Petersburger Kabinetts empfangen habe. Ich kann mir keine Illusion über das völlige Mißlingen meiner Mission machen. Hierher gesandt, um vor allem als direkter Uebermittler beim Kaiser Alexander ihm die Gefahren der Lage auseinanderzusetzen, seine Verstimmung ein wenig zu beschwichtigen und ihn zu einer wenigstens nicht direkt feindseligen Haltung zu überreden, habe ich von seiner Seite nur harte und ungerechte Worte über das kaiserliche Kabinett und recht wenig Freundliches über den Kaiser selbst hören müssen, ohne daß sich mir die geringste Möglichkeit bot, von ihm angehört zu werden und irgend auf ihn einzuwirken. Der Groll gegen uns wurzelt zu tief in seinem Herzen, um entgegengesetzten Gefühlen Raum zu geben, und wird absichtlich geschürt durch den parteiischen und leidenschaftlichen Zuspruch des Fürsten Gortschakow. Solange dieser Minister bleibt, ist von Rußland nichts zu hoffen, alles zu fürchten.

Die wahre Natur der Abmachungen mit Frankreich ist für alle Welt ein Geheimnis. Aber daß sie bestehen, daß sie sich gegen Oesterreich richten und daß sie Rußland für den Fall eines Krieges eine Rolle, die von dieser Tendenz bestimmt ist, zuweisen, darüber kann nicht der geringste Zweifel bestehen. Gerade die heftige Erbitterung, die die Nachricht von unserm Ultimatum als Vorläufer des Krieges beim hiesigen Kabinett hervorgerufen hat, scheint mir die Existenz solcher Abmachungen zu bestätigen. Denn es sieht sich jetzt gezwungen, diesen Abmachungen nachzukommen, während es viel lieber seine Aktion auf das diplo-

Digitized by Google

matische Gebiet beschränkt hätte, auf dem uns Rußland mindestens ebensoviel — und sicher mit viel weniger Kosten — hätte schaden können. Nur höchst ungern wird es zu militärischen Maßnahmen übergehen. Aber da es Oesterreich um jeden Preis schädigen will und sich allem Anschein nach zu diesem Zweck mit Frankreich verständigt hat, muß es seine Haltung den Umständen anpassen und demgemäß, wenn es Krieg gibt, zu kriegerischen Mitteln ergreifen. Wenn das Petersburger Kabinett sich in keiner Weise gebunden hätte, so könnte es, für den Augenblick zumindest, das ganze Geschäft Frankreich überlassen und überhaupt die Gesamtlage mit mehr Ruhe und weniger Leidenschaft betrachten. Seine wirkliche Stimmung verrät sich indeß aus der Sprache und der Haltung, die es seit der Nachricht von unserm Ultimatum angenommen hat, und daraus kann man schließen, welcher Art seine Abmachungen mit Frankreich sein mögen.

In meinem letzten Brief habe ich, wie ich es für meine Pflicht hielt, die Aufmerksamkeit E. E. darauf gelenkt, daß es opportun sein dürfte, meiner Mission ein Ende zu setzen.

Da ich tatsächlich seit meinem ersten Besuche dem Fürsten Gortschakow keine Mitteilungen zu machen hatte, stand ich in fast keinen Beziehungen mehr zu ihm. Er beruft täglich die Diplomaten, bald einzeln, bald gemeinsam, zu sich, und er ist immer bemüht, meinen Ausschluß bemerklich zu machen. Außerdem gefällt er sich mit einer gewissen wenig angenehmen Schadenfreude darin, auf den Mißerfolg meiner Sendung anzuspielen. Aus all diesen Gründen möchte ich glauben, daß das kaiserliche Kabinett sich überzeugt hat, eine Verlängerung meines Aufenthalts in St. Petersburg sei weder mit dem Interesse noch mit der Würde der kaiserlichen Regierung vereinbar."

Während Karolyis Aufenthalts in St. Petersburg vollzog sich in Wien der Wechsel in der Leitung des Ministeriums des Aeußern. Die eben wiedergegebene Berichterstattung traf bei ihrer Ankunft in Wien den Grafen Buol noch auf dem Ballplatz, aber nur mehr als provisorischen Leiter bis zur Ankunft seines aus Frankfurt berufenen Nachfolgers. Sie wurde in der Zwischenzeit dem früheren Staatskanzler, Fürsten Metternich, mitgeteilt und der greise Staatsmann schrieb zu derselben das folgende Memorandum, wohl eines der letzten Schriftstücke, die aus seiner Feder geflossen sind.

„Die Berichte des Grafen Karolyi zeichnen sich durch die Klarheit der Auffassungsweise des Verfassers und dessen Darstellungsgabe aus. Sie werden hohen Wert für den neuen Leiter unsrer Politik haben, und ihn in seiner, mir bekannten Ansicht der russischen Richtung bestätigen. In jedem Falle werden Seine Majestät wohl dessen Ankunft abwarten wollen, und nicht vor derselben Weisungen an den Grafen Karolyi ergehen zu lassen für gut finden.

Ich finde in dem Bilde der russischen politischen Stellung nur eine Bekräftigung der Ansichten, welche ich in meiner Eingabe an Seine Majestät vom 9. d. M. auszusprechen mir erlaubt habe. Eine Sendung des Feldmarschalls

Digitized by Google

Fürsten Windischgrätz kann im Ausmaß der Lage und des Momentes eine den Zweck dieser Sendung beförderliche oder gefährdende sein.

In ihren großen Grundzügen muß die Spannung, welche zwischen den zwei Kaiserhöfen besteht, unter den folgenden Gesichtspunkten ins Auge gefaßt werden:

a) Unter dem der Verschiedenheit der geographischen und historischen Lage der zwei Reiche;

b) unter dem der persönlichen Stellungen der Monarchen;

c) unter dem ebenfalls persönlichen Standpunkte der Vorsteher der Kabinette.

In betreff der Aufgabe a) gilt die politische Manipulation, Fehler in derselben müssen vermieden werden, denn sie wirken, eben wegen der Verschiedenheit der Lebensbedingungen der zwei Reiche, nötigerweise schwerer auf Oesterreich als auf Rußland zurück, weil unsre Freiheit der Bewegung eine viel geringere ist, als die des russischen Reiches. Diesen Ausspruch wende ich in allen denkbaren Richtungen der Politik unsers Kabinetts an, und diese Wahrheit ist im Verlaufe der letzten Zeit nicht gehörig beachtet worden.

In betreff von b) gibt es nur eine Unterstellung. Die Monarchen können sich nur im Gefühle der Gleichmäßigkeit ihrer Interessen freundlich gegenüberstehen.

Auf c) läßt sich nur bemerken, daß durch die neueste Verfügung Seiner Majestät des Kaisers der Stoff zur Spannung verschwunden ist.

Zur Beruhigung meines Gewissens drängt mich hier der Ausspruch, daß ich den Ausgangspunkt des Uebels c) in der leidenschaftlichen und unmoralischen Richtung des Geistesganges des Fürsten Gortschakow suche und bezeichne.

Als Schluß dieser flüchtigen Betrachtung gelange ich zu dem Bilde, daß Seine Majestät geruhen möge, jede auf die Kommission des Feldmarschalls, Fürsten Windischgrätz, bezugnehmende Entscheidung bis zu Allerhöchstihrer Rücksprache mit dem Grafen Rechberg in suspenso zu halten."

Wien, 14. Mai 1859.

Tags darauf erhielt Karolyi die Weisung, seine bereits gebilligt gewesene Abreise aus St. Petersburg aufzuschieben. Wenige Tage später traf Graf Rechberg in Wien ein, und am 26. Mai verließ Karolyi mit dessen Genehmigung die russische Hauptstadt. (Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

San Franzisko und Panama

Deutschlands Interesse an der Weltausstellung und dem Kanal

Von

Prof. Dr. Erich v. Drygalski (München)

Der Plan einer Weltausstellung in San Franzisko und ihrer Eröffnung zur Zeit der Vollendung des Panamakanals 1914 muß die Blicke der Kulturwelt in hohem Maße auf den ältesten und größten Gegensatz richten, der im Antlitz der Erde besteht, nämlich auf den zwischen dem atlantischen und pazifischen Ozeangebiet nach Natur und Kultur. Schon die Aufnahme des Planes durch die verschiedenen Nationen zeigt, wie groß dieser Gegensatz ist. Die atlantischen Völker, also die von Europa und sogar die des Ostens der Vereinigten Staaten, stehen ihm kühl, ja ablehnend gegenüber, während die pazifischen Nationen, also die Weststaaten Südamerikas, die Oststaaten Asiens, besonders Japan, und vor allem die Bewohner des Westens der Vereinigten Staaten mit einer Wärme zugreifen und mit einer Energie dafür eintreten, die auch uns zu denken geben muß.

Der Gegensatz der Ozeane und ihrer Küstenbewohner ist tief begründet; er beruht auf ihrer Natur. Die Ränder des Pazifischen Ozeans sind von ihren parallelen, hohen Gebirgen begleitet und durch sie abgeschlossen, während die Gebirge der atlantischen Welt gegen den Ozean ausstreichen, und dementsprechend auch die kulturfähigen Länder zwischen ihnen. So können die Verkehrswege vom Atlantik her die nutzbaren Länder zwischen den Gebirgen weithin und mühelos durchdringen (das gilt von Deutschland und England und Frankreich sowohl wie vom Mittelmeergebiet und noch von einem Teil von Marokko), während die Verkehrswege vom Pazifik her hohe Gebirge mühevoll zu überwinden haben, ehe sie in bewohnbare Länder gelangen.

Nur an einzelnen Stellen haben am Pazifik Erdbewegungen oder große Ströme die Gebirge an der Küste durchbrochen und so auch dort ein Ansetzen des Verkehrs und Entwicklung von Kulturen ermöglicht, so in der Mandschurei, bei Peking, bei Schanghai, bei Hongkong und in Tongking oder im südlichen Chile, in Seattle und in San Franzisko der Vereinigten Staaten, doch unterscheiden sich die Kulturen, die von diesen pazifischen Stellen ausgehen, sehr wesentlich von den atlantischen. Letztere haben etwas Leichtes, Expansives, sich gegenseitig Befruchtendes, die pazifischen dagegen, weil sie bald auf Gebirgswälle stoßen, etwas am Orte Haftendes, Abgeschlossenes, nur für sich Geschaffenes. Das beste Beispiel dieser Abgeschlossenheit gibt die Entwicklung von China oder die alten Kulturen der Inka in Peru oder der Mexikoindianer.

Eine fernere Folge dieser Kontraste ist es immer gewesen, daß die Entwicklung der atlantischen Völker eine stetige war und die der

Digitized by Google

pazifischen eine sprunghafte. Erstere konnten nie ganz stille stehen, weil immer irgendein Nachbarvolk, mit dem sie in Verkehr standen, irgendwie fortschritt. Die pazifischen Völker waren dagegen oft ohne Berührung mit andern, weil von ihren Gebirgen umschlossen, und erstarrten dann in ihrer Kultur, bis ein fernes, meist atlantisches Volk durch Entwicklung der Schiffahrt, wie Portugal oder Spanien, oder durch kühnen Unternehmungsdrang, wie England, die Initiative in sie hineintrug. Manche der pazifischen Völker gingen bei solchen Berührungen zugrunde, wie die Inkareiche in Peru oder das Aztekenreich in Mexiko; andre nutzten die Initiative der Fremden zu eigner, aber sprunghafter, gelegentlich fast explosiver Entwicklung, wie Japan. Sie blieben aber den Fremden unterlegen, weil ihrer Entwicklung die Stetigkeit fehlte, und manches wahllos und schnell angenommen wurde, was gar nicht für den Pazifik paßte.

Ein wundersames und interessantes Gemenge atlantischer und pazifischer Entwicklungsformen geben die heutigen Vereinigten Staaten, wie jeder sehen kann, der das Land im Osten wie im Westen durchzieht. Es ist aber nur scheinbar eine Mischung entstanden; tatsächlich bestehen die Gegensätze fort, die in der Natur liegen, und dürften sich künftig noch stärker zeigen.

Der Osten der Vereinigten Staaten ist durch und durch atlantisch, man könnte sagen, ein europäischer Staat. Von der atlantischen, gegen Europa gekehrten Küste gingen Besiedlung und Entwicklung aus; die großen Ströme und Seen, wesentlich die letzteren und der St. Lorenz, doch auch der Mississippi und seine Nebenflüsse trugen Siedler und Kulturen von der Küste durch das Land. An den Seen erblühten Städte wie Buffalo, Detroit, Duluth und Chikago, am Ohio Pittsburg und Cincinnati, am Mississippi Memphis und St. Louis, um nur einige zu nennen, und an der Küste unter vielen Weltstädten, die ich nicht angeben will, Neuyork, die größte aller Städte der Welt. Alle diese haben das gleiche Gepräge. Industrie, Handel und Verkehr machen sie zu Zentren weiter Gebiete, zu hell und gleichartig leuchtenden Sternen des Banners, das den atlantischen Osten bis etwas über den Mississippi bedeckt. Sie haben ein gleichartiges Werden und Wachsen gehabt mit ihrem Land, bei manchen Sonderheiten, die sie auch unterscheiden. Der Atlantische Ozean und seine Buchten, das sind der Lorenz und das große Seengebiet, der Golf von Mexiko und das Mississippisystem, fassen im Osten alles zusammen zu einer großen Interesseneinheit, zu gleicher Kultur und so auch zu politischer Gemeinschaft.

Ganz anders ist der amerikanische Westen. Auf beiden Seiten abgeschlossen durch hohe Gebirge, die Rocky Mountains gegen das Mississippital und die Kordilleren gegen den Ozean, hat er lange Zeiten Siedelung und Kultur widerstrebt. Wo diese eindrangen, wie mit dem kühnen Mormonenzuge nach Utah vom Osten oder durch ältere spanische Unternehmungen vom Süden, von Mexiko her, blieben sie dort, wo sie einschlugen, in sich geschlossen und lokalisiert, wie es auch die uralten hohen Indianerkulturen gewesen waren, deren Reste man heute im Kordillerenland ausgräbt. Selbst San Franzisko und sein goldnes

Digitized by Google

Tor, einer der glänzendsten Häfen der Welt, war noch Jahrhunderte nach seiner Entdeckung keine Eingangspforte, wie es der Hudson und andre Flüsse des Ostens sehr schnell gewesen waren, weil man dort lediglich in ein abgeschlossenes Gebirgstal hinein kam, wie so häufig von Häfen der pazifischen Küste. So führte in San Franzisko ein spanischer Militärposten jahrhundertelang ein einsames Dasein; dann verschafften Mitte des neunzehnten Jahrhunderts die Goldfunde am Sakramento dem kalifornischen Längstal einen plötzlichen Aufschwung, doch erst heute wird San Franzisko, was ihm gebührt, ein Kulturplatz ersten Ranges der pazifischen Welt, in einem neuen Entwicklungssprunge, wie er pazifischen Plätzen eigentümlich ist, weil sein Hinterland sich jetzt besinnt.

Seit die Entwicklungsmöglichkeit San Franziskos erkannt ist, das ist ungefähr seit Kalifornien zu den Vereinigten Staaten gehört, hat man freilich mit amerikanischer Energie versucht, den amerikanischen Westen von Osten her zu erschließen. Bahnen auf Bahnen wurden gebaut, und durchziehen in vielen Linien heute den Kontinent von der atlantischen bis zur pazifischen Küste. Man meinte, nicht schnell und nicht viel genug bauen zu können, um den Westen an den Osten zu ketten, leidet heute aber schon unter den Mängeln des Baus, die von seiner Schnelligkeit herrühren, und wird in Zukunft noch viel mehr darunter leiden. Fieberhaft ist dieses Drängen des Ostens nach Westen gewesen; manche Bahnen florieren, weil sie, wie man sagt, den Westen erschließen, richtiger aber, weil der Westen sich jetzt selbst erschließt, sprunghaft schnell, wie ein richtiger pazifischer Staat, etwa wie Japan.

In jeder neuen Pazifikbahn liegt es wie ein ängstliches Streben, den Westen zu halten, und dieser nützt die Bahnen noch zum Absatz nach Osten, solange er das braucht, und wächst im übrigen aus eignen Kräften empor. Stand vor kurzem noch San Franzisko allein, als die Königin des Westens und als das Ziel aller Pazifikbahnen, so schnellen heute in den Küstenstaaten auch Seattle, Tacoma, Portland und andre, auch Los Angeles gewaltig empor, von Binnenstädten wie Spokane, Butte, Salt Lake City und andern ganz zu schweigen.

Diese Entwicklung liegt aber wesentlich in den eignen Kräften des Westens begründet, die von außen her durch die Bahnen nur angestoßen sind, um sich jetzt ähnlich zu entfalten wie die Kräfte ostasiatischer Länder. An Kohlenschätzen darf der Westen sich freilich nicht mit dem Osten Amerikas messen, wohl aber an Metallen aller Art, deren Förderung durch die Wasserkräfte der Gebirge begünstigt ist; auch in Frucht- und Ackerflächen erblüht dem Westen ein gewaltiger Reichtum, seit man ihn durch besondere Wirtschaftsformen der Trockenfarm und der Irrigation zu heben versteht, während man die Wälder heute noch kaum zu nutzen begann. Wo vor kurzem kein Haus stand, liegen jetzt Dörfer und Städte, und in dem kalifornisch-oregonischen Längstal, zwischen den dem Pazifik nächsten Kordilleren gelegen, dem die Goldfunde am Sakramento einst die erste Besiedlung brachten, wächst durch Früchte und Getreide und Holz von Seattle bis Los Angeles eine Reihe von großen Städten empor, nach

Digitized by Google

Industrien schauend, die sie an sich ketten können, um weiter zu wachsen, teilweise auch schon damit versehen. Es eine richtige pazifische Entwicklung, zuerst zufällig und unstät, angestoßen und eingepflanzt, dann aber bewußt und planvoll aus eigner Kraft, wenn auch noch in großem Menschenbedarf.

Der stärkste Ausdruck des Selbstbewußtseins des amerikanischen Westens dürfte in dem Plan liegen, eine Weltausstellung in San Franzisko mit der Eröffnung des Panamakanals zu verbinden. Im Osten der Union schenkt man diesem Plan wenig Beachtung: selbst leitende Kreise kennen ihn kaum, wenigstens äußerlich, und die Presse des Ostens spricht fast gar nicht davon. Die Teilnahme wächst, sowie man das Kordillerenland westlich vom Mississippi betritt, und erreicht ihren Höhepunkt in San Franzisko.

Was als Interesselosigkeit des Ostens erscheint, dürfte teilweise Eifersucht sein. Denn der Osten besitzt die Bahnen, die den Westen, halten wollen und die durch den Panamakanal zum mindesten zu Reformen ihres Betriebes und wesentlichen Revisionen ihrer Tarife bestimmt werden dürften. Der Osten ist bisher der Vermittler der Produkte des Westens gewesen (die Pazifikstaaten sind heute nur mit 5,6 Prozent an dem Gesamtaußenhandel der Union beteiligt), wird es aber um so weniger bleiben, je mehr der Westen von den Bahnen unabhängig wird und sich mit neuen Verkehrswegen neue Absatzgebiete sucht. Die Ausfuhr des Pazifikstaates Washington ist schon von 3,3 Millionen Dollars 1890 auf 43,6 Millionen Dollars 1907 gestiegen, die Einfuhr von 0,3 auf 25,3 Millionen in derselben Zeit, und ähnlich liegt es in Oregon. Endlich hat der Osten die politische Macht, dürfte sie aber um so weniger behalten, je mehr sich die Volksdichte des Westens steigert und dieser fortschreitet. Was Europa bei dem Erstarken der ostasiatischen Staaten erlebt, das erlebt die Union innerhalb ihres eignen Gebiets am Erstarken des Westens.

Wohin diese Entwicklung führt, ist hier nicht zu erörtern, doch dürfte sie zweifellos auch für uns von größter Wichtigkeit sein; und wenn die europäischen Nationen jetzt in Ostasien so emsig um Betätigung ringen, so ist ihnen das gleiche Problem und das gleiche Ziel auch im Westen der Vereinigten Staaten gestellt, nicht zum mindesten dem Deutschen Reich, zumal die Entwicklung des Westens zum beträchtlichen Teil auf der des dortigen deutschen Volkstums beruht. So wird es sich bei der Eröffnung des Panamakanals nicht darum handeln, welche bisherigen Handelswege der Kanal ersetzen kann, sondern darum, daß er Bestehendes umwirft und neue Wege eröffnet, wenn zugleich mit seiner Vollendung der erstarkende Westen in San Franzisko zum erstenmal selbstbewußt und geschlossen erscheint, neue, eigne Verbindungen suchend.

Die pazifischen Völker haben die Bedeutung dieser Stunde erkannt. Japan ist in San Franzisko als erster auf dem Plane erschienen, und die südamerikanischen Weststaaten folgten, weil sie eine Wiederholung ihrer eignen Fortschritte ahnen. Zögernd stehen die europäischen Völker zurück, und teil-

Digitized by Google

nahmlos, wenigstens scheinbar, der amerikanische Osten. Es ist ja auch nicht zu wissen, was die Europäer aus San Franzisko heimbringen können, doch das ist sicher, daß der Erfolg nur dem winken kann, der sehr am Platze ist, weil es dort suchende Entwicklungen gibt, die noch hier- und dorthin gelenkt werden können.

So meine ich, daß Deutschland in San Franzisko nicht fehlen darf. Es muß den amerikanischen Westen an sich und im Kreise der Pazifikvölker sehen; es soll deren Suchen und Streben fühlen und ihnen, weiterschauend und reicher an Initiative, als jene es noch selbst sind, Wege zeigen, was bei den vielen dortigen Volksgenossen um so ersprießlicher ist. Man darf nicht vergessen, daß die Pazifikvölker zu den Sprüngen ihrer Entwicklung von jeher der fremden Initiative bedurft haben, und daß der amerikanische Westen freilich ein Teil der Union, doch heute vielleicht schon mehr ein werdender Pazifikstaat ist, den der atlantische Osten aufmerksam und eifersüchtig in seiner Entwicklung bewacht.

München, den 2. Januar 1913.

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1852 und 1853

(Fortsetzung)

St. Petersburg, den 17. Februar 1852.

Vor allen Dingen meinen besten Dank für Deinen langen Brief und dann meinen Glückwunsch zu Deinem Geburtstage, den ich natürlich wieder dem Datum nach vergessen, aber doch den Monat behalten habe. Was nun Deinen Brief anbelangt, so beginne ich dessen Beantwortung damit, daß ich nicht zu den modernen Ehemännern gehöre, die alles und jedes mit ihren Frauen besprechen, ja, ich gehe noch weiter und verlange auch gar nicht mal, ihre Geheimnisse und Korrespondenzen usw. zu kennen, weil sie ebensogut in die Lage kommen können, Dinge und Konfidenzen zu erfahren, deren weitere Mitteilung sie nicht verantworten könnten, da es leicht Geheimnisse andrer sein können usw.

Was ich Dir damals durch Benkendorff[1]) über des Kaisers Auffassung schrieb, paßt jetzt schon nicht mehr. Je länger ich hier bin, je mehr überzeuge ich mich, daß man nicht auf die Konsequenzen bauen darf, die des Kaisers im Moment erster Aufwallung ausgestoßene Reden eigentlich nach sich ziehen sollten. Ich erinnere mich noch, als wäre es gestern gewesen, daß der Kaiser am Teetisch mir laut und vor mehreren Personen sagte: „Solange der Präsident auf

[1]) Graf Benkendorff, russischer Militärbevollmächtigter in Berlin.

Digitized by Google

diesem Wege der Beruhigung Frankreichs und der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und der äußeren Ruhe bleibt, kann ich ihm meinen Beifall und Anerkennung nicht versagen; sobald er diesen Weg aber verläßt und sich etwa zum Kaiser machen sollte — was ich nicht glaube —, d. h. Nikolaus — alors il sera avec nous en hostilité ouverte!" So der Kaiser damals nach dem Staatsstreich. Dann ward eingelenkt und ein Unterschied gemacht, ob er sich oder das Volk (!) ihn zum Kaiser mache, eine Dynastie aber dürfe er nicht gründen, man ihm einen Platz in der Reihe der legitimen Monarchen nicht einräumen! Auch davon schweigt man jetzt, und glaube mir, er wird von hier aus wie auch von den andern Großmächten anerkannt werden wie Louis Philippe, und wenn er eine Dynastie gründen will, so wird schweigend darüber hingegangen und das Zusammenkommen mit ihm vermieden werden, um die etwaigen Rangkollisionen zu vermeiden! Das Geschlecht dieses Jahrhunderts geht jedem Kampf aus dem Wege und drängt sich zuletzt nur noch auf einem Bein stehend in einen Winkel, ewig ausweichend, bis die eigne Haltung und der Zusammenhang mit der ursprünglich eignen Basis nicht mehr solide ist. Der Kaiser bewundert in L. N. seinen moralischen Mut, das Beispiel, was er der legitimen Monarchie gegeben, er sucht in ihm eine edle, uneigennützige Natur, er hat „eine zu hohe Meinung" von ihm (seine eignen Worte), um zu glauben, daß er diese großartige Laufbahn verlassen werde usw. Da mag man sagen, was man will, die Antwort ist stets dieselbe: „Ich glaube von einem Menschen nur Gutes, bis ich mich vom Gegenteil überzeugt." Ich will Dir das Ganze aber in wenig Worte fassen: Er glaubt, was er wünscht und weil er es wünscht. — Ebenso wie der Eidbruch L. N.s wird auch der Wortbruch in Wien gepriesen, und Rochow wie ich bekommen es jeden Tag zu hören, wie kläglich die Zucht in Berlin sei, daß der ganze Verfassungsplunder nicht beseitigt werde. Ich sprach über diese Dinge neulich einmal mit Liewen,[1]) der sagte mir darauf: „Despotismus in Paris, Despotismus in Wien, rohe Gewalt hier und da, das kitzelt auch angenehm an der Newa!" Der Kaiser kennt die Verhältnisse in Preußen nur sehr oberflächlich, und das, was ihm davon nicht gefällt, will er nicht kennen, er drängt aus Ansicht und Standpunkt fortwährend auf den einen Punkt: Beseitigung der Verfassung und des konstitutionellen Wesens, gleichviel ob es möglich, ob es erwünscht, ob es nötig ist.

Der österreichische Despotismus zieht ihn natürlich immer von neuem mehr dahin, und gestern abend sagte er mir auf einem Ball, wie es ihm leid tue, daß der König so offen und heftig gegen Louis Napoleons Verfahren spreche und es tadele, während doch der Minister Manteuffel zu einem ähnlichen coup d'état ganz bereit sei, nur des Königs Genehmigung dazu nicht habe erhalten können. (NB. Manteuffel hat an den Kanzler geschrieben, den Brief selbst aber kenne ich nicht und möchte glauben, daß er darin etwas falsch verstanden ist — vielleicht beruht diese Aeußerung auch auf anderweitigen Mitteilungen aus Berlin.)

[1]) Graf Liewen, Minister der Aufklärung in Rußland.

Digitized by Google

Gegen Bonin[1]) spricht er auch viel, weil er Holstein ihm nicht vergessen will und weil Benkendorff geschrieben, daß Möllendorff und Wrangel über diese Ernennung ganz außer sich wären. Diese beiden Herren haben sich also wohl in Redensarten zu weit gehen lassen und vergessen, daß Benkendorff nicht allein ihr guter Bekannter ist.

Dem politischen Teil Deines Briefes trete ich im allgemeinen durchaus bei, nur möchte ich die Verpflichtung, die Bourbonen zu restaurieren, und die Verpflichtung, für das Prinzip der Legitimität aufzutreten, trennen. Letzteres steht als Prinzip abgeschlossen da — erst in seinem weiteren Gefolge kommen die unvermeidlichen Bourbons. Die Anerkennung Louis Philippes, die Anerkennung der Republik und die Anerkennung Louis Napoleons als Staatsoberhaupt wie als Kaiser bleiben unter allen Umständen unverantwortliche Selbstverletzungen und ein Wüten gegen das eigne Fleisch. Eine Verpflichtung gegen die Bourbonen haben wir nicht, weil wir ihnen zurufen können: „Tu l'as voulu und du hast mit Undank belohnt, was wir dir Gutes getan haben." Dagegen aber kann sich kein legitimer Monarch davon lossagen, Verpflichtungen für das Prinzip zu haben, das ihm die eigne Basis gibt. Deshalb würde ich es edel und großartig finden, wenn die vier Großmächte, jetzt zusammentretend, im Prinzip wieder das gutmachten, was sie von 1830 ab versündigt haben. Staatsklug mag es nicht sein — verantworten aber könnte man es vor Gott. Ueberdem würde die ganze Sache vielleicht sehr leicht zu machen sein: rasch, entschlossen mit der Fahne der Legitimität gegen die verkörperte Revolution gezogen, würde einen kleinen, vielleicht gar keinen Krieg geben, weil Louis Napoleon wohl ein Bonaparte, aber noch kein Napoleon ist.

Doch das ist nur eine Abschweifung — ein Phantasiestück, das in dies Jahrhundert nicht mehr paßt.

Die Idee einer Zusammenkunft der Monarchen liegt sehr nahe, da der Kaiser mutmaßlich Ende Mai oder Juni nach Berlin kommen wird. Ich sprach ihm auch schon davon, doch wies er es von sich, zur Zusammenkunft aufzufordern, da er schon einmal damit abgewiesen worden sei, übrigens biete er zur Sache sehr gern die Hand. In diesem Moment trat Peter von Oldenburg ein, und das Gespräch nahm eine andre Wendung. Gewiß wäre es das beste, um Oesterreich zu binden, doch ist hier vorläufig noch zuviel Sympathie für L. N., wenn auch neulich schon die Phrase fiel: „Il commence à faire des bêtises." Jetzt nun hat er durch seinen Minister Turgot an Kisselew[2]) sagen lassen, daß er gar nicht an die Kaiserkrone denke und nichts wünsche als Ruhe im Innern und Frieden nach außen. Das glaubt man, weil man es wünscht. Am letzten Ende aber wird der Kaiser dennoch immer gegen L. N. mit auftreten, wenn dieser Eroberungspläne haben sollte, wenn man bei uns nur korrekt ist. Und dann wird auch Franz Josef nicht sich davon ausschließen.

---

[1]) Generalmajor v. Bonin war im Januar 1852 an Stelle Stockhausens preußischer Kriegsminister geworden.

[2]) Graf Kisselew, russischer Gesandter in Paris.

Digitized by Google

Gestern bei einem großen Feste sprach mir der Kaiser von einem sehr interessanten Berichte über eine Unterhaltung zwischen Benkendorff und Reyher,[1]) welch letzterer dasselbe über die Lage der Dinge usw. gesagt habe wie König Leopold — was es aber war, dazu kam er nicht, weil er, rasch weitersprechend, auf andre Dinge kam. Reyhers Sentenzen haben für mich auch nur insofern Wert, als sie hier scheinen Anklang gefunden zu haben, also wohl weniger liberal als gewöhnlich gewesen sein werden.

Im Verlauf der Konversation kam der Kaiser sehr bald auf den König zu sprechen und tadelte dessen Schelten auf Louis Napoleon ebenso die Besorgnis, die man in Berlin vor einem Kriege zu haben scheine. Zu letzterer habe man gar keine Veranlassung nach allem, was er von Paris höre; wenn man aber Besorgnis habe, so müsse man nicht laut schelten und dadurch provozieren, und werde der Krieg von Frankreich aus provoziert, „so brauchen wir ihn auch nicht zu fürchten". Er meinte ferner, daß wenn eine Feindseligkeit eintreten sollte, so würde es zunächst gegen England sein. Das aber glaube ich kaum.

Bei einer Gelegenheit sagte ich dem Kaiser, Louis N. bleibe für mich doch immer ein Usurpator und der Träger der verkörperten Revolution, so wünsche ich nichts sehnlicher als einen von ihm provozierten Krieg. Der Kaiser antwortete, daß ich in ersterem recht habe und er L. N. als einen notwendigen Uebergang betrachte.

Grüße Frau und Kind und rufe mich ins Andenken von Hans Karl zurück. Von Manteuffels Brief schreibe ich nicht nach Berlin. Wenn Du mir antworteſt, so laß den Inhalt Deines Briefes die Gelegenheit bedingen! — Empfiehl mich Stockhausen.

*

St. Petersburg, den 8. März 1852.

Man tut dem Kaiser unrecht, wenn man in Berlin sagt, er wolle unter keiner Bedingung den Krieg. Er strebt allerdings mehr als nötig den Frieden zu erhalten, er will jede Provokation gegen Frankreich vermeiden, aber fechten wird er, sobald Frankreich uns oder Oesterreich angreift, sobald es die europäischen Territorialverhältnisse verletzen sollte; namentlich wenn wir selbst gleich den Degen ziehen, dann läßt er uns nicht im Stich. Betrübt aber bin ich doch sehr, weil ich die Erfahrung mehr und mehr mache, daß seine Auffassungen der Begebenheiten sehr wandelbar sind, und daß man eine Uebereilung begeht, wenn man sich auf die Aeußerungen der ersten Erregung verläßt. Bald nach Eingang der Staatsstreichsnachrichten aus Paris sagte er mir am Teetisch der Kaiserin vor mehreren Personen: „Mag er sich Präsident, Konsul oder Diktator nennen und nur in diesen Wegen bleiben, so ist mir das ganz gleich, sobald er sich aber zum Kaiser macht, alors il est avec nous, au moins avec moi en hostilité ouverte." Der Sinn der ersteren Worte ist mir

[1]) General von Reyher, Chef des preußischen Generalstabs.

Digitized by Google

sehr wohl erinnerlich, die letzteren glaube ich wörtlich behalten zu haben. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung war er es, der mich auf den Artikel der Verträge aufmerksam machte, wonach sich die Garanten verpflichteten, in Europa nie wieder ein Mitglied der Familie Bonaparte als Regierungsoberhaupt anzuerkennen. Mir war der Artikel unbekannt, ihn nachschlagend, fand ich: „Elles (les puissances) renouvellent et confirment particulièrement l'exclusion à perpétuité de Napoléon Buonaparte et de sa famille du pouvoir suprême en France, qu'elles s'engagent à maintenir en pleine rigueur et s'il était necessaire avec toutes leurs forces."

Wenn das nicht deutlich ist, dann weiß ich nicht, wo die Deutlichkeit zu holen. Oesterreich nennt Napoleons mutmaßliches Kaiserwerden „une affaire de titre et non de principe"! — Genug, ich aß vor einigen Tagen en tête à trois mit den Majestäten. Der Kaiser fing gleich an von des Königs Brief zu reden und von L. Napoleon. In bezug auf sein Kaiserwerden sagte er, daß man ihn anerkennen würde. Ich fragte, wie man über jenen Artikel wegkommen wollte, da man doch immer von Halten der Verträge rede, worauf mir der Kaiser erwiderte: „Wir werden ihn anerkennen de fait mais pas de droit. Es handelt sich bloß um den Titel, alles andre bleibt beim alten, und er wird nicht der Gründer und Chef einer Dynastie." Ich erwiderte sehr ruhig und trocken: „In dem Kaisertitel liegt mehr als der Sinn eines gewöhnlichen Titels, es ist etwas ganz andres als ein Präsidententitel; es kann auch nicht alles beim alten bleiben, denn mit einem Kaiser an der Spitze gibt es keine französische Republik mehr, und ein Bonaparte mit dem Kaisertitel in Frankreich widerstreitet ganz positiv den Verträgen." Er: „Wir legen die Verträge so aus und glauben einen großen Unterschied zwischen de fait und de droit zu finden, weil das Ganze rein persönlich für L. N. allein ist und daher es sich mehr um den Titel handelt, um so mehr, da ihn 8000000 (!) an die Spitze gestellt haben und ihn auch wohl in dem Titel bestätigen, ihn vielleicht antragen werden." Ich: „Diese 8 Millionen fallen meiner Ansicht nach bei Beurteilung der Frage gar nicht ins Gewicht, und geht mein politischer Scharfsinn nicht so weit, um neben den Verträgen die Nuancen von de fait und de droit zu begreifen, um so weniger, da ich überzeugt bin, daß eine etwaige Deszendenz auch anerkannt werden wird." Er: „Niemals!" — Was ist bei solchen Widersinnigkeiten zu machen? Einmal reitet man auf den zehnmal gebrochenen Verträgen herum, dann legt man sie in unhaltbarer Weise nach Belieben aus, vergißt, was man vor wenigen Wochen gesagt hat, und gibt (in bezug auf die Deszendenz oder Familie) Versicherungen, die man seinerzeit nicht halten wird. Der Kaiser schien übrigens von meinen Einwürfen sehr wenig erbaut zu sein. — Wenn man nur in einer Richtung konsequent sein wollte, entweder in der der Verträge oder in der der faits accomplis, zu welch letzteren ich in Frankreich Louis Philippe, die Republik, den zehnjährigen Präsidenten und den Kaiser L. N. zähle. Ich schrieb schon neulich darüber . . .

Ich glaube mir das Zeugnis geben zu können, Rochow nicht allein nichts

Digitized by Google

in den Weg gelegt, ihn auch nicht mankiert zu haben. Ich habe nicht nachteilig über ihn geschrieben, sondern nur gegen Gerlach und meine Mutter seiner Jalousie erwähnt und dabei bemerkt, daß ich ungerufen fast nie an den Hof gehe, um ihm nicht Ombrage zu geben.

Meine Briefe und Berichte habe ich ihm seit meiner Rückkehr im November nicht mehr gezeigt, weil er mir ein steifes Kompliment und ein abweisendes „ich danke sehr" in Gegenwart von Elise und Bertha machte, als ich ihm das Konzept meines ersten Briefes (nach meiner Rückkehr) an den König hinhaltend anbot. Ich halte mich nicht an das, was er gesagt und geschrieben haben soll, sondern an das, worüber ich die Beweise habe, sowie an sein Benehmen gegen mich, teils in Gegenwart der Majestäten, teils in B.s Gegenwart. Meine Beziehungen zu ihm sind äußerlich gut, ja, er affektiert häufig ein großes Vertrauen, weil sein Gewissen ihm schlägt. Doch genug davon, es muß gehen, und es wird gehen. Jetzt arbeitet er schon länger daran, daß ich gewissermaßen unter die Gesandtschaft gestellt werde — gelingt ihm das, nun dann geht es allerdings nicht weiter. An einen nahen Krieg glaube ich immer noch nicht, denn noch bedarf er ihn nicht, wer weiß auch, ob nicht seine Grube auch bereits gegraben ist.

Gott befohlen, mein Weib grüßt Dich und die Deinige mit mir.

An Graf Stolberg habe ich dankend wegen der Zulage geschrieben, Dir aber spreche ich hier meinen besten Dank für Deine Bemühungen aus.

*

St. Petersburg, 25. März 1852.

Gerlach klagt in einem heute erhaltenen Briefe bei mir über Benkendorffs Benehmen und Verhalten in der Budbergschen Angelegenheit und bei Gelegenheit der Gerüchte einer Ministerkrisis! Frau v. Rochow klagt ihrem Manne, daß Benkendorffs Frau weniger als früher gesehen würde, und geht darauf fußend weiter, indem sie behauptet, die Russen würden in Berlin, wie es scheine, überhaupt mit keinem günstigen Auge mehr angesehen! Oberst Mirbach ist wohl ein schlagender Gegenbeweis und dies auch nur Weibergeschwätz, das von oben in die untere Etage gekommen ist, — so wird also der Kern ein ziemlich unbedeutender sein. Dagegen ist Gerlach sonst sehr facile und nachsichtig, so daß seine Klagen gewiß begründet sind. Wären aber hier derartige Klagen über mich, wie Gerlach sie erhebt, so würde Graf Orloff mir jedenfalls darüber eine kleine Standrede gehalten haben und mir eine Zurechtweisung, wenn auch noch so milde, oder anderseits die Gelegenheit, mich zu verantworten, nicht vorenthalten haben. Warum General Gerlach das nicht getan, weiß ich nicht, ebensowenig, ob es nicht noch möglich oder schon zu spät ist. Jedenfalls aber muß die Geschichte zugezogen werden des allgemeinen Besten wegen, und weil wir in Benkendorff doch immer eine Persönlichkeit in Berlin haben, die wir zu konservieren suchen müssen. Bemächtige dich also der Angelegenheit, sorge dafür, daß es Benkendorff vorgehalten werde, wenn er unrecht hat, und daß seine Frau in Charlottenburg gespeist werde.

Digitized by Google

Von hier ist nichts Neues zu melden, als daß Seine Majestät über die bis in den Sommer reichende Kammersitzung gereizt sind und behaupten, daß wir uns in den Konstitutionalismus immer weiter hineinrennen . . .

Deinen ausgesprochenen Ansichten wegen und gegen L. N. trete ich vollkommen bei; es ist aber nichts zu machen. Man wird die Initiative nicht ergreifen, wird abwarten und — zu lange warten. Ich habe mir oben und bei R. vergebens den Mund wund gesprochen und dafür noch unangenehme Antworten bekommen.

Wenn Du auch den König wegen der Pairsfrage verteidigst, so bleibt immer bestehen, daß er Manteuffel im Stich gelassen. Ueberhaupt scheint er ihn gar nicht mehr leiden zu können, wenigstens ist das aus drei Briefen zwischen den Zeilen zu lesen, die Rochow a tempo von ihm erhielt — namentlich in der Bunsenschen Angelegenheit, wo mir der Nagel an M.s kleinem Zeh lieber ist als Bunsen inklusive seiner vielleicht bedeutenden, aber nicht wahrscheinlichen Zukunft. M. mag sein, wie er will — seit 48 hat der König keinen besseren Minister gehabt, und kenne ich auch nicht einmal einen, der ihn leidlich ersetzen könnte. Treu ist er auch, ein Preuße auch, das sollte doch genügen!

Später. Ich bin heiser, so habe ich mit Rochow und General Berg wegen L. N. gestritten. Zuletzt konnten sie mir beide keinen Einwand mehr machen und meinten, es sei vielleicht ein Unglück, wenn er Kaiser werde, geschehen aber würde es doch!! Das wußte ich leider längst. England wird seiner antibonapartistischen Politik am ersten untreu, indem es zuerst von der Anerkennung sprach. Jetzt nun hat sich auch unser Kabinett viel zu weit aventuriert; die Partie ist verloren und die Gelegenheit, die Fehler von 1830 gutzumachen und mit der Revolution wahrhaft zu brechen, aufgegeben. Die Unterhandlungen wegen der Schweiz sind der erste positive Anknüpfungspunkt mit dem neuen Regenten, und die Uneinigkeit im soi-disant konservativen Lager wird auch nicht fehlen. Gott muß weiterhelfen, tut er es aber nicht, nun so kann man sich eben nicht wundern . . .

Wie immer!

*

St. Petersburg, 1. April 1852.

Rochow geht in einigen Tagen nach Berlin, spricht hier nicht mehr von seinem Abschiede, vielmehr von Wiederkehr im Monat Juli. Es würde also wohl gut sein, wenn man ihn auf diese Abschiedsfrage auch weiter nicht anredete, bis er etwa selbst davon anfängt oder sofern er etwa selbst schon darüber an O. Manteuffel geschrieben, und man sich darauf berufen könnte.

Wenn nicht noch irgend etwas Besonderes in politicis eintreten sollte, so zweifle ich nicht, daß der Kaiser etwa Mitte Mai in Potsdam sein wird.[1]) Da nun zu diesem Zeitpunkt natürlich Paraden usw. sein müssen, so wäre es

[1]) Der Besuch des Kaisers Nikolaus fand im Mai statt.

Digitized by Google

gewiß am besten, wenn das Gardekorps nicht bei Berlin, sondern bei Potsdam zusammengezogen würde. Einmal würde manches dadurch vereinfacht und erleichtert werden für Hof und Hofhaltung, dann aber auch würde der Berliner Pöbel, dem ich doch Ungezogenheiten gegen den Kaiser zutraue, einigermaßen neutralisiert werden können. Ueberhaupt würde das auch dem Kaiser selbst wohl mehr konvenieren. Können wir ihm aber die Erinnerung an diesen Aufenthalt angenehm machen, so ist das wichtiger, als man glaubt. Kannst Du also etwas hierin tun, so versäume es nicht. Ich will darüber noch an Gerlach schreiben. Leb wohl, grüße Weib und Kinder.

*

Peterhof, den 30. August 1852, abends.

Durch Graf Orloff habe ich erfahren, daß Du in Berlin bist, und gleichzeitig auch, daß Du über R.s Anstellung[1]) niedergeschlagen, wie über die Entschlüsse Deines Vetters besorgt sein sollst; — wenigstens hast Du diesen Eindruck gemacht. Ich hätte Dich dem Mann gegenüber und bei seinem sonst so günstigen Urteil über Dich lieber mutig schildern hören.

Als ich zuletzt in Berlin war und gelegentlich auch die Besorgnis aussprach, daß R. doch wieder hervorgeholt würde, ward mir das rundweg von verschiedenen Seiten abgestritten. Nun geschah es dennoch, und zwar in einem Momente, wo Dein Vetter abwesend, die Königin fern war und Gerlach wohl schlief — nebst Niebuhr.[2]) Das ist alles sehr traurig und hat auch mich in einer greulichen Weise aufgerüttelt; denn die Sache mag dargestellt werden, wie sie will, so bleibt sie, von allen Seiten besehen, sehr bös für Inland und für Ausland. Hier hat es natürlich einen furchtbaren Sturm heraufbeschworen und den leidenschaftlichen Kaiser dahin gebracht, dem Feldzeugmeister Heß beim Abschied zu sagen: „Sagen Sie dem Kaiser, daß wir mehr denn je zusammenhalten müssen, denn Preußen schlägt wieder auf die andre Seite, das zeigt diese Ernennung." — So die erste Auffassung, so reiste Heß nach Wien ab! — Was der Kaiser, schon etwas beruhigter, mir über diese Sache sagte, schrieb ich an Gerlach. — Leider befinden wir uns noch nicht in der Lage, die Sachen übersehen zu können. Rochow behauptete, Manteuffel könne und dürfe nicht bleiben, ich dagegen, er müßte und werde nun gerade bleiben. Nur so kann dem R. das Widerspiel gehalten, nur so ihm vielleicht, wenn auch weit schwerer als damals, der Hals gebrochen werden. Manteuffel darf das Schlachtfeld nicht beim bloßen fernen Erscheinen R.s aufgeben, vor allem aber würde ich in seiner Stelle Bonin den Hals brechen, wenn es wahr ist, daß er die Kabinettsorder, ohne ihm etwas zu sagen, kontrasigniert hat.

So will mir hier die Lage der Dinge erscheinen — tritt aber M. wirklich

[1]) General von Radowitz war im August 1852 an die Spitze des Militärerziehungs- und Bildungswesens gestellt worden.

[2]) Niebuhr, Kabinettsrat des Königs Friedrich Wilhelm IV.

Digitized by Google

ab, dann hoffentlich mit Westfalen[1]) und Raumer.[2]) Gott gebe, daß es die zerrissenen Gutgesinnten wenigstens wieder vereinigt, und daß Manteuffel an ihrer Spitze den Feldzug annimmt. — Ich bin sehr herunter. —

Fast will es mir erscheinen, als ob Manteuffel am offensten mit Budberg spräche, wenigstens lassen das dessen Depeschen voraussetzen. Er sagte ihm vorher, was er in Putbus tun würde, nachher, was dort geschehen, trotzdem daß es mit der Konsequenz gehapert hat oder zu hapern scheint. Einem fremden Gesandten zu sagen, was man tun wird dem König gegenüber und bei solcher Gelegenheit, räumt jenem eine Stellung und Sprache ein, die er nicht haben darf.

Ein Brief aus Putbus an Rochow, ich weiß nicht von wem, hatte die Tiefe der Anstellung gar nicht erfaßt, denn er sagte, daß es eine untergeordnete Stellung ohne politischen Einfluß usw. sei und dergleichen Gesalbader mehr. Radowitz bleibt Radowitz, und wenn er wirklich weder mitsprechen, raten noch antworten sollte, so glaubt es doch niemand. Er wird aber nur um so mehr im stillen wirken, weil ihm eben in dieser Stellung niemand an den Leib kann. Die Idee, daß er in Erfurt bleiben soll, ist auch so abenteuerlich, daß weiter nicht davon zu reden ist, und ein zu klägliches Auskunftsmittel. Nun, in den nächsten Tagen werden wir wohl mehr erfahren, viel schlimmeres kann es nicht füglich sein. —

Nachschrift

Den 1. September, früh 2 Uhr.

Ich habe Budbergs Depeschen gelesen, — der Kaiser gab sie mir selbst. Wäre ich Budberg, und wäre mir am guten Einverständnis der beiden Monarchen gelegen, so würde ich anders schreiben, Manteuffel doch anders schildern. Seine Urteile über Stolberg und Gerlach in dieser Frage scheinen mir auch nicht richtig. Jedenfalls aber zeigen seine Depeschen deutlich, daß ein Premierminister nicht intim mit einem fremden Gesandten sein darf, weil dieser bei aller Freundschaft immer und vor allem der Diener seines Herrn bleibt. Nach des Kaisers Ansicht kann Manteuffel nicht bleiben — ich suchte ihn vergebens vom Gegenteil zu überführen. — Gestern war der entscheidende Tag! Bleibt M. Minister, so kann auch R. in Berlin wohnen, denn sein Verbleiben in Erfurt will mir zu tragikomisch erscheinen. Leb wohl — Gott wird weiterhelfen.

Wie immer!

*

Welche Tragweite auch Edwin v. Manteuffel der Wiederanstellung des Generals v. Radowitz im aktiven Dienst beimaß, erhellt aus dem nachfolgenden,

---

[1]) Preußischer Minister des Innern.
[2]) Preußischer Kultusminister.

Digitized by Google

am 14. September an seinen Vetter, den Minister Otto v. Manteuffel, gerichteten Briefe.[1])

Lieber Otto! Als Radowitz wieder angestellt worden war, hast Du mit mir über die Bedeutung dieses Ereignisses gesprochen. Als Du von Putbus zurückkamst, hast Du mir Deine Unterredung mit dem Könige erzählt. Seitdem hast Du mir nicht wieder über die Sache gesprochen, und was ich über den Stand der Angelegenheit weiß, habe ich nur durch Erzählungen von Bekannten, die wieder Dich oder Freunde oder Gegner von Dir gesprochen hatten, erfahren. Wie Du daher gegenwärtig zu der Sache stehst, weiß ich nicht bestimmt — ich habe mir nur aus den obigen Notaten meine Ansicht bilden können, und möglich ist es, daß diese mit der Deinen zusammentrifft, und daß ich meinen ganzen Brief vollständig umsonst schreibe; dennoch schreibe ich ihn.

Ueber die politische Bedeutung v. Radowitzens Wiederanstellung spreche ich nicht — Du weißt ihr Gewicht richtiger zu erkennen, als ich es Dir aussprechen könnte. Nur die rein persönliche Seite, welche die Sache hat, möchte ich hervorheben.

Hertha[2]) behauptet immer, Du hättest etwas von einem klassischen Charakter und stelltest die Res publica hoch über Dich. Die möglichen Folgen dieses Charakterzuges machen mich zittern; Du kannst in dem Selbstvergessen zu weit gehen! Radowitz ist Dein Gegner geworden; vergegenwärtige Dir alle Kämpfe, welche Du nach dem Tode des Grafen Brandenburg hast durchkämpfen müssen: Sein Fortgehen nach Potsdam, seine Nichternennung zum Generaladjutanten usw. — alle diese Verwicklungen und Entwicklungen nahmen in den Augen des Königs und in denen der Welt einen rein persönlichen Charakter zwischen Dir und Radowitz an. Du bliebst der Sieger, und Radowitz wurde entfernt! Hat sich in den Verhältnissen zwischen Dir und ihm etwas geändert? Nichts. Und doch stellt der König jetzt Radowitz wieder an und tut es, ohne Dir ein Wort davon zu sagen; er unterschreibt die Order an dem Tage, an welchem Du vom Lande hereingekommen bist, um Vortrag zu halten, und sagt Dir auch nach der Unterschrift nichts. Alle diese Data sind bekannt, und man sieht darin eine Nichtachtung des Königs gegen Dich und sieht darin, daß Du die Stellung des Premierministers gegen den König nicht aufrechterhalten kannst. — Dein Kollege, ein unter Deinem Präsidium arbeitender Minister, kontrasigniert die Order und hält die Sache vor Dir geheim und teilt sie Dir erst 14 Tage darauf unter dem Vorwande, daß es sich um eine rein militärische Maßregel gehandelt habe, mit — und Du erwiderst ihm nichts Bestimmtes darauf und gehst ruhig über die Sache hin. Man sieht darin, daß Du dem Kriegsminister gegenüber nicht persönlichen Charakter gezeigt und die Stellung des Premierministers nicht aufrechterhalten hast. — Du sprichst dann mit dem russischen Gesandten und sagst

[1]) Vgl. „Denkwürdigkeiten des Ministers Otto v. Manteuffel", Bd. II S. 248.
[2]) Gemahlin Edwins v. Manteuffel, geborene v. Witzleben.

Digitized by Google

ihm, Du würdest Deinen Abschied nehmen, und er könne das nach Petersburg schreiben; Du kommst aus Putbus zurück und teilst ihm das Resultat Deiner Unterredung mit dem Könige mit und sagst ihm dann, daß Du bei der Rückkehr des Königs auf die Sache zurückkommen würdest. Mir schreibt man aus Petersburg unter dem 30. August: „Nach Budbergs Depeschen, die der Kaiser gezeigt und in denen Manteuffels Worte angeführt werden, muß morgen die Entscheidung sein, ob er geht oder ob der König nachgibt." Man sieht darin Ratlosigkeit und eine ungewöhnliche Vertraulichkeit mit dem russischen Gesandten. Fürst Schwarzenberg hatte zehn Punkte notiert, bei denen Du von ursprünglichen Zusagen zurückgekommen wärst, und hatte diese Punkte an Meyendorf mitgeteilt. Kommt jetzt die Radowitzsche Sache und der Widerspruch Deines Handelns mit Deinen Aeußerungen an Budberg hinzu, so wird man in den auswärtigen Kabinetten Ratlosigkeit und Unzuverlässigkeit darin sehen.

Alle diese Details, die verbreiteter sind, als Du es vielleicht glaubst, führen zu einem Urteile, das Deinem Charakter und Deiner Persönlichkeit nachteilig ist und das, einmal festgestellt, nicht vergeht wie vieles andre in der Welt, sondern weiterfrißt und untergräbt. Von allen Personen, die Dir geraten haben, im Amte zu bleiben, ist keine, die sich in Deinen Standpunkt ganz hineindenkt und fühlt und von ihm aus Deine Stellung beurteilt. Sie sind entweder in Deine Existenz verwoben oder verfolgen Parteizwecke. Was ist die Folge, wenn Manteuffel geht? ist die erste Frage, die sie sich hinstellen, und dieses: Was ist die Folge, was wird daraus? ist der Grund zu ihrem Wunsche, Dich im Amte zu erhalten; sie vergessen gänzlich, daß ein Mann, der das öffentliche Vertrauen zu seinem Charakter verliert, nichts wahrhaft Großes leisten kann.

Nun weiß ich sehr wohl, daß Du alles dies fühlst wie ich, und wenn ich mir Dein Schwanken und nicht bestimmtes Auftreten in der Sache zu erklären suche, so sehe ich den Grund eben in Herthas Ausspruch über Dich. Du weißt nicht, wem Du das Heft übergeben sollst, Du siehst Verwirrung nach allen Seiten; man berichtet Dir aus Wien, daß man auf Deinen Rücktritt warte, um den Krieg zu beginnen; man sagt Dir, daß die Koalition nicht mehr zusammenhalten, sondern Hannover auch noch abfallen würde, wenn Du nicht mehr Minister wärst usw. Alles dies mag wahr sein, aber bist Du nach der Erschütterung des Vertrauens zu Deinem Charakter in drei Monaten noch der Mann, der Du heute bist? Wirst Du das alles hindern können unter solchen Verhältnissen?

Der vorliegende Fall ist rein persönlicher Natur — es geht um Deine Ehre; es ist einer von den Fällen, wo die menschliche Klugheit nicht ausreicht, wo man sich verliert, wenn man sie allein entscheiden lassen will. Du hast hier keine Verantwortlichkeit zu tragen; die Handlung des Königs hat die Deinige zur notwendigen Folge; was daraus entsteht, das liegt in Gottes Hand. Und dann, dienst Du dem Könige wirklich durch Dein Bleiben? Du kannst es ja nur rechtfertigen auf Kosten seiner Person; indem Du Dich für ihn opfern willst, vernichtest Du ihn, denn Du erklärst ihn öffentlich für regierungsunfähig.

Digitized by Google

weil, wenn das nicht, Du Dir solche Behandlung nicht würdest gefallen lassen. Du hast meinem seligen Vater einmal zu seinem Geburtstage ein Wort aus Wallenstein geschrieben, das ihn sehr erfreut hat und das Du wahr gemacht hast; ich möchte Dir heute auch ein Wort des Max zurufen, es heißt: „O falle, falle würdig, wie du standest!"

Ich bin nun weit davon entfernt, darauf zu rechnen, daß, wenn Du heute den Abschied nimmst, Du in sechs Monaten oder in Jahr und Tag wieder als Minister berufen werden würdest. Wie sich das alles gestalten wird, kann kein Mensch wissen — das aber ist gewiß, daß unser König und unser Vaterland noch ernsten Krisen entgegengehen, daß Du diese durch Dein jetziges Verbleiben im Amte vielleicht für den Augenblick aufschieben, nie aber verhindern und abwenden wirst, daß Du aber, wenn Du Dir die Integrität Deines Charakters bewahrt hast, in den Krisen selbst nochmals als Retter auftreten kannst, was Du für immer unmöglich machst, wenn Du Dich jetzt vernichten läßt. Denke ich mich so ganz in Deine Lage, so würde ich folgendes Verfahren einschlagen, und ich glaube fast, daß Deine eignen Entschlüsse damit übereinstimmen. Ich würde das Thema Radowitz vorläufig gar nicht berühren und niemand darüber Rede stehen; ich würde aber die Zollvereinsfrage sehr energisch betreiben und sie in schnellster Zeit zum Austrage bringen. Wäre die Entscheidung hier eingetreten, so würde ich an den König schreiben: „Ew. M. habe ich bereits in Putbus und bei mehreren späteren Gelegenheiten meine Ansicht über die Wiederanstellung des Radowitz ausgesprochen, und je mehr ich die Sache durchdacht habe, je fester hat sich in mir die Ueberzeugung festgestellt, daß ich Ew. M. unter diesen Verhältnissen nicht mit Erfolg dienen kann. Die Verhandlungen über die Zollfrage machten es mir jedoch zur Pflicht, für den Augenblick nicht auf meiner Entlassung zu bestehen; mein Rücktritt hätte störend in dieselben eingreifen müssen. Jetzt sind sie geschlossen, und jetzt kann ich den Schritt tun, den mein Gewissen mir zur Pflicht macht. Ich bitte Ew. M., mir den Abschied zu geben, und danke Ew. M."

Die Zollfrage muß bis zum 1. Oktober entschieden sein, und erst von diesem Datum an ist Radowitz wirklich im Dienste; Du bleibst durch Festhaltung dieses Termins in Uebereinstimmung mit Dir selbst. Von diesem Gesuche ließe ich mich dann durch kein Zureden, durch keine Phrasen und Versprechungen abbringen; nur die Entlassung des Generals v. Radowitz und des Ministers, der hinter meinem Rücken gehandelt hatte, könnte mich vielleicht bewegen, über die Rücknahme desselben nachzudenken.

Sei nicht bös, wenn ich Dir so ausführlich geschrieben habe, aber ich bin wirklich angegriffen und matt, und da wird mir das kürzere Fassen dessen, was ich sagen will, schwer. Ich hätte Dir noch viel, viel über die ganze Sache, über die Stellung der Parteien, der Umgebungen beim Könige, über die wahrscheinlichen Folgen für Dich und ich weiß nicht was alles zu schreiben, aber Du weißt das zuletzt besser als ich; nur diesen einen Punkt mußte ich berühren; Du kannst Dich über das Ziel, das Du im Auge hast, vergessen, und zur Er-

Digitized by Google

reichung desselben gehört es doch, daß Du Du bleibst; Du stehst außerdem seit Jahren schon so hoch, daß alle Leute Dir entweder gar nicht mehr oder doch nur in großen Umhüllungen die Wahrheit sagen. Tue Du nun, was Du für recht hältst, und dann wird es recht sein, und weiß ich Dich in der Sache mit Dir selbst ganz einig, so will ich auch Vertrauen zu Deinem Entschlusse haben und Gott bitten, daß er ihn segne für Dich, für den König und das Land.

Dein Edwin.

(Fortsetzung folgt)

Die Wahrheit über die deutschen und die französischen Geschütze im Balkankriege

Von

Generalleutnant z. D. H. Rohne

Kaum waren die ersten Nachrichten über die türkischen Niederlagen eingetroffen, als auch französische Zeitungen ihre Leser schon über die Ursachen der beispiellosen Katastrophe aufzuklären vermochten: „Französische Instrukteure und Waffen hatten einen glänzenden Sieg über die deutschen errungen." Je länger, desto lauter wurde dieser Erfolg französischer Intelligenz und Industrie verkündet, obschon noch nicht die geringste Nachricht vorlag, auf die sich dieses Urteil stützen konnte. Oberflächliche Beobachter sind schnell mit dem Urteil fertig und finden leicht Gläubige, namentlich wenn sie der nationalen Eitelkeit schmeicheln; der gewissenhafte Kritiker hält mit seinem Urteil zurück, bis er unwiderlegliche Gründe dafür beibringen kann. Die Verbreitung so unbegründeter Behauptungen birgt aber bei dem leicht erregbaren Temperament unsrer Nachbarn eine große Gefahr; denn in dem Augenblicke, in dem das ganze Volk überzeugt ist, daß seine Offiziere und Waffen den deutschen überlegen sind, ist es mit dem europäischen Frieden vorbei. Es ist deshalb nicht unwichtig, durch einwandfreie Untersuchung festzustellen, wie die Dinge in Wahrheit liegen.

Daß es oft schwer ist, den wahren Grund eines Mißerfolges zu erkennen, dafür bietet unsre eigne Geschichte ein klassisches Beispiel. Im Kriege 1866 errang die preußische Armee einen glänzenden Sieg über die etwa gleichstarke österreichische Armee; die preußische Artillerie aber erlebte ein glänzendes, alle Welt überraschendes Fiasko. Mit wenigen Ausnahmen hatte sie nichts zu dem großen Erfolge beigetragen. Wer die damalige Zeit miterlebt hat, wird sich der lebhaften Meinungskämpfe über die Ursachen dieser Tatsache erinnern; die Jüngeren können es in den zahllosen darüber geschriebenen Broschüren nachlesen. Meist wurde die Ursache in den für schlecht und kriegsunbrauchbar erklärten Hinterladungsgeschützen gesucht und Rückkehr zu glatten oder wenigstens von vorn zu ladenden Geschützen gefordert. Noch im Jahre 1868 wurde der

Digitized by Google

an der Spitze der preußischen Artillerie stehende General v. Hindersin von höheren Offizieren mit Vorschlägen dieser Art bestürmt. Glücklicherweise hatte dieser Mann mit dem klaren Kopfe und der unbeugsamen Energie den Grund des Mißerfolgs richtig in der mangelhaften Ausbildung und dem geringen Verständnis der Artillerieoffiziere erkannt; er setzte daher die Bewaffnung der gesamten Artillerie mit dem geschmähten Hinterlader und die Einrichtung einer Artillerieschießschule durch, damit die Offiziere und Mannschaften mit der neuen Waffe, die eine sorgfältige Behandlung erforderte, richtig umzugehen lernten. Die Richtigkeit seiner Entscheidung zeigte der Krieg 1870/71, in dem nach dem Ausspruch des gefangenen französischen Kaisers die deutsche Armee ihre Erfolge vornehmlich ihrer unvergleichlichen Artillerie zu danken habe. Daß man im Auslande, namentlich in Frankreich, die Ursachen des Versagens der preußischen Artillerie so völlig verkannte, war für uns ein großes Glück. Hätten die Franzosen die Ueberlegenheit der Hinterladungsgeschütze erkannt, sie hätten sicher ihre Artillerie neu bewaffnet, wie sie denn die Annahme des Chassepotgewehrs sehr energisch betrieben haben. Der Sieg würde alsdann noch größere Opfer an Menschenleben gekostet haben, und ob die Schläge von Wörth und Spichern so rechtzeitig und niederschmetternd erfolgt wären, um Italien und Oesterreich von dem Bündnis mit Frankreich abzuhalten, kann wohl bezweifelt werden.

Als die Japaner in Ostasien über die Russen triumphiert hatten, dachten die Franzosen nicht daran, diesen Erfolg den deutschen Instrukteuren, deren Verdienste die Japaner selbst dankbar hervorhoben, gutzuschreiben. Dagegen behaupteten russische Artillerieoffiziere, ihre Lehrmeister seien die Franzosen gewesen; trotzdem ist in Deutschland niemand so töricht gewesen, aus diesem Grunde etwa die Minderwertigkeit der französischen Artillerie zu folgern. Die Ursache für die geringe Leistung der russischen Artillerie war dieselbe, die den Mißerfolg der preußischen im Jahre 1866 verschuldet hatte: Unbekanntschaft der Offiziere und Mannschaften mit dem neuen, erst unmittelbar vor dem Ausmarsch ausgegebenen Geschütz.

Die wahren Ursachen der Niederlagen liegen sehr selten im toten Material, sondern fast immer in den Menschen. So auch im Balkankriege. Die Verbündeten hatten den festen Willen, ihre Forderungen der Türkei, ja selbst den Großmächten gegenüber durchzusetzen, und sich daher gut auf den Krieg vorbereitet, den sie mit großer Energie führten. Die Türkei dagegen verließ sich auf die Zusicherung der Großmächte, keine Gebietsveränderung dulden zu wollen, und betrieb die Vorbereitungen auf den Krieg höchst lässig, in der bestimmten Erwartung, daß es nicht zum Aeußersten kommen werde. Wie wenig ernst es die Türkei mit der Kriegsvorbereitung genommen hatte, geht daraus hervor, daß kurz vor dem Kriegsausbruch die zum Schutz der kleinasiatischen Küste gegen italienische Landungsversuche aufgestellte starke Armee aufgelöst und die Reserven in die Heimat geschickt wurden. Als dann der Krieg erklärt war, sollten die Versäumnisse nachgeholt werden, wobei alles überstürzt wurde. Dabei muß eine unglaubliche Unordnung geherrscht haben. Nach der „Deutschen Zeitung“ vom

Digitized by Google

12. November wurden Geschütze ohne Verschlüsse nach Adrianopel gesandt; erst nach langem Suchen fand man diese in irgendeinem Depot vor. Der Kriegskorrespondent des „Daily Chronicle" hat nach der Schlacht von Kumanova bei den erbeuteten türkischen Geschützen Kästen mit Manöverpatronen gesehen, die statt scharfer abgesandt waren.

Auch die Ausbildung der türkischen Artillerie ließ sehr zu wünschen übrig. Unter Sultan Abd ul Hamid war eine regelrechte Ausbildung überhaupt unmöglich. Es war ein heilloser Schlendrian eingerissen. Ein in Konstantinopel garnisonierendes Regiment hatte wohl Pferde, aber keine Geschütze. Als solche nach wiederholtem Drängen des deutschen Instruktionsoffiziers an die Truppen ausgegeben waren, machte ein hoher Würdenträger darauf aufmerksam, daß der Palast des Sultans im Schußbereich dieser Geschütze liege, worauf sie wieder abgegeben werden mußten. Wo die Truppen Geschütze hatten, befanden sie sich in trauriger Verfassung; die Verschlüsse waren nicht gangbar, die Exerziergeschosse ohne Zünder, das Geschützzubehör fehlte oder war unbrauchbar. Nach der Entthronung des Sultans besserte sich manches; aber in der kurzen Zeit konnte nicht überall Wandel geschaffen werden, zumal die Truppe wegen der innerpolitischen Verhältnisse nicht zu einer systematischen Ausbildung kam. Schießübungen wurden früher überhaupt nie und in den letzten beiden Jahren nur von den in Konstantinopel garnisonierenden Truppen abgehalten.

Die Verhältnisse der türkischen Armee haben große Aehnlichkeit mit denen der französischen beim Kriegsausbruch 1870. Auch die Franzosen haben nicht an die Möglichkeit eines Krieges gedacht, sondern damit gerechnet, daß Preußen sich durch herausforderndes Auftreten einschüchtern lassen und nachgeben werde. So wurde die Mobilmachung überstürzt, die Truppen in Friedensstärke an die Grenze geschafft; die Augmentationsmannschaften fanden ihre Truppenteile gar nicht oder sehr verspätet. Interessante Einzelheiten hierüber findet man in einer Studie, die der spätere Eisenbahnminister Budde als junger Offizier veröffentlicht hat.[1]) Obschon der Kriegsminister vor der Kammer erklärt hatte, die Armee sei „archiprête", fehlten den Truppen und Grenzfestungen Munition, Proviant, Lazarettbedürfnisse usw. Der praktische Sinn der lebhaften Franzosen ließ sie die Schwierigkeiten überwinden, was den phlegmatischen Türken nicht gelang. — Ja, die Aehnlichkeit geht noch weiter: die französische Artillerie hat vor 1870 ebensowenig wie die türkische wirkliche Schießübungen abgehalten; wenigstens erzählt General Herment in der „Revue d'Artillerie" (August 1912), die Batterien hätten nur gegen Scheiben vor einem Kugelfang geschossen, wobei allein die Richtkanoniere etwas hätten lernen können. Nur zweimal habe man kriegsmäßig geschossen; dabei seien aber Zivilpersonen, die trotz Verbots das abgesperrte Gelände betreten hätten, verletzt und nie sei ein solches Schießen wiederholt worden.

Auch die Verwendung der türkischen Artillerie war sehr mangelhaft. In der

[1]) Die französischen Eisenbahnen im Kriege 1870/71. Berlin 1877.

Digitized by Google

Schlacht bei Kirkilisse sollen mehrere Batterien untätig in Reserve hinter der Front gestanden haben; andre mußten aus Munitionsmangel das Feuer sehr früh einstellen. So verfügten zum Beispiel die sechs Batterien der Division Asiz Pascha am Morgen der Schlacht nur über 150 Schuß für jedes Geschütz. Fünf Batterien hatten schon nach dreiviertelstündigem Feuer keine Munition mehr; die sechste gab etwa alle fünf Minuten einen Schuß ab.

Das alles erklärt zur Genüge, warum die türkische Artillerie nichts geleistet hat, beweist aber nicht das mindeste gegen die Kruppschen Geschütze. In wie skrupelloser Weise Lügen über diese verbreitet wurden, zeigt ein Artikel der „Daily News", wonach ein deutscher Offizier, der der Schlacht bei Lule Burgas beigewohnt hätte, erklärt habe, diese Schlacht sei lediglich durch die französischen Geschütze der Bulgaren gewonnen, deren Geschosse mit größter Sicherheit dicht beieinander eingeschlagen seien. Er sei überzeugt, daß Deutschland ein neues Geschützsystem annehmen müsse, denn die Kruppschen Geschütze hätten weder so schnell noch so sicher schießen können wie die Creusots. In der in Konstantinopel erscheinenden „La Defense Nationale" vom 15. November erklärt Mehmed Zéki diese Depesche rundweg für eine Lüge; kein deutscher Offizier habe der Schlacht von Lule Burgas beigewohnt.

In der folgenden Nummer (1. Dezember) nennt dieselbe Zeitschrift die Behauptung des „Journals de Bruxelles", daß in einem Ministerrat vom 12. November das schlechte Verhalten des von Krupp gelieferten Artilleriematerials — Nichtzerspringen der Schrapnells, Klemmen der Geschützverschlüsse, unregelmäßiges Verhalten der Zünder — zur Sprache gebracht sei, von Anfang bis zu Ende erlogen.

Der osmanische Major v. Hochwächter schreibt in seinem soeben erst erschienenen Kriegstagebuch unter dem 17. November: „Heute wurde das Märchen der ausländischen Presse über die schlechten Kruppkanonen gründlich widerlegt," und unter dem 18.: „Die Schlacht (bei Tschataltscha) wurde gewonnen durch die Ueberlegenheit der osmanischen Artillerie über die bulgarische. Die Kruppschen Geschütze haben sich bewährt; sie sind mit Ruhe und Sicherheit bedient worden, während die bulgarische Artillerie nur geringe Wirkung erzielte."

Ein russischer Offizier hat nach der offiziösen russischen „Rossiga" in einem nach seiner Rückkehr vom Kriegsschauplatz gehaltenen Vortrage erwähnt, daß die Serben mit den in der Schlacht bei Kumanovo eroberten türkischen Geschützen Schießversuche angestellt hätten, wodurch die Legende von der Lieferung schlechter deutscher Geschütze an die Türken endgültig zerstört worden sei. Davon erfahren natürlich die Franzosen nichts.

Selbst französische Zeitungen wenden sich gegen die törichten Behauptungen. Der Korrespondent des „Matin" (10. November) sieht die Ursachen der türkischen Niederlagen in den Fehlern der Organisation. Das Korps von Mahmud Mouhtar Pascha erhielt zwei Tage lang weder Lebensmittel noch Munition. Im „Temps" vom 5. November spricht General de Lacroix sehr anerkennend über die Leistungen der bulgarischen Armee. Die Führung der türkischen Armee

Digitized by Google

habe es jener aber sehr leicht gemacht, denn sie sei völlig unfähig zu einem strategischen Entschluß gewesen, habe sich von vornherein auf die Abwehr beschränkt und sich das Gesetz vom Gegner vorschreiben lassen. In einer späteren Nummer (22. November) meldet der Korrespondent aus Konstantinopel, es scheine, daß in den letzten Gefechten die türkische Artillerie besser geschossen habe als die bulgarische. — Am deutlichsten aber spricht sich ein Oberst D... im „Soir" vom 17. November aus. Die Beschuldigung, Krupp habe den Türken schlechte Geschütze geliefert, weist er sehr bestimmt zurück. Er freut sich über die der französischen Industrie günstige Meinung, fügt aber doch hinzu: „Der gesunde Menschenverstand muß aber doch zu seinem Rechte kommen. In diesem Treiben, aus dem Creusot seinen Vorteil zieht, gibt es viel Schwindel, den man auf das rechte Maß zurückführen muß. Es ist doch geradezu unsinnig zu glauben, die Deutschen hätten den ihnen befreundeten Türken eine unbrauchbare Artillerie liefern wollen. So etwas ist heute geradezu unmöglich. Die Geschütze sind doch durch Sachverständige den modernen Anforderungen entsprechend beurteilt und auf Grund genauer Untersuchung abgenommen. Das Gegenteil zu behaupten ist geradezu kindisch. Jeder, der Gelegenheit hatte, die Geschütze zu prüfen, weiß, daß sie den gegnerischen durchaus ebenbürtig waren. In Wahrheit liegt die Sache so: alle Welt weiß, daß die moderne Artillerie ein sehr sorgfältige Bedienung verlangt. Eine aus verdeckter Stellung feuernde Batterie gleicht einer komplizierten Maschine, die in allen ihren Organen durch einen Mann, den Kapitän, gehandhabt wird, der das Ziel angibt und das Feuer leitet. Als das neue Geschütz bei uns eingeführt wurde, brauchten unsre Offiziere mehrere Jahre, um sich mit dem neuen Schießverfahren vertraut zu machen. Lange Zeit besaß unsre Armee eine große Ueberlegenheit über die deutsche, weil sie als die erste allein Erfahrung mit dem neuen Material hatte. Diese Krise war den sich gegenüberstehenden Armeen wohlbekannt; aber während die Verbündeten unermüdlich arbeiteten, die Schießübungen vermehrten, haben die Türken in ihrer Trägheit nicht gelernt, die deutschen Geschütze zu bedienen."

Daß französische Blätter die Ueberlegenheit der französischen Geschütze glauben und stets hervorheben, ist schließlich begreiflich; sie kennen die deutschen Geschütze nicht, und wenn sie sie kennten, würden sie sich doch nicht anders aussprechen. Deshalb ist das Urteil der Presse unbeteiligter Staaten von besonderem Interesse. Eine große Zahl von Aeußerungen belgischer und holländischer Zeitungen liegt über diese Sache vor. Es scheint, als ob dort umfangreichere Aufträge auf Artilleriematerial in Aussicht stehen und daß deshalb hier ein besonderes Interesse vorlag, die deutschen Geschütze auf Kosten der französischen herabzusetzen.

Der Pariser Korrespondent des „Etoile belge" vom 6. November nennt die nach den serbischen und bulgarischen Siegen für die Creusotschen Geschütze erschienenen Artikel eine marktschreierische Reklame. Dasselbe Blatt führt die Ansichten zweier französischer Generale an, die die Creusotsche Reklame zurückweisen. General Pedoya sagt, wenn auch das französische Geschütz besser sei

Digitized by Google

als das deutsche, so sei doch der Unterschied zwischen den von beiden Armeen gebrauchten Geschützen nicht größer als der zwischen dem Mannlicher- und Mausergewehr und reiche keinesfalls aus zur Erklärung der raschen und entscheidenden Erfolge. General Percin, der bedeutendste französische Artillerist, glaubt nicht, daß die französischen Geschütze den Kruppschen überlegen seien, wohl aber sei das französische Schießverfahren besser. Dies ist aber bei den Kruppschen Geschützen ebenso gut anwendbar wie bei den französischen. Ganz ähnlich hat sich General Percin auch einem Interviewer des in Lille erscheinenden „Echo du Nord" vom 16. November gegenüber ausgesprochen: „Wenn die türkischen Geschütze französischen Musters gewesen wären, so wären sie ebenso von den Bulgaren erobert."

In dem Haager Blatt „De nieuwe Courant" vom 12. November schreibt ein niederländischer Offizier: „Aus den geringen Leistungen der türkischen Artillerie einen Vorzug des französischen Geschützes folgern zu wollen, ist mindestens voreilig und sehr unüberlegt, da man so zwei Geschützarten unter ganz verschiedenen Bedingungen miteinander vergleicht. Außerdem sucht man aus den noch gar nicht beglaubigten Tatsachen Beweismaterial gegen die Firma Krupp herzuleiten, die sich ihrerseits auf dergleichen nie eingelassen hat. Es sei hiergegen nachdrücklich Widerspruch erhoben."

In ähnlicher Weise sprechen sich dänische und schwedische Zeitungen aus; sie heben hervor, daß man dort mit den von Krupp gelieferten Geschützen außerordentlich zufrieden sei.

Besondere Bedeutung hat das Urteil eines italienischen Offiziers, der die Kruppschen Geschütze und ihr Verhalten in Tripolis kennen gelernt hat, weil seine Batterie mit solchen Geschützen ausgerüstet war. General Manzoli erzählt in der in Rom erscheinenden Zeitung „L'Esercito italiana", daß ihm ein aus Tripolis zurückgekehrter Artillerieoffizier mitgeteilt habe, das Kruppsche Feldgeschütz M/06 habe sich vorzüglich verhalten. Bei mehr als 3000 von seiner Batterie verfeuerten Schüssen seien kaum zehn Versager vorgekommen.[1]) Alle Teile des Geschützes arbeiteten tadellos; die Bremsen brauchten nie reguliert zu werden. Rück- und Vorlauf war selbst beim Schießen unter großen Erhöhungen gleichmäßig gut. Trotz sehr schlechter Bespannung genügte die Fahrbarkeit; die Batterie vermochte die Infanterie stets rechtzeitig zu unterstützen und zu begleiten.

Treten wir nunmehr den den Kruppschen Geschützen gemachten Vorwürfen etwas näher! Man hat ihnen vorgeworfen, sie seien zu schwer; wie steht es in Wahrheit damit? Nach einem Artikel der „Revue d'Artillerie" (Oktober 1912) — einer gewiß unverdächtigen Quelle — wiegen die Kruppschen Geschütze in der Feuerstellung 1000, die der Verbündeten 1030 oder 1040 Kilogramm; das marschfähige türkische Geschütz 1850, die der Verbündeten 1740 Kilogramm. Das hat aber mit der Konstruktion des Geschützes als Waffe nichts zu tun,

[1]) Diese Versager wurden übrigens von Zündschrauben im Boden der Metallpatronen verursacht, die aus italienischen Fabriken stammten. Der Verfasser.

Digitized by Google

sondern erklärt sich daraus, daß das türkische Geschütz 44, die andern nur 38 Patronen aufnehmen. Außerdem ist wahrscheinlich das Gewicht des auf dem türkischen Geschütz fortgeschafften Futters höher. Erklärt man das Kruppsche Geschütz für zu schwer, so gilt das in viel höherem Maße für das eingeführte französische Geschütz, das in der Feuerstellung 1140, aufgeprotzt, wahrscheinlich ohne Futter, 1840 Kilogramm wiegt. Hier befinden sich aber nur 24 Patronen in der Protze.

Es ist sattsam bekannt und kann nicht bestritten werden, daß in den Balkanstaaten das Entscheidende bei Lieferungsaufträgen von Waffen nicht deren Güte war, sondern daß dabei finanzielle und politische Rücksichten maßgebend gewesen sind.

Bulgarien hat seine Geschütze von Creusot bezogen, nachdem eine Kommission von Artillerieoffizieren die Fabriken in Essen und Creusot besucht hatte. Vergleichsversuche haben nicht stattgefunden. Entscheidend für die Höhe des Auftrages war der Anteil, den Frankreich und Deutschland bei der Unterbringung einer Anleihe hatten. Die von den französischen Bankiers gezeichnete Summe überstieg die von den deutschen; darum erhielt die französische Firma auch einen entsprechend größeren Teil der Bestellung, nämlich die Feldkanonen, während Krupp sich mit der Lieferung der Gebirgskanonen begnügen mußte. Es fiel ihm aber auch die Lieferung des weitaus größten Teils der Munition der Feldkanonen zu.

Wenn auch die bulgarischen Kanonen in Frankreich hergestellt sind, so weicht ihre Einrichtung doch mehrfach von der der Schneiderschen Geschütze ab. Kennzeichnend für diese ist, daß hier das Rohr nach dem Rücklauf durch Luftdruck in die Schießstellung vorgebracht wird, während Krupp hierfür Schraubenfedern verwendet. Es spricht nicht gerade für einen glänzenden Ausfall der Schießversuche in Creusot, daß bei der Geschützbestellung ausdrücklich der Ersatz des Luftvorholers durch einen Federvorholer ausbedungen wurde. Auch die Visiereinrichtungen haben wahrscheinlich zu Ausstellungen Anlaß gegeben, da die „unabhängige Visierlinie", die die Geschützbedienung sehr vereinfacht und die Feuergeschwindigkeit erhöht, nicht angenommen ist. Neuerdings sollen die Bulgaren beabsichtigen, ihre Geschütze mit einem solchen zu versehen.

Für die Wirkung eines Geschützes ist die Munition von ausschlaggebender Bedeutung; mehrere Kriegsberichterstatter haben die große Gleichmäßigkeit der Sprengpunktslage bei den bulgarischen Schrapnellen besonders hervorgehoben; diese ist aber abhängig von dem Verhalten der Zünder, die ausschließlich Kruppschen Musters sind. Auch das Pulver ist deutschen Ursprungs und stammt aus den Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken.

Das Verhalten der von Schneider gelieferten Geschütze und Munition hat schon im Frieden zu vielen Klagen Anlaß gegeben. Die „Allgemeine Armee-Korrespondenz" schrieb unter dem 17. Dezember 1908 aus Bulgarien, daß bei den Schießübungen die vor einigen Jahren beschafften Schneideritgranaten nicht richtig explodiert seien, daß die Schrapnellzünder unregelmäßig brannten,

Digitized by Google

so daß vorzeitiges Springen eintrat; bei vielen Schrapnells blieb ein Teil der Füllkugeln in der Geschoßhülse stecken.

Die „Jahrbücher für Armee und Marine" berichteten im Januar 1909, daß die französische Fabrik den vorgeschriebenen Lieferungstermin nicht innegehalten, sondern die Aufträge mit erheblicher Verspätung erfüllt habe. Zur Untersuchung der vorerwähnten Mängel sei eine besondere Kommission eingesetzt. Zwei Monate später wird an derselben Stelle über Mängel des Artilleriematerials berichtet, die die bulgarische Zeitung „Den" von maßgebender Seite erfahren haben will. Nach nur zwei- bis dreijährigem Gebrauche der Geschütze seien die Verschlüsse und die Aufsätze derartig abgenutzt, daß sie schlottern; Protzhaken und -ösen verbiegen sich häufig oder brechen sogar; Beschädigungen von Achsen und Rädern seien sehr häufig.

Nach der bulgarischen „Wetscherna Poschta" vom 7./20. und 12./25. November 1909 wurde mit drei von Schneider neu gelieferten Gebirgsbatterien ein Schießversuch abgehalten, wobei jedes Geschütz 100 Schüsse abgeben sollte. Schon nach 30 bis 40 Schüssen waren sämtliche Lafetten verbogen, so daß die Fabrik sich verpflichtet fühlte, neue Lafetten zu liefern.

Serbien hat im Jahre 1905 sehr gründliche und rationell angelegte Versuche auf den Schießplätzen von Ehrhardt, Krupp, Schneider und Skoda ausführen lassen. Obschon die Versuchskommission sich mit Stimmeneinheit für die Kruppschen Geschütze ausgesprochen hatte, gab eine in Frankreich aufgenommene Anleihe den Ausschlag, und Serbien bestellte seine Geschütze bei Schneider. Welche Erfahrungen es damit gemacht hat, darüber berichtet die in Wien erscheinende „Danzers Armee-Zeitung" unter dem 11. Mai 1911 sehr eingehend auf Grund amtlichen serbischen Materials: „Serbien hat mit seinem französischen Artilleriematerial böse Erfahrungen gemacht ... Zwei Umstände haben mitgewirkt, die artilleristische Neubewaffnung des serbischen Heeres sich unter sehr ungünstigen Verhältnissen vollziehen zu lassen: die malpropere Arbeit der französischen Kanonenfabrik und die Unerfahrenheit der Königlich Serbischen Materialübernahmekommission." Mit den neuen Geschützen waren auch 600 Schrapnells für jedes Geschütz bestellt. Noch während der Fertigung dieser Geschosse schlug die Fabrik eine Aenderung des festgesetzten Typs vor, womit der Präses der serbischen Abnahmekommission, ein Oberst, sich einverstanden erklärte, ohne auf weiteren Versuchen zu bestehen. Es sollte nämlich der Geschoßkopf durch ein stärkeres Schraubengewinde mit der Hülse verbunden und durch zwei Schrauben daran befestigt werden. Der Oberst glaubte, der einzige Nachteil dieser Aenderung bestehe in einer Verminderung der Zahl der Füllkugeln oder in der Erhöhung des Geschoßgewichts. Eigenmächtig hatte dann die Fabrik die Hülse des Geschosses um 0,1 Millimeter abgedreht. Sie garantierte für die Unschädlichkeit dieser Maßnahme und bot 30 Schrapnells zu einem Schießversuche an. Ohne die übrigen Kommissionsmitglieder hiervon zu benachrichtigen, genehmigte der Präses die Vorschläge der Fabrik ohne Vornahme von Versuchen. Als später auf Befehl des Kriegsministers Versuche angestellt wurden, ergaben

Digitized by Google

sich verschiedene Mängel, die von den Kommissionsmitgliedern übersehen wurden, da sie den Zweck der Versuche nicht kannten. Auf Grund unrichtiger Berichte genehmigte dann das Ministerium die vorgeschlagenen Aenderungen. Bei der Geschoßabnahme kamen grobe Unregelmäßigkeiten vor. Eine wegen großer Mängel zurückgestellte Serie von Geschossen wurde der Kommission mit Wissen des Präses noch einmal zur endgültigen Abnahme vorgestellt. Die Anzeige eines Kommissionsmitgliedes veranlaßte den Kriegsminister, neue Schießversuche anstellen zu lassen, bei denen nur drei Viertel der Schrapnellhülsen ganz blieben, so daß die ganze Serie zurückgewiesen werden mußte. Einige Monate später wurden abermals zwei Serien beanstandet, und als zur Nachprüfung 80 Schuß abgegeben werden sollten, stellte die Kommission fest, daß die vorgestellten Geschosse nicht den beanstandeten Serien entnommen waren. „Zur Rede gestellt, gab der Vertreter der Fabrik eine impertinente Antwort." Politische Umstände nötigten den Kriegsminister trotzdem, die den Bedingungen nicht entsprechende Munition abzunehmen; er schrieb aber für den Rest der Lieferung das ursprüngliche Muster wieder vor.

Im Laufe des Jahres 1909 berichteten die Truppen übereinstimmend, daß bei etwa 30 bis 50 Prozent der abgegebenen Schüsse die Schrapnellhülsen zersprangen; bei etwa 20 Prozent zersprangen auch die Bodenkammern, wodurch die Geschosse ganz wirkungslos blieben. Bei der Artillerieschießschule zersprangen sogar bei 58 Prozent der verfeuerten Schrapnells die Hülsen. Die Berichte stellten auch mangelhaftes Verhalten der Zünder fest; die Schrapnells sprangen sehr unregelmäßig, bisweilen dicht vor der Mündung, bisweilen gar nicht. Auch Ladestörungen kamen vor; beim Entladen eines Schusses wurde wiederholt nur die Patronenhülse herausgezogen, dagegen blieb das Geschoß im Rohre stecken.

Einstimmig wurde gemeldet, daß die Wirkung der geänderten Schrapnells geringer sei als die des ursprünglich vorgeschriebenen Musters. Die bereits abgelieferte Munition ist im Arsenal zu Kragujeva umgeändert, die beiden Schrauben zum Festhalten des Geschoßkopfes mußten wieder entfernt werden. Es ist aber zweifelhaft, ob die festgestellten Mängel dadurch ganz behoben werden konnten.

Der „Vossischen Zeitung" wurde unter dem 13. Januar 1909 aus Belgrad geschrieben, im „Großen militärischen Rate" sei festgestellt, daß mehrere von Creusot gelieferten Geschütze durch Rohrzerspringer unbrauchbar geworden seien. Wenngleich diese Vorfälle zum Teil auf Fehler der Bedienung zurückzuführen seien, so bestehe doch kein Zweifel, daß die von Schneider gelieferten Geschosse an einem Konstruktionsfehler litten, da mehr als 50 Prozent unmittelbar vor der Mündung sprangen. Gegen den früheren Kriegsminister und den bereits zur Disposition gestellten Präses der Abnahmekommission wurden lebhafte Anklagen wegen des Ankaufs der mangelhaften Geschosse erhoben. Es wurde auf das Gutachten des serbischen Militärattachés in Sofia hingewiesen, der, gestützt auf bulgarische Erfahrungen, dringend von dem Ankauf französischer Munition abriet und die Auftragserteilung an Krupp empfahl. Heute sei die serbische Armee infolge der Unzulänglich-

Digitized by Google

keit der Artilleriewaffe unfähig, einem Gegner in offenem Felde die Stirn zu bieten.

Demselben Blatt wurde unterm 18. Mai 1909 aus Belgrad gemeldet, eine besondere Untersuchungskommission habe am 30. April in Alexinatz an den von Schneider gelieferten Gebirgsgeschützen festgestellt, daß bei einem Geschütz der Verschluß sich nach dem Schuß von selbst öffnete, daß die Visiereinrichtungen und Patronenauswerfer der einen Batterie nicht mit denen der übrigen übereinstimmten. Von 34 gegen eine zementierte Ziegelmauer verfeuerten Sprenggranaten sprangen drei vorzeitig, ebensoviel unvollständig, eine überhaupt nicht, so daß also 20 Prozent aller Geschosse nicht regelrecht wirkten.

Nach der in Belgrad erscheinenden „Srbska Zastawa" vom 25. November hat eine zur Untersuchung von Schrapnellzündern für die von Schneider gelieferten Feldgeschütze eingesetzte Kommission festgestellt, daß die in den Jahren 1907 und 1908 hergestellten Zünder sämtlich, aber auch der größte Teil vom Jahre 1909 mehr oder minder verdorben seien. Der Satzring habe sich infolge von Feuchtigkeit zersetzt, das Pulver desselben habe 14,8 anstatt 10 Prozent Kohle enthalten, worunter die Lagerbeständigkeit gelitten habe. In der Fabrik habe weder bei der Laborierung noch bei der Verpackung die nötige Sorgfalt geherrscht. Die Schrapnellkisten sowie die zur Untersuchung überwiesenen Zünderdosen hätten nicht den Stempel der Abnahmekommission gehabt, seien also wahrscheinlich weder vorschriftsmäßig untersucht noch abgenommen.

Unter dem 29. Januar 1912 bringt die „Kölnische Zeitung" ein Telegramm aus Belgrad, wonach der Kriegsminister auf eine Interpellation erklärt habe, ein Drittel der im Jahre 1907 beschafften Schrapnells sei durch Feuchtigkeit verdorben, durch Ersatz der Zündermasse indes wieder gebrauchsfähig gemacht worden.

Griechenland ist der einzige Staat, in dem Vergleichsversuche stattgefunden haben. Sie wurden im Jahre 1907 unter Beteiligung von Armstrong, Ehrhardt, Krupp und Schneider ausgeführt. Nach den hierüber in den „Artilleristischen Monatsheften" veröffentlichten Berichten, deren tatsächlicher Inhalt von keiner Seite bestritten ist, erwiesen sich die Geschütze Schneiders als zu schwach bei den Fahrversuchen, und die Treffgenauigkeit ließ viel zu wünschen übrig. Da sich bei der Beurteilung der Versuche eine starke Parteilichkeit zugunsten Schneiders bemerkbar machte, erkannten die mitbewerbenden Fabriken, daß die Vergebung des Auftrages eine längst beschlossene Sache sei und die Versuche nur zum Schein ausgeführt wurden. Sie zogen daher ihre Geschütze vor Beendigung der Versuche zurück. Armstrong, dessen Geschütz am wenigsten geleistet hatte, ließ sich durch Zusicherung auf Bestellung von Munition bewegen, seinen Schritt rückgängig zu machen, und beteiligte sich auch weiter an den überstürzt zu Ende geführten Versuchen.

Zum Schlusse sei noch eine sehr scharfe Erklärung aufgenommen, die „ein alter Soldat" in der in Mailand erscheinenden „La Sera" veröffentlicht hat. Er sagt, die in französischen Blättern gegen die Firma Krupp unternommene

Digitized by Google

Hetze berühre Italien sehr, da seine Feldgeschütze teils Kruppschen Ursprungs seien, teils französischen — aber nicht Schneiderschen, sondern Deportschen[1]) — Musters sein werden. Auch die Schneiderschen Geschütze sind in Italien erprobt, entsprachen aber nicht den gestellten Anforderungen. Jedes der vier Geschütze der Kruppschen und Schneiderschen Versuchsbatterie sollte 500 Schüsse anstandslos verfeuern. Die Kruppschen Geschütze bestanden die Prüfung ganz einwandfrei; von den Schneiderschen wurden dagegen drei nach 150, 230 bzw. 310 Schüssen unbrauchbar; das vierte verfeuerte zwar die vorgeschriebenen 500 Schüsse, aber gleich darauf leerten sich seine Bremsen; es hätte also auch nicht weiterschießen können.

Die Verantwortung für die Richtigkeit der vorstehend gemachten Mitteilungen muß ich natürlich den von mir genannten Quellen überlassen. Ihre Glaubwürdigkeit ist jedenfalls größer als die im Interesse der französischen Fabrik verbreiteten, von Kollegen des unsterblichen Wippchen verbreiteten Behauptungen, die bestenfalls reine Phantasiegebilde sind. Man darf gespannt sein, ob und was die Schneidersche Fabrik hierzu sagen wird. Ist sie an der gegen die deutsche Fabrik in Szene gesetzten Hetze unbeteiligt, so kann sie wahrlich sagen: Gott schütze mich vor meinen Freunden! Denn ihnen hat sie es zu danken, daß diese längst der Vergessenheit anheimgefallenen Tatsachen wieder ans Licht gezogen worden sind.

Wie skrupellos die Hetze von der französischen Presse betrieben wird, zeigt unter anderm auch ein Bild in der in Paris erscheinenden Zeitschrift „Madame et Monsieur". Die Nummer vom 5. November 1912 enthält die Abbildung eines Feldgeschützes, das mit großer Mühe durch fünf Mann vorgebracht wird und die Unterschrift trägt: „L'artillerie turque. Les canons d'origine allemande n'ont pas répondu à ce qu'en attendaient les Ottomanes." Der Kenner bemerkt sofort, daß das abgebildete Geschütz niemals in Deutschland gefertigt sein kann; denn es hat einen in Frankreich gebräuchlichen Schraubenverschluß und zeigt große Aehnlichkeit mit dem französischen Canon de 75, von dem die Schutzschilde abgenommen sind. Eine köstliche Ironie!

Auf wirklich sachverständige Beurteiler können die gegen die deutschen Geschütze gerichteten Anwürfe keinen Eindruck machen. Wo lediglich die Qualität bei der Bestellung den Ausschlag gibt, sind sie noch immer als Sieger aus dem Wettbewerb hervorgegangen. Wo finanzpolitische Erwägungen bei der Erteilung von Aufträgen mitsprechen, steht die Qualität meist in zweiter Linie, und die Auftraggeber werden oft herbe Enttäuschungen erleben.

Den größten Schaden richtet diese Hetze im eignen Lande an; denn wenn die Franzosen wirklich glauben, daß nicht nur ihre Flugzeuge, sondern auch ihre Geschütze den deutschen überlegen sind, dann sind sie nicht mehr zu halten;

---

[1]) Deport war französischer Artillerieoffizier, von dem in der Hauptsache die Konstruktion des eingeführten französischen Geschützes herrührt. Jetzt ist er im Dienste der Compagnie des Forges de Chatillon et Commentry.

Digitized by Google

denn daß ihre Rasse uns weit überlegen ist, das ist für sie ein nicht zu bezweifelnder Glaubensartikel. Für uns Deutsche liegt aber durchaus kein Grund zur Beunruhigung vor; unsre Geschütze können es ruhig mit den französischen aufnehmen. An eine entscheidende Bedeutung der Flugzeuge im nächsten Kriege glaube ich vorläufig noch nicht, wenn ich auch nicht so weit gehe wie manche Pessimisten, die der Ansicht sind, daß vier Wochen nach der Kriegserklärung kein einziges Flugzeug mehr kriegsbrauchbar ist. Der Erfolg der Nationalflugspende hat erwiesen, daß unser Volk an Opferfreudigkeit wahrlich nicht hinter dem französischen zurücksteht. Trotzdem dieses viel reicher ist, macht der Betrag der Spende, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, in Deutschland zwei- bis dreimal so viel aus als in Frankreich. Deutsche Energie und Intelligenz werden den augenblicklich noch bestehenden Vorsprung Frankreichs sehr bald beseitigen. Geist und Ausdauer der deutschen Soldaten sind noch dieselben wie die ihrer Vorfahren 1870/71 und 1813/15; das haben die Kämpfe in Südwestafrika gezeigt.

Die Bekämpfung von Kriegsepidemien und das Völkerrecht

Von

Geh. Rat Professor Dr. v. Ullmann (München)

Augenblicklich steht die zivilisierte Welt noch unter dem Eindruck des blutigen Kampfes am Balkan, den die bis heute nicht gelöste orientalische Frage neuerlich hervorgerufen hat. Die Versuche der Lösung dieses Problems haben wiederholt zu verheerenden Kriegen geführt; allein die Friedensschlüsse (zu Adrianopel 1829, Paris 1856, Berlin 1878) hatten doch eigentlich immer nur die Bedeutung der Beendigung des betreffenden Krieges, nicht auch zugleich die der Beendigung und definitiven Erledigung des Streites selbst. Abgesehen davon, daß die konkreten Verhältnisse und Zustände, in denen der im Laufe der Jahrhunderte durch die türkische Verwaltung entstandene politische Krankheitsstoff aufgehäuft ist, einer gründlichen und einen definitiven Frieden in den Balkangebieten sichernden Reform nicht zugeführt werden konnten, gestaltete sich die orientalische Frage immer mehr zu einer Quelle von Interessengegensätzen zwischen den Mächten, deren unausbleibliche Folge die konstante Gefahr für den Frieden des ganzen Weltteils bildet. Auch der gegenwärtige Krieg scheint trotz der schweren Opfer, die er den Beteiligten verursacht, und der schweren Nachteile und positiven Schädigungen, denen die Neutralen ausgesetzt sind, nicht zu einer definitiven Lösung des Problems führen zu sollen. Dies zeigt die Komplikation der Motive, durch welche die Balkanstaaten ihre Aktion zu erklären und zu rechtfertigen suchen. Den Ausgangspunkt der Aktion bildete bekanntlich das Ausbleiben der Reformen in den europäischen Gebietsteilen der Türkei, vor

Digitized by Google

allem jener Reformen, zu denen die Türkei durch den Berliner Vertrag verpflichtet war. In den Manifesten der Balkanstaaten, die bei Beginn der Feindseligkeiten in die Oeffentlichkeit traten, wollte der Aktion eine besondere religiöse Weihe gegeben werden, indem der Gedanke in den Vordergrund trat, es handle sich um einen Kampf des Kreuzes gegen den Halbmond. Aber dieses Motiv trat aus naheliegenden Gründen gegenüber politischen Aspirationen, die mit dem Nationalitätenprinzip gedeckt werden, in den Hintergrund. Damit ist aber eine neue Quelle von Schwierigkeiten und Gefahren für eine dauernde Ordnung der Dinge im Südosten Europas gegeben; letzteres insofern, als die Urgierung des Nationalitätenprinzips, das seinem Wesen nach mit der auf historischen Titeln beruhenden Ordnung der bestehenden Machtverhältnisse unvereinbar ist, zur Ursache von inneren und äußeren Konflikten für die österreichisch-ungarische Monarchie werden kann; in ersterer Beziehung zeigt sich schon in dem gegenwärtigen Konflikt die widerspruchsvolle Erscheinung, daß die Sieger die Konsequenzen des von ihnen so stark betonten Nationalitätenprinzips gerade gegenüber jener Nation — den Albanern — nicht anerkennen wollen, die doch in ethnischer und territorialer Beziehung die natürlichen Elemente selbständiger Staatenbildung aufweist. Stellt man sich, wie es die Balkanstaaten tun, auf den Boden des Nationalitätenprinzips, so müßte man erwarten, daß diese Staaten im eignen Interesse die staatliche Selbständigkeit des albanischen Volkes als etwas Selbstverständliches betrachten und bei den Verhandlungen über diese Frage behandeln müßten. Dies ist aber augenscheinlich nicht der Fall; gelingt es den Großmächten, gegenüber Albanien die Konsequenzen des Nationalitätenprinzips durchzusetzen, so bleibt der vielfach ausgesprochene Gedanke, daß die formelle Beendigung des gegenwärtigen Konflikts eine dauernde, den Frieden für die Zukunft sichernde Ordnung der verworrenen politischen Zustände auf dem Balkan bilden möchte, doch ein frommer Wunsch. Die bisherigen Elemente der Beunruhigung und Störung des Weltfriedens werden leider fortwirken, ja, in dem Maße als durch die Verdrängung der Türkei aus Europa die bisherige Hauptquelle der Konflikte teilweise versiegen dürfte, wird anderseits der Herd der Konflikte immer mehr in den Bereich des europäischen Zentrums vorgeschoben. Bisher handelte es sich doch in letzter Reihe darum, der Schwierigkeiten, die der Herrschaft europäischer Zivilisation im nahen Orient seitens der jeder Reform spottenden türkischen Zustände entgegentraten, Herr zu werden; die kurze Geschichte der zeitgenössischen Vorgänge zeigt aber leider, daß neue gefährliche Kräfte an die Bedingungen unsrer so hochentwickelten Kultur greifen wollen. Wer die Bedingungen dieser Kultur und deren Bedeutung für die politische Existenz der europäischen Kulturstaaten erkannt hat, weiß, daß nur durch gewissenhafte und sorgfältige Verhütung jedes schwereren Konflikts unsre Kultur und damit die Existenz unsrer Staaten erhalten werden kann. Unsre Kultur bedeutet so sehr die durchgreifendste Bedingung unsrer politischen Existenz und Selbständigkeit, daß die im Gefolge eines modernen Krieges unvermeidliche Zerstörung aller unsrer Kulturwerte unsre Staaten in den trostlosen Zustand längstvergangener Epochen zurückwerfen müßte.

Digitized by Google

Der Ausblick in die Zukunft ist in politischer Beziehung kein erfreulicher; das in den Haager Konferenzen so lebhaft bekundete Interesse der Mächte an der Einschränkung der Selbsthilfe ist durch die Steigerung der Anlässe zu politischen Konflikten derart gefährdet, daß die in neuester Zeit ebenso lebhaft begrüßte Entwicklung des Völkerrechts in der Richtung seiner Ausgestaltung als Friedensordnung der Staatengemeinschaft neuerlichen Hemmungen, wenn nicht gar einer Unterbrechung ausgesetzt sein dürfte. Der gegenwärtige Krieg lenkt aber unsre Aufmerksamkeit auch auf die Erscheinungen, die als unmittelbare Wirkungen der Kriegführung für die Streitteile und die Neutralen hervorgetreten sind. In diesem Bereich möchte ich auf eine von mir schon vor längerer Zeit behandelte Frage der Ausfüllung einer empfindlichen Lücke des geltenden Völkerrechts zurückkommen. Bekanntlich gesellte sich in dem gegenwärtigen Kriege zu all dem Uebel, das jeder Krieg für die Beteiligten und Neutralen mit sich bringt, noch der unheimliche Gast — die Kriegsepidemien. Der Umstand, daß, wenigstens bis heute, nicht in ähnlicher Weise wie in früheren Kriegen die auf dem Kriegsschauplatz entstandenen Epidemien in nähere und fernere neutrale Gebiete hinübergegriffen haben, würde es nicht rechtfertigen, an der die Weiterbildung des Völkerrechts so nahe berührenden Frage wirksamer Bekämpfung der hygienischen Gefahren der Kriegführung mit Stillschweigen vorüberzugehen. Dazu kommt, daß ich mich gegenüber der Tatsache der Wiederkehr ähnlicher Erscheinungen wie in früheren Kriegen persönlich veranlaßt sehe, dem Gegenstande neuerlich näherzutreten, um die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf jene Erwägungen zu lenken, welche die Ueberzeugung von der Notwendigkeit betreffender rechtlicher und praktischer Einrichtungen zum Zwecke der Verhütung der hier in Frage stehenden Gefahren zn vermitteln geeignet sind. Haben doch meine Vorschläge (in der „Revue de droit international“ XI, S. 527 ff., und in der „Revue générale de droit international public“ IV) zwar den Beifall der wissenschaftlichen Kreise gefunden, aber keinerlei praktische Resultate zur Folge gehabt, obzwar bei der Revision der Genfer Konvention durch die Genfer Konferenz vom Jahre 1906 im Zusammenhange mit der Regelung der rechtlichen Stellung der Gesellschaften des Roten Kreuzes Anlaß vorhanden war, auch den vorliegenden Gegenstand in Erwägung zu ziehen.

Der Ausgangspunkt meiner Erwägungen (in dem ersten der beiden angeführten Artikel) war der folgende: Die Genfer Konvention sorgt für die verwundeten und kranken Krieger, verfolgt daher in bestimmter Richtung ausschließlich die Milderung der direkten verheerenden Wirkungen des Krieges; sie hat dagegen nicht den Zweck, eine der indirekten Folgen, insbesondere die Entstehung und Verbreitung von Epidemien unter der Bevölkerung der Kriegsländer und der neutralen Staaten, zu bekämpfen. Nun hat die Erfahrung gelehrt, daß infolge unzulänglicher und langsamer Desinfektion der Schlachtfelder Epidemien entstehen. Die Ausdehnung der militärischen Operationen über weite Gebiete und Massentötungen, die mit der heutigen Kriegführung notwendig verbunden sind, machen es dem Sanitätspersonal der Kriegführenden, selbst bei vorzüglicher Organisation, unmöglich, die

Digitized by Google

ihnen obliegende Pflicht der Desinfektion in wirksamer Weise zu erfüllen. Das Sanitätspersonal muß den Bewegungen der Armeen folgen, um seine Pflicht direkten Beistands während und nach dem Kampfe zu erfüllen; es kann nicht seine Aufmerksamkeit den mittelbaren und problematischen Folgen des Kampfes in zureichendem Maße widmen, namentlich dann nicht, wenn die Feindseligkeiten den Charakter eines Kampfes um die Existenz angenommen haben. Anderseits folgt aber aus dieser Sachlage keineswegs, daß die Neutralen auch diese schädlichen Folgen des Krieges als ein unvermeidliches Ereignis mit Resignation einfach hinnehmen müßten. Die präventive Tätigkeit des Staates auf dem Gebiete der Sanitätspflege kann doch nicht aus dem Grunde lahmgelegt werden, weil die Gefahr durch den Krieg verursacht ist; der zivilisierte Staat hat vielmehr die Pflicht, solche Gefahren mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Da nun das hier in Frage stehende Interesse an der Bekämpfung von Kriegsepidemien in Wahrheit ein solidarisches Interesse der zivilisierten Staaten bedeutet, so kann auch nicht in Abrede gestellt werden, daß wir es hier mit den Elementen und Voraussetzungen der Schaffung einer internationalen Pflicht zu tun haben. Alle Anstrengungen der Einzelstaaten in der Bekämpfung der Epidemien durch das Mittel der Quarantäne haben nur prekäre Bedeutung; es handelt sich hier vielmehr um eine allgemeine Pflicht der zivilisierten Staaten, deren Inhalt wesentlich in der Bekämpfung des Uebels in seiner Wurzel, nämlich auf dem Kriegsfeld zu suchen ist.

Diese Erwägungen legten mir den Gedanken nahe, daß in gleicher Weise wie auf andern Gebieten der internationalen Verwaltung der Schutz solidarischer Interessen durch Verträge und internationale Institutionen gesichert wird, auch die Bekämpfung der Kriegsepidemien innerhalb des Kriegsfeldes durch eine internationale Einrichtung, nämlich durch neutrale Sanitätskommissionen in Kriegsfällen bewirkt werden soll. Vom rechtlichen Standpunkt erscheint mir eine derartige Einrichtung auf dem Boden des heutigen Völkerrechts um so unbedenklicher, als derzeit auf Grund der revidierten Genfer Konvention vom 6. Juli 1906 die Mitwirkung der Gesellschaften vom Roten Kreuz auf dem Schlachtfelde unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen ist. Die Voraussetzungen der Gewährung des Konventionsschutzes sind nämlich die Unterordnung der betreffenden Vereine und Gesellschaften unter die staatliche Heeresleitung und der Anschluß der freiwilligen Krankenpflege an die staatliche Organisation des militärischen Sanitätspersonals. Tatsächlich war der Konventionsschutz schon bisher den Gesellschaften zugestanden worden. Die Revision der Konvention hat nur den Anlaß gegeben, die bisher tatsächlich anerkannte Stellung der Hilfsvereine in eine rechtlich anerkannte umzuwandeln. Dabei ist es eine überaus erfreuliche Erscheinung, daß die charitativen Bestrebungen und Akte der Nächstenliebe sich nicht auf jene Personen und Vereine beschränken, die sich aus der Mitte der Bevölkerung der kriegführenden Länder für den humanen Dienst zur Verfügung stellen. In den neueren Kriegen haben sich auch die Hilfsvereine der neutralen Staaten in werktätiger Nächstenliebe auf den Schlacht-

Digitized by Google

feldern und in den Hospitälern bleibende Verdienste erworben. Es lag daher nahe, daß sich die Konferenz (Genf 1906) auch mit der rechtlichen Stellung der neutralen Hilfsvereine beschäftigte.

In rechtlicher Beziehung ist auch im Auge zu behalten, daß das Kriegsrecht den Kriegführenden keinen ernsten Einwand gegen den hier in Frage stehenden Anspruch der Neutralen auf wirksame Bekämpfung der Kriegsepidemien zur Verfügung stellt, da doch dieser Anspruch auf einem neuen, durch die Kriegführung verursachten Tatbestand beruht, handelt es sich doch in Fällen verheerenden Umsichgreifens von Kriegsepidemien nicht bloß um jene Uebel, welche als normale und unvermeidliche Wirkungen des Krieges von den Neutralen hingenommen werden müssen. Wenn das Sanitätspersonal der Kriegführenden außerstande ist, das konkurrierende internationale Interesse an der Verhütung der Kriegsepidemien zu befriedigen, so folgt doch daraus nicht, daß die Neutralen nicht den Anspruch erheben dürften, von sich aus durch die dazu geeigneten Mittel eine Katastrophe abzuwenden, die ihnen aus den indirekten Folgen des Krieges droht.

Zweifellos handelt es sich hier aber auch um eine wichtige Frage der Humanität. Wenn die heutige Entwicklung des Kriegsrechts gleichzeitig eine bewußte und ernste Betonung der Forderungen der Humanität bedeutet, so muß der Krieg wegen seiner völkerrechtlichen Legitimität doch nicht als ein lediglich unvermeidlicher Vorgang und irreparabler Schicksalsschlag von den Neutralen hingenommen werden. Darin läge eine völlige Negation der Prinzipien der Humanität und ein greller Gegensatz zu den Ideen, welche das moralische Gemeingut der zivilisierten Völker bilden.

Ohne Zweifel ist das heutige internationale Leben auf eine stete Vermehrung und Erweiterung der internationalen Pflichten der an der internationalen Gemeinschaft beteiligten zivilisierten Staaten gerichtet. Diese Gemeinschaft würde nur sehr unvollkommen ihre geschichtliche Mission erfüllen, wenn sie, einem unfruchtbaren Formalismus folgend, ihre internationale Wirksamkeit auf die formellen Konsequenzen der Einzelsouveränität und des Territorialprinzips beschränken wollte. Wir sehen vielmehr in unsrer Zeit, wie sich die zivilisierten Staaten ohne irgendwelche Einbuße an ihrer Souveränität gerade durch ihre kollektive Betätigung machtvoll auf allen Gebieten des Kulturlebens entwickeln. So scheint mir denn auch hier die rechtliche Voraussetzung für eine kollektive Aktion der Mächte im Dienste des öffentlichen Wohls und der Humanität gegeben. Allerdings müßte ein derartiges Abkommen der Mächte die Kompetenz der neutralen Sanitätskommissionen sorgfältigst abgrenzen und deren rechtliche Stellung gegenüber den Organen der Kriegführenden fixieren, um jede Gefährdung der legitimen Interessen der Kriegführenden zu verhüten, anderseits aber jenen Kommissionen die Erfüllung ihrer schwierigen Aufgabe zu sichern.[1])

[1]) Eine Frage zweiter Ordnung ist die der Tragung der Kosten; hierzu wären die kontrahierenden Staaten nach Maßgabe der Bevölkerungsziffern verpflichtet.

Digitized by Google

Die Verwirklichung der eben besprochenen Einrichtung setzt natürlich den Nachweis ihrer Notwendigkeit voraus. In dieser Richtung beanspruchen folgende Erwägungen Beachtung.

Die unzureichende Desinfektion der Schlachtfelder ist nur eine der Ursachen der Entstehung und Verbreitung von Kriegsepidemien; Ursachen der Entstehung von Epidemien sind schon mit der Gesamtlage einer Armee im Feld, den besonderen Umständen der Massenbewegung durch das Land und des Lagerns im Feld (Biwak), dem Einfluß klimatischer, lokaler und ethnischer Faktoren gegeben. Die erste Sorge der Heeresleitung muß doch sein, die dem Heere innewohnende Stoßkraft bis zur definitiven Erledigung des Konflikts zu erhalten. Die Geschichte der Kriege zeigt aber, daß die in dieser Richtung gehegten Hoffnungen sehr oft getäuscht wurden: große Armeen haben infolge schlechter hygienischer Zustände ihre offensive Kraft und Brauchbarkeit eingebüßt. Die neuere Kriegsgeschichte kennt vornehmlich zwei Fälle, die als Ausnahmen von der Regel gelten können. Der eine Fall betrifft die Armee der Vereinigten Staaten im amerikanischen Sezessionskrieg. Der offizielle Bericht des Kongresses, der von einem ärztlichen Komitee verfaßt wurde, gibt ein Bild von den hygienischen Maßregeln, die ergriffen wurden, und dem Aufwand, der für diese Zwecke gemacht wurde, und liefert gleichzeitig den Beweis, daß die Entstehung und Verbreitung von Kriegsepidemien verhütet werden kann. Epidemien traten nur infolge besonderer Umstände hervor. Die Kriegsverwaltung hatte insbesondere für die sofortige Entfernung der Verwundeten und Kranken vom Schlachtfelde in Eisenbahnen, die zu diesem Zwecke angelegt waren, Vorsorge getroffen. Als aber infolge einer kühnen und plötzlichen Aktion des Generals Sherman in Georgia die Benutzung dieser Einrichtung unmöglich geworden war, entstand sofort innerhalb des Schlachtfeldes eine Reihe von Krankheiten. In einem andern Falle hatte man den Verlust von 800 Mann zu beklagen, die infolge des Genusses zu frisch geschlachteten Fleisches erkrankt waren. Die zweite Ausnahme von obiger Regel betrifft die deutsche Armee im Kriege 1870/71. Der hygienische Zustand dieser Armee war so vorzüglich, daß erst gegen das Ende der Feindseligkeiten Dysenterie und Blattern auftraten, ohne jedoch einen gefährlichen Charakter angenommen zu haben.

Indessen weder der eine noch der andre Fall kann etwas an der Richtigkeit des obigen Erfahrungssatzes ändern. Der amerikanische Fall kann mit unsern europäischen Verhältnissen in Vergleich gestellt werden; was den deutschen Fall betrifft, so waren die lokalen, klimatischen, ethnischen Umstände des Marsch- und Operationsgebietes außerordentlich günstig. Wie ganz anders sind aber die Existenz- und Operationsbedingungen einer Armee im Osten und Südosten von Europa, wo Blattern, Typhus, insbesondere Flecktyphus fast ununterbrochen in epidemischer Form herrschen! In dieser Beziehung können der Krimkrieg und der jetzige Krieg als Beispiel dienen; es ist bekannt, daß der Krimkrieg durch einen „hygienischen Frieden" beendigt wurde. Die offiziellen Berichte bezeugen die enormen Verluste, welche Typhus, Blattern, Cholera und

Digitized by Google

Dysenterie in den operierenden Armeen, in den Ländern der Kriegführenden (bis in den Süden Frankreichs) und den neutralen Ländern verursacht hatten. Mehr als ein Viertel der Kombattanten und die doppelte Zahl der Zivilbevölkerung unterlagen den Epidemien.

Die Erfahrungen der Kriege der Jahre 1859, 1866 und 1878 waren ebenso grauenvoll. Es steht fest, daß alle großen Kriege die Gefahr der Verbreitung von Epidemien auch in den Gebieten der unbeteiligten Staaten hervorrufen. Auch zeigt die Erfahrung, daß die Versuche der Lokalisierung der Gefahr aus mehrfachen Gründen erfolglos bleiben; es muß besonders betont werden, daß es in dieser Richtung unmöglich ist, das Operationsfeld von dem Verkehr hermetisch abzuschließen, den Verkehr der Armee mit dem Mutterlande zu verhindern und die häufigen Fälle des Durchzugs desorganisierter und infizierter Truppenteile durch neutrale Gebiete zu verhüten.

Diesen Tatsachen gegenüber kann nicht behauptet werden, daß der Ausgang eines Krieges lediglich von der militärischen Tüchtigkeit abhängt. Eine in hygienisch gutem Zustande befindliche Armee wird viel länger Widerstand leisten als eine hygienisch vernachlässigte und zerklüftete Armee. Aber der Umstand, daß der Gegner in hygienischer Beziehung schwach ist, ist gleichzeitig eine Quelle von Gefahren für eine in militärischer und hygienischer Beziehung noch so tüchtige Armee. So kann es geschehen, daß schließlich der Ausgang des Krieges von dem Erfolge des Kampfes gegen die Gefahren der Kriegsepidemien abhängt.

Gibt es nun Mittel, diese Gefahr wirksam zu bekämpfen? Die heutige Medizin und Hygiene bejahen diese Frage. Die Epidemien sind in unsrer Zeit noch immer eine Quelle der Beunruhigung, aber sie sind nicht mehr unsichtbare Feinde.

Wer soll und kann diese hygienische Aufgabe lösen? Die Kriegführenden sagen natürlich unter Berufung auf das Völkerrecht, insbesondere das Kriegs- und Neutralitätsrecht: das ist unsre Aufgabe, denn der Krieg ist für die Neutralen eine res inter alios gesta! Die Uebel, welche jeder Krieg mit Notwendigkeit nach sich zieht, sind wie ein Naturereignis, gegen dessen verderbliche Wirkungen die Staaten in den territorialen Grenzen ihrer Einzelsouveränität mit den Mitteln ihrer nationalen Verwaltung zu kämpfen berufen sind. Damit werden die Kriegführenden gleichzeitig behaupten, daß sie auf der Höhe der Erfüllung dieser Pflicht sich befinden. Allein so sehr man davon ausgehen mag, daß der Krieg eine res inter alios gesta ist und bleiben soll, so steht doch zugleich fest, daß auf dem Boden der internationalen Gemeinschaft und im Bereich des heutigen internationalen Verkehrs die wichtigsten Interessen der Neutralen durch jeden Krieg in Mitleidenschaft gezogen werden. Das Neutralitätsrecht dient dem Schutze dieser Interessen. Nach dem heutigen Stande des Neutralitätsrechts beanspruchen in erster Reihe die politischen und wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Schutz. Ich zögere nicht, zu behaupten, daß die Frage der Wirksamkeit des Kampfes gegen die Kriegsepidemien wegen

Digitized by Google

seiner Bedeutung für ein gemeinsames Interesse, das doch dieselbe Beachtung wie die ökonomischen Interessen verdient, in engster Beziehung zu dem Neutralitätsrecht steht. Wenn es ein bedeutsamer Grundsatz des Neutralitätsrechts ist, daß die Neutralen so viel als möglich von den Feindseligkeiten und deren Folgen verschont bleiben sollen, so begreift man nicht, warum die Neutralen die verheerenden Wirkungen der Kriegsepidemien als ein Naturereignis oder einen Schicksalsschlag einfach hinnehmen sollen. Wer auf dem zynischen Standpunkt der Wertlosigkeit des menschlichen Lebens steht, wird in dieser Frage allerdings zu andern Resultaten gelangen.

Indessen die Beantwortung der ersten der beiden obigen Fragen steht in engster Verbindung mit der Antwort auf die zweite Frage: wer hat jene hygienische Aufgabe zu lösen? Die Antwort stützt sich auf die Erfahrungen, welche die Kriege der Neuzeit liefern. In der Geschichte der großen Kriege der Neuzeit treten uns in der Hauptsache zwei Ausnahmefälle entgegen, in denen die hygienische Organisation der Armeen die Entstehung und Verbreitung von Kriegsepidemien verhindert hat. In den andern Fällen gelang es den Kriegführenden nicht, Kriegsepidemien mit Erfolg zu bekämpfen. Es ist in der Tat unmöglich, den Kriegführenden in dieser Richtung eine strenge Pflicht aufzuerlegen, da sie doch von vornherein für jene Notwendigkeit Vorsorge zu treffen haben, die mit dem Zweck und den Anforderungen des Krieges verknüpft sind. Aber selbst wenn wir annehmen, daß die Kriegführenden innerhalb des Kriegsfelds alle hygienischen Vorschriften zu beobachten imstande wären, so ist doch damit noch nicht alles geschehen. Wenn eine Epidemie entstanden ist, so verbreitet sie sich in der ganzen Länge der Operationslinien. Die Inanspruchnahme der Zivilbevölkerung und der Zivilsanitätsorgane birgt die Gefahr der Verbreitung der Epidemie innerhalb des ganzen Kriegsfelds in sich. Im übrigen ist die hygienische Aufgabe nicht eine ausschließlich ärztliche Aufgabe; man ist auch auf ein für diese Aufgabe in Friedenszeit herangebildetes und eingeübtes Personal in zureichender Menge angewiesen.

Im ganzen ergibt sich aus dem Gesagten, daß die Aktion zur Bekämpfung der Kriegsepidemien im Großen organisiert und durchgeführt werden muß. Es hieße Unmögliches fordern, wenn wir eine solche Aktion von den Kriegführenden allein erwarten wollten; sie haben nur das unmittelbare Ziel des Krieges im Auge. Eine groß angelegte Aktion kann nur als Aktion der an dem Kriege nicht beteiligten Staaten gedacht werden. Diese können ihr in Friedenszeiten formiertes und herangebildetes hygienisches Personal im Kriegsfalle in Funktion stellen. Was sie zur Verhütung der Entstehung und zur Bekämpfung entstandener Epidemien innerhalb des Kriegsfelds leisten, ist in erster Linie ein den Belligeranten geleisteter wichtiger Dienst. Daß die legitimen Interessen der Kriegführenden volle Garantie gegenüber der konkurrierenden Aktion der Neutralen fordern, ist selbstverständlich. Damit hängt die Regelung der rechtlichen Stellung der hier in Frage stehenden neutralen Kommissionen zu den operierenden Armeen zusammen. Die Aktion, um die es sich hier handelt, ist

Digitized by Google

eine jener Funktionen der internationalen Gemeinschaft im Interesse des Rechts und der Humanität, die der Natur des Völkerrechts und der Völkergemeinschaft durchaus entspricht.

Schülerselbstmorde[1])

Von

Prof. Dr. A. Hoche (Freiburg i. B.)

In den Tageszeitungen ist die Bezeichnung „Schülerselbstmord" eine regelmäßig wiederkehrende Ueberschrift geworden. Für das unbefangene Sprachgefühl liegt in dieser Fassung schon die Vorwegnahme dessen, was erst zu beweisen wäre, was aber die Laienbetrachtung in der Regel als selbstverständlich voraussetzt, daß an den Einrichtungen der höheren Unterrichtsanstalten etwas nicht in Ordnung sei, daß sie schuld seien an den Selbsttötungen Heranwachsender. In den Betrachtungen der Zeitungen zu dieser Frage und auch in Romanen wird gern das Thema von dem „armen Jungen" behandelt, der, verkannt, verbittert und gemißhandelt, schließlich keinen andern Ausweg mehr sieht, als sich aus diesem Leben davonzumachen.

Die Behauptung der Haftbarkeit der Schule für die Schülerselbstmorde ist nur ein Teil einer großen Anklagewelle gegen unser Unterrichtswesen, die heute durch die Oeffentlichkeit geht. Die Schule ist vielleicht diejenige staatliche Einrichtung, die am meisten zu Angriffen verlockt, nicht nur weil sie tatsächlich täglich und stündlich in unbequemer Weise in das Familienleben eingreift, sondern auch weil jeder, der jemals eine höhere Lehranstalt besucht hat, sich zum Mitreden berufen fühlt.

Die Selbstmordfrage im allgemeinen ist in den letzten Jahrzehnten vielfach literarisch behandelt worden; große sorgfältige Statistiken unterrichten uns über das Gerippe der Zahlentatsachen, und die moralische Betrachtungsweise, ebenso wie die des Psychologen, des Sozialpolitikers und des Arztes, sucht, je nach ihrem Standpunkte, nach den tieferen Gründen der Gesamterscheinung. Wenn wir aus aus der Statistik erfahren, daß sich in Europa jährlich 60- bis 70000 Menschen selbst töten, so gibt das von der allgemeinen Selbstmordtendenz ein im Augenblicke erschreckendes, aber zweifellos noch zu günstiges Bild, da die mißlingenden Selbstmordversuche von keiner Statistik mitgefaßt werden. Bei einer im Laufe der Jahrzehnte erkennbaren langsamen Steigerung (von 1881 bis 1897 um 20 Prozent) ist im übrigen eine merkwürdige Gesetzmäßigkeit in bezug auf Rasse, Konfession, Lebensalter, Jahreszeit, Wahl der Mittel zur Selbsttötung usw. festzustellen. Im Durchschnitt kommt in Deutschland auf 1 Million Einwohner im Jahre eine Ziffer von 204 Selbstmorden.

---

[1]) Nach einem in der Freiburger Pädagogischen Gesellschaft gehaltenen Vortrage.

Digitized by Google

In bezug auf die Motive ist jede Statistik unzuverlässig. Der Prozentsatz der offenkundig oder unbemerkt Geisteskranken wird überall zu niedrig angenommen. Die Laientendenz, für auffallende Handlungen in erster Linie äußere Anstöße als auslösendes Moment anzuschuldigen, färbt sicherlich alle Zahlenaufstellungen. Am seltensten ist wohl die Selbsttötung, die auf einer kühlen, man möchte sagen wissenschaftlich gezogenen Lebensbilanz beruht; für die ganz überwiegende Mehrzahl der Selbsttötungen, und das gilt ganz besonders für die im jugendlichen Alter stattfindenden, müssen wir daran festhalten, daß der Selbstmord eine Affekthandlung ist. Bemerkenswert ist, daß bei nicht Geisteskranken das Mißlingen eines Selbstmordversuches in der Regel den psychischen Einfluß hat, daß er nicht wiederholt wird. Bei krankhafter Motivierung liegt dies ganz anders. Im allgemeinen muß man sagen, daß in der Selbsttötung, mag sie nun auf normalen oder auf krankhaften Motiven erwachsen, ein vorzeitiges Waffenstrecken vor dem Leben, eine Ueberschätzung der Tragweite der momentanen Episode, eine akute Hilflosigkeit in bezug auf das Finden eines Auswegs aus den Nöten der Stunde zu erblicken ist.

Was die Verteilung auf die einzelnen Lebensalter anbetrifft, so begegnen wir der allerdings nur auf den ersten Anblick paradox wirkenden Erscheinung, daß die Neigung, das Leben wegzuwerfen, um so größer wird, je näher das Individuum dem natürlichen Ende seiner Tage kommt. Wenn, wie erwähnt, auf 1 Million Menschen in Deutschland im Durchschnitt 204 Selbsttötungen im Jahre entfallen, so kommen dabei auf die Altersstufe von 10 bis 15 Jahren (nach der Statistik für das Jahr 1898) 20 Fälle, auf das Alter von 15 bis 20 Jahren 131, auf das Jahrfünft 20 bis 25 218, auf 25 bis 30 173, während auf die Jahre jenseits 80 662 Fälle kommen. Die Neigung zum Selbstmord ist also im neunten Jahrzehnt dreiunddreißigmal so groß als in der Zeit vom 10. bis 15. Lebensjahre. Die Regelmäßigkeit des Anstieges mit dem Lebensalter wird in dem Jahrfünft 20 bis 25 durch eine größere Zahl (218) unterbrochen, für deren Erklärung wir wohl die ersten Zusammenstöße mit dem wirklichen Leben, den Militärdienst und die ersten unglücklichen Liebeserlebnisse anschuldigen müssen.

Die Verteilung der Geschlechter ist bis zum 15. Jahre so, daß vier Knaben auf ein Mädchen entfallen, ebenso wieder in der Altersstufe 20 bis 25, während in der Zeit der eigentlichen Pubertätsentwicklung von 15 bis zu 20 Jahren das Verhältnis männlich zu weiblich auf 2 zu 1 steigt.

In Preußen finden im Durchschnitt jährlich 42 Schülerselbstmorde statt; bei „Schülern" ohne Rücksicht auf das Alter 53 pro Jahr, mit Schwankungen von 40 bis 71. Wichtig ist aber doch die Feststellung, daß die Gesamtzahl mit 58 im Jahre 1905 nicht höher war als 1883. (Das Verhältnis der höheren zu den niedrigen Schulen stellt sich dabei wie 4 zu 1.)

Die Zahlen stützen nicht die Idee einer stetigen Zunahme der jugendlichen Selbstmorde. Die Befürchtung, daß eine solche Zunahme vorhanden sei, ist nur ein Teil der weitverbreiteten, meines Erachtens, wie ich an anderm

Digitized by Google

Orte[1]) nachzuweisen versucht habe, objektiv unbegründeten Sorge vor einer fortschreitenden Entartung der modernen Menschheit. Der Eindruck der zahlenmäßigen Steigerung wird durch die eindringlichere Berichterstattung der Presse hervorgebracht.

Das Frappierende an den Schülerselbstmorden liegt für das natürliche Gefühl auch weniger in der absoluten Zahl, als in dem scharfen Kontrast zwischen dem Akt der Lebensverneinung und der sonst normalerweise dem jugendlichen Lebensabschnitt eignen Stimmung.

Die eigentliche Frage, die uns hier beschäftigt, ist die nach den innern Gründen der Schülerselbstmorde, speziell die, wie weit etwa die Schule dadurch belastet wird. Die meisten Menschen neigen in solchen Fragen zu raschen Verallgemeinerungen und sind bei ihrem Suchen nach dem psychologischen Zusammenhang leicht zufriedengestellt. Man wird in den Zeitungsnotizen über jugendliche Selbstmorde selten die Angabe eines ganz bestimmten Grundes vermissen, während für die genauere Prüfung die Sache gewöhnlich keineswegs so eindeutig liegt. Im übrigen ist es nur eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn wir Selbstmorde im schulpflichtigen Alter nicht ohne weiteres identifizieren mit eigentlichen „Schulselbstmorden"; denn nur diese letzteren sind es, die mit der Bejahung der Schuldfrage der Schule gemeint sind.

Es ergeben sich ohne weiteres drei verschiedene Gebiete möglicher Ursachen: Die Schule, das Elternhaus, die Persönlichkeit des Schülers.

Unter Schule verstehen wir hier im allgemeinen die höhere Schule. Die heutigen Vorwürfe, die man allerorten zu lesen bekommt, gehen zunächst auf die quantitative Ueberbürdung. Diese Vorwürfe sind nicht übermäßig alt; sie werden eigentlich erst seit Ende der siebziger Jahre lebhafter. Eine zweite Reihe derselben bezieht sich auf angeblich qualitativ falsche Behandlung (übertriebener Formalismus, zu großes Wertlegen auf alte Sprachen, Grammatik). Zum Teil handelt es sich dabei um wirklich ernst zu nehmende Aeußerungen ernst zu nehmender Sachkundiger, zum großen Teil aber auch um das Gerede von Mitläufern, denen es weniger um eine objektiv begründete Reform des Schulwesens zu tun ist, als um eine Art von Befriedigung eines latenten Rachegelüstes, um eine innerliche Befreiung von eignen unangenehmen Schulerinnerungen oder von Aerger über die Mißerfolge der eignen Kinder in der Schule. Die in dem Buch von Graf[2]) niedergelegten Aeußerungen von Männern der verschiedensten Berufsarten über ihre eignen Schuleindrücke sind für jeden, der sich mit diesen Dingen ernstlich befaßt, eine Fundgrube interessanter Feststellungen. Als den wichtigsten Niederschlag kann man wohl die Erfahrung bezeichnen, daß im allgemeinen die Persönlichkeit des Lehrers alles, das System sehr wenig bedeutet. Auch das ist wohl sicher, daß die frühere rein klassisch-humanistische

[1]) Geisteskrankheit und Kultur, 1910, Speyer & Kärner.

[2]) Alfred Graf, Schülerjahre; Erlebnisse und Urteile namhafter Zeitgenossen. Buchverlag der „Hilfe", 1912.

Digitized by Google

Tendenz der Gymnasien für die nicht ausgesprochen formal-logischen, sondern mehr auf das Anschauliche gerichteten Begabungen Schwierigkeiten und Nöte mit sich gebracht hat. Unbestreitbar ist auch, daß einzelne, später gerade auf naturwissenschaftlichem Gebiete hervorragende Köpfe (Liebig, Linné, Humboldt u. a.) schlechte Schüler auf den humanistischen Gymnasien gewesen sind. In der Tatsache dieser gelegentlichen Inkongruenz zwischen dem zwangmäßigen Bildungsgang und der persönlichen Anlage kann heute keine Anklage gegen die Schule mehr erblickt werden, da bei der weitgehenden Differenzierung der höheren Lehranstalten jetzt jede Begabung den ihr zusagenden Weg finden kann.

Es wird übrigens immer eine Illusion bleiben, die Schule für die Mehrzahl der Schüler irgendwie zu etwas Reizvollem gestalten zu wollen, so wenig etwa, wie das, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, für die Rekrutenzeit oder die Militärdienstzeit im allgemeinen erreichbar sein wird.

Eine unbefangene Beobachtung der Entwicklung der herrschenden Tendenzen zeigt, daß die höheren Schulen jetzt im Gegensatz zu früher immer mehr auf das Niveau der Minderbegabten eingestellt werden, Tendenzen, die sich stellenweise zur amtlichen Festsetzung bestimmter Prozentsätze verdichtet haben, über die hinaus die Zahl der Sitzenbleibenden nicht steigen darf.

Eine Folge dieser Herabsetzung der Ansprüche im Unterricht ist ja u. a. die Uebersetzung der höheren Berufe mit geistig minderwertigen Persönlichkeiten.

Es ist bekannt, daß neuerdings besondere Versuche gemacht worden sind, um den Abstufungen der Begabung im Unterricht gerecht zu werden. Der eine Lösungsversuch, der den Unterbegabten, zunächst in der Volksschule, gesonderte Behandlung zuteil werden läßt, die Einrichtung der Hilfsschulen für Schwachbefähigte, ist, wenn sie auch die Lehrer nur von dem gröbsten, offenkundigen Ballast befreit, als eine segensreiche Einrichtung anzuerkennen; weniger glücklich ist die Idee, Schulen für Hochbefähigte einzurichten. Die Frage nach der Begabung läßt sich in dem Zeitpunkte, in dem diese Sonderung einzutreten hätte, nicht lösen. Begabung ist in diesem Sinne nichts Einheitliches und nichts ohne weiteres Prüfbares. In dem Stadium, in dem die Auswahl der Schüler vorzunehmen wäre, ist die gedächtnismäßige Befähigung noch viel zu sehr der Maßstab der Begabung überhaupt. Ganz absehen wollen wir dabei von den pädagogischen Bedenken, die man dagegen haben muß, daß nun einer gewissen kleinen Anzahl von Schülern frühzeitig die Etikette „höherer Begabung" angeklebt wird.

Das Streben nach immer weitergehender quantitativer und qualitativer Erleichterung auf den höheren Unterrichtsanstalten ist im Interesse der psychischen Volksgesundheit zweifellos zu bedauern. Ein gewisses Quantum psychischen Zwanges gehört zu einer normalen Menschenentwicklung, und angesichts der nicht zu verkennenden Herabsetzung der moralischen Widerstandskraft des einzelnen, wie sie heute durch das Versicherungswesen, die Tendenz zum Zusammenschluß in Organisationen usw. gegeben ist, sollte man der Jugend nicht das stählende

Digitized by Google

Bad einer fest zugreifenden Erziehung in den höheren Lehranstalten vorenthalten wollen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß in dem Quantum dessen, was die Schule verlangt, für auch nur durchschnittlich Veranlagte keine Schädigung liegt; überhaupt machen intellektuelle Anstrengungen allein, wenn sie nicht etwa mit Schlafentziehung, Hunger oder der Anwendung künstlicher Reizmittel verbunden sind, niemand nervenkrank. Ich selbst habe, ebenso wie andre Nervenärzte, niemals den Fall eines jugendlichen Geisteskranken gesehen, bei dem das Quantum der Schulleistungen als ein wesentliches ursächliches Moment in Frage gekommen wäre. Zweifellos gibt es ja gegenüber etwaigen durch die Persönlichkeit einzelner Lehrer hervorgerufenen Ueberlastungen äußere und innere Korrekturen: lange Ferien, Unaufmerksamkeit in der Stunde, Faulheit zu Hause, Sportsbetrieb usw., ganz abgesehen von der seelischen Entlastung, die den Schülern durch das gemeinsame Schimpfen auf die schlechten Kerle von Lehrern zur Verfügung steht.

Was die qualitativ falsche Behandlung in der Schule anbetrifft, so ist allerdings dies ein Punkt, wo die Güte des Lehrplans und die Schärfe der Aufsicht nicht allzuviel bedeuten, da die geborenen Pädagogen selten sind. Trotzdem dürfen wir wohl ruhig sagen, daß Lehrerkollegien, wie sie Wedekind im „Frühlingserwachen" schildert und wie sie auch in andern Dramen und Romanen auftreten, heute nirgends vorkommen oder auch nur denkbar wären. Es wäre auch ungerecht gegen die Lehrer, wenn man nicht zugeben wollte, daß die theoretisch sehr schöne Forderung „individueller Behandlung des Schülers" praktisch meist nicht erfüllt werden kann. Wie soll jemand, der in fünf oder sieben Klassen unterrichtet und vielleicht zwei Stunden wöchentlich mit der einzelnen Klasse in Berührung kommt, Hunderte von Jungen psychologisch näher kennen und beeinflussen lernen? Dazu ist im ganzen die Ueberbürdung der Lehrer mit Stunden und Köpfen, oft auch der Wechsel unter den Lehrern, zu groß, und von dem Korrektivmittel, daß der Klassenlehrer mit seiner Klasse jahrelang in Kontakt bleibt, indem er mit ihr aufsteigt, wird nicht überall Gebrauch gemacht. Ein gewisser Ausgleich liegt immer in dem Umstand, daß es regelmäßig eine Vielheit von Lehrern ist, mit denen der einzelne Schüler in Berührung kommt.

In einem Punkte könnte nach meinen Eindrücken die Lehrerschaft besser Fühlung mit ihren Jungen haben, wenn sie dem Gerechtigkeitsbedürfnis der Heranwachsenden mehr Rechnung trüge. Im ganzen wird das Rechtsgefühl des Schülers in seiner Lebhaftigkeit wohl unterschätzt. Die Jugend ist ein unerbittlicher Richter; sie hat die feinste Empfindung für alles, was am Lehrer nach Laune, „Pike", persönlicher Bevorzugung u. dgl. aussieht. Bessere Schüler empfinden zum Beispiel auch die Duldung von Denunzianten und das Eingehen auf Denunziationen („Petzen") als eine Unbilligkeit. Gerade auf diesem Gebiete erwächst häufig auf seiten der Schüler ein betrübender Mangel an Zutrauen gegen einzelne Lehrer, auch direkt eine innerliche Verhärtung und Verbitterung.

Wenn man dies alles zugibt, so ist doch eine tatsächliche seelische Miß-

Digitized by Google

handlung eines Schülers durch einen Lehrer in öffentlichen Schulen heute auf die Dauer wohl nicht mehr möglich: dafür liegt das ganze Schulwesen viel zu sehr unter den Augen der Oeffentlichkeit, und den Eltern stehen genügend Wege zur Verfügung, um zu erreichen, daß wirklichen Mißständen bald ein Ende gemacht wird.

Ich halte es alles in allem für gänzlich unbewiesen, daß im Wesen der Schule selbst Faktoren liegen, die einen nicht kranken Schüler zum Selbstmord treiben müßten.

Es muß dabei vor allem im Auge behalten werden, daß jedes Schulereignis seine Resonanz erst von den zwei andern vorhin erwähnten Faktoren erhält, zunächst durch das Elternhaus. Es wäre für einen erfahrenen Schulmann eine dankenswerte Aufgabe, einmal eine „vergleichende Psychologie der Eltern" zu schreiben, unter denen die verschiedensten, aber immer wiederkehrenden Typen vertreten sind, von den vernünftig Schweigenden an, die nie eine Lehrerwohnung betreten, bis zu denen, die um Noten uud Versetzung betteln gehen. Ebenso reich ist die Skala in dem Verhalten der Eltern zu Hause. Auch hier ist eine vernünftige, gerecht abwägende Mitarbeit mit den Bestrebungen der Schule nicht die Regel und vielleicht nicht einmal das Häufige. Statt dessen finden wir diejenigen, die direkt den Schulbemühungen entgegenarbeiten, indem sie die Lehrer lächerlich zu machen versuchen, in ihrer Affenliebe und Ueberschätzung bei Konflikten dem Sohne alles, dem Lehrer nichts glauben. Wir finden zu Hause die Elterntorheit des Ehrgeizes, auch Minderbegabte in einen vielleicht verhaßten Beruf hineinzuzwingen, die Elternschuld übertriebener Härte, den Elternfehler übermäßiger Begünstigung der Nebendinge: Musik, Theater, Sport usw.

Welche Bedeutung die Zensur für den einzelnen Schüler besitzt, hängt wiederum in der Regel nur von der elterlichen Schätzung der Zensur ab, und der nervös-labile Junge, der sich wegen ungenügender Noten oder wegen Sitzenbleibens das Leben nimmt, tut das nicht aus Angst vor der Schule, sondern aus Angst vor dem Nachhausekommen und vor dem Zorn des Vaters. Im ganzen wird ja häufig der Wert der „Note" von seiten der Väter überschätzt, anstatt daß die Einsicht herrschen sollte, daß es darauf ankommt, daß der Heranwachsende ernst und konzentriert zu arbeiten lernt und nicht durch eigne Schuld überflüssige Zeit auf die einzelnen Phasen seines Bildungsganges zu verwenden gezwungen ist.

Am schlimmsten ist für die Heranwachsenden der böse Zirkel, wenn nervöse Eltern mit schwankenden Stimmungen und Auffassungen, mit Neigung zu Affektausbrüchen und Inkonsequenz die Erziehung nervöser Kinder leiten sollen.

Daß es Schulerlebnisse allein nicht sind, welche die Jungen in den Tod treiben, geht wohl am besten daraus hervor, daß die durch den Pennalismus oft so viel härtere Zucht in den Alumnaten keineswegs etwa besonders zum Selbstmord disponiert.

Am wichtigsten unter allen ursächlichen Faktoren ist aber zweifellos die Persönlichkeit des Schülers selbst. In jedem Falle ist die Selbsttötung das Ergebnis eines Kräftestreites in der seelischen Individualität. Dem natürlichen Kinde wohnt von vornherein, ebenso wie dem Tier, gar keine Disposition zum

Digitized by Google

Wegwerfen des Lebens inne. Der natürliche starke Lebensdrang des Kindes, das Fehlen der Reflexion über Wert oder Unwert des Gesamtlebens, die geringe Nachhaltigkeit und geringe Nachdauer unangenehmer Gemütsbewegungen, die Fähigkeit des Abschüttelns störender Eindrücke, alles das sind heilsame Korrektive bei betrüblichen Erlebnissen. Theoretische pessimistische Betrachtungen oder langdauernde Nachwirkung von Gemütsbewegungen im Kindesalter sind im allgemeinen schon das Signal für das Bestehen einer krankhaften Veranlagung. Wenn diese in stärkerem Maße vorhanden ist, dann allerdings disponiert die jugendliche Hemmungslosigkeit ganz besonders zu plötzlichen impulsiven Handlungen, und somit auch zur Selbsttötung. Zweifellos haben wir in derjenigen psychischen Gesamtverfassung, die als psychopathische Konstitution bezeichnet wird, die Hauptursache von Selbstmorden im jugendlichen Alter zu erblicken. Diese abnorme seelische Gesamtverfassung ist eines der sog. Entartungszeichen, die meist unter erblichem Einfluß (Neurose, Alkoholismus, Syphilis usw. der Erzeuger) in die Erscheinung tritt; sie ist auch die Basis, auf der, wenn die Kindheit ohne größere Schwierigkeiten verläuft, spätere Psychosen erwachsen.

Gewisse später ausgesprochene Geistesstörungen reichen im übrigen schon in ihren ersten oft verkannten und oft auch für den Sachkundigen schwer erkennbaren Anfängen bis in die Kindheit zurück, namentlich die periodisch-depressiven Gemütskrankheiten oder das, was man bei Erwachsenen als konstitutionelle Verstimmung bezeichnet. Auffallend starke Schwankungen der Leistungsfähigkeit, wechselnde Phasen von Schwierigkeit und Leichtigkeit in der Erziehung, aber auch sonstige Züge: Neigung zur Einspännerei, zur Isolierung, geringes Verständnis für gemeinsame Spiele usw. können bei Kindern frühe Vorboten der späteren Gemütserkrankung sein.

Aber selbst wenn es sich nicht um diese krankhaften Veranlagungen handelt, kann die Pubertätszeit als solche abnorme Zustände erzeugen. Das körperliche und das seelische Reifen deckt sich keineswegs. Ebenso wie in dieser Zeit das Wachstum der einzelnen Organe im Vergleiche untereinander nicht regelmäßig vor sich geht, treffen wir auch in der seelischen Konstitution als häufiges Charakteristikum die Unausgeglichenheit, das Auftreten neuer, unklarer, starker Regungen ohne das Gegengewicht eines reifen Verstandes, massenhafte neue Interessen ohne genügendes Urteil über den Gesamtzusammenhang, lebhafte Stimmungen und Gefühle ohne die Bremse der Erfahrung. Es ergibt sich daraus das häufig so charakteristische Bild des gesteigerten Selbstgefühls, der übertriebenen Empfindlichkeit, der Selbstüberschätzung, des überheblichen Besserwissens, für welches Vater und Lehrer antiquierte Instanzen sind, die Ueberschwenglichkeit und der Weltschmerz, die Neigung zur Befassung mit den höchsten Fragen, die Neigung zu unverstehbarer Lektüre, die unzeitige Imitation Erwachsener in Lebensführung und Benehmen.

Oft gehen diese noch normalen Pubertätszüge direkt über in eigentliche Pubertätspsychosen, die wegen ihres schleichenden, unmerklichen Beginnes von den Angehörigen, aber auch von Aerzten, so außerordentlich häufig ver-

Digitized by Google

kannt, moralisch bewertet werden und zu den unzweckmäßigsten Beeinflussungsversuchen Anlaß geben.

Ein andrer Teil von Individuen ist von vornherein intellektuell minderwertig und wird so lange mit Ach und Krach durch die untern Klassen geschleppt, als es sich im wesentlichen um Aneignung gedächtnismäßigen Materials handelt. In den höheren Klassen tritt dann die Divergenz zwischen den normalen Schulansprüchen und den psychischen Möglichkeiten des Schülers in schärfster Weise hervor. Zu alledem kommen die körperlichen Wirkungen des Wachstums; Ermüdbarkeit, Anämie, Unfähigkeit zur Konzentrierung, ganz abgesehen von der großen Reihe sehr häufiger, aber nicht notwendiger Schädlichkeiten, wie Alkoholismus, Verbindungswesen, Erotik (Tanzstunde und auch Gröberes), Schlafverkürzung durch Theater, Konzerte usw.

So zeigt schon ein ganz kursorischer Ueberblick eine große Anzahl teils schicksalsmäßiger, teils vermeidbarer Momente, die gerade in den Altersstufen, in denen die höheren Lehranstalten besucht werden, die nervöse und psychische Widerstandskraft herabsetzen.

Jedes äußere Ereignis wird zum Erlebnis erst durch das Medium der mitgebrachten Veranlagung hindurch; hierin liegt bei dem Selbstmord der Jugendlichen ebenso wie bei dem der Erwachsenen der eigentlich entscheidende Punkt; der Selbstmord ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Ausdruck einer dauernd oder im Momente irgendwie unter der Norm bleibenden seelischen Widerstandsfähigkeit des Menschen.

Wir wollen im Rückblick die Ergebnisse dieser Betrachtung kurz zusammenfassen:

Die Vorwürfe gegen die höheren Schulen, als ob sie die Schuld an den Schülerselbstmorden trügen, sind nicht aufrechtzuerhalten. Soweit die Schulverhältnisse tatsächlich als Ursachen in Rechnung gesetzt werden müssen, handelt es sich im wesentlichen um unvermeidliche Dinge. Von den äußeren Faktoren hat jedenfalls das moralische Klima des Elternhauses mit der Selbstmordhäufigkeit den weit engeren Zusammenhang. Der Anteil, den wir in ursächlicher Beziehung der Schule und dem Elternhause zuweisen müssen, verschwindet aber quantitativ gegenüber der Rolle, welche die geistige Persönlichkeit des Schülers selbst spielt. Die ganz überwiegende Mehrzahl der jugendlichen Selbstmörder sind solche, die entweder für die Schule oder, wohl besser gesagt, für das Leben überhaupt nicht die nötige Mitgift an seelischer Widerstandskraft mitbekommen haben.[1])

[1]) Neuere Literatur: Gaupp, Ueber den Selbstmord. II. Auflage. O. Gmelin, 1910. — Eulenburg, Schülerselbstmorde. Teubner, 1909. — Stark, Selbstmord in der Schule. Dissert., Straßburg 1900. — Cramer, Pubertät und Schule. Teubner, 1911. — Wildermuth, Schule und Nervenkrankheiten. „Wiener klinische Rundschau" Nr. 40. 1904.

Digitized by Google

Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat

Von

Germain Bapst (Paris)

(Fortsetzung)

Der wichtigste Befehl — jener, der sich auf die Entsendung von Kavallerieregimentern des IV. Korps zur Bewachung der Eisenbahn von Thionville bezog — ist einer genaueren Betrachtung wert.

Die Regimenter des IV. Korps, die am Tage vorher stark mitgenommen worden waren und in Amanvillers lagerten, hätten nicht dazu bestimmt werden dürfen, in die Täler der Orne und der Mosel zu marschieren; sie hatten den Aufklärungsdienst vor ihrem Armeekorps zu besorgen. Hingegen hätte die Reservekavallerie, die der Garde und die des II. Korps, die in dem Kessel von Longeau ihre Zeit vertrödelte, aus dieser Mördergrube herausgezogen werden müssen, um nach der unteren Mosel zu marschieren. Noch ärger aber ist es, daß der Befehl nicht eingetragen noch übermittelt wurde; er steht nicht im Register des Generalstabs, und die Offiziere der Stäbe des Generals Ladmirault und des Generals de Gondrecourt, des Befehlshabers seiner Kavallerie, haben niemals davon sprechen hören.

Der Bürgermeister von Plappeville, Herr Vianson, und der Bahnhofsvorstand von Metz, Herr Beneyton, verlangten den Marschall Bazaine zu sprechen. Sie kamen miteinander herein, und Herr Vianson stellte dem Marschall Herrn Beneyton vor. Herr Vianson meldete dem Marschall daß er seinem Wunsche gemäß Herrn Arnous-Rivière und seine Franktireurs in einem nahe bei der Villa Bouteillier befindlichen Hause untergebracht habe; ferner überreichte er ihm das Verzeichnis der in seiner Gemeinde vorhandenen Oefen zum Brotbacken.

Herr Beneyton machte hierauf eine Mitteilung von der größten Wichtigkeit: Die Geleise der Zufahrtsstrecken von Metz seien von Zügen mit Vorräten aller Art versperrt, und es befinde sich sogar in einem dieser Züge nahe bei den Magazinen der Zitadelle ein am Vormittag des 13. August eingetroffener Transport von $4^1/_2$ Millionen Patronen; die Waggons, in denen er gekommen sei, seien an den Zug angehängt gewesen, der den General Henry und den Stab des VI. Korps gebracht habe. Der Zeugwärter Grivaux sei natürlich von dem Eintreffen dieses Transports benachrichtigt worden, ebenso der General Soleille; diese betrachteten jedoch, da die Begleitscheine fehlten, die Sendung als nicht vorhanden; es wären zu ihrer Abnahme Belegquittungen erforderlich gewesen.

Nach diesem Bericht bat Herr Beneyton den Marschall, von diesem ganzen

Digitized by Google

der Armee gehörigen Material Besitz ergreifen zu lassen und vor allem die Ostbahngesellschaft von den Patronen zu befreien, deren Vorhandensein eine ständige Gefahr bilde.

Nachdem der Marschall Herrn Beneyton angehört hatte, beklagte er sich lebhaft, daß ihm versichert worden, daß nichts auf den Bahnhöfen vorhanden sei. Dann ließ er den General Jarras wieder rufen und beauftragte ihn, Herrn de Wendel und der Ostbahngesellschaft in der Person Beneytons Befehle und Anweisungen zugehen zu lassen, um ihr ganzes Material und alle ihre Transportmittel der Armee zur Verfügung zu stellen. Auch gab er ihm Weisung, dem General Coffinières zu schreiben, er möge Herrn Beneyton und seine Beamten frei herumgehen und sich die schleunige Herstellung eines Verbindungsgeleises vom Bahnhof zur Esplanade angelegen sein lassen, das dazu dienen sollte, die Verbringung der auf den Geleisen stehengebliebenen Materialien in die Magazine zu erleichtern. Was die Patronen betreffe, so würde er selbst der Artillerie die zu ihrer Fortschaffung erforderlichen Befehle geben.

Hierauf ließ der Marschall in Anwesenheit der Herren Beneyton und Bianson den Unterintendanten Mony rufen und machte ihm Vorwürfe, daß er ihm keine Meldung über das Vorhandensein von Vorräten auf den Geleisen gemacht habe. Als er ihn dann über die tägliche Herstellung der Rationen befragte, antwortete der Unterintendant, daß die Armee bald Mangel an Brot haben werde, da die Backöfen der Stadt und des Weichbildes für die tägliche Versorgung der Armee und der Bevölkerung nicht ausreichten. Der Bürgermeister Bianson konnte diese Erklärung nur bestätigen.

Der Marschall verabschiedete die Herren Mony, Bianson und Beneyton und ließ den Unterintendanten Gaffiot, der seit der Abreise des Intendanten de Préval mit der Leitung des Verwaltungsdienstes der Armee betraut war, hereinkommen.

Er war gekommen, um über die Evakuation eines Teiles der Verwundeten und Kranken zu sprechen, die sich in Metz befanden, „15000 an der Zahl, fast ohne Hilfe, da es an ärztlichem Personal, an Wäsche, Medikamenten und Operationsinstrumenten fehlte."

Am Abend des vorhergegangenen Tages hatte Herr de Préval, als er Metz verließ, dem Marschall Bazaine bereits „große Evakuationen unter internationalen Flaggen über Thionville und Mézières bis zu den befestigten Plätzen im Norden des Militärbezirks Lille" vorgeschlagen. Der Marschall hatte diesem Vorschlag zugestimmt, aber in der Eile seiner Abreise hatte de Préval weder den Unterintendanten Gaffiot noch den Intendanten der Festung Metz, Dennecey de Gevilly, mündlich benachrichtigen können und hatte ihnen daher um 7 Uhr 27 Minuten morgens von Reims aus telegraphiert.

Herr Gaffiot schlug also dem Marschall vor, mit dem gegenwärtig zur Verfügung stehenden Material 1000 Verwundete fortzuschaffen und im Laufe des Tages eine genügende Anzahl von Waggons kommen zu lassen, um weitere 6000 zu transportieren; er schlug vor, eine halbe Kompagnie von dem Train

Digitized by Google

des Hauptquartiers dazu zu verwenden, die Verwundeten aus den Spitälern bis zum Bahnhofe von Devant-les-Ponts zu bringen.

Der Marschall stimmte allen diesen Forderungen zu, ohne irgendeine Bemerkung zu machen, und er wußte doch, daß diese Vorbereitungen unnötig waren, da die Waggons nicht vor dem nächsten Tag eintreffen konnten, das heißt im Augenblick, wo der Feind seine Pläne zur Ausführung gebracht und die Eisenbahnlinie abgeschnitten haben würde.

Es handelte sich hier um eine Frage der Humanität, um die Rettung von Menschenleben und die Herabminderung der Gefahr des Ausbruchs von Epidemien. Marschall Bazaine gab seine Zustimmung zu den Maßregeln, die ihm vorgeschlagen wurden, und ließ damit den Glauben an ihre Ausführbarkeit aufkommen, während er doch wußte, daß seine Entschlüsse sie nutzlos machten.

Nachdem Hauptmann Guioth den Marschall Leboeuf und den General Frossard aufgesucht hatte, berichtete er dem Marschall Bazaine über seine Gespräche mit ihnen. Er hatte den Marschall Leboeuf zu Pferd angetroffen, wie er die Herstellung von Laufgräben überwachte und Befehle erteilte; Leboeuf hatte ihn beauftragt, dem Marschall Bazaine zu sagen, „der Feind fahre fort, sich vor ihm zu entwickeln, indem er sich gegen unsern rechten Flügel hin ausbreite, und er seinerseits lasse sein Armeekorps in Staffeln vorrücken."

Auf der ganzen Frontlinie des II. Korps hatte er wie beim III. Korps an Gräben und Batterien arbeiten sehen. General Frossard hatte ihn auf die Gefahr aufmerksam gemacht, der die Kavallerie in der Vertiefung, in der sie sich befand, ausgesetzt war, hatte die Schwäche des rechten Flügels der Armee kritisiert und die Befürchtung ausgesprochen, daß die Eisenbahnlinie vom Feind abgeschnitten werde. Er hatte wieder auf die Lückenhaftigkeit seiner Kadres hingewiesen und ihre Vervollständigung verlangt, da manche Kompagnien von Korporälen befehligt würden: Truppen ohne Führer könnten, wie er betonte, nicht dieselbe Widerstandskraft entfalten wie Truppenkörper mit vollen Dienstgraden.

Bei dieser letzten Mitteilung unterbrach Marschall Bazaine den Hauptmann Guioth und sagte: „Was soll man mit einem Armeekorps machen, bei dem der Kommandant kein Vertrauen zu seinen Truppen hat, und die Truppen keines zu ihrem Führer?"

Auf die Bemerkungen des Generals Frossard über die von der Armee besetzten Stellungen zurückkommend, erklärte Marschall Bazaine sodann, „daß General Frossard sich nicht über die seinige zu beklagen habe, und er betonte die Stärke des Bergrückens von Rozérieulles."

Als Hauptmann Guioth ihn fragte, ob er eine Bestimmung über den Stellungswechsel der Kavallerie treffe, beauftragte er ihn, sich darüber mit dem General Jarras zu verständigen und nach einem Terrain zu suchen, wo man sie aufstellen könnte.

Das wäre die rechte Gelegenheit gewesen, die Kavallerie zur Deckung der Eisenbahnlinie und des Telegraphen fortzuschicken, aber der Marschall wollte jeden Entschluß aufschieben.

Digitized by Google

Man darf nicht glauben, daß dem Marschall die Vorgänge, die sich auf dem rechten Flügel seiner Armee abspielen sollten, gleichgültig gewesen wären. Er suchte den Glauben zu erwecken, daß er völlig unbesorgt sei, aber es war ihm daran gelegen, von einem besonderen Vertrauensmann außerhalb des Generalstabes, ohne daß jemand etwas davon ahnte, informiert zu werden. Seine Wahl war auf Herrn Arnous-Rivière, den Führer der Franktireurs, gefallen, dem er seine Weisungen ohne Zeugen gab. Um 1 Uhr war Arnous-Rivière in Saint-Privat, und sobald der Rückzug des VI. Korps begonnen hatte, kehrte er so schnell wie möglich nach Plappeville zurück und erstattete vor allem andern dem Marschall Bazaine Bericht.

Von 11 bis 12 Uhr mittags blieb der Marschall wahrscheinlich allein; er benutzte diese Zeit zum Essen. Er war genügsam und seine Mahlzeit dauerte nicht länger als ein paar Minuten. Danach hielt er gerne eine Siesta oder ruhte wenigstens aus und rauchte dabei eine Zigarre, wie er es von Spanien, Oran und Mexiko her in der Gewohnheit hatte.

Er benutzte diesen ruhigen Augenblick, um die Telegramme durchzusehen, die für ihn angekommen waren und auf die er nicht geantwortet hatte.

Wir kennen nicht alle Depeschen, die, seit Marschall Bazaine das Kommando übernommen hatte, an ihn gesandt worden waren. Einige von ihnen, die er gleich nach dem Empfang vernichtet hat, sind in den Archiven oder in den Abfertigungsbureaus nicht wieder gefunden worden. Eine gewisse Anzahl davon ist jedoch noch vorhanden, und bei der Voruntersuchung für den Prozeß des Marschalls Bazaine ist durch eingehende Nachforschungen unter der Leitung des Oberstleutnants Coste vom Geniekorps, der später Platzkommandant von Paris war und gegenwärtig im Departement Gard im Ruhestand lebt, die Zeit ihrer Beförderung und ihrer Zustellung an das Kabinett des Marschalls festgestellt worden.

Alle Telegramme mit der Adresse des Oberbefehlshabers wurden direkt dem Marschall Bazaine übermittelt; eine Erklärung des Oberstleutnants Fay läßt darüber keinen Zweifel aufkommen: „Ich war beauftragt, alle Nachrichten zu sammeln", so hat sich dieser Offizier ausgesprochen. „Am 18. August aber wußten wir nichts: alle Depeschen gingen an den Marschall Bazaine."

Der Telegraphendirektor in Metz, Petitpas de la Vasselais, hat ebenfalls bestätigt, daß diese Depeschen dem Adressaten zugestellt und gegen Empfangsscheine ausgeliefert worden waren. Marschall Bazaine, der bei diesen beiden Erklärungen zugegen war, hat keinerlei Bemerkung dazu gemacht.

Zwischen 11 und 12 Uhr erhielt Marschall Bazaine zwei Telegramme: das eine, das vom Minister war, bestätigte ihm zum zweitenmal die Einschließungsbewegung der Deutschen und ihr Erscheinen an mehreren zwischen Metz und Verdun liegenden Punkten; das zweite, in dessen Besitz er um 11 Uhr war, und das vom Marschall de Mac Mahon herrührte, lautete folgendermaßen: „Morgen Abend werden alle unter meinem Befehl stehenden Truppen reorganisiert sein ... Failly ist in Vitry-le-François; Margueritte mit einer Kavalleriedivision in

Digitized by Google

Sainte-Menehould. Sollte die Armee des Kronprinzen in voller Stärke auf mich zukommen, so würde ich zwischen Epernay und Reims Stellung nehmen, so daß ich mich mit Ihnen vereinigen oder auf Paris marschieren kann, wenn die Umstände mich dazu zwingen."

Das war das zwölfte uns bekannte Telegramm, das Marschall de Mac Mahon an den Marschall Bazaine richtete, um ihm über seine Bewegungen Nachricht zu geben und ihn um Weisungen zu bitten, aber bis dahin war keine Antwort an ihn abgesandt worden.

General de Failly hatte ebenfalls in demselben Sinne am 13., 14. und 15. August telegraphiert, und drittens hatte der Minister um Befehle für den General Douay gebeten, aber sie hatten ebenfalls keine Antwort erhalten.

Um 12 Uhr mittags entschloß sich Marschall Bazaine, nach sechs Tagen des Schweigens an den Marschall de Mac Mahon und an den General de Failly zu telegraphieren. Die beiden letzten Telegramme des Marschalls de Mac Mahon sind aus dem Lager von Châlons datiert. Statt seine Antwort dorthin zu richten, schickte Marschall Bazaine sein Telegramm nach Bar-sur-Aube, wo der Marschall de Mac Mahon vor zweieinhalb Tagen gewesen war. Er wußte aber doch genau, daß Mac Mahon im Lager von Châlons war; hatte er es doch tags zuvor dem General de Rochebouet mitgeteilt.

„Ich erhalte Ihre Depesche erst heute Morgen", so lautete seine Antwort; „ich nehme an, daß der Minister Ihnen Befehle erteilt haben wird, da Ihre Operationen vollständig außerhalb meines Aktionsgebiets liegen. Im Augenblick würde ich fürchten, Ihnen eine falsche Weisung zu geben."

Um es zu vermeiden, dem Marschall Mac Mahon Instruktionen zu senden, nahm er an, daß der Minister es schon getan habe.

Mit dem General de Failly verfuhr Marschall Bazaine in noch sonderbarerer Weise. Sein letztes Telegramm war aus Neuilly-l'Evêque vom 15. August, 1 Uhr nachmittags, datiert. General de Failly wollte am folgenden Tage in Chaumont sein und bat, sein Armeekorps dort rasten zu lassen. Der Marschall antwortete ihm:

Metz, den 18. August, 12 Uhr mittags.

An den General de Failly, Neuilly-l'Evêque.

„Ich erhalte heute Ihre Depesche vom 15. und ich kann Ihre Bitte um einen Rasttag nicht beantworten. Es ist Ihre Sache, Ihren Marsch nach den Ereignissen einzurichten."

Dieses Telegramm war nach Neuilly-l'Evêque gerichtet, das der Adressat vor drei Tagen verlassen hatte. Marschall Bazaine mußte das wissen. Marschall de Mac Mahon hatte ihm mitgeteilt, daß General de Failly in Vitry war, und selbst angenommen, daß er es vergessen hatte, ersah er aus dem Telegramm, das er beantwortete, daß General de Failly am 16. in Chaumont sein würde. Nach diesem Ort hätte er zum mindesten mit ihm in Verbindung treten müssen.

Aus diesem Verfahren ist zu schließen, daß er unter dem Anschein, als ob

Digitized by Google

er seinen Unterführern Antwort zukommen ließe, wünschte, daß seine Antworten nicht in ihre Hände kämen oder ihnen möglichst spät übergeben würden.

Ihrem eigentlichen Sinne nach lassen sich die beiden Antworten in die Worte zusammenfassen: „Machen Sie, was Sie wollen."

Er wollte keine Befehle erteilen und erklärte dies schließlich auch dem Minister.

„Alle Tage," schrieb er ihm, „ist mir eine ziemlich große Anzahl von dienstlichen Schreiben, Befehlen und anderen Dokumenten, das I., das V. und das VII. Korps betreffend, zugegangen und geht mir noch immer zu.

Ich habe die Ehre, Euer Exzellenz zu bemerken, daß ich keine Verbindungen mit diesen Korps habe. Ich habe keinerlei Mittel, diese Befehle zur Ausführung bringen zu lassen noch diese Dokumente zu übermitteln.

Euer Exzellenz werden es zweifellos unter diesen Umständen für opportun erachten, diese Korrespondenz nicht mehr an mich zu richten und sie direkt an die Beteiligten richten zu lassen."

Als gegen 12¼ Uhr mittags das Geschützfeuer stärker zu werden begann, meldete sich Hauptmann Deloye, der mit einer Mitteilung an den Marschall Bazaine beauftragt war, bei diesem.

„Der Marschall Canrobert," sagte Hauptmann Deloye, „hat weder Lebensmittel noch Munition erhalten, trotz seines Briefes von gestern Abend, auf den Sie im Laufe des Abends geantwortet haben, daß Sie ihm welche schicken lassen würden.

Weiter hat er mich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß wegen des Wassermangels in St. Privat Menschen und Tiere fünf Kilometer weit an die Orne gehen müssen, um Wasser zu holen; er hat vor diesen Fluß eine Abteilung Artillerie aufgestellt und teilt Ihnen mit, daß, wenn Kanonenfeuer zu hören sei, daraus nicht auf ein allgemeines Gefecht geschlossen werden müsse, sondern vielleicht auf eine Demonstration gegen allzu lästige deutsche Plänkler."

Der Marschall hörte zu, ohne eine Bemerkung zu machen, dankte dem Hauptmann Deloye, entließ ihn und diktierte hierauf folgende Note an den General Jarras:

Plappeville, den 18. August.

Der Marschall und Oberkommandierende an den Generalstabschef.

„Schreiben Sie unverzüglich an die Herren Armeekorpskommandanten, sie möchten den Kommandanten ihrer Artillerie den Befehl erteilen, auf dem Plateau von Plappeville die Vorräte an Artillerie- und Infanteriemunition holen zu lassen, die für sie bestimmt sind, und zugleich ihre Verbrauchsliste abzuliefern. Ich bin erstaunt, daß man in dieser Hinsicht bei der Ausführung meiner Befehle nicht mehr Eifer zeigt.

Die Herren Armeekorpskommandanten sollen den Eifer aller anfeuern und darauf bedacht sein, einen erteilten Befehl in allerkürzester Zeit und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auszuführen."

Digitized by Google

Das nach den Weisungen dieser Note abgefaßte Schreiben kam erst an, als die Schlacht bereits in vollem Gange war, und es war ebenso, als ob es überhaupt nicht angekommen wäre.

Nur Marschall Leboeuf und General Bourbaki antworteten darauf: „Die übersandten Befehle sind ohne Verzug ausgeführt worden," sagte Marschall Leboeuf, „die Wagen sind seit heute Morgen unterwegs." „Alle Wagen," erklärte General Bourbaki, „werden zum Transport von Munition verwendet, diese Anordnung wird also mit aller nur möglichen Schnelligkeit ausgeführt."

Um 4 Uhr meldete der Führer des Artillerieparks der Garde, daß der an seinem Bestimmungsort um 11 Uhr eingetroffene Zug, um $3^1/_2$ Uhr noch nichts bekommen habe. Nicht an die Kommandanten der Armeekorps hätte der Marschall seine Vorwürfe richten sollen, sondern an den General Soleille, der Befehl gegeben hatte, daß die Munitionsvorräte des mobilen Artillerieparks von Plappeville nicht verteilt werden sollten.

Obwohl das Geschützfeuer gegen Montigny-la-Grange zu schon heftig war, so war es doch unten in Plappeville noch nicht zu hören. Der Hauptmann Campionnet, der vom Plateau kam, war wahrscheinlich der Erste, der dem Marschall Bazaine vom Beginne des Kampfes Meldung machte. Er fand ihn im großen Salon der Villa Bouteillier, wo er, eine Zigarre rauchend, in einem Lehnstuhl neben einem großen Tisch saß. Der Hauptmann trug die Fahne von einem der Bataillone des 16. pommerschen Infanterieregiments in der Hand, die am vorvorigen Tage unter den Toten gefunden worden war.

Hauptmann Campionnet berichtete dem Marschall Bazaine, daß in dem Augenblick, wo er den Marschall Canrobert verlassen, die Erkundungen der Kavallerie und die zum Auskundschaften ausgesandten Bauern noch nicht das Vorhandensein feindlicher Kolonnen vor seiner Front festgestellt hätten, daß aber deutsche Reiter in den Wäldern der Umgebung gewesen seien.

„Der Marschall Canrobert hat mir zwar aufgetragen, es Ihnen nicht mitzuteilen," fuhr er fort, „er hat aber gesagt, daß er in St. Privat in der Luft hänge und dort leicht umgangen werden könne."

„Er hat eine gute Stellung, er braucht sich nur darin zu halten," antwortete Marschall Bazaine; und als ob ihn diese Mitteilung wenig interessierte, fuhr er fort: „Lassen Sie mal diese Fahne sehen." Er ergriff sie, breitete sie auf dem Tisch über den ausgelegten Karten aus, betrachtete sie genau, befühlte die Seide, die Fransen, wog diese in der Hand und las die Ziffern und Aufschriften.

Hauptmann Campionnet stand sprachlos da: das Geschützfeuer dröhnte, der Marschall, der den rechten Flügel befehligte, hing „in der Luft", von der Gefahr bedroht, umgangen zu werden, und der Oberbefehlshaber beschäftigte sich einzig und allein damit, eine Fahne zu betrachten!

General Jarras war eben hereingekommen und lenkte, als Hauptmann Campionnet abgetreten war, die Aufmerksamkeit des Marschalls Bazaine auf einen Brief des Generals Coffinières, in dem der Gouverneur von Metz sich

Digitized by Google

beklagte, daß „die Armee auf Kosten der Festung lebe, deren Magazine weit davon entfernt seien, ihre vollen Vorräte an Lebensmitteln und Munition zu enthalten."

„Es geht doch nicht," schloß General Coffinières, „daß die Festung genötigt wird, sich ihrer Vorräte zugunsten der Armee zu entäußern."

General Jarras bestätigte die Behauptungen des Gouverneurs von Metz: die Beamten der Intendantur hatten noch heute morgen dem Obersten H. Ducrot erklärt, daß man binnen kurzem die Armee aus den Magazinen der Festung verpflegen lassen müsse, wenn nicht Züge mit verschiedenen Lebensmitteln auf der Ardennenbahn einträfen.

Der Marschall gab sich den Anschein, als ob er diese Mitteilungen in Zweifel zöge, und ließ den Unterintendanten Mony rufen, um ihn in Gegenwart des Generals Jarras auszufragen. „Ich legte Wert darauf," hat Mony erklärt, „keinerlei Zweifel bei dem Marschall Bazaine zurückzulassen. Er sollte genau wissen, daß, wenn die letzte Eisenbahnverbindung mit Frankreich — die Bahn durch die Ardennen — gesperrt werden sollte, wir uns in einer Lage befinden würden, die uns nötigte, die Tage zu zählen."

„Herr Intendant," antwortete der Marschall, „die Verantwortlichkeit der Verwaltung wäre sehr stark belastet, wenn die Lage so schlimm wäre."

„Es ist nicht die Schuld der Verwaltung, wenn der Krieg ohne genügende Vorbereitung begonnen worden ist," erwiderte der Unterintendant, „es ist auch nicht ihre Schuld, wenn in weniger als 14 Tagen zwei unserer Verkehrslinien abgeschnitten worden sind und wenn die dritte, die durch die Ardennen, nahe daran ist, es zu werden."

Daraufhin fand der Marschall, daß er dem General Jarras und dem Unterintendanten Mony nichts mehr zu sagen hatte, und entließ sie in dem Augenblick, wo ein Telegramm gebracht wurde:

„Herr Franceschini Pietri an den Marschall Bazaine:

Lager von Châlons, den 15., 12 Uhr mittags.

Major Magnan reist nach Reims und Thionville ab, wird heute abend ankommen."

Wieder die Ardennenbahn — nichts als die Ardennenbahn! Von der Ardennenbahn, ihrer Verwendung und ihrer Erhaltung um jeden Preis sprach dem Marschall Bazaine jedes Telegramm, jede Unterredung.

Jeden Augenblick hörte er dieselbe Glocke läuten, und jedesmal tönte sie gellender.

Hatte Marschall Bazaine nicht die sofortige Absendung von Munitionszügen verlangen lassen? Hatte er nicht „große Evakuationen von Verwundeten" angeordnet? Hatte er nicht die Rückkehr aller gegenwärtig auf den Bahnlinien befindlichen Proviantzüge nach Metz befohlen? Hatte er nicht 180 000 Tagesrationen mit äußerster Dringlichkeit verlangt? Hatten ihn nicht wiederholte Telegramme benachrichtigt, daß Millionen von Patronen, Hunderttausende von

Digitized by Google

Artilleriegeschossen, von Zwieback- und Brotrationen sowie Kisten mit Verbandzeug für die Verwundeten mit Eilzügen abgesandt worden seien?

Und diese seine Befehle wurden erteilt und diese Anordnungen getroffen, damit am Abend oder spätestens am anderen Morgen die Bahnlinie in den Händen des Feindes sei!

Er hatte nicht an die Folgen eines solchen Entschlusses gedacht. Er glaubte, daß die Telegramme und die Berichte übertrieben seien. Nein, er wußte, daß die Linie bedroht war; er wußte, daß sie in die Hand des Feindes fallen würde, und er selbst sollte zwei Stunden später ihre Zerstörung als eine bevorstehende Tatsache melden.

Für den Augenblick schien er sich nicht für die Rückkehr seines Adjutanten, des Majors Magnan, zu interessieren.

Obwohl die Schlacht im Gange war, hörte man in Plappeville unten, besonders im Innern der Häuser nichts. Zwei Offiziere, die vom Schlachtfelde kamen, setzten den Marschall Bazaine zu allererst in Kenntnis von der Bedeutung des Kampfes, der sich entsponnen hatte.

Zuerst kam der Hauptmann Lemoyne.

Oberst Lewal hatte, wie ihm Marschall Bazaine am Abend vorher befohlen hatte, die Untergeneralstabschefs um 10 Uhr vor der Kirche von Chatel St. Germain zusammenberufen.

Als der Major Chennevière (für die Garde), der Major de Creny (II. Korps), der Oberst Grangez du Rouet (III. Korps), der Oberstleutnant Saget (IV. Korps, und der Oberst Borson (VI. Korps) sich versammelt hatten, legte ihnen Oberst Lewal die Absichten des Marschalls Bazaine dar: er wünschte die Armee unter die Wälle der Forts zurückzuziehen, und er selbst (Oberst Lewal) habe die Herren auf Befehl des Marschalls zusammenberufen, damit sie die Stellungen im Innern des verschanzten Lagers untersuchten. Er zeigte ihnen eine Karte, auf der die bereits für jedes Armeekorps gewählten verschanzten Stellungen bezeichnet waren. Wenn sie mit der Erkundung dieser verschiedenen Punkte fertig seien, würden schriftliche Befehle den Truppen die Weisungen geben, die sie nötig hätten, um diese neuen Stellungen einzunehmen. Zum Schluß wiederholte Oberst Lewal die Worte, die der Marschall zu ihm am Tage vorher gesagt hatte, um ihm seinen Gedanken klarzumachen: „Die Armeen sind nicht dazu da, die festen Plätze zu decken; die festen Plätze sind vielmehr dazu da, die Armeen zu decken."

Die Gruppe der Untergeneralstabschefs, die sich sofort in raschen Trab gesetzt hatte, wurde vom General Frossard angehalten, der dem Obersten Lewal in barschem Tone Vorwürfe machte, daß er mit einer geschlossenen Gruppe so mitten in seine Lagerplätze hineinreite, ohne ihm vorher Meldung davon gemacht zu haben.

Gegen 11¾ Uhr befanden sich die erkundenden Offiziere hinter Amanvillers, als Kanonendonner ertönte.

Als die Untergeneralstabschefs die Bedeutung des Kampfes erkannt hatten, baten sie alle zu ihren Korps zurückkehren zu dürfen. Oberst Lewal hatte

Digitized by Google

nichts dagegen einzuwenden und sandte den Hauptmann Lemoyne ab, um dem Marschall Bazaine den Stand der Dinge zu melden. Er selbst setzte mit dem Major Tiersonnier und den Hauptleuten Gavard und de la Ferté die Besichtigung der Stellungen fort.

Kurz nach dem Eintreffen des Hauptmanns Lemoyne brachte Leutnant de Bellegarde vom 6. Jägerregiment zu Pferd ein Billett von Marschall Canrobert, in dem er meldete, daß St. Privat von den Deutschen angegriffen werde. Dies muß um 1 Uhr gewesen sein.

General Jarras, der von dem Hauptmann Lemoyne benachrichtigt worden war, kehrte in die Villa Bouteillier zurück: „Ich war überzeugt," sagte er, „daß ich den Marschall zum Fortreiten bereit finden würde. Er schickte mich wieder fort, indem er mich ersuchte, Geduld zu haben, und mir auftrug, mit dem größten Eifer an einem Beförderungsvorschlag zu arbeiten, der ungeduldig erwartet werde." Diese letzten Worte waren eine Anspielung auf die wiederholten Bemerkungen des Generals Frossard über die Unzulänglichkeit seiner Kaders.

Marschall Bazaine erkannte nicht, daß die Einschließung, zu der er seine Armee verurteilte, der schlimmsten der Niederlagen auf dem Schlachtfeld gleichkam.

Er begriff nicht, daß dies die unabwendbare Kapitulation herbeiführen und Frankreich aller seiner Verteidigungsmittel berauben hieß.

Er machte sich nicht klar, daß er, indem er sich weigerte, seine Pläne mitzuteilen, und auf die Bitten seiner Unterführer um Weisungen nicht antwortete, sie und mit ihnen die Regierung zu Fehlern veranlaßte und die Ursache ihres Unglücks werden mußte.

Er selbst wollte unbesiegt bleiben. Seine Armee sollte nicht in offener Feldschlacht geschlagen werden. Das war sein einziger Gedanke.

In seiner Voreingenommenheit begriff er nicht, daß wenig darauf ankam, ob durch den Verlust einer Schlacht oder durch Ungeschicklichkeiten Katastrophen herbeigeführt werden: das Ergebnis mußte immer, was auch die Ursache davon sein mochte, der Untergang Frankreichs sein.

Wenn man lange und reiflich die Tatsachen untersucht und sie von oben überblickt hat, wenn man ihren Folgen nachgegangen ist und die Beweggründe für die Handlungen des Marschalls Bazaine erforscht hat, so wird man in manchen Augenblicken von Ekel oder Entrüstung erfaßt und kann sich nicht enthalten, angesichts solcher Schlaffheit, Erbärmlichkeit und Zweideutigkeit sich in Ausbrüchen der Wut und Empörung zu ergehen.

Ueberlegt man dann genau, so wird man ruhiger, und wenn man den Marschall Bazaine so mit nahezu leerem Hirn, einem Herzen ohne Hochsinn vor sich sieht und beobachtet, wie es ihm in dem Maße an Charakter und moralischem Gefühl fehlt, daß er das Abscheuliche und Nutzlose seiner Handlungsweise nicht erkennt, so legt sich der Grimm, und man fühlt sich von tiefem Mitleid ergriffen.

(Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Die Schmucksteine im Altertum

Von

Professor Karl B. Hofmann (Graz)

Mit Vorbedacht ist in der Ueberschrift die Bezeichnung „Schmuckstein" statt Edelstein gewählt. Bei den antiken Völkern bildete sich nämlich der letztere uns geläufige Begriff erst spät. So hatte der Grieche nicht einmal ein besonderes Wort dafür; erst im Lateinischen begegnen wir der Bezeichnung „gemma", worin aber auch unsre Halbedelsteine mitbegriffen sind.

Wie die Blume durch ihre Form und die Schönheit ihrer Farben sich in frühester Zeit dem Menschen als Schmuck darbot, so zogen ihn auch an den Steinen die Farbe, außerdem die Durchsichtigkeit und Lichtbrechung, die auffallenden Kristallformen, bei vielen derselben auch die merkwürdigen Zeichnungen an. Dazu kam sehr früh die künstlerische Bearbeitung, die den Wert des Steines erhöhte, ja nicht selten allein ausmachte. Der doppelte Umstand: das seltene Vorkommen und die Härte, durch welche die Edelsteine vor allzu leichter Verletzung geschützt sind, kam noch später hinzu, sie geschätzter zu machen. Im kaiserlichen Rom endlich erhielt ein Schmuck erst dann den höchsten Wert, wenn man meinte, ein unzweifelhaftes Zeugnis zu besitzen, daß er vorher einer berühmten Persönlichkeit angehört habe.

Unsre Kenntnis von den Schmucksteinen der Alten schöpfen wir vornehmlich aus dem umfassenden Werke „Historia naturalis" Plinius' des Aelteren, der, als Admiral der römischen Kriegsflotte in Misenum stationiert, sein Leben bei jenem Ausbruche des Vesuvs verlor, der die kampanischen Städte Pompeji und Herculanum vernichtete. Außer jenem Werke sind die uns noch erhaltenen „Gemmen" selbst die sicherste Quelle unsers Wissens.

Zu den ältesten Schmucksteinen gehört wohl der Bernstein. In prähistorischen Gräbern Europas, besonders der Mittelmeerländer, finden sich sehr häufig durchbohrte malagabraune Bernsteinkugeln, die, aufgefädelt, offenbar als Halsschmuck dienten. Da viele derselben nach des Verfassers Untersuchungen aus baltischem Bernstein bestehen, so wird dieser auf Karawanenwegen durch das unwirtliche Germanien, und in noch früherer Zeit durch phönizische Kaufleute nach jenen südlicheren Ländern gelangt sein. Auch die mykenische Kulturwelt liebte diesen Schmuckstein, wie denn Schliemann solche Perlen bei seinen Ausgrabungen in großer Zahl vorfand. — Die Griechen auf der Höhe ihrer Kultur scheinen ihn wenig geachtet zu haben; dagegen war er in der römischen Kaiserzeit sehr beliebt, besonders der dunkelweingelbe, demnächst der braunrote. Wie noch heute die römischen Bauersfrauen Halsketten von Bernsteinkugeln lieben, so trugen die römischen Damen dergleichen vielleicht auch schon mit dem Nebenzweck: als Schutz gegen Kropf und Angina zu dienen. Man faßte den Bernstein auch in Ringe und Armbänder.

Digitized by Google

Von unsern eigentlichen Edelsteinen waren fast alle den alten Völkern bekannt, deren meiste ja noch heute die alten griechischen Namen führen.

Obenan stand, wie bei uns, der Diamant. „Nicht bloß unter den Edelsteinen, sondern unter allen menschlichen Dingen hat der Diamant den höchsten Wert," sagt Plinius. Seiner Härte wegen, von der man gar merkwürdige Dinge fabelte, hieß er „adámas", der „Unbezwingliche", woraus durch Entstellung das Wort Diamant entstanden ist. Er kam aus Indien und wurde, wie es scheint, nicht selten mit dem klaren indischen Bergkristall verwechselt. Bei den Griechen und Römern muß er ungemein selten gewesen sein, sonst wäre der Diamantring der Berenike, der Tochter des jüdischen Königs Herodes und Geliebten des Kaisers Titus, kaum so berühmt gewesen. Der Diamant scheint nur als Ringstein Verwendung gehabt zu haben und wurde nie graviert.

Am Smaragd, der schon zu Platons Zeit bekannt war, schätzte man seine grüne Farbe, die man nicht satt werde anzusehen; „nichts gibt es, was schöner grün wäre als er", außerdem auch „das Feuer, das von seiner Oberfläche strahlt". Als schönster galt der skythische (wohl vom Ural und Altai) und der indische; er war als Damenschmuck sehr beliebt, aber auch als Ringstein. Polykrates' berühmter Ring soll nach Herodots Erzählung ein Smaragd gewesen sein. — Der Tempelschatz der Isis zu Acci (bei Cadix) besaß zahlreiche Smaragde.

Nach diesem Edelsteine räumte die Mode zu Plinius' Zeit den nächsten Rang dem Edelopal und dem Beryll in seinen verschiedenen farbigen Varietäten (besonders Aquamarin) ein. Der Edelopal, der nie die Größe einer Haselnuß übertraf, erregte durch sein anmutiges Farbenspiel die Bewunderung der Alten und wurde viel gefälscht. — In Indien, woher man den Beryll bezog, trug man diesen auf Fäden gereiht; bei den Römern faßte man die schönsten Exemplare an den beiden Enden der sechsseitig geschliffenen Prismen in Goldkloben, nicht (wie oft den Smaragd) in rings umgreifender Fassung. In der Kaiserzeit verwendete man ihn tiefgeschnitten als Ringstein und zur Ausschmückung von Prunkgefäßen. Saphir und Rubin (Anthrax, d. h. „glühende Kohle") finden sich im Lyoner Frauenschmuck und auch als Ringsteine. Dazu wurde der Rubin schon in der Zeit Alexanders des Großen verwendet. Er gelangte mit dem Diamant von den Märkten des westlichen Dekan zu den Griechen.

Von den übrigen noch heut beliebten Edelsteinen war nicht selten im Frauenschmuck der Topas verwendet, sehr häufig der Hyazinth, der tiefviolette indische Amethyst (besonders zu Intaglien), seltener der indische, oft mit dem Rubin verwechselte Granat, der in Birnform oder à cabochon, nicht selten auch hohl geschliffen wurde. Die Aegypter bezogen schon in der frühesten Zeit von der Sinaihalbinsel, wo sie Kupfergruben hatten, den Türkis. Das älteste erhaltene Stück ist wohl der Türkis, mit welchem das Armband der Gemahlin des ägyptischen Königs Chent geschmückt ist, die im vierten Jahrtausend v. Chr. lebte.

Von den Halbedelsteinen — die vor allem zu Kameen verarbeitet wurden —

Digitized by Google

war bei den Griechen, weniger bei den Römern, der ganz durchsichtige, tiefrote Karneol aus Indien besonders beliebt. Er diente mehr zu Intaglien, wie denn unsre Museen wahre Meisterwerke dieser Art besitzen. Außerdem waren der purpurrote, rosenfarbige, der smaragdgrüne und der schwarze Jaspis sehr geschätzt (die Berliner Sammlung allein besitzt weit über dreihundert Jaspisgemmen), ferner als Ringstein der lauch- bis grasgrüne Prasius (Plasma), dann der Sardonyx und die verschiedenen Onyxarten mit den vielfarbigen wechselnden Schichten, die der Künstler zur Herstellung der Karmeen so geschickt zu behandeln verstand, daß die herausgearbeiteten Figuren in verschiedener Farbe sich vom Grunde abhoben. Als Beispiele solcher Prachtkameen mögen dienen: der Cameo (Herrscherpaar) der Petersburger Sammlung, der dreifarbige Sardonyx von Paris, vor allem aber der wundervolle Onyx im Wiener Kulturhistorischen Museum (Gemma Augustea, die Familie des Augustus darstellend). Nebenbei sei erwähnt, daß ein Onyx von dieser Größe heute nicht leicht mehr in den Handel kommt. Bei den Römern kam dieser Stein in Ansehen, weil Scipio Africanus sich zuerst seiner (als Siegelring) bediente.

Zum Schlusse soll noch der indische Bergkristall erwähnt sein, der nur selten zu Gemmen verarbeitet wurde. Um so höher geschätzt waren die aus ihm gefertigten Gefäße. Zu Plinius' Zeit kaufte eine römische Dame ein Kristallbecken für 26000 Mark. Diese Liebhaberei herrschte noch im achtzehnten Jahrhundert. Das Kunsthistorische Museum in Wien, das Grüne Gewölbe in Dresden, die Schatzkammer in München, die Kunstkammer in Berlin u. a. sind reich an solchen Kristallgefäßen.

Die Kunst, durch Anbringung zahlreicher, mannigfacher Facetten den Glanz, das Feuer der Edelsteine zu erhöhen, war dem Altertum unbekannt. Der Rautenschliff entwickelte sich in Europa erst im fünfzehnten, der eigentliche Brillantschliff gar erst im siebzehnten Jahrhundert, wie man annimmt, unter dem Einflusse des Kardinals Mazarin. Selbst die Indier, das Volk, das in Edelsteinen den größten Luxus trieb, kannten in alter Zeit nur das Glattpolieren der natürlichen Kristallflächen und die Herstellung von Tafelsteinen (pierre faible). Auch die Griechen und Römer beließen dem Smaragd und Beryll seine sechskantige Prismengestalt und beschränkten sich darauf, die kleinen Kombinationsflächen an den beiden Enden des Kristalls durch einen Querschliff zu entfernen. Außerdem pflegte man den Steinen eine ovale Gestalt zu geben, ihre Oberfläche gewöhnlich schildförmig, mogelig (en cabochon) oder flachkonkav zu schleifen. Andre schliff man kugelig (baccae), beeren-, tropfen- oder zylinderförmig. Die Zylinder, sowie die Perlen und Beeren waren durchbohrt und wurden, auf Schnüre oder Goldfäden aufgereiht, z. B. als Collier getragen. Aehnlich trug man in Aegypten und wohin im Orient ägyptische Waren drangen, aufgereihte, in Gestalt von Skarabäen geschnittene Gemmen. Auch die sehr alten, bikonvex geschliffenen und gravierten der mykenischen Kunstperiode angehörigen „Inselsteine" wurden auf Schnüren getragen.

Die Fassung der Steine war gewöhnlich sehr einfach, fast roh. An den

Digitized by Google

goldnen oder silbernen Siegelringen war der Stein gewöhnlich im Kasten (chaton) eingesetzt — die sog. Schleuderfassung (Sphendone) — oder à jour gefaßt; die Grappen ahmen bisweilen die Form von Maiglöckchen nach. — Um eine gefällige Gliederung der Halsketten zu erzielen, ließ man die Steine mit Perlen abwechseln oder brachte zwischen je zwei Steinen goldene Ringelchen, Plättchen oder ähnliche Gebilde an. Die durch ihre Schönheit berühmte Hetäre Laïs (die ältere) besaß einen Halsschmuck, in welchem die Steine zu ihrem Namen angereiht waren.

Gewissen Steinen, z. B. minder schönen Rubinen, legte man goldene oder silberne Folien unter, um dadurch ihre Wirkung zu erhöhen.

Von noch größerer Bedeutung als die geschliffenen waren bei den Griechen und den späteren Römern die geschnittenen Steine. Die glyptische Kunst, die wohl von Babylon nach Kleinasien verpflanzt, von da in Griechenland Eingang fand, erlebte ihre höchste Blüte zur Zeit Alexanders des Großen. Der Grieche schätzte an den geschnittenen Steinen mehr das Kunstwerk als den Wert des Steins; jenes veredelte ihn erst recht. — In welcher Menge diese Gemmen einst vorhanden sein mußten, können wir daraus schließen, daß noch heute jede Antikensammlung einen meist ansehnlichen Schatz dieser kleinen Kunstwerke besitzt. — Für den Tiefschnitt (intaglio) bevorzugte man die durchsichtigen Steine, voran den Karneol mit seinen gelben und braunen Varietäten (Sarder); für die erhaben geschnittenen (Kameen) dagegen, wie schon erwähnt, die undurchsichtigen und durchscheinenden Halbedelsteine Jaspis, Achat, vor allem Onyx und Sardonyx.

Plinius berichtet, man habe die Edelsteine (in unserm Sinne genommen), einschließlich den indischen Bergkristall, für gewöhnlich nicht geschnitten, weil man auf die Mannigfaltigkeit und Schönheit ihrer Farben und die Zierde, die sie an sich boten, so viel Wert legte, daß man es für unrecht hielt, sie durch die Gravierung zu „verletzen“. In der Tat findet man nur sehr selten geschnittene Rubine und Smaragde. Doch mag wohl die Schonung dieser Steine auch darin ihren Grund gehabt haben, daß sie wegen ihrer großen Härte der Bearbeitung allzu große Hindernisse entgegenstellten.

Durch die Erfindung der verschiedenen Schlifformen, zum Teil auch durch die geschmackvolle Fassung, hat die neuere Zeit einen unzweifelhaften Fortschritt auf dem Kulturgebiete des Schmuckes gemacht. Dagegen dürfen wir uns nicht verhehlen, welch großer Rückschritt im Vergleich zur Antike, ja selbst zur Renaissancezeit sich darin verrät, daß die geschnittenen Steine fast ganz von den geschliffenen verdrängt sind. Es ist ein bedenkliches Zeichen vom Verfall des Kunstgeschmacks. Eine auf der Rückseite des Briefkuverts aufgeklebte „Wohltätigkeitsmarke“ ist ein schlechter Ersatz für einen schönen Gemmenabdruck.

Die Intaglien (anáglypha) dienten vor allem für Siegelringe; die Kameen (éktypa) zu Schmuckringen, als Verzierungen von Armbändern, Gürteln, Spangen usw. Sie bildeten ursprünglich einen Schmuck der Frauen; bei den Römern wurden sie erst spät auch von Männern in Agraffen getragen.

Digitized by Google

Der früheste Schmuck, zu welchem Steine verwendet wurden, dürften wohl Halsketten gewesen sein. Unsre Kenntnisse der antiken Schmuckgegenstände beschränken sich leider vor allem auf die römische Kaiserzeit. Die Halsketten der Römerinnen waren manchmal so lang, daß sie über den Busen herabhingen, da ihre Gestalt und Anordnung die Vermutung ausschließt, daß sie mehrmals um den Hals geschlungen wurden. In einem römischen Sarkophage fand man eine Halskette, von der zu beiden Seiten je ein Goldkettchen mit Chrysolithen und Hyazinthen als Schmuck über die beiden Brüste herabhing.

Im Jahre 1841 wurde zu Lyon in der Höhlung einer antiken Mauer neben mehr als 2000 Silbermünzen ein ganzer Hort von Juwelen gefunden, die einer römischen Dame aus der Zeit des Commodus oder Septimius Severus angehörten. — Ueber die fünf Halsbänder, die einst den Stolz der vornehmen Römerin bildeten, Einzelheiten zu erfahren, möchte Leserinnen dieses Aufsatzes vielleicht nicht unwillkommen sein. Das eine dieser Colliers besteht aus fünf Smaragden, die in viereckige Goldleistchen à jour gefaßt sind; zu beiden Seiten des mittleren Steins ist je eine erbsengroße, ähnlich gefaßte Perle von unregelmäßiger Gestalt eingeschaltet. Die einzelnen Stücke sind durch Goldbleche verbunden, von deren unterem Rande Kettchen mit sechsseitigen Smaragdprismen herabhängen. An beiden Enden der Kette befinden sich Oesen, durch die ein Faden gezogen ward, so daß sie eigentlich nicht um den Hals herumging — sie ist nur $^1/_4$ Meter lang —, sondern den oberen Teil des Busens bedeckte. — Eine andre Kette wird von elf ovalen Kästen gebildet, in denen à cabochon geschliffene Granaten sitzen; von jedem einzelnen Kästchen hängt ein birnförmig gestalteter Granat herab. — Ein andres Collier zeigt zehn oval geschliffene, à jour gefaßte Amethyste, ein viertes, besonders grazil gearbeitetes, zählt vierzehn erbsengroße, in Gestalt ovaler Bohnen bearbeitete Saphire, die durch zierliche, herzförmige Goldplättchen zusammengehalten werden. Endlich wäre noch eine zweireihige Doppelkette zu erwähnen, die aus 44 Zentimeter langen Goldzylinderchen und Korallen zusammengefügt ist, die, mit ebenso vielen zentimeterlangen Prismen von Malachit abwechselnd, durch Goldschlingen verbunden sind. Da diese Kette weit über einen Meter lang ist, so muß sie tief über die Brust sich gelegt haben. Man sieht, die reiche Römerin hatte Abwechslung in ihren Edelsteinen.

Zu einigen dieser Hals- und Busenketten passen sehr fein gearbeitete Ohrgehänge. Die zu der Smaragdkette gehörigen haben die Gestalt einer kleinen Wage. An den Enden eines zarten Goldbalkens hängt wie eine Wagschale je ein sechsseitiger Smaragd von der Länge eines Zentimeters an einem Kettchen, in dessen Mitte ein muglig geschliffener Rubin sitzt. In der Mitte des Balkens ist oben ein dritter in Goldfassung gehaltener Smaragd festgelötet, der ein Häkchen zum Einhängen ins Ohr trägt. In demselben Schatze wurde noch ein andres, ähnliches, mit Smaragden geschmücktes Paar gefunden. — In Pompeji wurde eine Anzahl mit Steinen geschmückter Ohrgehänge ausgegraben, z. B. mit hangenden Granaten; aus einem römischen Funde besitzt man solche mit je einem Granaten und Saphir.

Digitized by Google

Die Steine fanden noch anderweitige Verwendung: aus einem Grabe in Ithaka stammt ein wundervoll gearbeiteter Gürtel, dessen geschmackvolle Schließe einen eingesetzten Hyazinth zeigt. — Die Lyoner Brasseletts sind ohne Edelsteine, dagegen kennt man römische, die mit wertvollen Kameen besetzt sind. Ferner hat man edelsteingeschmückte Diademe, Haar- und Sicherheitsnadeln (fibulae). Die Griechinnen — und zu Plinius' Zeiten nahmen auch die Römerinnen diese Mode an — trugen mit Edelsteinen und Perlen versehene Ringe um die Fußknöchel (Perisphyria).

In größter Zahl sind aus dem Altertum Fingerringe auf uns gekommen. — Nicht immer war der Ring ein Gegenstand des Schmuckes, wie die eisernen Ringe der Lakedämonier und Römer beweisen. Ursprünglich hatte er symbolische Bedeutung wie noch bei uns der Ehering. Der Ring, den die römische Braut erhielt, war aus Eisen und ohne Schmuckstein. Der Sage nach sollte Prometheus zur Erinnerung an seine Strafe ein Stückchen jenes Felsens, an den er gefesselt war, in einen eisernen Ring gefaßt tragen. — Außerdem diente der Ring praktischen Zwecken. Die Hausfrauen besaßen einen Siegelring; vieles, was heut versperrt wird, versiegelten sie, nicht zum Schutz, sondern als Plombe zur Sicherheit, daß sich ein Sklave oder eine Sklavin an den verwahrten Sachen nicht vergriffen habe. — Der Ringabdruck auf einer Urkunde entsprach unsrer Unterschrift; er diente auch als Erkennungszeichen und vertrat unsre Empfehlungskarte. Die Siegelringe stammten aus Babylonien, wo sie zuerst neben Siegelzylindern in Gebrauch waren.

Noch in der homerischen Zeit scheint man den Ring nicht als Schmuck getragen zu haben, wenigstens werden unter dem Frauenschmucke, den Hephaistos anfertigt, keine Ringe erwähnt. Später wurde dies anders. Wie hoch die Griechen den Wert eines Edelsteins schätzten, beweist die Sage, daß Polykrates, um das Schicksal zu versöhnen, als wertvollsten Besitz seinen Ring ins Meer senkte. Plinius erwähnt als Beispiele besonderer Eitelkeit einige Musikvirtuosen, die mit Edelsteinen prahlten, welche sie um horrende Summen erstanden hatten. Ebenso bei den späteren Römern. Vom Senator Struma Nonius wird berichtet, er habe einen Ring mit einem schönen Opal besessen. Um diesen an sich zu bringen, proskribierte Antonius dessen Besitzer, der sich mit Hinterlassung seiner übrigen Habe durch Flucht rettete und nur den Ring mitnahm.

Der kostbarste Ring wurde am kleinen Finger getragen. Wenn der Spötter Lukianos nicht übertreibt, so gab es Männer, die an beiden Händen zusammen sechzehn Ringe trugen. Ja, man hatte für den Sommer eine andre Garnitur, weil die Winterringe der verweichlichten römischen Gesellschaft „zu schwer" erschienen.

Gegen Ende der Republik besaß man ganze Ringsammlungen, allerdings vor allem geschnittene Steine, die also Kunstwert besaßen. So weihte Julius Cäsar sechs solcher „Daktyliotheken" seiner angeblichen Ahnfrau — der Venus genetrix; Pompejus stellte die Daktyliothek des besiegten Mithridates im Kapitol als Weihegeschenk auf.

Digitized by Google

Der Luxus in Edelsteinen stammte aus dem Orient. In der hellenistischen Welt nahm er unter den Ptolomäern und Seleukiden überhand. In Rom soll er mit dem Triumphzuge des Pompejus, den dieser über den König Mithridates feierte, seinen Einzug genommen haben, bis er in der Kaiserzeit barbarische Formen annahm. Nicht bloß Trinkgefäße wurden mit Kameen inkrustiert, sogar Wagen und Sänften, das Pferdegeschirr und die Waffen der Gladiatoren waren mit Edelsteinen besetzt.

Das Fälschen der Edelsteine durch Glasflüsse betrieben die Alten in solchem Maße, daß Plinius behauptet, es sei die gewinnbringendste betrügerische Industrie. Die beiden Städte Alexandrien und Theben in Aegypten waren wegen der Feinheit und Schönheit ihrer Glaswaren berühmt; dort vor allem wurden auch falsche Edelsteine hergestellt. Als solche werden der Smaragd, Opal, der Rubin und Türkis ausdrücklich bezeichnet. Namentlich sollen die falschen Smaragde täuschend ähnlich gewesen sein. Eine Glaspaste an einem der Lyoner Colliers ist so schön, daß man sie anfänglich für Lapislazuli hielt; an einem andern befindet sich ein nachgeahmter Granat und Saphir neben einem echten Smaragd; man mischte also auch damals falsche Steine unter echte.

Auch das „Doublieren" der Steine war bekannt und geübt. Plinius gibt an, man fälsche den dreifarbigen Sardonyx, indem man weiße, schwarze und mennigrote Steine lagenweise aufeinander kittete.

Außerdem soll man die Kunst verstanden haben, durch Färben minderwertigen Steinen das Aussehen von kostbaren Edelsteinen zu geben. Noch heute sollen die Achatschleifer in Oberstein und Idar (Fürstentum Birkenfeld) eine Technik besitzen, unansehnliche Chalzedone und gelbe Karneole durch Kochen mit Honig in Onyxe umzuwandeln. Auch bei den Alten wird des Kochens in Honig Erwähnung getan. Man glaubte außerdem, daß alle Edelsteine durch diese Behandlung mehr Glanz annehmen. In den Sammlungen antiker Gemmen findet man auch „gebrannte" Karneole.

Wie noch im heutigen Frauenschmuck die Perle neben den Edelsteinen steht, so war es auch im Altertum. Sie nahm, wie wir aus Theophrasts Schriften wissen, schon im vierten Jahrhundert v. Chr. bei den Griechen, und in der Kaiserzeit bei den Römern den zweiten Rang ein. Am meisten geschätzt waren große, regelmäßige Perlen, welche das durchscheinende Weiß des Alauns (nach der Beschreibung des Plinius) besaßen. Die schönsten Perlen kamen, wie die wertvollsten Edelsteine, aus Indien, zum Teil auch aus dem persischen Meerbusen. Ihr Hauptmarkt für Europa war Alexandrien; daher nahm mit dessen Eroberung der Perlenluxus so überhand.

Weltberühmt war der Perlenschatz der Königin Kleopatra, den sie im Gedränge der politischen Verhältnisse nebst ihren andern Schätzen in die von ihr am Tempel der Isis errichtete Grabkammer schaffen ließ. Sie besaß die zwei größten Perlen, die sie in den Ohren trug. Augusts General Agrippa, der Erbauer des Pantheons, hat nach dem Tode der Königin eine dieser berühmten Perlen in zwei Hälften sägen und als Ohrgehänge für das Venusbild im

Digitized by Google

Pantheon in Rom fassen lassen. Die andre Perle soll Kleopatra bei einer Mahlzeit vor den Augen des Antonius in Essig gelöst und ausgeschlürft haben, um gegen diesen ihre Wette zu gewinnen, daß sie bei einem einzigen Mahle 1 Million Sesterzien verzehren könne. Leider enthält diese Sage eine chemische Unmöglichkeit, da selbst eine kleine Perle erst nach mehreren Stunden sich in Essig auflöst. — Die Perle, welche Cäsar seiner Geliebten Servilla, der Mutter des Brutus, zum Geschenk gemacht hat, soll 130000 Mark gekostet haben.

Den kostbarsten Schmuck, der allerdings aus Perlen und Smaragden bestand, trug Lollia Paulina, eine Gemahlin des Caligula, bei einem Verlobungsfeste. Er war teils in das Haar eingeflochten, teils bildete er das Halsband, die Ohrgehänge und Fingerringe. Er soll beinahe 9 Millionen Mark wert gewesen sein, und seine Besitzerin so unfein, daß sie sich bereit erklärte, die bestätigenden Dokumente vorzuweisen. Der Schmuck stammte von ihrem Großvater Lollius, der ihn im Orient zusammengeraubt hatte. Es hing kein Segen an diesem Hort. Selbst bei den Römern, deren schamlose Ausplünderung der Provinzen die Regel war, erregte es Aufsehen; Lollius fiel bei Cäsar in Ungnade und machte seinem Leben durch Gift ein unrühmliches Ende. Lollia Paulina aber ward von Agrippina ermordet.

Wie noch heute wurden einfache, doppelte oder dreifache Perlenschnüre um den Hals getragen. In den Pandekten, dem Hauptbestandteil des römischen Corpus juris, wird als Vermächtnis ein Busengeschmeide erwähnt, das aus 34 zylindrischen und ebensovielen scheibenförmigen Perlen bestand. — Besonders aber liebte man es, wie die Lyoner Beispiele beweisen, bei den Colliers Perlen mit Edelsteinen, vor allem mit Smaragd, zu kombinieren.

Die Perlen waren auch als Ohrschmuck beliebt. Zuerst einzelne, große Perlen — unio („Einzelheit") genannt. Später, nachdem der Luxus gestiegen war, hing man drei große, tropfenförmige nebeneinander — die sog. „Elenchen". Da nur die reichsten Damen sich solche gönnen konnten und diese Perlen daher beim Erscheinen auf der Straße Vornehmheit und Reichtum ankündigten, so nannte man sie scherzweise die „Liktoren der Frauen", wie die voranschreitenden Liktoren das Nahen des obersten Staatsbeamten, des Konsuls und auch der Vestalinen verkündigten. Oder war's Spott? Die vornehmen römischen Frauen zeichneten sich nämlich nicht gerade durch vestalische Keuschheit aus. Plinius und Seneka eifern gegen diesen Luxus; die Frauen trügen ja den Ertrag ganzer Landgüter an den Ohren. Seneca sagt ungalant: „Die Närrinnen glauben wahrscheinlich, ihre Männer seien nicht genug geplagt, wenn sie nicht an jedem Ohr zwei oder drei große Erbschaften hängen haben."

Der Perlenluxus nahm rasch zu. Beim dritten Triumphzuge des Pompejus wurden dreiunddreißig Perlenkränze aufgeführt. Cäsar weihte der Venus genetrix einen ganz mit Perlen besetzten Harnisch. Aber schon Caligula trug mit Perlen besetzte Stiefel, und Nero ließ seine Reisebetten, ja sogar die Wände der Gemächer, in denen er seine Orgien feierte, mit Perlen inkrustieren.

Bei den antiken Völkern waren die Goldarbeiter zugleich Juweliere. Eine

Digitized by Google

interessante Urkunde besitzen wir aus der Zeit Artaxerxes I. (fünftes Jahrhundert v. Chr.), jenes persischen Königs, an dessen Hof sich Themistokles geflüchtet hatte. Drei Goldschmiede der Firma Muraschû und Söhne garantieren darin für zwanzig Jahre, daß ein Smaragd aus der Fassung eines Ringes nicht herausfallen werde, andernfalls sie bereit sind, 10 Minen (etwa 1000 Mark) zu zahlen.

Die Erwägung, welche Rolle die Schmucksteine durch Jahrtausende im Leben der Menschen spielen, führt uns auf ein merkwürdiges Ergebnis. Wie vieles hat sich in dieser langen Zeit geändert! Politische Ueberzeugungen und Institutionen wechselten, Religionen lösten einander ab, die gleichen Steine aber, bei deren Anblick heut ein Frauenauge mit Entzücken verweilt, erfreuten schon den Sinn der Griechin und der Römerin. Sogar in der Reihenfolge der Wertschätzung änderte die Mode nichts. Wie heute, so stand damals obenan der Diamant; den zweiten Platz nahm die Perle ein, den dritten Rang billigte man dem Smaragd zu; an diese herrliche Trias schlossen sich Beryll, Saphir und Rubin. Die Geschichte zeigt eine merkwürdige Beständigkeit dieses Teils der Kultur.

Gustav Freytags Briefe an Albrecht v. Stosch

In Auswahl herausgegeben

von

Hans F. Helmolt

(Schluß)

Siebleben, 26. August 1890.

So narrt uns das Schicksal, und doch bleibt uns nichts weiter übrig, als nach Pflicht und Neigung für unser Wollen uns einzusetzen, wir die Ameisen, die große Fügung irdischer Dinge der Pudel, der unsre Gänge schonungslos zerkratzt. Es ist tapfer von Miquel,[84]) daß auch er diese Beharrlichkeit aufwenden kann, er wird sie brauchen. Denn jede Reform in Abgabensachen ist für den Reformer eine verhängnisvolle Sache, die Geschädigten hassen und agitieren, die Gewinnenden bleiben untätig. — Wenn Ihnen gelingt, die zweijährige Dienstzeit durchzusetzen, so wird Ihre Tätigkeit die populärste von allen großen Arbeiten Ihres Lebens sein. Leider wird das Publikum Ihr Verdienst dabei wieder nicht erfahren.

Ich hause hier mit meinem Knaben im Frieden des Dorfes, dem leider eine gute Ernte verregnet. Es fehlt nicht an Bewegung. Einen Tag war ich in Reinhardsbrunn, bat den Herzog,[86]) über den letzten Besuch bei Bismarck zu erzählen ...

---

[86]) Herzog Ernst war, als sich zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Fürsten Bismarck der Bruch vollzog, nach Berlin geeilt, ohne etwas auszurichten. Freytag siedelte 16. August von Wiesbaden nach Siebleben über und besuchte bald darauf den Herzog.

Digitized by Google

Siebleben, 19. November 1890.

Lieber Freund!

Von Herzen wünsche ich Glück zu der beendigten Ernte des ersten und größten Weinbauers von Oestrich, ich fühle mit wahrem Freundesstolz die Bedeutung der 10000 Pfund Sterling. Es ist doch erfreulich, zu beobachten, wie Sie alles, was Sie beginnen, gut machen. Während Sie aber für fröhliche Erntearbeit tätig waren, habe ich eine andre Art von Erntearbeit in derselben Zeit abgemacht: ich habe gestern mein Testament deponiert. Die Abfassung war für mich eine schwierige Arbeit, die letzten geschäftlichen Auseinandersetzungen mit der Kranken zu Bendorf[87]) resp. deren Vormund, denen die gerichtliche Scheidung vorherging, Bestimmungen über die Verwaltung der Hinterlassenschaft während der Minorennität meines Sohnes und die Erfindung der Form, in welcher Substitutionserben im Falle seines vorzeitigen Todes von mir bestimmt werden können, kurz, viele Bedenken. Vorläufig ist alles abgemacht, es wird Ihnen nicht ganz erspart bleiben, daß ich Sie damit unterhalte. Jetzt habe ich noch dem Herzog hier zu begegnen,[88]) am 22. denke ich nach Wiesbaden überzusiedeln und, sobald ich mich dort etabliert habe, Sie um einige Tagesstunden zu bitten.

Ob ich die Reise nach dem Süden mache und wann, ist jetzt auch von Kochs großer Entdeckung[89]) abhängig geworden. Da nämlich die Leipziger Freunde seit der großen Husterei dieses Sommers für möglich gehalten, daß ich heimlicher Bewahrer des menschenfeindlichen Bazillus sein könnte, will ich mich vorher von ihnen darauf prüfen lassen. Soll ich überhaupt noch auf Erden dauern und die Kraft zu gesundem Schaffen betätigen können, so muß die Frage der Existenzfähigkeit beantwortet werden.[90]) Auch darüber erzähle ich Ihnen.

Genau mit der Empfindung wie Sie habe ich Kochs Aufsatz gelesen. Das war die Sprache eines hochsinnigen Deutschen. Die Entdeckung und die Weise, in welcher er darüber berichtet, sind so schön, daß sie das Gemüt erhellen und man sich bewußt wird, etwas Großes und einen großen Charakter zu erleben. Ihm selbst wird für längere Zeit ein großes Quantum Lebenskraft und eine unerhörte Opferung seiner selbst zugemutet werden. Das Aufsehen, der Zudrang der Aerzte und Heilungsbedürftigen werden ins Ungeheure wachsen, in allen Gasthöfen wird die Pilgerschar lagern, und die Berliner Geräumigkeit wird sich als zu klein erweisen, Enttäuschungen, Mißgunst, neidische Kritik werden nicht ausbleiben, und die Beschränkung der Wirkungen, welche durch fortges[etzte] Beobachtung und durch die schwierige Herstellung des Heilmittels auferlegt werden,

---

[87]) Vgl. den Brief vom 21. März 1879.

[88]) Laut Tempelteys Ausgabe des Briefwechsels zwischen Freytag und Herzog Ernst (S. 335) war Freytag am 20. November beim Herzog in Gotha.

[89]) Robert Koch (1843 bis 1910) hatte auf dem X. Internationalen medizinischen Kongreß seine erste Mitteilung über das Tuberkulin gemacht.

[90]) Vgl. den Schluß dieses Briefes, den Brief vom 5. März 1891 und den darauffolgenden.

Digitized by Google

müssen ihm viele Not machen. Zuletzt wird er doch unter den großen Wohltätern der Menschheit genannt werden, solange es eine Zivilisation gibt. Auch dürfen wir jetzt hoffen, daß seine Entdeckung die Bewältigung andrer Infektionsbestien: der Diphtherie, des Scharlach, Typhus usw. zur Folge haben wird. Und der Mensch der Zukunft wird geimpft, imprägniert und assekuriert werden, Haare behalten, Zähne wie Elfenbein bewahren, gegen Bazillen kämpfen und so alt werden — bis er zuletzt doch stirbt. Die innere Medizin ist durch die großen Fortschritte der Chirurgie lange im Hintertreffen gehalten worden, jetzt rückt sie mit Siebenmeilenstiefeln nach . . .

*

Wiesbaden, 25. Januar 1891.

Lieber Freund!

Seien Sie herzlich in der Heimat gegrüßt; ich dachte sorgenvoll Ihrer in der Zeit der Rückfahrt; denn man las haarsträubende Berichte über steckengebliebene Züge. Da war es tröstlich, daß am Freitag doch die Berliner Zeitungen richtig ankamen: waren die durchgedrungen, so war doch auch für die Reisenden Hoffnung. Für Ihre Mitteilungen danke ich gar sehr, es ist ein Blick durch das Fenster auf die regierende Welt, und eine ausgezeichnete Schilderung des Herrn. Sie haben ganz recht, es ist fast über Nacht eine neue Zeit heraufgekommen, sie sucht sich in der Literatur und den bildenden Künsten geltend zu machen wie in der Politik. Wir wollen uns mit Behagen zu denen rechnen, welche in altem Urteil die Geduld gegenüber den neuen Anläufen und die Würdigung von allem, was darin berechtigt ist, nicht verloren haben.

Aber als Mitarbeiter an der neuen Zeit haben Caprivi und Miquel in der Sperrvorlage[91]) einen Fehler gemacht. Die Zumutung, welche sie der öffentlichen Meinung und den Abgeordneten stellten, war zu groß. Wollten sie das Kapital hingeben, so mußte ihnen ein Mitentscheid über die Verwendung bleiben. Es ist gewiß richtig, daß sie den Bischöfen die Arbeit und den Aerger zuwiesen, aber sie mußten die möglichst größte Sicherheit haben, daß das Geld nicht zu staatsgefährlichen Zwecken verwendet wird. War solche Sicherheit nicht zu erhalten, so mußten sie die Hand über den Millionen halten und daran denken, daß eine Rentenzahlung von so hohem Betrage den Klerus allmählich bei geschickter Behandlung in größere Abhängigkeit von der Regierung bringen mußte. Das war es wohl auch, was Windthorst fürchtete. Miquel hat Anspruch auf ein mildes Urteil; ihm, dem Finanzminister, lag das Schicksal seiner großen Gesetzentwürfe in der Seele, und er ist darin sehr jung geblieben, daß er zu-

[91]) Das preußische Sperr- oder Brotkorbgesetz vom 22. April 1875 über Einstellung der Staatsleistungen für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen wurde, nachdem die Regierungsvorlage von 1890 gescheitert war, auf Grund des neuen Gesetzes vom Januar 1891, doch nur unter der Bedingung staatlicher Kontrolle der zurückzuzahlenden 16 Millionen, aufgehoben. Das Zentrum rächte sich für diese Einschränkung durch Verzögerung der Annahme des Volksschulgesetzes, weshalb am 11. März der Unterrichtsminister Gustav v. Goßler seinen Abschied nahm.

Digitized by Google

weilen die unbefangene Abschätzung der beengenden Faktoren verliert; Caprivi hat diese Entschuldigung nicht. Es ist nicht unmöglich, daß die Regierung die Majorität erhält; aber die Nachwirkung wird eine sehr schlechte sein und das Urteil über die Minister dauernd beeinflussen. Und dieser Sieg des Zentrums wird die Wichtigkeit desselben in den Augen der Katholiken unerfreulich steigern, während gerade hier eine Gelegenheit war, die Bischöfe der Faktion gegenüber zu heben. Was Sie über Goßler schreiben, hat er selbst in seiner unglücklichen Rede bestätigt. Er ist fertig, und das ist schade. —

Montag 26. Aber wozu von Politik schwätzen. Das Eis geht auf, der Frühling ist nahe, und morgen ist Kaisers Geburtstag, an welchem die Gymnasiasten patriotische Gedichte deklamieren, unter ihnen mein Junge, welcher deshalb die stille Prätension erhebt, daß sein Vater dem feierlichen Aktus beiwohne. Mir wäre recht, wenn es mit der Kälte ein Ende hätte; in den letzten Tagen habe ich mich an der freien Luft und der Sonne erfreut wie ein Igel, der aus seinem Winterschlaf aufgewacht ist und sich die Nase schneuzt. Ich bin jetzt wieder courfähig, und wenn es Ihnen einmal recht ist, komme ich herüber. Dann sollen Sie mir noch mehr von Berlin erzählen, auch von unsern Freunden dort, die sich unter anderm auch, wie ich merke, unnötigerweise um mich Sorge machen.

Bei mir im Hause ist jetzt alles hergestellt, und der Kohlenverbrauch wird mäßig. Mit der Reise warte ich, bis auch Italien etwas ausgewärmt ist, was dort sehr not tut. Sagen Sie der Freundin von meinen herzlichen Huldigungen, bleiben Sie gut

Ihrem getreuen

Freytag.

*

Wiesbaden, 5. März 1891.

Lieber Freund!

Von Herzen danken wir beide, Frau Anna und ich, Ihnen und Ihrem lieben Gemahl für die freundschaftliche Gesinnung und für die guten Wünsche, womit Sie unsre Verbindung begleiten. Ich vertraue, daß meine künftige Frau Ihnen und der Freundin um so werter werden wird, je länger Sie ihr in das Leben und das Gemüt schauen. Denn sie gehört zu den warmherzigen und tätigen Menschen, welche immer für andre, wenig an sich selbst denken, und sie hat bei klugem Urteil ein fröhliches Gemüt bewahrt. Mir ist es eine besondere Freude, daß sie in warmer Verehrung ihrem Gemahl zugetan ist.

Morgen wollen wir abreisen, ich zunächst nach Siebleben, sie vorher noch nach Wien, die notwendigen Formalitäten wegen der Kinder und der Eheschließung vollends zu erledigen. Anfangs nächster Woche stille Trauung, dann sofort Aufbruch nach dem Süden. Die Abreise ist durch Verkältung der Kinder um einige Tage verzögert worden.

Ich bin mitten in unholder Packerei und Aufräumen; sobald ich zur Ruhe komme, schreibe ich Ihnen. Die Kinder lassen wir unter der Aufsicht eines zuverlässigen Fräuleins, einer Italienerin, zurück.

Digitized by Google

Alles, was ich jetzt Ihnen beiden gegenüber wünsche, ist gutes Wiedersehen; erhalten Sie beide uns Ihre treue Freundschaft. Immer

Ihr getreuer

Freytag.

*

[Siebleben, Mitte März 1891.]

Vermählt.

Dr. Gustav Freytag
Anna Freytag, geb. Götzel

Siebleben, 10. März 1891.

Lieber Freund!

Ich melde mich als Ehemann und Besitzer einer liebenswerten Frau; da sie noch in Wien zu tun hatte, blieb der Tag der Verheiratung unsicher bis vierundzwanzig Stunden vor der Hochzeit. Doch hatten gute Hände hier alles vorbereitet. Und als die Frau am Morgen aus Wien ankam, konnte am Mittag die Trauung vor dem Standesbeamten stattfinden. Der Herzog war Brautführer und unterschrieb als Zeuge. Dann setzten wir uns in der Parterrestube zu einem guten Diner von sechs Kuverts, oben Dux, unten der Standesbeamte, der Schultheiß und auch mein Tischler ist; das Essen hatte ich als alter Höfling von den Köchen und mit dem Geschirr des Herzogs bereiten lassen. Es war sehr gute Unterhaltung, noch Geheimrat Anacker und Professor Lorenz,[92]) der zufällig aus Jena beim Herz[og] war. Jetzt beharren wir hier, ich habe noch auf dem Amtsgericht und etwas mit Haus und Garten zu tun, und Hermance, welche die Mutter begleitet hatte, legte sich ein; doch geht es heut besser.

Derweilen weicht die Reise nach Italien wie eine Fata Morgana vor den zwei Erdenpilgern immer weiter zurück. Jetzt ist sie bis auf Ostern verlegt, da ich am zweiten Feiertag,[93]) wo Gustav konfirmiert wird, in Wiesbaden sein will. Dann erst soll die Betrachtung der Goldorangen beginnen, soweit sie in diesem Winter nicht erfroren sind.

Meine Zeitungslektüre ist in diesen Tagen jämmerlich gewesen; den Abgang Goßlers[91]) habe ich erst durch Tempeltey erfahren, der gestern zureiste. Dem Herzog habe ich erzählt, daß Sie sich mit Anerkennung über seine Memoiren ausgesprochen haben, als er Sie hoch gerühmt hatte. Diese Mitteilung war ihm behaglich, und da er seinen Vorsatz aussprach, uns in Wiesbaden zu besuchen, so werde ich mir erlauben, Sie auf ihn einzuladen, aber hoffentlich zu besserem Diner, als ich Ihnen und der Freundin neulich vorzusetzen vermochte. Denn diese mißglückte Operation muß gutgemacht werden.

---

[92]) Ottokar Lorenz (1832 bis 1904), seit 1885 Professor der Geschichte in Jena, war dem Herzog bei der Abfassung seiner Denkwürdigkeiten behilflich. Vgl. oben, Anm. 82.

[93]) 30. März.

Digitized by Google

Also seien Sie beide von Herzen gegrüßt, bewahren Sie uns Ihre Freundschaft. Immer Ihr getreuer

Freytag.

*

Nizza, 19. April 1891.

Lieber Freund!

Daß ich Ihnen einen Geburtstagsgruß aus Frankreich würde senden müssen, hätte ich auch nicht gedacht. Doch muß ich dies Jahr mein altes Recht, Sie hochleben zu lassen, unter den Botokuden ausüben; nur mein liebes Weib wird auf Ihr Wohl und auf das der Freundin anstoßen. Möge Ihnen alles dauern, was gut ist, und zum Teufel gehen, was Sie ärgert, und möge Ihre Freundschaft mir bleiben, solange ich mich sublunarisch bewege!

Wir sind bei Nacht über den Gotthard — Naturgenuß dem Rückwege vorbehalten — nach Genua gefahren, haben dort drei Tage in dem Hause des Verschwörers Fiesco, jetzt einem Gasthofe, gewohnt und über Meer, Himmel und die glorreiche Stadt uns gar nicht satt freuen können. Ich versichere Sie, wir leben so sorglos und vergnügt wie zwei Studentel und freuen uns auch über die fremden Menschen, welche fast immer freundlich und artig sind. Die Verhandlungen mit der einheimischen Bevölkerung besorgte meine Frau, ihr Italienisch ist begrenzt, aber die Herzhaftigkeit ist vorhanden und sie weiß die Leute dahin zu bringen, daß sie nach ihrem Willen tun. Seit drei Tagen sind wir in Nizza, vor uns das Meer, hinter uns zum Teil verfrorene Palmen, welche aussehen wie die geschnitzten Bäume in einer Kinderschachtel. Aber die Orangenbäume hängen voll Früchte, und die Frühlingsblumen sind fast schon verblüht. Hiesige Bevölkerung ist wie überall, wo die Menschen vom Fremdenverkehr leben, aber die Italiener sind mir lieber. Die Landschaft auch wundervoll, das Klima konfus. Früh bis 10 Uhr sehr schön und warm, von da über Mittag ein kalter Bergwind, der den Ueberrock wünschenswert macht, welchen man auch im Zimmer vertragen kann. Recht hübsch teuer ist's hier, Essen gut, Wein hm, hm, habe mir meine Zigarren mitgebracht. Hier fanden wir unsern Herzog und Herzogin, und sind in diesen Verkehr gezogen; die Herrschaften haben eine sehr schöne Besitzung, nicht gar weit von der Stadt.

Erlebt haben wir fast nichts als die Eindrücke, welche die Natur entgegenträgt; dabei wird unter guter Verpflegung das Dasein zu einem Traumleben, so heiter und friedlich wie auf der Insel der Glücklichen. Zeitungen sieht man kaum; daß die Großfürstin,[94]) die Schwester unsrer Herzogin, in Charkow auf ihrer unglücklichen Krimreise plötzlich verstorben, mußte Dux erzählen. Das wird wieder eine tragische Geschichte, an der auch wir Wiesbadener Anteil haben. Unterdes tragen wir als Höflinge schwarze Handschuhe. — Sie sehen, lieber

[94]) Prinzessin Cäcilie Auguste von Baden, geboren am 20. September 1839, vermählt als Olga Feodorowna am 28. August 1857 mit dem Großfürsten Michael Nikolajewitsch (1832—1909), war am 13. April gestorben.

Digitized by Google

Freund, mein allerliebstes Geburtstagskind, daß das Reisen nicht für jeden Charakter vorteilhaft ist, es verleitet, von sich selbst zu reden, es macht die Briefe leer und die Schriftzüge unordentlich und, was schlimmer ist, es nimmt dem glorreichen bevorstehenden Tage die Fähigkeit, an Ihrem Tische zu sitzen, Gläser guten Oestrichers zu leeren und Ihnen und Ihrem lieben Gemahl zu sagen, daß wir beide mit ganzem Herzen an Ihnen hängen und Sie beide bitten, uns gut zu bleiben.

Ihr

getreuer

Freytag.

*

Baden-Baden, 21. Mai 1891.

Lieber Freund!

Es bekümmert mich schon lange, daß wir von Ihnen und der lieben Freundin keine Nachricht haben. Einigemal erreichten uns Bündel von Briefen, welche aus Wiesb[aden] nachgesandt wurden, aber es war nie eine Kunde von Ihnen dabei. Jetzt würde ich persönlich haben nachforschen können, wie es bei Ihnen steht, denn seit zehn Tagen sind wir auf der Heimfahrt, und meine Absicht war, zum Pfingstfest in Wiesb[aden] zu sein. Aber die Tüncher sind mit unvermeidlicher Arbeit im Hause vor Pfingst[en] nicht fertig geworden, und wir sind ausgesperrt und harren hier, bis die Arbeit getan ist. Obgleich es uns hier bei Meßmer gut geht und Baden auch bei feuchtem Wetter schön ist, wurde doch die Sehnsucht nach Hause zuletzt übermächtig, und die deutsche Reisemüdigkeit hat sich eingestellt.

Mir, der ich lange Jahre keine größere Reise gemacht habe, war das Wandern von Ort zu Ort und der Aufenthalt in den modernen Gasthöfen wie die Lektüre eines guten Märchenbuches, eine träumerische, behagliche Stimmung hielt an. Die Menschen in der Fremde boten verhältnismäßig wenig, um so völliger wirkte die Natur und die gewandte Gnomenwirtschaft der Herbergen. Es ist schön in der Welt, und das Menschenvolk hat die Natur sich zu jeder Art von Genuß unterworfen. Von Nizza gingen wir über Mailand und Como an die oberital[ienischen] Seen, nur in Locarno machten wir längeren Aufenthalt, dann über den Gotthard zurück nach der Schweiz, Luzern, Rigi. Endlich über Freiburg hierher. Als ich aus der italienischen Landschaft des Tessin aus dem Gebiet der Oelbäume und Reben in das deutsche Tal der Reuß kam und die heimische Vegetation fand, die Matten grün, überall die Kirschbäume im weißen Blütenkleide, dazu die Rinderherden mit dem wohlgestimmten Glockengeläut, unaufhörlich das Rauschen der kleinen Wasserstürze und Bachrinnen, da wurde mir die Seele froh bei der Herrlichkeit der deutschen Natur, und ich darf sagen, von dem vielen Schönen, das wir gesehen, war mir dies das liebste. Als Gast mag man in Italien sich wohlfühlen, aber das Behagen des Wirtes hat man nur auf deutscher Erde. Und das mag wohl einen geheimnisvollen Grund haben. Ueberall, wo Lorbeer und Orange ihre steifen immergrünen Blätter breiten, sind die deutschen Eroberer zu Romanen geworden; unter dem Laubdach

Digitized by Google

der Linden haben sie die eigne Art bewahrt, durch den zweitausendjährigen Wechsel von Wintern und Sommern, den in dieser Art Italien nicht kennt.

Lustig ist auch der Menschenverkehr. Gleich Vogelschwärmen ziehen sie auf den Bahnlinien dahin, von Hotel zu Hotel, ein internationales Gesindlein, Engländer, welche jetzt nach dem Co[o]keschen Billettsystem billiger reisen als alle andern, Russen usw., und von allen am zahlreichsten die Deutschen. Wie sehr bei uns der Wohlstand und die Reiselust gewachsen sind, kann man in den Gasthöfen erkennen. Und merkwürdig, es sind nicht vorzugsweise die sog. Vornehmen, sondern Bürgerliche nach Namen und wohl auch nach Benehmen. So in der Riviera, aber auch in der Schweiz und in Baden. Nur einzeln selten findet man in den Hotelverzeichnissen und Badeblättern den Namen einer alten Familie. Auch das ist Symptom einer neuen Zeit. Es ist betrübend, wie sehr man auf Reisen in der Politik verbauert. Acht Tage keine deutsche Zeitung gesehen, noch länger keine gelesen. Wenn man endlich einmal hineinpickt, findet man außer neuen Missetaten und Todesfällen Reichstag und Landtag fast auf dem alten Fleck, und Bismarck immer noch als Vulkan mit kleinen Explosionen.

Aber Moltke ist dahin.[95]) Ein ruhmvolles Leben, ein glückliches Ende. Daß er als erster die militärische Rechenkunst geübt, welche mit Millionen rechnet, wird ihm für alle Ewigkeit der Erde den Ruhm eines großen Feldherrn sichern . . .

*

Wiesbaden, 6. August 1891.

. . . Daß auf Verdy[96]) die Wahl gefallen, ist mir eine Freude; Sie wissen, daß wir Nichtberliner nur ins Gewicht fallen, wenn wir mit den Berlinern gehn oder wenn diese uneinig sind. Nicht so gut gelang es mit der Ergänzungswahl an Stelle des Bildhauers Hähnel, mein Kandidat Siemering fiel gegen die Stimmen der Berliner, was ich für ein Unrecht gegen den tüchtigen Mann halte. Die nächste Wahl wird den Nachfolger des Göttingers Weber von den Naturwissenschaften angehen, denn die Klasse ergibt sich großer Sterblichkeit.

H[er]rn Fleischer habe ich Ihre Bekanntschaft für den Herbst in frohe Aussicht gestellt. In dem letzten Heft der „D[eutschen] Revue" waren Roons Briefe wegen der Beschießung von Paris[97]) das Interessante. Damals fühlten die Deutschen daheim dieselbe Ungeduld; die Grenzboten haben — wenn ich mich recht

---

[95]) 24. April.

[96]) General Julius v. Verdy du Vernois (1832—1910), 1889/90 preußischer Kriegsminister, erhielt 1891 als ausgezeichneter Militärschriftsteller den Orden Pour le mérite für Kunst und Wissenschaft. — Der Dresdener Bildhauer Ernst Julius Hähnel war am 22. Mai gestorben, der Göttinger Physiker Wilhelm Weber am 23. Juni. Der Berliner Bildhauer Rud. Siemering (1835—1905) hatte großen Ruf besonders seit seiner Schöpfung des 1888 in Leipzig enthüllten Siegesdenkmals.

[97]) Die Artikelreihe „Aus dem Leben des Grafen Albrecht v. Roon" brachte im September-Hefte der „Deutschen Revue" (ausgegeben 20. August) einen Abschnitt „Moltke und das Bombardement von Paris".

Digitized by Google

erinnere, auf Grund Ihrer Inspirationen — ohne großen Erfolg zur Geduld ermahnt; jetzt lesen wir, daß auch Roon ein Mißvergnügter war und die Lamentationen hoher Frauen für den bestimmenden Grund des Zögerns hielt. Das Generalstabswerk hat sich bereits bemüht, das Zögern militärisch zu rechtfertigen. Hatte Roon doch recht, d. h. wäre es möglich gewesen, eine wirksame Beschießung eher in Szene zu setzen? Vielleicht gibt die zu erwartende Darstellung Moltkes auch darauf Antwort.

Mit dem Weltlauf kann der denkende Menschenfreund nicht recht zufrieden sein. Tiefer Frieden! Aber er hat zwanzig Jahre gedauert und ist alt geworden. Und es ist etwas in der Luft, niemand kann sagen, was es ist, die Regierungen haben Schauder vor einem Kriege, dessen erste Wochen so viel Geld und Kredit verzehren und so viel Volkskraft unproduktiv machen würden daß gar nicht abzusehen ist, wie das Volk selbst ihn aushalten würde; kaum die verrücktesten Franzosen und Nihilisten wünschen ihn. Aber es kommt ein Mißbehagen in die Seelen. Schlechte Ernte, Rückgang der Industrie, Unruhe in den arbeitenden Klassen, geringeres Vertrauen zu der Umsicht der Regenten. Zuletzt kann eine übermütige Squatterpolitik in den Vereinigten Staaten oder eine Dynamitpatrone in Rußland den Brand entfachen. Dies Bewußtsein der Unsicherheit wird allgemein. Und das ist ein ernster Anfang der Gefahr, und, um modern zu reden, ein Nährboden für die Kriegsbazillen.

Vielleicht bin ich so melancholisch, weil ich Kummer um Ihre Weinernte habe. Jedoch die verheißenen Flaschen Ihres edeln Gewächses flehe ich, noch nicht nach Siebleben zu senden. Sie würden dort nicht besser werden, und zuletzt trinke ich sie lieber mit Ihnen, als mit meiner Einquartierung.

Also seien Sie von Herzen gegrüßt und für alle Liebe bedankt. Meine Frau trägt mir warme Empfehlungen und Grüße für Sie alle auf, ich schließe mich mit begeisterten Huldigungen an als

Ihr

getreuer

Freytag.

*

Blankenberghe, 29. August 1891.

Lieber Freund!

Dank für die Nachrichten Ihres letzten Briefes. Die Beschießungsfrage ist seitdem ein Steckenpferd der Tagespresse geworden, und auch der eifrige Journalist Bismarck hat sich daran beteiligt. — Seit vierzehn Tagen war ich in Bewegung, zuerst einige Tage in Siebleben mit meiner Frau, welche das Nötige für die Manövereinquartierung zurechtmachte, dann nach Wiesb[aden] zurück, Packerei, Aufbruch der gesamten Kolonie hierher. Hier, Hôtel des familles, lustiges Stilleben in großer Kaserne. Der Salon ist der Strand, die Wohnräume kleine Kojen, Gesellschaft Mittelklasse, sehr viele Mütter und Kinder, alles zwanglos und gutmütig, Essen gut, Preise hmhm! Auch um Ostende sind auf beiden Seiten des Strandes neue Bäder wie Pilze aufgeschossen, sogleich

Digitized by Google

große Wohnräume, elektrische Beleuchtung; auch hier scheint fast das gesamte Publikum dem erwerbenden Mittelstand anzugehören, ein großer Teil Deutsche. Meine Leute tummeln sich lustig im Wasser, ich bin zufrieden mit Seeluft und Wind, welchen das Meer reichlich zuteilt. Am Strand lese ich jetzt Historisches von Anton Springer, dessen hinterlassener Selbstbiographie[98]) ich auf Wunsch der Familie einige Worte vorschreiben soll. Seine geschichtlichen Hauptwerke: Dahlmanns Leben und Neuere Geschichte Oesterreichs von Joseph bis zur Restauration nach Unterwerfung der Ungarn sind sehr achtungswert, nicht ebenso unterhaltend. Für mich war die Zeit der Revolution von 1848 eine Rekapitulation der Eindrücke, über die ich selbst vor vierzig Jahren schreiben mußte. Man sieht jetzt mit Behagen auf jene kläglichen Zustände zurück, es ist doch vieles weit besser geworden, und den jungen pessimistischen Oesterreichern ist die Lektüre dieser verkommenen, versunkenen Zeit eine Arznei. Aber die guten Lehren aus vergangenem Leben findet man nicht, wenn man sie am nötigsten braucht ...

Daß Bismarck jetzt die „Allgemeine Zeitung" zum Sprachrohr seiner Offenbarungen macht, bezeichnet einen Fortschritt seines Einflusses auf die Presse und war auch eine geschickte Operation; denn der angesehenen Zeitung, die ihren alten Ruf nicht mehr durch genügende Abonnenten schützen konnte, ist seine Mitwirkung Rettung vom allmählichen Untergange, und ich bin überzeugt, daß sie die Hand des Fürsten gern ergriffen, wahrscheinlich gesucht hat.

In Ihrem Artikel,[99]) den ich gedruckt noch nicht gelesen, strich ich die Tapferkeit der Polen ungern, aber in Sorge, daß man aus der Fassung des Urteils auf einen Militär schließen und auf Sie raten könnte, da Sie einen Teil der Eindrücke in Berlin gesammelt hatten. Die Sorge war vielleicht übertrieben ...

*

Blankenberghe, 21. September 1891.

... Uns ist der Aufenthalt sehr gut bekommen, auch mein Katarrh ist gebessert, nur der Arbeit war diese Zeit nicht günstig; das holde Nichtstun nahm den Tag über stark in Anspruch, und das Behagen, über die Wellen zu schauen und in der ewigen Flut und Ebbe die Wandlungen des menschlichen Daseins in der Geschichte zu bedenken, war der beste Genuß. — Zuletzt wird man auch den Kräfteaufwand des Meeres in Akkumulatoren leiten und, was dann aus den Kindern Evas werden wird, vermag keine Phantasie zu sagen. Zuverlässig werden sie aber jederzeit essen und trinken, einander lieben und kritisieren, und so hoffe ich, es wird auch immer Poeten geben und andre, welche die Geduld haben, sie zu lesen. Wir aber, die Vergangenen, werden diesem späteren Geschlecht als idyllische und harmlose Existenzen erscheinen, von rührender Einfachheit und Genügsamkeit.

---

[98]) Berlin 1892; herausgegeben von Jaro Springer.

[99]) „Die preußischen Polen": „Deutsche Revue", September 1891, S. 309–318.

Digitized by Google

Jedenfalls haben Sie unterdes Moltkes dritten Band[100]) gelesen, der mir noch nicht zugegangen ist; nach dem, was mir über den Inhalt aus den Zeitungen deutlich wurde, scheint er mir das meiste von dem, was man gern von ihm vernehmen würde, verschwiegen zu haben. Neugierig bin ich vornehmlich auf seine Privatbriefe, gar nicht begierig, seine Ansichten über Gott, Christentum usw. gedruckt zu sehen, die ja auch angekündigt sind. Die beste politische Freude ist ja wohl, daß hohe Tätigkeit in Teerbude sich und andern Ruhe vergönnt.

Ich sende diese Zeilen erst heute 27. [September] ab, um zugleich unsre Abreise ankündigen zu dürfen. Wir wollen über Brüssel zurückkehren, wahrscheinlich — dank den Rundreisebilletten — über Wiesbaden gehen, nur für ein bis zwei Tage dann in Siebleben die Aepfel zählen, und dann zur Winterruhe und, will's Gott, zum guten Wiedersehen mit Ihnen und Ihrem lieben Gemahl.

Meine Frau empfiehlt sich angelegentlich Ihnen beiden, der Gemahlin will sie selbst schreiben. Auch ihr ist der Aufenthalt hier sehr wohl bekommen und wir dürfen für uns einen guten Winter hoffen.

Bleiben Sie beide uns gut, ich bin immer Ihr

getreuer

Freytag.

*

Siebleben, 11. November 1891.

... Die Wochen in Siebl[eben] sind im Fluge vergangen, und ich bin dem Geschick dankbar dafür. Es war ein sehr wohltuendes Stilleben, obwohl ich wenig am Schreibtisch saß und für meine Gesundheit wie ein Rentier lebte, den ganzen Tag, wenn es nicht stürmte, im Garten. Bei dem, was ich gelesen, dachte ich oft an Sie. Ich hatte mir den Briefwechsel von Sophie von Hannover mit Elis[abeth] Charlotte, der Gemahlin des H[erzogs Philipp] von Orleans, Bruders Ludwigs XIV., kommen lassen.[101]) Die Briefe der letzteren, einer kurpfälzischen Prinzeß, deutsch geschrieben von einer klugen deutschen Frau mit Humor in der Pariser Atmosphäre, sind vielleicht die liebenswürdigste Reliquie der deutschen Briefliteratur vor 200 Jahren. Allerdings ist die Art und Weise, in welcher über sexuelle und andre natürliche Vorfälle gesprochen wird, für uns sehr befremdend. Doch gewinnt man nicht nur die Dame lieb, man erfährt auch von dem damaligen Frankreich und den Hofverhältnissen in Deutschland sehr Interessantes. Die Briefe bringe ich Ihnen mit, Sie sehen vielleicht einmal hinein.

Der Briefwechsel Roons in der „Deutschen Revue" ist endlich zu Ende.

---

[100]) „Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71". Die Vorrede Graf Wilhelm Moltkes datiert vom Juli 1891. Des Generalfeldmarschalls Absicht bei der Abfassung war, zu volkstümlicher Belehrung eine gedrängte Darstellung des Krieges zu bieten; er hielt es für Pflicht der Pietät und der Vaterlandsliebe, gewisse Prestigen nicht zu zerstören.

[101]) Herausgegeben von Ed. Bodemann, Hannover 1891.

Digitized by Google

Die Briefe Moltkes[102]) kenne ich bisher nur aus den Zeitungen, sie machen nicht sehr neugierig, der große Mann war immer so verzweifelt besonnen und korrekt. Von Zeitungen habe ich mir für dies Quartal auch die Allgemeine mit Doves Beilage zugelegt, um Doves Tätigkeit zu beobachten. Die Zeitung ist sehr anständig, wohl die vornehmste deutsche, aber sie fesselt nicht, und die gelegentlichen Mitteilungen Bismarcks sind zuweilen sehr lehrreich und kompromittierend für andre, aber sie machen ihn selbst auch nicht größer ...

*

Wiesbaden, 22. Dezember 1891.

Lieber Freund!

Herzlichen Dank für Ihren Brief und Zusendung des Gerlach,[103]) den Sie so bequem für Lektüre in allen Körperlagen eingerichtet haben, daß schon das Aeußere zum Lesen verlockt. Ich habe erst wenige Seiten verdauen können und bin Ihnen doch bereits dankbar für Ihren vorsichtigen Rat, denn der Autor ist zwar gescheit, aber so verschroben, nicht durch seine Frömmigkeit, sondern durch eine steife und hochmütige Doktrine, daß er immer in Gefahr ist, die Dinge falsch anzusehen. — Es ist wunderlich, daß dergleichen Gesellen sich so vorzugsweise zu Vertrauten höchster Herren qualifizieren; sie sind gerade da fest, wo die Herren fest sein möchten, und vor allem sicher ...

*

Wiesbaden, 31. Dezember 1891.

Lieber Freund!

Alte Freundschaft im neuen Jahr, was wir wünschen, werde wahr. Es ist gut, daß dies verstruwelte Jahr zu Ende geht; das Geschäftliche ließ zu wünschen übrig, auch die rhetorischen Leistungen waren mangelhaft, das Brot ist teuer, die Aepfel waren klein, Wein wenig. Mich hat zum Feste der Racker, dies alte Jahr, noch stark geschüttelt und ich wurde durch Husten den Meinen, dem Doktor und mir lästig. Aber die letzten Tage haben dies kräftig gebessert, und ich erwarte nur einen windlosen Tag, um wieder an die Luft zu gehen. Das dumme war, daß ich während der Feiertage nicht imstande war, Sie und Ihr liebes Gemahl zu sehen. Jetzt wollen wir mit gutem Mut in die neue Zeit hineinstapfen. Bleiben Sie beide uns gut und frohes Wiedersehen!

Ihr

getreuer

Freytag.

*

---

[102]) An seine Mutter und an seine Brüder Adolf und Ludwig (Berlin 1891). v. Leszynskis Vorrede dazu ist vom 28. August datiert.

[103]) „Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopolds v. Gerlach", 2 Bände, Berlin 1891 und 1892.

Digitized by Google

Wiesbaden, 24. Januar 1892.

Lieber Freund!

Für den reichen Inhalt Ihres Briefes danke ich Ihnen herzlich. Das Gesamtbild ist noch unerfreulicher als man sich's hier denken konnte. Die Berliner Stimmung ist so, wie sie den Deutschen immer kommt, wenn sie nach oben nicht im Grund ihres Herzens vertrauen und verehren können. Der Unterschied gegen die Zeit vor 48 dürfte wohl darin liegen, daß damals keine Ventile für den Aerger existierten, jetzt die Abgeordneten und Journalisten zahlreiche kleine Ausströmungen des aufgesammelten Dampfes bewirken. Das größte Mißbehagen ist allerdings nicht durch die Regierung allein veranlaßt: die sozialen Verhältnisse, Parlamentsparteien, Journalisten, Privatinteressen haben sämtlich dafür gearbeitet, einen Ueberfluß an neuen Gesetzen und organischen Einrichtungen zu schaffen, der fast jedem seine Verhältnisse, Pflichten, Einnahmen und Ausgaben für den Staat steigert und in der Uebergangszeit unsicher macht. Was uns mehr als alles andre nötig wird, ist endlich: Stopp! zu rufen, und das viele Neue sich gestalten und im Volke einleben zu lassen. Das Einkommensteuergesetz allein, wie wünschenswert auch gerade dies war, regt alle Welt, Unternehmer, Handwerker, vor allen die Landleute, tief auf. Die Buchführung, welche Miquel mit Recht verlangt, ist dem Bäcker, dem Fleischer, den meisten Gutsherren, den Bauern etwas Unerhörtes, sie alle haben aus ihrem Geschäft gegessen, getrunken, den eignen Haushalt bestritten, ohne sich um den dadurch verbrauchten Bruchteil ihres Vermögens zu sorgen. Jetzt sollen dieselben Leute außerdem noch für ihr Geschäft und ihre Arbeiter und Dienstleute Pflichten übernehmen und ungewohnte Ausgaben bestreiten. Jedermann schreit, klagt, wird mißtrauisch, ärgerlich und malkontent ... Jedoch diesmal werden die Nichtsozialisten keine Revolution machen, weil sie die Sozialisten fürchten, und die Sozialisten auch nicht, weil sie, d. h. die gegenwärtigen Führer, recht gut wissen, daß sie als Grauler der bürgerlichen Gesellschaft weit besser wirtschaften, als wenn der Polizeistaat ganz zerschlagen würde, der sie selbst vor den Knütteln ihrer Anhänger bewahrt ...

*

Wiesbaden, 5. März 1892.

... Das Buch von Ratzel,[104]) welches sich durch seinen aufgelösten Zustand sehr für faule Stunden empfiehlt, ist insofern ein ganz verzweifeltes Buch, als es mit geschwollenem Ernst langstielig vieles vorträgt, was sich von selbst versteht. Dazwischen sind eine Anzahl Notizen, welche sehr interessieren. Es scheint ein zurechtgemachtes Kollegienheft zu sein. Aber ich glaube nicht, daß die Studenten das Zuhören aushalten ...

*

[104]) Friedrich Ratzel, Anthropogeographie, 2. Teil: Die geographische Verbreitung des Menschen (Stuttgart 1891). Daß Freytags Urteil einen Mißgriff bedeutet, lehrt u. a. das Vorwort zu Ratzels „Kleinen Schriften", I (München 1906).

Digitized by Google

Wiesbaden, 20. März 1892 früh.

Lieber Freund!

„Nichts Gewisses weiß man nicht", diese alte Weisheitsregel gilt für uns ungeduldige Zeitungsleser auch heut noch. Doch merke ich, daß die berichteten Tatsachen ihren Prophezeiungen recht geben wollen. Graf Zedlitz[105]) geht, Caprivi bleibt. — Der letzte Grund der Krisis scheint mir, daß an höchster Stelle eine Beklemmung eingetreten ist, und die Empfindung, daß in diesem Fall der Spaß des Regierens aufhört ... Wir aber wollen noch keineswegs Siegesrufe erheben; ich glaube, daß weniger die parlamentarische Opposition, als Privateinflüsse befreundeter Fürstlichkeiten den Kaiser besorgt gemacht haben ...

Jetzt erwartet man die neuen Zeitungen mit Ungeduld, und insofern ist die Zeit nicht schlecht, sie stärkt den Patriotismus; auch wer räsonniert, kümmert sich doch um Höheres als seine Wirtschaft ...

*

Wiesbaden, 28. März 1892.

... Für Sie selbst ist das Treiben in Berlin vielleicht gerade jetzt eine Ablenkung, die Ihnen heilsam ist. Denn es sieht dort aus, wie in der Dorfflur nach einem Platzregen, der auf lange Dürre einfiel. Ich denke, jedermann empfindet, daß diese Lösung die möglichst beste war, wenn auch lange noch keine gute. G[ra]f Eulenburg[106]) hinterläßt hier gutes Lob, das war bei Zedlitz[105]) in Posen auch der Fall. Doch meine ich, daß das Zischen der getäuschten Majorität bei seinem ersten Debüt seinen konservativen Neigungen einen zweckmäßigen Hemmschuh abgeben wird.

Wäre Ihnen möglich, mit Ihren Ansichten und mit Ihrer Kenntnis der hiesigen Verhältnisse eine Einwirkung auf unsre Politiker auszuüben, so würde der Verkehr mit diesen, wenn er Ihnen auch gerade jetzt ein Opfer sein sollte, doch von Nutzen sein. Unter allem, was Sie den Herren sagen können, schlägt am meisten durch: der Schulmeister im Gegensatz zum Pfarrer. Will die Regierung mit Erfolg das Zentrum bekämpfen, so kann sie das nur dadurch tun, daß sie die Lehrer hebt, alles irgend Mögliche tut, sie zu heben, durch bessere Stellung, die auch besseres Material schafft, und durch gute Behandlung, die nur zu sehr gefehlt hat. Es sind diese auf Bildung notdürftig Gedrillten keine bequeme Gesellschaft; aber sie sind sehr wohl zu gewinnen und in der Hand zu behalten.

Hier ist jetzt die Freude über den Fall des Schulgesetzes[105]) obenauf, und die Leute räsonnieren, wie mir scheint, in den Mittelklassen weniger. Ein guter

---

[105]) Graf Robert v. Zedlitz und Trützschler (geboren 1837) war März 1891 bis März 1892 preußischer Kultusminister; er stürzte über sein konservativ-ultramontan gefärbtes Volksschulgesetz. Reichskanzler Caprivi, der ihn entschieden verteidigt hatte, trat als preußischer Premier zurück und blieb nur Minister des Auswärtigen.

[106]) Graf Botho Eulenburg (geboren 1831), wurde nach Caprivis Rücktritt vom preußischen Präsidium Premier, im August Minister des Innern und blieb es bis 1894. Vorher war er Oberpräsident von Hessen-Nassau gewesen.

Digitized by Google

Regierungspräsident wäre aber nötig. Wir waren schon so weit, daß ruhige Leute von der „guten alten Zeit Herzog Adolfs“ handelten. Hat das auch nicht viel zu sagen, es ist doch eine Anzeige, wie tief die patriotische Wärme gesunken ist ...

*

Siebleben, 15. Juli 1892.

Lieber Freund!

Von Herzen Dank für Ihre und Ihres lieben Gemahls treue Wünsche. Den erwähnten Tag, der ja wohl in meinen Jahren ernst genommen werden könnte, habe ich in behaglicher Stille heiter an der Seite einer guten Frau verbracht und mich über die Grüße, welche das alte Kirchdorf vortrug, als guter Nachbar gefreut. Es war in diesen Wochen sehr hübsch hier, und ich genoß wieder einmal die Blüten des Gartens vom Flieder an, der den Reigen eröffnete, bis zu der Linde, welche gerade jetzt ihren Wohlgeruch in unsre Stuben sendet. Dazu prächtiges Wetter, nicht heiß, jeden Tag Sonnenlicht und dazwischen leichten Tropfenfall. Doch geht die schöne faule Zeit jetzt zu Ende, in der nächsten Woche müssen wir nach Wiesbaden zurück. Von dort melde ich mich sogleich.

Was Sie über Bismarck und Caprivi schreiben, ist in wenig Worten das Beste, was sich über sie sagen läßt. Auch mein guter Dove ist mit seiner Zeitung viel zu sehr in Bism[arcks] Fahrwasser gekommen. Dafür ist ein andrer Grenzbote aus der guten Zeit, Rößler, jetzt als Wirklicher Legationsrat in das Auswärtige Amt getreten und Partisan Caprivis geworden.[107]) Nach seiner Flugschrift und deren Folgen war so etwas zu erwarten. Er ist gutes Muts wie immer, vermeidet aber zu schreiben, was man am liebsten gewußt hätte, wie er sich nämlich mit Bism[arck] auseinandergesetzt hat. Auch Eckardt[108]) ist in diesem Lager beschäftigt und wieder als Journalist. Gegenwärtig ist der Federngeneralstab des alten Kanzlers bei weitem der tätigere, allerdings weil der Kommandierende selbst ein ausgezeichneter Journalist ist ...

*

Blankenberghe, 25. September 1892.

Lieber Freund!

Wieder herzlichen Dank für Ihren treuen Gruß. Er traf mich als Genesenden. Ich war hierhergegangen, um eine bedenkliche Vorliebe für Bronchialkatarrhe loszuwerden, aber der Racker hatte mich hier noch erwischt. Die gute Pflege half. Zuletzt muß meine liebe Hausfrau die Zeche bezahlen, durch Aengste und Störungen ihrer Ruhe und Gesundheit. Jetzt kehren wir in einigen Tagen, 30., nach Wiesbaden zurück, und ich freue mich bereits auf das Wiedersehen mit Ihnen und Ihrem lieben Gemahl.

---

[107]) Vgl. Hans Delbrücks Lebensskizze Konstantin Rößlers in seinen von seinem Sohne Walter herausgegebenen „Ausgewählten Aufsätzen“ (Berlin 1902).

[108]) Julius v. Eckardts „Lebenserinnerungen“, Bd. II (Leipzig 1910), brechen absichtlich schon im Herbst 1891 ab; vgl. Vorbemerkung des Herausgebers S. IV.

Digitized by Google

Hier ist's still geworden, die Hotels bereiten sich zu schließen. Himmel und Meer aber sind schön geblieben und die Herbstluft ist frisch, aber wohltuend. Der Schatten, welchen die Krankheit[109]) über Deutschland geworfen hat, zeigt sich auch in einer ernsthafteren Betrachtung der Dinge; sogar hier hat man den Mut gewonnen, die geheime Spielbank aufzuheben, man desinfiziert eifrig und trinkt Rotwein, berühmt sich auch des guten Gesundheitsstandes.

Die Arbeit des Gehirns aber gedeiht hier nicht, ich wenigstens habe nicht viel gelesen und nur wenige Seiten für einen Bekannten geschrieben. Es mag wohl sein, daß in höheren Jahren der Verbrennungsprozeß in der Schädelklappe langsamer ist. Was aber ebenso sehr die Wärme mindert, welche für ein frisches Schaffen nötig ist, das wird gerade die Masse dessen sein, was man erlebt, geschrieben und getan hat; denn dies Abgetane mindert den Reiz und die Frische für Neues und befördert die Philosophie Ben Akibas: Alles schon dagewesen. Das Vertrauen wird geringer: zu bilden und lehren, die Menschen zu bessern und zu bekehren. Jedes junge Geschlecht ist in seine Dummheiten verliebt und lehnt sich gegen eine schulmeisterliche Klugheit auf, nicht ohne Grund, denn es folgt einem Drange, der zuletzt unwiderstehlich ist und nicht wegkorrigiert werden kann.

Mit vielem, was unter den Deutschen Bewegung schafft, kann man im Grunde sich, als mit einem notwendigen Prozeß, auch gegenüber Lästigem und Unerfreulichem, wohl abfinden; Sozialdemokratie, Zentrum, Kriegsbudget werden uns nicht umbringen, im Gegenteil. Aber an einer Stelle haftet immer sorgenvoll der Blick ... Wie kann da gebessert werden? Mit dem Gedanken trage ich mich immerfort herum, man möchte hier einsetzen, um zu helfen. Aber wie? — Für uns ist jetzt König Albert wertvoll, er wenigstens ist durch seine Erfolge gut reichstreu geworden, und er hat ja jetzt nicht mehr nötig, für seine Eisenbahnen[110]) zu fürchten, wie damals, wo er bei dem preußischen Anlauf dagegen zu Wachsmuth sagte: „Dann können sie den übrigen Krempel auch mitnehmen." Für uns Preußen aber ist es neu, daß die Bayern sich als Großmacht mit Selbstgefühl regen ...

*

Wiesbaden, 26. Oktober 1892.

... Ueber Ihre Arbeit hoffe ich Ihnen recht bald mündlich Rede zu stehen. Was Sie uns darin gönnen, ist, wie ich erwartete: immer große Gesichtspunkte und Marsch auf der rechten Straße. Freilich, dem Titel entspricht der Inhalt nicht ganz, denn Sie handeln in der Hauptsache nur über Zentrum und Sozialisten

---

[109]) Die Cholera.

[110]) Vgl. dazu namentlich Richard Freiherr v. Friesen: Erinnerungen aus meinem Leben, 3. Bd., herausgegeben vom K. sächs. Gesandten in München, Exz. Heinr. Freiherrn v. Friesen (Dresden 1910), S. 300—375; es handelt sich dabei hauptsächlich um die Verhandlungen der Jahre 1875 und 1876. Auch F. Jungnickels Monographie über Alb. v. Maybach (Stuttgart 1911) bietet manches hierüber. Zu „Wachsmuth" (Direktor der Allg. Deutschen Kreditanstalt in Leipzig) vgl. u. a. Freytags Brief vom 16. Juli 1886.

Digitized by Google

und behalten vieles andre für sich. In dem aber, was Sie geben, habe ich wieder manche Belehrung gefunden und Freude an den Ideen gehabt, welche Sie zur Besserung des Ungenügenden darbieten. Für den Druck wäre der gegenwärtige Stand der Arbeit noch nicht umfangreich genug. Vielleicht gewinnen Sie bei nächster äußerer Veranlassung wieder Freude an Fortsetzung des Werkes.

... Die neue Militärvorlage[111]) fällt in die ungünstigste Zeit, die zu denken war. Es ist keinem zu verdenken, wenn er zweifelt, ob das Reich eine Mehrbelastung von nominell 60 Millionen, wie sich aber sehr bald als Konsequenz herausstellen wird, von 100 Millionen jährlich, ertragen kann, in einer Zeit, in welcher die Alters- und Invalidenversorgung und andre soziale Belastungen mit ihren ungeheuren Fragezeichen einengen, und die Erwerbenden und Besitzenden durch neue Forderungen von allerlei Art sich gerupft fühlen. Dazu Caprivi als sensibler Gentleman. Das wird ein streitbarer Winter werden ...

*

Wiesbaden, 21. November 1892.

Lieber Freund!

Während ich im Lesen Ihres Memoires vertieft war, kam Ihr lieber zweiter Brief. Die Mitteilungen sind in Wahrheit alarmierend. Sie selbst antworten auf die nächstliegende Frage, was geschehen soll, d. h. was der einzelne zu tun vermag. Geht der Handel Zug um Zug, so stürzt C[aprivi] ruhmlos mit der abgeworfenen Militärvorlage, selbst wenn er die Absicht hätte, zuletzt große Konzessionen darin zu machen; bleibt es bei Versprechungen gegen das Zentrum, welchen spätere Erfüllung verheißen wird, so fällt er doch über dem Versuch, sein Wort einzulösen ...

*

Wiesbaden, 9. Juni 1893.

... Wir haben hier Sonnabend und Sonntag Fest alter Korpsstudenten, zu denen ich auch gehöre, ich glaube als Senior, denn ich zähle 116 Semester. Ich habe aber keine Lust, an dieser Spielerei mit Korpsbändern teilzunehmen, weil ich mit der anspruchsvollen Entwicklung des Korpslebens nicht einverstanden bin: hohe Wechsel, Klubhäuser usw. Der Vorteil war immer zweifelhaft, jetzt sind die Nachteile größer geworden. Außerdem ist W[iesbaden] in einiger Wahlaufregung; auch Sie haben einen Wahlaufruf unterzeichnet, der mir vorgelesen wurde, und wir werden zusammen darauf stehen. Doch mißtraue ich der Wirkung. Aber pflichtgetreu bin ich für Herrn Köpp begeistert, um so fröhlicher, da ich sonst gar nichts von ihm weiß. Das Bild über den Erfolg der Wahlen, das man sich nach den Zeitungen machte, ist nicht anmutig ...

*

[111]) Die Militärvorlage vom 23. November 1892 (492068 Mann Präsenzstärke) wurde vom Reichstage am 6. Mai 1893 abgelehnt.

Digitized by Google

Wiesbaden, 21. Juni 1893.

Lieber Freund!

„Nichts Gewisses weiß man nicht", doch bevor wir um eine Woche älter sind, wird sich, wie ich besorge, Jämmerliches ergeben. Im besten Fall werden wenige Stimmen die Militärvorlage[112]) retten. Auch dies wird ein Glück sein.

Sie haben sicher recht, daß man an das Wahlgesetz gegenwärtig nicht rühren soll. Es ist wahr, dies Gesetz, in einer Zeit der Siegesfreude, großer Hoffnungen und übergroßer Zuversicht gegeben, hat das Ansehen des Reichstags sehr heruntergebracht und bedroht die Regierung unablässig mit Verlegenheiten und Konflikten. Anderseits ist es ein soziales Barometer geworden, welches genauer als in irgendeinem andern großen Staat alle Interessen, Verbildungen, Strömungen des Volksgeistes darstellt und alle politische Leidenschaft zu Rücksichten und zu Kompromissen zwingt. Daß die deutschen Sozialisten nicht Verschwörer und Mordbrenner geworden sind, daß der Haß der Klassen und Interessen nicht in abenteuerlichen Attentaten explodiert, verdanken wir dem Staatshospital und der großen Kinderbewahranstalt des Reichstags. Man kann diese Bändigung der Individuen für ein hohes oder ein geringes Glück halten, und man mag mißtrauen, ob dieser Bildungs- und Abklärungsprozeß sich für alle Zeit wirksam erweisen wird. Sicher ist aber, daß er in unsern Jahren der größten Kulturwandlungen als Bändiger und Erzieher gewirkt hat.

Für die Regierenden ist freilich das große Problem, wie die Schnüre der Staatsbörse vor den Fraktionen, welche dieselbe unverständlich festhalten wollen, freigehalten werden können. Denn das Geldbewilligungsrecht ist doch immer die Sorge.

Für die übersandten Bücher danke ich, in diesen Tagen soll der Schillerbericht verfertigt werden; der Talisman von Fulda[113]) hat die meisten Aussichten.

Regen würden wir sehr gern herabbeschwören, bis jetzt waren alle Zaubersprüche fruchtlos, die Hitze unerfreulich. Die liebe Hausfrau ist ein wenig unwohl, was sie nicht hindert, ihre wärmsten Grüße in das Haus Stosch zu senden.

Herzog Ernst hat heut seinen 75. Geburtstag; er hat mir heut das Patent des Wirklichen Geheimen gesandt[114]) — die Wirklichkeit ist hmhm!

Wann wir fortkommen, wird sich ergeben, wenn das Frauchen wieder bei Wege ist. Darüber schreiben wir noch. Bis dahin Ihnen und Ihrem lieben Gemahl innigen Gruß und Huldigungen Ihres

getreuen

Freytag.

*

---

[112]) Der am 14. und 24. Juni gewählte Reichstag nahm am 15. Juli mit 201 gegen 185 Stimmen den nach den Vorschlägen Huenes umgestalteten Gesetzentwurf an (Friedenspräsenzstärke 479 229 Mann).

[113]) 1893 wurde der Schillerpreis nicht vergeben.

[114]) Herzog Ernst hatte zur Feier seines eignen letzten Geburtstags den letzten Huldbeweis, den er noch zu vergeben hatte, die „Exzellenz", dem Freund erteilt. Am 1. August traf den Herzog ein Schlaganfall, dem er am 22. August erlag.

Digitized by Google

Siebleben, 7. Juli 1893.

Lieber Freund!

Aus dem durstigen Thüringen grüßen und danken wir für gute Freundschaft, ich noch besonders für die Mitteilung Ihres Briefes.

Was Sie mir für den Herzog schrieben, konnte ich sogleich an den Mann bringen, denn er kam wenige Stunden nach Ihrem Briefe in Sicht.[115]) Er vernahm Ihre Erörterung, ich hielt für richtig, Sie als den Autor zu nennen, um der Idee das wünschenswerte Gewicht zu geben — mit Respekt und Anerkennung, und sprach seine Meinung etwa so aus: Der König wird sich zu solchem Rat für den K[aiser] nie entschließen, denn gerade er findet in den Zuständen seines Landes das Motiv für Beibehaltung des bisherigen Zustandes, dort ist der Sozialismus am weitesten eingedrungen in Presse und Bevölkerung, und jede Konzession an die „Oeffentlichkeit" würde auch bei geringster Veranlassung der skandalluſtigen Presse eine Handhabe geben, den Haß zu schüren, zu lügen und zu verleumden. Der Kriegsherr behalte das Heer nur in der Hand, wenn der Soldat dem Kriegsherrn und der militärischen Leitung ganz und völlig angehören und kein andrer Herr — Bebel und die Presse — sich einmischen dürfe, ohne kurz zurückgewiesen zu werden. Was in ruhigen Zeiten vielleicht Pflicht werde, sei jetzt mitten im Kampfe eine Schwächung der Autorität. — Wieweit der Herzog selbst diese Ansicht teilt, vermochte ich nicht genau zu erkennen, ich erhielt den Eindruck, daß er ihr nicht fernsteht. — Interessant war, daß er die Königin von England mehr lobte, als er sonst getan, mit vieler Wärme: „Sie wird in ihren alten Tagen immer besser." Offenbar kam dies Urteil nicht allein daher, weil die Dame ihm selbst in seinen Fideikommißangelegenheiten gefälliger ist. Und man muß ihren persönlichen Briefeinfluß auf die Weltgeschäfte für bedeutend halten.

Der Herzog selbst hat gealtert, und es war für einen alten Bekannten wehmütig, daß er, der sonst so rüstig war, auf sein körperliches Befinden beständig Rücksicht nehmen muß. Ich fürchte, daß auch die Jagd ihm beschwerlich wird. Seine Tagesfreude ist jetzt die Opernpreisbewerbung.[116])

Wir sitzen hier ganz still wie die Zaunkönige. Die Trockenheit ist schlimmer als am Rhein, die armen Leute müssen ihr Vieh verkaufen. Aber der Wein muß Freude machen. Meine Hausfrau schickt tausend herzliche Grüße, ich bitte Ihrem lieben Gemahl meine treue Verehrung mitzuteilen und lieb zu behalten

Ihren

getreuen

Freytag.

*

[115]) Am 4. Juli. Zu dem Memoire v. Stoschs vgl. die Briefe vom 26. Oktober und 21. November 1892. Mit dem „König" ist anscheinend König Albert von Sachsen gemeint. In diesem Lande hatte das Anwachsen der Sozialdemokratie die unglückliche Wahlrechtsverschlechterung vom 28. März 1896 zur Folge.

[116]) Die Opernfestspiele zu Gotha Ende Juli.

Digitized by Google

Siebleben, 12. August 1893.

... Der Schlaganfall, welcher den Herzog getroffen hat,[114]) scheint Vorbote völliger Umnachtung und Auflösung [zu sein]. Es ist natürlich, daß die Herzogin, welche sogleich zur Pflege nach Reinhardsbrunn kam, die Hoffnung nicht aufzugeben vermag; aber die Aerzte und die Getreuen seiner Umgebung haben die Befürchtung, daß die Umnachtung seines Geistes bis zum Ende fortdauern werde, dessen Eintreten vielleicht nicht mehr lange zu verhindern sei. Das war im Grunde auch Gerhardts[73]) Meinung, der den Kranken noch weniger apathisch sah, als er jetzt ist. Dies Ereignis hat auch die Unternehmungslust in Siebleben gelähmt. Man vermag weder zu helfen noch zu trösten, aber die Sorge um eine Entscheidung in naher Zeit hat uns doch bisher festgehalten, wir waren einigemal in Reinhardsbrunn, und der treue Tempeltey schreibt täglich, immer trauriger. Vor der Oeffentlichkeit sucht man das Sachverhältnis begreiflicherweise noch zu verhüllen. Doch erschien der Herz[og] von Edinburg[117]), der sich als Thronfolger betrachtet, sogleich ... Ein Widerstand im Lande gegen des Edinburgs Nachfolge ist ganz außer Frage; daß er englischer Admiral ist, kann um so weniger stören, da der Kaiser dieselbe Charge mit Stolz einnimmt; Caprivi wird gerade jetzt, wo das Quetschen Deutschlands zwischen Rußland und Frankreich begonnen hat, vielleicht für wertvoll halten, einer russischen Prinzessin Angenehmes zu erweisen — Bis[marck] hätte es auch dafür gehalten ...

*

Blankenberghe, 15. September 1893.

Lieber Freund!

Das unaufhörliche Rauschen der Wellen am Strande bringt dem Binnenländer in sein Tagesleben eine Ruhe, Einförmigkeit und Faulheit, für die es kein Lob gibt, außer daß sie gesund sein soll. Unser Hotel, die Gäste darin, die kleinen Vergnügungen, sind unverändert, der schöne Herbst hält noch viele hier fest, wohl zumeist den spielenden Kindern zuliebe. Wir leben still dahin im Menschenschwarme ... Das Bad hat seinen Familiencharakter bewahrt; doch ist die Anzahl der Deutschen so groß, daß man überall um sich heimische Laute vernimmt.

... Wenn die Flottenverbrüderung von Toulon ohne ernsthafte Explosionen der franz[ösischen] Narrheit vorübergeht, wollen wir mit der Ernte dieses Jahres leidlich zufrieden sein. Gar schlimm daran sind die Engländer. Ansprüche über den halben Erdball, sie haben so vielerlei verschiedene Briefmarken wie alle andern Regierungen zusammen, und sie haben sich das Recht, in fünf bis sechs Weltteilen das Bild ihrer Königin auf die Postsachen zu kleben, durch lange

---

[117]) Prinz Alfred, Herzog von Edinburg, vermählt mit der Großfürstin Maria von Rußland, war Herzog von Sachsen-Koburg und Gotha 1893 bis 1900. Seine Stellung als englischer Admiral legte er nieder. Das Eintreten der Erbfolge des fremden Prinzen hatte Freytag schon in einem Briefe vom 6. Januar 1869 befürchtet.

Digitized by Google

Arbeit, Klugheit und Kraft errungen. Jetzt vermögen sie den ungeheuern Besitz nicht mehr zu behaupten; wie es scheint, ist diese Herrschaft auch einem großen Teil der Engländer ziemlich gleichgültig. Daß aber in Engl[and] Gladstones Homerule für Irland so ernst genommen werden konnte und daß in Wahrheit ernste Männer an eine so verrückte Preisgabe dieser Insel denken können, das ist uns andern doch unverständlich. Wenn Preußen Posen von sich ablöste und zu einem eignen kleinen Reichstag begnadigte, so wäre das immer noch verständlicher als eine Ueberlieferung Irlands an Frankreich oder Nordamerika ...

*

Wiesbaden, 19. Mai 1894.

... Was Sie mir als Urteil eines Industriellen über die österreichische Bildungskraft mitteilen, ist sicher wohl begründet, wo es sich um einen Wettkampf auf altem Kulturboden und um starke Anspannung des Scharfsinns handelt, zuletzt um das, was man Charakter nennen kann. Auch in Oesterreich sind die stärkeren Kräfte wohl in großem Prozentsatz Deutsche aus unserm Reich und Juden, welche dort eine ganze Schar von Edeln, Rittern und Freiherrn formieren, die den Stand der alten Grundbesitzer emsig aus den Sitzen drängt. Außerdem aber ist auch in der süddeutschen Rasse trotz der Pfaffenwirtschaft eine Tüchtigkeit vorhanden, die wir nicht unterschätzen wollen. Schon das alte Oesterreich schuf Verkehrsstraßen, die lange bewundert wurden, und was jetzt nach dieser Richtung geschieht, an der unteren Donau, in Bosnien, in aller Stille, das kontrastiert sehr mit den Kanaldebatten in unsern Landtagen usw. Auch für Privatunternehmungen ist die behagliche Fazilität, welche einmal fünf gerade sein läßt, mit den Hindernissen zu rechnen gewöhnt ist und inländische Konkurrenz weniger ängstlich zu berechnen hat, zuweilen vorteilhaft. Es ist ein Schaffen auf neuem Grunde, wo die Landräte und Ministerialverfügungen selten einengen. Viele Quadratmeilen Wald in den Karpathen, der Bukowina und Siebenbürgen brachten der Regierung und den Privatbesitzern kaum einen Ertrag, der Unternehmer übernimmt die Waldkultur des riesigen Terrains nicht mehr zum Niederschlagen, sondern zu rationeller Verwaltung und Verwertung auf längere Reihe von Jahren, er baut Eisenbahnen, Sägemühlen, Walddörfer, schlägt und forstet neu auf, zieht Beamte, Kultivatoren, Arbeiter und verwandelt die Wildnis allmählich in eine Landschaft mit tätigen Staatsbürgern.

Es ist richtig, wir sind über diese Art von Industrie bereits hinaus, für Oesterreich ist sie jetzt die nächste Bedingung eines wesentlichen Fortschritts, dem notwendig andre folgen ...

*

Wiesbaden, 4. Februar 1895.

... Sonst habe ich hier nichts Neues, was Ihnen passen würde. Daß Graf Philipp Eulenburg niemals Ministerpräsident zu werden Aussicht hat, möchte ich fest behaupten nach Lektüre seines Kinderbuches Erich und Erika. Er ist ein so weicher, warmherziger, romantisch angehauchter kleiner Lyriker, schwach

Digitized by Google

im Kombinieren und Erfinden, und ich denke, selbst der Kaiser wird mehr sein Gemüt als seinen Verstand lieben. Es ist auch schwer zu denken, daß diese kontemplative Seele irgendwelchen administrativen Ehrgeiz hat ...

*

Wiesbaden, 30. März 1895.

... Und nun will ich Ihnen das Geständnis ablegen, daß ich herzlich wünsche, der 1. April wäre vorüber und wir der Lektüre von Bismarck auf einige Zeit enthoben. Es wird des Guten zu viel. Er durfte ja wohl die Festfeier nicht ablehnen, denn sie hat noch eine höhere als die persönliche Bedeutung; aber die unermeßliche Fülle der Leitartikel, Gedichte, Toaste erdrückt den eifrigsten Zeitungsleser. Ich habe mich enthalten, meine Gratulationskarte d[urc]h einen Artikel abzugeben. Aber als alter Betrachter von Menschenleben vermochte ich eine stille Bewunderung gütiger Vorsehung nicht abzuwehren. Jedem großen geschichtlichen Leben wird zuletzt ein tragisches Schicksal bereitet, durch vieles, was man erlebt und getan hat, borniert man sich selbst die Unbefangenheit, innere Freiheit und Größe; je länger man sich geltend macht, desto größer wird die Macht der widerstrebenden Kräfte. Auch Bismarck mußte das erleben. Hätte ihn der Kaiser noch kurze Zeit im Amte ertragen, er würde sich an Junkern, Ultramontanen und Sozialisten abgenutzt haben, und sein Scheiden wäre eine dauernde Bitterkeit geworden. Jetzt aber ist gerade das, was ihm als der größte Schmerz und uns andern als sein Verhängnis erschien, die Erhebung seines Alters geworden. Eine Popularität und eine Betätigung der allgemeinen Dankbarkeit, wie sie nie ein Deutscher gehabt hat. Seine Entlassung ist sein letztes großes Glück, seine Sühne geworden ...

*

Wiesbaden, 26. April 1895.

Liebster Freund!

Die Frau schreibt, ich sitze diktierend. Eigentlich weiß ich gar nicht recht, wie ich durch einen Anfall heruntergekommen sein soll, es war in der Tat nur einer von den zahlreichen Fällen der Atemnot, wie sie dem Spaziergänger vorkommen. Dem Zufall, daß an einem Tag zwei ärztliche Größen (Professor Freund, Straßburg, und mein alter Dr. Bahrdt aus Leipzig) im Hause zusammentrafen, aus dem Umstand ist mehr Rede über mein Ausspannen gemacht worden, als nötig war, zumal auch der hiesige Arzt Ricker sich seitdem vom Morgen bis zum Abend durch Besuche gefällig erweist.

Ich fühle keine Niederlage, nur den Schwächezustand,[118]) vielleicht etwas lebhafter als sonst, zumal ich von meinen weiblichen Hausdoktoren in so energischer Zucht gehalten werde, daß ich gar nicht aufjapsen kann. Es wird mir große Freude sein, Sie hier zu sehen, ich bin den ganzen Morgen, außer wenn ich

---

[118]) Am 30. April ist Gustav Freytag verschieden. Der vorliegende sollte sein letzter Brief an Freund Stosch sein.

Digitized by Google

beschäftigt bin, die Frühstücksanerbieten meiner Frau abzuwehren, erfreut, menschlichen Zuspruch zu haben.

Innige Grüße ins Haus und in eine Natur, die jetzt doch blühen muß, mag sie wollen oder nicht. Ihr

getreuster

Freytag.

Die Zukunft der türkischen Finanzen

Von

Mehmed Djavid Bey,

vormaligem türkischem Finanzminister (Konstantinopel)

Im vorhergegangenen Artikel[1]) habe ich die Zukunft der ottomanischen Staatsschulden untersucht und bin zu dem Schluß gelangt, daß für die Besitzer der ottomanischen Schuldtitel keinerlei Gefahr besteht. Aber diese Sicherheit der Gegenwart und der Zukunft genügt nicht, um eine genaue Vorstellung von den türkischen Finanzen im allgemeinen zu geben.

Alle jene Schulden, die wirkliche Garantien haben, würden keine Beeinträchtigung erfahren, selbst wenn die Türkei sich in einer finanziellen Verlegenheit befände. Und die Türkei, die die Erfüllung ihrer Verpflichtungen immer ernst genommen hat trotz aller Gerüchte, die bei jeder unheilvollen Gelegenheit — dem Türkisch-Italienischen Krieg, dem Balkankrieg — in Umlauf gesetzt wurden, ist niemals dieser guten Regel für ihr Verhalten untreu geworden. Wird aber diese junge Türkei, die eine recht schwere Schuldenlast vom hamidischen Regime übernommen hat, die genötigt war, neue Anleihen zur Befestigung des neuen Regimes aufzunehmen und die sich zweifellos, wenn erst der Krieg beendet sein wird, abermals an den europäischen Kredit wird wenden müssen — wird sie lebensfähig sein? Besteht für die Türkei eine Aussicht auf finanzielles Gedeihen? Wird der ungeheure Verlust eines sehr großen Teiles ihrer europäischen Länder es nicht unmöglich machen, daß die Türkei in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht bessere Tage sieht?

Diese Fragen möchte ich hierzu beantworten.

*

Das Einnahmebudget der Türkei ist ziemlich einfach; es umfaßt nur zehn Abteilungen mit 56 Artikeln einschließlich der Rückzahlungen und der zugunsten der Pensionskassen gemachten Abzüge.

Die erste Abteilung enthält die direkten Steuern, deren wichtigste folgende sind: Grund- und Immobiliensteuern; Gewerbesteuern (Temettu); Steuern für

---

[1]) „Deutsche Revue," Februar-Heft 1913.

Digitized by Google

die Befreiung vom Militärdienst; Aghnams (Steuern auf Vieh); Zehnten und sonstige Leistungen.

Die zweite Abteilung umfaßt Stempel- und Eintragungsgebühren.

Die dritte Abteilung enthält die indirekten Abgaben, deren wichtigste sind: Zölle, Abgaben auf Spirituosen, Fischereiabgaben, Jagdscheine.

Die vierte Abteilung enthält die Monopole, deren wichtigste Salz, Tabak, Post und Telegraphen sind.

Die fünfte Abteilung umfaßt die Erträgnisse der vom Staat betriebenen industriellen oder Bergwerksunternehmungen.

Die sechste Abteilung umfaßt die Erträgnisse der Staatsdomänen.

Die siebente Abteilung umfaßt die festen Tribute von Aegypten, Zypern, dem Berg Athos und Samos.

Die achte Abteilung umfaßt die verschiedenen Einkünfte, die aus den Schulen, den Einnahmen und Gewinnen der Konzessionsgesellschaften usw. stammen.

Die neunte Abteilung umfaßt die Rückzahlungen der den Eisenbahngesellschaften oder den landwirtschaftlichen Unternehmern geliehenen Summen an den Staat.

Die zehnte Abteilung endlich enthält die Abzüge für die Pensions- und Disponibilitätskassen.

Nach dem Voranschlag belief sich das Einnahmebudget für das Jahr 1328 (1912/13) auf 3 051 415 854 Piaster, das heißt annähernd 30 Millionen Pfund.[1] Mehr als acht Zehntel dieser Einnahmen fließen aus folgenden Quellen:

	Piaster
Zehnte	769 824 300
Zölle	500 000 000
Grund- und Immobiliensteuern	293 811 000
Aghnams	204 384 000
Salz	121 400 000
Tabak	110 233 300
Befreiung vom Militärdienst	107 643 000
Post und Telegraph	88 100 000
Aegyptischer Tribut	78 489 000
Fronabgaben	55 393 800
Stempel	53 100 000
Gerichtsgebühren	46 260 500
Gewerbesteuern	39 740 000
Eintragungsgebühren	36 828 100
	2 505 207 000

Hierbei sind die 117 851 260 Piaster betragenden Abzüge für die Pensionskassen der Zivilverwaltung, des Heeres und der Geistlichkeit nicht mitgerechnet.

[1] Ein türkisches Pfund ist = 102,60 Piaster.

Digitized by Google

Seit dem neuen Regime haben unsre Einnahmen jedes Jahr eine ständige Zunahme gezeigt.

Die Einnahmen des Jahres 1324, in dem die Verfassung eingeführt wurde, betrugen gegen 25 Millionen Pfund. Das Jahr 1325 hat ein Ergebnis von mehr als 26,5 Millionen Pfund gebracht. Das Jahr 1326 hat mit mehr als 28 Millionen Pfund abgeschlossen. Auch das Jahr 1327 hat trotz des tripolitanischen Krieges eine Steigerung aufzuweisen gehabt. Während dieser sehr kurzen Zeitdauer und trotz aller inneren und äußeren Schwierigkeiten, die wir gehabt haben, trotz des Mangels an Menschen und Mitteln, trotz der vielen vom alten Regime überkommenen Mißstände sind allen unsern Einnahmequellen die Segnungen des Regimes der Konstitution zugute gekommen. Eine Zunahme um 100 Millionen Franken erzielt, nicht bloß ohne jede neue Belastung des Volkes, sondern sogar trotz mancher Steuernachlässe, ist nicht zu verachten! Dieses Ergebnis ist durch die Reorganisation des Finanzministeriums, durch eine sehr nützliche und sehr strenge Aufsicht, durch einen glühenden Eifer, Mißbräuche zu verhindern, erreicht worden. Das alte Regime kannte nur Ungerechtigkeiten; die Armen zahlten, andernfalls wurden sie verfolgt; die Reichen waren von allen Maßregeln ausgenommen, die das Gesetz vorgeschrieben hatte, um den Eingang der Abgaben zu sichern. Vor allem in Konstantinopel war dieses Regime der ungleichen Behandlung sehr sinnfällig. Das neue Regime hat, indem es dem Volk durch Beispiele zeigte, daß vor dem Gesetz vollkommene Gleichheit zwischen dem geringsten Dorfbewohner und dem größten Würdenträger des Reiches besteht, erzieherisch gewirkt, es hat seine Vaterlandsliebe gehoben und beim Volke die Erkenntnis wachgerufen, daß es seinen Verpflichtungen gegen den Staat nachzukommen habe.

Die Türkei hätte nur noch drei Jahre gebraucht, um ein ausgeglichenes Budget zu bekommen. Und wenn Europa den aufrichtigen Wunsch gehabt hätte, der jungen Türkei bei dem sehr edlen und sehr humanitären Werke, das sie unternommen hatte, beizustehen, so würde es sich damit einverstanden erklärt haben, die wirtschaftlichen Ketten zu lösen, die die Türkei gefangen halten, und wir hätten schon ein völlig gesundes und sehr verbessertes Finanzwesen, was nicht nur der Türkei, sondern allen europäischen Interessen, die dort beteiligt sind, zugute gekommen wäre.

Noch heute ist weder der Verlust von Tripolis und Benghasi, noch der der europäischen Provinzen dazu angetan, die Türkei zur Verzweiflung zu bringen. Man muß bedenken, daß alle diese Provinzen mehr zehrende als produktive Bestandteile des Türkischen Reiches waren.

Nach den Ergebnissen des letzten Jahres, dessen Ziffern bekannt sind, des Jahres 1327 (1911/12), brachten die Wilajets von Rumelien dem Staate folgende Summen ein:

	Piaster
Adrianopel	156 500 000
Saloniki	223 400 000

Digitized by Google

	Piaster
Skutari	15500000
Monastir	70300000
Kosovo	84000000
Janina	46300000
	596000000

Das ist der fünfte Teil der Einnahmen des Budgets. Zu dieser Summe muß aber der auf die rumelischen Wilajets entfallende Anteil an den Einnahmen aus der Tabakregie, Tombak, Leuchttürmen und landwirtschaftlichen Banken und der Anteil des Staates an den Gewinnen aus den orientalischen Eisenbahnen, im ganzen 38300000 Piaster, hinzugerechnet werden. Wird dieser Betrag zu der obenstehenden Summe addiert, so ergibt sich eine Gesamtsumme von 634300000 Piaster, das heißt etwas über sechs Millionen Pfund. Doch in dieser Summe sind die der Dette Publique abgetretenen und von ihr verwalteten Einkünfte sowie die Einnahmen aus den Zöllen inbegriffen, von denen ein Teil den Inhabern der Schuldtitel der durch die Zolleinnahmen von fünf Wilajets (Adrianopel, Saloniki, Brussa, Smyrna, Beirut) garantierten Anleihe gehört. Da die Balkanstaaten pro rata an der osmanischen Staatsschuld aufzukommen haben werden, so wird sich dieser Teil der für die Zinsen und die Amortisation erforderlichen Annuitäten — ungefähr eine Million Pfund — in unserm Ausgabenbudget verringern. Da andrerseits ein Teil des Wilajets Adrianopel türkisch bleiben wird, wird sich der Verlust, den wir an diesem Wilajet erleiden, auf die Hälfte seiner Einnahmen, das heißt auf 75000 Pfund, beziffern.

Kurz, die Verringerung unsrer Einnahmen wird nicht mehr $4^1/_2$ Millionen Pfund für alle verlorenen Gebiete betragen.

*

Das alte Regime kannte weder ein einheitliches Budget noch eine Spezialisierung der Ausgaben, noch auch die Einhaltung der Verpflichtungen des Staates, ausgenommen diejenigen, die von der Staatsschuld herrührten. Mehrere Ministerien hatten ihre besonderen Kassen, und es war keine Seltenheit, daß Beamte und Lieferanten eines Ministeriums regelmäßig ihre Gehälter und ihre ausstehenden Gelder erhoben, während in andern Ministerien sich die Rückstände häuften.

Das neue Regime hat, indem es die moralische Bedeutung des Rechnungshofes durch das Gesetz über die öffentliche Rechnungslegung gehoben hat, in großem Maße diese Mißbräuche zu verhindern und soviel wie möglich die Durchführung des Budgets zu sichern verstanden.

Das neue Regime kam allen seinen Verpflichtungen nach und hatte keine schwebenden Schulden (ausgenommen diejenigen, die man während des Krieges zu machen gezwungen war), während das alte Regime eine ungeheure Last schwebender Schulden hinterlassen hatte. Diese Regelmäßigkeit in der Zahlung der Ausgaben einerseits, die notwendige Steigerung der Kredite in allen Zweigen

Digitized by Google

der öffentlichen Verwaltung andrerseits haben natürlich eine Erhöhung unsers Ausgabenbudgets verursacht. Bei 30 Millionen Einnahmen hatten wir 34 bis 35 Millionen Ausgaben, das heißt, wir hatten ein Defizit von 5 Millionen jährlich.

Die ordentlichen Ausgaben der rumelischen Wilajets überstiegen 6 Millionen Pfund, wovon ungefähr 4 Millionen auf die militärischen Ausgaben kamen. In Adrianopel standen drei Armeekorps, in Saloniki eines, in Monastir eines, in Kosovo eines, in Janina eine selbständige Division, in Skutari ebenfalls eine selbständige Division.

Während die von den Staatskassen erhobenen ordentlichen Einnahmen im Wilajet Adrianopel nicht viel mehr als eine Million Pfund betrugen, waren seine Ausgaben ungefähr doppelt so groß.

Das Wilajet Skutari, das dem Staat nur 100000 Pfund einbrachte, hat während des Jahres 1327 Ausgaben im fünffachen Betrage dieser Summe gehabt; allerdings war es ein Ausnahmejahr wegen des Aufstandes der Malissoren. Aber selbst in normalen Jahren (die in Albanien sehr selten sind) hielten sich Einnahmen und Ausgaben nicht das Gleichgewicht.

Das Wilajet Janina, das dem Staat gehörende Einkünfte im Betrag von 350000 Pfund erbrachte, hatte anderthalbmal soviel Ausgaben.

Das Wilajet Monastir hatte bei 650000 Pfund Einnahmen ungefähr 900000 Pfund Ausgaben.

Das Wilajet Kosovo hatte bei 700000 Pfund Einnahmen 1200000 Pfund Ausgaben, das heißt nahezu das Doppelte.

Selbst das Wilajet Saloniki, das eines der reichsten Wilajets des Reiches ist, hat keinen Ueberschuß, abgesehen von einem Teil seiner Zolleinnahmen.

Die Ausgaben betrugen also anderthalbmal mehr als die Einnahmen. Nicht mitgerechnet sind dabei die außerordentlichen Ausgaben für die militärischen Bedürfnisse, von denen ein Teil für alle Armeekorps aus dem außerordentlichen Budget des Kriegsministeriums in Konstantinopel gekauft wurde, und die Ausgaben für Straßen und andre öffentliche Arbeiten. Bei seiner letzten Reise in die Wilajets von Albanien hatte der Minister des Innern einen außerordentlichen Kredit von 16 Millionen Franken für die Straßen und andre notwendige Arbeiten erlangt, ungerechnet die im Bau begriffenen Landstraßen, die von einer französischen Gesellschaft ausgeführt wurden.

Kurz, für die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben dieser Wilajets deckte die Zentralverwaltung das Defizit durch die Einkünfte der Wilajets von Anatolien.

So schmerzlich auch für unsre Eigenliebe und nationale Ehre diese Niederlage ist, die nicht durch die der Armee selbst anhaftenden Fehler, sondern durch die verbrecherische Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit einiger hoher Offiziere verursacht worden ist, so wird die Türkei doch vom rein finanziellen Standpunkt aus nichts verlieren, im Gegenteil, sie wird gewinnen.

*

Digitized by Google

Zwei oder drei Jahre anhaltender Anstrengungen, eine stabile Regierung, eine Volksvertretung, die dieses Namens würdig ist, ein tatkräftiger Wille, vorwärtszukommen, werden der Türkei zu einem ins Gleichgewicht gebrachten Budget verhelfen können.

Mazedonien und Albanien absorbierten die ganze Aufmerksamkeit der Regierung und verhinderten jeden Fortschritt im Lande durch die fortgesetzten Intrigen der Balkanstaaten und durch die jährlichen Aufstände, die dort ausbrachen. Das große, fruchtbare Anatolien, das so sehr geeignet wäre, einen landwirtschaftlichen Aufschwung zu nehmen, blieb vernachlässigt, seine Söhne und sein Geld mußten dazu dienen, in den Ebenen von Mazedonien und in den Bergen Albaniens die Ruhe herzustellen.

Von jetzt an wird sich die Regierung mit der wirtschaftlichen Hebung dieses Landes zu beschäftigen haben, das voll von Mineralschätzen und landwirtschaftlichen Reichtümern ist, die bisher nicht ausgebeutet werden konnten, weil es an Straßen, Eisenbahnen, Bewässerungsanlagen und menschlichen Arbeitskräften gebrach.

Die jungtürkische Regierung, die man ungerechterweise beschuldigt, daß sie nichts für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes tue, war, nachdem sie ihre Unterschrift unter den Vertrag über die letzten Teilstrecken der Bagdadbahn gesetzt hatte, in Verhandlungen über zwei andre Eisenbahnnetze, über wichtige Bewässerungsanlagen und über den Bau von Straßen eingetreten.

Ein von einer französischen Gesellschaft unterzeichneter Vertrag übertrug dieser Gesellschaft den Bau öffentlicher Landstraßen in einer Länge von 6000 Kilometer in Rumelien wie in Anatolien. Gleich nach dem Krieg wird der Bau, der unterbrochen worden ist, in Anatolien wieder aufgenommen werden.

Die Betriebsgesellschaft der französischen Eisenbahnen im Orient hatte die Vorstudien für ein großes Netz von Eisenbahnen gemacht, die von Samsun nach Siwas, von Siwas nach Erzingjan und Erzerum und von Siwas nach Charput führen sollten. Trotz der politischen Schwierigkeiten mit Rußland, die das Bauprojekt dieser Linie verursachte, war man schon über den Bauvertrag einig geworden und verhandelte über die Betriebsfrage, als in Konstantinopel der Regierungswechsel eintrat. In der einen oder der andern Weise wird man den Bau dieser Eisenbahn vollenden. Die vollständige Durchführung dieses Unternehmens wird ein Jahrzehnt beanspruchen, aber der vom wirtschaftlichen Standpunkt aus wichtigste Teil wird im Zeitraum von vier Jahren fertig werden. Und dieser Teil wird vom ersten Jahre seines Baues an keines Garantiezuschusses bedürfen.

Die Anatolische Eisenbahngesellschaft stand in Unterhandlungen mit dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten über den Bau der Eisenbahnlinie Angora—Siwas und die Verbindung des anatolischen Eisenbahnnetzes mit dem Netz der Bagdadbahn über Angora.

Die Bewässerungsarbeiten in Mesopotamien wurden auf dem Submissionswege vergeben.

Digitized by Google

Es waren Vorstudien über die Bewässerungsarbeiten in der Ebene von Adana gemacht worden, die die fruchtbarste Ebene des Reiches ist und die nach dem Urteil der Fachleute Baumwolle bis zu einer Million Ballen zu liefern vermag.

Gleich nach dem Krieg wird man, ohne Zeit zu verlieren, an die rasche Verwirklichung dieser Pläne gehen müssen.

Die Wirkung der Eisenbahnen und der Bewässerungsanlagen wird sich vor allem in der Steigerung der Einnahmen aus den Zehnten fühlbar machen. Die Bewässerungsanlagen von Konia, die schon fertig sind, werden schon im nächsten Jahre Resultate ergeben. Man rechnet, daß man in den ersten Jahren 100 000 Pfund mehr aus den Zehnten bekommen wird, das heißt, die landwirtschaftlichen Erträgnisse werden eine Million türkische Pfund übersteigen.

Ohne Zweifel werden Zinsgarantien für die Kapitalien, die in diesen Unternehmungen angelegt werden, angewiesen werden müssen. Aber die direkten und indirekten Vorteile, die man davon ernten wird, werden diese Garantien sehr reichlich lohnen.

In der Steigerung, die seit dem neuen Regime in den Einnahmen der Eisenbahnen eingetreten ist, haben wir ein deutliches Zeichen für die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion. Als Beispiel mag folgende Zusammenstellung dienen:

	1908 türkische Pfund	1910 türkische Pfund
Aïdin	333 000	398 000
Mersina	51 000	69 000
Mudania	16 000	20 000
Jerusalem	48 000	58 000
Smyrna—Kassaba	196 000	202 000
Alaschehir—Afium Karahissar	50 000	65 000
Haidar-Pascha—Angora . .	232 000	337 000
Eskischehir—Konia	104 000	162 000
Rajak—Aleppo	92 000	114 000

In einigen Jahren wird die Last der Zinsgarantien für diese Eisenbahnen sich verringern, was für uns einer Verminderung der Ausgaben gleichkommt, das heißt einer Ersparnis, die dazu dienen wird, entweder für andre nützliche Arbeiten Garantie zu leisten oder das Defizit des Budgets zu verringern.

*

Der Mangel an Arbeitskräften in Kleinasien ist für die Zukunft des Landes der wundeste Punkt. Bei den großen Bauarbeiten macht sich dieser Mangel nicht so sehr fühlbar, weil stets eine Zuwanderung vor sich geht, die der Nachfrage der Bauunternehmer entspricht, und ausländische Arbeiter, besonders Italiener, vorhanden sind, die zur Arbeit dorthin kommen. Doch die landwirtschaftlichen Arbeiten können bei uns nicht von wandernden Arbeitskräften besorgt

Digitized by Google

werden. Da der Boden fast nichts kostet, so muß man sich dort festsetzen und eifrig an seiner Verbesserung arbeiten.

Beinahe jedes Jahr wurden gerade in dem Augenblick, wo alles wegen der Aussaaten oder der Ernten auf den Feldern hätte bleiben müssen, die Anatolier zum Militärdienst eingezogen, um gegen die aufständischen Albaner im Norden oder nach dem Yemen im Süden geschickt zu werden. Etwas Derartiges wird in Zukunft ausgeschaltet sein.

Anderseits werden nach dem Kriege mindestens 150 000 oder 200 000 Muselmanen aus Rumelien mit ihren starken Armen, ihren kleinen Kapitalien, ihrer Arbeitsfreudigkeit nach Kleinasien auswandern. Der rumelische Dorfbewohner hat mehr praktischen Sinn als der anatolische; er ist arbeitsamer, intelligenter, weitsichtiger. Wenn die Regierung versteht, diese Auswanderung klug zu dirigieren, so wird Kleinasien in sehr kurzer Zeit die Wirkung davon verspüren.

Allerdings wird das Land nach dem Krieg gezwungen sein, neue Ausgaben für das Heer zu machen, um die Depots zu füllen, die leer geworden sind, um alle durch den Krieg verursachten Zerstörungen wieder gutzumachen, und anderseits wird man auch in das Budget den Dienst einer Liquidationsanleihe aufnehmen müssen, die man machen wird, um die Vorschüsse und die während des letzten Jahres aufgenommenen schwebenden Schulden zu bezahlen.

Diese außerordentlichen Ausgaben werden durch das Ergebnis der Kriegssteuer, die während des tripolitanischen Krieges eingeführt worden ist, gedeckt werden müssen. Nach den Voranschlägen, die damals gemacht wurden, würde die Kriegssteuer, die in einer Erhöhung des Salzpreises, der Abgaben auf Spirituosen, der Steuer für die Befreiung vom Militärdienst und der Steuer auf den bebauten Grundbesitz und auf den Handel besteht, anderthalb Millionen türkische Pfund jährlich einbringen, was reichlich für alle durch den tripolitanischen Krieg verursachten Ausgaben genügen würde. Die neuen Schicksalsschläge, von denen wir betroffen worden sind, zwingen uns zu neuen Opfern. Die Nation wird sich leicht dareinfinden, daß diese Steuer, die für drei Jahre eingeführt war, eine definitive wird.

*

Die Türkei unternimmt seit der Einführung des neuen Regimes unaufhörlich Schritte bei den Großmächten, um die Genehmigung zu erlangen, ihre Zollabgaben um 4 % zu erhöhen, und es durchzusetzen, daß die in der Türkei wohnenden Ausländer dieselben Handelssteuern zu zahlen haben, wie sie von den Einheimischen gezahlt werden.

Trotzdem die Zollabgaben von den Konsumenten gezahlt werden, trotzdem die Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß die Ausländer von der Gewerbe- und Handelssteuer ausgenommen sind, sehr augenfällig und sogar kränkend ist, haben die Großmächte bis jetzt den von der Türkei ausgesprochenen Wünschen kein Gehör geschenkt.

Man warf der Türkei vor, daß sie kein im Gleichgewicht befindliches Budget habe und daß sie sich fast alljährlich an den europäischen Kredit wende; aber

Digitized by Google

man gab ihr nicht die Möglichkeit, ihr Budget ins Gleichgewicht zu bringen.

Der ganze Ertrag der Handelssteuer bei uns geht nicht über 80 Millionen Franken jährlich hinaus, während die Landwirtschaft 200 Millionen aufbringt.

Wir können den Prozentsatz der Handelssteuer nicht erhöhen, weil jede Erhöhung der Steuerbeträge die Konkurrenz zwischen den Fremden und den Einheimischen vollständig unmöglich machen würde.

Wo ist das Land auf Erden, das seinen jedes Jahr wachsenden Anforderungen — Ausgaben für die Verteidigung des Vaterlandes, Ausgaben für die öffentlichen Arbeiten usw. — gerecht werden könnte, wenn ihm die wirtschaftliche Freiheit genommen ist und es nicht die Macht besitzt, seine Zölle, Monopole und Handelsabgaben den Erfordernissen entsprechend zu regulieren?

Unter diesen Umständen von der Türkei ein im Gleichgewicht befindliches Budget und auch noch Reformen zu verlangen, ist, wenn es nicht Hohn ist, auf jeden Fall ein sehr starkes Stück!

Wenn die Türkei für den Augenblick ihre Zollabgaben um 4 % erhöhen, eine Konsumsteuer auf einige Artikel legen und die Fremden, die im Lande Handel und Industrie treiben, besteuern würde, könnte sie sofort ihre Einnahmen um 80 Millionen Franken erhöhen, und die wären mehr als hinreichend, um ihr Budget ins Gleichgewicht zu bringen.

Wir wollen hoffen, daß Europa nicht bei dieser Ungerechtigkeit beharren und, sobald der Friede geschlossen ist, uns Gerechtigkeit widerfahren lassen wird.

Dann wird sich die Türkei an die Arbeit machen und ihr asiatisches Reich zum vollen Wohl ihres Volkes und Europas reformieren können.

Literarische Berichte

Römische Briefe. Von Kurd v. Schlözer. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Was deutsche Gelehrte, Künstler, Reisende und gesellschaftliche Beobachter etwa in den letzten anderthalb Jahrhunderten über die geschichtliche Vergangenheit und die zeitgenössischen Zustände Roms geschrieben haben, bildet eine ebenso umfang- wie inhalt- und abwechslungsreiche Literatur für sich. Die neueste Erscheinung auf diesem Spezialgebiet, auf die wir heute unsre Leser hinweisen möchten, bedeutet nicht nur eine Vermehrung, sondern eine wirkliche Bereicherung der Romliteratur, trotzdem — oder weil? — wir es hier mit einem Buche zu tun haben, das gar nicht als Buch gedacht war. Es sind Briefe, bei deren Niederschrift dem Schreibenden jeder Gedanke an eine spätere Veröffentlichung fernlag; aber sie sind geschrieben von einem scharfen und kenntnisreichen Beobachter, von einem frisch und warm empfindenden Menschen, von einem liebenswürdigen, geistvollen und witzigen Plauderer. Kurd v. Schlözer ist der Name des Briefschreibers, ein Mann, der in der Geschichte der Bismarckschen Aera einen guten Klang hat. Gehörte doch Schlözer zu den bekanntesten politischen Mitarbeitern Bismarcks. Er beschloß seine staatsmännische Laufbahn als preußischer Gesandter beim Vatikan; in dieser Stellung, die er von 1882 bis 1892 bekleidete, hat er besonders die nicht sehr dankbare Aufgabe, die „Maigesetze" abtragen zu helfen, mit Geschick und Takt durchgeführt. Er war aber schon früher einmal, in den Jahren 1864 bis 1869, der Preußischen Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhl zugeteilt gewesen; und aus dieser seiner ersten römischen Zeit stammen die familiären Briefe, die der Neffe Kurd v. Schlözers jetzt veröffentlicht. Als Vierzigjähriger kam Schlözer nach Rom, in voller männlicher Reife des Geistes, aber mit

Digitized by Google

der Empfänglichkeit und Genußfähigkeit eines Jünglings. Vorher war er mehrere Jahre (zum Teil unter Bismarck als seinem Vorgesetzten) an der Preußischen Gesandtschaft in St. Petersburg gewesen, und nun wirkte die südliche Landschaft und Natur wie ein immer neues und überraschendes Wunder auf ihn; das gibt seinen Schilderungen von der Ewigen Stadt, von der Campagna, den Albaner- und Sabinerbergen und andern italienischen Landstrichen eine hinreißende Wärme und Frische. Aber ebenso anregend lesen sich die Berichte aus der römischen Gesellschaft, aus dem politischen und sozialen Leben des päpstlichen Roms. Ganz ungezwungen setzen sich aus seinen Plaudereien die Bildnisse der hervorragendsten Persönlichkeiten zusammen, mit denen er in Berührung kam; da ist an erster Stelle Pius IX. selbst, dann sein Staatssekretär Antonelli und eine Reihe andrer Kardinäle; da ist das Diplomatische Korps in seiner internationalen Buntheit; der weite Kreis der Künstler und Gelehrten mit der überragenden Gestalt Franz Liszts, dann Gregorovius und viele andre deutsche und nichtdeutsche Männer von wissenschaftlichem und künstlerischem Ruf. Anmutige Frauengestalten, mit ritterlicher Verehrung bewundert und geschildert, bereichern das lebensvolle Gemälde des untergehenden päpstlichen Roms. Des untergehenden, denn der Kirchenstaat krachte an allen Ecken und in allen Fugen. Aber in der Agonie seiner weltlichen Herrschaft unternimmt das Papsttum seine kühnsten Vorstöße ins Reich des Geistes: die Verkündigung des Syllabus und die Vorbereitung des Unfehlbarkeitsdogmas. Dies alles zusammen ergibt eine Fülle des menschlich Anziehenden und geschichtlich Bedeutsamen, wie sie wenig andre Bücher deutsch-römischen Inhalts bieten.

Das Malthussche Bevölkerungsgesetz und die theoretische Nationalökonomie der letzten Jahrzehnte. Von Dr. Siegfried Budge. Karlsruhe i. B., C. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag.

Die Abnahme der Bevölkerungsziffer in Frankreich und jetzt auch in Deutschland hat die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf die Probleme der Bevölkerungstheorie erneuert gelenkt und diese Probleme zum Gegenstand vielfacher Erörterungen gemacht. Das vorliegende Werk erscheint darum doppelt willkommen. In mustergültiger, klarer, aber doch durchweg wissenschaftlicher Sprache gibt es eine erschöpfende Darstellung des gesamten Materials für die Beurteilung des Malthusschen Bevölkerungsgesetzes. Unter steter Angabe der Quellen und reichlichen statistischen Angaben kritisiert es die hervorragendsten Erscheinungen der einschlägigen Literatur, um schließlich eine interessante selbständige Kritik des gesamten Stoffes zu geben. Allen denen, welche das Malthussche Gesetz studieren oder behandeln wollen, wird das vorliegende Buch reiche Anregung geben und eine erhebliche Zeit für das Quellenstudium ersparen. A. L.

Der Polizei- und Grenzbeamtenhund. Seine Erziehung, Dressur und Führung. Herausgegeben von Wilhelm Gottschalk. Mit 74 Abbildungen und einer Bildertafel. Preis gebunden M. 3.—. Neudamm, J. Neumann.

Aus praktischer Erfahrung heraus, die sich über mehr als dreieinhalb Jahrzehnte erstreckt, ist dieses außerordentlich klar und gemeinverständlich geschriebene Büchlein entstanden. Der Verfasser hält sich nirgends lange mit unfruchtbarem Theoretisieren über tierpsychologische Fragen auf, sondern gibt schlicht und knapp die Wege an, auf denen man einen Schäferhund zu einem in jeder Beziehung brauchbaren Polizeihund heranbilden kann. Kurz, ein Buch aus der Praxis für die Praxis. Die zahlreichen guten Abbildungen tragen wesentlich zum Verständnis des Textes bei. E. Sc.

Die Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1870. Von Wilhelm Stolze. München, R. Oldenbourg.

Der Verfasser dieses Buches geht von dem Gedanken aus, daß die bisherige Auffassung von der Gründung des Deutschen Reiches eine kleindeutsch-beschränkte war, welche nur den Kampf der Höfe in Betracht zog. Im Gegensatz dazu will er die Reichsgründung als ein Widerspiel der verschiedenartigsten Kräfte darstellen und den Blick auch auf die Trümmer der großdeutschen Partei und auf das weite Feld der europäischen Politik lenken. Das Werk beruht nur auf dem gedruckten, aber mit großem Fleiß ausgenutzten Material; die Darstellung ist lichtvoll und fesselnd, das Endergebnis insofern gedämpft, ja pessimistisch, als nach Stolzes Auffassung die Bewährung des Erreichten durchaus von der Zukunft abhing und diese zeigen mußte, ob zur äußeren Einheit auch die innere sich gesellen werde. E.

Deutsche Geschichte. Von Dr. F. Kurze. II: Zeitalter der Reformation und der Religionskriege (1517 bis 1648). Zweite, verbesserte Auflage. (Sammlung Göschen Nr. 34.) Berlin und Leipzig, G. J. Göschensche Verlagshandlung. Gebunden 80 Pf.

Bei der Umarbeitung der ersten Auflage haben im wesentlichen die Kapitel über die Päpste, über den Ablaßstreit und schließlich über den Dreißigjährigen Krieg erhebliche Erweiterungen erfahren, da der Verfasser für die jetzt vorliegende zweite Auflage die

Digitized by Google

Arbeiten von L. Pastor und M. Ritter besonders eingehend berücksichtigt hat. Die Brauchbarkeit des schon von der ersten Auflage her rühmlichst bekannten Werkchens ist durch diese Erweiterungen in erfreulicher Weise noch erhöht worden. —n.

Freude an der Kunst. Von Artur Dobsky. Gebunden M. 4.50. Stuttgart, Loewes Verlag.

Das elegant gebundene, zu Geschenkzwecken gut geeignete Buch will vor allem der reiferen Jugend als ein „freundlicher Anreger und Ratgeber" ein persönliches, warmes Verhältnis zur Kunst vermitteln. Ueber die Antike kann allerdings mit knapp zehn Seiten nicht viel gesagt werden — desto eingehender wird die neuere und neueste Kunst behandelt, auch die modernen Volkskunstbestrebungen kommen in dankenswerter Weise zu Worte. Ueber 200 Abbildungen illustrieren mehr oder weniger glücklich den Text. O. B.

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Alten, Georg von, Handbuch für Heer und Flotte. Liefg. 48, 49, 50. Berlin, Deutsches Verlagshaus Bong & Co. à M. 2.—.

Baedeker, Friedrich, Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik in Essen. Mit einer Beschreibung der heutigen Kruppschen Werke nach direkten Quellen. Essen, G. D. Baedeker. Geh. M. 4.—.

Barsch, Paul, Von Einem, der auszog. Ein Seelen- und Wanderjahr auf der Landstraße. Neue wohlfeile Volksausgabe. Schweidnitz, L. Heege. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.—.

Cook, Frederick A., Meine Eroberung des Nordpols. Uebersetzt von Erwin Volckmann. Hamburg, Alfred Janssen. Geb. M. 10.—.

Die Friedenswarte für zwischenstaatliche Organisation. XIV. Jahrgang. Heft 8 u. 9. Wien IX/2, Verlag Alfred H. Fried. Jahrg. M. 6.—.

Ellinger, Georg, E. T. A. Hoffmanns Werke. 1. Band: Phantasiestücke in Callots Manier. 2. Band: Nachtstücke. 3. Band: Die Serapionsbrüder. 4. Band: Lebensansichten des Katers Murr. 5. Band: Letzte Erzählungen. Berlin, Deutsches Verlagshaus Bong & Cie.

Farrère, Claude, Das Geheimnis der Lebenden. Roman. Frankfurt a. M., Literarische Anstalt Rütten & Loening. Geh. M. 2.50, geb. M. 3.50.

Graevenitz, G. von, Geschichte des Italienisch-Türkischen Krieges. 1. Lfg. Berlin, R. Eisenschmidt. à M. 2.—.

Hacker, Ludwig, Die Losburg, romantisches Bergfestspiel in drei Abteilungen. Mit Musik von Dr. Heinrich Schmidt. Wunsiedel, Heinrich Beer.

Jahrbuch der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Band 27. 2. Lfg. 1. September 1912. Berlin, Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft.

Kohl, Aage von, Der Weg durch die Nacht. Erzählung. Frankfurt a. M., Literarische Anstalt Rütten & Loening. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Kustig, Hans, Aus der Praxis für die Praxis. Wie mache ich Inventur und Bilanzabschluß? Saarbrücken, Baumgartens Verlagsbuchhdlg. M. 1.50.

Mayrhofer, Johannes, Henrik Ibsen. Ein literarisches Charakterbild. Berlin, Hermann Walther Verlagsbuchhandlung.

National-Hygiene-Museum und Universität in Dresden? Dresden, Holze & Pahl. Geh. 50 Pf.

Oberländer, Die Dressur und Führung des Gebrauchshundes. 7. Auflage. Neudamm, J. Neumann. M. 6.—.

Paquet, Alfons, Li oder im neuen Osten. Frankfurt a. M., Literarische Anstalt Rütten & Loening. Geh. M. 3.50, geb. M. 4.50.

Riemann, Henriette, Pierrot im Schnee. Berlin, Erich Reiß Verlag. Brosch. M. 5.— geb. M. 6.—.

Saager, Adolf, Blücher-Anekdoten. Stuttgart, Robert Lutz. Brosch. M. 2.50, geb. M. 3.50.

Wittmann, Franz, Das Problem der Weltentwicklung. Marburg i. H., G. Elwert. M. 1.75.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Digitized by Google

Princeton University Library
32101 064468810

Digitized by Google